~~1349~~. 593.

J. Germ.
58a

J. germ. 58 a - 2

<36626050280015

<36626050280015

Bayer. Staatsbibliothek

D. Friedr. Chriſtoph Jonathan Fiſchers

Profeſſor des Staats- und Lehnrechts, und jeziger Dekan der Juriſtenfakultät zu Halle

Lehrbegrif ſämtlicher Kameral- und Polizeyrechte.

Sowol

von Teutſchland überhaupt,

als insbeſondere

von den Preußiſchen Staaten.

Zweeter Band.

Frankfurt an der Oder,

verlegt von Carl Gottlieb Strauß

1785.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede.

Der erſte Band enthält, außer dem I. Buch vom Reichs = Kreis = und Landſtaats=polizeyrecht, hauptſächlich das ganze perſönliche Polizeyrecht, wobey der V. die ganze bürgerliche Statiſtick in 14. Abtheilungen zum Grunde legt, und darauf die Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer körperlichen Beſchaffenheit und Gemüthseigenſchaften, bürgerlichen Achtung, geſellſchaftlichen Verbindung, Religionszuſtande, Theilnehmung an der Staatsverfaſſung, Ordnung und Klaſſifikation und nach der Verſchiedenheit der Beſchäftigungen in VII. Hauptſtücken auseinanderſezt. Unter den einzelen Rechtstheilen, die er hier liefert, ſind einige zeither noch gar nicht bearbeitet ge-

weſen, als das Erziehungsrecht, Schulpoli=zeyrecht, Lehrpolizeyrecht, Kirchenpolizeyrecht, Bevölkerungsrecht, Preußiſches Kolonierecht, Wappenrecht, Stadtpolizeyrecht, Dorfpoli=zeyrecht, Geſinderecht, und andere nicht ſo vollſtändig behandelt worden, wie die Rechte der Menſchwerdung, das Weiberrecht, Fremd=lingsrecht, Stadt = und Bürgerrecht, Dorf= und Baurenrecht, Vormundſchaftliche Poli=zeyrecht u. ſ. w.

Man ſieht leicht, daß der Plan etwas anders als nach der in der Vorrede des Erſten Bandes gemachten Anlage iſt vollführt worden, woran verſchiedene Urſachen ſchuld ſind, die aber von der Beſchaffenheit, daß ſie nicht alle angeführt werden können. Bey der nähern Ueberlegung ſah ſich der Verfaſſer genöthiget, das Vor=mundſchaftsweſen, wegen ſeiner allzunahen Verwandſchaft mit der Polizey, von dem

Haupt=

Hauptprivatrechte zu trennen, und es hier beym eigentlichen Privatrechtsſyſteme vorzutragen, welches nun, weil dieſe Materie einen ſo auſſerordentlichen Umfang beſizt, eine ziemliche Vergrößerung des Werks verurſacht hat.

Nach der erſten Anlage ſolte das Stadtwirthſchaftsrecht beym Stadt- und Bürgerrechte vollſtändig abgehandelt werden, und das Landwirthſchaftsrecht dem Dorf- und Baurenrechte vorgehen. Allein dieſes iſt bey der Ausarbeitung abgeändert, und beides aufs Kameral- und dingliche Polizeyrecht verwieſen worden. Das Werk gerieth auch deswegen etwas ausführlicher, als daß es jezo von Ausländern bequem zu Vorleſungen könnte gebraucht werden, weil man ſich, wie die Lokalverfaſſung des Authors erheiſchte, der Gelegenheit bedient hat, um die Preußiſchen Rechte etwas vollſtändiger zu liefern. Der Ver-

 faſſer

faſſer hoft dadurch die hieſige ſtudirende Jugend einmal von der vorgefaßten Meinung zu befreyen, als wenn die Preußiſche Rechtsgelehrſamkeit von der allgemeinen nur wenig verſchieden wäre, und ſich dereinſt zu Hauſe oder im Amte in kurzer Zeit erlernen ließe, da er ſchon längſt vollkommen überzeugt geweſen iſt, daß das Preußiſche Recht einen größern Umfang beſitzt, als die Römiſchen und Kanoniſchen Rechtsſyſteme zuſammengenommen, und daß ſeine Abweichungen vom gemeinen Rechte unendlich, und ſeine Erweiterungen beträchtlich ſind. Noch ein Grund bewog ihn, ſich an verſchiedenen Orten zu verbreiten, der war der, daß über verſchiedene Materien weder eigene Ausführungen, noch überhaupt vom Ganzen ein größeres Lehrbuch vorhanden iſt. Nun ſchien es doch einmal nöthig zu ſeyn, dem Publikum alle Rechtsmaterien zu zeigen, die ein vereinigtes Kameral- und Polizeyrecht begrei-

ſet, und dann hatte man, nach der gegebenen Anleitung Eines der erfahrenſten und einſichtsvollſten Staatswirthe *), alle die Rechte zuſammenzuſtellen, die ein Preußiſcher Kameraliſte ſchlechterdings wiſſen muß. Betrachtet man ſein Buch in dieſem Geſichtspunkte, ſo wird man ihm zugeſtehen müſſen, daß das Werk nicht kürzer gefaßt werden konnte. Für Ausländer wird nun freylich dereinſt ein Auszug, mit Weglaſſung der ausführlichen Preußiſchen Verfaſſung geliefert werden müſſen, der ſich auf einen mäßigen Oktavband zurückbringen läßt.

Da im vorigen Bande das perſönliche Polizeyrecht geendiget worden, ſo enthält dieſer zuerſt das Kollegialiſche und Sicherheitspolizeyrecht. Das leztere theilt ſich in inneres öffentliches und inneres Privatſicherheitspoli-

*) Herr Kammerdirektor Hoffmann bey des Prinzen Heinrichs Königl. Hoheit.

zeyrecht, in Geſezliches, Juſtiz = Amts = Prozeßual = und Kriminalpolizeyrecht. Hierauf kömmt das dingliche Polizeyrecht, welches zugleich das ganze Kameralrecht enthält, allein hier abgebrochen iſt, und in einem dritten Bande, der bald nach geendigter Michaelmeſſe ausgegeben wird, ſeine Fortſezung findet.

Innhalt.

Seite.

Drittes Buch. Kollegialiſches Polizeyrecht.

Erſtes Hauptſtück. Von Kollegien und Kanzleyen 3

Zweites Hauptſtück. Gerichtsbarkeit 13

I Abtheilung. Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach ihrem Urſprunge 19

II. Abtheilung. Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der Beſchaffenheit der ausübenden Perſonen 37

I. Abſaz. Landesjuſtizkollegien 40

II. Abſaz. Obergerichte 56

III. Abſaz. Untergerichte 58

IV. Abſaz. Uebrige Gattungen der Gerichtsbeſizungen 67

III. Abtheilung. Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der Beſchaffenheit der unterworfenen Perſonen 74

IV. Abtheilung. Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der Beſchaffenheit der Sachen 95

I. Abſchnitt. Geiſtliche Kollegien und Gerichte 95

II. Abſchnitt. Staats- und Regierungskollegien 102

III. Ab-

Seite

III. Abſchnitt. Juſtizkollegien 104

IV. Abſchnitt. Finanzkollegien und Gerichte 117

V. Abſchnitt. Polizeykollegien 126

V. Abtheilung. Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der größern oder mindern Ausdehnung des Gerichtszwangs 137

Drittes Hauptſtück. Erwerbung und Verluſt der Gerichtsbarkeit 144

Viertes Buch. Sicherheitspolizeyrecht 148

Erſtes Hauptſtück. Inneres öffentliches Sicherheitspolizeyrecht 149

Zweites Hauptſtück. Inneres Privatſicherheitspolizeyrecht 166

I. Abſchnitt. Geſezliches Polizeyrecht 169

II. Abſchnitt. Juſtizpolizeyrecht 180

I. Abſaz. Amtspolizeyrecht 186

II. Abſaz. Prozeſſualpolizeyrecht 241

III. Abſaz. Kriminalpolizeyrecht 277

Fünf-

Seite

Fünftes Buch. Kameral- und dingliches Polizeyrecht 313

Staatswirthſchaftsrecht 322

Erſtes Hauptſtück. Allgemeines Staatsvermögen 324

I. Abſchnitt. Eigenthumsrecht 325

I. Abſaz. Gattungen des Eigenthums 326

II. Abſaz. Rechtswirkungen des Obereigenthums 335

III. Abſaz. Nießungsrecht 353

IV. Abſaz. Beſizrecht 356

II. Abſchnitt. Eintheilung der Sachen des Nazionalvermögens 363

I. Abſaz. Eintheilung der Sachen nach ihrer Beſchaffenheit 365

II. Abſaz. Eintheilung der Sachen nach ihren Eigenthumsarten 376

Zweites Hauptſtück. Staatseigenthumsrecht 388

I. Abſchnitt. Straßenrecht 393

I. Abſaz. Zollrecht 415

II. Abſaz. Geleitsrecht 438

III. Abſaz. Poſtrecht 443

IV. Abſaz. Boten- und Fuhrwerksrecht 464

Landwirthſchaftsrecht.

II. Abſchnitt. Landbaurecht 474

I. Kapitel. Rechtsbeſchreibung der teutſchen Landgüter 477

I. Glied. Domanialrecht 479

II. Glied. Allodialrecht 499

III. Glied. Lehenrecht 512

IV. Glied. Rittergüter 528

V. Glied. Pfarr- und Kirchengüter 540

VI. Glied. Bauergüter 544

		Seite
II. Kapitel.	Rechte der Felddienſtbarkeiten	569
III. Kapitel.	Zwangsgerechtigkeit	576
IV. Kapitel.	Abſonderungs- und Vereinigungsrecht der Landgüter	584
V. Kapitel.	Grenzrecht	605
VI. Kapitel.	Rechte des Güteranſchlags	619
VII. Kapitel.	Pachtrecht	626
VIII. Kapitel.	Feldbaurecht	647
I. Abſaz.	Pflanzungsrecht	680
II. Abſaz.	Säerecht	689
III. Abſaz.	Ernderecht	696
VII. Glied.	Ackerrecht	700
VIII. Glied.	Weingartrecht	706
IX. Glied.	Gartenrecht	709
X. Glied.	Wieſenrecht	714
XI. Glied.	Weidrecht	718
IX. Kapitel.	Rechte der Viehzucht	735
I. Abſaz.	Schäfereygerechtigkeit	765
X. Kapitel.	Brandteweinbrennerey	781
III. Abſchnitt.	Forſtrecht	785
I. Kapitel.	Forſthoheitsrecht	792
II. Abſaz.	Forſtpolizeyrecht	793
III. Abſaz.	Forſtgerichtsbarkeit	811
II. Kapitel.	Waldrecht	817
III. Kapitel.	Jagdrecht	844
IV. Abſchnitt.	Bergrecht	872
I. Kapitel.	Bergregal	877
II. Kapitel.	Bergwerksrecht	884
III. Kapitel.	Bergperſonalrecht	893
IV. Kapitel.	Bergſtrafrecht.	898

Drit-

Drittes Buch.
Kollegialiſches Polizeyrecht.

1.
Einleitung.

Um die innere Sicherheit zu erhalten, hat die Polizey ſehr aufmerkſam auf die Handhabung der Gerechtigkeit zu ſeyn, zum Behuf der Landesökonomie und des Nahrungsſtandes befreyte Gerichtshöfe anzuordnen, die Gerichtsbarkeiten und den Gerichtszwang der Juſtizkollegien feſtzuſezen, und ihre Kolliſionen zu verhüthen, ferner deren Unterwürfigkeit und Subordination zu beſtimmen, und die Zahl der Inſtanzen anzugeben 1). Daher iſt dem Polizeyverſtändigen die Kenntnis von der Beſchaffenheit des teutſchen Juſtizweſens und der vielen Gattungen von Gerichtsbarkeiten ſehr nothwendig, die wir hier geben wollen.

1) Juſti Grundſäze der Polizeywiß. Abth. III. §. 346.

2.
Polizeyrechtsgrund.

Gleichwie die Polizey dafür zu ſorgen hat, daß kein Glied des Staats an der Ausübung ſeines Ge-

werbes und an ſeinen Beſchäftigungen gehindert werde, eben ſo liegt ihr ob, über alle Departements, Kollegien und Deputationen Aufſicht zu tragen, daß ſie gehörig ihre Pflichten erfüllen, und keines das andere in ſeinen Verrichtungen beeinträchtige, oder ihm in ſein Gebiet greife. Um nun in dieſer Materie rechtlich verfahren, und die entſtandenen Streithändel gehörig beurtheilen zu können, muß man die Beſchaffenheit und Verfaſſungen der teutſchen Kollegien und Aemter auseinanderſezen.

Erſtes Hauptſtück.
Von Kollegien und Kanzleyen.

3.
Begrif des Kollegiums, Korpus.

Ein landesherrliches Kollegium oder Korpus iſt eine ſolche Vereinigung einzeler Perſonen, die vom Landesherrn zur Verwaltung eines Theils der Regierungsgeſchäfte angeordnet worden. Es ſind dergleichen Vereinigungen entweder abgeſonderte Kollegien und Korpora, oder nur Theile eines Ganzen. Im leztern Falle werden ſie zu gewiſſen Verrichtungen und Geſchäften im Namen des Ganzen beſtimmt, oder ſie ſtellen nur das ganze Kollegium vor, und heiſen bald Deputationen, bald vorſtellende Kollegien. Der Unterſcheid zwiſchen Kollegium und Korpus iſt §. 423. des I. Bandes ſchon angegeben worden.

4.
Rechtsſäze.

Der von einem Kollegen allein geſpielte Betrug und ſeine Nachläßigkeit haben die übrigen Glieder des Kollegiums nicht zu entgelten 1), und eben ſo wenig haben die Nachfolger eine auf dieſe Art vom ganzen Kollegium oder deſſen Mitgliedern eingegangene Verbindlichkeit zu übernehmen 2).

1) *Car. Frid. Chriſt. Becker* An et quatenus Collegium culpam ab vno alteroue ex ſuis membris vel anteceſſoribus commiſſam praeſtare teneatur? Goett. 1741.

Io. Flor. Rivinus de culpa ab vno Collegarum commiſſa a toto Collegio praeſtanda. Lipſ. 1742.

2) *Traug. Thomaſius* Probl. jur. an ex facto Anteceſſorum illicito teneatur Collegium. Lipſ. 1733.

Io. Tob. Richter de obligatione Succeſſoris in Collegiis ex Anteceſſorum factis. Lipſ. 1754.

5.

Kanzleyen.

Der Ausdruck Kanzley hat heutzutage einen gedoppelten Sinn. Denn theils bedeutet es den Ort, wo überhaupt alle landesherrlichen Kollegien verſammelt ſind, alle Geſchäfte ausgefertiget, und die Schriften aufbewahrt werden, und theils zeigt es nur den Ort der ſchriftlichen Ausfertigung und Aufbewahrung eines jeden einzelen Kollegiums an 1).

1) *Iac. Wenckeri* Jura Archivi et Cancellariae collecta. Argent 1715.

Id. Apparatus et inſtructus Archivorum ex vſu noſtri temporis, vulgo von Regiſtratur und Renovatur. Arg. 1713.

6.

Deren Entſtehung.

Anfangs beſorgte alle Ausfertigung der Geſchäfte der Kanzler, Notar oder der ſogenannte Geheimſchreiber 1). Endlich wurden ihm verſchiedene Unterkanzler, Notare, Protonotare, Referendarien, Sekretaires und Räthe zugegeben, aus welchen einzelen Bedienten, die manchmal ein einiges Kollegium den Oberrath formirten, bey der Vermehrung der Geſchäfte

ſchäfte zulezt ganze Kollegien entſtanden, worüber jener unter dem Titel eines Erznotars, Erzkanzlers, Großreferendars, Großkanzlers, Oberhofkanzlers, Geheimenhofkanzlers, Regierungskanzlers, Staatskanzlers die Oberaufſicht behielt, oder wenigſtens der Erſte Staats- und Juſtizdiener blieb. Denn es ſonderten ſich allgemach die Hauptkollegien ſo ſehr von einander ab, daß ſie ihre eigene Kanzleyen unter Aufſicht eines Kanzleydirektors erhielten, und nur noch einem ganzen höhern Kollegium unterworfen ſeyn mußten.

1) *Vinc. Lupani* Comment. de magiſtratibus et praefecturis Francorum. Francof. ad Moen. 1579. L. II. pag. 211.

Charles Loyſeau du Droit des offices. à Geneve 1636. Liv. IV. Ch. 2. page 553. ſuiv.

Io. Chr. Wagenſeil Comment. de S. R. I. ſummis officialibus et eorundem ſuboffi ialibus. Frcof. et Lipſ. 1686. C. II. p. 7. ſeqq. *Maſcov* de orig. off. aul. §. 4. ſeqq.

Bernh. a Mallinkrot de archicancellariis S. R. I. ac Cancellariis Imp. Aulae. Ien. 1666.

Neue Diplomatick Th. VIII. §. 11. Hſt. 3. Abſchn. 7. Art. 2. §. 310. ff.

7.
Allgemeine Kanzleyen.

Anfangs hieß das allgemeine landesherrliche Rathskollegium Kanzley, deſſen Arbeiten aber in der Folge auf die Regierungs- und Juſtizſachen eingeſchränkt wurden 1). Daher noch jezo ſogenannte Juſtizkanzleyen, ſo wie bey kleinen Ländern ſtatt aller

Kollegien überhaupt nur Kanzleyen vorhanden ſind. Selbſt in den größern Reichsſtaaten heiſt zuweilen die Vereinigung aller Kollegien die Kanzley.

1) Kurbrand. Ordnung der Kanzley halber, in C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 55. Halberſtädt. Kanzleyordnung von 1652. P. I. c. 21. Kalenberg. Kanzley⸗ u. Untergerichtsordn. T. II. C. C. Luneb. C. II. p. 247. Heßiſch. Landesordn. C. 8. §. 10. 11. C. 10. §. 4. *Manzel* in Jur. Megalip. et Lub. ill. Cent. I. P. pr. jud. 72. pag. 47. Eſtor Th. II. §. 6312.

8.

Landesherrliches Kanzleyrecht.

Gleich dem Archivrechte iſt die Haltung einer Kanzley ein Ausfluß der Landeshoheit 1), als welche zugleich zur Ertheilung der Kanzley⸗ und Regimentsordnungen 2) und zur Abforderung und Beſtimmung gewiſſer Taxgelder und Kanzleygebühren berechtiget iſt.

1) *Iac. Bernhardi* Diſſ. de jure Archivi et Cancellariae.

Ahasv. Fritſch tr. de jure Archivi et Cancellariae. Ien. 1644.

Io. Henr. de Berger Diſſert. de judiciariis Cancellariae praerogativis. Witt. 1708.

2) Verzeichnis der Kanzleyordnungen in K. Fr. Elſäßers Theorie der Kanzleypraxis S. 6. ff. in den Beyträgen zum Kanzleyweſen n. 3. S. 11. ff.

9.

Reichskanzley.

Die Reichshofkanzley zu Wien beſteht aus dem Reichsvizekanzler, 2, Reichsreferendarien lateiniſcher

und

und teutſcher Expedition, 2. Regiſtratoren, 2. Concipiſten, einen Ausfertiger, und 22. Kanzliſten. Es iſt davon noch das Reichshofrathsſekretariat abgeſondert, welches 2. Reichshofrathsſekretarien und der Reichshofrathsthürhüther begreifen. Ferner zeigen ſich 4. Regiſtranten und 4. Rolliſten. Der Reichstaxator hat mit 2. Gegenhändlern das Taxamt unter ſich 1). Gewiſſermaßen gehört auch der Reichswappenſchauer und Reichswappenmahler hieher 2). Das Reichskammergericht beſizt unter Kurmainz ſeine beſondere Kanzley und Leſerey mit dem dazu gehörigen Taxamte 3).

1) Erneuerte Kurmainz. Reichshofkanzleytaxordnung, in der Zugabe zur Samml. der Reichsabſch. S. 97.

2) Eſtor Th. II. §. 6315. bis 6322.

3) Kammerger. Taxordn. im Anh. des Reichsviſitationsabſchieds von 1713. in der Samml. der Reichsabſch. Th. IV. S. 28. 294.

10.

Verſchiedene landesherrliche Kanzleyen.

In den Reichsländern befinden ſich beſondere Hof = Geheime = Juſtiz = Lehen = Regierungs = Oberappellationsgerichtskanzleyen, die ihre Kanzleydirektoren, Sekretarien, Notarien und Protonotarien, Aktuarien, Kanzliſten, Protokolliſten, Konzipiſten, Kopiſten, Regiſtratoren, Archivarien u. ſ. w. beſizen.

11.

Preußiſche Kanzleyen.

In den Preußiſchen Staaten beſitzt jedes Kollegium ſeine eigene Kanzley 1) mit den nöthigen Ober- und Subaltern-Bedienten, die über ihre Verrichtungen genaue Vorſchriften 2) erhalten haben. Die Beſchleunigung der Ausfertigungen iſt ihnen ſehr eingeſchärft 3), jedoch ſind ſie nicht ſchuldig, vor Bezahlung der Sporteln, Taxen und der Kanzleygebühren 4) dieſelbe auszuhändigen 5).

1) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 83. 88.

2) Cod. Frid. P. I. tit. 1. §. 10. 11. tit. 10. C. J. Frid. P. III. tit. 5. per tot. Kanzleyreglement für das Berliniſche Kammergericht vom 25 May 1765. in C. C. March. Nov. Tom. III. p. 775. Vorſchrift für das Oſtpreuß. Hofgericht cit. l. T. V. Jahrg. 4. p. 824. für das Oberburggräfliche Amt zu Königsberg p. 899. für das Oſtpreuß. Pupillenkollegium p. 862. Allgemeines Regiſtratur- und Kanzleyreglement für ſämtliche Landesjuſtizkollegien der Preuß. Staaten vom 20. Nov. 1782. in T. VII. p. 1642. Reſcripte ans Kammergericht vom 19 Dez. 1782. ibid. n. 58. 59. p. 1943.

3) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 351. T. VI. Abth. 1. p. 157. Abth. 2. p. 165. Contin. II. p. 68. 83.

4) Vid. Repertor. Corp. March. ant. p. 176. 177.

5) C. C. March. T. IV. Abth. 5. p. 221.

12.

Preußiſches Kanzleyperſonale.

Das Oberhaupt dieſer einzelen Kanzleyen heiſt Kanzleydirektor, und hat einige Sekretarien, Archivarien,

varien, Regiſtratoren, Kanzliſten, Kopiſten, Kanzlendiener, Bothenmeiſter, Kanzlenboten und Executoren unter ſich 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 5. §. 1. 2. 3.

13.
Sekretarien und Gerichtsaktuarien.

Die Regierungs- u. Gerichtsſekretarien, Protonotarien u. Aktuarien 1) werden aus den Referendarien genommen, und erhalten ihre Beſtallung von dem Oberhaupte der Gerechtigkeitspflege. Ihre Hauptverrichtung beſteht in der ſchriftlichen erweiterten Ausfertigung der dekretirten Verordnungen, Befehle und Reſolutionen. Nebendem gebraucht man ſie zu Sieglungen, Inventuren, Teſtamentsabnahmen u. dergl. Kommiſſionen, im Nothfalle auch zu Führung des Protokolls. Sie halten ordentliche Expeditionsbücher, und ertheilen die Siegelzettel 2).

1) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de officio actuarii. Ien. 1706.
Io. Schilter de Secretariis in Pr. J. Rom.
Dietr. Herm. Kemmerich Diſſ. de Secretariis, Protonotariis et actuariis judicialibus. Viteb. 1726.
Von ihrem Urſprunge Neue Diplomatick Th. VII. §. 354. S. 178.
2) C. J. Frid. P. III. tit. 5. Abſchn. 1. §. 4. ſeqq. P. I. tit. 5. §. 1.

14.
Regiſtratoren.

Alle Vorſtellungen, Eingaben und Berichte gelangen an die Regiſtratoren, die ſie entweder bey den

 übrigen

übrigen Akten niederlegen, oder dem Präſidenten behändigen, als welcher allein alle auf der Poſt ankommende Sachen erbricht. Zur ſichern Bewahrung, wofür ſie haften müſſen, halten ſie Diſtributions = und Annotationsbücher, und laſſen ſich über alle Aushändigungen Empfangſcheine geben. Bey großen Landesjuſtizkollegien befinden ſich abgeſonderte Prozeß = Konkurs = Kriminal = General = Konſiſtorial = Pupillen = Lehns = und Hypotheken = unſtreitige Gerichtsregiſtraturen 1).

1) Corp. Jur. Frid. cit. l. Abſchn. II. S. 71. ff.

15.

Kanzliſten, Kopiſten.

Die Obliegenheit der Kanzliſten, unter welchen manchmal die Kopiſten ſtehen, deren Arbeit ſie nachzuſehen haben, iſt, alle Ausfertigungen abzuſchreiben und ins Reine zu bringen. Auf jeder Seite müſſen 24. Zeilen, und auf jeder Zeile 12. Sylben enthalten ſeyn. Sie müſſen beſtändig auf der Kanzleyſtube arbeiten, und dürfen die Sachen nur im äußerſten Nothfalle mit nach Hauſe nehmen 1).

1) C. J. Frid. ibid. Abſchn. III. S. 86. ff.

16.

Andere Preußiſche Kanzleyverwandte.

Zu den Kanzleyen gehören auch die Preußiſchen Depoſital = und Sportelkaſſenrendanten, desgleichen die Bothenmeiſter und Kanzleybothen mit einigen andern Unterbedienten, wovon ich anderswo handle.

17.
Kanzleyſiegel.

In jeder Kanzley befindet ſich ein eigen Kanzleyſiegel, und manchmal noch beſondere Siegel für jedes Kollegium. Nach der Verſchiedenheit der Ausfertigungen bedient man ſich der Majeſtätsſiegel, Geheimen Kabinetsſiegel, großen Siegel, Gegenſiegel, Goldener Bullen 1), die auf mancherlei Art von Wachs, Siegellack, Oblaten, und Metalle aufgeprägt, und manchmal in Kapſeln verwahrt werden 2).

1) *Pol. Leyſer* Diſſert. Sigillum Majeſtatis Brunſwicenſe. Helmſt. 1725. *I. H. Boehmer* de jure et auctoritate Sigilli avthentici. Hal. 1742. *Io. Mart. Goſſel* de ſigillis Vniuerſitatum. Gieſſ. 1719. Neue Diplomatick Th. V. § 441. 442. Th. VI. §. 267.

2) *Sam. Stryk* de cera rubra et ſacro encauſto. Frcf. 1680. *Ioach. von Dale* de ſubſcriptionibus principum. Ien. 1676.

18.
Archive und Repoſituren.

Oft ſtehen mit den Kanzleyen die Archive in Verbindung. Man hat Reichsarchive, Reichshofarchive, Staatsarchive, Landesarchive gemeinſchaftliche, Geſamtarchive, Geheime und Hausarchive, äußere Archive 1). Hier werden die Originalien und wichtigſten Akten, dahingegen in den Regiſtraturen und Repoſituren nur die laufende Sachen und Kopialien aufbewahrt. Ein aus dem Archive producirtes Original oder uralte Kopey hat vollſtändigen Glauben.

den 2). Die bey dem Archive angeſtellten Bedienten ſind Geheime und Hofarchivare, Regiſtratoren, Kanzliſten und Protokolliſten.

1) *Frid. Rudloff* de archiuorum publicorum origine, vſu et auctoritate. Erf. 1676.

K. G. Günther über die Einrichtung der Hauptarchive, beſonders in teutſchen Reichsländern. Altenb. 1783.

2) L. 10. D. de probat. L. 2. D. de fide inſtrum. Avth. Adhaec. Cod. de fide inſtr. Nov. 49. c. 2. §. 2.

Meine kleine Schriften aus der Geſchichte, dem Staats- u. Lehenrechte B. I. S.

Io. Siebrand de protocollis Collegiorum eorumque probatione et fide. Roſt. 1684.

Io. Wilh. Waldſchmidt de probatione per diplomataria, Marp. 1736.

Zweites

Zweites Hauptſtück.

Gerichtsbarkeit.

19.

Literatur.

Io. Nic. Hert. Diſſ. de Conſultationibus, Legibus et Judiciis in ſpecialibus Imp. R. G. Rebuspubl.

Herm. Conring Diſſert. de judiciis Reipubl. German. Helmſt. 1644.

Ge. Chr. Gebauer Progr. de judiciis Vet. German. ad Tacit. c. 12. Goett. 1754.

Joh. Leonh. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen, wie ſolche vom achten bis zum vierzehenden Säkulo üblich geweſen. Leipzig 1741.

Henr. Chriſt. Freyherrn von Senckenberg Abhandlung von der wichtigen Lehre von der kaiſerl. höchſten Gerichtsbarkeit in Deutſchland. Frankfurt am Main 1760.

Ge. Steph. Wieſand Diſſert. de re German. judiciaria. Vit. 1773.

Frid. Eſai. a Puſendorf de jurisdictione German. Lemgov. 1740.

Chr. Thomaſius Diſſ. de jurisdictionis et magiſtratuum differentia ſecundum mores Germ. Hal. 1703.

Henr. Hildebrand Diſſert. de jurisdictione vniuerſa ſecundum mores hodiernos compendioſe conſiderata. Alt. 1714.

Ge.

Ge. Chr. Gebauer Diſſ. de jurisdictione ſecundum doctrinam Romanorum eiusdemque doctrinae in Germania vſu. Goett. 1729.

Io. Henr. Bocriſ. Diſſ. de indole ac natura judiciorum Germaniae tam antiquorum quam recentiorum ad ſtatum Jur. Publ. mod. ſuccincte explicata. Bamb. 1749.

Io. Paul. Hoettel Diſſ. de antiqua et hodierna forma Jurisdictionis. Alt. 1737.

Io. Ge. Scherz Diſſ. de ſummis atque ſubalternis Imp. R. G. judiciis et eorum concurrentia.

Joh. Jak. Moſer von der teutſchen Juſtizverfaſſung. Frankf. 1776.

De Jurisdictionibus Colonienſibus. Wezl. 1752.

Goth. Barth Diſſ. de Jurisdictione, quam perſ. ill. et nobiles per officiales exercere ſolent. Lipſ. 1698.

Ant. Matthaei de Judiciis cum Obſerv. *Struvii* vna cum *Chr. Phil. Richerti* Comment. ad tit. Decret. de judiciis. Ien. 1678.

Joh. Karl Nävius Jus Juſtitiariorum, ſeu von dem Gerichtsrecht auf den Städten, Aemtern und auf dem Lande. Wittenb. 1733.

Io. Lud. Albrecht Diſſert. de vera jurisdictionis veteris indole. Lipſ. 1752.

Io. And. Hanneſen Diſſ. de jurisdictione. Goett. 1750.

Iean Baquet des droits de Juſtice, haute, moyenne et baſſe. à Paris 1621. Tome III. des oeuvres.

20.

20.

Erklärung der Gerichtsbarkeit.

Sie beſteht in der obrigkeitlichen Gewalt, Streithändel zu unterſuchen, zu entſcheiden und zu beendigen 1). Das leztere, Mixtum Imperium 2), welches aus der vollſtreckenden Gewalt entſpringt, war zwar nach römiſchen Prinzipien nicht mit der Jurisdiktion vereinigt 3), allein nach teutſchem Rechte war es von ihr ganz unzertrennlich. Indeß gibt es doch noch heutzutage Gerichte, die eine bloße Inſtruktion oder rechtliche Unterſuchung der Sache, notionem, ohne Entſcheidungsrecht beſizen.

1) L. 3. D. de jurisdict. *Marci Ant. Mureti* Comment. in tit. ad materiam Jurisdictionis. Arg. 1608.
Gerb. Noodt de jurisdictione et Imperio.
Bernh. Kulbolt de jurisdictione mixto et mero Imperio. Sleuſ. 1638.
Io. Waſteau Diſſ. de jure et jurisdictione Municipiorum. Lugd. Bat. 1727.

2) L. 1. §. 4. D. ad SCtum Turpill. Hellfeld Jurisprud. for. §. 185. beruft ſich jedoch auch darüber auf L. 7. 8. D. de officio Procoſ.

3) L. 5. D. de re jud.

21.

Römiſcher Unterſcheid zwiſchen Obrigkeit und Richteramt.

Da die Römer zwiſchen dem obrigkeitlichen und dem Richteramte einen Unterſcheid machten, und dieſem keine vollſtreckende Gewalt eingeſtanden 1), ſondern

dern dieſe bloß dem Magiſtrate beylegten, ſo folgt, daß die Gerichtsbarkeit im heutigen Verſtande bey ihnen Jurisdictio plena, und ihre heutige Ausübung Extraordinaria Cognitio hieß.

1) *Io. Ern. Schroeter* Diſſert. de jurisdictione in genere eiusque a legis actione et reliquo judicis officio differentia Jur. Rom. Erl. 1747.

22.

Streitige und unſtreitige Gerichtsbarkeit.

Nachdem die Jurisdiktion über Sachen, worüber die Parthenen einig oder miteinander ſtreitig waren, ausgeübt wurde, nannte ſie das Römiſche Recht Voluntaria oder Contentioſa 1), und nachdem mit jener eine Sacherkenntnis verknüpft wurde, oder nicht, war ſie mera oder mixta. Die Eigenſchaften der willkührlichen Gerichtsbarkeit 2) waren, daß ſie von jedem Richter 3), zu jeder Zeit 4), an jedem Orte 5), und in eigenen Angelegenheiten 6) ausgeübt werden konnte 7).

1) *Io. Ern. Schroeter* de diuiſione jurisdictionis in Voluntariam et Contentioſam. Erlangae 1747.

2) *Io. Ern. Schroeter* de proprietatibus voluntariae jurisdictionis. Erl. 1748.

3) L. 2. pr. de officio Procoſ. L. 36. §. 3. de adopt.

4) L. 8. Cod. de feriis.

5) arg. L. 2. D. de officio Praetor.

6) L. 20. D. de jurisdict.

7) *Lauterbach* de Voluntaria Jurisdictione.

23.

23.

Heutiger Gebrauch dieſer Abtheilung.

Obſchon ähnliche Rechtsſäze in einigen Landesgeſezen 1) angenommen ſind, ſo ſtimmt dieſe Lehre mit der teutſchen Rechtstheorie doch gar nicht überein, wo derlei Handlungen, die das Römiſche Recht zur willkührlichen Gerichtsbarkeit zehlt 2), in Teutſchland, vermög des Staatsoberaufſichtsrechts, der Schuzherrlichkeit und des Obereigenthumsrechts der eigenen obrigkeitlichen Beſtätigung bedürfen. Da nun dieſe Rechte nicht immer aus der landesherrlichen Verleihung entſpringen, ſondern aus beſondern Verfaſſungen des Mittelalters herrühren, und die ausſchließende Befugnis gewiſſer Gutsbeſizer ſind, wie auch einen Theil ihrer Einkünfte ausmachen, ſo wird man begreifen, daß ihnen dieſer nuzbare Zweig ihrer Gerichtsbarkeit von fremden Richtern 3), wenn ſie auch gleich ebenderſelben Landeshoheit unterworfen ſind, nicht entzogen werden kan, und noch weniger, daß es von der Willkühr der Parteyen abhängt, wo ſie dergleichen Handlungen anbringen wollen, nicht zu gedenken, daß das heutige Poliʒeyrecht bey den meiſten eine Sacherkentnis erfordert 4). So viel iſt gewiß, daß bey den Teutſchen die Sachen der römiſchen willkührlichen Gerichtsbarkeit nimmermehr willkührlich geweſen ſind, ſondern dem ordentlichen Gerichtszwange unterworfen waren. Dahingegen gerade die meiſten Cauſae jurisdictionis contentioſae, nemlich alle Privatrechtsangelegenheiten

bey ihnen nach Willkühr bey jedem Gerichte konnten angebracht werden.

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 1. §. 33. p. 14. C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 3. p. 1765. §. 26. 42. Wirtemb. Lr. P. II. tit. 13. P. III. tit. 3. §. Da aber.

2) *Io. Ern. Schroeter* de actibus Voluntariae jurisdictionis. Erlangae 1749.

3) *Ad. Frid Glaffey* Diſſ. de jurisdictione Voluntaria extra territorium non exercenda. Lipſ. 1719.

4) *Chr. Gottfr. Hoffmann* Diſſ. de origine jurisdictionis Voluntariae ex principiis jurisprudentiae Romanae et vſu Germaniae. Francof. ad Viadr. 1727. Vergl. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1793. §. 42. ſqq.

24.

Unanwendbarkeit der römischen Lehrſäze von Gerichtsbarkeit.

Ueberhaupt können die meiſten Lehrſäze des römiſchen Rechts von der Gerichtsbarkeit heutzutage nicht mehr angewendet werden, weil unſere Gerichte ſowol ihrem Urſprunge und Beſchaffenheit, als ihrem Gerichtszwange nach von den Römiſchen verſchieden ſind 1).

1) Eſtor Th. II. §. 4924. Th. III. §. 4923.

25.

Vollſtändige Gerichtsbarkeit.

Dieſe, lat. Jurisdictionem omnimodam, bezeichneten die Teutſchen mit dem Ausdrucke: mit allen Gerichten, mit Gericht und Ungericht 1), wiewol das leztere Wort mehr die obrigkeitliche vollſtreckende Macht an=

anzeigt 2), welches noch mehr beym Ausdrucke Vogtey und Amt der Fall iſt 3).

1) *Io. Paul. Kreſs* de iurisdictione omnimoda formula Richt und Ungericht in feudum conceſſa.

2) Eſtor Th. II. §. 4980. *Engau* El. Jur. Germ. L. IV. tit. 1. Sect. 2. §. 11.

3) *Dav. Ge. Struben* Obſ. hiſt. et jur. IX. de ſignificatione vocum Amt und Vogtey in litt. feud.

26.

Eintheilung der teutſchen Gerichtsbarkeiten.

Die Gerichtsbarkeiten in Teutſchland theilen ſich verſchiedentlich nach ihrem altteutſchen Urſprunge, nach der perſönlichen Beſchaffenheit der Beſitzer, nach den mannigfaltigen Eigenſchaften ſowol der Perſonen, als der Sachen, worüber ſie ausgeübt wird, und nach den Grenzen, worein der Gerichtszwang eingeſchränkt iſt.

I. Abtheilung.

Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach ihrem Urſprunge.

27.

Quellen der teutſchen Gerichtsbarkeit.

Die vier Hauptquellen der teutſchen Gerichtsbarkeit ſind die Staatshoheit, die teutſche Freyheit, die Vogteygerechtigkeit und das Eigenthumsrecht.

28.

Höchſte Gerichtsbarkeit des Staats.

Die deutſche Staatshoheit theilt ſich in die Reichshoheit und in die Landeshoheit. Aus der erſten entſpringt die Reichsgerichtsbarkeit 1), die theils auf dem Reichstage beym Rekurſe, theils durch das Reichskammergericht und den Reichshofrath ausgeübt wird. Aus der zwoten entſtehet die landesherrliche höchſte Gerichtsbarkeit als ein Regal 2), die ſich manchmal wegen der zugleich beſizenden Machtvollkommenheit in Machtſprüchen äußert, und die Verabſäumung der Amtsgerichtsbarkeit ſuppliren kan 3), welches hingegen nicht von der kaiſerlichen höchſten Gerichtsbarkeit geſchehen darf 4).

1) *Frid. Guil. Tafinger* Diſſert. de ſuprema in Imperio Rom. Germ. Jurisdictione. Tub. 1753.

2) Reichsabſchied von 1555. §. 40. *Hert.* de ſuperiorit. territ. §. 20. *Frid. Guil. Tafinger* Diſſ. de poteſtate judiciaria ſtatuum Imp. Rom. Germ. generatim &c. Tub. 1771.

3) Struben Nebenſt. Th. V. S. 83. ff.

4) gegen *Io. Chr. Frid. Breyer* Diſſ. de poteſtate Auguſtiſſimi ſuppletoria vtpote parte poteſtatis neceſſaria. Tub. 1732.

29.

Altteutſche Gerichte.

Ehemals hatte Teutſchland folgende Freygerichte, den Reichshof 1), und das kaiſerliche Pfalz- und Kammergericht 2), die alten herzoglichen Hofgerichte in

in Baiern, Schwaben, Lothringen, Weſtphalen ꝛc. 3), wovon noch das zu Rottweil ein Ueberbleibſel. Die Landgerichte, als zu Hirſchberg, Onolzbach, Wirzburg 4); Burggrafenämter, Gorogerichte, Schultheißeyen, die weſtphäliſchen Fehm- und Freygerichte, Sendgerichte, Schöffenſtühle, Zentgerichte 5), Bottding und Lodding 6).

1) *Chr. Iac. Waldſtromer* Oratio de Curiis Regiis Comitiisque ante Sanct. Car. tempora Norimb. celebratis. Alt. 1722.
Chr. Gottfr. Hermann Diſſ. de Curiis Imperat. et Regum Germ. ſolennibus. Lipſ. 1768.

2) *And. Ockel* tract. de Palatio Regio ſeu Scabinatu Halenſi nonnullisque aliis ad Burggrauiatum Magdeburgenſem ſpectantibus Juribus. Hal. 1700.

3) *Henr. Balth. Blum* Comment. de iudicio Curiae Imperialis Germ. von dem kaiſerl. Hoffgericht in Teutſchland adj. adp. de judicio Curiae Imp. Rottwilenſi, vom kaiſerl. Hoffgericht zu Rottweil. Francof. ad Moen. 1747. *Er. Maurit.* Diſſ. de jud. Rottwilenſi. *Io. Pet. de Ludewig* de Sueuiae tribunali S. R. I. in Quadrurbe.

4) *Hagen* de judicio prouinciali Norico Caeſar.

5) Eſtor Th. II. Hauptſt. 31. §. 6020. ff.

6) *Io. Car. Conr. Oelrichs* Diſſ. de Botding et Lodding Judiciis Germaniae inprimis Marchiae Brandenburgenſis antiquiſſimis. Traj. ad Viadr. 1750.

30.

Deren Verfall und Abgang.

Dieſe Gerichte ſind theils durch die veränderte Staatsverfaſſung zu Grunde gegangen, theils ſind ſie

durch Schenkungen, Belehnungen, Verkäufe, Erbverpachtungen, Verpfändungen, Verleihungen in andere Hände gerathen, und haben eine veränderte Geſtalt bekommen. Viele haben durch die Befreyung der unterworfenen Perſonen und Sachen aufhören müſſen, oder ſind wenigſtens in ſehr enge Grenzen eingeſchränkt worden. Ihre heutige Verfaſſung werden wir nun betrachten, und hernach das Sicherheitspolizeyrecht und die Gerichte auseinanderſezen, die aus dem alten Fehdeſyſtem entſprungen ſind.

31.

Entſtehung neuer Gerichtshöfe durch die Befreyung von der Reichsgerichtsbarkeit.

Man glaubte, der Kaiſer hätte in allen Ländern, beſonders wenn er ſich perſönlich da aufgehalten hätte, ehemals neben der landesherrlichen die mitlaufende Gerichtsbarkeit beſeßen 1), allein dieſes war zwar in dem Mittelalter die Verfaſſung, nicht aber in den ſpätern Jahrhunderten, da ſich die Landeshoheit auszubilden anfieng. Nachdem die alte teutſche Gerichtsverfaſſung an verſchiedenen Orten in Verfall oder gar außer Uebung gekommen war, ſo geſchah es, daß ſich mittelbare Unterthanen zuweilen in erſter Inſtanz an die neuerrichteten höchſten Reichsgerichte wandten, noch mehr, durch die falſche Anwendung des Römiſchen Rechts, bis ſich die Reichsſtände durch die Privilegien de non euocando vorzuſehen wußten. Sie ließen ſich, um von der Subordination unter die Reichsgerichte

los

los zu kommen, endlich auch Privilegien de non appellando ertheilen. Da auf dieſe Art die zwote Inſtanz der Reichsgerichte über mittelbare Unterthanen aufhörte, ſo mußten die Landesherren zur Ausfüllung neue Gerichte in ihren Staaten anordnen, die ſie größtentheils nach dem Muſter der Reichsgerichte einrichteten 2). Es entſtanden nun das Kammergericht zu Berlin, verſchiedene Hofgerichte zu Tübingen, Leipzig, Hildesheim, eine Anzahl Appellations- und Oberappellationsgerichte, Juſtizkanzleyen.

1) Eſtor Th. II. Abſchn. 33. §. 6093. ff.

2) *Seckendorff* in Hiſtoria Lutheraniſmi L. I. §. 75. p. 117.

32.

Bildung neuer Oberhöfe.

Es war im Mittelalter eine ſtillſchweigende Art, ein Stadtgericht dem andern zu ſubordiniren, daß man ihm das Stadtrecht einer andern Stadt mittheilte, dadurch ward jenes dieſem Stadtgerichte untergeben, und das Zugrecht gieng hieher. Einige Oberhöfe entſtanden durch Verträge und Begnadigungen 1).

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 38. §. 6126. ff.

33.

Vogteygerichtsbarkeit.

Es war eine beſondere Verfaſſung der teutſchen Schuzherrlichkeit, deren Gattung die Vogtey geweſen iſt, daß ſie die Gerichtsbarkeit über die Schuzverwandten und Mundmannen in ſich begrif 1). Es

 litten

litten aber in der Folge durch die Betriebſamkeit der Geiſtlichen die Vogteyrechte allerlei Einſchränkungen, welches die Urſache iſt, warum heutzutage nicht immer mit dem Vogteyrechte die Gerichtsbarkeit verknüpft iſt 2). Indeß bleibt es ein unbeſtreitbarer Rechtsſaz, daß die ältere Vogteygerechtigkeit den Gerichtszwang beſizt 3).

1) *Henr. Link* Diſſ. de Vogteja. *Io. Iod. Beck* de jurisdictione Vogtejica.

2) Eſtors bürgerl. Rechtsgel. Th. II. §. 6069. ff.

3) *Pufendorf* de jurisdict. P. II. Sect. III. c. 1. p. 293.

34.

Gattungen der Vögte.

Es gab Landvögte, Reichsvögte, Obervögte, Großvögte, Stadtvögte, Kirchenvögte, Kaſtenvögte, Stiftsvögte, Gerichtsvögte, Frohnvögte, Burgvögte, Amtsvögte, Hausvögte u. ſ. w. 1). Sie waren Aufſeher, Beſchüzer und Verwalter von gewiſſen Gerechtſamen und Sachen 2). Manchmal förmlich kaiſerliche Statthalter.

1) Eſtor Th. II. §. 6070. 6040. 6041.

2) ebendaſ. §. 6069.

35.

Ihre Einkünfte.

Ihre Einkünfte beſtanden im Genuſſe gewiſſer Lehen, Vogtlehen, feuda aduocatiae, und Güter, und der Vogtdienſte, in Beziehung gewiſſer Einkünfte an

Vogt-

Vogtgeld, Vogthaber, Vogthühnern, und der Geldſtrafen 1), wovon aber die Kirchen = und Kaſtenvögte nur ein Drittel bekamen.

1) Eſtor a. a. O. §. 6049. 6081.

36.

Beſchaffenheit ihrer Gerichtsbarkeit.

Gleichwie ihr Amt hauptſächlich in der Beſchüzung und Vertheidigung, desgleichen in Erhaltung der Sicherheit beſtand, ſo erſtreckte ſich ihre Gerichtsbarkeit in der Regel nur über freye Leute, und betraf Polizeyſachen, und die Beſtrafung geringer Vergehungen und ſolcher Verbrechen, die nicht unter die 4. peinliche Freiſchfälle gezehlt wurden. Nur bey der Kirchen = und Kaſtenvogtey geſchah es aus beſondern Urſachen, daß ihr Gerichtszwang auch über die Leibeigenen und über die bürgerlichen Angelegenheiten ſich erſtreckte, und in der neuern Zeit gab demſelben der Mangel an Kenntnis der ältern Verfaſſung eine gröſſere Ausdehnung 1).

1) Eſtor Th. II. §. 6077. 6078. 6079. *Pufendorf* de jurisdict. P. II. Sect. III. c. 1. §. 319.

37.

Vogtdinge, Vogtgerichte.

Ihre Gerichte hieſzen das Vogtding, Vogtgericht 1), Ehehaftgericht, Ungebotending, Quatembergericht, Vogtrügericht 2), Brüchtengericht 3), Dreyding, Jahrgerichte, Echteding, Ruhgericht.

Sie werden faſt in ganz Teutſchland, und unter dem Namen Rügegericht noch angetroffen in Wirtemberg, Badendurlach, Kurſachſen, Sachſenaltenburg, Nürnberg, Mecklenburg, Heſſen, Gothaiſchen, Wiedrunckel 4). Sie ſind eine Art von Polizeygerichten, werden nur zu gewiſſen Zeiten gehalten, und beziehen ſich hauptſächlich auf ſolche Vergehungen, die wider die Rechte der ganzen Gemeinde begangen worden ſind, und auf geringe Verbrechen, als Garten- und Feldfrevel, Scheltworte, unehrbares Weſen, deren Beſtrafung in zween Gulden, oder in 4. Tagen Gefängnis beſteht 5). Die Angeber und Polizeyaufſeher heißen Rügemeiſter, Frevelvögte, Cenſurrichter 6).

2) Sächſ. Lr. B. I. Art. 2. Schwäb. Lr. C. III. §. 1. Eſtor Th. II. §. 6080. 6081. 6082.

2) *Io. Chr. Herbodt* Diſſ. de judiciis cenſoriis vulgo dictis Rügegerichten. Arg. 1651. Lipſ. 1727. *Iuſt. Henr. Mylius* D. de judiciis denunciatoriis Saxonicis Rügegericht dictis. Lipſ. 1737. *Frid. Ern. Duill* Diſſ. de judiciis cenſoriis vulgo Rügegerichte, ſpeciatim iis, quae in Dynaſtia Wed. Roncal. ſemel per annum ſolenniter celebrantur. *Iul. Frid. Malblanc* Diſſert. de judiciis, quae Rügegerichte vocantur. Tub 1773. Abhandl. vom geſchwornen Montag, oder den Rügegerichten an der Lahne. Marb. 1768.

3) Eſtor Th. II. §. 6274.

4) Goth. Ger. u. Proz. Ordn. p. 242. Gotha. L. O. P. II. c. 1. tit. 11. p. 113. u. Beyſ. P. III. p. 241. 257. 281. Altenb. L. O. P. II. tit. 7. c. 1. Bad. L. O. P. II. tit. 16. p. 171. P. VIII. p. 342. Contin. Cod. Auguſt. de

1772.

1772. p. 500. Altenb. neuerl. Ger. u. Proz. Ordn. von 1744. p. 385. Heß. Kaß. Verordn. der Rügegerichte halber von 1735. Wendelſt. Ger. Ordn. v. 1573. Wiedrunkel. Polizeyrügeger. Ordn. v. 11. Febr. 1765. Wölker über die Nürnb. Reform. P. I. p. 212. 243. 548.

5) cit. l. §. 14. p. 46. Diſſ. *Malblanc.*

6) *Io. Chr. Hartung* Diſſ de delatoribus, von Rügemeiſtern. Ien. 1690. Estor Th. II. §. 6270.

38.

Dreydinge in Schleſien.

In Schleſien heiſt das Rügegericht Dreyding 1), und rührt aus der Kirchenzenſur her 2), beſizt ſeine eigene Dreydingsordnung, welche eine ausführliche Polizeyordnung begreift 3). Sie muß alle Jahre 2. mal der Gemeinde vorgeleſen werden 4), und die Uebertreter haben der Burggraf, die Schulzen, Schöppen, Elteſten anzuzeigen 5). Den Dreydingen ſind *alle* Einwohner eines Dorfs, wenn ſie auch gleich unter verſchiedene Gerichtsbarkeiten gehören, unterworfen, und müſſen gemeinſchaftlich die Unkoſten tragen 6), wobey aber die Unterthanen nicht in übermäßige Koſten geſezt werden dürfen 7).

1) Ge. Bezold Unterricht vom Dreydinge. Liegniz 1595.

2) *Schifferdegker* ad Fabr. L. III. tr. 29. pag. 444. qu. 2. *Henelii* Sileſiograph. C. X. p. 944. 1009. *Schickfuſ.* L. III. p. 343.

3) Dreydingsordnung des Fürſtenthums Oels und anderer Herrſchaften, in der Brachvogl Samml. Schleſ. Priv. Stat. u. Sanct. Th. II. n. 64. S. 379. ff.

4)

4) Brachvogl. Sammml. Th. IV. S. 1159.

5) ebendaſ. S. 1157.

6) Oelsniſche Landesordn. P. II. Art. 16. a. a. O. S. 1070. 1071. Schleſ. Landesordn. P. II. Art. 13.

7) Preuß. Circulare vom 4. Oct. 1751. in der Korn. Sammml. Schleſ. Ed. Pat. Ordn. B. IV. S. 201.

39.

Weſtpreußiſche Landvogteygerichte.

Der König von Preußen errichtete nach der Beſiznehmung Weſtpreußens, damit die Partheyen den Richter in der Nähe haben möchten, eine Anzahl Landvogteygerichte, die er dem zugleich aufgeſtellten Oberhof- und Landgerichte, oder der nachher ſogenannten Weſtpreußiſchen Regierung unterwarf. Sie befinden ſich jezo zu Kulm, Marienburg, Stargardt, Coniz 1), Schneidemühl, Bromberg 2), Heilsberg 3), Lauenburg 4), als welches leztere erſt errichtet wurde, nachdem die Diſtrikte Lauenburg und Bütow Weſtpreußen einverleibt, und hier vorher geweſene Grod- und Landgerichte, Tribunal und Oberhauptmannſchaftsamt gänzlich aufgehoben waren. Dieſelbe haben die Gerichtsbarkeit in Civil- Criminal- und Vormundſchaftsſachen, desgleichen in Perſönlichen und Dinglichen Sachen. Es ſind denſelben unterworfen alle Geiſtlichen, alle Königliche und Fürſtliche Bedienten und Beamten, alle abgedankte Officiers, Edelleute und unadeliche Beſizer adelicher Güter, die Juſtizkommiſſaire und Mediatſtädte. Sie begreifen einen

nen Landvogteygerichtsdirektor, einen Rath, einen Aſſeſſor, und einen Sekretarius, 2. Kopiſten, 2. Landreuter und einen Gefangenwärter. Zuweilen auch noch einen Regiſtraturaſſiſtenten, und einen geſchwohrnen Interpreten 5). Es befindet ſich auch ein Landvogteygericht zu Schievelbein 6).

1) Weſtpreuß. Notifikationspatent v. 23. Sept. 1772. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 454. Publikandum vom 27. April 1773. Jahrg. 3. p. 117.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1746.

3) ibid. Jahrg. 5. p. 171.

4) cit. l. Jahrg. 3. p. 2454. Jahrg. 5. p. 661. Vergl. Tom. VI. p. 1045.

5) Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Landvogteygerichte zu Kulm, Stargard, Coniz und in den Diſtrikten an der Neze, vom 21. Sept. 1773. in C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1746. ſqq. Regl. wegen der Beſtellung, Gerichtsbarkeit und Pflichten des Biſch. Ermländ. Landvogteygerichts zu Heilsberg, v. 9. Oct. 1773. ibid. p. 2427. ſqq. Verordnung über die Aufhebung der Juſtizverfaſſung in Lauenburg und Bütow, vom 14. Oct. 1773. cit. l. pag. 2451. ſqq.

6) C. C. March. Cont. IV. p. 547.

40.

Marienburger Großwerder Vogteygericht zu Lichtenau.

Statt der ehemaligen ökonomiſchen Obergerichte, Vogtamte, Teichgrafengerichte und Schulzengerichte zu Marienburg in Weſtpreußen, iſt das Marienburger Großwerder Vogteygericht zu Lichtenau aufgeſtellt, und

und ſind den Teichgräfen = und Schulzengerichten nur gewiſſe Dinge überlaſſen worden. Das Vogteygericht beſteht aus dem Vogte und 2. Vogteygerichtsaſſeſſoren, einem Sekretaire, Kopiſten, Gerichtsboten, und 2. Gefangenwärtern 1). Sowol dieſes als die übrigen Landvogteygerichte ſcheinen durch das Juſtizreglement vom 3. Dezember 1781. aufgehoben, und dieſelbe mit den jezigen zwey Oberlandesjuſtizkollegien in Weſtpreußen, mit der Regierung zu Marienwerder, und mit dem Hofgericht zu Bromberg, vereiniget worden zu ſeyn 2).

1) Regl. wegen der Juſtizverwaltung im großen Marienburger Werder, vom 29. May 1773. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 142.

2) C. C. March. Nov. Tom. VII. p. 716.

41.

Vogteygerechtigkeit Quelle der Landeshoheit.

Gleichwie aus der Gerichtsbarkeit, ſo ſind auch aus der Vogteygerechtigkeit bey den unmittelbaren Reichsgliedern ganze Landeshoheiten entſproſſen. Man theilt ſie daher heutzutage in die hohe und niedere, unmittelbare und mittelbare, geiſtliche und weltliche, allgemeine und beſondere, beſchränkte und unbeſchränkte Vogtey ab 1). Noch jezo finden ſich in den Oeſterreichiſchen Staaten, in Schwaben und anderer Orten viele Landvogteyen, die eigene Gerichtsbarkeiten haben.

ben. In Oberſachſen heiſen ſie Landshauptmannſchaften, und in Niederſachſen Landdroſteyen.

1) Eſtor Th. II. §. 6077.

42.

Eigenthumsrecht Quelle der Gerichtsbarkeiten.

Nach teutſchem Rechtsſyſteme war das vollſtändige Eigenthumsrecht [von Kaiſer Konrad II. das große Eigen genannt 1)] eine Quelle der Gerichtsbarkeit 2), und man nannte alle Gerichte, die aus dieſer Quelle entſprangen, oder, urkundlich zu reden, über Erbe und Eigen giengen, Eigengerichte.

1) Chron. Luneb. ap. *Eccard.* in Corp. Hiſt. med. aeui T. I. p. 1340.

2) *Mettingh* Stat milit. Germ. med. aeui Sect. 1. §. 6. Sect. 2. §. 6. Sect. 3. § 6. Sect. 4. §. 6. Von Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsbarkeit § 2. 3. Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Abſchn. 34. S. 275. 276.

43.

Verſchiedene Eintheilung.

Das teutſche Eigenthum iſt entweder Leibherrlich, Gutsherrlich, oder Lehenherrlich. Jedes gab eigenen Gerichtsbarkeiten den Urſprung.

44.

Leibeigenſchaftliche Gerichtsbarkeit.

Der Leibherrſchaft gebührte, vermög Eigenthumsrechts, die Gerichtsbarkeit über ihre Leibeigenen 1), und erſt in der neuern Zeit hat die Unwiſſenheit

heit dieſelbe auf den bloßen Dienſtzwang einge-ſchränkt 2).

1) *Hildebrand* de jurisdict. Emphyt. Germ. annexa c. 1. *Thomaſius* de homin. propriis §. 86. *Heinecc.* de origine atque jurisdict. patr. *Gundling* in prot. Dig. p. 142. Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsbarkeit §. 2. S. 3. 4. *Pufendorf* de jurisdict. P. III. Sect. III. c. 2. Eſtor Th. II §. 49.

2) *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 290.

45.

Gutsherrliche Gerichtsbarkeit

Auf gleiche Art brachte die Gutsherrſchaft einen Gerichtszwang über die Perſonen hervor, die ſich theils auf dem gutsherrlichen Grunde anſäßig gemacht, theils Stücke davon zum Untereigenthume empfangen haben 1). Man ſieht alſo den Grund der landſäßigen Erbgerichtsbarkeit 2), von der ſchon oben §. . beym Adelsrechte ausführlich gehandelt worden iſt, von der Amtſäßigen Gerichtsbarkeit, und von den vielen Gattungen der Bauergerichte 3), die weiter unten angezeigt werden.

1) König Ottens von Ungarn und Herzogs von Baiern Freyheitsbrief von 1311. in der Samml. der Baier. Freyheitsbr. u. Handveſten n. 1. S. 3. Wir wollen auch, daß jeder Herr ſelber über ſeine Bauren und ſeiner Leute Gut richte, die er mit Thür und Thor hat beſchloſſen, ſie ſizen auf Pfandſchaften, Vogteyen oder Urbar, ſie ſeyn reich oder arm, ohne um Eigen und Lehen, das richtet unſer Richter.

2) *Haltaus* col. 359. 660. 666

3) Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsb. §. 2. S. 4.

46.

Lehenherrliche Gerichtsbarkeit.

Theils aus dem Lehenobereigenthume, und theils aus der lehenherrlichen Schuzgerechtigkeit erzeugte ſich die Lehensgerichtsbarkeit eines Lehenherrn über ſeine Vaſallen. Andere ſuchen ihren Urſprung in der bürgerlichen Hoheit 1), andere im Lehenskontrakte 2), andere in der Lehensverbindung 3), andere im Eigenthumsrechte 4).

1) *Chr. Gottl. Biener* Diſſert. de originib. Jurisdictionis feudalis ex Jurisdictione ordinaria repetundis. Lipſiae 1779.

2) *Schrader* de feud. P. X. Sect. I.

3) *Eſtor* de jurisdict. cur. client. *Germ.* C. V. §. 23.

4) Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsbarkeit §. 2. S. 4.

47.

Beſchaffenheit.

Es beſizt dieſelbe jeder Lehenherr, er mag übrigens mit Gerichtsbarkeit verſehen ſeyn, oder nicht 1). Sie bezieht ſich aber bloß auf wirkliche Lehenſachen 2), d. i. auf ſolche Angelegenheiten, die entweder auf der Natur des Lehenkontrakts, oder auf der Beſchaffenheit der Lehensverbindung beruhen 3), keineswegs aber auf ſolche Streithändel, deren Gegenſtand das Lehen iſt, und noch weniger auf die übrigen perſönlichen und dinglichen Streitigkeiten der Vaſallen 4),

ausgenommen in den Ländern, wo die Lehensverbin- dung die Landſaßerey bewirkt 5).

1) gegen *Boehmer* in Inſtit. jur. feud. L. I. Sect. 2. c. 1. § 224.

2) *I. F. Kayſer* Diſſ. de cauſis feudalibus in judicio diſceptandis. Gieſſ. 1751.

3) *Io. Aug. Hellfeld* Diſſ de genuino fundamento jurisdictionis feudalis eiusque limitibus. Ien. 1753.

Io. Ge. Eſtor Diſſ. de jurisdictione curiarum feudalium clientelarium Germ. et de cauſſis feudalibus ibi tractandis. Marp. 1746.

4) *Tob. Iac. Reinharth* Diſſ. de jurisdictionis allodialis et feudalis conflictu et vtriusque ratione feudorum competentia. Erf. 1730.

5) *Boehmer* cit. l. §. 218.

48.
Manngerichte.

Dieſe Gerichte heiſen Mannengerichte, Lehenhöfe, Lehengerichte, Judicia Parium Curiae 1), und wurden bloß mit Vaſallen beſezt, wobey der Lehenherr ſelbſt, oder an ſeiner Stelle ein Hofrichter oder Lehenprobſt den Vorſiz hatte 2).

1) *Io. Iac Maſcov* Diſſ. de paribus Curiae. Lipſ. 1740.

2) I. feud. 10. 21. II. f. 34. II. f. 55. §. vlt. Alemann. Lehenr. c. 120. *Boehmer* in Obſ. Jur. feud. obſ. 11. §. 2. 3. et vlt.

49.
Abgang und Verfall.

Mit dem Verfalle des Lehenweſens kamen ſie in Abgang, und die Sachen der willkührlichen Gerichtsbar-

keit

keit werden vor den Lehenskanzleyen, die übrigen Streithändel aber vor den ordentlichen höhern Juſtizkollegien, meiſt vor den Regierungen und Juſtizkanzleyen 1), wie auch im Preußiſchen verhandelt, nur daß zuweilen der Regierungspräſident den Titel Lehenprobſt beſizt, und derlei Sachen in beſondern Sizungen vornimmt. Selten iſt der Fall, daß in einem Lande zu Beſezung des Lehengerichts die Vaſallen einberufen werden. Wo ein Unterſchied zwiſchen Schriftſaßen und Amtſaßen beobachtet wird, da ſind die Lehensſtreitigkeiten dieſer Gattung von Vaſallen den Amtsgerichten unterworfen 2).

1) *Gottl. Aug. Ienichen* Diſſ. de vſu hod. parium Curiae in judiciis Germ. feud. Francof. 1751.

Godofr. Dan. Hoffmann Diſſ. de vſu moderno judicii parium Curiae Wirtembergici. Tub. 1753

Id. de nonuſu judicii parium curiae in cauſſis vaſallorum Haſſiacorum et Cattimelibocenſium.

2) *Boehmer* Inſt. Jur. feud. §. 228.

50.

Reichslehenhof.

Der Reichshofrath glaubt an die Stelle der alten Reichshöfe getreten zu ſeyn, und wegen gewiſſer geſezlicher Stellen 1) die Erkenntnis über die ſtreitigen Reichslehensſachen ausſchließungsweiſe zu beſizen 2). Allein dieſe Stellen haben einen ganz andern Sinn, als der ihnen beygelegt wird 3); dann iſt eigentlich die Reichsverſammlung an die Stelle der alten Reichshöfe und des

 Für-

Fürſtenrechts getreten, und endlich befindet ſich das Reichskammergericht zugleich im Beſize der Reichslehensgerichtsbarkeit, ſo wie auch die Vikariatshofgerichte ſich dieſes Recht zueignen 4). Eben ſo vielen Zweifeln iſt die behauptete ausſchließende Gerichtsbarkeit über fürſtliche Perſonen unterworfen 5).

1) Reichsregimentsordn von 1521. §. 7. Reichskammergerichtsordn. K. Ferd. II. P. II. tit. 7.

2) *Io. Baſ. Kuchelbecker* Diſſ. de jure et modo cognoſcendi de feudis Imperii ap. *Iaenichen* Theſ. feud. T. I. p. 716. *Phil. Ad Ulrici* Diſſ. de feudorum regalium judice in Imperio ibid. p. 743. *Ge. Chr. Oelhafen a Schoellenbach* Diſſ. de jurisdictione in feuda Imperii. Goett. 1767.

3) Kurfürſtl. Collegialſchreiben vom 14. Febr. 1742. Moſer Anmerk. über die Wahlkapit. Karls VII. P. III. p 174. P. I. in adp p. 7. Ebenderſ. von der teutſchen Juſtizverfaſſung.

4) *Gieſe Weisbach* Diſſ. de jure Vicariorum Imperii cognoſcendi de cauſis feud. Imp. regalium. Alt. 1733. ap. *Ienichen* cit. l. p. 847.

5) *Io. Guil. Comes de Wurmbrand* forum S. Imperii Rom Germ principum. Ultraject. 1692. *Phil. Ad. Schultheis* Diſſ. de foro competente S. R. I. principum et ſtatuum in cauſis feud. regalibus atque earundem praerogatiuis et juribus, atque de eo quod juris circa recurſum ad Comitia. Mogunt. 1743.

51.

51.

Verweiſung aufs Sicherheitspolizeyrecht.

Von den Gerichtsbarkeiten, die aus der teutſchen Freyheit entſprungen ſind, wird unten beym Sicherheitspolizeyrechte gehandelt werden.

II. Abtheilung.

Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeit nach der Beſchaffenheit der ausübenden Perſonen.

52.

Landesherrliche und amtliche Gerichtsbarkeit.

Nur ſelten wird die höchſte Gerichtsbarkeit vom Landesherrn in Perſon ausgeübt, ſondern ſowol Er, als die landſäßigen Gerichtsherrſchaften laßen ſie durch beſonders dazu angenommene Perſonen und Kollegien verſehen und verwalten 1). Es ſind außerordentliche Fälle, wo der Landesherr ſelbſt, vermög ſeiner Machtvollkommenheit, durch Machtſprüche 2) entſcheidet 3), oder die Reviſionsgerichte, wie in Wirtemberg, in ſeiner Gegenwart halten läßt, und dabey ſelbſt eine Stimme ablegt 4). Die Gerichtsbarkeit, die der Eigenthümer in Perſon ausübt, heiſt die eigenthümliche Gerichtsbarkeit, und diejenige, die er durch andere verſehen läßt, die amtliche Gerichtsbarkeit, Jurisdictio adminiſtratoria.

1) *Gottfr. Barth* Diſſ. de jurisdictione, quam perſonae illuſtres et nobiles per officiales exercere ſolent. Lipſ. 1698.

 2) *Mart.*

2) *Mart. Schrader* Diſſ. de ſententiis ex plenitudine poteſtatis latis, von Machtſprüchen. 1708.

3) Das weder von des Königs von Preußen Maj. noch von Dero Juſtizminiſterium geſchieht. Nikolai Beſchreib von Berlin u. Pozdam B. I. S. 259.

4) Joh. Ge. Siebers Abhandl. von der Macht der Reichsſtände und Gerichtsbarkeiten Selbſt Recht zu ſprechen. Gött. 1773.

(P. C. von Finckh) Beweis, daß ein Landesfürſt, beſonders in Bremen, nicht ſchuldig ſey, in Prozeſſen mit Unterthanen durch ſeine Amtsadvokaten die Klage bey denen Stadt: und Erbgerichten anhängig zu machen, mithin dem foro rei ſitae zu folgen. Stade 1756.

L. B. de Kettelbodt Diſſ. de principe in propria cauſa jus dicente. Ien. 1758.

53.

Juſtizminiſter.

An der Spize dieſer leztern Gattung befindet ſich in den meiſten teutſchen Reichsländern ein Juſtizminiſter, unter dem Titel eines Kanzlers, Regierungskanzlers, Geheimenhofkanzlers. Wo eine ſolche Perſon fehlet, ſo verſieht die Stelle der Regierungspräſident, der oft zugleich Hofrichter, Oberhofrichter iſt. Sonſt beſorgen auch die Geheimerathskollegien die Oberaufſicht übers Juſtizweſen.

54.

Preußiſcher Großkanzler und Juſtizminiſterium.

Die Preußiſchen Staaten haben nicht allein einen Großkanzler und Oberhaupt der Gerechtigkeitspflege, ſondern zugleich ein ganzes Juſtizminiſterium, das neben jenem aus 3. wirklichen Geheimen Staats- u. Juſtizmini-

niſtern beſteht. Dieſes höchſte Juſtizkollegium hat die Oberaufſicht über die Verwaltung der Juſtiz in allen Preußiſchen Staaten, ausgenommen Schleſien, welches einen eigenen Juſtizminiſter beſizt. Es ſtehen unter demſelben alle Gattungen von Ober- und Unterjuſtizkollegien. Von ihm hängt die Prüfung, Verpflichtung, Beſtellung und Beſoldung ſämtlicher Juſtizbedienten ab. Es veranſtaltet Beſichtigungen der Juſtizkollegien, beurtheilt die Gerechtigkeitspflege theils aus den einkommenden Viſitationsberichten, theils aus den periodiſchen Liſten und Tabellen. Die Beſchwerden der Partheyen über die Landes-Juſtiz und Vormundſchaftskollegien werden von dieſem Departement unterſucht, von denſelben Berichte, Verantwortungen, oder die verhandelten Akten abgefordert, und hierauf entweder die Partheyen gehörig beſchieden, oder den Gerichten die erforderliche Anweiſung zur zweckmäßigen Einleitung und Beſchleunigung der Sachen gegeben. Sobald in Kriminalſachen auf Lebens- Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe auf gewiſſe Jahre erkannt werden ſoll, muß an dieſes Miniſterium ein ausführlicher Bericht gelangen, das darüber alsdann im Staatsrathe den Vortrag thut.

55.
Damit vereinigte Fächer.

Mit dem Preußiſchen Juſtizminiſterium ſind vereiniget das geiſtliche Departement, das Lehensdepartement, das franzöſiſche und Pfälzerkoloniedepartement, das Oberkuratorium über die Univerſitäten.

56.

Eintheilung der Juſtizkollegien.

Die übrigen Preußiſchen Juſtizkollegien theilen ſich ein: in Oberlandesjuſtizkollegien, Obergerichte und Untergerichte, und wir können dieſe Abtheilung bey der Auseinanderſezung der ganzen teutſchen Juſtizverfaſſung zum Grunde legen.

I. Abſaz.

Landesjuſtizkollegien.

57.

Preußiſche Oberlandesjuſtizkollegien.

Die Preußiſchen Landesjuſtizkollegien beſtehen aus einem Präſidenten, Direktor, einer Anzahl Räthe, Subalternen, Referendarien und Auſkultatoren 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 1. §. 1.

58.

Obliegenheiten.

Ihre Beſtimmung iſt: 1. die Gerichtsbarkeit über die ihnen unmittelbar unterworfenen Perſonen und Sachen auszuüben, 2. Aufſicht über die Untergerichte zu tragen, Juſtizviſitationen zu halten, und die an ſie in der zwoten Inſtanz gelangte oder devolvirte Sachen abzuurtheln, 3. die Vormundſchafts- Hypotheken und dergl. Sachen zu dirigiren und zu beſorgen 1).

1) cit. l. §. 2.

59.

Verfaſſung.

Ueber die Anweſenheit der Glieder des Kollegiums bey jeder Sizung wird eine Präſenztabelle gehalten, die Sizungen ſind auf gewiſſe Tage beſtimmt, und fangen mit 8. Uhr an. An Oſtern, Pfingſten, Weihnachten werden 14. Tage, und in der Erndte 4. Wochen Feyrung geſtattet 1), wovon aber doch Ausnahmen gemacht werden 2).

1) cit. l. §. 26. 28. 40.

2) ibid. §. 41. 42. 43.

60.

Geſchäfte.

In den Sizungen werden zuerſt die Kundmachung der Königlichen Befehle und Verordnungen, 2. die Abhör der Memorialien vorgenommen, und 3. die Juſtizkommiſſäre zu Beſorgung der Termine in Sachen der willkührlichen Gerichtsbarkeit vorgelaſſen. Hierauf iſt 4. mit dem Vortrage der Streitſachen fortzufahren, alsdann die mündlichen oder ſchriftlichen Relationen abzunehmen, und zulezt mit der Publikation der Urthel zu ſchließen 1).

1) cit. l. §. 31. bis 36.

61.

Reichsſtändiſche Oberlandesjuſtizkollegien.

In den meiſten Reichsländern machen die Regierungen, Geheime Juſtizräthe, Hof- und Juſtizräthe, Juſtizkanzleyen das höchſte Juſtizkollegium aus, die

aber zugleich das landesherrliche Oberpolizeyrecht und die Regalien, in ſo fern ſie nicht Wirkungen des Staatseigenthums ſind, unter ihrer Aufſicht haben 1). Sie haben die Juſtizſachen bald in erſter, bald in zweiter, und bald in der lezten Inſtanz als Reviſionsgerichte zu entſcheiden 2).

1) Eſtor Th. II. §. 6306.

2) Eſtor §. 6304. 6305. 6114. *Henr. Coccejii* Diſſ. de judiciis reuiſoriis cum in genere tum in ſpecie Statuum Imperii. Heidelb. 1687.

62.

Preußiſche Regierungen.

In den Preußiſchen Staaten beſorgen ebenfalls die Landesregierungen, ausgenommen in Oſtpreußen 1) Juſtizſachen, aber nicht in der leztern Inſtanz, ſondern in Subordination unter das Obertribunal zu Berlin 2). Eben ſo iſt ihnen das Oberpolizeyrecht, welches hier die Kammern beſizen, entzogen. Sonſt beſizen ſie alle Regierungs- und Landeshoheitsſachen, die Lehens- Kirchen- und geiſtliche Sachen, als weswegen ſie einige geiſtliche Konſiſtorialräthe zu Beyſizern haben, oder wenn ein beſonderes Konſiſtorium vorhanden, darüber die Direktion und Aufſicht. Manchmal ſind die Regierungen einander ſelbſt bey den Inſtanzen ſubordinirt. Es iſt z. B. die Oſtfrieſiſche die zwote Inſtanz von der Mindiſchen Regierung 3).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 345. §. 2.

2) Preuß. Reſcript an die Klev. Mind. Ravenſperg. Regierungen, keine Sachen in der dritten Inſtanz anzunehmen, vom 2. Jun. 1755. in C. C. March. Nov. T. I. p. 834. Reſcr. an die Oſtfrieſ. Regierung, ibid. T. I. p. 833. 835. an die Halberſtädt. Regier. T. I. p. 895. an die Pommer. Regier. T. II. p. 45. 317. 421.

3) C. C. March. Nov. T. I. p. 4.

63.

Verzeichniß.

Preußiſche Regierungskollegien befinden ſich in Oſt- und Weſtpreußen, zu Königsberg und Marienwerder, dann zu Stettin, Pommern, welchem die Markgräfliche Juſtizkammer zu Schwedt unterworfen 1), in Magdeburg, Halberſtadt, Minden, Lingen, Kleve, Oſtfriesland, Moeurs, in der Neumark zu Küſtrin. Zu Geldern iſt ein Juſtizkollegium, und in Schleſien drey Oberamtsregierungen, zu Breslau 2), Glogau und Brieg.

1) C. C. March. Nov. T. II. p. 337.

2) Notifikationspatent wegen der Oberamtsregierung und dem Oberkonſiſtorio in Breßlau v. 17. Nov. 1742. in der Schleſ. Samml. B. I. S. 214. Notifikationspatent wegen Oppeln vom 29. Febr. 1744. ebend. S. 8. im Anh.

64.

Obliegenheiten.

Die Preußiſchen Regierungen haben gleich den andern Juſtizkollegien beſondere Inſtruktionen 1) erhalten, die in öffentlichem Drucke bekannt gemacht

worden,

worden, und worinn genau die Perſonen und Sachen beſtimmt ſind, die ihrer Gerichtsbarkeit untergeben bleiben, desgleichen die Anordnung ihres Verfahrens, die Behandlung der Geſchäfte, und ihre kollegialiſche Verfaſſung. Die Regierungen ſtehen unter den verſchiedenen Departements des Königlichen Staatsminiſteriums zu Berlin, und zwar unter den Departements der auswärtigen Angelegenheiten, der Juſtiz = Lehens = und geiſtlichen Sachen. Sie müſſen daher ſowol unmittelbar vom Könige, als von dieſen Departements, desgleichen vom Obertribunale Befehle und Reſcripte annehmen 2).

1) Reglement, betreffend die Verbeſſerung der Juſtiz im Herzogthum Magdeburg und Fürſtenthum Halberſtadt, vom 3. Merz 1739. in Diezens Archiv Magdeb. Rechts S. 72. n. 23.

Inſtruction für die Mindiſch = Ravenſperg Regierung, ſamt Sportelordnung vom 5. Dec. 1752. in Verlag des Hofbuchdrucker Enax zu Minden.

Inſtruction für die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1772. in C. C. March. T. V. Jahrg. II. p. 2126.

Neue und verbeſſerte Inſtruction für die Oſtpreuß. Regierung ꝛc. ꝛc. vom 30. Jul. 1774. ibid. Jahrg. 4. p. 342.

Inſtruction und Sportulordnung für die Regierung zu Meurs vom 24. Auguſt 1770. ibid. Jahrg. 3. p. 18.

Inſtruction für die Neumärk. Regierung von 1750. in C. C. March. Cont. IV. p. 315. 338.

Inſtruction für die Oberamtsregierung zu Breslau vom 1. Auguſt 1750. in der Korn. Samml. Schleſ. Geſeze B. V S. 330.

Inſtru=

Inſtruction für die Regierungen, Untergerichte, Magiſtråte und Advokaten im Fürſtenthum Oſtfriesland v. 18. Nov. 1751. in C. C. March. Nov. T. I. p. 178.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2127. Jahrg. 4. p. 362.

65.

Uebrige Oberlandesjuſtizkollegien.

Außer der Regierung ſind in den meiſten Låndern Teutſchlands die hőchſten Juſtizſtellen die Oberappellationsgerichte, Appellationsgerichte, Oberhofgerichte, Generalhofgerichte, Hofgerichte, die bey einer Geſamtherrſchaft Samthofgerichte heiſen, Tribunale, Obertribunale, Reviſionsgerichte 1). In katholiſchen geiſtlichen Låndern die Officialate und Appellationskommiſſariate. In einigen Låndern macht ein ſolches Gericht allein das Obergericht aus, an andern Orten aber ſind ſie einander ſubordinirt, und an andern mit den Regierungen vereiniget, oder haben mit ihnen eine zuſammenlaufende Gerichtsbarkeit.

1) *Io. Ge. Scherz* Diſſ. de ſummis atque ſubalternis Imp. R. G. judiciis et eorum concurrentia.
Grupen Obſerv. II. § 1.

66.

Hofgerichte.

Es gibt jezo Hofgerichte und Schőppenſtühle zu Leipzig, Tübingen, Jena, Wittenberg, Hildesheim, Greifswalde, Wolfenbüttel, Marburg, Stade, Münſterberg in Schleſien ꝛc. ꝛc. 1). Gewiſſe Perſonen ſtehen in erſter Inſtanz unmittelbar unter ihnen,

und andere nur mittelbar. An einigen Orten haben ſie bloß die bürgerliche, an andern zwar auch die peinlichen, aber keine Eheſachen, überhaupt niemals Polizeyſachen unter ihrem Gerichtszwange 2).

1) Eſtor Th. II. §. 6112.

2) Eſtor Th. II. §. 6114. ff.

67.

Obertribunal zu Berlin.

Schon Kurfürſt Friedrich Wilhelm der Große wolte den 22. Merz 1670. ein Appellationstribunal errichten. Allein erſt im Jahre 1703. den 25. Nov. kam das ſogenannte Obertribunal u. Oberappellationsgericht in Thätigkeit, vereinigte ſich den 1. Jul. 1716. mit dem oraniſchen Tribunal und dem Ravenſpergiſchen Oberappellationsgericht, und erhielt durch die 1748. entworfene Tribunalordnung ſeine vollſtändige Einrichtung und Verbeſſerung 1). Es iſt die lezte Jnſtanz von allen Preußiſchen Juſtizkollegien, ausgenommen Geldern und Neufchatel, läßt daher kein weiteres Verfahren zu, ſondern erkennt über die bereits verhandelten Akten, die an daſſelbe zur Reviſion, vom Kammergerichte mittelſt Anſchreibens, und von den Regierungen und Landesjuſtizkollegien mittelſt Bericht eingeſendet werden. Es beſteht aus einem Präſidenten, der geheimer Staats- und Juſtizminiſter iſt, zehen Geheimen Tribunalräthen, und einigen Subalternbedienten 2).

1) Geſchichte des Tribunals, in den Beytr. zur Juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten. Samml. VI. Abſchn. IV. S. 225. ff.
Geſchichte des Kammergerichts, ebendaſ. Samml. II. S. 285.

2) Nikolai Beſchreibung von Berlin u. Pozdam B. I. Abſchn. IV. S. 242. 243.

68.

Berliniſches Kammergericht.

Zuerſt befaßte ſich Kurfürſt Johann von Brandenburg, der zum erſten Reichskammerrichter beſtimmt war, mit dem Gedanken, im Lande eine ähnliche Juſtizeinrichtung zu treffen. Kurfürſt Joachim I. bereiſte zu dem Ende 1515. die Märkiſchen Städte, und verbeſſerte einſtweilen das zeitherige Hof- und Kammergericht, das ſich nur zu einer gewiſſen Zeit des Jahrs verſammelte, daher man bald darauf die Errichtung der Quartalgerichte, die gleichſam eine vierteljährige Deputation des Kammergerichts waren, nöthig fand. Die Beyſizer hieſen wirkliche (weſentliche) Hofräthe. Seit dem Jahre 1585. arbeitete man mit dem Kanzler Lambert Diſtelmayer ernſtlich an einer verbeſſerten und dauerhaften Verfaſſung des Kammergerichts, und entwarf deswegen verſchiedene Ordnungen und Vorſchriften. Jedoch ward 1602. in der Altmark ein neues Hof- und Landgericht angeordnet, und auch die Quartalgerichte behielten eine fortwährende Dauer. Um die Jahre 1621. und 1627. findet man an der Spize des Kammergerichts einen Kanzler und Vizekanz-

kanzler, und 1650. einen Kammergerichtsdirektor. Die indeß verfaßte Kammergerichtsordnung kam nicht zur Bekanntmachung, und es blieb 1699. bey einer kurzen Prozeßverfügung. Den 1. May 1709. ward endlich die überſehene Kammergerichtsordnung publicirt. Nun ſolte es aus einem Präſidenten und 10. Räthen beſtehen. Allein den 21. Jun. 1713. erfolgte ſchon eine andere Prozeßordnung, und den 16. April 1725. erhielt der Kammergerichtspräſident von Cocceji Befehl, dem Kammergericht eine veränderte Geſtalt zu geben, damit die Prozeſſe in einem Jahre geendiget würden. Nun ſollte das Kammergericht aus einem Präſidenten, Vizepräſidenten, Direktor und zehen ordentlichen Räthen, 5. von Adel, und 5. auf der gelehrten Bank, desgleichen aus 16. außerordentlichen Räthen beſtehen, und drey Senate formiren. Der erſte Senat erhielt einen Präſidenten, 5. Räthe auf der adelichen, und einen Direktor mit 2. Räthen auf der gelehrten Bank. Der zweite Senat hatte 10. mit jenen wöchentlich abwechſelnde Räthe, und der dritte einen Direktor mit 10. Räthen. Außerdem waren zween Friedensrichter zum Vergleiche und 27. Advokaten angeordnet. Es dauerten aber die Verbeſſerungsplane bis zum Jahr 1748. fort, wo endlich alle Juſtizkollegien, ausgenommen der Geheime Juſtizrath und das Ravenſpergiſche Appellationsgericht, zu Berlin aufgehoben wurden. Das Kammergericht ward neu mit vier Senaten geſchaffen, und davon das Pupillenkollegium als Deputation abgeſondert. Der erſte Senat hatte einen Direktor

rektor und 6. Räthe, und vereinigte mit ſich das Hof- und Kriminalgericht, das Kriminalkollegium und die Judenkommiſſion. Der zweite und dritte Senat formirte ſich aus dem Theile des Kammergerichts, der zeither das Gemeine Obergericht, das höchſte Tribunal der Kurmark genennt worden war. Jeder hat ſeinen eigenen Präſidenten und 8 oder 6. Räthe zu Beyſizern. Ihnen wurden zugleich die Konſiſtorialprozeſſe in Ehe- und Prieſterſachen übertragen. Der vierte Senat war das Oberappellationsgericht, und iſt jezo das Obertribunal. Den 1. Jenner 1750. ward ihm der geheime Juſtizrath einverleibt. Es formirt alſo jezt zugleich eine Art von Regierungskollegium, und beſteht aus einem wirklichen geheimen Staats- und Juſtizminiſter, der Oberhaupt des ganzen Gerichts und insbeſondere Präſident des dritten Senats iſt, einem Präſidenten des zweiten Senats und einem Direktor des erſten Senats und 10. Räthen bey jeglichem Senate, ſamt einer großen Anzahl Referendarien und Auſkultatoren und Juſtizkommiſſarien 1).

1) Geſchichte des Kammergerichts zu Berlin, mit untermiſchten Nachrichten von der Preuß. Juſtizverfaß. in den Beyträgen zur juriſt. Liter in den Preuß. Staaten, Samml. I. S. 176. ff. Samml. II. S. 246. ff. Samml. III. S. 171. ff.

69.

Gerichtszwang.

Dazu gehören alle Domkapitel, Komthureyen und Vaſallen des Johanniterordens in der Mittelmark,

Priegniz und in Ruppin diſſeits der Oder, die Prälaten Grafen, Edeleute, Geiſtliche und Weltliche Königliche Bediente, und die Eximirten Perſonen ſamt der Judenſchaft. In der Ucker = und Altmark hat es mit dem Obergerichte die mitlaufende Gerichtsbarkeit und die obere Inſtanz über einige adeliche Familien, über die Stadt Prenzlow, über das Joachimsthaliſche Gymnaſium, und deſſen Güter, über die Univerſität Frankfurt aber ganz eine ausſchließende Gerichtsbarkeit. Die obere Inſtanz iſt es auch über die Stolbergiſche Regierung zu Wernigerode. Als Hofgericht iſt mit ihm das Marſchallengericht und die Hausvogtey vereiniget, und als Geheimer Juſtizrath gehören alle Streitigkeiten des Königlichen Fiſkus, des Königlichen Hauſes, der Geſandten und Reſidenten an auswärtigen Höfen, der Präſidenten, Direktoren und Räthe der Landesjuſtizkollegien unter ſeinen Sprengel. Es macht ferner die Ravenſpergiſche Lehenskurie aus, und beſizt die höhere Inſtanz über die Ravenſpergiſche Regierung. In Kriminalſachen trägt es Aufſicht über die ſämtlichen Untergerichte der Mittelmark, Uckermark und Priegniz, und hat über die von den andern Provinzen ans Juſtizminiſterium eingelangte Akten ſein Gutachten zu erſtatten 1).

1) Nikolai Beſchreibung von Berlin und Pozdam B. I. Abſchn. IV. S. 244. ff. Beyträge zur jur. Lit. in den Preuß. Staaten, Samml. 3. S. 189. n. 5.

70.
Ehemalige Verfaſſung.

Der Kriminalſenat hatte die Erkenntnis über die Berliniſchen Judenſachen, wenn es nicht eine wechſelmäßige Klage betraf, oder die Summe von Einhundert Reichsthalern überſtieg, als welchen Falls es für den zweiten Senat gehörte. Der erſte Senat hatte die Injurienhändel bis auf 50 Thaler. Wenn der erſte Senat in einer Civilſache erkannt hatte, ſo geſchah die Appellation an den zweiten Senat, und die Reviſion beym dritten Senat 1), oder ſeit der neuen Juſtizverbeſſerung beym Obertribunale 2).

1) ebendaſ. S. 198. 199. Nikolai a. a. O. S. 248.

2) Juſtizregl. v. 30 Nov. 1782. Abſchn. III. §. 41. S. 27.

71.
Jezige Einrichtung.

Bey der neuen Juſtizverbeſſerung bekam auch das Kammergericht eine andere Geſtalt. Es theilte ſich in den Inſtruktions = und Oberappellationsſenat, wovon jeder ſeinen eigenen Präſidenten, Direktor, eine Anzahl Räthe, und die eigenen Subalternbediente hat. Der Inſtruktionsſenat beſorgt ſeine Geſchäfte theils in verſammeltem Kollegio, und theils in einzelnen Deputationen. Die eine beſteht unterm Vorſiz des Kammergerichtsdirektors aus einigen Kammergerichts = und Kriminalräthen, und beſchäftigt ſich mit Kriminalſachen, und die andere hat einen Direktor, 2. Aſſiſtenzräthe, und etliche Referendarien,

rien, deren Arbeit in Abthuung der geringern Civilſachen beſteht 1). Es findet ſich noch dem Kollegium das Hausvogteygericht angehängt, und mit dem Oberappellationsſenate das Pupillenkollegium vereiniget 2).

1) Regl. wegen künftiger Einrichtung des Juſtizweſens bey den Ober- und Untergerichten der Kur- u. Neumark Brandenburg, v. 30. Nov. 1782. Abſchn. III. §. 10. ff. S. 23. ff.

2) Siehe den Perſonaletat in C. C. March. Nov. T. VII p. 1934.

72.

Oſtpreußiſches Tribunal.

Weil ſich in dieſem Königreiche die Regierung mit keinen Juſtizſachen abgiebt, ſo iſt ein beſonders Tribunal zu Königsberg als Oberlandesjuſtizkollegium errichtet, das auch manchmal Oberappellationsgericht heiſt 1). Es erkennt daher nie in erſter Inſtanz, hält keine Akten, und läßt kein rechtliches Verfahren zu, ſpricht bloß in zweiter und dritter Inſtanz aus den ihm zukommenden Akten, als welche es ſamt der zu publizirenden Sentenz an das Gericht zurückſendet 2). Es gehen hauptſächlich die beym Hofgerichte verhandelten Akten in der weitern Inſtanz an daſſelbe 3). Nur wenn der ſtreitige Gegenſtand unſchäzbar, und die Summe von 200. Reichsthalern überſteigt, ſo geht die Sache zur Reviſion ans Obertribunal zu Berlin 4). Es beſizt ferner die Reviſionsinſtanz in Sachen, die bey der Weſtpreußiſchen Regierung zu Marienwerder

ver-

verhandelt worden ſind 5). Das Kollegium beſteht aus einem Präſidenten, der zugleich Mitglied der Regierung und wirklicher Geheimer Staatsminiſter iſt, 6. Räthen, halb auf der adelichen, und halb auf der gelehrten Bank, einem Sekretarius und Regiſtrator, der zugleich die Kanzliſtenſtelle verſieht, und einem Aufwärter 6). Durch das Reglement vom 3. Dezember 1781. 7) ſollte dieſes Kollegium aufgehoben werden.

1) Inſtruction vom 30. Jul. 1774. Sect. II. §. 1. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 363.

2) cit. l. §. 2. p. 364.

3) ibid. §. 3. 4) ib. p. 365.

5) §. 4. p. 365. 6) §. 1. p. 363.

7) Abſchn. III. § 3 in Tom VII. pag. 715

73.

Hofgericht zu Königsberg, nun zu Inſterburg.

Nach dem Tribunale iſt dieſes das Oberlandesjuſtizkollegium in Oſtpreußen, das nicht allein ſelbſt in Lehens- Civil- und Kriminalſachen die Juſtiz zu verwalten, ſondern auch über alle Juſtizkollegien in Oſtpreußen Aufſicht zu tragen hat 1). Insbeſondere ſind ihm unmittelbar untergeordnet das Oberburggräfliche Amt und das Hofhalsgericht oder Kriminalkollegium zu Königsberg, desgleichen die 7. Amtsjuſtizkollegien, als zu Königsberg, Saalfeld, Angerburg, Neidenburg, Memel, Inſterburg, Lyk, ferner die Erbämter zu Gerdauen und Nordenburg, Deutſcheylau, Gilgenburg, Schönberg, Neuhoff, die Königlichen

 Do-

Domainenämter, die Univerſität Königsberg, der dortige Magiſtrat und Gerichte, die Magiſträte und Stadtgerichte der übrigen Immediatſtädte, alle adeliche und Erbgerichtsbarkeiten 2). Es iſt beſezt mit einem Präſidenten, der an die Stelle des ehmaligen Hofrichters getreten, und zugleich wirklicher Geheimer Staatsrath und ein Glied der Regierung, mit einem Vizepräſidenten, 7. Räthen, 2. Sekretarien, 1. Regiſtrator, 1. Generalſportelkaſſenrendanten und mit den nöthigen Subalternen 3). Durch das Reglement vom 3. Dez. 1781. wurde es verändert, und nach Inſterburg verlegt 4).

1) Inſtruction vom 30. Jul. 1774. Sect. III. §. 1. cit. l. p. 370. et p. 389.

2) ibid p. 372. 373.

3) cit. l. p. 370. 371. Spezialanweiſung für das Oſtpreuß. Hofgericht vom 30. Jul. 1774. cit. l. p. 762. ſqq.

4) C. C. March. Nov. T. VII. p. 717. 718. 723. ff.

74.

Unterordnung der Gerichte und Inſtanzen.

Es ſind das zwei Hauptprivilegien der teutſchen Reichsbürgerſchaft, daß ſie nicht für ausländiſche, obſchon teutſche Gerichte gezogen werden darf, und das Recht der erſten Inſtanz genießt. Man hat deswegen in jedem Reichslande mehrere Gerichte angeordnet, die einander ſubordinirt worden 1), damit jede Parthey durch die Behandlung mehrerer Kollegien für aller richterlichen Partheylichkeit geſichert wird, und die niedern

dern vermöge des Devolutionsrechts durch die Aufſicht der höhern Kollegien zur Beobachtung ihrer Pflichten angehalten, und ihre Unterthanen unmittelbar vorgeladen werden 2). Diß iſt der Grund der Abtheilung der teutſchen Gerichte in Ober = und Untergerichte, die wir hier einrücken. Im Preußiſchen unterſcheidet man von den Erſtern die Oberlandesjuſtizkollegien, welche die oberſte Juſtizhöfe in jeder Provinz ſind. Was für Sachen insbeſondere für die Ober = und Untergerichte gehören, zeigt ſehr gut die Landesordnung des Fürſtenthums Oels 3).

1) *Car. Otto Recbenberg* Diſſ. Jura Subordinationis. Lipſ. 1726.

2) *Scborch* Diſſ. de jure Domini jurisdictionis altae ſubditos Domini jurisdictionis baſſae immediate citandi. Erf. 1749. Eſtor Th. II. §. 4994.

3) P. V. *in der* Brachvogel. Samml. Th. IV. n. 201. S. 1024.

75.

Uebrige Hofgerichte im Preußiſchen.

Es finden ſich dergleichen in Pommern zu Stargard 1), für Camin und den Pommerſchen Hinterkreis zu Cöslin, im Jahr 1720. errichtet 2), für den Croſſenſchen und Züllichower Kreis zu Croſſen 3), ferner das Hof = und Stadtgericht zu Küſtrin 4). Das neuerrichtete Hofgericht zu Bromberg 5).

1) C. C. March. T. II. Abth 4. p. 84.

2) Reſcript vom 10. Sept. 1720. cit. l. p. 78.

3) Croßniſcher Landſchaftsrevers vom 12. Jun. 1611. ibid. T. VI. Abth. 1. p. 236.

4) Estor Th. II. §. 6429.

5) Regl. für Ober- und Untergerichte in Preußen vom 3. Dec. 1781. Abſchn. II. §. 33. ff. C. C. March. Nov. Tom. VII. p. 728. ff.

II. Abſaz.

Obergerichte.

76.

Erklärung.

Es ſind das ſolche Gerichte, welche die Gerichtsbarkeit in der zweiten Inſtanz beſizen. Es gehören daher alle die Hof- und Appellationsgerichte hieher, die noch Oberhof- Oberappellationsgerichte und Tribunale über ſich haben.

77.

Landgerichte und Obergerichte.

Von den alten Landgerichten, die ehemals in Teutſchland allgemein waren, und durch die Hofgerichte verdrungen wurden 1), ſind heutzutage noch verſchiedene übrig geblieben, als das kaiſerliche Landgericht zu Hirſchberg 2), auf der Leutkircher Heide und in der Pirs, zu Wirzburg, Nürnberg, Graisbach, Rotenburg an der Tauber, Neuſtadt im Speyergau, Kaichen in der Wetterau, Rottweil, Rankweil, Marſtetten und Weiſenhorn, Kempten, Schackebuch, Schwarzach, Rhinau, Fiſcherhauſen, Burgau, Ulm rc. Man findet Landgerichte in Oeſterreich 3), im Weſt-

Weſtphäliſchen 4) und Tecklenburgiſchen, Cleviſchen 5), und in der Grafſchaft Mark 6), in der Altmark und in der Uckermark, in Sulzbach u. ſ. w. Noch größer iſt die Anzahl der Obergerichte, dergleichen in Oberteutſchland einige Stadtgerichte in Rückſicht der andern ſind, wie die Wirtembergiſchen zu Tübingen, Stuttgart und Ludwigsburg 7). Im Reiche kan auch jede Sache, die vor den Dorfgerichten oder vor dem Stadtvogte und 4. Richtern entſchieden worden iſt, und über 20. Pfund Heller beträgt, in der weitern Inſtanz vor dem ordentlichen Stadt- und Amtsgerichte angebracht werden 8).

1) Eſtor Th. II. §. 6113.

2) Von Ickſtatt Geſchicht- und Aktenmäßiger Unterricht von dem Kurbaieriſchen reichslehenbaren hochgefreyten kaiſerl. Landgerichte und Grafſchaft Hirſchberg 1751.

3) Joh. Leonh. Banniza Abhandl. von den Oeſterreichiſchen Gerichtsſtellen. Wien 1767.

4) Anmerkungen von den Weſtphäliſchen Gerichten, auch den vormaligen Landgerichten in Teutſchland, Wolfenb. 1751.

5) Zu Cleve, Dinslacken, Emerich ꝛc.

6) Zu Liebenſcheid, Altena, Bochum, Unna ꝛc. Eſtor Th. II. §. 6431.

7) *Schoepff* de proceſſu ſummi appellationum Tribunalis Ducatus Wirtembergici C. I. §. 5. *Hoffmann* de jurisdict. Wirt. Civ. Ord. §. 16. 20. p. 7. 8.

8) Würtemb. Lr. P. I. tit. 59. §. 1. p. 172. Hofger. Ordn. P. II. t. 5. §. 4. p. 47. *Schoepff* cit. l. §. 4. *Hoffmann* de jurisdict. Wirtemb. Civ. Ord. §. 11. 12. p. 6. 7.

78.

Preußiſche Obergerichte.

Im Preußiſchen finden ſich Obergerichte in der Altmark und Uckermark, zu Stendal und Prenzlau 1), das franzöſiſche Obergericht zu Berlin, und die ihm an die Seite zu ſezende Pfälzerkommiſſion zu Magdeburg, einige Obergerichte in Schleſien. Das Kriminalkollegium und der damit verknüpfte Schöppenſtuhl zu Altſtettin, die Landeshauptmannſchaft zu Cottbus 2). Die Generalconcilien der Univerſitäten Halle und Frankfurt an der Oder, das Kriminalkollegium und der Schöppenſtuhl zu Minden 3).

1) Reglement des Juſtizweſens der Kur- und Neumark Brandenburg vom 30. Nov. 1782. S. 30.

2) Joh. Juſt. Dithmar hiſtor. Entwurf der alten und neuen Kurmärkiſchen Landrechte und Gerichte. Frankfurt 1751. Auguſtin von Balthaſar hiſtor. Nachricht von den Landesgerichten und derſelben Ordnungen im Herzogthum Pommern. Greifswalde 1733.

3) Eſtor Th. II. Hauptſt. 68. §. 6429.

III. Abſaz.

Untergerichte.

79.

Erklärung.

Alle Gerichte, die nur in der erſten, und niemals, oder nur ſelten, in der zweiten und in den weitern

tern Inſtanzen zu erkennen haben, ſind Untergerichte 1).

1) Eſtor Th. II. §. 6466. ff. C. C. March. Cont. III. p. 187. C. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 8. §. 1. Vergl. Inſtruktion für die Untergerichte im Fürſtenthum Minden und in der Grafſchaft Ravenſperg vom 23. Merz 1768. in C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 2057. ſeqq. Regl über die Einrichtung des Juſtizweſens der Untergerichte in Preußen vom 3. Dec. 1781. cit. l. T. VII. p. 673.

80.
Gattungen.

Es ſind dergleichen die Stadtgerichte, Preußiſche Koloniegerichte, Univerſitätsgerichte, Erbgerichte, Dorfgerichte, alle Gattungen von Bauergerichten, Amtsgerichte, Vogteygerichte. Sie theilen ſich im Preußiſchen in 2. Klaſſen, ſolche, wo ordentliche Gerichtsbeyſizer, und ſolche, wo keine dergleichen vorhanden ſind 1). Im Reiche müſſen beym geringſten Bauergerichte beſtändige Gerichtsbeyſizer vorhanden ſeyn.

1) Corp. Jur. Frid. P. II. tit. 1. §. 2.

81.
Aemter.

Die Aemter 1) ſind ein Ueberbleibſel von den alten Grafſchaften, und bedeuten gewiſſe Landesdiſtrikte, worinn ein gewiſſer landesherrlicher Bedienter, der Oberamtmann, Amtmann, Stiftsamtmann, Vogt, Landshauptmann, Droſt, Amtſchulze, Landrichter, Amtsverwalter, Kreishauptmann, Vizthum rc. 2) heiſt, und der Regierung ſubordinirt iſt, alle landesherr=

herrlichen Gerechtſame ausübt. In dem Obern Theile Teutſchlands haben ſie bloß Juſtiz- und Polizeyſachen, in dem Niedern Theile aber zugleich auch Oekonomie-ſachen zu beſorgen. In Oberteutſchland gibt es daher beſondere Keller, Pfleger, Verwalter, Hofmeiſter, Schafner, die gar keine Juſtiz zu verwalten haben. An einigen Orten iſt daher ein Unterſchied zwiſchen Amtmann und Amtsverwalter 3).

1) *Phil. Reinh. Vitriarius* Diſſ. de praefectis eorumque requiſitis, vulgo von Amtleuten und Schoeſſern. Lugd. Bat. 1709.

Chr. Specht de praefectis nobilium judiciis. Vit. 1733.

Joh. Karl Nävius Jus Juſtitiariorum, ſeu von dem Gerichtsrecht auf den Städten, Aemtern und auf dem Lande. Wittenb. 1733.

Nic. Myler ab Ehrenbach Hyparchologia, ſeu de officialibus et magiſtratibus. Stuttg. 1678.

Melch. de Ludolff de jurisdict. officialium in cauſſis ciuilibus Wezl 1724.

Io. Paul. Kreſs de jure officiorum et officialium Helmſt. 1752.

Eſtor Th. II. Hauptſt. 78. §. 6488. ff. *Leyſer* Spec. 70. med. 2. 3. *Engau* in El. Jur. Germ. L. IV. tit. 2. §. 38.

2) Eſtor Th. II. §. 6473.

3) K. Däniſche Verordn. vom 24. Febr. 1695. in C. C. R. Holſat. T. II. n. 1. p. 19.

82.

Amtsgerichte.

Die Beamten haben ihre beſondere Amtsgerichte unter ſich, die ſowol verſchiedene Benennungen haben, als

als von mancherlei Beſchaffenheit ſind 1). Ein ausführliches Verzeichnis der ihnen zukommenden Verrichtungen findet ſich hierunten 2). Sie finden ſich hauptſächlich im Reiche, in Pommern, Holſtein, Sachſen ꝛc.

1) C. C. Holſat. P. II. n. 1. Von Balthaſar Nachricht von den Landesgerichten u. derſ. Ordn. in Pommern und Rügen, Abth. 1. Per. 2. c. 1. §. 6. S. 33. 304. Dorf- und Landrecht c. 16.

2) Philoparchs kluger Beamter P. I. tit. vlt.

83.
Abſonderung der Juſtizämter von den Oekonomieämtern.

Im Preußiſchen hatten die Aemter Oekonomie, Polizey und Juſtiz zu verwalten 1). In der neuern Zeit aber iſt die Leztere davon abgeſondert, und eigenen Juſtizamtleuten übergeben worden 2). Man errichtete aus den Aemtern beſondere Juſtizämter 3), die zum Theil beſondere 1 oder 2. Aktuarien haben, und zum Theil wird dieſes durch den Beamten ſelbſt verſehen, der übrigens mit dem Oekonomiebeamten, wenn er keinen beſondern Titel hat, nach der Ancienneté den Rang behauptet 4).

1) Vergl. die Geſchichte von der verbeſſerten Einrichtung der Preuß. Domainen bis zur Zeit K. Fried. Wilh in den hiſt. Beytr. die K. Preuß. und benachb. Staaten betr. Th. II. B. I. S. 7. ff.

2) Regl. für die Juſtizämter im Herzogthum Magdeburg in C. C. March. Nov. T. IV. p. 7047. n. 40.

Patent

Patent wegen der Juſtizämter im Fürſtenthum Halber-ſtadt, nebſt Publikandum ibid. p. 889. et 879.

Regiſtraturregl. für die Minden - Ravensperg- Tecklen-burgiſchen und Lingenſchen Juſtizämter. cit. l. p. 3001.

Reglement für die Kurmark p. 7095.

Regl. für Oſtpreußen und Lithauen p. 7117. Deklarat. des §. 7. in T. VI. pag. 893.

Regl. für die Weſtpreuß. Juſtizämter u. ſ. w. cit. l. Tom. V. Jahrg. III. p. 385. ſeqq. T. VI. p. 1303. ſeqq.

3) Combinationsplan der Juſtizämter im Herzogthum Magdeburg, in C. C. M. Nov. T. IV. p. 7061. Inkorporationsplan im Fürſtenthum Halberſtadt ib. p. 907. in der Grafſchaft Hohenſtein p. 909. Verzeichnis der Kurmärk. Juſtizämter p. 7095. Inkorporationsplan der Juſtizämter in Oſtpreußen und Lithauen p. 7133. Gerichtsbezirke der Weſtpreuß. Juſtizämter cit. l. Tom. V. Jahrg. 3. p. 387. Vertheilungsplan der Juſtizämter an der Neze Tom. VI. p. 1307. Dergl. vom Departement der Kammer zu Marienwerder p. 1309.

4) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 413. §. 12.

84.

Verſchiedene Obliegenheiten.

Der beſondern Aufſicht der Juſtizbeamten ſind überlaſſen die Bekanntmachung der Landesgeſeze und Verordnungen, ihre Beobachtung, die Beſtrafung der Uebertretungen, Vollziehung der Ausſprüche der Landesjuſtizkollegien, die Ausübung der Rechtspflege in bloßen Privatſachen, wobey ihnen die Oekonomiebeamten hülfreiche Hand leiſten müſſen. Die Obliegenheit dieſer Leztern 1) iſt die Aufſicht über Lan-

Landespolizey und ökonomiſche Angelegenheiten, Viſitation der Feuerſtellen, Anlegung der ſteinernen Schorſteine, Erhaltung der öffentlichen Brücken und Stege, Aufräumung der Gräben, Verbeſſerung der Wieſen, Beförderung des Weidenbaus, Urbarmachung der Brüche, Pflanzung nüzlicher Obſtbäume und der Futterkräuter, Anſezung neuer Koloniſten, Annehmung und Verpflichtung der Amtsunterthanen, Dorfsgeſchwohrnen, Schulzen, Dorfrichter, Schöppen, Nachtwächter, Hirten ꝛc. Abnahme der Gemeinderechnungen, Direktion der Predigerwahlen, desgleichen anderer Kirchen = und Schulbedienten, Annahme und Verpflichtung der Kirchenvorſteher, Introduktion der Prediger, Abnahme der Kirchenrechnungen, Ausübung des Hof = Herren = Geſinde = und Dienſtzwangs, Einziehung der gepachteten Gefälle, Aufrechthaltung der landesherrlichen Domanialgerechtſame, der Zoll = Kontributions = und anderer Gefälle, der Landes = und Amtsgrenzen. In dieſen Sachen hat der Juſtizbeamte bald gar nicht, bald auf gewiſſe Art zu konkurriren, und bald hat er nur hülfreiche Hand zu leiſten.

1) Vergl. Haushaltungs = und Wirthſchaftsreglement vor die Aemter des Herzogthums Pommern, und der Lande Lauenburg und Bütow vom 11. May 1752. C. C. March. Nov. T. I. p. 299. ſeqq.

85.

Beſondere Obliegenheiten der Juſtizbeamten.

Die Juſtizbeamten haben beſondere Anweiſungen erhalten, wegen der Teſtaments = 1), Vormundſchafts=

ſchafts = 2), Hypotheken = 3), Depoſital = 4), Straf = 5), Kriminal = 6) und Stempelſachen 7), desgleichen wegen dem Sportel = 8) und Regiſtraturweſen 9).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 396.

2) ibid. p. 398. 3) p. 399. 4) p. 402.

5) p. 407. 6) p. 387. 7) p. 407.

8) T. IV. p. 7065. 7109. 7137. T. V. Jahrg. 3. p. 408. 433. 9) T. IV. p. 7079. T. V. Jahrg. 3. p. 403.

86.

Landräthe, Steuerräthe.

Es iſt zu bemerken, daß das Polizeyweſen ganzer Diſtrikte und Kreiſe unter der Aufſicht der Preußiſchen Landräthe ſtehet, die zugleich hier eben das zu beſorgen haben, was die Ortskommiſſarien und Steuerräthe in den Städten verrichten 1). Sie verſehen nemlich nach gewiſſen Kreiſen das Steuer = und Polizeyweſen des platten Landes mit den dahin einſchlagenden Kantons = Lieferungs = Vorſpanns = und andern dergleichen Sachen, und führen die Aufſicht über die Kreis = und Gemeindskaſſen 2).

1) Aug. von Balthaſar Abhandl. von der Wahl der Landräthe in Pommern. Greifswalde 1754.

Beyträge zur Finanzliteratur in den Preuß. Staaten B. I. Frankf. u. Leipzig 1781. St. 1. S. 14. 15.

2) Vergl. Repert. Corp March p. 134 135.

Formulare der Tabelle, wornach der Zuſtand des platten Landes von den Landräthen aufgenommen werden ſoll v. 1742. in der Schleſ. Samml. Th. I. S. 457.

Patent

Patent wegen den beſtellten Landräthen in Niederſchleſien, S. 179.

87. Erbgerichtsbarkeit.

Alle Erbgerichtsbarkeit beruht auf der kaiſerlichen 1), lehenherrlichen oder landesherrlichen Verleihung, auf dem Beſitze eines alten adelichen Guts, oder auf der unerdenklichen Beſitzung 2). In jedem Falle bleibt ſie der landesherrlichen höchſten Gerichtsbarkeit untergeordnet 3), und iſt im Zweifelsfalle bloß eine Niedere Gerichtsbarkeit. Die Gutsunterthanen können nicht genöthiget werden, ihren Gerichtsherrn vor ſeinem eigenen Gerichte zu belangen 4).

1) Von dem ehemaligen Zuſtande und der heutigen Beſchaffenheit der alten kaiſerlichen Hofmarken und Hofmarktgerichten. Schwabach 1767.

2) Wirtemb. Lr. P. III. tit. 3. §. Da aber. *Stryk* in Vſu Mod. D. tit. de jurisdict. §. 27. ſq. *Mevius* P. I. dec. 6. n. 6. *Wolfg. Ad. Textor* Diſſ. de poſſeſſorio jurisdictionali.

3) *Lyncker* Vol. I. Reſp. 47. n. 1. *Berlich* P. I. concl. 2. *Carpzov* L. I. Reſp. 2. Inſtruktion für die Weſtpreuß. Patrimonialgerichte tit. I. §. 7. et tit. VII. §. 38. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1617.

4) *Leyſer* Specim. 68. med. 9.

88. Erklärung.

Die Erbgerichtsbarkeit iſt eine öffentliche Gewalt, durch einen Juſtizbeamten 1) über die Unterſaßen die

niedere Gerichtsbarkeit auszuüben. Siehe oben Band I. § 841.

1) im Preußiſchen. Sonſt kan es auch unmittelbar geſchehen. Kurſächſ. Deciſ. 39.

89.

Gerichtshalter.

Den Gerichtsherrſchaften gebührt die Ernennung und Erwählung der Juſtiziarien und Gerichtsverwalter entweder für ſich allein, oder in Gemeinſchaft mit andern benachbarten Gerichten 1). Allein ſie müſſen dazu im Preußiſchen ſolche Subjekte auswählen, die bey den Landesjuſtizkollegien gehörig 2) vorbereitet worden ſind 3). Im Kurſächſiſchen wird unter Gerichtsdirektor, Gerichtsverwalter und Gerichtsaktuar ein genauer Unterſchied gemacht 4), und die Gerichtsherren dürfen hier ihren Juſtitiarien keine Titel ertheilen 5).

1) Sachſ. Goth. fernere Beyf. zur L. O. c. 2. n. 5. S. 157. Wabſt hiſt. Nachricht von des Kurfürſt. Sachſen jeziger Verfaſſung der hohen und niedern Juſtiz. Sect. II. c. 11. §. 6. S. 339

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 4. et tit. 8. §. 5.

3) Regl. über das Juſtizweſen in der Kur- u. Neumark Brand. Abſchn. I. §. 4. 5. 6. S. 5.

4) *Berger* Oecon. Jur. L. IV. tit. 6. th. 1. n. 6. Wabſt a. a. O. S. 339.

5) Wabſt S. 230.

IV. Abſaz.

IV. Abſaz.

Uebrige Gattungen der Gerichtsbeſizungen.

90.

Delegirte Gerichtsbarkeit.

Manchmal wird von dem Eigenthümer Einem auf eine gewiſſe Zeit oder über gewiſſe Perſonen und Sachen die Gerichtsbarkeit aufgetragen, das heiſt alsdann im kanoniſchen Rechte die delegirte Gerichtsbarkeit, und kömmt mit der Kommiſſion meiſt überein 1).

1) *I. H. Boehmer* Inſt. Jur. Can. L. I. tit. 29. §. 1. ſeqq. *Engau* in Elem. Jur. Can. Pont. Eccl. L. IV. tit. 3. §. 27. ſeqq.

91.

Ordentliche und außerordentliche Gerichtsbarkeit.

Die amtliche Gerichtsbarkeit theilt ſich überhaupt ein, in die ordentliche, die jedem vermög ſeines Amts zukömmt, und außerordentliche, die einem ungewöhnlicher Weiſe 1) über eine gewiſſe Perſon, oder über gewiſſe Sachen, die ſchon einen eigenen Gerichtsſtand haben, übertragen worden iſt 2).

1) Juſti Staatswirthſchaft Th. II. §. 639. 640. 641. S. 738. ff. *Engau* in Elem. Jur. Germ. L. IV. tit. 1. §. 23. 21. *Henr. Aar. Spittler* de jurisdict. Crim. Wirt. § 10. p. 16. ſeqq.

2) Preuß. Kammerger. Ordn. v. 1709. tit. 41. in C. C. March. T. II. Abth. 1 p. 441. Vergl. Cont. I. p. 95. und D. Hempels Preuß. Prozeßlexikon unter dem Worte Commiſſarius, delegirter Richter S. 439. ff.

92.
Kommmiſſionen.

Ein auf die leztere Art beſtellter Richter heiſt Kommiſſarius, das niedergeſezte Gericht ſelbſt eine Kommiſſion 1), und wenn der Hof unmittelbar deshalb gewiſſen Räthen Auftrag thut, und die Sache unter ſeiner unmittelbaren Aufſicht behandeln läßt, Hofkommiſſion 2).

1) *Rutger Ruland* de Commiſſariis et Commiſſionibus Cam. Imp. Francof. ad Moen. 1579.

2) *Io. Mich. Seiferheld* Diſſ. de commiſſionibus Aulicis. Alt. 1696. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 954.

93.
Anordnung derſelben.

Sie können nur vom Landesherrn ſelbſt, oder von den Oberkollegien angeordnet werden. Das geſchieht entweder aus eigener Bewegung 1), welches aber nach der Regel nicht 2), ſondern nur in außerordentlichen Fällen, wenn die Sache in die innere oder äußere Landesverfaſſung einſchlägt 3), oder das Faktum nicht anders füglich ausgemittelt 4), oder der Streit beygelegt werden kan 5), oder auf Begehren der Partheyen 6), ſtatt hat 7).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. pag. 441. 544. 589. 601. 650. 718. T. VI. Abth. 1. p. 435. Cont. I. p. 130. 175. Cont. III. p. 87. 88.

2) Preuß. Kabinetsordre v. 17. Sept. 1746. in Repert. J. Priv. T. II. p. 955. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 53.

53. Preuß. Edikt v. 10. Febr. 1738. in Cont. I. p. 131. Reichskammerger. Ordn. P. II. tit. 35. Reichshofraths-ordn. tit 2. §. 4. *Leyſer* Specim. 27. med. 3.

3) Deciſ. Caſell. P. I. dec. 76. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 519.

4) *Boehmer* in J. Eccl. Prot. L. I. tit. 29. §. 16.

5) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 718.

6) *Mevius* P. I. deciſ. 151. n. 4. *Berger* Oecon. Jur. L. IV. tit. 3. §. 1. not. 14. *Leyſer* Vol. I. Specim. 27. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 756. Cont. I. pag. 174. 195. Cont. IV. p. 66. Kulm. Recht L. II. tit. 4.

7) Vergl. von Kommiſſionsſachen Repert. Jur. Priv. T. II. p. 952.

94.

Beſchaffenheit der Kommiſſarien.

Ein Kommiſſarius, da er kein ordentlicher Richter iſt, ſo muß er verpflichtet ſeyn 1), gehörigen Auftrag haben, und vorweiſen 2). Die darüber ausgefertigte Akte heiſt Commiſſoriale, und begreift ein ſchriftliches obrigkeitliches Zeugnis der ihm außerordentlich in einer beſtimmten Sache überlaſſenen Gerichtsbarkeit 3). Eine dergleichen Kommiſſion wird nach dem Buchſtaben ausgelegt 4), ausgenommen die Sache hätte die Beſchaffenheit, daß ſie eine nothwendige Folge des erhaltenen Auftrags 5) wäre. Es darf aber mit den Kommiſſionen nicht der mindeſte Misbrauch im Preußiſchen getrieben werden 6).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 587. 590. 589.

2) C. C. March. Cont. IV. p. 323.

3) C. 32. X. de reſcriptis. C. 33. X. de officio et poteſtate jud. delegati.

4) argum. L. 5. pr. D. et L. 12. Cod. de mandatis. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 950. §. 4.

5) C. 5. X. de off. et pot. jud. del. Gothaiſche L. O. P. II. c. 1. tit. 1. Preuß. Juſtizregl. §. 24. 26. Altenb. L. O. P. II. c. 1. tit. 1.

6) C. C. March. II. I. p. 787. 833.

95.
Ihre Rechte.

Wenn mehrere Kommiſſarien in einer Sache beſtellt ſind, oder dem Kommiſſar ein Adjunkt zugegeben worden 1), ſo können ſie nur gemeinſchaftlich, und keiner allein das Geſchäft beſorgen. Wenn aber die Klauſel dabey, ſamt und ſonders, oder ſamt oder ſonders 2), ſo können bey der Verhinderung eines oder des andern die Uebrigen die Unterſuchung fortführen 3), oder im leztern Fall gar die Sache durch Prävention allein an ſich ziehen 4). Glauben ſich die Partheyen über das Verfahren der Kommiſſion beſchwehrt zu ſeyn, ſo können ſie ihre Klagen bey dem Gerichte, das ihnen Auftrag gethan hat, anbringen 5). Jeder Kommiſſarius muß ſeinem Kommittenten Bericht und Gutachten erſtatten 6).

1) *E. C. Canz* Diſſ. de adjunctis Commiſſariorum. Tub. 1755.

2) *Stryk* de Clauſulis commiſſorial.

3) C. 13. X. de reſcriptis. C. 21. X. de officio et poteſt. jud. del.

4)

4) C. 7. 26. 28. X. eod. C. 8. eod. in VIto.

5) *Carpzov* L. III. Reſp. 124.

6) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 718. 756. Cont. IV. pag. 67.

96.

Uebertragene Amtsgerichtsbarkeit.

Die amtliche Gerichtsbarkeit wird in dem Falle, da deren Ausübung einem andern überlaſſen worden iſt, mandata genennt 1). Es kan dieſes nie vollſtändig, ſondern nur zum Behuf einzeler Geſchäfte, und muß zumal an ſolche Perſonen geſchehen, die, wie die Schöffen, Gerichtsbenſizer, der Aktuarius, dem anordnenden Gerichte bereits mit Pflichten verwandt ſind 2). Daher ein dergleichen Auftrag ohne Erlaubnis des Kommittenten oder Bewilligung der Partheyen von keinem Kommiſſarius geſchehen kan 3). Ausnahmen finden ſtatt, wenn die Kommiſſion einer erlauchten Perſon, einem Erbgerichtsherrn, und einem ganzen Kollegium übertragen worden iſt 4).

1) L. 5. 16. D. de jurisdict. *Ge. Tob. Suendendoerffer* Diſſ. de jurisdictione mandata. Lipſ. 1626.

2) *Berger* Oecon. Jur. L. IV. tit. 13. §. 1. n. 9.

3) L. 5. Cod. de judiciis. L. vn. Cod. qui pro ſua jurisdict.

4) C. 11. de Reſcriptis in VIto.

97.

Beſiz der Gerichtsbarkeit.

Wer kein landesherrlicher Beamter und kein Gutsherr iſt, und Gerichtsbarkeit ausüben will, hat

 ihren

ihren Beſiz zu erweiſen 1). Wenn jemand alle Gerichtsbarkeit angeſtritten wird, ſo gehört die Entſcheidung für den Oberrichter 2).

1) *Carpzov* Reſp. L. I. tit. 8. reſp. 78. *Pufendorf* de jurisdict pag. 598. ſeqq. Repert. Jur. Priv. T II. p. 950. §. 3. *Wolfg. Ad. Textor* de poſſeſſorio jurisdictionali.

2) *Carpzov*. P. I. Conſt. 3. def. 11. n. 1. 2.

98.

Verſchiedenheit zwiſchen der eigenen und amtlichen Gerichtsbarkeit.

Die eigene Gerichtsbarkeit weicht von der amtlichen theils in den Eigenſchaften der ausübenden Perſon, und theils in den Grenzen ihrer Gewalt ab. Es kan z. E. die Amtsgerichtsbarkeit von dem Oberrichter weit mehr eingeſchränkt, die Akten weit leichter abgefordert, und dabey der Gerichtsſtand eher prorogirt werden, als bey der Erbgerichtsbarkeit. Dieſe können Frauenzimmer, Unmündige und Unverſtändige beſizen.

99.

Abtheilung der eigenen Gerichtsbarkeit.

Die eigene Gerichtsbarkeit theilt ſich in die Landesverfaſſungsmäßige, Privilegirte und Erbeigenthümliche 1), deren Gattungen theils ſchon angegeben ſind, theils jezo erſt auseinandergeſezt werden.

1) *Chr.*

1) *Chr. Gottl. Biener* Diſſ. de jurisdictione ordinaria et exemta. Lipſ. 1777.

100.

Eintheilung der privilegirten Gerichtsbarkeit.

Die Privilegirte Jurisdiktion, dergleichen Kriegs- und Univerſitätsgerichtsbarkeiten, iſt bald perſönlich, bald dinglich, bald beides, bald begrenzt, und bald unbegrenzt 1).

1) *Engau* El. Jur. Germ. L. IV. tit. 1. Sect. 3. §. 24.

III. Abtheilung.

Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der Beſchaffenheit der unterworfenen Perſonen.

101.

Grund dieſer Abtheilung.

Die Verſchiedenheit des bürgerlichen Zuſtands, in welchem ſich die Staatsbürger befinden, und die Befreyung einiger Klaſſen von dem ordentlichen Gerichtszwange, hat ebenfalls verſchiedene Gattungen von Gerichtsbarkeiten hervorgebracht.

102.

Altteutſcher Rechtsgrund.

Vermög des Genoſſenrechts konnte ehemals jedermann nur von ſeines Gleichen, der ihm an Geburt, Stand, Würde, Beſchäftigung, und an Beſizungen gleich war, gerichtet werden 1). Nur ein Edelmann konnte über die Streitigkeiten eines Edelmanns ein Urtheil fällen, und ein Bürger über den Bürger, der Bauer über den andern u. ſ. w.

1) Joh. Karl Heinr. Dreyer Abhandl. von den Wirkungen der Genoſſenſchaft, Komparität, Ebenbürtigkeit oder Standes- und Geburtsgleichheit nach teutſchen Rechten, in der Samml. der verm. Abhandl. Th. III. S. 1129. ff. Ebend. vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß, in den Nebenſtunden S. 151. ff.

103.

Ehrengerichte.

Daher entſtanden jene adelichen Ehrentafeln, Ehrengerichte, Ritterrechte, wovon ſchon beym Adelsrechte gehandelt worden. §. 822. B. I.

104.

Fürſtenrecht.

Es iſt mit denſelben das alte Fürſtenrecht zu vergleichen, vermöge deſſen Streitigkeiten, die der Reichsfürſten Leib, Ehre und Gut betreffen, nur auf dem Reichstage oder in Verſammlung mehrerer Fürſten abgethan werden konnten 1).

1) *Io. Ge. Eſtor* Comment. de iudicio Principum, fundamento et radice prouocationis vulgo Recurſus ad Comitia. Ien. 1741.

H. Chr. L. B. de Senckenberg Disquiſ. III. de iudiciis principum Palatini in Caeſarem et recurſu ad Comitia. Francof. et Lipſ. 1745.

105.

Hofmarſchallengerichte.

In einigen Ländern gehen die Hofmarſchallengerichte 1) ebenfalls auf den Adel. Sonſt ſind denſelben bloß alle Hofſtaatsbedienten unterworfen 2), wovon doch manchmal der Kammerſtab, Marſtall und die Oberjägermeiſterey in der Gerichtsbarkeit abgeſondert ſind 3). Das Reichserzmarſchallenamt behauptet die Gerichtsbarkeit über die auf dem Reichstage anweſenden Ständiſchen Geſandten und Geſchäftsträger zu be-

beſitzen, welches ihm aber bloß von den Reichsſtädten, und mitnichten von den übrigen Reichsſtänden eingeräumt wird 4).

1) *Io. Ant. Kuhn* Diſſ. de jurisdictione Mareſchallorum in S. Rom. Imp. Erf. 1738.

2) *Aug. Ad. de Hauchwiz* Diſſ. de regni et aulae Mareſchallis. Lugd. 1690.

3) Moſers Hofrecht Th. II. S. 802. ff. *Pufendorf* T. III. obſ. 83. Nikolai Beſchreib. von Berl. u. Pozd. Th. I. S. 210.

4) *Io. God. Krauſs.* Diſſ. de jurisdictione in Legatos Statuum eorumque Comites S. R. I. Archimareſchallo et hinc Vicemareſchallo in Comitiis competente. Viteb. 1732.

Am. Chr. Dorn Diſſ. de jurisdictione in Legatos eorumque comites praeſertim in Comitiis S. R. I. G. Roſt. 1736.

106.

Ehemaliges Berliniſches Hofgericht.

In Berlin war ehemals ein Hofgericht, wovon der Oberhofmarſchall Präſident war, und wobey der Hausvogt hauptſächlich die Juſtiz verwaltete. Es hatte die Gerichtsbarkeit auf dem Schloße, und über alle zum Schloße gehörigen und auf der Schloßfreyheit befindlichen Häuſer, Burglehen und Freyhäuſer ꝛc. desgleichen über die niedere Hofdienerſchaft. Jezo iſt dieſes Gericht mit dem Kammergericht vereiniget, und der Hausvogt ſein Mitglied, der noch auf der Hausvogtey wöchentlich über kleine, nicht über zehn

Thaler

Thaler betragende Sachen beſonders Gericht hält 1). Durch das Reglement vom 30. Nov. 1782. ward ein eigen Hausvogteygericht von einem Direktor, dem Hausvogte, 2. Referendarien, und einigen Hoffiſkälen ſamt den nöthigen Subalternbedienten angeordnet. Es erhielt einen Theil der Kriminalunterſuchungen, die Injurien- und Bagatellſachen 2).

1) Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. III. S. 191.

2) Regl. über die Einrichtung des Juſtizweſens in der Kur- u. Neumark Brandenburg, v. 30. Nov. 1782. Abſchn. III. §. 4. ff. S. 22. Inſtruct. für das Hausvogteygericht in Berlin, in C. C. March. Nov. T. VII. pag. 1938.

107.

Judengerichte.

Die Schuzjuden haben in Ceremonienſachen unter ſich ihren eigenen Gerichtsſtand vor dem Landrabbiner, mit Vorbehalt der Appellation an die landesherrlichen Gerichte. Streitigkeiten mit den Chriſten und Verbrechen, desgleichen die verbotenen Grade gehören für die ordentlichen Gerichte. Ebendenſelben ſind auch die Handlungen der willkührlichen Gerichtsbarkeit unterworfen 1).

1) Oben Th. I. §. 469. Eſtor Th. II. Hauptſt. 30. §. 6016. ff.

108.

Kriegsgerichtsbarkeit.

Der Soldat und alle Kriegsperſonen genießen, theils um nicht von ihrem militariſchen Dienſte abge-

gehalten zu werden, und theils wegen ihrem privilegirten Stande, eine eigene Gerichtsbarkeit 1), aber in den meiſten Ländern nur in Kriegsſachen, und mitnichten in andern Civil = und Kriminalſachen, wo ſie degradirt, und dem ordentlichen Peinlich n Richter übergeben werden 2).

1) Reichsabſchied von 1641. §. 47. Gloſſ. ad L. 6 Cod. de jurisd. omn. jud. Joh. Ge. Laurentius gründl. Abhandl. von der Kriegsgerichtsbarkeit in peinlichen Fällen. Gotha 1742. Ebenderſ. Abhandl. von den Kriegsgerichten zu unſern Zeiten, beſonders in Anſehung der peinlichen Gerichtsbarkeit. Altenb. 1757. P. I. c. 3. 4. 5. Verſ. einer Abh. über die excedirende und verbrechende Soldaten. Gotha 1744. Gnüge Abhandl. zum Kriegsrecht B. III. S. 349. ff. *Engelbrecht* obſ. 13. 75 76. Knorre Abhandl. S. 210. ff. Müllers Preuß Kriegsrecht Th. III. c. 5. S. 640. 641. Eſter Th. II. §. 5030. ff.

2) *Hoffmann* de jurisdict. Crim. Wirt. § 9. p. 15.

109.
Ihre Eintheilung.

Es wird die Kriegsgerichtsbarkeit eingetheilt in die beſchränkte und unbeſchränkte, Obere und Untergerichtsbarkeit. Bey jenem präſidirt der Generalfeldmarſchall oder ein anderer General, und der Generalauditeur dirigirt den Prozeß. Dieſe aber ſind die ordentliche Regimentsgerichte, wobey ein Staabsofficier vom Regimente den Vorſiz hat 1).

1) K. Max II. Artikelsbriefe von 1570. Art. 71. K. Ferd. III. v. 1642. Preuß. Kriegsger. Ordn. P. I. §. 8. Cod

Frid.

Frid. P. I. p. 527. Danke Entwurf des Preuß. Kriegsrechts Th. III. C. 4. §. 3.

110.

Kriegskonſiſtorien.

Die geiſtlichen und Konſiſtorialſachen der Kriegspersonen werden vor den beſondern Militairekonſiſtorien und in Kriegszeiten vor den Feldkonſiſtorien entſchieden, bey jenem präſidirt der Generalauditeur, der Generalauditeurlieutenant, der Feldprobſt, die Kriegsräthe, die Oberauditeurs und der Garniſonprediger ſind beſtändige Beyſizer 1), zum Spruche werden aber vom Gouvernement zwey Staabsofficiere deputirt. Beym Feldkonſiſtorio thut der Generalauditeur oder deſſen Lieutenant, oder ein Oberauditeur dem Oberfeldherrn den Vortrag, der darauf ihm ſamt zwey Staabsofficieren dem Feldprobſt oder dem Feldprediger die Unterſuchung der Sache überträgt, und zur Entſcheidung überläßt 2).

1) Jezo beſezen das Kriegskonſiſtorium zu Berlin der Generalauditeur, Feldprobſt, 2. Oberauditeurs, und ein Sekretair. Nikolai Beſchreib. von Berlin u. Pozd. Th. I. S. 273.

2) C. C. March. T. III. Abth. 1. p. 265. Preuß. Militaire Conſiſtorialreglem. vom 15. Jul. 1750. Th. I. §. 1. 2. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. c. 2. S. 513. ff. Eſtor Th. II. §. 5041. *I. H. Boehmer* de jure militari Eccleſiaſtico. c. 3. §. 2.

111.

Standrechte, Kriegsrechte.

Die Kriegsgerichte ſind entweder Kammer= und Standrechte, oder eigentliche Kriegsrechte. Das Erſtere geht auf bürgerliche Sachen und geringe Vergehungen, und das Leztere auf Hauptverbrechen. Beym Standrechte wird die Gerichtsbank anders beſezt, als beym Kriegsrechte. Zum leztern werden der Präſident und die Beyſizer vereidiget, und nicht zum Erſtern. Die beym Standrechte ausgeſprochene Strafurthel kan der Regimentsinnhaber und Kommandeur mindern oder erhöhen, mitnichten aber eine kriegsrechtliche Urthel 1). Es gibt ferner außerordentliche Kriegsgerichte und Standrechte im freyen Felde, die von beſonderer Beſchaffenheit ſind 2); dann hat man auch Garniſonsgerichte, welche vom Garniſonsauditeur mit dem Wachhabenden Officier auf der Hauptwache gehalten werden, und wovon die Appellationen ans Generalauditoriat gehen 3).

1) *Beck* Diſſ. de judicio ſtatario. *Franc. Xav. Myller* judicium caſtrenſe militiae delinquentis p. 261. Müllers Pr. Kriegsr. c. 4. S. 571. ff. Eſtor Th. II. Hauptſt. 9. §. 5037 ff.

2) Müller S. 572. 573. Eſtor §. 5038. 5039.

3) Müller S. 583. ff.

112.

Kriegszucht.

Von der Kriegsgerichtsbarkeit iſt die Kriegszucht, oder das Kriegspolizeyrecht, ſehr verſchieden,

das

das bloß in der Aufſicht und Beſtrafung der kleinen in Dienſtſachen begangenen Vergehungen und Unregelmäßigkeiten beſteht 1), und weder ſchriftlichen Verhör noch Urthel erfordert.

1) Müller Preuß Kriegsrecht C. 5. S. 641. ff. Knorre im Kriegsprozeß c. 8. *Hildebrand* de jurisd. univ. c. 16. poſit. 2. p. 65.

113.

Generalauditoriat zu Berlin.

Es iſt das oberſte Kriegsgericht in Civil- und Kriminalſachen über die ganze Preußiſche Armee 1), beſteht aus dem Generalauditeur, zween Oberauditeurs, 1. Geheimen Sekretair, Regiſtrator, und 1. Kanzliſten. Von ihm werden die Akten in der weitern Inſtanz an die Preußiſchen Univerſitäten und Schöppenſtühle geſendet.

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 637.

114.

Amt der Auditeurs.

Die Auditeurs, die ehemals mit einem weit angemeſſenern Ausdrucke Kriegsſchultheißen genannt wurden, ſind eine Art von Rechtskonſulenten, Aktuarius, Regiſtrator und Syndikus bey den Regimentern 1). Ihre Benennung kömmt vermuthlich aus Italien 2), wo die Auditores Rotae Romanae bekannt ſind. In den Preußiſchen Staaten heiſen die Auditeurs in den Feſtungen und bey ſtarken Garniſonen Garniſonsauditeurs, und die Oberauditeurs bey

beſondern Korps vertreten das Amt eines Generalauditeurs.

1) Müller Pr. Kriegsrecht Th. III. c. 4. S. 576. ff. S. 605. ff.

2) Dreyer Abh. vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß. S. 121.

115.

Univerſitätsgerichtsbarkeit.

Kraft ihres privilegirten Standes haben die Univerſitätsglieder einen eigenen Gerichtshof, wobey der Rektor oder Prorektor präſidiret, und der Syndikus die Stelle eines Konſulenten verſieht. Die Halliſchen Profeſſoren haben ihren Gerichtsſtand unter dem ehemaligen Geheimen Juſtizrath, jezigen Kammergerichte zu Berlin 1). Manchmal iſt der Syndikus zugleich auch Quäſtor, Aktuarius, Sekretarius und Regiſtrator, meiſt aber ſind dieſe Stellen beſonders beſezt.

1) Hall. Univerſitätsprivilegium vom 4. September 1697. Königl. Reſcripte vom 18. Merz u. 8. May 1749. Desgleichen vom 23. Nov. 1767. in C. C. March. Nov. T. IV. n. 79. p. 998.

116.

Ausdehnung.

Gewöhnlich geht die Univerſitätsgerichtsbarkeit 1) nur auf bürgerliche Sachen 2), und allenfalls auch auf kleine Vergehungen, wie zu Frankfurt an der Oder, Duisburg, Baſel, Gieſen, Gräz, Jena, Marburg, Mainz, Rinteln. Dagegen haben die peinliche Gerichtsbarkeit 3) bald mit, und bald ohne voll-

vollſtreckende Gewalt, Halle, Tübingen, Göttingen, Erfurt, Köln, Erlangen, Greifswalde, Heidelberg, Helmſtädt, Ingolſtadt, Leipzig, Roſtock, Wien, Prag. Einige darunter haben auch die geiſtlichen und Eheſachen 4).

1) *Io. Ern. Schroeter* Diſſ. de academicae Jurisdictionis origine, indole ac natura. Erl. 746.

Lud. Conr. Schmalcalder Diſſ. de jurisdictione academiarum priuilegiata. Tub. 1756.

2) in wie fern in dinglichen Sachen, *Brunnemann* in adp. Conſil. p. 1. ſqq.

3) *L. C. Schmalcalder* Diſſ. de jurisdictione academiarum priuilegiata in cauſis criminalibus. Tub. 1746.

(Joh. Heumann) Rechtsgegründete Vorſtellung der privilegirten akademiſchen, beſonders aber bey der Nürnbergiſchen Univerſität zu Altorf hergebrachten Jurisdiktion in cauſſis criminalibus. Alt. 1755.

4) wie Halle, C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 75.

117.
Inſtanzen derſelben.

Die erſte Inſtanz hat der Prorektor, die zweite das Generalconcilium oder Univerſitätskonſiſtorium, und an deren Statt die Juriſtenfakultät. Die weitere Berufung geht an das landesherrliche höhere Juſtizkollegium, hier zu Halle ans Kammergericht zu Berlin 1), welches jedoch in Diſciplinarſachen wegfällt 2).

1) Preuß. Reſcript vom 23. Nov. 1767. cit. l. pag. 998. Beytr. zur jur. Lit. in den Preuß. Staaten, Samml. III. S. 194.

2) Eſtors Unterricht von Urtheln u. Beſcheiden §. 129. S. 35.

118.

Abtheilung der Bauergerichte.

Das alte Genoſſenrecht hatte ſeine Wirkung bis auf den Bauerſtand. Jede Bauerklaſſe, ihre Verſchiedenheit mochte nun auf der beſondern Art des Pachtkontrakts, oder auf der Beſchaffenheit und der Benennung ihrer Abgaben beruhen, hatte ihre eigenthümlichen Gerichte 1), wovon wir hier einige beſchreiben wollen.

1) *Gerh. Ad. Meinders* de jurisdictione Colonaria et curiis Dominicalibus veterum Francorum et Saxonum. Lemgov. 1713.

119.

Meierdinge.

Alle Sachen, die Meierdingsgüter betreffen, werden vor einem eigenen Gerichte, das Meierding genannt, abgethan 1), und jedem Bauer, der ſich demſelben nicht unterwerfen will, wird das Gut eingezogen 2). Vor dieſem Gerichte geſchehen die förmlichen Gutsauflaſſungen und die Eintragung in das Meierdingsbuch. Von deſſen Ausſprüchen appellirt man an das Amt, oder ans hohe Meierding 3). Die Meierdinge werden vom Meierdingsherrn, oder ſeinem Stellvertreter, dem landesherrlichen Beamten, und den Dinggenoſſen, welches Meierdingsbauren, beſezt, und beobachten in ihrem Rechtsverfahren viele altteutſche Gebräuche 4).

1) *Strube*

1) *Strube* de bonis meierding. §. 32. p. 275. ſqq. u. in den rechtl. Bedenken S. 332.

2) Buri Erl. des Schilt. Lehenrechts S. 1276.

3) *Strube* cit. l. §. 37. p. 282. et de officio Curiali litonico §. 6. Parerg. Goett. L. II. p. 17. *Pufendorf* T. I. obſ. 100.

4) *Gerike* in Schott. ill. et contin. C. III. §. 4. Gabke Dorf = u. Baurenrecht, Abſchn. 18. C. 2. §. 564. ff.

120.
Märkergedinge.

Eine Art von Bauergerichten ſind die Märkergedinge, Holtdinge, Holzgerichte in ganz Weſtphalen, Niederſachſen, in der Wetterau, am Rheinſtrohme und in Franken 1). Sie ſind bald wahre Holz = und Waldgerichte, bald zugleich und bald allein Dorfgerichte über die Markgenoſſen, die gemeiniglich unter dem Namen Mitmärker, gemeine Märker, deſſen Beyſitzer ſind, und zuweilen Mahlmänner heiſen 2). Sie gehören der Markherrſchaft, und werden vom Holzgrafen, Obermärker, oberſten Erben, oberſten Waldbothen, Holzrichter gehalten. Die Markſchreyer geben die Frevel an, und ziehen die Waldbußen ein. Es gibt auch Unterholzgrafen, deren Amt umwechſelt, und auf Grundſtücken haftet 3).

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 22. §. 5068. ff. Th. III. §. 2444. Th. I. §. 2444.

2) *Ph. D. Schazmann* Diſſ. de jure et judicio, quae veniunt ſub nomine mar[illegible]arum in Wetterauia. Goett. 1752.

Wiederholt de judiciis et ordinationibus quae veniunt ſub nomine der Mærckergedinge.

3) Strubens rechtl. Bed. 155. S. 374 ff. *Pufendorf* de jurisd. Germ. P. III. Sect. 1. c. 1. §. 5. Id. Tom. II. obſ. 60. Tom. III. obſ. 105. 106. Deciſ. Trib. Caſell. P. I. dec. 85. Weſtphal teutſch. u. Reichsſtänd. Privatr. B. I. S. 294. ff.

121.

Andere Gattungen der Bauergüter.

Auf gleiche Art haben die Hägergüter ihre Hägergerichte 1), die Zeidler ihre Zeidelgerichte 2), die Laßgüter ihre Laetgerichte, Laetbänke, Hofgedinge 3), die Probſtingsgüter das Probſtding, welches auf dem Kirchhofe oder in der Kirche gehalten wird 4), die Gülthöfe ihre Grundrechte 5) und Grundrichter.

1) *Pufendorf* Proc. civ. Brunſw. p. 786. ſeqq. *Goebel* in ſing. jur. praed. Ruſt. p. 153. *Nolten.* de jur. Villicor. p. 106. 131.

2) *Link* de judiciis Reipubl. Norib. c. 6. §. 41. pag. 62. *Woelker* in Comm. ad Ref. Nor. P. I. p. 355.

3) *Goebel* cit. l. Sect. 6. §. 17. de jure et jud. Ruſt. C. VII. § 15. p. 324. not. e. *Nolten.* cit. l. p. 134. Sächſ. L. O. P. II. tit. 40. Goth. L. O. S. 296. Anhalt. L. O. tit. 4. Jül. u. Berg. Rechtsordn. S. 14. ff.

4) *Nolten.* de jure Villic. pag. 84.

5) Niederöſter. Ordn. de reb. incorp. tit. 4. §. 23. *Suttinger* obſ. pract. ad Styl. Jud. Auſtr. obſ. 45. 46.

122.

Dinghöfe.

Die Hüber, Hübner, Dinghöfmaier haben ihre beſondere Dinghöfe, wobey ſie ſelbſt unter dem Namen der Dingshofleute Beyſizer ſind, und der gutsherrliche Juſtizbeamte heiſt Hochhuber. Das Gericht wird beym Dinghofsmeyer gehalten, und die Urbarsleute erkennen ſeinen Gerichtszwang mittelſt Abſchwöhrung des Hubereids 1).

1) *Io. Ulr. Durr* Diſſ. de curiis dominicalibus. Arg. 1648. *Io. Schilter* de curiis dominicalibus, vulgo von Dinghoefen. Argent. 1691.

123.

Erbhobs- und Lathengerichte.

Die Hobs- Hof- Laten- Coes- Erb- Leibgewins- und Behandigungsgüter, die von einerlei Beſchaffenheit ſind 1), und im Stift Eſſen, in Cleve, Moeurs, und in der Grafſchaft Mark angetroffen werden, haben ihre eigene Lathen- und Hobsgerichte, unter dem Vorſize des Hauptpächters, als Hofs- und Lathenrichters, und in Gegenwart der Erblathen als Gerichtsbeyſizer. Es werden vor denſelben hauptſächlich die Behändigungen vorgenommen 2).

1) Beytr. zur juriſt. Lit. in den Preuß. Staaten, Samml. III. S. 389.

2) Jurisdictionsregl. für die Landjurisdictions- und Lathengerichte in Cleve, Moers und Mark vom 20. Dec. 1779. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1782.

124.

Prorogirte Gerichtsbarkeit.

Nach den Grundſäzen des römiſchen Rechts theilt man die Gerichtsbarkeit ein in die freywillig und unfreywillig prorogirte Jurisdiktion. Es iſt nemlich die prorogirte Gerichtsbarkeit eine ſolche, die von einem fremden Richter ausgeübt wird 1). Die freywillige Unterwerfung geſchieht bald ausdrücklich, und bald ſtillſchweigend, wenn einer ſich vor einem fremden Richter in die Klage einläßt und den Krieg Rechtens befeſtigt 2). Vermöge der unfreywilligen Prorogation muß man ſich der Wiederklage vor ebendemſelben Richter, wo man den Gegentheil belangt hat, unterziehen 3).

1) *Ge. Beier* Diſſ. de jurisdictione incompetentis judicis in nonſubditos per prorogationem fundata. Vit. 1712. *Io. Ulr. Cramer* Diſſert. de prorogata jurisdictione. Marp. 1737.

2) L. 52. D. de judiciis. L. vlt. Cod. de excuſat. *Scheinemann* de jurisdict. th. 8.

3) L. 14. Cod. de ſentent. et interlocut. L. 11. §. 1. D. de jurisdict.

125.

Ehemalige Beſchaffenheit der teutſchen Prorogation.

Vor der Errichtung des ewigen Landfriedens und vor Entſtehung der Landeshoheit, wo noch jeder Freygebohrner in ſeinen Privatangelegenheiten keiner Gerichtsbarkeit unterworfen war, konnte in Streitſachen der Gerichtsſtand prorogirt werden, nunmehr

aber,

aber, da ſie eine ausſchließende Befugnis der Landesherrn und der Gerichtsherrſchaften geworden iſt, und gewiſſe Einkünfte abwirft, kan ſich ihr niemand entziehen, und es iſt nach teutſchem Rechtsſyſteme ein gewiſſes Zwangsrecht mit ihr verknüpft 1). Daher auch in vielen Statuten die Gerichtsprorogation verboten iſt 2), und die Wiederklage wird beym inkompetenten Richter nur in dem Fall geſtattet, wenn die Sachen miteinander in Verwandſchaft ſtehen 3), und noch in dieſem Falle muß, wie in Sachſen, Hamburg und Lübeck, der Prozeß nach Endigung der Hauptſache beſonders geführt werden 4).

1) *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in foro German. Ex. VI. §. 23.

2) Jus Lub. P. V. tit. 1. art. 4. 5. Hamburg. P. I. tit. 12. art. 2. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 72. 73. P. I. tit. 2. §. 8.

3) welches aber bey den Reichsgerichten nicht erlaubt. Wahlkapit. Art. 1. §. 8. Art. 18. §. 4. Art. 21. §. 1.

4) *Wernher* P. I. obſ. 237. *Carpzov* in proc. tit. 6. art. 3. *Mevius* P. IV. deciſ. 166. *Stryk* de reconventione, C. Jur. Frid. P. I. tit. 19. §. 5. 9. P. IV. tit. 2. §. 71.

126.

Seltener Eintritt der prorogirten Gerichtsbarkeit.

Wegen dieſem Widerſpruche der teutſchen und römiſchen Rechtsprinzipien, haben die heutigen Rechtsgelehrten darüber geſtritten, ob außer dem Rekonventionsfalle noch jezo eine Gerichtsprorogation ſtatt finde 1), und Einige 2) haben ſie wenigſtens bey den

verſchiedenen Gerichten eines und deſſelben Landesherrn zugeben wollen. Allein dieſes findet bey den Erbgerichten nicht ſtatt, als welchen ihr Gerichtszwang auf keine Weiſe entzogen werden darf. Man kan ſie bloß bey der Verwandſchaft der Streithändel 3) und bey ſolchen Perſonen, die einen eigenen privilegirten Gerichtsſtand haben, zugeſtehen 4), welches aber doch im Preußiſchen bey den franzöſiſchen Koloniegerichten nicht angeht 5). Wenn im Preußiſchen die Urthel als von einem inkompetenten Richter herrührend aufgehoben wird, ſo muß dieſer den Partheyen alle Koſten und Schaden erſezen 6).

1) *Leyſer* de prorogat. Jurisdict. in Specim. 19. med. 5.

2) *Hellfeld* in jurisprud for. §. 206. *Lauterbach* in Coll. theor. pract. tit. de jurisdict. §. 35. *Huber* in Praelect. ad Dig. eod. tit. n. 12.

3) *Io. Ferd. Wilh. Brandt* Diſquiſ. de continentia cauſae. Wezl. 1754. *A. L. C. Schmidt* de generibus continentiae cauſarum genuinis. Ien. 1754. *I. Chr. E. Springer* Comm. de cauſae continentia Germanica, quatenus diſtat à Romana. Monaſt. 1770.

4) *Hellfeld* cit. l. §. 207. *Lauterbach* §. 32. 33. *Huber* n. 9. 11. *Boehmer* Jus Eccl. Prot. L. II. tit. 2. n. 51. *Schroeter* de competentia fori communis et priuilegiati.

5) Siehe oben das Preuß. Kolonierecht B. I. §. 536.

6) C. J. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 74.

127.

Fälle, wo es geſchehen kan.

Obſchon alſo die teutſche Gerichtsbarkeiten nicht prorogirt werden können, ſo geht dieſes doch bey der Univerſitätsgerichtsbarkeit an 1), theils weil ſie nicht urſprünglich teutſch iſt, und theils weil ſie nur aus einem Privilegium entſpringet, deſſen ſich ein jeder begeben kan 2). Ein Student kömmt nach geendigten Studien, und nach Verlaſſung der Univerſität wieder unter ſeinen urſprünglichen Gerichtsſtand 3). Bey der Konſiſtorialgerichtsbarkeit wird keine Prorogation geſtattet 4).

1) *Henr. Balemann* Diſſ. de jurisdictione academica non proroganda. Gieſſ. 1755. Von den Streitſchriften zwiſchen Huber und Van Ecke, Halliſche Beytr zu der juriſt. gel. Hiſtorie Th. I. S. 359. ff. *Leyſer* Spec. 77. med. 4. Eſtor Th. II. §. 5023.

2) *Io. Chr. Richter* ad Avth. Cod. ne filius pro patre P. IV. p. 170.

3) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 48. p. 20. Heſſenkaßel. Untergerichtsordn. tit. 1. §. 2. S. 6. *Stephani* de jurisdict. L. III. P. II. c. 6. n. 55. p. 90.

4) *Chr. Thomaſius* de foro clericorum proteſtantium conſiſtoriali non prorogabili.

128.

Gaſtgerichte.

Urſprünglich nur die Gäſte, jezo an gewiſſen Orten alle Fremden, haben das Vorrecht, daß in ihren Streitigkeiten mit den Einheimiſchen beſondere Ge-

Gerichte, deren Benennung wir oben B. I §. 550. angegeben haben, niedergeſezt ſind, die kraft der Reichsgeſeze 1) ihre Prozeſſe ohne viele Weitläufigkeit auf eine ſchleunige Art abthun müſſen. Die Gaſtgerichte werden in die ordentlichen und außerordentlichen eingetheilt. Nur Fremde oder in Handels = Wechſel = Aſſekuranz = und andern Sachen, die keinen Verzug leiden, auch die Unterthanen können ſie erhalten. Der Prozeß iſt ganz ſummariſch, die Termine werden von einem Sonnenſchein zum andern, oder von 3. zu 3. Tagen gegeben. Man hat zwar die Appellation zugelaſſen, aber ihre Fatalien ſehr beſchränkt 2).

1) Avth. Frid. II. Imp. ad L. 10. Cod. Commun. de Succeſſ. Reichsabſchied von 1559. §. 34. Dergl. v. 1654. §. 156.

2) Brand. Amtsordn. zu Onolzbach tit. IX. §. 4. Roſtock. Gerichtsordn. C. II. tit. vom Gaſtrecht. Naß. Kazenelnbog. Ger. u. L. Ordn. v. 1616. §. 1. p. 1. Brem. Gerichtsordn. tit. 3. Nürnb. Stadtreform. bey Wölker P. I. pag. 328. Henneb. L. O. P. II. tit. 5. c. 8. §. 1. Lindau. Ger. u. Proz. Ordn. tit. 3. §. 3. S. 18. tit. 7. §. 9. S. 56.

129.
Gemiſchte Gerichte.

Da in manchen Streitſachen und Vergehungen die Beklagten von verſchiedenem Gerichtsſtande ſeyn können, und doch nach teutſchem Rechte keine Prorogation der Gerichtsbarkeit ſtatt findet, ſo werden in ſolchen Fällen gemiſchte Gerichte niedergeſezt. Sie ſind von gedoppelter Art, entweder eigentliche oder un-

ei=

eigentliche. Bey jenen formiren die Gerichtsperſonen von verſchiedener Gattung, z. E. der Prorektor, einige Profeſſoren oder der Univerſitätsſyndikus auf der einen Seite, und der Stadtpräſident, einige Stadtrichter oder der Stadtſyndikus, oder aber der Gouverneur, Kommandeur, einige Officiers oder der Auditeur auf der andern Seite, miteinander ein vollſtändiges Gericht, vor welchem der ganze Prozeß bis zu Ende geführt wird, und wobey jeder ſeine Stimme gibt. Im andern Falle wohnt bloß des Klägers Richter im Gerichte des Beklagten dem Verfahren bey, und gibt ohne Stimmrecht Acht, daß nichts Partheyliches vorgeht 1).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. c. 4. S. 619. ff.

130.

Preußiſche Verfaſſung.

In den Preußiſchen Staaten fanden im Nothfalle dergleichen Gerichte hauptſächlich bey den zuſammenlaufenden Civil = und Militairegerichtsbarkeiten ſtatt 1), und muſten im Königreich Preußen von dem dortigen Oberfeldherrn und der Regierung, in den übrigen Provinzen aber von den Kommandeurs und dem Kammergerichte, Landesregierungen, Hofgerichten, Kammern, Acciſegerichten, u. ſ. w. gemeinſchaftlich angeordnet werden, und aus einer gleichen Anzahl Perſonen unterm Vorſitze des erſten Staabsofficiers beſtehen. Auf den Fall ſich die Glieder über den Rechtsſpruch nicht vereinigen konnten, muſten die Akten vom

Prä=

Präſidenten nach Hofe geſendet werden, die Vollziehung der Urthel aber ward von den einzelen Gerichtsbarkeiten beſorgt 2). In der neuſten Geſezgebung ſcheinen dieſe gemiſchten Gerichte aufgehoben 3), und verordnet worden zu ſeyn, daß die Sache entweder vor dem gemeinſchaftlichen Obergerichte, oder vor einem von dem Preußiſchen Oberhaupte der Rechtspflege zu beſtimmenden Gerichte verhandelt werden ſolle 4).

1) Edikt vom 1. Nov. 1729. Generalreglem. vom 28. Merz 1737. §. 1.

2) Regl. v. 11. Sept. 1729. angef. Generalreglem. §. 14. Cod. Frid. P. III. tit. 3. §. 3. n. 6. Verordn. v. 30. April 1739. Cirkulare vom 13. April 1739. Cartel mit Kurſachſen v. 31. Oct. 1741. §. 6.

3) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 3. pag. 2155.

4) C. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 77.

IV. Abtheilung.

Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der Beſchaffenheit der Sachen.

131.
Einleitung.

Die Teutſchen machten frühzeitig die Beobachtung, daß nur derjenige über Streithändel, die Sachen beträfen, ein rechtliches Urthel fällen könnte, der mit ihrer Natur und Beſchaffenheit zureichend bekannt wäre. Daher rührt es, daß ſie für jede Gattung von Sachen, nach der Verſchiedenheit ihrer phyſikaliſchen oder politiſchen Eigenſchaften beſondere Gerichte anordneten, und ſie nur mit ſolchen Perſonen beſezten, die ſich allein mit derlei Dingen zu beſchäftigen pflegten.

I. Abſchnitt.

Geiſtliche Kollegien und Gerichte.

132.
Geiſtliche Sachen der Katholiken.

Nach kanoniſchem Rechte können geiſtliche Sachen, wohin es alles zehlt, was zum Rechte des Prieſterthums gehört, und daſſelbe berührt, von keinem weltlichen Richter abgethan we den, ſondern ihre Entſcheidung gebührt dem Päbſtlichen Konſiſtorio, und der Römiſchen Rota, den Nunziaturgerichten 1), und

der

der biſchöflichen Gerichtsbarkeit, als faſt unabhängig von der weltlichen Hoheit 2).

1) *Io. El. Leop. Hervart* Diſſ. de judiciis Nunciaturae, quam vocant, Apoſtolicae in Germania ad Capit. Carol. art. 14. Ienae 1736.

2) *Boehmer* in Inſtit. Jur. Canon. L. I. tit. 28. §. 8. ſeqq.

133.

Katholiſche geiſtliche Gerichte und Kollegien.

In den katholiſchen Reichsſtaaten beſorgen die geiſtlichen Sachen die Officialate, Vikariate, Vikariatsgerichte, Konſiſtorien, in Schleſien das Breslauiſche Generalofficiatamt. Es hielten ſich nemlich in der ſpätern Zeit die Erzbiſchöffe und Biſchöffe Vikarien, Officialen, Vizthume, Nunzien, Kommiſſarien, Subſtituti ordinarii ꝛc. durch die ſie an ihrer Stelle ſowol die Juſtizſachen, als andere Regierungsgeſchäfte verſehen ließen. Dieſen geiſtlichen Statthaltern wurden in der Folge Beyſizer und Gehülfen zugegeben, und auf dieſe Art entſtanden jene Kollegien, die nicht allein geiſtliche Juſtiz - und Regierungskollegien, ſondern ſich ſehr oft auch mit weltlichen Geſchäften befaßten. Von ihnen bleiben die Landdechanten, dergleichen in Schleſien ſind, desgleichen die Archidiakonen und deren Kommiſſarien abhängig 1).

1) Eſtor Th. II. §. 6341. 6342. 6343. 6349. ff. Joh. Ge. Pertſch Abhandl. vom Urſprunge der Archidiakonen, Archidiakonalweſens ꝛc. Biſchöflichen Officialen und Vikarien ꝛc. Hildesheim 1743.

Deda=

Deduktion und Erläuterung von dem Herkommen, Amt und Jurisdiktion der Archidiakonen 2c. Osnabr. 1717.

Joh. Paul. Kreß Erleuterung des Archidiakonalweſens und der geiſtl. Sendgerichte, wie ſie in und außerhalb Teutſchland beſchaffen geweſen. Helmſt. 1725.

134.

Proteſtantiſche Konſiſtorien und Kirchenräthe.

Zum geiſtlichen Regierungskollegium und Gerichtshofe ſind bey den Proteſtanten die Konſiſtorien und Kirchenräthe beſtimmt 1), die ſich zuweilen in Ober- und Unterkonſiſtorien, Land- Stadt und Univerſitätskonſiſtorien, geiſtliche Untergerichte, Ehegerichte, Sendgerichte abtheilen 2). In einigen Ländern ſind ſie ein ſtehendes Kollegium, in andern beſorgt es eine zuſammenberufene Synode, die oft auch neben jenen vorhanden iſt. Sie dependiren vom weltlichen Landesherrn.

1) *Io. Chr. Hartung* Tract. de jurisdictione Conſiſtoriali, oder von der Gerichtsbarkeit geiſtlichen Gerichts. Francof. et Lipſ 1725

Io. Sam. Stryk Diſſert. de origine et vſu Jurisdictionis Eccleſiaſticae. Hal. 1710.

2) Eſtor Th. II. §. 6326. ff. §. 6369. ff.

135.

Geiſtliches Departement der Preußiſchen Staaten.

In den Preußiſchen Staaten befindet ſich ein geiſtliches Departement, das aus 2. Staats- und Juſtizminiſtern beſteht, und gewiſſe allgemeine, desglei-

chen die Schleſiſchen und Weſtphäliſchen reformirten Kirchen = und Schulſachen gemeinſchaftlich beſorgt. Sonſt bleiben das Lutheriſche ſamt verbundenem katholiſchen und das reformirte Departement voneinander abgeſondert. Jeder Chef des geiſtlichen Departements hat die Direktion aller geiſtlichen Kirchen = Schul= Stifts = und Kloſterſachen. Bey ihm müſſen die Diſpenſationen wegen des dreimaligen Aufgeboths und vom kanoniſchen Alter der Prediger, desgleichen die Erlaubnis zu reiſen nachgeſucht werden.

136.

Preußiſche Konſiſtorien.

Unter den geiſtlichen Departementen ſtehet 1. das Lutheriſche Oberkonſiſtorium, von welchem das Kurmärkiſche, Königsbergiſche und alle übrige Konſiſtorien in den Preußiſchen Staaten, ausgenommen Schleſien und Geldern, abhängig ſind. Es hat einen Präſidenten, 9. Oberkonſiſtorialräthe, theils weltlichen, und theils geiſtlichen Standes, verſchiedene Konſiſtorialfiſkale und andere Unterbedienten. 2. Das reformirte Kirchendirektorium, beſtehend aus dem Staatsminiſter des geiſtlichen Departements und 4. Kirchenräthen, geiſtlichen und weltlichen; dem nicht allein alle reformirte Konſiſtorien und Miniſterien in Preußen, Pommern, in der Neumark, in Kottbus, Kroſſen, Züllichow, Kurmark, Magdeburg, Saalkreiſe, Halberſtadt, Minden, Ravenſperg, Tecklenburg, Lingen, Meurs und Geldern untergeben ſind, ſondern

es

es trägt auch unmittelbar die Aufſicht über alle reformirten Prediger, Kirchen- und Schulbedienten, und beſorgt die kirchlichen und geiſtlichen Sachen. Selbſt die Pfälzerkolonien ſtehen in derlei Sachen unter demſelben. Dahingegen 3. die franzöſiſchen Kolonien ein eigenes Oberkonſiſtorium mit einem Oberhaupt und 9. Oberkonſiſtorialräthen geiſtlichen und weltlichen Standes, ſamt einem Regiſtrator beſizen 1). 4. Die Weſtpreußiſche Regierung zu Marienwerder formirt zugleich das Weſtpreußiſche Evangeliſche Konſiſtorium 2), und auch die Oſtpreußiſche Regierung hat einen Theil der geiſtlichen Sachen unter ihrer Aufſicht 3).

1) Nikolai Beſchreib. von Berl. u. Pozd. Th. I. S. 257. Kleinmann Pred. bey der teutſchen u. franz. reformirten Gemeinde zu Kalbe Schreiben vom 3. Dez. 1784. wodurch oben §. . Th. I. verbeſſert wird.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2142. ſeqq.

3) C. C. March. Nov. cit. l. Jahrg. 4. p. 357. ſeqq.

137.

Geiſtliche Sachen der Proteſtanten.

Was nun bey den Proteſtanten die Beſtimmung der geiſtlichen und Konſiſtorialſachen betrift, ſo herrſcht dabey die größte Verwirrung und Ungewißheit, wovon die Urſache, daß man von der Beſtimmung des kanoniſchen Rechts abwich, und ſich doch nicht über einen neuen Begrif vereinigte 1). Daher an einigen Orten mehrere Gegenſtände für die Konſiſtorien gehören, als an andern. Da am meiſten, wo ſtrenge or=

thodoxe Lutheriſche Prinzipien angenommen ſind, und hier haben auch die geiſtlichen Konſiſtorialräthe größere Gewalt 2). Insgemein gehört jezo für die Proteſtantiſchen Konſiſtorien alles, was zum Weſen der kirchlichen Genoſſenſchaft, zur Erreichung ihres kollegialiſchen Endzwecks, und zur Beförderung der kirchlichen Wohlfahrt gereicht 3); alſo alles was den Gottesdienſt, die chriſtliche Lehre, die Aufführung der Geiſtlichkeit und ihre Perſonalklagen, die Kirchenbuße, das Patronat und andere Kirchenrechte, desgleichen ſolche Sachen betrift, die ſich im Eigenthum der Kirche befinden 4), manchmal auch die Eheſachen, ordentlicherweiſe aber keine peinliche Sachen 5).

1) *Ge. Lud. Baudis* Diſſ. de indole cauſſarum eccleſiaſticarum et de fundamentis earundem. Lipſ. 1735.

2) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de competentia Conſiſtoriorum Euangelicorum inprimis inferiorum in prouinciis *Elect.* Saxon. Ien. 1714.

3) *Chr. Frid. Plattner* Oeconomia Juris Conſiſtorialis. Goslar. 1715.

4) Eſtor Th. II. §. 6332. 6352. Pütters Rechtsfälle S. 175. ff. *Pufendorf* T. I. obſ. 166. T. III. obſ. 97. 98. 99. Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Regierung v. 1773. C. C. March. T. V. Jahrg. 3. p. 2142. Nikolai a. a. O. S. 251. 253.

5) *Am. Chr. Dorn* Diſſ. de jurisdictione criminali exule in judiciis Eccleſiaſticis. Kil. 1739.

138.
Beſondere Behandlung.

Der Prozeß in geiſtlichen und Konſiſtorialſachen iſt ſummariſch 1), und es wird dabey keine Berufung an die höchſten Reichsgerichte zugegeben 2). Nach Aufhebung der katholiſchen hierarchiſchen Gerichtsbarkeit wurden die geiſtlichen Sachen, jedoch im Preuß. und anderer Orten mit Ausnahme der Eheſachen 3), den Konſiſtorien und Regierungen überlaſſen, und zur weitern Inſtanz das Reviſionsmittel eingeführt. Im Preußiſchen hängt es nun von den Parthеyen ab, ob ſie dieſes Rechtsmittels ſich bedienen, oder die Appellation an das Tribunal ergreifen wollen 4).

1) *Carpzov* in Jurisprud. Eccl. L. III. tit. 1. defin. 1. n. 12.

2) Pütters Rechtsfälle B. I. n. 16. 17. S. 171. ff.

3) Repertor. Jur. Priv. T. II. p. 1544. ff.

4) Preuß. Reſolution an die Magdeb. Regierung vom 26. Jul. 1740. in C. C. March. Cont. I. p. 363.

139.
Schleſiſche Verfaſſung.

Es iſt eine beſondere Verfaſſung Schleſiens, daß hier die Aufſicht nicht nur über das Kirchengut, ſondern auch über die Geiſtlichkeit, in ſo fern ſie auf weltlichen Hoheitsrechten beruht, dem dortigen Finanzminiſter und den Königlichen Kammern übertragen iſt 1).

1) Andr. Mart. Lipius Einl. zur Finanzwiſſ. von Schleſien, Abth. II. c. 16. §. 1. 2. S. 144.

II. Abſchnitt.

Staats- und Regierungskollegien.

140.

Einleitung.

Von beſonderer Beſchaffenheit ſind die Regierungs- Juſtiz- 1) Kameral- und Polizeyſachen, und haben ihre eigenen Kollegien, die ſie beſorgen, und darüber entſtandene Streitigkeiten entſcheiden.

1) Dav. Ge. Struben Unterricht von Regierungs- und Juſtizſachen. Hildesheim 1733.

141.

Regierungsſachen.

Die Regierungs- und Landeshoheitsſachen begreifen im Preußiſchen alle Angelegenheiten, welche aus der Wahrnehmung und Ausübung der Staatshoheitsrechte entſpringen, und denſelben nach dem Generalreſſortreglement zukommen 1). Es gehört dahin die Landeshuldigung und Lehenpflicht, die Verhüthung und Aufſicht, daß die Vaſallen und Unterthanen bey auswärtigen Mächten nicht in Dienſte treten, oder ſich außer Lands aufhalten, Bewahrung des Adels bey ſeinen Gütern, Standeserhöhungen, andere Gnaden- Kirchen- und geiſtliche Sachen, Legitimationen, Jahrgebungen, Judenſchuz und Lehenherrlichkeit, Abzugs- und Heimfallsrecht, Grenzſachen, Vertheidigung und Ver-

Vertretung der Unterthanen bey den Auswärtigen, Ertheilung der Päſſe, Bekanntmachung der landesherrlichen Geſeze und Verordnungen, Beobachtung der Bevölkerungstabellen, Polizeyaufſicht über das Geſundheitsweſen und das ganze Religionspolizeyrecht 2).

1) Inſtrukt. an die Regierung zu Meurs vom 24. August 1770. §. 5. in C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 19.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 18. 19. 1129. ſeqq. et Jahrg. 4. p. 347. ſeqq.

142.

Staatsrath und Geheimerathskollegien.

Die Regierungs- und Staatsſachen werden von den Geheimenrathskollegien, Geheimen Staatsminiſterien 1), [in Berlin vom Geheimen Staatsrathe, der aus lauter Staatsminiſtern beſteht] 2), und unter ihnen von den Regierungen, Hof- und Juſtizräthen und Juſtizkanzleyen beſorgt. Nur in Schleſien gehören die Landeshoheits- und Gnadenſachen den Kammern 3).

1) Wirtemb. Geheime Kabinetsordnung vom 4. May 1724. in Eiſäßers Beytr. zum Kanzleyweſen S. 100. ff.

2) Nikolai Beſchreib. von Berl. u. Pozd. B. I. S. 221. ff.

3) Lipius Einl. zur Finanzwiß. von Schleſien Abth. II. C. 17. §. 1. S. 147.

III. Abſchnitt.
Juſtizkollegien.

143.
Juſtizſachen.

Juſtizſachen ſind ſolche Angelegenheiten, wobey von Rechten und Verbindlichkeiten die Frage entſteht. Es können alle Sachen, ſie mögen ſeyn, von welcher Art und Beſchaffenheit ſie wollen, Juſtizſachen werden, weil bey allen Dingen und Angelegenheiten Rechte und Verbindlichkeiten ſtreitig werden können.

144.
Verweiſung.

Von den Kollegien, welche die Juſtizſachen verwalten, iſt theils ſchon zureichend gehandelt worden, und theils geſchiehts im Verfolge noch weiter.

145.
Preußiſche Verfaſſung.

In dem Preußiſchen Generalreſſortreglement vom 19. Jun. 1749. 1) ſind den Juſtizkollegien bloß alle Prozeßſachen, die das Privatintereſſe und die Rechte der Partheyen berühren, anvertraut worden. Sie werden irgendwo 2) in Civil- Kriminal- und Vormundſchaftsſachen abgetheilt.

1) in C. C. March. Cont. IV. n. 66. p. 163.

2) Inſtruct für die Weſtpreuß. Regierung §. 6. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2143. für die Landvogteygerichte §. 25. ibid. p. 1763.

146.

Bürgerliche Juſtizſachen und obrigkeitliche Sachen.

Man kan die bürgerlichen Juſtizſachen in eigentliche Streithändel und in obrigkeitliche Sachen eintheilen, welche Abtheilung mit der Römiſchen in res Contentioſae et Voluntariae Jurisdictionis eine Aehnlichkeit hat, wobey aber, wie wir gehört haben, die poſitiven Verordnungen des römiſchen Rechts nicht anſchlagen. Man hat im Preußiſchen über jede Gattung ausführliche Verzeichniſſe 1). Doch glaube ich, es müſſen den Leztern in Teutſchland überhaupt die Vormundſchafts- und Depoſitalſachen beygezehlet, und ſie ſämtlich als ein Theil des Polizeyweſens betrachtet werden.

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1763. §. 27. u. p. 1794. §. 42. ſeqq.

147.

Perſönliche und dingliche Gerichtsbarkeit.

Nachdem die Streitſachen allein Perſonen und ihre Handlungen, oder Dinge und ihre rechtliche Eigenſchaften betreffen, nachdem zerfällt die Gerichtsbarkeit in die Perſönliche und in die Dingliche Gattung 1).

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 6. §. 5011. ff.

148.

Hohe und niedere Gerichtsbarkeit.

Die Teutſchen kannten nicht die Abtheilung in bürgerliche und Kriminalgerichtsbarkeit, wo jene bloß

das Privatintereſſe, und dieſe die Verbrechen und Vergehungen zum Gegenſtande hat, ſondern ſie theilten ſie in hohe und niedere Gerichtsbarkeit, Jurisdictio alta et baſſa, ſeu forenſis, ab 1), wovon ſich die Erſtere auf die peinlichen Sachen, und Leztere auf Privatſtreitigkeiten und geringere Vergehungen bezog 2). Wenn der Blutbann damit vereiniget war, ſo theilte ſie ſich in Jurisdictionem ſupremam, mediam, mediocrem, intermediam et infimam 3).

1) *Ge. Engelbrecht* Diſſ. de jurisdictione ſuperiori et inferiori. Helmſt. 1719.

2) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui col. 664. 665.

3) ibid. col. 666. *Baquet* traité de juſtice haute, moyenne et baſſe.

149.

Niedere Gerichtsbarkeit.

Zur niedern Gerichtsbarkeit 1) gehören alle bürgerliche und Privatſtreitigkeiten, ſie mögen Perſonen oder Sachen, Güter, Gerechtigkeiten, Schulden u. ſ. w. anbetreffen, die nicht von der ordentlichen Gerichtsbarkeit eximirt ſind. Es iſt immer eine Strafgewalt damit verbunden, aber wie weit und über welche Sachen ſie ſich erſtreckt, das bleibt zweifelhaft. Es heiſt in den ältern Statuten, alle Sachen, die an Hauth und Haar gehen, oder alle geringe Frevel. Heutzutage beſtimmt es manchmal die Größe der Strafen, ſowol an Geld als Gefängnis. Indeß dürfen die Niedere Gerichte auch den Güßübel, die Geige zuerkennen, und einen Pranger, ein Halseiſen, und

und eine Schandſäule beſizen. Sie beſtrafen alle Thätlichkeiten, wobey keine gefährliche Verwundung vorgegangen, oder eine Lähmung oder Verſtümmelung erfolgt iſt, ferner gebührt ihnen das Erkenntnis über kleine Dieberenen an Feldgewächſen, Eßwaaren, über das Ueberzäunen, Ueberackern, über die Verlezung der Markſteine, die Schwängerungs- und Hurenbrüche, über Injurien und infamirende Anforderungen, über Hazardſpiele. Auch bey großen peinlichen Verbrechen ſteht ihnen der erſte Angrif zu, und ſie beſorgen die Kundmachung der landesherrlichen Geſeze und Verordnungen 2).

1) *Godofr. Strauſs* de jurisdictione baſſa.

Ant. Wilh. Ertel Praxis aurea de jurisdictione inferiore, ciuili et baſſa. Norib. 1694. auct. Aug. 1715.

2) *Io. Balth. a Wernher* Diſſ. de jure affigendi publica mandata Vogtejae immediatae contra Centenam aſſerto. Viteb. 1727.

150.

Urſprung der peinlichen Gerichtsbarkeit.

Ehemals war nur auf vier Verbrechen, als welche die Teutſchen am häufigſten begiengen, durch Staats- und Kirchengeſeze die Todesſtrafe geſezt. Es ſind dieſelbe der Meuchelmord, Straßenraub, Nothzucht und Mordbrennerey 1). Man nannte ſie die 4. hohen Wände, die großen Frevel oder peinlichen Freiſchfälle, und ſie begründen noch jezo die höhere peinliche Gerichtsbarkeit, Fraiſchliche Obrigkeit, Maleſiziſche Obrigkeit, Obergerichtsbarkeit, hohe Zentgerech-

rechtigkeit 2), die in der Folge eine größere Ausdehnung empfangen, und nicht allein ſolche Verbrechen zum Gegenſtande hat, deren ordentliche Strafe ans Leben geht, ſondern auch ſolche, wo eine Leibes = oder langwierige Gefängnis = oder eine Geldſtrafe von 20. Thalern ſtatt findet 3).

1) Dreyer vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß S. 69.

2) *Io. Iod. Beck* Praxis aurea de jurisdictione ſuperiori Criminali. Norimb. 1679.

Henr. Brockes Diſſ. de Kaufburae &c. jurisdictione criminali Ien. 1750.

3) Conſtit. Saxon. de 1555. ap. *Carpzov* in Praxi Crim. qu. 109. n. 25. *Pufendorf* de jurisdict. German. P. I. Sect. 2. c. 1. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Ex. VI. §. 31. Eſtor Th. II. Hauptſt. 44. 45. §. 6164. ff. Dreyers Nebenſt. S. 69. ff.

151.
Aehnliche Preußiſche Verfaſſung.

Im Preußiſchen haben wir ebenfalls einige ausgezeichnete Verbrechen, als Hochverrath, Aufruhr, Münzverfälſchung, Todtſchlag, und begünſtigte Deſertion, die eine höhere Kriminalgerichtsbarkeit begründen, und daher von den Nieder = und Erbgerichten nicht allein gerügt werden dürfen, und eine beſondere Verfahrungsart erfordern 1). Gewiſſermaßen hat dieſes auch bey peinlichen Vergehungen der in öffentlichen geiſtlichen und weltlichen Aemtern ſtehenden Perſonen ſtatt 2).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. pag. 1354. 1617. 1815. 2153.

2) ibid. Jahrg. 4. p. 417. 418. Beytr. zur juriſt. Lit. in den Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 224. ff.

152.

Blutbann.

Das höchſte peinliche Vollſtreckungsrecht hieß im Mittelalter der Blutbann, und mußte von dem Kaiſer beſonders verliehen seyn, wenn jemand einen Miſſethäter wolte hinrichten laſſen. Die hohe Geiſtlichkeit konnte ihn, obſchon ſie bereits die meiſten Hoheitsrechte in den Händen hatte, dennoch wegen gewiſſer entgegenſtehender kanoniſcher Prinzipien 1) lange Zeit nicht beſizen, und mußte darüber beſondere kaiſerliche Vergünſtigung erhalten 2), und ſelbſt bey der feyerlichen Belehnung der weltlichen Fürſten wird ſein Beſiz durch eine blutrothe Fahne ſymboliſch angedeutet. Sonſt iſt auch der Stock und Galken, oder die Rolandſäule deſſen Kennzeichen 3).

1) C. 3. ne Cler. vel Mon. in VIto. *Boehmer* in Jure Eccl. Prot. Tom. V. L. V. tit. 12. §. 12. p. 61.

2) *Chr. Gottl. Buder* in praefat. ad *Engelbrecht* tract. de ſervit. Jur. Publ.

3) *Io. Paul. Endter* Diſſ. de ſymbolica poſſeſſione jurisdictionis Criminalis, vulgo von Malefiz- und Fraiſszeichen. Alt. 1712.

Chr. Gottl. Buder Diſſ. de conceſſione ſignorum et ſymbolorum jurisdictionis ac executionis feudali. Ien. 1757.

153.

153.

Ueberbleibſel der alten Verfaſſung.

Ueberbleibſel dieſer Grundſäze zeigen ſich noch in einigen proteſtantiſchen Ländern im Reiche, wie in Wirtemberg, wo die Kloſteroberamtsgerichte derlei Kriminalprozeſſe, die ein Verbrechen zum Gegenſtand haben, nicht an ſich ziehen dürfen, ſondern die Delinquenten an den nächſten Stadtoberamtmann ausliefern müſſen 1). Ein anderes Ueberbleibſel beſteht darinn, daß in der Regel zur Konſiſtorialgerichtsbarkeit keine peinliche Sachen gehören 2).

1) *Hoffmann* de juriſdict. Crim. Wirtemb. §. 4. u. p. 8. Eine Tabelle über jedes Kloſteramt und das ihm angewieſene Schirmsvogteyamt.

2) *Am. Chr. Dorn* Diſſ. de juriſdictione criminali exule in judiciis Eccleſiaſticis. Kil. 1739. Eſtor Th. II. §. 6333.

154.

Merum Imperium.

Auch bey den Römern beſaßen die obrigkeitlichen Perſonen nicht als ſolche die Kriminalgerichtsbarkeit oder das ſogenannte merum Imperium 1), ſondern wegen der beſondern Verleihung, und das leztere ſcheint urſprünglich unſerm Blutbanne ziemlich ähnlich geweſen zu ſeyn 2).

1) *Io. Lud. Albrecht* Diſſ. de mero Imperio. Lipſ. 1751.

2) *God. Lud. Mencke* Progr. merum imperium non eſſe juriſdictionem criminalem. Helmſt. 1749.

155.

Fehmgerichte.

Die Weſtphäliſchen Fehmgerichte, Freygerichte, Freydinge, Freyſtühle, Stuhlgerichte, erſtreckten im Mittelalter ihre beſonders peinliche Gerichtsbarkeit über ganz Teutſchland. Sie beſtanden aus den Freygrafen, Freyſchöffen, Stuhlherren, Stuhlgenoſſen, wovon zuweilen die Wiſſenden und Stuhlbrüder verſchieden waren. Sie ſind oft nichts anders, als ordentliche Landgerichte, und theilten ſich in heimliche und öffentliche 1), davon die Erſten mit den alten Sendgerichten viel Aehnlichkeit haben, und von Karl dem Großen herrühren. Man muß von dieſen Weſtphäliſchen Freygerichten die kaiſerlichen Freygerichte und andere unterſcheiden, die Freygerichte wegen dem freyen Wahlrechte hießen 2). Jene hatten mit dem Spaniſchen Inquiſitionsgerichte Aehnlichkeit, und waren noch ſtrenger, da zuweilen der angegebene Miſſethäter ungehört und unverdammt plözlich hingerichtet wurde. Daher unendlicher Misbrauch dabey vorgieng, und ſich die meiſten Stände davon befreyen ließen, bis ſie zulezt ganz in Abgang kamen 3).

1) Concept der Kammergerichtsordn. tit. 21. §. 7. Eſtor Th. II. Hauptſt. 42. §. 6150. ff. *Datt* de pace publ. L. IV. c. 2. per tot. *Haltaus* in Gloſſ. Germ. med aeui col. 511. ſeqq.

2) Eſtor Th. III. §. 4949. S. 1362.

3) *Marqu. Freheri* Comment. de ſecretis judiciis olim in Weſtphalia aliisque Germ. partibus vſitatis poſtea

abo.

abolitis cum collectan. *H. Chr. L. B. de Senckenberg* et praefat. *Io. Henr. Dav. Goebel.* Ratisb. 1762.

An. de judiciis Fehmicis in P. IV. *Piſtorii* Amoen. Hiſt. Jur. Polit.

Chr. Thomaſius Diſſ. de vera origine, natura, progreſſu et interitu judiciorum Weſtphalicorum. Hal. 1711.

Herm. Ad. Meinders de judiciis centenariis et centumviralibus ſiue criminalibus et ciuilibus vet. Germ. inprimis Francorum et Saxonum, vulgo von den Centgerichten der alten Teutſchen, vbi de vera origine, natura et progreſſu judiciorum occultorum Weſtphalicorum disquiritur. Lemgov. 1715.

Car. Gerh. Lodtmann Pr. de origine judiciorum Vemicorum. Helmſt. 1751.

Bernh. Moelmann Sel. Capita de Ganerbinatu, Armandiis et judiciis Weſtphalicis. Ien. 1756.

156.

Von Zenten und Zentgerichten.

Zent, Decenas, war ein Theil einer Grafſchaft, zuweilen die Markung, Feldflure, da ſcheint es vom Worte Zehenden, womit in Schwaben nach einer redneriſchen Figur vom Zehendrecht ebenfalls die Dorfsmarkung bezeichnet wird, zuſammengezogen zu ſeyn. Gleich dem Weichbilde bedeutet Zent nach einem tropiſchen Ausdrucke Jurisdictionem per regionem. Sie waren urſprünglich ein Theil der Gowgerichte, und erſtreckten ſich über bürgerliche und Strafſachen. Nachher bekamen ſie mehr Ausdehnung 1), ihre eigene Zentgrafen und Zentſchöffen, und begriffen im Reiche die hohe peinliche Gerichtsbarkeit, woraus manchmal gar

gar landesherrliche Gewalt entſprungen iſt 2). Daher die Zentbarkeit, Zentgerechtigkeit, Zentrecht, hohe und niedere Zentgerechtigkeit. Es gab Zentfälle, Zentpflicht, Zentbare und Zentfreye Leute, Zentbuch, Zentkoſten, und eine Zentfolge. Noch werden förmliche Zentgerichte in Schwaben, Franken und am Rheinſtrohme gehalten 3).

1) *Praebes* Diſſ. de iniuſta Centenae extenſione.

2) *Henr. Link* de Centena.

Io. Chr. Hallwachs Diſſ. de Centena illimitata ſeu territoriali. Francof. 1746.

Ge. Lud. Boehmer Exercit. Jur. Publ. de Centena ſublimi, ſpeciatim in Landgrauiatu Haſſo-Darmſtadino eiusque vicinia. Goett. 1746.

God. Dan. Hoffmann Diſſ. de Centena ſublimi Sueuo-Hallenſi. Tub. 1761.

Io. Dan. Hoffmann Diſſ. de jurisdict. Criminali Wirtembergica et maxime de Centena Moeckmühlenſi. Tub. 1775.

3) Eſtor Th. II. Hauptſt. 39. 40. §. 6129. Th. III. §. 4949.

157.

Gattungen von Kriminalgerichten.

Es gibt in Teutſchland überhaupt vielerlei Arten von Kriminalgerichten 1), nach den verſchiedenen Abänderungen, welche die alte Gerichtsverfaſſung erlitten hat. Die geiſtlichen Inquiſitionsgerichte vermehrten ſich im XIII. Jahrhundert, ſeitdem die Verfolgungsſucht der Kezer eingeriſſen war, und Erzbiſchof Engel-

Engelbrecht von Köln trug zu ihrer Ausbreitung in Teutſchland nicht wenig bey 2). Vergl. §. .

1) *Io. Paul. Kreſs* Diſſ de variis Jurisdictionis Criminalis in Germania generibus. Helmſt. 1730. Gerſtlachers Abhandl. von den mancherlei Arten der Peinlichen Gerichtsbarkeit in Wirtemberg S. 57

2) Eſtor Th. III. §. 4949. S. 1363.

158.

Kammergerichtliche Inſtruktionsſenatskriminaldeputation zu Berlin.

Unter den Gerichtszwang der neuerrichteten Kammergerichtsdeputation in Kriminalſachen gehören in erſter Inſtanz alle bey den Kurmärkiſchen Untergerichten angebrachte oder bey dem Hausvogteygerichte und bey den Kreisjuſtizkommiſſionen verhandelten Kriminalſachen. Sodann hat dieſelbe über alle aus den Provinzen ans Kriminaldepartement des Staatsminiſteriums, oder ans Generaldirektorium zur Beſtätigung einkommenden Kriminalurtheln ſein Gutachten zu geben. Die Vorträge über die an jenen Untergerichten obſchwebenden Kriminalangelegenheiten hat dieſe Deputation jederzeit im verſammelten Inſtruktionsſenate zu thun 1).

1) Regl. über das Juſtizweſen in der Kur- und Neumark vom 30. Nov. 1782. Abſchn. III. §. 13. ff. Beyträge zur juriſt. Lit. in den Preuß. Staaten, Samml. 3. S. 190

159.

Hofhalsgericht zu Königsberg.

Das Oſtpreußiſche Hofhalsgericht iſt ein wahres Kriminalgericht, und das Oſtpreußiſche Hofgericht hat bloß die allgemeine Direktion der Kriminaljurisdiktionen. Es beſizt jezo einen Hofhalsrichter, 6. Kriminalräthe, einen Sekretair ꝛc. und hat den Gerichtszwang über den Oſtpreußiſchen Adel und Ritterſchaft, über alle dem Oberburggräflichen Amte und dem Hofgerichte unterworfene Perſonen, (gemeinſchaftlich mit dem franzöſiſchen Koloniedirektor) über die franzöſiſchen Koloniſten, über die auf der Burg und auf den königlichen Freyheiten begangene, desgleichen über alle diejenigen Verbrechen, worüber den Erbgerichten kein Erkenntnis zuſtehet 1). Es iſt dieſes Gericht ſeit dem 3. Dezember 1781. mit den Oſtpreußiſchen Oberlandesjuſtizkollegien vereiniget worden 2).

1) Inſtruction fürs Hofhalsgericht zu Königsberg v 30. Jul. 1774. Sect. VII. §. 1. ſeqq. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 512. 513.

2) C. C. March. Nov. Tom. VII. p. 716.

160.

Uebrige Preußiſche Kriminalgerichtsverfaſſung.

In den übrigen Preußiſchen Provinzen kömmt es darauf an, ob der Inquiſit eine eximirte Perſon oder nicht iſt. Im erſtern Falle gehört die Unterſuchung für das Oberlandesjuſtizkollegium, welches ſie bald durch die am Orte ſelbſt befindlichen Kriminalrä-

the, bald durch die Hoffiſkäle, bald durch andere Juſtizbeamte Kommiſſionsweiſe führen läßt. Die inſtruirten Akten werden ſodann an daſſelbe eingeſendet. Es bearbeitet nun entweder ſelbſt das Kriminalfach, wie die Regierungen zu Meurs, Lingen, Köslin, Minden, und die Obergerichte zu Stendal und Prenzlau; oder es beſizt ein beſonderes Kriminalkollegium, wie die Regierungen zu Magdeburg, Aurich, Cleve, Halberſtadt, Küſtrin, Stettin ꝛc. Dieſe Kriminalkollegien beſtehen aus Kriminalräthen, die ſie entweder, wie zu Breslau und Marienwerder, allein formiren, oder ſich mit den übrigen Regierungs- Hof- und Obergerichtsräthen verſammeln, und ſchriftlichen Vortrag thun, die Urthelsabfaſſung aber geſchieht von dem ganzen Kollegium. Wenn der Peinlich Beklagte keine Exemtion genießt, ſo inſtruirt ſein ordentlicher Gerichtshof den Prozeß, und ſpricht, wenn er will, das Urthel, oder ſchickt die geſchloſſenen Unterſuchungsakten ſamt Gutachten an das Obergericht 1).

1) Beytr. zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 222. ff.

161.

Fortſezung.

Es ſind eigene Verordnungen vorhanden, wie es mit Beſezung der Kriminalgerichte in Schleſien gehalten werden ſolle 1), und daß es im Klevmärkiſchen, wo ſich Kriminalrichter und Aktuarien befinden, keiner vereideten Gerichtsſchöppen bedürfe 2). Wenn Civil-

Civilperſonen auf der Feſtung neue Verbrechen bege=
hen, ſo können die dortigen Civilgerichte den Inquiſi=
tionsprozeß führen 3).

1) Preuß. Verordn. v. 20. Febr. und 4. April 1750. in der Samml. Schleſ. Ordn. B. VI. n. 199. 210.

2) Reſcript vom 3. Merz 1774. in C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 4. p.

3) Circ. v. 20. Jenner 1771. ibid. Jahrg. 1. p. 67.

162.

Allgemeine teutſche Kriminalverfaſſung.

Eben ſo gehen faſt in allen Ländern Teutſchlands die Urtheile in peinlichen Sachen von allen Oberge=richten an die Regierungen, Hofräthe und Juſtizkanz=leyen, bald zur weitern Erörterung, bald zur landes=herrlichen Beſtätigung 1).

1) *Pufendorf* Introd. in proceſſ. crimin. Hann. 1768. c. IV. p. 15. Wabſt Nachricht von des Kurfürſt. Sach=ſens Verfaſſung hoher und niederer Juſtiz S. 243. Kopp von den geiſtlichen und Civilgerichten in Heſſen S. 216. 274. Von Kreitmayr Grundriß des Bayer. Staats=rechts §. 114. S. 166. 190. Gerſtlacher Samml. Wir=temb. Geſ. u. Norm. Th. II. in der Einleit. Malblanc Geſch. der peinl. Halsgerichtsordn. S. 18. ff.

IV. Abſchnitt.

Finanzkollegien und Gerichte.

163.

Kameralſachen.

Kameralſachen ſind alle Angelegenheiten, welche die Erwerbung, Erhaltung und Verwendung des Na=

tionalreichthums, desgleichen die Erhebung der öffentlichen Einkünfte und den Staatsaufwand betreffen.

164.

Kammerbediente und Kollegien.

Die Kameralſachen 1) ſtehen in den meiſten Reichsſtaaten unter der Direktion beſonderer Finanzkollegien, Renthkammern, Hofkammern, die einen Kammerpräſidenten, Kammerdirektor, Kammermeiſter, Kammerprokurator, Kammerfiſkal, verſchiedene Hofkammerräthe, Kammerräthe, Expeditionsräthe, Hof- Berg- und Kommerzienräthe, nebſt Sekretarien, Kanzliſten, Regiſtratoren, Kammerbothen, Aufwärter, beſitzen, und mit der Oberrechenkammer, Rechenbank, Kommerzienrath, Bergkollegium in Verbindung ſtehen 2).

1) Onolzbach. Kammerordnung vom 9. Jul. 1734. in Elſäßers Beyträgen zum Kanzleywesen n. 12. S. 127. ff.

2) Joh. Heinr. Gottl. von Juſti Staatswirthſchaft. Leipzig 1758. §. 575. S. 672. ff.

165.

Proteſtantiſche geiſtliche Finanzkollegien.

In einigen proteſtantiſchen Staaten befindet ſich neben der Kammer noch ein Finanzkollegium, Kirchenrath, Viſitationsrath, Kirchenkaſten genannt, welches das Kirchenguth und die geiſtlichen Einkünfte der eingezogenen katholiſchen Kirchen, Klöſter, Stifter u. ſ. w. adminiſtrirt. Es hat ebenfalls einen Präſidenten, Kirchenrathsdirektor, Kirchenkaſtensadvokaten,

ten, dergleichen Verwalter, und eine Anzahl Kirchenräthe, Expeditionsräthe, Kammerräthe, ſamt Sekretarien, Regiſtratoren, Kanzliſten u. dergl. Unterbedienten.

166.

Kameraljuſtizſachen.

Die Juſtizſachen, welche bey dieſen Departements vorfallen, werden durch rechtsverſtändige Räthe, Kammerprokuratoren, Kammerfiſkäle u. ſ. w. genannt, und die deswegen zugleich Mitglieder der Regierung ſind, in dieſem Kollegio beſorgt 1).

1) Juſti Staatswirthſchaft Th. II. §. 626. 628. 629. S. 725. ff.

167.

Generaldirektorium zu Berlin.

In den Preußiſchen Staaten iſt für das Kameralfach ein Generaloberfinanzkriegs = und Domainendirektorium zu Berlin angeordnet, das einen Theil des Staatsraths begreift. Es hat die Verwaltung der ganzen innern Staatswirthſchaft, die höchſte Erkenntnis und Anordnung aller Finanz = Domainen = Steuer = und Polizeyſachen und gemeinſchaftlich mit dem auswärtigen Staatsminiſterium die Landeshoheits = und Grenzſachen. Ihm ſind alle Kriegs = und Domainenkammern, Forſtämter, Bergkollegien, desgleichen alle Kameral = und Polizeybediente und Anſtalten untergeordnet. Es theilt ſich in 6. Hauptdepartements und verſchiedene Nebendepartements, wovon ſich hauptſächlich das Bergwerks = und Hüttendepar=

partement und das Forſtdepartement unterſcheiden. Jedes Departement hat einen Geheimen Staats- Kriegs- und dirigirenden Miniſter zum Vizepräſidenten, und eine Anzahl Geheime Oberfinanz- Kriegs- und Domainenräthe, welche über die ihnen zugefertigte Sachen jenen den Vortrag thun, die Dekrete abfaſſen, und durch die expedirenden Geheimen Sekretaires ausfertigen laſſen 1).

1) Nikolai Beſchreib. von Berlin und Pozdam B. I. S. 224. ff.

168.

Vereinigte Departements.

Mit dieſem Kollegium ſind noch vereiniget und ihm untergeordnet das Oberbaudepartement, die Oberexaminationskommiſſion, die Oberkriegs- und Domainenrechenkammer, das Generalproviantamt, die Generalkriegskaſſe, Generaldomainenkaſſe, Chargenkaſſe, Extraordinairekaſſe, Hofſtaatskaſſe, Generalſtrafkaſſe, die verſchiedene Departementskaſſen 1).

1) Nikolai a. a. O. S. 226. ff.

169.

Preußiſche Kammern.

Die Königliche Kriegs- und Domainenkammern in Königsberg, Marienwerder, Gumbin, Pommern, in der Neumark, Kurmark, in Magdeburg, Halberſtadt, Minden, Cleve, Oſtfriesland, und in Geldern, welche leztere aber nur Kammerkommiſſion heiſt, ſodann die Kammern zu Breslau und Glogau, ſind

ſind gewiſſe Provinziallandeskollegien, die dem Generaldirektorium untergeordnet bleiben. Sie beſorgen in jeder Provinz alle Kameral- und Polizeygeſchäfte, welche die landesherrlichen Regalien, Domainen- Steuer- Militaire- Servis- und Lieferungsſachen betreffen, und beſtehen aus einem Präſidenten, Direktor, Oberforſtmeiſtern, und einer Anzahl Kriegs- und Domainenräthen ſamt den erforderlichen Unterbedienten.

170.

Ihre Obliegenheiten.

Nach dem Königlichen Generalreſſortrealement vom 19. Jun. 1749. 1) gehören für die königliche Kammern alle herrſchaftlichen Einkünfte und Domainen, die Oekonomie und das Polizeywesen, und alle das gemeine Wohl betreffende Angelegenheiten und Streithändel. Insbeſondere gebühren denſelben alle Streitigkeiten zwiſchen den Königlichen Aemtern über ihre Zubehörungen und Rechte und den Städten oder derſelben Kämmereyen, oder dieſer unter ſich, ferner die rathhäuslichen Oekonomie- und Kämmereyſachen, das Städtiſche Kreditweſen und die Beobachtung ihres Kompetenzetats, das ganze königliche Pachtweſen, die Streitigkeiten der Amtsunterthanen, ſowol mit den Beamten in Oekonomie- und Dienſtſachen, als auch unter ſich wegen Beſezung der Höfe, Ausreiſſung der Gemeindsanger, über Huth, Trift, Grenzen, Ergänzung und Einziehung der Baueräcker, Abgaben von Freygütern, und dergleichen landwirthſchaftliche

Gegenſtände; alle Kriegs = Marſch = Einquartirungs= Proviant = Servis = Münz =, alle Acciſe = Steuer= Licent = und Kontributions =, ferner alle Kommerz= und Manufakturſachen, Anſezung neuer Kolonien und ihnen zu ertheilende Freyheiten, die Polizeyſachen, worunter die Feueranſtalten, Gaſſen = und Pflaſter= Markt = Brunnen = Laternen = und Armenweſen, die Fleiſch = und Brodttaxen, Maaß, Elle und Gewicht, Unterhaltung der Wege, Brücken und Dämme, Aufräumung der Gräben, Urbarmachung und Beſezung der Brücher begriffen ſind. Ihnen ſind auch anvertraut alle Brau = und Brandteweinsſachen, die Einrichtung des Brauweſens, Regulirung der Brauzeiten, die Abſtellung der Bierverfälſchungen, die Streitigkeiten der Magiſträte mit ihren Bürgern über die öffentlichen Abgaben und Beſchwerden; alle Innungs = und Handwerksſachen, ſamt deren Privilegien, die Holz= Forſt= und Jagdſachen, und die Dienſtvergehungen der von den Kammern angeſezten und abhängigen Perſonen.

1) in C. C. March. Cont. IV. p 163 ſqq. Vergl. Circulare, wodurch einige Kolliſionsfälle wegen der Jurisdiktionsſtreitigkeiten beſtimmt werden, vom 25. May 1768. in C. C. March. Nov. Tom. IV. pag. 3082. Notifikationspatent wegen Stiftung 2. Kriegs = und Domainenkammern in Schleſien vom 25. Nov. 1745. in der Korn. Samml. Schleſ. Geſeze B. I. S. 164. Patent wegen Anordnung einer Kriegs = und Domainenkammer zu Marienwerder vom 13. Nov. 1772. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 591. Juſtizregl. für

die ſämtl. Kammern vom 19. Merz 1782. in den hiſtor. ſtatiſt. Beyträgen Th. II. B. II. S. 580. ff.

171.
Kammerjuſtizweſen.

Es iſt denen oben §. 131. angegebenen allgemeinen teutſchen Rechtsprinzipien vollkommen angemeſſen, daß die Preußiſchen Kammern das gerichtliche Erkenntnis aller ihre Angelegenheiten betreffenden Streitigkeiten beſizen, das ihnen ausdrücklich das angeführte Preußiſche Staatsfundamentalgeſez vom 19. Jun. 1749. zuſpricht 1). Zu dem Ende ſind immer etliche Kriegs- und Domainenräthe als Kammerjuſtiziarien beſonders angenommen und verpflichtet. Die Sachen gehen ſodann in der lezten Inſtanz an das beym Generaldirektorium befindliche Oberreviſionskollegium der Kameral- und Kommerzienjuſtizſachen. Es beſteht aus verſchiedenen Geheimen Oberreviſionsräthen und einen Geheimen Oberfinanzrath als Präſident. Die von ihnen abgefaßte rechtliche Gutachten und Sentenzen werden vom Juſtiziar des Generaldirektoriums dieſem Kollegio vorgetragen, das Urthel abgefaßt, von den Staatsminiſtern unterſchrieben, und den Kammern und Deputationen zur Publikation und Vollſtreckung zurückgeſendet. Noch 1768. wurden dergleichen Akten vom Generaldirektorium an die hieſige Juriſtenfakultät zum Spruche abgeſendet 2).

1) Vergl. Hiſt. Stat. Geogr. u. Milit. Beyträge die K. Preuß. u. benachb. Staaten betr. Th. I. S. 282. 283.

2) Pro-

2) Protokolle der Juriſtenfakultät zu Halle, Vol. 195. n. 201. fol. 247. ſeqq.

172.

Abänderung.

Während der allgemeinen Juſtizverbeſſerung in den Preußiſchen Staaten erhielt auch durch ein Juſtizregulativ vom 13. Febr. 1782. und durch ein Erläuterungsreſcript vom 25. April 1782. 1) die Kameraljuſtizverfaſſung eine veränderte Geſtalt. Es wurde bey jeder Kammer eine Juſtizdeputation angeordnet, die aus den Kammerjuſtitiarien, 2. Aſſiſtenzräthen und dem Departementsrathe oder ſeinem Korreferenten beſteht, und den Kammerpräſidenten oder den Kammerdirektor an der Spize hat. Die zweite Inſtanz macht das Oberappellationskollegium zu Berlin, und die dritte oder manchmal auch die zweite Inſtanz das obgenannte Oberreviſionskollegium oder eine aus Geheimen Finanzräthen und geheimen Tribunalräthen beſtehende Deputation 2).

1) in den hiſt. Statiſt. Beyträgen über die Preuß. Staaten Th. II. B. II. S. 580. ff. S. 582. ff.

2) Briefwechſel über die gegenwärtige Juſtizreform in den Preuß. Staaten, Heft III. Berl. 1784. S. 11. 12.

173.

Acciſe- und Zollgerichte.

Nachdem 1766. die Verwaltung der Zoll- und Acciſegefälle den Kammern abgenommen und einer Generalzoll- und Acciſeadminiſtration anvertraut worden

den war, ſo erforderten derlei Sachen ebenfalls einen beſondern Gerichtshof, und es wurde 1772. ſowol zu Berlin ein Oberacciſe = und Zollgericht, das aus einem Juſtizminiſter als Präſidenten, und vier Geheimen Oberacciſe = und Zollgerichtsräthen, einem Sekretar und Regiſtrator beſteht, als auch in den Provinzen eigene Acciſe = und Zollrichter ſamt nöthigen Aktuarien angordnet, wie darüber im Königlichen Reglement vom 11. Jun. 1772. §. 3. eine ausführliche Beſchreibung anzutreffen iſt 1).

1) in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. pag. 192. ff. Deklaration vom 6. Auguſt 1774. ibid. Jahrg. 4. pag. 938. ff.

174.

Preußiſche Generalacciſe = und Zolladminiſtration.

Die Preußiſche Generalacciſe = und Zolladminiſtration führt ſeit 1766. die Oberaufſicht über die Acciſe = und Zollſachen in allen königlichen Staaten, ausgenommen die Provinzen jenſeits der Weſer. Sie hat den dirigirenden Miniſter des vierten Departements vom Generaldirektorium zum Oberhaupte, und einen Generalregiſſeur zum Präſidenten, neben ihnen noch 5. geheime Finanzräthe und Regiſſeurs. Die ihr untergeordnete Kanzleyen (Bureaux) und Kaſſen ſind folgende, die geheime Kanzley, die Kanzley der Generaloperationen, die Generalrechnungsdirektion, fünf Korreſpondenzkanzleyen, die Generalacciſe = und Zollkaſſe, die Juſtizkanzley, (Bureau de Contentieux) das

das Generalformeln = und Utenſilienmagazin, und einige Kurmärkiſche Departements 1).

1) Nikolai Beſchreibung von Berlin u. Pozdam Th. I. S. 260. ff.

175.

Tabacksadminiſtration.

Das Tabackswesen hat ebenfalls eine beſondere Gerichtsverfaſſung, und verſchiedene Veränderungen erfahren 1).

1) a. a. O. S. 266, 267.

V. Abſchnitt.

Polizeykollegien.

176.

Polizeyſachen.

Das Polizeyweſen beſteht in der Aufſicht und Erhaltung ſowol der allgemeinen und einzelen bürgerlichen Verfaſſungen bey ihrem Zwecke und ihrer urſprünglichen Einrichtung, als der einzelen Staatsglieder bey ihrem öffentlichen, häuslichen und perſönlichen Wohlſtande 1). Alle Angelegenheiten, die hierauf eine Beziehung haben, ſind Polizeyſachen 2).

1) falſch iſt der Begrif Juſtis Grundſ. der Polizeywiß. §. 449. S. 381. und aller ſeiner Nachfolger. Vergl. meinen Lehrbegrif der teutſchen Staatswiſſenſchaft §. 22. u. 24. S. 15. 16.

2) wovon ein großes Verzeichnis bey Eſtor Th. II. §. 6372.

177.

177.

Höchſte Polizeykollegien.

Die höhern Polizeyſachen beſorgen die Geheimenrathskollegien und die Regierungen 1). Im Preußiſchen, Oeſtereichiſchen und im Gothaiſchen die Generaldirektorien, die Kriegs- und Domainenkammern, die Renthkammern und Hofkammern 2), als von welchen deswegen ſowol die Land- als Steuerräthe abhängig ſind 3). In den übrigen Reichsländern haben die von der Regierung abhängigen Amtleute, Vögte, Oberamtleute, Landvögte, Landdroſten, Land- und Amtshauptleute, Vizthume, die Landpolizey unter ihrer Aufſicht. Die Stadtpolizey verwaltet bald der ganze Stadtmagiſtrat 4), bald einzele Glieder deſſelben, bald beſondere Polizeykollegien, mit eigenen Unterbedienten. §. 910. ff. B. I. Oft hat der Magiſtrat die Oberpolizey, und beſondere Bedienten die Niedere Polizey 5). Die Dorfpolizey verwalten die Amtleute, Landräthe, Schultheißen, Dorfsvögte, Dorfsrichter, Polizeyausreuter ꝛc. 6), bald allein, bald mit Zuziehung des dörflichen Gerichts und Raths. Die Preuſſiſchen Hoffiſkäle haben gleichfalls auf das Polizeyweſen ihre Aufmerkſamkeit zu richten 7), und die Stadtmagiſträte auf das Polizeyweſen der benachbarten Dörfer mit Acht zu geben 8).

1) Eſtor Th. II. §. 6374.

2) Ebenderſ. §. 6381. Preuß. Generalreſſortreglement vom 19. Jun. 1749. in Cont. IV. C. C. March. p. 165. jedes Kolle-

Kollegium beſorgt die zu ſeinem Departement gehörigen Polizeyſachen. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 523.

3) C. C. March. T. III. Abth. 1. p. 293.

4) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 655. 698.

5) Eſtor Th. II. §. 6374. 6381. Juſti Einl. zur Polizeywißenſchaft, Hauptſt. 32. §. 451. 453. Hptſt. 33. §. 456.

6) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 101. 116.

7) Verordn. vom 18. Jenner 1741 in C. C. March. Cont. II. pag. 5. Reſcr. v. 27. Oct. 1740. Cont. I. p. 411.

8) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 108. 211.

178.

Verhältnis der Polizeyſachen zu den Juſtizſachen.

Obſchon Polizey = und Juſtizſachen ſehr voneinander verſchieden ſind 1), ſo kan auch Erſtere eine Juſtizſache ſeyn, und bleibt deſſen ohngeachtet zuweilen ein Gegenſtand des Polizeykollegiums, als welches deswegen die Polizeygerichtsbarkeit beſizt 2).

1) *Ge. Chr. Schreiber* de cauſarum Politiae et earum, quae juſtitiae dicuntur, conflictu et differentia. Goett. 1739.

Car. Guil. L. B. ab Hohenthal liber de Politia adſperſis obſervationibus de cauſarum Politiae et Juſtitiae differentiis. Lipſ. 1776.

2) *I. F. A. C. Neurath* Obſervat. nonnullae de cognitione et poteſtate judiciaria in cauſis, quae Politiae nomine veniunt. Erl. 1782.

179.

179.

Polizeygerichtsbarkeit.

Nach teutſchem Rechte beſaß jede Obrigkeit Polizeygewalt 1), und da zugleich mit jener die Gerichtsbarkeit verknüpft war, ſo geſchah es in der neuern Zeit, wo man das Polizeyweſen vom Juſtizdepartement trennte, daß man den Polizeykollegien noch eine Gerichtsbarkeit um ſo mehr überließ 2), als es den teutſchen Rechtsprinzipien (§. 131.) vollkommen angemeſſen war, die in Polizeyſachen vorfallende Streitigkeiten und Beſtrafungen demjenigen Kollegium zu überlaſſen, das von dem Polizeyweſen die beßte Kenntnis hatte 3). Im Preußiſchen ſollen jedoch die Stadtmagiſträte unter dem Vorwande einer Polizeyſache ſich keiner Gerichtsbarkeit anmaßen 4).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 655. 698. Struben von Regier. u. Juſtizſachen S. 177. 178. Juſti Grundſäze der Polizeywiß. B. IV. Hſt. 24. §. 386.

2) *Schreiber* de cauſſ. polit. et juſt. conflictu Sect. II. p. 18. Seckendorf Fürſtenſtaat Th. II. c. 8. §. 1. *Weber* de appellat. et in cauſſ. polit. Sect. II. §. 3. p. 27.

3) C. C. March. Tom. II. Abth. 1. pag. 565. 655. 656. 669. 382.

4) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 683.

180.

Gattungen von Polizeygerichten in Teutſchland.

Nicht allein alle Vogtgerichte, Vogtdinge, ſondern insbeſondere die Ehehaft = Send = Jahr=

Land = 1) Dreydings = Ungebots = Quatember = Frevel = und Rügegerichte, desgleichen der geſchwohrne Montag, waren im Mittelalter ordentliche Polizeygerichte, wovon oben §. 37. Es verſammeln die Landbeamten oder die Archidiakonen in Gegenwart des Gerichtsſchreibers und der verordneten Beyſizer die Gemeinde, verzeichnen die Mannſchaft, und laſſen ihr gewiſſe Landes = und Polizeyordnungen nochmals verkündigen und einſchärfen. Man nimmt den neuen Unterthanen und den Söhnen den Huldigungseid ab, beſezt die erledigten Gemeindsämter. Nach vorhergegangener Ermahnung geſchieht nun der Durchgang Mann für Mann, wobey ein jeder über die ihm bewußten Vergehungen und Polizeymängel zum Protokolle vernommen wird. Hierauf erfolgt das ſummariſche Verhör und die Beſtrafung der leichtern Vergehungen nach Anleitung der übergebenen Rügezettel und des Durchgangsprotokolls, die ſchwehreren Fälle aber werden an die ordentlichen Gerichtshöfe verwieſen. Am Ende werden Verfügungen für die gemeine Landespolizey und das Oekonomieweſen oder bey Sendgerichten und Kirchenkonventen für die Kirchenzucht und öffentliche Ehrbarkeit gemacht 2).

1) aus welchen überhaupt die heutigen Rügegerichte übrig geblieben ſind. Kopp von den geiſtlichen und Civilgerichten in Heſſen §. 78.

2) Malblanc Geſchichte der peinl. Halsgerichtsordn. S. 23. Kreß Erläuter. des Archidiakonalweſens und der geiſtl. Sendgerichte.

181.

Verwandlung der Polizeyſache in Juſtizſache.

Daher jezo ein Streithandel, deſſen Gegenſtand eine Privatſache betrift, vor die ordentlichen Gerichtshöfe zur Entſcheidung gehört, eine Streitigkeit oder Vergehung in Polizeyſachen aber ohne Unterſchied des Gerichtsſtands 1) von den Polizeykollegien gerichtlich unterſucht und abgeurthelt wird 2). Daraus ergibt ſich der Lehrſaz, daß eine Polizeyſache Juſtizſache werden kan, und bald dem Erkenntnis des Polizeyamts unterworfen bleibt 3), bald vor das Juſtizkollegium gezogen wird 4).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 565. 655. 656. Tom. V. Abth. 1. p. 134.

2) *Car. Otto Rechenberg* Progr. de Politiae et jurisdictionis limitibus. Goett. 1761.

3) gegen Eſtor Th. II. §. 6376.

4) Joh. Ernſt Flörke Erörterung der Rechtsfrage, ob und wie fern Polizeyſachen vor die Juſtizkollegien gehören. Halle 1760.

182.

Unterſtüzung des Polizeyamts durch die Kriegsbefehlshaber.

Ob zwar ſchon in den Preußiſchen Staaten den Gouverneurs und Regimentskommandeurs aufgegeben worden iſt, auf das Acciſeweſen und auf die Polizeyſachen mit Acht zu haben 1), ſo ſtehet ihnen hierinn doch keinesweges eine Gerichtsbarkeit oder obrigkeitliche Gewalt zu 2), ſondern die Zoll- und Acciſebe-

 diente,

diente, desgleichen die Polizeymagiſtråte haben auf ihre geſchehene Anzeige Unterſuchungen zu verfügen, und darüber einzuberichten 3). Selbſt wenn ein Officier oder Soldat ſich dabey vergangen hat, ſo gebührt dem Regiment darüber nicht die Unterſuchung, ſondern es darf dazu bloß den Auditeur oder einen Officier deputiren, der dem weitern Verfahren beywohnet 4). Einzeln darf ſich kein Offizier anmaßen, etwas in Polizeyſachen zu verfügen, oder ſich darein zu miſchen 5).

1) Circularordre von 1737. u. 9. May 1743. C. C. March. Cont. I. p. 85. Cont. II. pag. 133.

2) Edikt von 1735. Circulare vom 13. April 1739. Ordres vom 20. Febr. u. 8. Oct. 1742. Inſtr. für den Berl. Polizeydirektor v. 12. Merz 1742. §. 16. in C. C. March. Cont. II. p. 79. 153. 154. Cont. I. p. 249. 250.

3) C. C. March. Cont. II. p. 133.

4) ibid. pag. 153. 154. 134. 133. Müllers Preußiſches Kriegsrecht Th. III. c. 2. S. 486. 487. 488.

5) C. C. March. T. III. Abth. 1. p. 397.

183.

Abgeſonderte Gattungen von Polizeygerichten.

Nicht allein hat das Polizeyweſen überhaupt einen eigenen Gerichtshof, ſondern auch deſſen einzele Gegenſtånde haben wiederum ihre beſondere Gerichte 1). Es gibt Handels- Wechſel- Markt- und Meß- Wett- und Handwerksgerichte, Pfeiffergerichte 2), Manufakturkollegien, Hansgrafenåmter, Bauåmter

ämter und Gerichte, Admiralitäts = 3) Strand = und Seegerichte, Bergämter und Gerichte 4), Salz= oder Thalgerichte, Forſtämter und Gerichte, Hain= gerichte 5), Holzgerichte, Waldrechte, Märkerrechte und Dinge, Teichgerichte, Mundate 6), Hammer= gerichte, Staffelgerichte, die ich beym dinglichen Po= lizeyrechte zu beſchreiben Gelegenheit haben werde.

1) Siehe das Verzeichnis bey Eſtor Th. II. §. 6469.

2) Joh. Heinr. Hermann Frieſens Abhandl. von den Pfeiffergerichten. Frankf. am Main 1752.

3) *Io. Werlhof* Diſſ. de judicio Admiralitatis Hamburgenſi. Ien. 1750.

4) *Ge. Engelbrecht* de judiciis metallicis. Helmſt. 1705.

5) Eſtor Th. III. §. 4949. S. 1357. 1358. 1359.

6) Eſtor Th. II. §. 6470. ff.

184.

Vormundſchaftsſachen.

Unter die Polizeyſachen zehle ich auch das ganze Vormundſchaftsweſen 1), obſchon es im Preußiſchen und in andern Ländern mit dem Juſtizdepartement ver= bunden iſt. Wenigſtens ſind zu dem Ende in allen Ländern eigene Ober = und Unterkollegien angeordnet, wie ich bereits oben angezeigt habe, und nur manchmal haben die Regierungen dieſe Angelegenheiten zugleich zu beſorgen 2).

1) Lamprecht Verſuch eines Syſtems der Staatslehre Th. I. §. 1735. S. 717.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2164. 2183. ſeqq.

185.

Kurmärkiſches Pupillenkollegium.

Hier iſt allenfalls noch eine nähere Beſchreibung von den Preußiſchen Pupillenkollegien nachzuhohlen. Das kurmärkiſche Pupillenkollegium wurde 1748. vom Kammergerichte abgeſondert, und erhielt das Obervormundſchaftsrecht über alle dem Kammergericht unterworfene Perſonen, und über die Mittelmärkiſche, Priegniziſche und Ruppiniſche Untergerichte. Nur daß es in dieſen Sachen, ausgenommen in Vormundſchaftlichen Weigerungsurſachen, keine Gerichtsbarkeit ausüben darf, ſondern dieſelbe ſo wie auch in zweiter Inſtanz in dieſen Angelegenheiten dem Kammergerichte überlaſſen muß. Es hat einen Präſidenten, 8. Räthe, und die nöthigen Subalternen, ſamt Kanzley und Regiſtratur.

186.

Oſtpreußiſches Pupillenkollegium.

Es iſt das Oberlandesjuſtizkollegium in Vormundſchaftsſachen, bearbeitet dieſe Angelegenheiten unmittelbar ſelbſt, und trägt zugleich die Oberaufſicht über alle Oſtpreußiſche Vormundſchaften. Indeß obſchon es über Weigerungsurſachen urthelt, wovon hernach die Appellation ans Hofgericht, ſo iſt es doch kein eigentlicher Gerichtshof, vor welchem Prozeſſe geführt werden. Es hat ſeit 1751. einen Präſidenten, der zugleich wirklicher Staatsrath und ein Mitglied der Regierung iſt, 6. Pupillenräthe, 2. Sekretarien, einen

Regiſtrator, 2. Kanzliſten, einen Aufwärter und einen Boten 1). Nunmehr iſt es ebenfalls mit den zwei Landesjuſtizkollegien vereinigt.

1) Inſtruct. vom 30. Jul. 1774. Sect. IV. §. 1. 2. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 477. 478.

187.

Weitere Beſorgung des Vormundſchaftsweſens im Preußiſchen.

Sonſt haben in den Preußiſchen Staaten die Regierungen und übrige Landesjuſtizkollegien, Magiſtrate, Erbgerichte und Juſtizbeamte, über die Verwaltung des Vormundſchaftsweſens beſondere Vorſchriften 1).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 21. 154. 398. 889. 1327. 1585. 1821. 2183. Jahrg. 4. p. 508. 890. 905. 912. 914.

188.

Pupillenkollegien in Schleſien.

In Schleſien wurden 1750. zwey Pupillenkollegien eines zu Breslau und eines zu Glogau angeordnet, wovon jedes aus einem Präſidenten, 4. Räthen, einem Sekretarius, Regiſtrator, Kalkulator, Kanzliſten, ſamt Kanzleydienern und Bothen beſteht. Dahingegen die Oberamtsregierung in Brieg zugleich die Vormundſchaftsſachen jedoch in beſondern Sizungen beſorgt 1).

1) Verordnung in Anſehung der Vormundſchaften und Curatelen in Schleſien vom 23. Aug. 1750. §. 1. 2. im Nachtrag

trag zur Korn. Samml. der Schleſiſchen Ordn. Mand. Reſcr. Breslau 1759. S. 506. 507.

189.

Lehenſachen.

Ferner gehören unter die Gattungen der Polizeyſachen die Lehenſachen, die zwar, wie wir oben gehört haben, ſelten mehr von eigenen Manngerichten verhandelt werden, ſondern größtentheils, wie andere Juſtizſachen, den Regierungen und Landesjuſtizkollegien überlaſſen ſind, indeß aber doch noch immer eine beſondere Gattung ausmachen.

190.

Preußiſches Lehensdepartement.

In den Preußiſchen Staaten findet ſich ein eignes Lehensdepartement unter der Verwaltung eines Staats- und Juſtizminiſters, dem ein Lehenarchiv, worüber eben dieſer Miniſter als Lehensdirektor und ein Lehensarchivar, der zugleich die Stelle eines Lehensſekretairs verſieht, geſezt ſind 1). Der erbliche Lehenrichter zu Strasburg in der Mark, aus der Lebbiniſchen Familie, übt zugleich in Civil- und Kriminalſachen die Stadtgerichtsbarkeit aus 2).

1) Nikolai Beſchreibung von Berl. und Pozdam, Th. I. S. 255.

2) Reſcript vom 19. Aug. 1771. in C. C. March. Nov. T. I. Jahrg. 1. p. 302.

V. Abtheilung.

Verſchiedenheit der Gerichtsbarkeiten nach der größern oder mindern Ausdehnung ihres Gerichtszwangs.

191.

Zaungerichtsbarkeit.

Unter dieſe Klaſſe gehört zuerſt die Zaun = und Pfahlgerichtsbarkeit, die mit Thüre und Angel beſchloſſene Vogtey, Gerichte, ſo weit die Befriedung und Traufe gehet, Jurisdictio circumſepta 1), Palaris, intra Sepes, fundalis, fonceria 2). Sie erſtreckte ſich ſo weit die gutsherrliche Hofmauer oder der Bannzaun gehet, über alle Sachen, ausgenommen grobe Verbrechen und über alle Perſonen 3). Manchmal bloß über die auf dem Hofe wohnende Bauren, Bedienten und das Geſinde 4). Ihr Urſprung kömmt theils aus der geiſtlichen Immunität, theils aus dem Leibeigenſchaftsrechte, oder aus dem Eigenthumsrechte überhaupt 5).

1) *Sam. Stryk* de jurisdictione circumſepta. Francof. 1670.

2) *Io. Nicol. ab Hontheim* Diſſ. de jurisdictione et Imperio.

3) *Engau* Elem. Jur. German. L. IV. tit. 1. Sect. 2. §. 14. Eſtor Th. II. §. 4983. ff. *Pufendorf* de jurisd. P. II Sect. 5. c. 7. p. 590. P. III. Sect. 2. c. 3. p. 685.

4) Jur. Brunſw. ap. *Lünig* T. I. p. 230.

5) Eſtor Th. II. §. 4984. 5054.

192.

Hofmarkgerechtigkeit.

Eine Gattung davon iſt die geſchloſſene Hofmarkgerechtigkeit in Baiern 1), denn die ungeſchloſſene geht auch über die abgeſonderten (anſchichtigen) Güter ebenderſelben Gutsherrſchaft 2). Auf den gefreyten adelichen Sizen und Sattelhöfen in Baiern darf die Gerichtsbarkeit ohne beſondere Vergünſtigung nicht über die Dachtraufe ausgeübt werden 3).

1) *Chlingenſperg* de jure Hofmarch. T. III. p. 412-415.

2) ib. c. 3. n. 5.

3) Kreitmayrs Baier. Staatsrecht S. 432.

193.

Unterſcheid der Pfahlgerichtsbarkeit von der Zaungerichtsbarkeit.

Man kan, genauer betrachtet, die Pfahlgerichtsbarkeit von der Zaungerichtsbarkeit unterſcheiden; da ſich jene niemals über Auswärtige, die auf dem adelichen Hofe ſich vergangen haben, erſtreckt 1). Sie heiſt im Bremiſchen die ſiedeſte Gerichtsbarkeit 2).

1) Eſtor Th. II. §. 5054.

2) *Pufendorf* de jurisd. pag. 713. *Bilderbeck* Ded. contra regal. Jur. Ven. app. n. 18.

194.

Straßengerichtsbarkeit.

Die Straßengerichtsbarkeit begrenzt ſich mit den freyen und offenen Land- und Heerſtraßen, und darf nicht

nicht über Feldwege und Fußſteige, wol aber auf den Erbgerichtsbezirken ausgeübt werden 1).

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 4. §. 5005. ff.

195.

Gerichtsbarkeit außerhalb des Gerichtsſprengels.

Jede Gerichtsbarkeit hat ihren eigenen Bezirk 1), außer welchem ſie keine Gerichtshandlungen vornehmen darf 2). Will ſie in einem andern Lande oder auf einem andern Gerichtsbezirk welche beſizen, ſo muß ſie dieſelbe entweder als Staats- oder als Privatſervitut erworben haben 3).

1) Kurbrandenb. Edikt bey Kreß vom Archidiakonalweſen S. 1. ff.

2) *Tob. Iac. Reinharth* Diſſ. de judice jurisdictionem voluntariam extra territorium perperam exercente. Erf. 1734.

3) *Pufendorf* de jurisdict. Germ. P I. c. 4. §. 113. p. 118. *Donauer* de jurisdictione in alieno territorio.

196.

Lehensgerichtsbarkeit auf fremdem Boden.

Ein Beyſpiel davon gibt die Lehensgerichtsbarkeit auf einem andern Territorium 1), die nur mit Bewilligung und unter Subordination von der Landesherrſchaft erlangt werden kan 2).

1) *Mich. Henr. Gribneri* et *Burc. Gotth. Struvii* Diſſ. de dominio directo in alieno territorio cum praefat. *Henr. Gottl. Franckii* Lipſ. 1743. *Io. Wilh. de Goebel* Diſſ. de feudis extra curtem Sect. 2. §. 27. *Lud. Mencke*

Mencke de vi ſuperiorit. territ. in territoriis clauſis §. 42.

2) Struben rechtl. Bed. n. 113. S. 263. *Pufendorf* Tom. I. obſ. 100. *Schilter* de Landſaſſ. C. VII. n. 18. *Henr. de Doering* de appellat. in cauſſis feud. §. 28. 29.

197.
Zuſammenlaufende Gerichtsbarkeit.

Manchmal geſchieht es jedoch, daß ohne Dienſtbarkeit eine Gerichtsbarkeit auf des Andern Gebiet ausgeübt wird. Diß iſt der Fall bey der zuſammenlaufenden Gerichtsbarkeit 1), die ſich bald auf Seiten des Richters oder des Klägers, oder des Beklagten, oder beider Theile zugleich äußert 2). Größtentheils hängt es dabey von der Willkühr des Klägers ab, wo er die Sache anbringen will, und dann wird der Gerichtsſtand durch die ergangene und behändigte Ladung gegründet 3), welches die Prävention oder Gerichtsverjährung heiſt 4). Ein merkwürdiges Beyſpiel geben die beiden höchſten Reichsgerichte Teutſchlands 5).

1) *Io. Ph. Melchior* concurrentium jurisdictionum labyrinthus. Gieſſ. 1682.

Henr. Cocceji Diſſ. de concurſu plurium jurisdictionum Heidelb. 1684.

Strimper de jurisdict. Eccl et Saecul. in cauſſis mixti fori concurrente. 1721.

2) *Tafinger* Inſtit. Jurisprud. Camer. §. 428. p. 372. ſqq.

3) Reichshofrathsordn. v. 1654. tit. 8.

4) *Cramer* Tom. I. obſ. 320. 322. Tom. II. obſ. 508.

5) *Io.*

5) *Io. Steph. Pütter* Diſſ. de praeuentione atque inde nata fori praeſcriptione tum generatim tum in ſpecie quod ad Auguſta Imperii tribunalia cum Praefat. *Io. Ge. Eſtoris* de jurisdictione ſupremorum Imperii tribunalium anteoccupatione. Marp. 1744.

198.

Zuſammenſtoß der Gerichtsbarkeiten.

Manchmal geſchieht unter den verſchiedenen, beſonders perſönlichen Gerichtsbarkeiten ein Zuſammenſtoß 1), wenn mehrere bey einer und derſelben Sache zur Ausübung berechtiget ſind. Es gibt in dieſem Falle wiederum die Prävention, mittelſt Erlaſſung und Inſinuation der Vorladung den Ausſchlag 2).

1) *Tob. Iac. Reinharth* Diſſ. de duarum vel plurium jurisdictionum in vna eademque cauſſa conflictu. Erf. 1732. *Id.* Diſſ. de colliſione ſeu conflictu, qui inter jurisdictionem allodialem et feudalem ratione controuerſiarum circa feudum exiſtentium in foris occurrit. Erf. 1730.

2) Eſtor Th. II. §. 4989.

199.

Gemeinſchaftliche Gerichtsbarkeit.

Ueber einen und denſelben Bezirk beſitzen manchmal mehrere Obrigkeiten die Gerichtsbarkeit in Gemeinſchaft, ſo daß keine ohne Zuziehung der andern eine Gerichtshandlung vornehmen darf. Man nennt dergleichen Gerichte gemeinſchaftliche Gerichte 1), und, wenn es Obergerichte ſind, Samthofgerichte, wie zu Marburg 2). Etwas anders ſind die Gemeindsgerichte 3).

1)

1) *Ge. Ad. Will* Diſſ. de jurisdictione communi, vulgo von Gemeinherrſchaft. Gieſſ 1701.

Guil. Hier. Bruckner Diſſ. de jurisdictione communi, von geſammten Gerichten. Ien. 1697.

Io. Chr. Donauer Diſſ de jurisdictione communi C. V. pag. 38.

2) Eſtor Th. II. Hauptſt. 3. §. 4992. ff.

3) *Chr. Wilh. Teuffel* Diſſ. de jurisdictione communitatis. Alt. 1719. *Io. Heumann* de judiciis Communitatum.

200.
Beſchaffenheit der dinglichen Gerichtsbarkeit der Teutſchen.

Bey den Teutſchen mußten alle perſönlichen Forderungen, wenn ſie ſich auf eine Sache zugleich bezogen, bey dem Gerichtshofe eingeklagt werden, wo ſich dieſe befanden 1), welches im Preußiſchen etwas abgeändert worden 2).

1) *Aem. Lud. Hombergk zu Vach* Diſſ. de foro rei ſitae eiusque amplitudine apud Vet. Germanos. Marb. 1747.

Bilſer de foro rei ſitae eiusque amplitudine apud Germanos. Gieſſ. 1752.

Lud. Conr. Schroeder de actionibus perſonalibus, quae ad rem petendam ſunt comparatae apud vet. Germanos in foro rei ſitae inſtituendis. Marb. 1756.

Sim. Henr. Muſaeus de foro rei ſitae etiam ad res mobiles pertinente. Kil. 1705.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 14.

201.

Deren Erweiterung durch den Arreſt.

Durch den angelegten Arreſt gründet ſich ebenfalls ein dinglicher Gerichtsſtand 1).

1) *Aem. Lud. Hombergk zu Vach* de fundata in foro rei ſitae per arreſtum jurisdictione. Marb. 1748.

Io. Frid. Wahl de foro arreſti priuilegiati. Goett. 1749.

202.

Preußiſche Jurisdiktionskommiſſion.

Zur Beendigung und Entſcheidung der Gerichtsſtreitigkeiten ſowol zwiſchen den Juſtizkollegien und Kammern, als zwiſchen beiden und den Acciſe- und Zollgerichten 1) iſt 1756. in den Preußiſchen Staaten eine eigene Jurisdiktionskommiſſion angeordnet worden, die aus einigen Gliedern des Generaldirektoriums und Obertribunals, ſamt dem Generalfiſkale beſteht, und ihre Expeditionen durch die Geheime Staatskanzley verrichten läßt. Nicht nur dieſes Kollegium hat eine allgemeine Inſtruktion 2), ſondern auch die ſämtlichen Kollegien beſitzen gewiſſe Vorſchriften, was ſie vor Einſendung der Akten zu beobachten 3), und wie ſie die Urthelsgebühren zu entrichten haben 4).

1) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 2. p. 203.

2) cit. l. Tom. II. p. 519.

3) ibid. Tom. IV. p. 3035.

4) pag. 3067.

VI. Ab-

Drittes Hauptſtück.
Erwerbung und Verluſt der Gerichtsbarkeit.

203.

Grund der Gerichtsbarkeitsveräußerungen.

Weil mit der teutſchen Gerichtsbarkeit Einkünfte verknüpft waren, ſo konnte ſie ein Gegenſtand des Gewerbes werden, und wir ſehen ſie auf allerlei Art veräußert, verpfändet, und verpachtet. Selbſt bey Reichsſtänden entſprang nicht alle Gerichtsbarkeit aus der Landeshoheit, ſondern wurde oft durch dergleichen Erwerbungsmittel erhalten, und gab ſelbſt der Landeshoheit zuweilen den Urſprung.

204.

Verleihung.

Die kaiſerliche und landesherrliche Verleihung der Gerichtsbarkeit geſchah auf eine zweifache Art, entweder durch die Ertheilung eines Privilegiums, oder durch die Belehnung. Die erſtere Gattung kam erſt in der neuern Zeit auf, und war mehr bey ganzen Ritterſchaften üblich. Jedoch findet ſich auch häufig, daß den Städten die Gerichtsbarkeit ertheilt worden iſt 1).

1) Eſtor Th. II. §. 5050.

205.

Belehnung.

Am häufigſten zeigt ſich die Ertheilung der Gerichtsbarkeit durch die Belehnung 1), und das Lehen hieß

hieß ein Gerichtslehen, feudum Jurisdictionis 2). Wenn die Frage entſteht, welche Gattung von Gerichtsbarkeit verliehen worden iſt 3), ſo kömmt es auf den Ausdruck des Lehenbriefs an, wo jedoch im Zweifelsfalle immer das Wenigere angenommen wird, als bey dem Ausdrucke mit den Gerichten nur die Niedergerichtsbarkeit, und bey den Worten mit allen Gerichten, mit Gericht und Ungerichten, niemals die geiſtliche Gerichtsbarkeit 4). Wo aber die Gattung der verliehenen Gerichtsbarkeit einmal außer Zweifel iſt, da wird kein lehenherrlicher Vorbehalt vermuthet 5), noch ein Mitausübungsrecht zugeſtanden.

1) *Gabr. Schweder* Diſſ. de jurisdictione per inueſtituram feudalem conceſſa. Tub. 1673.

2) *Chr. Gottl. Buder* Diſſert. de feudo jurisdictionis. Ien. 1743. et in opuſc. p. 533.

3) Eſtor Th. II. Hauptſt. 15. §. 5051. ff.

4) Meiſter Abhandl. von der Peinl. Gerichtsbarkeit P. III Abſchn. I. c. 11. §. 23. 24. S. 463. *Haltaus* in Gloſſ. col. 665. 668.

5) *Lauterbach* in Coll. theor. Pract. Dig. L. II. tit. 1. §. 45. p. 171.

206.

Vogteygerichtsbarkeit.

Da nach der urſprünglichen Verfaſſung mit der Vogtey meiſtentheils eine Gerichtsbarkeit verknüpft war 1), ſo erwirbt man ſich durch die Vogteybelehnung ebenfalls die Gerichtsbarkeit 2).

1) *Puſendorf* de jurisdict. P. II. Sect. 3. c. 1. pag. 293.

2) *Eraſm. à Chockier* tract. de Aduocatiis feudalibus. Col. 1624.

Ph. Ferd. a Mundolzheim de feudo Aduocatiae. Arg. 1699.

Mart. Mayer a Schoenberg de Aduocatia armata, ſeu clientelari Patronorum jure et poteſtate clientumque officio et obligatione. Francof. 1624.

Lud. Mart. Kahle Comment. de variis feudum Aduocatiae conſtituendi modis.

207.

Verpfändung der Gerichtsbarkeit.

Nicht ſelten finden ſich die Fälle, daß die Gerichtsbarkeit verpfändet oder auf Wiederkauf überlaſſen worden iſt 1). Ein ſolcher Pfandinnhaber, beſonders wenn er ein unmittelbares Reichsglied iſt, übt nach teutſchem Rechte dieſelbe allein aus, und eignet ſich alle Gerichtsgebühren und Strafen 2) zu. Bey dem Verkaufe verſteht ſich der ausſchließende Genuß des Käufers von ſelbſt.

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 13. §. 5048. 5049. 5047. S. 862. 863.

2) Vergl. Preuß. Reſcript vom 4. Jun. 1717. daß die Strafgelder, die für die Aufhebung des Kriminalprozeſſes bezahlt werden, nicht zu den Gerichtseinkünften, ſondern der Strafkaſſe gehören.

208.

Verpachtung der Gerichtsbarkeit.

Gegen die römiſchen Rechtsſäze kan in Teutſchland die Gerichtsbarkeit verpachtet werden 1). Sie

wird in dieſem Falle förmlich angeſchlagen 2), und gegen Entrichtung eines gewiſſen Pachtgelds ausgethan. Der Pächter hat nicht nur das Recht, ſie auszuüben, ſondern auch die damit verknüpften Einkünfte zu behalten 3).

1) *Gottl. Aug. Franckenſtein* Diſſ. de locatione Jurisdictionis. Lipſ. 1728.

Io. Gottl. Heineccius Diſſert. de locatione Jurisdictionis. Hal. 1738.

2) *Mich. Graſs* tract. de modo et jure taxandi jurisdictionem, von Art, Weiſe und Recht, die Jurisdiction und Bothmæſſigkeit, hohe und niedere Gerichte in Tax und Anſchlag zu bringen. Tub. 1724.

3) Eſtor Th. II. Hauptſt. 12. §. 5047.

Reglement, wornach ſich die Beamten, denen die Gerichtseinkünfte verpachtet ſind, in der Beſtrafung zu achten haben, vom 28. Auguſt 1728. in C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 128. n. 60.

Viertes Buch.
Sicherheitspolizeyrecht.

209.

Erklärung der bürgerlichen Sicherheit.

Die bürgerliche Sicherheit iſt derjenige Zuſtand, wo der Staat weder von ſeinen Bürgern, noch dieſe von ihm, noch ein Bürger vom andern ſowol für die Perſon, als für die Angehörigen, und fürs Vermögen und die Gerechtſame einen Nachtheil zu beſorgen hat.

210.

Eintheilung.

Sie theilt ſich in die innere und äußere, und jene wiederum in die öffentliche und Privatſicherheit.

211.

Begrif des Sicherheitspolizeyrechts.

Die Rechte und Verbindlichkeiten, die aus der bürgerlichen Sicherheit entſpringen, oder darauf eine Beziehung haben, begreifen zuſammen das Sicherheitspolizeyrecht, wovon wir jezo jedoch mit Weglaſſung einiger ſowol der äußern, als der innern öffentlichen Sicherheitspolizeyrechte, die im Staatsrechte vorkommen, handeln wollen.

Erſtes Hauptſtück.

Inneres öffentliches Sicherheitspolizeyrecht.

212.
Urſprung der Austräge.

Da in den Privatrechtsangelegenheiten vor der Errichtung des ewigen Landfriedens die unmittelbaren Reichsglieder gar keiner Gerichtsbarkeit unterworfen waren, ſondern die Sache auf den Ausſchlag der Waffen ankommen laßen konnten 1), ſo geſchah es doch oft, daß ſie, wie heutzutage, die Entſcheidung derlei Streithändel denen Gerichten oder dem Kaiſer freywillig übertrugen 2), oder beſondere Schiedsrichter, Austrag, Anlaß, Hintergang genannt, deren gemeiniglich 9., 7., oder wenigſtens 3., wovon Einer den Obmann 3) vorſtellte, waren, vertragsweiſe erwählten, die hernach den Rechtsſtreit entweder durch gütlichen Vergleich, oder durch rechtliches Erkenntnis, nachdem die Partheyen darüber in ihrem ſogenannten Anlaßbriefe 4), worinn dieſem Gerichte die Art und Weiſe des Verfahrens genau vorgeſchrieben war, übereingekommen ſind, erledigen mußten 5).

1) Eſtor Th. II. Hauptſt. 46. §. 6169. ff.
Io Frid. Fauſt de jure Manuario, vulgo Fauſtrecht. Arg. 1733.

2) Dipl. de 1331. et 1212. ap. *Ludewig* in Reliqu. Mſſ. T. V. p. 15. 26. L. 3. 4. D. de recept. et qui arbitr.

C. 5. 10. X. de arbitr. *Ritter* de compromiſſis fori Germ. in judicem competentem factis. *Mevius* P. I. deciſ. 98. *Carpzov* P. I. c. 1. D. 15. *Klock* Relat. Camer. 72. n. 146. T. I. Conſ. 50. n. 19. Meine Geſchichte der Straubingiſchen Erbfolge, B. II. der kleinen Schriften S. 46.

3) *Ge. Lud. Boehmer* Diſſ. de Superarbitris ex Jure Rom. Canonico et Germ. Goett. 1744. Kopp in den Lehensproben Th. I. St. III. von den Obmannen der alten Teutſchen S. 70. ff.

4) *Lynker* de Compromiſſo. *And. Mylius* Diſſ. de Compromiſſo. Lipſ. 1684.

5) Meine Geſchichte der Straubing. Erbfolge, Jahrg. I. im II. Bande meiner kleinen Schriften aus der Geſchichte, dem Staats ꞌ u. Lehenrechte, S. 44. ff. Eſtor Th. II. Hauptſt. 50. §. 6207. ff. *Io. Strauch* Diſſ. de Auſtraegis. Ien. 1680. *H. Cocceji* de Auſtraegis. *Stryk* de arbitro feudali. *Henr. Chr. L. B. de Senckenberg* flores ſparſi ad Jus Auſtraegarum tam legalium quam conuentionalium. Gieſſ. 1748.

213.
Eintheilung.

Man nannte derlei Schiedsgerichte, Austräge, und ſie theilten ſich zur Minne oder zu Recht. Eine andere Abtheilung war in gewillkührte, nothwendige und Stammsausträge 1). Bey der Errichtung des ewigen Landfriedens, wo ſich die Stände nicht ganz um ihre altteutſche Freyheit wolten bringen laſſen, entſtanden die geſezmäßigen Austräge 2). Es wurde nemlich den unmittelbaren Reichsgliedern in den Reichsge=

ge=

geſezen 3) nachgelaſſen, die erſte Inſtanz 4) vor gewiſſen genau beſtimmten Schiedsrichtern, die nach dem Stande des Beklagten oder Klägers von verſchiedener Beſchaffenheit ſind, zu behalten. Es wird dabey bis zur Kriegsbefeſtigung eine beſondere Prozeſſualform beobachtet 5).

1) *El. Frid. Heitmann* Diſſ. de auſtregis conuentionalibus Ganerbiorum.

Io. Chr. Schroedter Diſſ. de auſtraegis conuentionalibus.

Wolffg. Ad. Schoepff Diſſ. de arbitris neceſſariis cumprimis conuentionalibus et teſtamentariis, Germ. von gewillkührten Stamm und Erbaustrægerichtern.

L. 5. pr. Cod. de recept. arbitr. L. 16. Cod. de jud. C. 14. X. de appell. C. 39. X. de off. jud. del. Wirtemb. Lr. P. I. tit. 8. §. Im Fall aber.

2) Harpprecht im Staatsarchiv des h. R. R. Kammergerichts Th. V. S. 33. ff. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 116. 121. 122.

3) Concept K. G. O. P. II. tit. 3. art. 5. Inſtr. Pacis Osnabr. art. 5. §. 56. Neueſt. Reichsabſch. §. 105. Viſitationsabſch. von 1713. §. 9. Kaiſ. Wahlkapit. Art. 18. §. 3. 4. 5.

4) *Io. Ge. Eſtor* Diſſ. de jure primi fori ſeu beneficio primae inſtantiae ordinibus Imperii perfecte pleneque impertiendo nec reſtricte poſthac praefiniendo. Ien. 1741.

Chr. Fr. Geiger de amplitudine fori conuenti auſtregalis S. R. I. procerum. Vlm. 1753.

Io. Ulr. de Cramer de auſtraegis conuentionalibus in cauſſis Mand. S. C. non ceſſantibus.

5) *Io. Frid. Hoffmann* Diſſ. modus et norma inſtituendi et proſequendi proceſſum Auſtraegarum. Wezl. 1720.
Io. Steph. Pütter de ordine judiciario ab Auſtraegis obſeruando.
Sam. Stryk de foro auſtraeg. et de proceſſu auſtraegali. Repert Jur. Priv. T. II. p. 985. 986. Nürnb. Stadtreform. tit. 9. Geſ. 1 bis 8. Kulm. Recht L. II. tit. 3. c. 1. 2.

214.
Berufungsrecht.

Gleichwie ſich die Partheyen in ihren Privatſachen nur freywillig der Gerichtsbarkeit unterworfen hatten, ſo konnten ſie hernach, wenn ſie anders nicht vorher in einer Akte auf ihr Berufungsrecht Verzicht geleiſtet hatten, bey einem widrigen Ausſpruche ſich an ein anderes Gericht wenden 1). Das geſchah nun insgemein an ſolche Schöffenſtühle, die in großem Rufe ſtanden, und dieſe wurden dadurch, da ſie ſich deshalber in der Folge auf ein Herkommen gründeten, Oberhöfe 2), das iſt, nach heutiger Rechtsſprache, Appellationsgerichte und Städtiſche Obergerichte, dergleichen noch im Reiche vorhanden ſind. Die heutige Verſchickung der Akten an die Schöffenſtühle und Juriſtenfakultäten iſt davon noch übrig 3).

1) *Ge. Lud. Boehmer* Diſſ. de prouocationibus Jur. Germ. Hal. 1738. *Bernh. Frid. Rud. Lauhn* Diſſ. recurſum ad Comitia Imperii Vniuerſalia ob Statibus Imperii Auſtraegarum denegatam Inſtantiam ſiſt. Vinar. 1738.

2) *Chr. Frid. Harpprecht* Diſſ. de curiis ſuperioribus in Germania. Tub. 1732.

3) Eſtor Th. II. Hſt. 85. S. 1123. ff.

215.

Heutige Form der Schiedsgerichte.

Wenn den Partheyen über einen ſtreitigen Gegenſtand die uneingeſchränkte Diſpoſition zuſteht, und derſelbe nicht das gemeine Beßte und die Rechte eines Dritten berührt 1), ſo können ſie die Entſcheidung des Streithandels einem ſchiedsrichterlichen Ausſpruche unterwerfen 2), und zu dem Ende ſowol Gerichts- als andere Perſonen auswählen 3). Mehrere Schiedsrichter müſſen den Streit nach den weſentlichen Vorſchriften der Landesgeſeze gemeinſchaftlich unterſuchen und abthun. Die Abweſenheit eines einigen macht eine Nullität 4). Bey ihrer Mishelligkeit wird entweder ein Obmann beſtellt 5), oder es gilt die Mehrheit der Stimmen 6), oder die Akten werden an ein Rechtskollegium verſchickt. Der Ausſpruch 7) iſt als Vertrag für die Partheyen verbindlich 8). Sie können aber bey einer angehängten Strafe durch deren Bezahlung 9), oder durch die ergriffene Appellation an den ordentlichen Richter ſich von deſſen Beobachtung befreyen 10), gleichwie auch dieſer den Ausſpruch in Vollzug bringen muß 11). Man ſieht hieraus, in wie fern ſich heutzutage zwiſchen den teutſchen Austrägen und den römiſchen Schiedsgerichten eine Verſchiedenheit äußert 12).

1) C. 9. X. de arbitr. C. 1. X. de his, quae fiunt a capit. II. feud. 15. 35. 46. *Lauterbach* ad tit. D. de Recept. et qui arbitr. §. 15. 16. 17. 19. *Huber* ad h. tit. n. 4.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 65. 68. *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 481. *Siegel* de arbitrio ex juribus Rom. et Germ. illuſtrato.

3) C. J. Frid. cit. l. §. 66. L. 9. §. 1. L. vlt. Cod. de Recept. L. 3. 4. D. de Recept. C. 5. 10. X. de arb. Reichsabſch. v. 1594. §. 65.

4) L. 17. §. 7. L. 18. de Recept. et qui arb.

5) C. J. Frid. §. 67.

6) L. 17. §. 7. L. 27. §. 3. D. de Recept.

7) *Wagner* de Laudo. Reichsabſch. v. 1594. §. So wollen und ordnen.

8) C. Jur. Frid. cit. l. §. 69. *Ludovici* de obligat. et effectu laudi. *Ge. Henr. Ayrer* Diſſ. de auctoritate arbitrii ex compromiſſo vim judicati habentis.

9) Wirtemb. Lr. P. I. t. 8. §. Im Fall aber.

10) C. J. Frid. cit. l. *G. Fr. Krauſe* de poteſtate appellandi judicem a ſententia arbitri.

11) C. Jur. Frid. §. 70. L. 5. Cod. de Recept. C. 4. X. de arbitr.

12) *Rulant* de Commiſſar. P. IV. L. VII. c. 2. *Iuſt. Dav. Zufall* Diſſ. Differentiae arbitrorum Rom. et Germ. occaſione Receſſ. Imp. de 1594. §. 64. Marp. 1748.

216.

Friedensgerichte.

Man ſuchte im Mittelalter durch die Errichtung der Landfrieden und Gottestreugen den nachtheiligen Folgen des Fehdeweſens zu begegnen, und ſtellte durch ſolche Verträge eigene Friedensrichter, Landfriedens=richter,

richter, Landfriedensvögte auf, die mit etlichen Beyſizern alle Streitigkeiten zwiſchen den verbündeten Partheyen zu entſcheiden, und zugleich über die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu wachen hatten 1). Dieſe Friedensrichter hieſen lat. Judices pacis, Conſeruatores pacis, Paciatores, Irenarchae, teutſch Bundsrichter, Mundmänner. Die Acht = 2) und Friedensgerichte 3) waren oft mit einem Landeshauptmanne und 12. Friedenshaltern als Beyſizern verſehen 4).

1) Meine Geſchichte der Straubingiſchen Erbfolge, in den kleinen Schriften. Halle beym Waiſenhaus 1781. B. II. S. 23. ff.

Meine Geſchichte des teutſchen Handels. Hannover in der Hofbuchhandlung 1784. B. I. Abſchn. 43. S. 360. ff.

Eſtor bürgerl. Rechtsgel. Th. II. Hauptſt. 49. §. 6193. ff.

Io. Phil. Datt in Vol. rer. Germ. de pace publica. Vlm. 1728.

Ant. Dominicy de treuga et pace, in *Struvii* Coll. libr. rar. Thec. I.

2) Eſtor Th. III. §. 4949. S. 1369.

3) *Io. Frid Kayſer* Diſſ. de judiciis pacis in Imperio R. Germ. Gieſſ. 1747.

4) Eſtor Th. II. §. 6200. 6201. 6205. 6206. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 108. ff. beſonders S. 115.

217.

Befriedete Perſonen und Sachen.

Durch dieſe Landfrieden und Gottestreugen war zu gewiſſen Zeiten des Jahrs das Befehdungsrecht bald

bald ganz aufgehoben, bald an gewiſſe Förmlichkeiten gebunden, bald gewiſſe Perſonen, als Geiſtliche, Kaufleute, Pilger, Ackerleute ꝛc. und gewiſſe Sachen, Pflüge 1), Mühlen 2), Weinberge, Markſteine 3), Saamfelder, Kirchen, Kirchhöfe 4), Klöſter ꝛc. davon befreyt. Manchmal wurden einige Sachen, wie die landesherrliche Wohnung und die Gerichtsſtätte auf eine außerordentliche Weiſe ſicher gemacht, das hieß man den Frieden wirken.

1) *Alb. Phil. Frick* Diſſ. de aratrorum Sanctitate. Helmſt. 1759.

2) *Theod. Ge. Wilh. Emminghaus* de molendinorum Sanctitate. Ien. 1758.

3) *Ayrer* de limit. praeſcript. C. I. §. 7. p. 12.

4) *Carpzov.* Jurisprud. Eccleſ. L. II. tit. 24. defin. 385.

218.

Heutige Rechtswirkungen.

Es iſt aus dieſer Verfaſſung noch übrig geblieben, daß heutzutage gewiſſe Sachen als beſonders befriedet angeſehen, und die darinn verübte Gewaltthätigkeiten härter beſtraft werden, wie auch im Zweifelsfalle gegen den Nichtinnhaber eine nachtheilige Rechtsvermuthung gilt. Vermöge des Hausfriedens 1) wird ein Jeder, der den andern in ſeinen vier Pfählen beleidiget, ſtrenge beſtraft 2), und auf den Fall zwiſchen beiden Theilen eine Schlägerey vorgegangen iſt, wobey der Angreifer nicht erwieſen werden kan, ſo wird

dieſes

dieſes von demjenigen Theile vermuthet, der zu dem andern ins Haus gekommen iſt 3).

1) *Frid. Gerdes* Diſſ. de pace domeſtica. Gryphisw. 1674. *B. G. Struve* de pace domeſtica. Vit. 1713.

2) *Ge. Beyer* Diſſ. de violatione pacis domeſticae. Viteb. 1709.

Phil. Iac. Bechtold de crimine fractae pacis domeſticae. Arg. 1721.

3) Stat. Lub. P. IV. tit. 8. art. 5. Hamb. P. IV. tit. 51. §. vlt.

219.

Hofpolizeyrecht.

Nach dem alten Rechte waren die landesherrlichen Burgen, Schlößer und Gebäude unter dem Hofſchuze; und ein jeder, der darinn eine Gewaltthätigkeit verübte, ward als ein Feind des Landesherrn betrachtet, und dieſer rächte die Unbilde als ſeine eigene. Zu dem Ende, und damit jedermann von der landesherrlichen Befriedung ſeines Eigenthums unterrichtet ſeyn möchte, wurde im Hauptſaale eine ſteinerne Platte, worauf das Wort Burgfriede eingehauen war, angebracht 1). Eben das beobachtete man auch bey den Burgen anderer erlauchter und adelicher Familien 2).

1) *Ern. Fr. Boch* de pace Burgorum. Argent. 1681. *Ge. Nicol. Appold* de ſigno pacis, von dem Burgfrieden. Gieſſ. 1694.

2) *Io. Wilh. Waldſchmidt* Diſſ. de pactis Ganerbinatuum, ſeu Burgfrieden. Marp. 1725. *Io. Fr. Scherz* de pactis ganerbieis fam. illuſtr. in Imp. R. G. Argent. 1739.

Io.

Io. And. Hoffmann Diſſ. de immunitatibus caſtrenſibus aliisque libertatibus praecipue in Haſſia. Marp. 1780.

220.

Burggerichte, und Oberburggräfliches Amt zu Königsberg.

Ehemals wurden die Burgen mit Burggrafen verſehen, die die Gerichtsbarkeit ſowol über die Burgmannſchaften, und andere Perſonen, die ſich in der Burg aufhielten, als auch über den Burgſtall und die Burggüter ausübten, ſo weit ſich die Burghude erſtreckte. Sie ſind eine Gattung von Schloß- und Hofgerichten, heutzutage aber größtentheils abgekommen, und haben bloß Ueberbleibſel hinterlaſſen, die Burggerichte, Burgregierungen, Bauämter, Oberburggrafenämter genannt werden. Es findet ſich noch ein Oberburggräfliches Amt zu Königsberg, welches eine Art von Hof- und Schloßgericht macht. Es beſtehet aus dem Oberburggrafen als Präſidenten, der zugleich wirklicher Geheimer Staatsrath und Glied der Regierung, 3. Aſſeſſoren, einem Sekretarius, einem Kopiſten, 2. Aufwärtern und 2. Schloßfrohndienern. Seine Gerichtsbarkeit beziehet ſich bloß auf Civilſachen, hat aber zugleich die Vollſtreckung der Erkenntniſſe und Verfügungen des Hofgerichts, Pupillenkollegiums und der Regierung 1). Unter ſeinem Gerichtszwange ſtehen alle Geiſtlichen, Kirchen- Hoſpital- Waiſenhaus- und Schulbediente, die Edelleute, verabſchiedete Subalternofficiers, die Geheimen Kanzleyverwandten, Archivbedienten, Titularräthe, Zoll- Licent-

cent = Acciſe = Taback = Banko = Münz = Proviant = Poſt = und Hofſtaatsbedienten, alle auswärtigen Militaire = und Civilbedienten und die Juden 2). Nach dem Juſtizreglement vom 3. December 1781. ſolte dieſes Oberburggräfliche Amt mit denen neuerrichteten zwei Oberlandesjuſtizkollegien vereiniget werden 3).

1) Inſtruct. vom 30. Jul. 1774. Sect. VI. §. 1. 2. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 502. 503.

2) ibid. Sect. III. §. 5. p. 380. 381.

3) C. C. March. Nov. Tom. VII. p. 715.

221.

Wirkungen des Hofpolizeyrechts.

Es werden alle Diebſtähle auf landesherrlichen Schlößern und öffentlichen Gebäuden ſtrenger beſtraft; das im Preußiſchen auf die Wohnungen und Sachen der Königlichen Prinzen und Prinzeſſinnen ausgedehnt worden iſt 1).

1) Preuß. Edikt vom 22. Jenner 1683. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 10. Deſſen Renovation und Extenſion v. 12. Jenner 1684. ebendaſ. n. 13. Renovation v. 23. Aug. 1700. cit. l. n. 20.

222.

Heutiges Verzeichnis der befriedeten Sachen.

Es genießen jezo ein ſtrengeres Polizeyrecht in Anſehung aller Gewalt und Beſchädigung die Reſidenzſchlößer 1), Kanzleyen 2), alle herrſchaftlichen und öffentlichen Gebäude 3), Brücken 4), Pläze,

ge-

gebannte Forſten 5), Thiergarten 6), Phaſanerien 7). Kurz alles, was entweder dem Staat angehört, oder von der Obrigkeit zum gemeinen Gebrauche beſtimmt iſt, als z. B. die Börſen 8), und öffentliche Tanzſäle.

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de reſidentiarum Sanctitate. Hal. 1697. *Ge. Ad. Struve* de juribus Palatii principalis, von den Rechten der Reſidenzhæuſer groſſer Herren. Ien. 1689.

2) *Ge. Steph. Wieſand* Progr. de ſanctitate curiarum. Lipſ. 1761.

3) Markgr. Chriſt. Ernſt von Brand. Burgfriede, in C. C. Culmb. T. II. Vol. I. p. 29. H. Aug. von Braunſchw. renovirter Burg- und Hausfrieden vom 10. April 1645. Heinrichſtädt. Stat. S. 104. ff. Mehrere Hofordn. bey Moſer im Hofrecht Th. II S. 795. ff. S. 823. ff.

4) *Io. Rud. Engau* Diſſ. de regiorum pontium ſanctitate. Ien. 1736.

5) F. C. Buri behauptete Vorrechte der alten Königl. Bannforſte, insbeſondere des reichslehenbaren Wildbannes zu der Dreyeich. Frankf. am Main 1744.

6) *Chr. Lud. Crell* Diſſ. de jure Viuariorum. Vit. 1740. juncto Progr.

7) *Ern. Mart Chladenius* Diſſ. de jure Phaſianorum eorumque banno. Vit. 1752.

8) Lüb. Recht L. IV. tit. 15. art. 2. Hamb. Mandat von 1629.

223.

Ewiger Landfriede.

Durch den 1495. errichteten ewigen Landfrieden, wodurch alle Selbſtgenugthuung abgeſchaft worden, fällt

fällt nun der Grund ſowol der Friedensgerichte, als dieſer beſondern Befriedungen hinweg, und es haben ſich davon bloß Ueberbleibſel erhalten 1).

1) *Io. H. Chr. de Selchow* de reliquiis Juris Manuarii in Jure Publ. et Priv. Germ. Goett. 1766.

224.

Landfriedensbruch.

Vermög der Reichsgeſeze 1) gilt weder bey unmittelbaren, noch bey mittelbaren Reichsunterthanen keinerlei Art von Befehdung, Gewalt, Beraubung, Angrif. Jeder teutſcher Reichsbürger kan durch eines andern Land frey, ſicher und ungeſtört durchreiſen 2), und ſein Vermögen, Güter, Sachen und Einkünfte dürfen ihm widerrechtlicher Weiſe in fremden Reichsländern nicht vorenthalten werden 3). Niemand darf des Andern Unterthanen an ſich locken und in Schuz nehmen 4). Alles herrenloſe und herumſtreichende Geſindel, Landläufer, Heckenreuter, Freybeuter, Zigeuner ꝛc. müſſen angehalten werden, und die Nachbarn zu deren Verfolgung hülfreiche Hand leiſten 5). Keine Obrigkeit darf die Verbrecher aus des Andern Lande bey ſich aufnehmen und beſchüzen 6). Das Vermögen eines Landfriedbrechers iſt der Obrigkeit verfallen, und es darf ſich Niemand deſſelben zu ſeinem Vortheile bemächtigen 7).

1) Königl. Landfriede zu Worms 1495. in der Vorr. von 1500. tit. 9. von 1521. tit. 12. von 1548. tit. 20. Inſtrum. Pacis Osnabrug. art. 1. §. 2. art. 17. §. 7. K. Karls V. Peinl. Halsgerichtsordn. art. 129.

2) Landfriede v. 1548. Vorr. §. 3.

3) Reichsabſch. v. 1555. §. 14.

4) *Io. Frid. Moegling* Diſſ. de circularibus Edictis contra perſonas palantes, in ſpecie Zingaros, Jauner und Spizbuben. Tub. 1740.

Landfriede v. 1548. Vorr. §. 1.

5) ang. f. Lfr. Art. 24. Reichspol. Ordn. v. 1577. t. 27. 28. Pol. Reform. von 1530. tit. 34. Baier. Pol. Ordn. L. V. tit. 2. 10. Oberpfälz. Lr. tit. 4. Unterpfälz. tit. 2. Tyrol. L. O. L. VII. art. 17. L. IX. art. 6. 11. Br. Lüneb. T. II. p. 970. Wirtemb. L. O. tit. 26. C. C. Magd. P. I. p. 468. C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 3037. T. I. p. 645. C. C. March. T. V. Abth. 5. p. 1. ſq. Cont. III. p. 292. Samml. Schleſiſcher Ordnungen B. XIII. S. 203. n. 222. S. 222. n. 225.

6) Landfriede v. 1548. Art. 16. Peinl. Halsger. Ordn. Art. 128.

7) ebendaſ. Art. 20. 21.

225.

Deſſen Erweiſung.

Zum Beweis eines geſchehenen Landfriedensbruchs iſt erforderlich a) eine öffentliche verwegene Gewaltthat, b) die mit mehreren Perſonen mit bewafneter Hand vollbracht, und c) aus Vorſaz und Argliſt vorgenommen worden iſt 1). Die Strafe beſteht in der Reichsacht und in 2000. Mark Gold, welches 72. Rheiniſche Goldgulden oder 67. Dukaten beträgt, und zwiſchen dem Ankläger und dem Fiſkal getheilt wird 2). Sie verjährt ſich in zwanzig Jahren 3).

1) *Schwe-*

1) *Schweder* in Introduct. Jur. Publ. P. gen. c. 3. §. 13. p. 48. ſq.

2) Reichsabſch. v. 1521. §. Wie der Landfried. Wirtemb. Lr. tit. 92. Frankfurt. Stadtreform. P. X. tit. 1. Art. 11. ff.

3) arg. L. 12. Cod. ad L. Corn. de falſ.

226.

Polizeygeſeze zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Zur Bewahrung der innern Ruhe und Sicherheit ſind ohne Vorwiſſen und Bewilligung der Polizeyobrigkeit alle heimliche Geſellſchaften, Zuſammenkünfte 1), Zuſammenrottirungen und aller Auflauf verboten 2). Ebenſowenig wird an öffentlichem Orte irgend einige Zänkerey, Lärmen, heftiger Wortwechſel, Schlägerey oder andere Gewaltthätigkeit geduldet, und die Uebertreter ſogleich in Verhaft genommen, und weit ſtrenger beſtraft. Auf gleiche Art rügt der Polizeymagiſtrat jede Widerſezlichkeit gegen die Befehle der Obrigkeiten 3), und zwingt mit Gewalt die Widerſpenſtigen zum Gehorſam 4).

1) tot. tit. D. de Coll. et Corp. L. 4. Cod. de iis, qui ad Eccl. confugiunt. *Heumann* in Diſſ. de ſacramento Gildoniae. *Hartſchmidt* de conuenticulis. *Wildvogel* de paraſynaxibus ſiue conuenticulis extra Eccl. illicitis.

2) Baier. Pol. Ordn. L. V. tit. 6. Gotha. Pol. Ordn. P. II. c. 4. Art. 14. Tyrol. L. O. t. 8. Peinl. Halsger.

 Ordn.

Ordn. Art. 127. *Mylius*, *Schock*, *Lersner* de ſeditionibus. *Io. Chr. Bechmann* de turbamentis vulgi. *Wildvogel* de tumultibus.

3) *Val. Alberti* de male contentis in Republ.

4) Kaiſ. Wahlkapit. Art. 15. §. 6. *Waldſchmidt* de jure Imperantium in ruſticos refractarios.

227.

Preußiſche Sicherheitspolizeygeſezgebung.

Im Gefolge obiger Reichsgeſeze ſind im Preußiſchen eine Menge Polizeyverordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und zu Verhüthung aller Gewaltthätigkeit und Beraubung gegeben worden 1). Alle Befehder, Strauchreuter, Buſchklepper, Straßenräuber müſſen überall verfolgt und aufgefangen werden 2). Eben ſo haben die Obrigkeiten keine Landſtreicher 3), Zigeuner 4), herrenloſes Geſinde, herumziehende Bettler zu dulden 5), ſondern deshalb allgemeine Landesviſitationen anzuſtellen 6), und dergleichen vorgefundene Leute ſogleich aufzugreifen, und ſie an beſtimmte Oerter zu ſchicken 7). Es ſoll überhaupt das Land von Diebsrotten und lüderlichem Geſindel geſäubert 8), und ihre Eindringung abgehalten werden 9).

1) Edikte, daß alle Gewaltthätigkeit auf öffentlicher Landſtraße mit dem Tode oder ewiger Gefängnis beſtraft werden ſollen, in der Schleſ. Samml. B. II. Th. II. n. 66. S. 587. Dergl. v. 28. Dec. 1750. Edikt v. 25. Jenner 1757. in C. C. March. Nov. T. I. n. 8. p. 223.

2) Kurfürſt Albrechts Edikt von 1472. in Pauli Preußiſch. Staatsgeſch. B. II. S. 296. Kurfürſt Joh. Georgs Edikt

Edikte und Ordnungen. Berlin 1576. Preuß. Reſcr. v. 1573. 26. April 1590. 10. Apr. 1591. 20. Oct. 1599. 20. Merz 1603. in C. C. March. T. V. Abth. 5. C. I. n. 4. 8. 10. 12. 13. Reſcr. v. 25. Jul. 1606. ibid. Tom. VI. Abth. 1. n. 67. v. 23. Jun. 1627. T. II. Abth. 3. n. 7.

3) Verſchiedene Edikte bey Grube in Corp. Jur. Prut. P. III. n. 361. 362. 364.

4) Edikt wider die Zigeuner v. 4. Merz 1681. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 9. Patent v. 30. Oct. 1708. Reſcr. v. 29. Oct. 1709. ibid. T. V. Abth. 5. C. 1. n. 38. 40. Geſchärftes Edikt u. Deklar. v 17. Oct. 1712. cit. l. C. III. n. 30. v. 24. Dec. 1725. T. II. Abth. 3. n. 55.

5) Ed. v. 5. Oct. 1725. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 54. v. 18. Sept. 1732. ib. n. 67. Ed. v. 27. Jul. 1743.

6) Inſtrukt. v. 21. Jun. 1725. in C. C. March. Tom. I. Abth. 2. n. 121. Inſtr. v. 1747. in der Schleſ. Samml. B. II. n. 82. S. 512. Kabinetsordre v. 28. Sept. 1750 in Cont. IV. C. C. March. n. 140. p. 290. Schleſ. Circ. v. 23. Merz 1753. in der Korn. Samml. Th. IV. S. 835.

7) Deklar. v. 5. April 1725. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 47. v. 10. Febr. 1730. ib. n. 61. v. 25. Febr. 1731. T. V. Abth. 5. C. I. n. 59.

8) Edikt v. 13. Nov. 1719. in C. C. March. T. V. Abth. 5. n. 40. Dergl. bey Sahme Preuß. Rechtsgel. S. 836. v. 7. Jan. 1725. T. II. Abth. 3. n. 52.

9) Edikt v. 14. Jul. 1721. ibid. Tom. V. Abth. 5. n. 51. Reſcript an die Magdeb. Regierung vom 7. Merz 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 645.

Zweites Hauptſtück.
Inneres Privatſicherheitspolizeyrecht.

228.

Polizeygrund der innern Privatſicherheit.

Dieſer beruht hauptſächlich auf der genauen Beobachtung der Geſeze, auf einer ſchleunigen und unpartheyiſchen Rechtspflege, und auf der Beſtrafung der Verbrechen. Erſtes lehrt das geſezliche, das zweite das Juſtiz = Amts = Prozeſſualrecht, und das dritte das Kriminalpolizeyrecht.

229.

Privatſicherheitsrecht.

Das Privatſicherheitsrecht iſt die Privatbefugnis, eine bevorſtehende oder zukünftige Beleidigung abzuwenden. Es begreift unter ſich das gewaltſame Vertheidigungsrecht 1), und das Privatſtrafrecht des Vorhabens 2). Das Lezte iſt zwar eine Wirkung der Privatrache 3), und der Anmaßung, ſich ſelbſt Recht zu ſprechen, welches vermög des ewigen Landfriedens und der Römiſchen Geſeze 4), in der Regel nicht erlaubt, ſondern nur in gewiſſen Fällen als Ausnahme geſtattet wird.

1) L. 3. D. ad L. Aquil. L. 1. Cod. quando cuique dic. ſine jud. *Io. Aug. Hellfeld* de violenta rerum noſtrarum defenſione. Ien. 1768. *Chr. Gottl Buder* de violenta defenſione priuato in ſtatu ciuili. Ien. 1714.

2) L. 45. §. 4. D. ad L. Aquil.

3) C. *Fr. Walch* Hiſtoria Juris Ciuilis de vindicta priuata. Ien. 1768.

Ge. Ad. Struv de vindicta priuata. Ien. 1748.

Io. Eichel de vindicta priuata licita. Helmſt. 1656.

Sim. Henr. Muſaeus de vindicta praetextu defenſionis adumbrata. Kil 1702.

4) L. 15. D. quod metus cauſa. L. 7. Cod. vnde vi.

230.
Einſchränkung des Naturrechts, Gewalt mit Gewalt abzutreiben.

Das naturrechtliche Befugnis, Gewalt mit Gewalt abzutreiben 1), leidet aus der Polizeybeſorgnis, daß dadurch ein allgemeiner Lermen entſtehen könnte 2), ſeine große Einſchränkung.

1) *L. 1. §. 27. D. de vi et vi arm.* Vim vi repellere licet, Caſſius ſcribit, idque jus natura comparatur.

2) *L. 176. D. de R. I.* Non eſt ſingulis concedendum, quod per magiſtratum publice poſſit fieri, ne occaſio ſit maioris tumultus faciendi.

231.
Nichtgebrauch des römiſchen Rechts.

Die Strafe des römiſchen Rechts, daß derjenige, der ſich ſelbſt Recht verſchaft hat, ſeine Foderung verloren haben ſolle, ſcheint, obſchon ſie den ächten Polizeygrundſäzen vollkommen entſpricht, heutzutage nicht in Uebung zu ſeyn 1).

1) *St. Chr. Harpprecht ab Harpprechtſtein* Decretum D. Marci comment. acad. illuſtratum. Kil. 1724.

Iuſt. Henn. Boehmer de poena jus ſibi dicentis ſine judice. Hal. 1733.

Ge. Dav. Büſſer ad L. 7. Cod. vnde vi. Goett. 1752.

Iuſt. Claproth de Nonuſu Decreti D. Marci et poena priuationis in viam facti ſtatuta ad L. 13. D. quod met. cauſa et L. 7. Cod. vnde vi. Goett. 1757.

Ge. Frid. Krauſe de poena Decreti D. Marci eiusque ambiguo in Saxonia vſu. Vit. 1766.

232.

Talionsrecht.

Wer dem andern Schaden zugefügt hat, muß vermöge des Talionsrechts 1) eben ſo viel Nachtheil leiden, als wodurch die muthwillige Beſchädigung verhüthet wird.

1) *Henr. Cocceji* Diſſ. de ſacroſancto talionis jure. Frcof. ad Viadr. 1705.

Ge. Ad. Struve de talione. Ien. 1676.

233.

Erlaubte gewaltthätige Entſezung.

Eben daher darf Einer denjenigen, der ihn eigenmächtiger Weiſe aus dem Beſize einer Sache geſezt hat, auf der Stelle wiederum gewaltſam entſezen 1).

1) L. 3. §. 9. D. de vi et vi arm.

234.

Gewaltſame Hinderung anderer Handlungen.

Eben ſo iſt es in gewiſſen Fällen erlaubt, des Andern ſeine Handlungen mit Gewalt zu wehren und zu hintertreiben 1).

1) *Io.*

1) *Io. Schoene* de jure prohibendi priuatis competente, Marb. 1723.

I. Abſchnitt.

Geſezliches Polizeyrecht.

235.

Literatur.

Diſſertation ſur les raiſons d'etablir ou d'abroger les Loix par l'aut. des Mem. de Brand. Erf. 1751.

Gedanken über die Verabfaſſung eines allgemeinen Geſezbuchs. Frankf. a. M. 1771.

Entwurf der allgemeinen Grundſäze der Geſezgebung. Bern 1777.

Schall über die Juſtiz nach teutſcher Art und zum teutſchen Gebrauch. Berl. u. Leipz. 1780.

Verſuch über die Geſeze. Breslau Th. I. 1781.

236.

Geſezkommiſſion.

Weil die Privatſicherheit erfordert, daß die Rechte und Verbindlichkeiten der Staatsbürger aufs genaueſte beſtimmt ſind, ſo iſt in den Preußiſchen, gleichwie in andern Staaten, eine Geſezkommiſſion 1) niedergeſezt worden 2), die nicht nur damit beſchäftiget iſt, ein allgemeines Geſezbuch zu verfaſſen 3), ſondern auch die der Königl. Verordnung gemäß an ſie eingeſendeten Provinzial- und ſtatutariſchen Rechtsbücher 4) in Ordnung zu bringen, zu verbeſſern, und in der Landesſprache bekannt zu machen 5).

1) Der Rußiſch. Kaiſ. Kath. II. Inſtruktion für die zur Verfertigung des Entwurfs eines neuen Geſezbuchs verordnete Commiſſion. Riga und Mietau 1768.

2) Preuß. Kabinetsordre vom 14. April 1780. in C. C. March. Nov. T. VI. p 1942.

3) Comparaiſon des nouveaux Reglements de Juſtice Pruſſien avec celui de l'Autriche. Berlin 1782.

4) Reſcript v. 15. April 1780. cit. l. p. 1944.

5) angef. Kab. Ordre p. 1940.

237.
Ihre Geſchäfte.

Die Geſezkommiſſion bleibt beſtändig errichtet, damit die Mängel, Undeutlichkeiten und Fehler der Geſeze durch ſie von Zeit zu Zeit verbeſſert, und erläutert werden können 1), als zu welchem Ende ſämtliche Juſtizkollegien nach einer beſondern Vorſchrift 2) die ſtreitigen Rechtsſäze und unentſchiedenen Rechtsfälle an dieſelbe zur Beſtimmung einſenden müſſen. Die Entſcheidungen müſſen von Zeit zu Zeit geſammelt und in Konſtitutionen gefaßt werden 3).

1) Kabin. Ordre v. 14. Apr. 1780. cit. l. pag. 1942. Patent vom 29. May 1781.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. I. tit. 13. §. 7. 8. 9. P. II. tit. 1. §. 12. 13. Vergl. Briefwechſel über die gegenwärtige Juſtizreform in den Preuß. Staaten, Berlin 1780. Heft I. S. 115. ff.

3) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 596.

238.

Geſezliche Verbindlichkeit.

Der Grund der Verbindlichkeit der Geſeze iſt der Wille der Obrigkeit 1). Die poſitiven Geſeze ſind weder vollſtändig, noch allgemein, noch unabweichlich, noch nothwendig, noch ewig, noch unabänderlich, noch unter ſich zuſammenſtimmend 2). Jedoch den ächten Naturgeſezen dürfen ſie nicht widerſtreiten, wol aber können ſie ihnen etwas zuſezen, oder davon nachlaſſen 3).

1) L. 16. D. de LL.

2) *Matth. Alb. Hypeden* Diſſ. de Legibus in genere et in ſpecie Legibus ciuilibus poſitiuis. Marb. 1727.

3) L. 6. D. de Juſt. et Jure.

Io. Ioach. Schoepffer de jure ciuili Jus Nat. determinante circa perſonas. Roſt. 1709.

Car. Gothofr. Winckler de poteſtate Legum ciuilium in jus Naturae. Lipſ. 1713.

239.

Erleuterung.

Nicht die erzehlende Stellen, ſondern die befehlenden Ausdrücke des Geſezes ſind verbindlich. Eben ſo hat man bey ſeiner Anwendung nicht ſowol auf die angeführte Gelegenheit zu deſſen Verfaſſung, als auf den Grund deſſelben zu ſehen 1).

1) *Conr. Henr. And.* de occaſione et ratione Legis. Hann. 1754.

240.

Dauer der geſezlichen Verbindungskraft.

Wenn aber dieſer aufhört, oder nicht mehr exiſtirt, ſo hört auch die Verbindungskraft des Geſezes auf. Sonſt wird die Fortdauer der Verbindlichkeit beſtändig vermuthet 1), und ſind es ganz beſondere Fälle, wo ein Geſez durch die Umſtände ſeine Wirkungskraft verliert 2).

1) *Caſp. Aug. Beck* de Lege non obligante. Ien. 1751.
Chr. Wildvogel de Legum quarundam Iuſtin. nonuſu in Germaniae foris ex earumdem rationibus nequidquam probando. Ien. 1726.

2) *Ge. Steph. Wieſand* Diſſ. de cauſis vim et auctoritatem Legum minuentibus. Vit. 1778.

241.

Nothwendige Abſchaffung des Juſtinianiſchen Geſezbuchs.

Weil es geſchehen iſt, daß zur Zeit der Unwiſſenheit das Juſtinianiſche Geſezbuch, ein unförmliches, ohne wiſſenſchaftlichen Zuſammenhang geordnetes, häufig ſich widerſprechendes, und dem Geiſte und der Sittenverfaſſung einer Nazion, die von der Unſrigen gerade die Antipode war 1), angemeſſenes Rechtsbuch, deſſen Säze oft ſo dunkel ſind, daß ſie von den größeſten Gelehrten nicht erklärt 2), oder wenigſtens ohne die tiefſte Einſicht in die Geſchichte, Sitten, Denkart und Staatsverfaſſung der alten Römer und Griechen nicht verſtanden werden konnten 3), und daher immer eine

eine reichhaltige Quelle zu rabuliſtiſchen Chikanen und zu einer partheyiſchen Willkühr des Richters abgaben, in Teutſchland eingeführt wurden, ſo haben weiſe Geſezgeber in den ſtatutariſchen Rechten theils die noch wenig brauchbaren und guten Rechtsmaterien wirklich beſtimmt und angenommen 4), theils wird es, wie in den Preußiſchen Staaten 5), noch geſchehen, und dann die Berufung aufs Juſtinianiſche Recht ſchlechterdings verboten, mithin auch der Unterſchied des beſtimmten und unbeſtimmten Römiſchen Rechtsbrauchs 6), als eine fortdaurenden Rechtsverwirrung aufgehoben werden.

1) welches ſchon die alten Praktiker anerkannt haben. Siehe meine Literatur des germaniſchen Rechts, Hptſt. III. §. 258.

2) Vid. Bibl. Jur. Sel. *Struv.* ex Edit. *Buderi* C. VIII. §. 13.

3) wovon uns eine Idee geben kan *Chr. Frid. Glück* V. Cl. Introduct. in ſtudium Hiſt. Legum poſit. German. Hal. 1781.

4) Vergl. Schloſſers Vorſchlag und Verſuch einer Verbeſſerung des teutſchen bürgerlichen Rechts. Leipzig 1777.

Chr. Gottl. Biener Bedenklichkeiten bey der Verbannung der urſprünglich fremden Rechte. Halle 1781.

Io. Frid. Klette de Juris Juſtinianei placitis, quae vim Legis non habent. Erl. 1742.

5) Preuß. Reſcript vom 1. Merz 1738. Kabinetsordre vom 14. April 1780. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1941. Ihrer Exc. des Großkanzlers von Carmer Vor-

erin-

erinnerung zum Entwurf des allgem. Geſezbuchs der Preuß. Staaten, S. 6. 7.

6) Meine Liter. des german. Rechts §. 211. 268.

242.

Uebertragung des brauchbaren fremden Rechts in die Statuten.

Es iſt um ſo nöthiger, daß das Brauchbare aus den beiden ſubſidiariſchen Rechten, aus dem Kanoniſchen und Römiſchen Geſezbuche ausgezogen, und in die ſtatutariſche Geſezgebung gebracht, jenen hernach aber ihre ſubſidiariſche Verbindungskraft ganz benommen wird, weil es heutzutage oft zweifelhaft iſt, welche Stellen derſelben keinen Gerichtsbrauch mehr beſizen 1), und manchmal ein liſtiger Richter die Unwiſſenheit der Partheyen misbraucht, und wenn es ſeine Privatabſicht erfordert, bald von Kanoniſchen und Römiſchen Rechtstexten Gebrauch macht, die niemals geſezliche Kraft gehabt haben 2), bald dieſelbe dennoch anwendet, obſchon ihnen in der ſtatutariſchen Geſezgebung derogirt worden iſt. Noch mehr geſchieht dieſes beym Zuſammenſtoße der verſchiedenen römiſchen und teutſchen Rechtsprinzipien, wo er ſich in Praxi häufig eine ſehr willkührliche Auswahl erlaubt, und die über ihre Ordnung in der Anwendung vorhandene Grundſäze 3) ſchlau vorbeyzugehen weiß.

1) *Mich. Henr. Gribner* Diſſ. de jure incerto ex dubia Legum, quibus vtimur, auctoritate oriundo. Viteb. 1715.

2) Vergl. meine Literatur des german. Rechts S. 168. ff.

3)

3) Man ſehe die Schriften bey *Buder* in Biblioth. Jur. Sel. *Struv.* C. VIII. §. 10. p. 296. ſeqq.

243.

Zeitpunkt der geſezlichen Verbindlichkeit.

Ein Geſez wird von da an verbindlich, als es rechtlich zu exiſtiren anfängt, geht jedoch nur auf zukünftige Fälle, und ohne beſondere Erklärung niemals auf vergangene Handlungen 1).

1) L. 7. Cod. de LL.

Nicol. Chr. Lynker de vi Legis in praeteritum. Ien. 1731.

Rud. Chr. Henne de Legibus ad praeterita non trahendis Erf. 1737.

Chr. Gottl. Reinhardt de Legis in praeteritum vi et valore. Hal. 1748.

244.

Kundmachung.

Ein Geſez kömmt durch die förmliche Kundmachung erſt zu ſeiner rechtlichen Exiſtenz. Es hängt die Form dieſer aber ganz von der Willkühr des Geſezgebers ab 1).

1) *Aug. a Leyſer* de libero Principis in Legum promulgatione arbitrio. Vit. 1751.

245.

Gattungen der Geſeze.

Die Geſeze ſind entweder allgemeine Vorſchriften (praecepta) oder beſondere Verordnungen über gewiſſe Perſonen, Sachen und Handlungen (Mandata).

data). Nach einem andern Verhältniſſe werden ſie landesherrliche Sazungen, Conſtitutiones Principis 1), oder wenn ſie in Form einer Zuſchrift an jemand ausgefertigt ſind, Reſcripte 2), oder in Ermanglung dieſer Formalität Edikte genennt. Wenn ſie Verfügungen auf vorhergegangene Anſuchungen und Anfragen zweifelhafter und unbeſtimmter Fälle enthalten, ſo heiſen ſie Beſcheide, Decreta, Reſolutiones 3). Heutzutage gibt es noch Kabinetsbefehle und Ordres, die unmittelbar vom Landesherrn herrühren; Cirkulare, in Schleſien Oberamtskurrenden, Umläufe, die an mehrere Kollegien oder Aemter gerichtet, Patente, die in offener Form zum Anſchlage beſtimmt ſind; Publikanda, öffentliche Anzeigen.

1) *Io. Strauch* de conſtitutionibus Principum, reſcriptis et decretis. Ien. 1654.
Io. Chr. Koch de conſtitutionibus Principum. Ien. 1754.

2) *Ant. Schulting* de Reſcriptis Imperatorum Rom.
Io. Wolfg. Textor de Reſcriptis gratiae. Heidelb. 1673.
Io. Frid. Meiſter de Reſcriptis ſummi Principis ad magiſtratus inferiores. Erf. 1708.

3) *Iuſt. Henn. Boehmer* de jure Epiſtalmatis. Hal. 1699.
Id. de Sanctionum pragmat. indole et auctoritate. Hal. 1737.

246.

Preußiſche Kundmachung.

Die Kundmachung der Befehle und Verordnungen und der mit Königlicher Unterſchrift verſehenen Patente 1) geſchieht ordentlicher Weiſe theils durch die Re-

Regierungen, theils durch die Kammern 2), in denen Zeitungen und Intelligenzblättern 3), und durch die untergeordneten Obrigkeiten, Bedienten und Beamten, mittelſt Ableſung oder Anſchlagung an öffentlichen Oertern 4). Das iſt die ordentliche Verkündigung. Die außerordentliche bey Sachen, die das gemeine Wol, oder die geringern Volksklaſſen ſehr nahe angehen, geſchieht auf Verlangen der Magiſträte und Aemter 5) durch die Ableſung von der Kanzel 6), das manchmal alle Jahre wiederhohlt werden muß, wie die Geſindeordnungen, Dorfordnungen, das Duellmandat 7), die Edikte wegen des Betrinkens, Beſchädigung der Stadtlaternen 8), Strafe des Kindermords 9), der Medizinalanſtalten 10), ꝛc. In den Kollegien muß der Sekretar dem Präſidenten wöchentliche Tabellen über die eingelaufenen Reſcripte vorlegen 11), dieſelbe müſſen in den Amtsregiſtraturen aufgehoben 12), und in beſondere Bücher eingetragen 13), über ihre Publikation ein Protokoll gehalten, und Verzeichniſſe davon jährlich eingeſandt werden 14).

1) C. C. March. Tom. II. Abth. 1. p. 790.

2) cit. l. Cont. IV. p. 171. Vergl. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 955.

3) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 573. 613. T. VI. Abth. 1. p. 51. 58. 526.

4) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 787. C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 550.

5) cit. l. p. 525. 549.

6) T. II. Abth. 3. p. 30. 55. 7) pag. 118.

8) ibid p. 120. 9) cit. l. p. 123. 132.

10) Tom. V. Abth. 4. p. 206. 209. u. Viehſeuchen C. C. March. Nov. T. IV. p. 6211.

11) Tom. IV. Abth. 2 p. 180. C. C. M. ant.

12) Cont. I. p. 134. 135. Nro. 3.

13) T. II. Abth. 1. p. 573. C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 2017.

14) Tom. II. Abth. 1. p. 573. C. C. March. ant.

247.

Ausdehnung der geſezlichen Beobachtung.

Obſchon Reſcripte und Reſolutionen nur Vorſchriften für diejenigen Perſonen und Sachen ſind, denen ſie ertheilt worden 1), ſo finden ſie doch in ähnlichen Ereigniſſen auch bey andern Perſonen und Vorfallenheiten ſtatt, wenn darüber nicht eigene Geſeze vorhanden ſind 2).

1) *L. 2. Cod. de Legib. et Conſt. Princ.* Quae ex relationibus judicantium vel conſultatione in commune florent. S. N. Palatii procerum auditorium introducto negotio ſtatuimus, vel quibuslibet corporibus aut legatis aut prouinciae vel ciuitati vel curiae donauimus, nec generalia jura ſint, ſed leges faciant his duntaxat negotiis atque perſonis, pro quibus fuerint promulgata.

2) *L. 12. Cod. eod.* Si Imp. Maj. cognitionaliter examinauerit, et patribus cominus conſtitutis ſententiam dixerit; omnes omnino judices, qui ſub noſtro imperio

rio ſunt, ſciant hanc eſſe legem non ſolum illi cauſae, pro qua producta eſt, ſed et omnibus ſimilibus.

248.
Allgemeine Beobachtung der Preußiſchen Verordnungen.

Damit die einzelen königlichen Geſeze und Befehle, die nur an gewiſſe Kollegien in einer Preußiſchen Provinz ergangen ſind, auch von den übrigen, im Fall ſie noch nicht deshalb mit eigenen Vorſchriften verſehen wären, beobachtet werden möchten, ſo hat die Berliniſche Akademie der Wiſſenſchaften alle Jahre dieſe Geſeze zu ſammeln, und ſie im Drucke herauszugeben 1). Alle landesherrliche und Magiſtratiſche Kollegien, hauptſächlich die, wobey ſich die Sportelkaſſen befinden 2), Räthe und Bediente, desgleichen die Juſtizkommiſſäre müſſen ſich mit Exemplaren zu ihrer Nachachtung verſehen, und hat man bey Juſtizviſitationen darauf ſeine Aufmerkſamkeit zu richten 3).

1) Reſcript vom 28. Jul. 1751. in C. C. March. Nov. T. I, p. 114. vom 14. Dec. 1754. ibid. p. 407. vom 3. u. 8. April 1755. cit. l. p. 814. 815. Circulare vom 28. Febr. 1761. in Tom. III. p. 6.

2) angef. Reſcripte vom 8. April 1755. T. I. p. 815. Circulare vom 5. Sept. 1778. Tom. 6. p. 1333.

3) Reſcr. v. 3. April 1755. T. I. p. 813. 28. Febr. 1761. T. III. p. 6. vom 5. Sept. 1778. T. VI. p. 1333. v. 29. Sept. 1782. T. VII. p. 1578.

II. Abſchnitt.
Juſtizpolizeyrecht.

249.
Erklärung.

Unter der Juſtiz oder Rechtspflege verſteht man alles das, was zur Schlichtung der Streitigkeiten über die Rechte und Verbindlichkeiten der Staatsbürger nöthig iſt 1). Das landesherrliche Aufſichtsrecht darüber heiſt das Juſtizpolizeyrecht.

1) *Ge. Chr. Gebauer* Diſſ. de juſtitia et jure. Goett. 1738.

250.
Nothwendigkeit.

Gleichwie alle menſchliche Dinge unvollkommen und dem Mißbrauche ausgeſezt ſind, ſo geht es auch mit den Juſtizanſtalten, daß ſie wegen der veränderten Sittenverfaſſung, Denkart und Verfeinerung der Nazion von Zeit zu Zeit einer Verbeſſerung bedürfen 1), die aber jedesmal mit großer Behutſamkeit zu bewerkſtelligen iſt, weil jede Uebereilung hierinn nachtheilige Folgen für den Staat hat 2).

1) Joh Jak. Moſer von der Staatsjuſtiz in Abſicht auf Teutſchland. Regenſpurg 1773.

D. H. L. Hauſchilds Prüfung verſchiedener Vorſchläge zur Verbeſſerung der Juſtiz. Dresden 1749.

Von Oskierka Verſuch eines Entwurfs zur endlichen Verbeſſerung des Juſtizweſens. Bernb. 1756.

Anmerkungen über die Verbeſſerung des Juſtizweſens Verſ. I. Frankf. a. M. 1782. *Heumann* Init. Jur. Polit. c. 20. §. 17

2)

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de emendatione adminiſtrationis juſtitiae neque facili neque impoſſibili, valde tamen difficili et caute ſuſcipienda.

251.

Preußiſche Juſtizverbeſſerungsanſtalten.

Zum Behuf der Juſtizverbeſſerung 1) müſſen alle Jahre in der Preußiſchen Monarchie Prozeßtabellen verfertiget und eingeſchickt werden 2). Jedermann darf hierüber Vorſchläge thun, insbeſondere aber muß dieſes von den Kollegien, Landſtänden, Juriſtenfakultäten und Juſtizkommiſſärs geſchehen 3). Selbſt die Ortskommiſſarien haben die bey den Magiſträten und Stadtgerichten vorkommende Juſtizmängel zu berichten 4).

1) Deren Geſchichte in den Beytr. zur juriſt. Liter. in den Preuß Staaten, Samml. II. S. 246. ff. Samml. III. S. 171. ff. Diez im Archiv Magdeburg. Rechte Th. I. S. 3. ff. Briefwechſel über die gegenwärtige Juſtizreform in den Preußiſchen Staaten. Berlin 1780. 1781. 1784. III. Hefte.

2) C. C. March. Cont. I. p. 133. 134. Muſter cit. I. p. 135. u. in der angef. Juriſt. Liter. Samml. IV. S. 298. ff.

3) C. C March. Tom. II. Abth. 1. p. 537. Von Carmer Vorerinnerung zum Entwurfe eines allgem. Geſezbuchs der Preuß. Staaten S. 9. 10.

4) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 824. Cont. I. pag. 132. T. II. Abth. 1. p. 567.

252.
Rechtsmittel wegen ſchlechter Juſtizverwaltung.

Wenn der Richter durch ſeine Ungeſchicklichkeit oder durch ſein pflichtwidriges Benehmen einer Parthey Schaden und Koſten verurſacht hat, ſo kan ſie die Regreßklage, actio ſyndicatus, wider ihn anſtellen 1). Da ihr dann neben der Beſtrafung des Richters von dieſem der Erſaz geſchehen muß 2).

1) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de vſu practico actionis aduerſus judicem imperite judicantem. Hal. 1713.

C. *e. Lud. Boehmer* de remediis Syndicatus aduerſus Sententias Camerales. Goett. 1744.

2) C. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 3. §. 64.

253.
Devolutionsrecht.

Ueberhaupt verfällt die Sache bey verweigerter und verzögerter Juſtiz an den Oberrichter 1), der entweder durch Beſchleunigungsverfügungen, oder durch Strafbefehle den Unterrichter auf Anrufen der Partheyen zur Gerechtigkeitspflege anhält 2).

1) *Io. Phil. Slevogt* Diſſ. de jure recipiendi prouocationem ex ſuperioritate territoriali.

2) *Iuſt. Henn. Boehmer* de origine, progreſſu atque indole Querelae denegatae vel protractae Juſtitiae. Hal. 1738.

254.
Juſtizaufſichtsrecht.

Niemals aber darf im Staate verabſäumt werden, auf die Juſtizbediente und Kollegien ein wachſames

mes Auge zu tragen, und zu unterſuchen, ob ſie ihre Pflichten beobachten, den Geſezen und ihren Vorſchriften gemäß die Juſtiz verwalten, und ſich keiner Nachläßigkeit ſchuldig machen.

255.

Juſtizviſitationen.

Zu dem Ende ſind in den Preußiſchen Staaten eigene Juſtizviſitationen angeordnet 1), die alle drei Jahre in den Ferien ſowol bey den Landesjuſtizkollegien, als bey den Untergerichten gehalten werden ſollen. Hier theilen ſie ſich in die ordentlichen, als wozu nach gewiſſen Diſtrikten eigene Reviſoren beſtellt ſind, und außerordentlichen ein. Die Viſitationskommiſſion hat ihre Aufmerkſamkeit auf die ſämtlichen Glieder des Kollegiums zu richten, ihre Aufführung und Geſchicklichkeit zu unterſuchen, ſämtliche Prozeſſe, beſonders die, welche länger als ein Jahr gedauret haben, und die eingelaufenen Beſchwerden zu unterſuchen, als weswegen dergleichen Juſtizviſitationen von der Kanzel abgekündiget werden müſſen. Sonſt prüft ſie das Expeditions = Regiſtratur = Depoſiten = Hypotheken= Vormundſchafts = Straf = Stempel = und Sportulweſen aufs genaueſte, ſtattet darüber ihren Bericht ab, und begreift über die abzuſtellenden Misbräuche den Viſitationsbeſcheid 2).

1) Viſitationsordnung vom 22. April 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 659. Vorſchrift über die Juſtizviſitationen bey den Untergerichten vom 19. Jun. 1773. Tom. V.

Jahrg. 3. p. 343. Vergl. p. 36. und 2166. C. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 8. §. 16. ſeqq.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 664. §. 18. T. V. Jahrg. 3. p. 364. 366. C. Jur. Frid. cit. l. §. 3. p. 160.

256.

Kreisjuſtizräthe.

Zur Aufſicht über die Landjuſtiziarien und Unterrichter, und damit die Landesjuſtizkollegien brauchbare Männer zu Beſorgung der rechtlichen Angelegenheiten auf dem platten Lande haben möchten, ſollten nach gewiſſen Kreiſen Kreisjuſtizräthe angeordnet, und ihnen Aktuarien und Kopiſten zugegeben werden. Die Verrichtungen der Kreisjuſtizräthe hätten 1. in der Aufſicht über die Untergerichte, 2. in der Kommiſſariatsbeſorgung gewiſſer den Landeskollegien zuſtehender Geſchäfte, 3. dergleichen Aufträge, und 4. in Kriminaluntersuchungen 1) beſtanden. Es finden ſich wirklich dergleichen Kreisjuſtizräthe nach Verordnungen vom 22. Jul. 1747. und 15. Auguſt 1750. in Schleſien 2).

1) Reglement wegen künftiger Einrichtung des Juſtizweſens bey den Ober- und Untergerichten der Kur- und Neumark Brandenburg vom 30. Nov. 1782. Abſchn. 2. §. 1. ff. Regl. über die Einrichtung des Juſtizweſens bey den Ober- und Untergerichten in Preußen vom 3. Dec. 1781. Abſchn. 2. §. 1. ff. in C. C. March. Nov. T. VII. pag. 1886. u. 650.

2) im Korn Nachtrage zur Samml. Schleſ. Ordnungen, Ed. u. ſ. w. S. 215. und 492.

257.

257.

Obliegenheiten der Untergerichte.

Die Untergerichte haben bey ihren Gerichtsſtuben eigene Bücher zur Eintragung der publizirten Edikte und Reſcripte zu halten 1), ſchleunige Juſtiz zu admi- niſtriren 2), bey mündlichen Verhören die Sache kurz in Güte oder rechtlich abzuthun 3), ſo viel möglich da- bey keine Juſtizkommiſſäre zuzulaſſen 4), den Landesju- ſtizkollegien Gehorſam und Subordination zu erwei- ſen 5), abgeforderte Berichte und Zeugenverhöre bey 10. Thaler Strafe unter dem Vorwande der nicht ge- ſchehenen Auslöſung nicht aufzuhalten 6). Auf den Fall ſie Juſtiz denegiren oder verzögern, wird gegen ſie auf eine beſondere Art verfahren 7), und, eben ſo, wenn ſie die Exekution nicht gehörig veranſtalten, kan es von dem Obergerichte unmittelbar geſchehen, und ſie müſſen der Parthey Koſten und Schaden erſezen 8). Sie dürfen vor Endigung des Prozeſſes keine Gerichts- gebühren nehmen, ſondern bey eingewandten Rechts- mitteln bloß liquidiren, und die Gerichtskoſten mit den Akten einſenden 9).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 574.

2) ibid. p. 382. 3) pag. 562.

4) ibid. p. 734. Cont. I. p. 243. 415. Cont. III. pag. 189. C. J. Frid. P. III. tit. 8. §. 13. p. 155.

5) Corp. Jur. Frid. cit. l. §. 14. p. 156. Vergl. C. March. Cont. I. p. 246. Cont. IV. p. 83.

6) C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 756.

7) C. J Frid. P. III. t. 2. §. 29. tit. 3. §. 48. 62. 71. tit. 8. §. 15. C. C. March. I. II Abth. 1. pag. 84. 105. C. C. March. Nov. T. V. c. p. 343. 362.

8) C. C. March T. II. Abth. 1. p. 464.

9) Cont. IV. pag. 83. wegen der zugleich zu machenden Anzeige den Partheyen C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2469.

I. Abſaz.

Amtspolizeyrecht.

258.

Literatur.

Io. Mazienzi de Referendariorum, Aduocatorum et Judicum officiis, requiſitis, dignitate et eminentia. Francof. 1618.

Caſpar Ziegler Dicaſtice ſeu de officio Judicum. Witteb. 1702.

Matth. Stephani de officio Judicis. Francof. 1625.

Io. Bouricius de officio Judicis. Harl. 1668.

Ant. Matthaei de officio Judicis liber in Obſ. rer. Jud. Leod. 1702.

Nicol. Bellonus de officio judicis et delegati, vicarii adſeſſoris. Col. 1609.

Lud. Ant. Muratori Diſſ. 10. de minoribus Juſtitiae miniſtris, hoc eſt, de Judicibus, Scabinis, Sculdaſiis, Caſtaldiis, Decanis, Silvanis &c. in Vol. I. Ant. Stat. p. 885.

Joh. Ge. Döhler Seyn und Schein des richterlichen Amts. Kob. 1728.

Joh.

Joh. Karl Mävius Jus Juſtitiariorum, ſeu von dem Gerichtsrecht auf den Städten, Aemtern und auf dem Lande. Wittenb. 1733.

Nicol. Myler ab Ehrenbach Hyparchologia, ſeu de officialibus et magiſtratibus. Stuttg. 1678.

Io. Paul. Kreſs Diſſ. de jure officiorum et officialium. Helmſt. 1752.

Iac. Rave Diſſ. de jure officii inprimis titulo oneroſo collati. Ien. 1766.

Frid. Schragii Diſſ. de potentatu Magiſtratuum et officiorum, von foerchterlicher Gewalt beamteter Perſonen. Lipſ. 1679.

Io. Chr. Waiz de Muneribus, Honoribus ac Officiis. Ien. 1748.

Phil. Reinh. Vitriarius Diſſ. de praefectis eorumque requiſitis, vulgo von Amtleuten und Schoeſſern. Lugd. Bat. 1709.

259.

Obrigkeitliches Recht.

Bey den Römern war der Magiſtratus eine ſolche obrigkeitliche Perſon, die in Anſehung der ihr untergebenen Perſonen und Sachen das Zwangsrecht, die vollſtreckende Gewalt und die Gerichtsbarkeit beſaß 1). Das obrigkeitliche Recht iſt ein vom Staate erhaltenes und mit dem Zwangsrechte verknüpftes Verwaltungsrecht zur Ausübung gewiſſer Theile der Staatshoheit.

1) *Iac.*

1) *Iac. Perizonius* et *Aug. Lyclama a Nycholt* Diſſ. de Ordinariis et Senatoriis Rom. magiſtratibus. Franequer. 1688. C. I.

M. Aug. Campiani de officio et poteſtate Magiſtratuum Romanorum et jurisdictione. L. II. Taur. 1724.

260.

Obrigkeitliche Gewalt.

Die Obrigkeit iſt eine von der Staatshoheit empfangene Gewalt, die Rechte des Staats zu beobachten, und die Handlungen der Unterthanſchaft ſowol zur eigenen, als zur gemeinen Wohlfahrt zu leiten. Es muß dieſes oft wider Willen der Unterthanen geſchehen, daher jede Magiſtratsperſon ein Zwangsrecht, Mixtum Imperium, beſizt. Das Richteramt beſteht in der bloßen Unterſuchung der Streitigkeiten und in der Anwendung der Geſeze auf die ausgemittelte Thatſache. Manchmal iſt von dem Zwangsrechte noch die vollſtreckende Gewalt verſchieden, und oft jene, aber nicht dieſe, mit dem Richteramte verknüpft 1). Die Teutſchen drückten die obrigkeitliche Gewalt durch das Wort Ungericht aus, als weswegen die Belehnungsformel, mit Gericht und Ungericht, Gerichtsbarkeit und Obrigkeit bedeutete 2), eben ſo wie die Formel Vogtey und Amt 3).

1) *Frid. Schragii* Diſſ. de potentatu Magiſtratuum et officiorum, von förchterlicher Gewalt beamteter Perſonen. Lipſ. 1679.

2) *Io. Paul. Kreſs* de jurisdictione omnimoda formula Richt und Ungericht, in feudum conceſſa. Helmſt. 1730.

3) *Dav.*

3) *Dav. Ge. Struben* Obſ. hiſt. et jur. IX. de ſignificatione vocum, Amt et Vogtey, in litteris feudalibus.

261.

Römiſche Verfaſſung.

In Privatſachen ward der Rechtsſtreit nur bis zur Kriegsbefeſtigung vor der mit Gerichtsbarkeit verſehenen Magiſtratsperſon ſelbſt geführt, und dann gab ſie zur Ausmittelung des Faktums mit Bewilligung und Auswahl der Partheyen einen Richter (Judex datus ſeu Pedaneus) der hierauf nach der von jener ihm vorgeſchriebenen Formel den Ausſpruch thun, und die Vollziehung wieder derſelben überlaſſen mußte 1). Der erſte Theil des Rechtsverfahrens geſchah in Jure, und der übrige in Judicio 2).

1) *Car. Gottl. Knorre* Diſſ. de vſu pract. doctrinae Jur. Rom. de Praetore et judice Pedaneo. Hal. 1756.

Io. Hop Diſſ. de judicibus a Praetore et prouinciarum Rectoribus ad cauſas priuatas diiudicandas dari ſolitis.

2) *Chriſt. Cellarius* Diſſ. ſiſtens proceſſum Jur. Rom. antiquum. Hal. 1698. C. IV. §. 41. 42. 51. C. V. §. 2. 3. 4.

Franc. Polleti Hiſtoria fori Rom. Lugd. 1587. L. V. c. 16.

262.

Römiſche Gerichtsbeyſizer.

Die Prätoren hatten eine Anzahl Gerichtsbeyſizer neben ſich 1), die, ſo lange der Staat ariſtokratiſch-demokratiſch war, mit Ausſchluß ſeiner ſelbſt eine Entſcheidungsſtimme hatten, allein nachdem die Staatsverfaſſung monarchiſch-deſpotiſch wurde, ſo verwan-

delte

delte ſich ihr Stimmrecht in eine Gutächtliche Meinung 2).

1) *Polletus* cit. l. L. V. c. 6. p. 445. 446. *Cellarius* cit. l. C. I. §. 36. ſeqq.

2) *Sibr. Tet. Siccama* de judicio Centumuirali L. II. ex Edit. *Car. Frid. Zepernick.* Hal. 1776. *Glück* Introduct. in Stud. Hiſt. Leg. poſit. Germ. p. 151. 152.

263.

Demokratiſche Form der teutſchen Gerichte.

Eben ſo war urſprünglich mit der richterlichen Gewalt in Teutſchland gar kein Stimm- und Entſcheidungsrecht verknüpft, ſondern ſie beſtand in der bloßen Eröfnung des Gerichts, Anordnung des Verfahrens und in der Vollſtreckung der Urtheln 1). Weder der Kaiſer, noch die Landesherren, noch irgend ein Graf, Vogt, Schultheis, Landrichter, Vizthum und andere obrigkeitliche Perſonen, die ſtabhaltende Richter genannt wurden, durften während der ältern monarchiſch-demokratiſchen Staatsverfaſſung einen Ausſpruch thun, oder in Rechtsſachen eine Stimme ablegen, ſondern ſie hatten bloß die Stimmen der Schöffen und Gerichtsbeyſizer zu ſammeln, und den Schluß bekannt zu machen 2).

1) Meine kl. Schriften B. I. S. 431. Meine Geſchichte des Deſpotiſmus in Teutſchland S. 22. ff. und die angeführte große Reihe Schriftſteller. Eſtor Th. III. §. 4951.

2) Eſtor a. a. O. §. 4951. 4955. 4956. 4957.

264.

Heutige Verfaſſung der Gerichtspräſidenten.

Heutzutage haben die Präſidenten und Direktoren der Kollegien nicht allein ein Stimmrecht, ſondern ſie können ſogar bey einer Stimmgleichheit durch ihren nachherigen Beytritt die Ueberſtimmung bewirken. Nebendem beſizen ſie die Aufſicht über die Glieder und Subalternen, die ſie jedesmal bey Erledigungen vorſchlagen, beſorgen die Introduktion derſelben, und haben die Vertheilung der Akten, Sammlung der Stimmen und Direktion der Ausfertigungen. Wo ein Präſident und Vizepräſident, Regierungskanzler und Präſident, Präſident und Direktor bey einem Kollegium vorhanden ſind, da theilen ſie ſich in die Geſchäfte dergeſtalt, daß die vorzüglichen Verrichtungen dem vorgehenden Kanzler oder Präſidenten zukommen, oder allenfalls der Vizepräſident und Direktor nur in Abweſenheit des Präſidenten ſeine Stelle vertritt.

265.

Preußiſche Verfaſſung.

In den Preußiſchen Staaten wird es ungefehr eben ſo gehalten. Sie werden vom Könige unmittelbar ernennt, und von dem Juſtizoberhaupte eingeführt. Ueber das Betragen der Räthe und Subalternen haben ſie Konduitenliſten einzuſchicken, müſſen bey der Stimmſammlung beym jüngſten Rathe den Anfang machen, und ſo von unten aufrücken. Zur Ueberſicht der Geſchäfte haben ſie eigene Inſtruktionsliſten

liſten verfertigen und auf die Tafel legen zu laſſen 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 2. vom Amt der Präſid. u. Direktoren.

266.

Amt der Räthe.

Die Räthe 1) und landesherrlichen Bedienten werden zu Beſorgung der Staats = Regierungs = Juſtiz = Kameral = Kirchen = und Kriegsſachen gebraucht. Sie theilen ſich in wirkliche und charakteriſirte ein 2).

1) *Ioach. Ern. a Beuſt* de Conſiliario Goth. 1748.
Io. Ulr. Mayer Diſſ. de Conſiliario principis. Lipſ. 1668.
Ahasv. Fritſch de jure Conſiliariorum.

2) *Henr. Balth. Roth* Diſſ. de Characteribus. Ien. 1682. Conſil. Hall. Tom. II. L. II. conſ. III. n. 40.

267.

Preußiſche Räthe und Gerichtsbeyſizer.

Die Preußiſchen Räthe und Gerichtsbeyſizer werden in 2. Klaſſen abgeſondert, wovon die erſte zu Gerichtsdeputirten, und die andern hauptſächlich zu Aſſiſtenzräthen gebraucht werden. Ihre Obliegenheiten beſtehen in der Beſorgung und Abwartung der Inſtruktionen, im mündlichen Vortrage der eingekommenen Vorſtellungen und in der Abfaſſung der Verfügungen, in Ausarbeitung der Relationen und Urthel 1).

1) Corp. Jur. Frid. cit. l. tit. 3. per tot.

268.

Preußiſche Auſkultatoren.

Zu den Juſtizſtellen werden die jungen Leute, die gehörige Zeugniſſe ihrer Studien auf Preußiſchen Univerſitäten vorweiſen, und von einigen Mitteln ſind, nach vorheriger Prüfung mittelſt Anſtellung als Gerichtszuhörer (Auſcultatores) zubereitet. Man ſtellt ihnen Akten zum Leſen zu, läßt ſie in der Regiſtratur ſich mit der Bearbeitung der Geſchäfte bekannt machen, und den mündlichen Verhören und der Ableſung der Akten beywohnen, gebraucht ſie daneben zur Führung des Informationsprotokolls 1).

1) C. J. Frid. ibid. tit. 4. §. 1. bis 8. u. tit. 8. §. 10. 11.

269.

Preußiſche Referendare.

Dem einige Zeit geübten Gerichtszuhörer wird endlich ein Stück Akten zur Verfertigung einer Proberelation zugeſtellt, und dieſe von dem Oberhaupte des Kollegiums oder von einem Rathe kritiſch unterſucht, hierauf eine zwote Prüfung über die Prozeßordnung, die Landes = und Stadtrechte mit ihm vorgenommen, und darauf mit Beyſchließung der Proberelation, ihrer Cenſur und des Prüfungsprotokolls an das Juſtizoberhaupt Bericht erſtattet. Nach erfolgter Genehmigung wird er ohne Ableiſtung eines weitern Eids als Referendar eingeführt 1). Es iſt das ein Amt, deſſen Spuren in der ältern byzantiniſchen und fränkiſchen Geſchichte vorkommen 2).

1) C. J. Frid. cit. tit. 4. §. 9. 10. 11. tit. 8. §. 10. 11.

2) Neue Diplomatick B. VII. Hſt. 3. Abſchn. 7. Art. 2. §. 311. ff. Th. VIII. S. 161. ff.

270.
Ihre Geſchäfte und Verrichtungen.

Dieſe Referendarien 1) werden zu künftigen richterlichen Bedienungen vorbereitet, ihnen daher alle Gelegenheit verſchaft, ſich von den Geſchäften praktiſche Kenntniſſe und Erfahrungen zu erwerben. Sie kriegen unter Beyſtand eines geſchickten Korreferenten Akten zum Referiren, und man weiſt ſie zum Memorialienvortrage und zum mündlichen Referiren an. Man läßt durch ſie Protokolle führen, und auf den Fall ſie ſchon etwas geübt ſind, in minderwichtigen Sachen allein die Inſtruktion beſorgen 2). Hauptſächlich haben ſie ſich vom Kriminalweſen ſolche Kenntniſſe zu erwerben, die ſie dereinſt durch Zeugniſſe zu beurkunden im Stande ſind 3).

1) *Franc. Stypmann* tract. jur. de Referendariis et eorum officio in legendis actis. Gryphisw. 1649.

2) C. J. Frid. tit. 4. §. 12. ſeqq. tit. 8. §. 10. 11.

3) Reſcript vom 27. Jul. 1769. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6189. Umlauf vom 29. Jul. 1775. ibid. T. V. Jahrg. 3. p. 211.

271.
Kammerauſkultatoren.

Leute, die gute Univerſitätsſtudien, beſonders Kenntnis der Rechte beſizen, und ein Jahr auf einem

Juſtiz = oder Domainenamte gearbeitet, oder ein halb Jahr bey einem Steuer = oder Landrathe geſtanden haben, werden nach vorheriger Prüfung bey den Königlichen Kammern als Kammerzuhörer, Auſcultatores, angeſtellt, um ſich in den Kamerai = und Finanzgeſchäften die nöthigen Kenntniſſe zu erwerben. Man läßt ſie die Protokolle führen, gebraucht ſie auf Kommiſſionen, und läßt ſie unter Aufſicht eines Raths kleine Geſchäfte machen 1).

1) Inſtruct. für die Kurmärk. Kammer vom 22. Julius 1748. Art. 2.

272.

Kammerreferendare.

Ein auf dieſe Art angeführter Kameralzuhörer, oder vielmehr, da dieſe Benennung nicht mehr gebraucht wird, ein Subjekt, das eine Zeitlang bey einem Steuer = oder Landrathe gearbeitet hat, und die nöthigen Kenntniſſe in den Rechten, Kameralwiſſenſchaften, Mathematik, Praktiſchen Mechanik, Civilbaukunſt u. ſ. w. beſizt, als weswegen man es vorläufig bey der Provinzialkammer prüft, muß hier um Akten zur Anfertigung einer Proberelation anhalten, und nachdem es dieſelbe auf der Kammer ausgearbeitet, und die Arbeit von dem Kollegio beurtheilt worden, ſo wird es von der niedergeſezten Examinationskommiſſion einer ſcharfen Prüfung unterworfen, und darauf mittelſt Reſcript des Generaldirektoriums zum Kammerreferendar beſtellt und vereidiget. Als ſolcher wird er hernach bey allen Kommiſſionen gebraucht,

man zieht ihn zu den Kaſſenreviſionen, übergibt ihm die merkwürdigſten Akten in allen Theilen des Finanz- und Kameralweſens, und läßt ihn daraus mit beygefügtem Bericht und Gutachten Extrakte machen, außerdem muß er unter Anleitung eines Departementsraths kleinere Sachen vortragen und ſie ſodann ausfertigen 1).

1) Circul. vom 28. Febr. 1770. §. 14. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6681. Kabinetsordre vom 14. Febr. 1770. Inſtruct. vom 10. May 1772. Art. 13. Reſcr. v. 30. Jul. 1772. vom 6. Aug. 1780. Des Miniſters von Hagen Plan über das Preuß. Kameral- und Finanzweſen, in den hiſt. ſtatiſt. Beytr. die Preuß. u. benachb. Staaten betr. Th. I. S. 42. 43. G. A. H. von Lamott Preuß. Kriegs- und Domainenraths Prakt. Beytr. zur Kameralwiſſenſchaft für die Preuß. Staaten Th. I. St. V. von den Kurmärk. Kammerreferendarien, Abth. 1. S. 91. ff.

273.
Schöffen und Gerichtsbeyſitzer.

Die Schöffen und Gerichtsbeyſitzer ſtellten das Volk vor, als welches urſprünglich ſelbſt die Gerichtsbarkeit ausübte. Sie wurden von dem Stabhalter, oder von den ehemaligen Hofkommiſſarien aus dem Volke gewählt, jedoch nur alte freygebohrne Geſchlechter, die deswegen Schöffenbar hießen, dazu genommen. Jeder Gerichtsbeyſitzer mußte mit dem Beklagten von gleichem Stande und in deſſen Vaterland mit Gütern angeſeſſen ſeyn 1). Die alten Schöffen hatten ihre beſondere Tracht, und hießen wegen *ihrer* Rechtserfah-

fahrenheit die Weiſen oder die Wiſſenden 2). Es gibt heutzutage ſtumme Schöffen, Rathſchöffen, Cent= Amts= Hobs= Frey= Lehens= Gerichts= Dorf= und Landſchöffen, Beyſizer und Urthelsſprecher der Schöffenſtühle 3). Die Aſſeſſoren der Gerichte theilen ſich in ordentliche und außerordentliche.

1) Sächſ. Lr. B. II. Art. 12. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 149. ff.

2) Eſtor Th. II. Hauptſt. 28.|S. 1116. ff. Th. III. §. 4959.

3) a. a. O. Th. II. §. 6585. 6584.

274.
Gerichtsaktuarius.

Der Gerichtsaktuarius, der allerlei Benennungen, Protonotarius, Kanzley= und Gerichtsnotarius, Stadt= Amts= und Gerichtsſchreiber hat, iſt eine von der Obrigkeit 1) vereidete Perſon, um alle Gerichtshandlungen zu verzeichnen, aufzubewahren 2), und ihnen dadurch die öffentliche Glaubwürdigkeit zu verſchaffen 3). Er muß in Rechten und Geſchäften erfahren ſeyn 4), damit er an den erforderlichen Rechtsförmlichkeiten nichts verſieht 5), widrigenfalls iſt er zur Schadenserſezung verbunden, und kan als verdächtig verworfen werden, wenn er ſich nicht eidlich reiniget 6).

1) *Weingarten* in Cod. Ferd. Leop. Ioſ. Car. n. 574. p. 640. *Barth* de jurisd. §. 9.

2) Reichs K. G. Viſitat. Abſch. von 1713. §. 22. Karls V. Peinl. Halsger. Ordn. Art. 181. bis 190. Braunſchw. Lün. L. O. c. 2. S. 804.

3) Reichsabſch. v. 1654. §. 34.

4) Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 3. C. J. Frid. P. III. tit. 5. Abſchn. 1. §. 4. ſqq. Kurſächſ. ern. Proz. u. Ger. Ordn. tit. 2. §. 1. S. 24. Gothaiſche Pol. Ordn. P. II. tit. 6.

5) *Chr. Wildvogel* de officio actuarii. Ien. 1704. *Mylius* Actuar. peccans. *Schlegel* cautelae actuariorum. Bolz Amts und Gerichtsaktuarius.

6) Eſtor Th. II. §. 6541. 6542. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 128.

275.

Kanzley- und Gerichtsdiener.

Von den Gerichtsſubalternen iſt ſchon oben unter den Kanzleybedienten gehandelt worden. Hier iſt nur noch mit einem Worte des Gerichts- und Kanzleyboten, Gerichtsdieners, Frohnboten, Büttels, Kanzleydieners, Pedellen u. ſ. w. zu gedenken, der ehemals eine eigene Gerichtsbarkeit in Bagatellſachen beſaß 1), und zugleich die Hülfsvollſtreckungen beſorgte. Sie haben jezo die Inſinuationen, Anſchlagung und Abnehmung der öffentlichen Vorladungen, Verſteigerungsanzeigen und anderer Ankündigungen, die ſchriftliche Expeditionen hin und wieder an die Behörde zu tragen ꝛc 2). Ueber mehrere Gerichts- und Kanzleyboten iſt ein Bothenmeiſter geſezt, der an einigen Orten ähnliche Verrichtungen mit einem Poſtmeiſter hat.

1) Alem. Lr. c. 36. Sächſ. Weichbild Art. 8. Sächſ. Lr. B. III. Art. 56. B. I. Art. 68. *Hoffmann* obſ. 1. von

dem ehemaligen Büttelgericht ad Diſſ. de jurisdict. Civ. ord. Wirt. p. 23. *Haltaus* in Gloſſ. v. Frohnbote. *Weſtphalen* in not. ad VII. fragm. Vet. Jur. Suerin T. I. Monum. rer. Cimbr. et Megapol. p. 2044. not. l)

2) Corp. Jur. Frid. P. III. tit. 5. Abſchn. IV. S. 90. ff. Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. II. Hſt. 82. §. 6562. ff.

276.

Fiſkal.

Der Fiſkal iſt ein ſolcher Staatsbedienter, der auf die ordnungsmäßige Herbeyſchaffung und Erhaltung der landesherrlichen Einkünfte Achtung gibt, den Staat bey vorkommenden innern Rechtsſtreitigkeiten gehörig vertritt, jede Uebertretung der Geſeze, Verordnungen und Verfügungen, alles ordnungswidrige Betragen, und die Verbrechen und Vergehungen der öffentlichen Bedienten und Beamten, desgleichen aller übrigen Unterthanen anzeigt, und im Wege Rechtens darüber verfährt 1).

1) *Caſſiod.* Var. L. I. c. 21. Car. M. Capit. L. IV. c. 3. Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 11. p. 108. C. C. M. Nov. T. III. p. 341. *Leyſer* Specim. 49. med. 2. pag. 504. *Menken* in Syſtem. Jur. Civ. pag. 989. *Tafinger* Inſtit. Jur. Camer. Sect. I. tit. 8. pag. 201. *Wahl* de jure et off. fiſci Caeſ. Sect. II. §. 2. p. 33. *Engelbrecht* Obſ. 82. Eſtor Th. II. §. 6551. Repertor. Corp. Conſtit. March. chronolog. et reale de 1755. pag. 330. ſeqq.

277.

Urſprung dieſes Amts.

Wenn wir heutzutage, beſonders nach deſſen älterer Verfaſſung, dieſes Amt genau unterſuchen, ſo

finden wir, daß es nichts anders als eine Polizeybedienung iſt, die allenfalls von den nachher aufgeſtellten Polizeyämtern nur darinnen abweicht, daß eine Advokatur und gerichtliche Prokuratur damit verknüpft iſt 1). Wir ſehen nun den Grund, warum in den Preußiſchen Staaten die Hoffiſkäle ausdrücklich angewieſen ſind, auf Polizeyvergehungen zugleich ihre Aufmerkſamkeit zu richten 2), und überhaupt Wächter der Geſeze genennt werden 3).

1) C. J. Frid. cit. l. §. 2.

2) C. C. March. Cont. I. p. 411. Cont. II. p. 5.

3) C. C. March. Nov. T. I. p. 344. §. 8.

278.

Gattungen der Fiſkäle.

Es gibt vielerlei Fiſkäle. Einen Reichsgeneralfiſkal und einen Fiſkaladvokaten beym Reichskammergerichte zu Wezlar 1), einen Reichshoffiſkal und einen Reichsfiſkal für Italien zu Wien 2). Man gibt aber von Seiten der Reichsſtände nicht zu, daß ſich das kaiſerliche Fiſkalatamt über mittelbare Unterthanen erſtreckt 3).

1) R. K. G. O. P. I. tit. 27. 28. 29.

2) Repert. Jur. Publ. et Feud. p. 417. ſeqq. *Io. Frid. Wahl* de jure et officio fiſci Caeſarei Procuratoris et Aduocati. Gieſſ. 1735.

3) Moſer Anmerk. über die Wahlkapit. Karls VII. Th. III. S. 39. 40. Neurodes Erleuterung des jüngern Reichsabſchieds Hpſt. VII. Anmerk. 201. §. 3. S. 365.

279.

279.

Fortſezung.

In den teutſchen Reichsländern findet man Generalfiſkäle, Hof- Kammer- Regierungs- Lehens- Amts- Gerichts- Forſt- Berg- Stadtfiſkäle u. ſ. w. indem beynahe jedes Kollegium und jedes Departement ſeinen eigenen Fiſkal hat 1). Man kan dieſelbe füglich in allgemeine und beſondere eintheilen.

1) Bergius Polizey- und Kameralmazin B. VII. S. 158. Neues Polizey- und Kameralmagazin B. II. S. 369.

280.

Preußiſche Fiſkäle.

Die Königlich Preußiſchen Staaten haben einen Generalfiſkal zu Berlin, und 2. dergleichen in Schleſien. Es ſind denſelben eine Anzahl Regierungs- Hofgerichts- Kammer- und Hoffiſkäle ſubordiniret, die von ihnen Befehle und Inſtruktionen annehmen müſſen 1).

1) Fiſkal. Reglement vom 20. Aug. 1722. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 46. Deklaration in Anſehung der Fiſkal. Amtsverrichtungen vom 10. May 1725. cit. l. Abth. 4. n. 58. Inſtrukt. für das Altmärk. Obergericht vom 4. Aug. 1753. in C. C. March. Nov. T. I. p. 1046. Inſtruktion für den Generalfiſkal d'Anieres, vom 2. Dez. 1763. cit. l. T. III. p. 341. C. Jur. Frid. P. II. tit. 11. per tot.

281.

Ihre Obliegenheiten.

Da die Fiſkäle hauptſächlich darauf zu ſehen haben, daß den landesherrlichen Geſezen, Verordnun-

gen und Verfügungen nachgelebt wird, ſo muß ihnen von allem Nachricht ertheilt werden 1), und ſie haben bey ſolchen Vorſchriften, auf deren Nichtbeobachtung eine Strafe geſezt iſt, durch fiſkaliſchen Prozeß dieſe herbeyzutreiben 2). Die Gerichte müſſen ſie von dem getriebenen Wucher benachrichtigen 3).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 343. §. 5. p. 569. 587.

2) C. J. Frid. P. II. tit. 11. §. 4. p. 109.

3) C. C. March. Nov. T. IV. p. 519.

282.

Fortſezung.

Sie haben ferner vorzüglich ihre Aufmerkſamkeit auf die Austretung und den ausländiſchen Aufenthalt der Vaſallen und Unterthanen 1), auf alle Betrügereyen öffentlicher Kaſſen und Gefälle, auf die Widerſezlichkeit der gegen die königlichen Beamten und Bedienten, auf die Verbrechen und die Veruntreuungen dieſer, desgleichen auf alle Vergehen, worauf eine Geld= und Gefängnisſtrafe von 6. Monaten geſezt iſt 2), insbeſondere auf die Beobachtung der Sportel= 3) und Stempeltaxen 4), des Lotterieedikts 5), auf den Geldwucher 6), das Zoll= und Acciſeweſen 7), zu richten.

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 405. 406.

2) C. J. Frid. cit. l.

3) C. C. M. Nov. T. IV. p. 73. 4) ibid. p. 448. 451.

5) cit. l. p. 975. 6) pag. 519.

7) T. I. p. 343. §. 4.

283.

Belohnung.

Von den Strafgeldern 1), und im Preußiſchen auch von einigen andern Gefällen 2), die durch ihren Fleiß in die landesherrliche Kaſſen fließen, bekommen die Fiſkäle einen Antheil, der im Preußiſchen auf ein Sechſtel beſtimmt iſt 3). Alle Geldſtrafen über 5. Thaler ſind fiſkaliſch 4), aber bey ſolchen, die anſtatt der Leibesſtrafe angeſezt ſind, wird keine fiſkaliſche Portion abgegeben 5).

1) *Oetken* C. C. Oldenburg. P. III. n. 14. ſeqq. p. 8.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 447.

3) Regl. vom 8. Jul. 1749. in C. C. March. Cont. IV. n. 71. und in der Schleſ. Samml. Th. II. Abth. 1. S. 242.

4) C. C. March. Nov. T. I. p. 35. 37.

5) Reſcript vom 28. Sept. 1718.

284.

Beſonderes Recht beym Konkurſe.

Obſchon die fiſkaliſchen Sachen einen befreyten Gerichtsſtand genießen 1), ſo werden doch die Fiſkalſtrafen beym Konkurſe allen Gläubigern nachgeſezt 2).

1) Reichsabſch. von 1654. §. 92. Neurodes in deſſen Erleuterung S. 365. *Mencken* in Syſt. Jur. Civ. p. 128. §. 49.

2) *Mencken* cit. l. p. 678.

285.
Polizeyaufſicht über die fiſkaliſche Amtsführung.

Der Staat trägt die genaueſte Aufſicht über das Fiſkalatamt. Daher im Preußiſchen fiſkaliſche Tabellen eingeſendet werden müſſen 1), und die Fiſkäle ihren Beyſtand den Amtsunterthanen ohne vorläufige Unterſuchung nicht leiſten dürfen 2). Sie haben überhaupt keine Privatſachen anzunehmen 3), noch können ſie über fiſkaliſche Sachen Vergleiche eingehen 4).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 67.

2) ibid. T. IV. p. 5043. Vergl. Eſtor Th. II. §. 6556.

3) Reichs K. G. O. P. I. tit. 15. 16. *Tafinger* in Inſt. Jur. Cam. § 226. p. 204.

4) *Tafinger* cit. l. §. 229. p. 207.

286.
Einſchränkung der fiſkaliſchen Gewalt.

Da durch nichts ſo ſehr, als durch den Misbrauch dieſes Amts die Unterthanen gekränkt werden können 1), ſo iſt daher den Fiſkälen, die ſich hierinn des geringſten Verſehens ſchuldig machen, die ſtrengſte Strafe angedroht 2), und ihr angefangenes Verfahren wird häufig kaſſirt. Im Preußiſchen müſſen die Oberhäupter der Kollegien dafür haften, und werden vom Könige unmittelbar zur Verantwortung gezogen 3).

1) *Leyſer* de Cauſis odii erga aduocatos fiſci eorumque flagitiis in Vol. I. Medit. ad Dig. Specim. I. p. 527.

Ge. Henr. Ayrer Comment. de fiſcalibus calumniis in opuſcul. min. n. 1.

2) Reichsabſchied von 1654. §. 87. Reichs K. G. O. P. I. tit. 16. §. 2. Conc. der K. G. O. P. I. tit. 28. §. 1. 2.

3) Circulare vom 9. Febr. 1745. in C. C. March. Cont. III. p. 3. Vergl. C. C. March. Nov. T. IV. pag. 1005. 2045. 2047. 3037.

287.

Urſprung der Advokaten.

Gleichwie bey den alten Römern, ſo war auch bey den alten Teutſchen die Advokatenſtelle eine anverwandſchaftliche und menſchenfreundliche Unterſtüzung und Berathung der ſtreitenden Partheyen 1). Faſt auf eben die Art, wie die Römer Advocatos, Monitores, Formularios und Cognitores unterſchieden 2), ſo ſonderten die Teutſchen Vorſprecher, Warner und Rauner voneinander ab, vereinigten ſie aber eben ſo oft wiederum in einer Perſon 3).

1) *Franc. Polleti* Hiſt. for. Rom. L. II. c. 1. pag. 110. *Schubart* de fatis Jurisprud. Rom. L. II. p. 324.

2) *Poll.* c. 2. p. 112. ſeqq.

3) Urk. Kaiſ. Siegmunds von 1429. in Senckenbergs Samml. ungedr. und rarer Schriften Th. I. S. 14. Vergl. von 1431. ap. *Lünig* in Corp. Jur. Feud. T. I. p. 185. Rechtsverfahren gegen H. Ludwig den Aeltern von Ingolſtadt von 1434. in meinen kleinen Schriften Band I. S. 521. Urthel K. Friedrichs III. von 1452. in Harpprechts Staatsarchiv des Kammergerichts Th. I. S. 162. Urthel des Landgerichts zu Dingelfingen von 1450. Paſſauiſches Marſchallenamtsurthel von 1465. in

Lü-

Lünigii Spicil. Eccl. T. I. p. 1849. 1850. Urk. von 1467. in *Iungii* Miſcell. T. IV. P. I. pag 55. Dergl. vom 9. Nov. 1470. in Sattlers Geſchichte von Würtemberg Th. III. S. 269.

288.

Ehemalige Beſchaffenheit.

Die Vorſprecher, Fürleger, Redner, Clamatores, Praelocutores, Prolocutores, Cauſſidici hatten den Rechtshandel in redneriſcher Form, mit lauter Stimme und im Kurialſtyle vorzutragen 1). Die Warner, Räthe, Vögte, Lehrer und Anweiſer hatten die Partheyen von der rechtlichen Lage ihrer Angelegenheit zu unterrichten 2), und der Rauner, vom Schwäbiſchen Worte raunen, ins Ohr ziſchen 3), mußte ihnen beym Verfahren ſelbſt mit den nöthigen Kautelen an die Hand gehen 4). Dieſe 3. Rechtsbeyſtänder wurden entweder vom Gerichte den Partheyen zugegeben, oder ſie erwehlten ſich dieſelbe aus dem Gerichtszirkel unter obrigkeitlicher Beſtätigung ſelbſt 5). So oft ein Vortrag geſchah, oder eine Antwort zu ertheilen war, ſo traten dieſe Rechtsvormünder, wie ſie manchmal heißen 6), mit den Partheyen, die oft zu dem Ende noch mehrere Anverwandten und Freunde bey ſich hatten, ab, um die Sache gemeinſchaftlich zu überlegen 7), und den Vortrag in gehöriger Form zu thun 8). Gleich den alten römiſchen Advokaten und Rednern verſahen ſie dieſe Verrichtung umſonſt, und die in der Folge dafür Geld nahmen, geriethen in große Verachtung 9). Es wurden bis zur Einführung

rung des Römiſchen Rechts zu jenen Stellen meiſt Schöffen und Gerichtsbeyſizer genommen, die hernach bey der Urthelsfaſſung deſſen ohngeachtet eine Stimme abzulegen hatten 10). Folglich waren ſie, wie die heutigen Preußiſchen Aſſiſtenten, ein Mittelding von Sachwaltern und Gerichtsperſonen, und inſtruirten den Prozeß mit dem Richter gemeinſchaftlich.

1) *Heineccius* in El. Jur. Germ. L. III. tit. 2. §. 79. ſeqq. et §. 91. ſeqq. *Haltaus* in Gloſſar. med. aeui col. 559. ſeqq. *Grupen* de Aduocat. c. 8.

2) Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen im Mittelalter S. 85. n. 1. *Haltaus* col. 48. 49. 1039. 1502. 1503.

3) Schwäb. Landr. C. 86. §. 8.

4) *Haltaus* col. 1567. Meine kl. Schriften B. I. S. 425.

5) Leges Longob. L. II. c. 52. §. 1. Sächſ. Landr. B. I. Art. 60. Schwäb. Lr. c. 90. 86. *Heineccii* El. Jur. Germ. L. III. tit. 2. §. 93. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Ex. 10. §. 7. p. 95. Das hieß ſich einen Fürſprecher andingen, einen angedingten Fürſprecher. *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui col. 23. 24. 360. Legitimus Aduocatus. Eſtor Th. III. §. 4963.

6) *Heineccii* El. Jur. Germ. L. III. tit. 2. §. 91.

7) Schwäb. Landr. C. 86. §. 3.

8) *Frid. Brummeri* Comment. ad Legem Cinciam de ſalariis Aduocatorum. Lipſ. 1716. c. VII. p. 82. ſeqq.

9) *Haltaus* cit. l. col. 566. 567.

10) Man ſehe die Beweisſtellen bey *Haltaus* col. 561. 562. 1502. 1503

289.

Urſache des teutſchen Haſſes gegen die Advokaten.

Nur geringfügige Dinge pflegten die Teutſchen ganz für ſich allein vor Gerichte zu verhandeln, und erſt, nachdem die römiſchen Doktoren ſich der Advokatur bemächtiget hatten, fiengen ſie an, einen Haß auf dieſes Amt zu werfen, und ſuchten dieſelbe von den Gerichten zu verdrängen 1). So müſſen die Gelehrten 2), die vom Haſſe der Teutſchen gegen die Advokaten und Sachwalter geſchrieben haben, erläutert und berichtiget werden.

1) Meine Geſchichte des teutſchen Rechts. Leipzig bey Schwickert 1781. §. 48. S. 58. §. 61. S. 69.

2) Gottfr. Schüze Schuzſchriften für die Deutſchen B. II. St. XV. §. 4. S. 452. in B. I. S. 31. vom Haß gegen die Advokaten. *Id.* Diſſ. de odio Germ. erga cauſarum patronos. *Loccen.* Ant. Sueogoth. L. II. c. 4. *Stiernhöök* de Jure Sueon. Vet. L. I. c. 6. pag. 72. *Dreyer* de vſu Jur. Angloſax. p. 158. 159. *Schilter* cit. l.

290.

Heutige Beſchaffenheit dieſes Amts.

Heutzutage iſt ein Advokat eine ſolche Perſon, die einer ſtreitenden Parthey beym Vortrage ihrer Angelegenheit bey Gerichte rechtlichen Beyſtand leiſtet. Es iſt ein öffentliches Amt, wozu man von Seiten der Landesherrſchaft oder Gerichtsobrigkeit nach vorheriger Prüfung, Vorweiſung akademiſcher Zeugniſſe, oder Erwerbung des akademiſchen Grads, förmlich beſtellt

und

und beeidiget wird 1). Es gibt daher in Teutſchland Reichshofrathsagenten, Reichskammergerichtsadvokaten, Kanzleyadvokaten, Regierungsadvokaten, Hofgerichtsadvokaten u. ſ. w.

1) Ord. Camer. P. I. tit. 18. *Kreſs* in Specim. Jurisprud. Priv. L. V. c. 7. §. 2. p. 760.

291.

Ausgeſchloſſene Perſonen.

Es ſind von dieſem Amte ausgeſchloſſen alle Frauenzimmer 1), unehrliche Leute 2), unſtudirte bürgerliche und Bauren 3), Männer von allzugroßem Anſehen und Macht 4), oder die nicht von der herrſchenden Landesreligion, oder einer der 3. Reichsreligionen ſind 5). Beym Reichskammergericht iſt ſogar erforderlich, daß er aus rechtmäßigem Ehebette erzeugt ſeyn muß 6). Alle Minderjährige unter 17. Jahren 7), Mönche und regulirte Katholiſche, desgleichen die Evangeliſchen Geiſtlichen 8), ferner die Stummen, Tauben und Blinden können nicht Advokaten werden.

1) L. 1. §. 5. D. de poſtul.

2) §. 11. Inſtit. de except. L. 1. §. 8. de poſt. Capit. L. VII. c. 114. Schwäb. Lr. c. 74.

3) L. 2. Cod. de poſtul. nicht aber unſtudirte Edelleute bey den Reichsgerichten. Reichsk. G. O. P. I. tit. 18.

4) tit. Cod. ne liceat potent.

5) C. 11. X. de haeret. C. 8. de ſentent. excommun. in VIto.

6) Ord. Cam. P. I. tit. 18. conf. Capitul. L. VI. c. 306.

7) L. 1. §. 3. D. de poſtul. Schwäb. Lr. c. 74. C. 1. 2. X. de poſtul. *Engau* El. Jur. Can. L. 4. t. 6. m. 1. §. 68.

8) L. 1. §. 2. 3. D. de poſtul.

292.

Nothwendiger Gebrauch der Advokaten.

Da das Rechtsverfahren heutzutage ein künſtliches Gewebe von einer Reihe ſonderbarer und mannigfaltiger Formalitäten geworden iſt, deren Vernachläſſigung oft den Verluſt eines wirklichen Rechts verurſachen kan, ſo erfordert das Polizeyrecht 1), nicht nur jedermann den Gebrauch eines rechtlichen Beyſtands bey Gerichte zu vergönnen 2), ſondern ſelbſt unerfahrne Perſonen damit zu verſehen 3), oder armen Partheyen einen umſonſt beyzuordnen 4), oder jene anzuhalten, daß ſie ſich einen annehmen 5).

1) L. 14. Cod. de aduocat. diuerſ jud.

2) *Ge. Chr. Gebauer* Oratio de laudibus aduocatorum. Goett 1736. *Engelbrecht* obſ. 82.

3) Sächſ. Lr. B. I. a. 60. Schwäb. Lr. c. 86. L. 9. §. 5. D. de off. procur. C. 1. X. de officio jud.

4) *Gail.* L. I. obſ. 43. n. 11. *Finckeltaus* obſ. 98. n. 6. 22.

5) C. 14. X. de judiciis.

293.

Armenadvokaten.

Zu dem Ende iſt an einigen Orten ein eigener Armenadvokat beſtellt, und an andern Orten iſt es

eine

eine Beſchwerde, deren ſich alle nach einer gewiſſen Ordnung unterziehen müſſen 1).

1) *Willenberg* Diſſ. de aduocatis pauperum C. II. §. 13. *Heineccius* in Elem. Jur. Germ. L. III. tit. 2. §. 100.

294.

Schädlichkeit der Advokaten.

Weil heutzutage die Advokaten die Prozeſſualiſche Weitläuftigkeit zu Befriedigung ihres Eigenuzes und ihrer Ränkſucht misbraucht, und dadurch die Prozeſſe verewiget, oder die Partheyen gar an den Bettelſtab gebracht haben 1), ſo ſind Polizeyvorſchläge geſchehen, ſie ganz abzuſchaffen 2).

1) *Caſp. Ziegler* Rabuliſtica ſiue de artibus Rabulariis. Dresdae 1685.

Feſting de artificiis Aduocatorum.

Ahasv. Fritſch Aduocatus peccans. Vratisl. 1678.

Ge. H. Bruckner de ſtratagematibus Aduocatorum.

Arn. Maur. Holtermann de nequitia aduocatorum. Marp. 1679.

Gottl. Aug. Jenichen Diſſ. de ſpuriis Aduocatorum priuilegiis. Lipſ. 1733.

2) *Io. Ulr. Cramer* Diſſ. an aduocati in Reb. publ. ſint tolerandi. Lipſ. 1736. Erörterung der Frage, ob die Abſchaffung der Advokaten dem gemeinen Weſen nüzlich oder ſchädlich ſeye. Halle 1780.

Vorbericht zur Neueſten Preuß. Prozeßordnung. Berlin 1781.

295.

Ihre Dienſtfertigkeit.

Kein Advokat darf einer Parthey, ſelbſt gegen die Obrigkeit, ſeine Dienſte verſagen 1). Er muß ſie ehrlich ohne alle Argliſt und Gefährde berathen 2), und in den Geſchäften den größten Fleiß zeigen, widrigenfalls alle Koſten und den Schaden erſezen 3).

1) L. 7. de poſtul. *Leyſer* Specim. 48. n. 3.

2) L. 14. §. 1. C. de judiciis. L. 9. §. 2. D. Offic. Procoſ.

3) L. 2. C. Mand.

296.

Dienſtverweigerung.

Jedoch offenbar ungerechte Sachen iſt er anzunehmen nicht ſchuldig, und muß ſie eben ſo von ſich ablehnen 1), wie heftige Ausbrüche 2) und Schimpfreden 3), die ihm von dem Gerichte eine willkührliche Beſtrafung zuziehen können 4).

1) *Struve* Ex. V. th. 7. *Huber* ad tit. de poſtul. §. 11.

2) *Leyſer* Specim. 547. 3) L. 6. §. 1. C. de poſtul.

4) L. vn. C. ſi quis jud. non obtemp. C. 1. de poenis in VIto. *Wernher* P. VII. obſ. 207. *Leyſer* Specim. 51. med. 2.

297.

Dienſtverpflichtung.

Nur Einer der ſtreitenden Partheyen kan er in jedem Rechtsfalle bedient ſeyn, indem er es mit der gegneriſchen Parthey auf keine Weiſe halten darf, bey

Strafe

Strafe des Verluſts der Advokatur, der Entehrung und einer gewiſſen Geldbuße 1).

1) L. 6. §. 1. et L. 7. D. de poſtul. Schwäb. Lr. c. 64.

298.

Geſchicklichkeit.

Die Advokatur erfordert viele wiſſenſchaftliche Kenntniſſe, Geſchicklichkeit und Erfahrung 1).

1) *Io. Bapt. Magonius* Cynoſura Aduocatorum, ſeu de ratione recte aduocandi et patrocinandi in jure. Francof. 1639.

Iac. Bouricius Aduocatus, ſeu de aduocati munere et officio. Leowardii 1650.

Io. Dav. Thoennicker Aduocatus Prudens in foro ciuili, cum praef. *Fr. Car. Conradi*. Lipſ. 1719.

Id. Aduocatus Prudens in Appellationis inſtantia. Chemn. 1718.

299.

Amtsverſehen.

Wenn der Advokat in Rechten Fehler begeht, ſo hat ſie der Richter von Amtswegen zu verbeſſern 1); wenn er aber welche bey Thatſachen begeht, und die Parthey iſt gegenwärtig, ſo müſſen ſie von dieſer, ehemals noch an demſelben Tage 2), heutzutage binnen 3. Tagen, wofern ſie aber abweſend geweſen, noch vor Abfaſſung des Beſcheids verbeſſert werden 3). Sonſt ſchaden ſie der Parthey 4), und ſie kan überhaupt die Handlungen ihres Advokaten genehmigen oder misbilligen 5).

 1)

1) tot. tit. Cod. vt quae deſunt aduocatis partium judex ſuppleat. *Brunnemann* Proceſſ. Civ. C. V. n. 11. 14.

2) C. 62. X. de appellat.

3) L. 3. Cod. de error. Aduocat. *Leyſer* Specim. 48. med. 7.

4 C. 20. X. de Cenſibus.

5) Sächſ. Landr. B. III. Art. 14. Schwäb. Lr. c. 86. §. 2. ff.

300.

Belohnung.

Auch beym Verluſte des Rechtshandels gebührt dem Advokaten, wenn er kein katholiſcher Geiſtlicher iſt 1), eine Verehrung, die zuweilen eine nach der Kanzley- oder Gerichtstaxe, oder nach der willkührlichen Ermäßigung des Richters beſtimmte Verdienſtsrechnung iſt 2), die einige Rechtsbegünſtigung genießt 3), manchmal eine jährliche Beſoldung macht 4). Ob die Quota Litis verſprochen werden kan, iſt noch zweifelhaft 5), dahingegen darf eine Belohnung für den gewonnenen Prozeß, Palmarium, allerdings gegeben werden, wofern nicht Landesgeſeze dieſes verbieten 6). Ein Advokat darf die Manualakten ſo lange innebehalten, bis er ſeine Bezahlung erlangt hat 7).

1) C. vn. C. 15. qu 2.

2) L. 1. §. 10. D. de extraord. Cognit.

3) *Leyſer* Specim. 547. med. 1. *Barboſa* T. V. coll. p. 231. n. 6.

4) L. 1. §. 13. D. de extraord. Cognit. L. 15. §. 1. C. de aduocat. div. jud.

5) L.

5) L. 5. Cod. de poſtul. *Corn. Van Eck* de quota litis. *Boehmer* Reſponſ. T. II. P. I. p. 169.

6) *Lauterbach* de Palmario.

7) *Troppaneger* Diſſ. de retentione actorum aduocati ob ſalarium non ſolutum competente.

301.

Preuſſiſche Aſſiſtenten.

In den Preußiſchen Staaten ſind die Advokaten abgeſchaft, und dagegen nach dem Muſter der altteutſchen Verfaſſung Aſſiſtenten und Aſſiſtenzräthe beſtellt worden, die ebenfalls zum Gerichtszirkel gehören 1). Ihr Amt iſt in Anſehung der Unterſuchung der Thatſachen ein wirkliches richterliches Amt, und ſie ſind Beyſtänder und Gehülfen des Richters, mithin nicht mehr bloße Sachwalter der Partheyen 2), mit denen ſie nur über die bey der Inſtruktion ſich ergebenden Umſtände in Korreſpondenz treten, und hernach die aus der entwickelten Thatſache für jene entſpringende Rechte ableiten und vertheidigen 3).

1) Erörterung der Frage, ob die Abſchaffung der Advokaten dem gemeinen Weſen nützlich oder ſchädlich ſey. Halle 1780.

2) Vorbericht zum Corp. Jur. Frid. L. I. art. 8.

3) ebendaſ. Art. 10.

302.

Prokuratoren.

Die Teutſchen erlaubten den Anwald, Procuratorem, bloß zur Entſchuldigung der Abweſenheit 1),

 und

und keineswegeſ zur Führung des Prozeſſes, als zu welchem Ende ſchlechterdings die Partheyen in Perſon erſcheinen mußten 2). Nach der neueſten Preußiſchen Prozeßordnung 3) findet in der Regel ebenfalls nur zur Anmeldung der Klage eine Bevollmächtigung oder ſchriftlicher Auftrag ſtatt, und muß im Verfolge der Prozeß von den Partheyen mündlich oder ſchriftlich unmittelbar geführt werden. Aber nach dem Umlaufe vom 20. Sept. 1783. iſt den Gerichten in gewiſſen beſtimmten Fällen eine Ausnahme zu machen, eigene Rechtskonſulenten und Juſtizkommiſſäre zu bevollmächtigen, erlaubt worden 4).

1) Schwäb. Lr. c. 96. Sächſ. Lr. B. II. Art. 7. *Heineccius* in Elem. Jur. Germ L. III. tit. 2. §. 94.

2) *Innocent. III. P. R. a. 1206. in c. 14. X. de jud.* Statuimus praeterea vt principales perſonae non per aduocatos ſed per ſeipſas factum proponant; niſi forte adeo ſint indiſcretae, vt earum defectus de judicis ſententia per alios ſuppleatur.

3) C. Jur. Frid. L. I. P. I. tit. 2. §. 10. 11. tit. 3. §. 2. 3.

4) Briefwechſel über die gegenwärtige Juſtizreform. Heft III. S. 29. ff.

303.

Erklärung.

Ein Anwald oder Gerichtsbevollmächtigter iſt eine ſolche Perſon, die vermög des Auftrags des Eigenthümers deſſen Geſchäfte und Angelegenheiten vor Gerichte beſorgt 1). Ihr Urſprung rührt aus dem Römiſchen und Kanoniſchen Rechte her 2).

1) *Caſpar Manz* de Aduocatis, Procuratoribus et defenſoribus. Ingolſtadii 1659. *Chr. Dan. Weigel* Diſſ. de Procuratoribus. Alt. 1755.

2) *Chr. Gottfr. Hoffmann* Diſſ. de origine et conditione Procuratorum e Jure Rom. et Can. nec non eorum progreſſu in forum Germanicum. Hal. 1716.

304.

Abtheilung.

Sie theilen ſich ein in die allgemeine und beſondere, in gerichtliche und außergerichtliche, in öffentliche und Privatbevollmächtigte, in Procuratores und Actores. Es gibt auch Eigenbevollmächtigte, Procuratores in rem ſuam 1).

1) *Lauterbach* de procuratore in rem ſuam. *Gundling* P. VI. n. 2.

305.

Ausgeſchloſſene Perſonen.

Faſt eben dieſelbe Perſonen, die zur Advokatur unfähig ſind, bleiben auch von der Gerichtsbevollmächtigung ausgeſchloſſen 1).

1) *Hellfeld* in Jurispr. l. for. L. 3. tit. 3. §. 393. *Engau* El. Jur. Germ. L. IV. tit. 6. §. 70.

306.

Art der Bevollmächtigung.

Die Privatbevollmächtigung iſt kein öffentliches Amt. Daher niemand wider Willen zur Uebernahme genöthiget werden darf 1). Eben ſo wenig kan man zu deren Beſtellung gezwungen werden, wovon nur

wenige Fälle, als bey mehreren Theilhabern des Streithandels 2), und bey der Abweſenheit vom Gerichtshofe, Ausnahme machen, und dem Richter deren Beſtellung von Amtswegen erlauben 3). Ueberhaupt iſt es eine eigenthümliche Beſtimmung des teutſchen Rechts, daß man bey vielen Gerichten nur gewiſſen dazu ernannten Perſonen die Privatbevollmächtigung ertheilen, oder dieſe beſtätigen laſſen muß 4).

1) L. 17 Cod. de procurat.

2) L. 5. §. 7. D. Judicatum ſolui.

3) *Chr. Gottfr. Hoffmann* Diſſ. de procuratore ex officio.

4) *Heineccius* in El. Jur. Germ. L. III. tit. 2. §. 102.

307.

Fälle, wo keine Bevollmächtigung ſtatt hat.

Beym erſten Verhöre und beym Verſuche der Güte in Eheſcheidungsſachen, desgleichen in peinlichen = Wechſel = und gewiſſen Eidesſachen, endlich, ſo oft es die Umſtände erfordern, werden keine Bevollmächtigte zugelaſſen 1). Sonſt kan man in allen bürgerlichen Sachen Bevollmächtigung ertheilen 2).

1) C. 1. de judiciis in VIto. *Brunnemann* in Jure Eccleſ. L. III. c. 3. §. 1.

2) L. 1. §. 2. D de Procurat. et Defenſ. P. 6. §. 2. D. de his qui notantur infamia. C. 5. X. de procurat.

308.

Mitwirkung mehrerer Bevollmächtigten.

Wenn mehrere Bevollmächtigte ohne die Klauſel: Samt und Sonders, beſtellt ſind, ſo kan keiner ohne

ohne Mitwirkung des Andern etwas Gültiges vornehmen 1).

1) C. 6. de procurat. in VIto.

309.

Bevollmächtigungsakte.

Die Bevollmächtigung geſchieht mittelſt gehöriger Ausfertigung einer Urkunde, oder eines Protokolls, worinn Einem die Beendigung des Streithandels im Namen der Parthey und ihrer Erben vollkommen übertragen iſt 1). Wer mit keiner ſolchen Akte, Procuratorium, verſehen iſt, und doch für einen Andern Geſchäfte bey Gerichte beſorgt, iſt ein falſcher Prokurator 2), wovon aber einige Ausnahmen zugelaſſen werden 3). Weder ein Blankett noch der Beſiz der Hauptdokumente iſt zur Bevollmächtigung hinreichend.

1) Corp. Jur. Frider. L. I. P. IV. tit. 3. §. 15. ſeqq. Reichsabſch. v. 1654 §. 99. 100. Wirtemb. Lr. P. I. tit. 16. u. tit. 34. §. Es ſollen auch. *Lyncker* de forma Procuratorii c. 7. §. 7. *Bardili* de ſubſcript. c. 7. n. 21. *Stryk* de jure analph. C. V. n. 15. *Reinharth* ad *Chriſt.* P. I. obſ. 58. p. 151. *Heinecc.* El. J. Germ. L. III. tit. 2. §. 84. 101. 102.

2) C. 3. 4. X. de procurat. *Bardili* de falſo Procuratore.

3) *Engau* El. Jur. Germ. cit. l. §. 71. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 3. §. 13. 14.

310.

Syndikus.

Eine Perſon, welche die Geſchäfte einer ganzen Gemeinde vermög erhaltenen Auftrags beſorgt, heiſt ein Syndikus 1). Die Eintheilung enthält beſtändige und einſtweilige.

1) L. 1. §. 1. L. 6. §. 3. D. quod cuiusque Vniv. L. vlt. §. 13. D. de mun. et hon. *Lauterbach* Diſſ. de Syndicis. *Heineccii* El. Jur. Germ. L. III. tit. 23 §. 101. p. 459.

311.

Seine Beſtellung.

Ein beſtändiger Syndikus beſizt ein Amt und eine Würde, die ihm auf eben die Art, wie jedes obrigkeitliche Amt ertheilt wird, übertragen werden muß 1). Wenn er einmal von einer Gemeinde gehörig angenommen iſt, ſo bedarf er zu ſeinen einzelen Dienſtverrichtungen keine beſondere Vollmacht 2).

1) *Conr. Wilh. Strecker* de legitima conſtitutione Syndicorum. Erfurti 1739. *Engelbrecht*, *Gærtner*, *Ziegler* Diſſ. de conſtitutione Syndici. *Carpzov* P. I. c. 13. def. 8. *Leyſer* Specim. 54. med. 1.

2) C. 9. X. de procurat. *Berlich* P. I. concl. 14. n. 99.

312.

Syndikat.

Jeder einſtweilige Syndikus muß ſich durch Vorweiſung des Syndikats legitimiren 1), das zwar dem weſentlichen Innhalte nach jedem Prokuratorium gleichförmig

förmig iſt, jedoch zugleich auch ein obrigkeitliches oder Notariatszeugnis enthalten muß, daß die Bevollmächtigung geſezmäßig geſchehen iſt 2).

1) *Ern. Mart. Chladenius* ſingularia de Syndicis et inſtrumento Syndicatus. Vit. 1756. *Maur. Ad. Engel* de Syndicatus et eius valida renunciatione. Lipſ. 1747.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 3. §. 25. *Hellfeld* in Jurisprud. for. L. III. tit. 5. §. 414. *Io. Caſp. Heimburg* de eo, quod circa facta vniuerſitatum licita juſtum eſt. Ienae 1720. *Nic. Loſeus* de jure Vniuerſitatum. Spirae 1611.

313.
Verweigerter Gebrauch des Gemeindsſyndikus.

In den Preußiſchen Staaten wird den Gemeinden in Prozeßſachen nicht leicht der Gebrauch eines Syndikus geſtattet, ſondern ſie müſſen zu dem Ende 2. oder 3. Gerichtsdeputirte beſtellen 1).

1) Preuß. K. G. O. v. 1. Merz 1709. tit. 31. §. 16. tit. 43. §. 25. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 424. 448. C. Jur. Frid. L. I. P. I. tit. 1. §. 6. C. C. March. Nov. T. II. p. 419. T. III. p. 465. *Io. Flor. Rivinus* Diſſ. de juramento Vniuerſitatis. Lipſ. 1731.

314.
Notarien.

Die Notarien, die zuweilen Tabellionen, Kanzler, Judices Ordinarii et Chartularii, Tabularii, Logographi, Actuarii, Clerici, Schreiber, Referendarien, Sekretarien nach beſondern Verrichtungen und Urſächen genennt werden, waren vom Staate beſtellte Perſonen,

ſonen, die alle Handlungen der willkührlichen Gerichtsbarkeit beſorgten 1), die Partheyen verhörten, hernach die zu dem Ende nöthigen Akten aufſezten, ausfertigten und in Verwahrung nahmen 2). Sie theilten ſich in öffentliche und Privatnotarien, und in Päbſtliche, Kaiſerliche und Landesherrliche, ferner dieſe in Primicerios et Secundicerios 3). Anfangs verſahen dieſes Amt lauter Geiſtliche, das aber durch päbſtliche Verbote nach und nach ſich abänderte 4). Karl der Große ließ im Jahre 803. überall in ſeinen Staaten durch die Hofkommiſſarien Notarien einſezen, und es ward verboten, durch irgend jemand anders Akten ausfertigen und beurkunden zu laſſen 5).

1) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui col. 1449. 1450. *Woelker* ad Reform. Nor. P. I. p. 653.

2) *Loth.* Ang in L. Longob. 97. ap. *Muratori* int. Script. rer. Ital. T. I. P. II. p. 149.

3) *Lud. Ant. Muratori* Diſſ. XII. de Notariis in Antiquit. Ital. Vol. I. p. 655. Neue Diplomatick B. III. Hſt. 3. Abſchn. 7. Art. 4. von alten und neuen Notarien und Tabellionen Th. VIII. S. 179. ff.

4) a. a. O. §. 361 S. 181. *Lauterbach* Coll. L. 22. tit. 4. §. 30. Dreyer Nebenſt. S. 58. ff.

5) *Adelchiſi Princ. Benev. Capit. III. ap. Camill. Peregrinum in Hiſt princ. Langobard. p. 316.* Inconueniens vsque modo conſuetudo exſtitit, vt jam quisque voluiſſet, ſi noſſet ſcribere breuem (ſcriberet,) vndecunque opportunitas exegiſſet. Modo autem decernimus, vt ſoli Notarii Brevem ſcribant, ſicut et cetera munimina: et quiscunque deinceps Brebis fuerit abſque notarii ſubſcri-

ſcriptione oſtenſus, nullam retineat firmitatem, quoniam multos deprehendimus ex illis fuiſſe falſos, quod — cupimus, vt vlterius non fiat.

315.

Ihre öffentliche kollegialiſche Verſammlungen.

Die Notarien hatten einen öffentlichen Verſammlungsort, wo ſie ihre Geſchäfte verrichteten 1), denn ſie mußten ihre Akten in Gegenwart einiger Gerichtsperſonen aufſezen 2). Sie fanden ſich zugleich auf allen Reichstägen, Hoftagen, Landtagen und andern öffentlichen Verſammlungen ein 3), und verzeichneten alle Verhandlungen in ihre Notariatsprotokolle, die ſie zu halten ſchuldig waren 4).

1) Neue Diplom. a. a. O. §. 373. S. 188.

2) *Muratori* cit. l. pag. 660. LL. Longob. L. II. tit 41. §. 1. 2. 6.

3) *Io. de Fordon* Scotochron. L. XVI. c. 39. Cod. Mſ. Ingulphi ap. *Lambard.* in Archaeon. p. 158. Meine Geſchichte des teutſchen Rechts §. 17. 18. 19. S. 24. ff.

4) Neue Diplom. a. a. O. §. 378. 379. S. 191. 192.

316.

Geſezliche Kundmachung durch ſie.

Daher galt es im Mittelalter für eine feyerliche Kundmachung, wenn die Notarien ein Geſez oder eine kaiſerliche oder landesherrliche Verordnung in ihre Protokolle, in die Stadt- und Gerichtsbücher eingetragen hatten, und derlei Verzeichniſſe gaben unſern heutigen Rechtsbüchern des Mittelalters den Urſprung

ſprung 1). Weſtphalen 2) hat ſich daher ſehr geirrt, wenn er das Hamburgiſche Ordalienbuch und andere Stadtbücher nicht für öffentliche Geſezbücher gelten laſſen will.

1) Man ſehe eine große Reihe Beweisſtellen in meiner Literatur des german. Rechts, Abſchn. IV. §. 167. S. 118. ff. *Weſtphalen* in praefat. Tom. IV. Monum. ined. rer. Cimbr. et Megapol. pag. 126. nota a). *Mabillon.* de re diplom. p. 632.

2) cit. l. p. 129. nota k).

317.
Heutige Verfaſſung.

Noch heutzutage gibt es Notarien, die öffentliche Perſonen und zur Beglaubigung und zu beurkundeter Ausfertigung gewiſſer Geſchäfte beſtimmt ſind. Sie ſind entweder kaiſerliche, oder apoſtoliſche, oder landesherrliche Notarien. Beide erſtere Gattungen werden nicht unmittelbar vom Kaiſerlichen oder Päbſtlichen Hofe, ſondern von den Hofpfalzgrafen angenommen und beeidiget. Diejenigen, die beym Kammergerichte eingezeichnet ſind, heißen kaiſerliche immatrikulirte Notarien, und nur ſolche können zu den reichskammergerichtlichen Geſchäften gebraucht werden. Ueberhaupt ſollen die kaiſerlichen Notarien nur zu weltlichen Händeln unter den Laien, die apoſtoliſchen aber zu den geiſtlichen und Kirchenſachen, und zu den Geſchäften zwiſchen geiſtlichen Perſonen gebraucht werden 1).

1) *Lauterbach* cit. l. §. 28.

318.

318.

Landesherrliche Notarien.

Schon ſeit der älteſten Zeit hatte die hohe Geiſtlichkeit ihre eigene Notarien, und in der Folge alle Landherren 1). Daher es heutzutage nach entſtandener Landeshoheit deſtoweniger Zweifel hat, daß die Reichsſtände in ihren Ländern ſelbſt Notarien beſtellen können, und ſogar in Handlungen, die eine richterliche Sacherkenntnis erfordern, nicht einmal den kaiſerlichen Notarien bey ſich die Ausübung ihres Amts erlauben. In den Preußiſchen Staaten, in Kurſachſen, Heſſen, und in Frankfurt am Main 2) ſind eigene bey den dortigen Gerichten immatrikulirte Notarien beſtellt. Dahingegen im Reiche, wie z. B. in Wirtemberg, faſt gar keine, ſondern zu dem Ende bloß die geſchwohrnen Stadt = und Amtſchreiber gebraucht werden.

1) Neue Diplomatick B. III. Hſt. 3. Abſchn. 7. Art. 3. §. 362. 363. 364. Th. VII. S. 182. 183.

Dipl. Hug et Loth Ital. Regum de 942. ap. *Muratori Ant. Ital. p. 663.* Concedimus denique eidem Aduocatos ſiue Notarios, quantos et quales Pontifices vel miniſtri Eccleſiae elegerint, tam de ſuis, quamque de alienis liberis hominibus, qui eiusdem Epiſcopii vel Canoniae ſeu omnium clericorum ſuorum rerum vtilitates exercere noſcuntur.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 7. Abſchn. 3. §. 111. ſeqq. Heß. Kaßel. Verordn. wegen der in den Heß. Landen befindlichen Notarien. 1744. Frankfurt. Notariatsordn. von 1589. 1616. 1669. §. 7.

319.
Gebrauch der kaiſerlichen Notarien.

Indeß, da die Auktorität der landesherrlichen Notarien ſich bloß auf die Landesgrenzen einſchränkt 1), und es faſt ein völkerrechtliches Herkommen in Europa worden iſt, in Handelsſachen ſich der kaiſerlichen Notarien zu bedienen, ſo geſchieht es, daß man in Wechſel = Handels = und andern Geſchäften mit ausländiſchen Kaufleuten und Perſonen dieſe gebraucht, obſchon es denen ächten ſtaatsrechtlichen Begriffen nicht gemäß iſt.

1) *Lauterbach* cit. l. §. 33.

320.
Notariatsfähige Perſonen.

Nach der Regel können alle die Perſonen nicht Notarien werden, die keine Zeugſchaft ablegen dürfen. Insbeſondere alle Blinde, Stumme, Taube, Raſende, Blödſinnige, Unmündige, Weiber, Leibeigene, Unwiſſende, Ungläubige, Kezer, Reichsächter und Verbannte, Meineidige 1).

1) K. Maximilians I. Notariatsordnung von 1512. in der Samml. der Reichsabſch. *Lauterbach* cit. l. §. 31. 32.

321.
Ernennung.

Die Ernennung zum Notarius geſchieht nach vorläufiger Prüfung in Gegenwart einiger Zeugen

durch

durch die Einfeſtung, Beeidigung und Uebergabe des Notariatsſiegels 1).

1) Eſtor Th. II. §. 3943.

322.

Ihre Dienſtverpflichtung.

Ein beſtellter Notar muß ſich auf Verlangen den ihm zukommenden Geſchäften auch wider ſeinen Willen, nur nicht bey Nacht und an Feſttagen 1), unterziehen, und kan im Weigerungsfalle durch obrigkeitliche Zwangsmittel dazu angehalten werden 2). Wenn er kein Doktor, Geiſtlicher, Mönch oder Rathsherr iſt, ſo darf er ſich ſeine Arbeit bezahlen laſſen, ungeheißen aber nichts vornehmen 3).

1) Eſtor Th. II. §. 3956. 3957.

2) *Lauterbach* §. 28. 3) Id. §. 34.

323.

Amtsverrichtungen.

Er kan alle Arten bürgerlicher Geſchäfte und Handlungen verrichten, und darüber Protokolle und Aufſäze begreifen 1). Sein Amt äußert ſich in gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen. Er iſt gleichſam wie eine allgemeine Urkundsperſon zu betrachten, die in gewiſſen Fällen ſelbſt den Gerichten beyſtehet. Er nimmt die Teſtamente und andere lezte Willensverordnungen auf, bringt die Kontrakte, Verträge, Vergleiche zu Papiere, legt Proteſtationen, beſonders in Wechſelſachen, ein, hört Zeugen

ab, eröfnet und verkündet die lezten Willensverordnungen, beurkundet die ergriffene Rechtsmittel, Beſizergreifungen, die Zeugenunterſchriften, Verzichtleiſtungen, und hält über alles, was vorgehet, Protokolle 2).

1) *Lauterbach* §. 36. ſeqq.

Adam Volckmanns Notariatkunſt vermehrt von Ge. Beyer. Leipzig 1721.

Benj. Sal. Schlegels allzeit fertiger Notarius. Leipzig 1736.

Joh. Gottfr. Bolzens wolunterrichteter und allezeit fertiger Notarius. Frankf. am Main 1757.

2) Heß. Kaßel. Verordn. wegen der Notarien von 1744. Baier. Landsordn. L. I. tit. 7. C. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 7. Abſchn. 2. §. 81. ſeqq. Reichs K. G. O. v. 1555. tit. 39. §. 2. Concept der K. G. O. P. III. tit. 20. §. 21. Eſtor Th. II. §. 3947. ff. Th. III. §. 3941.

324.

Nothwendige Geſchicklichkeit und Erfahrung.

Die Wichtigkeit ihres Amts erfordert große Geſchicklichkeit und viele Erfahrung. Da aber in einigen Gegenden armſelige und unwiſſende Leute dazu gewehlt werden, die daher unendliche Fehler in ihren Arbeiten begehen, ſo hat dieſes die Rechtsgelehrten veranlaßt, nicht nur in eigenen Schriften 1) dieſe Fehler aufzudecken, ſondern ihnen auch behörige Anleitung 2) zu Führung ihres Amts zu geben.

1) *Ant. Taſſara* de Notariorum erroribus. Francof. 1511.
Ier. Eb. Link Diſſ. de delictis Notariorum circa vltimas voluntates. Argent. 1731.
Guſt. Henr. Mylius Diſſ. de Notario peccante in Inſtrumento publico conficiendo. Lipſ. 1740.
Ahasv. Fritſch Notarius peccans et errans.

2) *Iac. Brinckmann* de Notariis eorumque officio. Alt. 1633. *Pet. Müller* de arte Notariatus. Ien. 1690.

325.
Preußiſche Notarien.

In den Preußiſchen Staaten befinden ſich von den Landesjuſtizkollegien angenommene und dort immatrikulirte Notarien 1), die ordentliche Kollegien formiren, und einen Juſtizdirektor über ſich haben. In großen Städten theilen ſich dieſelben in mehrere Deputationen, und in kleinen Städten ſind bloß die einzelen Notarien Mitglieder des Kollegiums der Hauptſtadt 2). Wie in der alten Zeit, ſo müſſen ſie ſich auch jezo an einem gewiſſen öffentlichen Orte, woſelbſt ſich zugleich ihre gemeinſchaftliche Regiſtratur befindet, alle Tage verſammeln, und jährlich dahin ihre gefertigten Akten und Papiere ſamt Verzeichniſſe zur Verwahrung abliefern 3).

1) Inſtruktion für die Notarien in den Preuß. Provinzen vom 11. Jul. 1771. in C. C. March. T. V. Jahrg. 1. p. 271.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 7. Abſchn. 3. §. 111. 112. 113. 114.

3) cit. l. §. 115. 116. ſeqq.

326.
Preußiſche Juſtizdirektoren.

Der Juſtizdirektor wird aus der Anzahl der Notarien des Orts vom Oberhaupte der Gerechtigkeitspflege ernennt, und muß ſolches auf ein Jahr übernehmen. Er hat die Aufſicht über die Glieder des Kollegiums, die Reviſion der Protokolle mit den Koncepten der Ausfertigungen, und die Sieglung der leztern. Ferner die Anweiſung der Notarien für arme Partheyen, die Berathung der übrigen in ihren Geſchäften, die Anſage der Zuſammenkünfte und die Aufſicht über die Regiſtratur. In ſeiner Ermanglung verſieht deſſen Stelle der älteſte Notar. Das Kollegium hat ſeinen eigenen Kanzliſten 1).

1) Corp. Jur. Frid. cit. l. §. 129. ſeqq.

327.
Preußiſche Juſtizkommiſſäre.

Mit dem Preußiſchen Notariat iſt immer das Juſtizkommiſſariat verknüpft, welches ein Ueberbleibſel der alten Advokatur iſt, und deſſen Verrichtungen ſchon urſprünglich den Notarien zugekommen ſind. Sie beſtehen in der Berathung der Partheyen in ihren Rechtsangelegenheiten, in der gerichtlichen Beſorgung und Vollziehung gewiſſer Geſchäfte und Angelegenheiten, und in der geſezmäßigen und feyerlichen Verfertigung der ſchriftlichen Aufſäze über gewiſſe bürgerliche Handlungen. Außerdem werden ſie im Nothfalle auch als Aſſiſtenten gebraucht 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 7. Abſchn. II. §. 13. ſeqq.

328.

Art ihrer Anſtellung.

Es gelangen zu dieſen Stellen nur Referendarien, die eine Zeitlang bey einem Juſtizkollegium gearbeitet, und die erforderliche Prüfung ausgeſtanden haben 1). Sie müſſen ſich zugleich bey dem Juſtizkollegio als öffentliche Notarien immatrikuliren laſſen 2). Außer dieſen Juſtizkommiſſarien darf niemand außergerichtliche und unſtreitige Rechtsangelegenheiten beſorgen, noch wird von den Kollegien ohne deſſen Unterſchrift irgend etwas angenommen 3).

1) C. J. Frid. cit. l. Abſchn. I. §. 8.

2) ibid. §. 12. 3) cit. l. §. 4. p. 105.

329.

Polizeyämter.

In Haupt- und Reſidenzſtädten ſind zu Beſorgung des Polizeyweſens Polizeydirektoren mit einer Anzahl Polizeykommiſſarien beſtellt 1). Jener hat wegen der Zufuhre auf den Markt, wegen den Zoll- und Acciſedefraudationen, den nächtlichen Zuſammenkünften, wegen der Höckerey, Schlächter, Becker, Maaß und Gewicht, neuen Bauten, beſondere Obliegenheiten 2). Er muß auf die Straßen, Fiakres, Feuergeräthe, Brunnen, Tanzböden, Wirthshäuſer, Nachtwächter ꝛc. hauptſächlich auf das herrenloſe oder lüderliche Geſinde Acht haben 3). Daher auch alle Lohnlakayen und die Geſindemäkler unter ihm ſtehen 4), und ihm die angekommenen Fremden gemeldet

meldet werden müſſen 5). Er hat der Betteley zu ſteuern 6), und die Hauſirer zu verfolgen 7).

1) Inſtruktion für den Berlin. Polizeymeiſter vom 23. Merz 1735. in C. C. March. T. V. Abth. 1. pag. 121. Dergl. für den Polizeydirektor vom 12. Merz 1742. ibid. Cont. II. p. 58. Inſtruktion für den Polizeydirektor zu Königsberg vom 16. Merz 1752.

2) C. C. March. Cont. II. pag. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 52. Cont. III. p. 59. Tom. IV. Abth. 1. p. 448. Tom. III. Abth. 1. p. 381. 382. Cont. IV. n. 147. 148.

3) ibid. Cont. II. pag. 63. 64. 65. Cont. III. p. 58. 59.

4) cit. l. p. 66. Cont. II.

5) pag. 64. 53. 131. 132. Cont. III. p. 200.

6) Cont. II. p. 64. 65.

7) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 135.

330.
Verhältniß zum Stadtmagiſtrate.

An einigen Orten iſt er vom Stadtmagiſtrate ganz abgeſondert, an andern aber und größtentheils iſt er, wie im Preußiſchen, ein Mitglied deſſelben, der ſamt ſeinen Unterbedienten ihn in ſeinen Amtsverrichtungen zu unterſtüzen, und nichts ohne ihn in Polizeyſachen zu verfügen hat 1). Zwei Rathmänner ſind zu Berlin Aſſiſtenten des Polizeydirektors, der keine Sporteln nehmen darf, ſeine Jurisdiktion über alle Einwohner ohne Unterſchied des Standes und des Gerichtszwangs erſtreckt, und die Berichte ans Generaldirektorium abzuſtatten hat 2).

1) C. C. M. Cont. II. p. 60.

2) cit. l.

331.

Polizeykommiſſare.

Die Polizeykommiſſarien, Commiſſaires des Quartiers, haben ſich nach allen Leuten, die in ihrem Quartiere wohnen, zu erkundigen, was ſie für Handthierung und Nahrung treiben, oder, wovon ſie leben; das lüderliche Geſindel und die Bettler dem Polizeydirektor anzuzeigen, ſich von allen Hauswirthen die neueingemietheten oder logirten Leute nach Verlauf 24. Stunden melden zu laſſen, und ſie ſogleich dem Polizeydirektor zu melden, keine ſchlechte und lüderliche Wirthſchaft zu dulden, die Wirths = Wein = und Bierhäuſer des Abends zu gehöriger Zeit ſchließen zu laſſen, allen Auflauf ſogleich zu ſtöhren, das Hauſiren der Juden zu verhindern, Straßen und Brunnen reine und gut zu erhalten, bey Feuersbrünſten die nöthigen Löſchungsanſtalten zu treffen, und ſich in allem den Befehlen des Polizeydirektors zu fügen 1).

1) Inſtr. für die Commiſſaires des Quartiers von Berlin vom 20. Febr. 1742. in C. C. March. Cont. II. p. 51. ſeqq. Vergl. Inſtr. für den Polizeymeiſter vom 23 Merz 1735. in C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 121. ſeqq.

332.

Polizeyreuter.

In den Preußiſchen Staaten gibt es eine Gattung Polizeydiener, die heißen Polizeyreuter, Landreuter, Einſpännige, Ausreuter, Executores. Es

werden dazu tüchtige Invaliden ausgewählt, die zuweilen Kaution leiſten müſſen, und eigene Ordnungen i) zu beobachten haben. Ihr Amt beſteht theils in einer Unteraufſicht in Polizeyſachen, theils in der Vollziehung der ihnen von den Kollegien anbefohlenen Exekutionen. Sie haben beſtimmte Beſoldungen, und genießen noch bey ihren Amtsverrichtungen gewiſſe Gebühren, Wart = und Meilengelder, die in den Sportelordnungen ausgeworfen ſind.

i) Landreuterordnung vom 1. Jul. 1597. in C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 65. Landreuterordnung in der Neumark vom 24. Sept. 1646. ibid. p. 139. Dergl. verbeſſerte vom 11. Dec. 1700. cit. l. p. 269. Verbeſſerte Landreuterordnung für die Kurmark vom 4. Merz 1709. pag. 487. Generalinſtruktion für die Ausreuter vom 15. Sept. 1713. cit. l. T. V. Abth. 1. p. 98. Reglement für die Landreuter beym Kammergericht zu Berlin vom 15. Jun. 1715. Tom. II. Abth. 1. p. 569. Inſtruktion für die Ausreuter in der Neumark, Sternberg und einverleibten Kreiſen vom 30. Sept. 1733. ibid. T. V. Abth. 1. p. 111. Inſtruktion für die Polizeyausreuter in der Mittel = Ucker = Altmark und Priegniz vom 23. Febr. 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 626. Extrakt aus der Inſtruktion vom 25 Merz 1754. cit. l. pag. 651. Inſtruktion für die Polizeyausreuter des Fürſtenthums Minden, der Grafſchaften Ravenſperg, Tecklenburg und Lingen vom 12. April 1756. ib. Tom. II. pag. 70. Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 5. Abſchn. V. vom Amte der Exekutoren S. 95. ff.

333.

Erforderniſſe zur Erlangung eines Amts im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten kan von Einheimiſchen, denn Ausländer 1) und invalide Militairperſonen 2) ſcheinen hierinn ein Privilegium zu genießen, niemand weder zu einer Juſtiz= 3) noch zu einer Kameralbedienung 4) gelangen, der nicht eine Zeitlang vorher bey einem Juſtizkollegio oder bey einer Kammer als Referendar geſtanden und die erforderlichen Prüfungen ausgehalten hat 5).

1) Edikt vom 1. Sept. 1747. Abſchn. 2. §. 3. in C. C. March. Cont. III. p. 184. Edikt vom 8. April 1764. Abſchn. 2. §. 3. in Tom. III. Corp. March. Nov. p. 411.

2) oben B. I. §. 871.

3) Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 4. §. 33. tit. 8. §. 4. tit. 7. Abſchn. 1. §. 8.

4) Des Miniſters von Hagen Plan vom 12. Febr. 1770. über das Preuß. Kameralweſen § 5. in den hiſt. ſtatiſt. Beytr. Th. 1. S. 43. Von Lamott Prakt. Beytr. zur Kameralwiß. Th. 1. St. 5. S. 112. ff.

5) Regl. vom 12. Nov. 1755. §. 3. 4. C. J. Frid. cit. l. §. 31. Verordn. vom 12. Febr. 1770. §. 3. 9.

334.

Oeffentliche Prüfung.

Ein Kandidat, der ſich um eine Juſtiz= oder Kameralſtelle meldet, muß der Bittſchrift an das

Ober=

Oberhaupt der Rechtspflege oder an das Generaldirektorium ein Zeugnis des Präſidenten, bey deſſen Kollegium er vorher gearbeitet hat, beylegen 1). Hierauf ergeht die erforderliche Verordnung an die unmittelbare Prüfungskommiſſion, ihn, und zwar beym Kameralfach 3., und bey dem Juſtizfach 2. Proberelationen machen zu laſſen, und ihn ſodann der vorſchriftsmäßigen Prüfung zu unterwerfen 2). Die Urſache, warum beym Juſtizfache nur 2. Proberelationen geſchehen, ſind die vorläufige Ausarbeitungen als Aſſiſtenzrath und als Gerichtsdeputirter, die ein Juſtizkandidat ſchon vorher im Kollegio gemacht hat, und welche an die Examinationskommiſſion zur Unterſuchung miteingeſchickt werden 3). Nach verfertigten Proberelationen und des Gutachtens über einen Pachtanſchlag, deren alleinige Abfaſſung er förmlich angeloben muß, hat er 20. Thaler als Prüfungsgebühren zu entrichten, und dann wird die wirkliche Examinirung in der Rechtstheorie, in Domainen = Steuer- Städtiſchen = Handels = und Manufakturſachen angeſtellt 4). Wenn der Kammerreferendar gut beſtanden hat, ſo erhält er darüber von der Examinationskommiſſion ein förmliches Zeugnis, welches das Generaldirektorium durch Reſcript der Kammer abſchriftlich mittheilt 5). Beym Juſtizreferendar wird über den Erfolg der vorgenommenen Prüfung von der Examinationskommiſſion erſt an das Juſtizoberhaupt unter Beyſchließung der Akten und Protokolle berichtet 6).

1) Verordn. an die Oberexaminationskommiſſion vom 12. Febr. 1770. §. 2. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6681. Corp. Jur. Frid. L. I. P. III. tit. 4. §. 25.

2) Regl. vom 12. Nov. 1755. in C. C. March. Nov. T. I. p. 892. 893. C. J. Frid. cit. l. §. 26. 27. angef. Verordn. v. 12. Febr. 1770. §. 3. Lamott Prakt. Beytr. zur Preuß. Kameralwiß. Th. 1. St. 5. Abth. 2. S. 124. 125.

3) C. Jur. Frid. cit. l. §. 22. 23. 27.

4) Regl. vom 12. Nov. 1755. §. 2. 7. 11. C. J. Frid. cit. l. §. 27. Verordn. vom 12. Febr. 1770. §. 13.

5) Von la Mott am a. O. S. 126. 127.

6) Regl. v. 12. Nov. 1755. §. 8. C. J. Frid. cit. l. §. 28. 29.

335.

Amtsfähigkeit.

Die Aemter und Juſtizbedienungen müſſen mit redlichen, geſchickten und fleißigen Leuten beſezt werden, die ſich bemühen müſſen, die Gerechtigkeiten und Zubehörden des Amts zu erhalten, und das Abgekommene wieder herbeyzuſchaffen 1). Sie müſſen nicht nur Rechtsgelehrte ſeyn, ſondern auch die erforderlichen Kenntniſſe in den Kameral- und Finanzwiſſenſchaften beſizen 2).

1) Kurſächſ. Prozeßordn. tit. 2. §. 1. 2. Verbeſſerte Kurſächſ. Proz. Ordn. tit. 2. §. 1. 2. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 1. tit. 6. Sachſ. Altenb. Ger. u. Proz. Ordn. P. IV. c. 10. Hannöv. Landt. Abſch. v. 3. April 1639. Conſt. Brunſw. Lun. T. II. p. 715. Wirtemb. L. O. tit. 6. Kurpfälz. Lr. tit. 7. Oberpfälz. Lr. tit. 10. 35.

2) Ph.

2) *Ph. Reinh. Vitriarius* Diſſ. de praefectis eorumque requiſitis. Lugd. Bat. 1708.

335.

Amtsverrichtungen.

Denen Beamten ſteht die Gerechtigkeitspflege zu, und ſie haben deswegen eigene Amtsgerichte unter ſich, die ſie ſelbſt verwalten 1) und insbeſondere bey Sachen der willkührlichen Gerichtsbarkeit vielen Fleiß zeigen müſſen. Es gebührt ihnen die Verwaltung der Polizey, die Beſorgung des Steuerweſens, Hebung der landesherrlichen Einkünfte 2), Ausſchreibung und Anordnung des Frohn- und Vorſpannsweſens, die Einquartirung, Muſterung und Auswahl der jungen Mannſchaft zum Kriegsdienſte, Grenzbeſichtigungen, Kirchen- und Schulviſitationen, die Rechnungsabnahmen, Vereidung der übrigen Bedienten 3). Sie führen das Amtsſiegel 4), und dürfen ſich in Amtsſachen nicht ihres eigenen Pettſchafts bedienen 5). Im Preußiſchen haben ſie bey der Beſtrafung der Unterthanen beſondere Vorſchriften zu beobachten 6).

1) *Berger* El. diſcept. for. tit. 2. obſ. 5. n. 5. p. 39.

2) Joh. Ge. Scopps Einleitung zu den Amtsverwaltungen und Rechnungen. Nürnb. 1756. Jakob Döpler getreuer Rechnungsbeamter. Frankf. am Main 1697. Philoparchs kluger Beamter. Grupen gründl. Information von Amtsverwalt- und Berechnungen.

3) Brand. Bayreuth. Generalinſtrukt. wornach ſich Ober- und Unterbeamte in ihren Amtsverrichtungen zu verhalten. 1732. Inſtruktion eines Gerichtsverwalters auf dem

dem Lande, im Anh. zum 1. Th. des Neuen Dorf, und Landrechts. Punkte, welche ſowol die Fürſtl. Beamten, als auch die Gerichtshalter im Fürſtenthum Gotha zu beobachten haben. 1651. im Anh. zur Goth. L. O. n. 4. Sachſen, Altenb. Ger. u. Prozeßordn. P. IV. c. 10. c. 2. §. 7. ff. Inſtrukt. für einen Sächſ. Landbeamten, in Rohrs Vorrath von Kontr. Vertr. ꝛc. S. 97. Kurſächſ. Proz. Ordn. tit. 2. §. 1. ff. Goth. L. O. P. II. c. 2. tit. 10. Weimar. L. O. Art. 31. Magdeb. Prozeßordn. v. 1652. c. 9. Magd. Pol. Ordn. c. 27. Preuß. Verordn. von Verbeſſerung des Juſtizweſens vom 21. Jun. 1713. in Rep. J. Priv. T. I. p. 190. Reſcr. vom 26. Aug. 1717. in C. C. March. T. IV. Abth. 2. p. 166. Regl. vom 28. Aug. 1728. cit. l. T. III. Abth. 3. p. 149. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 561. §. 16. ſeqq.

4) *Carpzov* Proceſſ. Jur. Civ. tit. 2. art. 2. n. 124.

5) Kurbraunſchw. Verordn. v. 21. April 1678. in C. C. Br. Lun. T. IV. c. 5. n. 9.

6) Regl. v. 30. May 1744. in der Korn. Samml. Th. I. Anh. S. 92.

337.

Dienſtverpflichtung.

Ein Beamter und landesherrlicher Bedienter macht durch ſeine Amtsverrichtungen ſowol ſein Kollegium als den Landesherrn verbindlich 1). Er iſt zum größten und zum äußerſten Fleiße verpflichtet, muß daher die geringſte Nachläßigkeit vergüten 2), und für jede ſeiner Handlungen dem Regenten haften 3).

1) argum. L. 1. D. de off. procur. Caeſ. L. 1. D. de inſtit. act. L. 5. §. 11. D. eod. L. 14. D. de cuſt. et exhib. *Io. Iac. Feſch*, de factis officialium quatenus

Do-

Dominus teneatur. Baſil. 1695. Eſtor Th. II. §. 4743.
4744.

2) argum. L. 13. 21. Cod. Mand. vel contra. *Leyſer* Spec. 583. med. 4. Spec. 534. med. 6. 8.

3) Eſtor Th. II. §. 4750.

338.

Landesherrliche Willkühr bey der Aemterbeſezung.

Der Landesherr kan willkührlich jeden ſeiner Bedienten oder Beamten nach Auszahlung des Beſoldungsbetrags 1) abdanken 2), ausgenommen dieſer hätte ſeine Stelle gekauft 3), dann kan es nur auf den Fall der übertretenen Amtspflicht und aus andern Urſachen geſchehen 4). Kein Bedienter, der zugleich Unterthan iſt, darf ohne landesherrliche Bewilligung ſeine Stelle aufgeben und niederlegen 5). Dem Kaiſer und den Reichsgerichten ſtehet kein Recht zu, in derlei landesherrlichen Dienſtſachen eine Gerichtsbarkeit oder oberhauptliche Gewalt auszuüben 6).

1) *Pufendorf* Obſ. Jur. Vn. T. I. obſ. 105. p. 287.

2) *Io. Ern. Zoppius* de abdicatione ab officio. Alt. 1686. *I. H. Boehmer* de jure principis circa dimiſſionem miniſtrorum c. 2. §. 4. c. 1. §. 16. 17.

3) *Iac. Rave* de jure officii inprimis titulo oneroſo quaeſiti. Ien. 1766. Eſtor Th. II. §. 4751. 4752.

4) *Aug. a Leyſer* de miniſtro principis delinquente. Viteb. 1735.

5) *Ahasv. Fritſch* de reſignatione officialium &c. Ien. 1699.

Phil.

Ph. Ad. de Münchhauſen Diſſ. de jure miniſtrorum exigendi a principe dimiſſionem. Hal. 1716.

6) *Io. Iac. Moſer* obſervat. pract. de jure Statuum Imp. circa ſuos conſiliarios. Francof ad Viadr. 1738.

Ziegler de jur. Majeſt. L. I. c. 1. §. 32. p. 25.

339.

Amtsbeſoldung.

Jedem Beamten gebührt ein Gehalt, und manchmal auch die Gerichtsgebühren, niemals aber die Geldſtrafen, als welche Nuzungen der Gerichtsherrſchaft zukommen 1). Dahingegen kan er ſich die Accidenzien zueignen, die ſchon ſein Vorfahr genommen hat 2). Bey veränderten Amtsverrichtungen kan auch ein abgeänderter Gehalt begehrt werden 3).

1) *Specht* de praef. nob. jud. §. 35. Eſtor Th. II. §. 4725. ff. §. 4755. ff.

2) *Lyncker* Reſp. 167. p. 55.

3) *Pufendorf* T. I. obſ. 105. p. 287. ſeqq.

II. Abſaz.
Prozeſſualpolizeyrecht.

340.

Literatur.

St. Pierre Memoires pour diminuer le nombre des procès. Paris 1725.

J. F. E. praktiſche Vorſchläge zur Abkürzung des gemeinen Reichsprozeſſes ꝛc. Frft. u. Leipz. 1749.

Eſchenbach Diſſ. de emendando Proceſſu. Lipſ. 1768.

Io. St. Pütter de neceſſaria rei judiciariae tractatione in academiis. Goett. 1748.

Jak. Gottl Sieber Progr. die Nuzbarkeit der Erlernung des Kammergerichtlichen Prozeſſes aus verſchiedenen Hof= und Gerichtsordnungen gezeigt. Gött. 1760.

341.

Einleitung.

Man hat bey dem Rechtsverfahren in Teutſchland dreyerlei Prozeſſe zu unterſcheiden, als den altrömiſchen 1), altteutſchen 2), gemeinen 3), aus dem römiſchen, altteutſchen und kanoniſchen zuſammengeſezt 4), und den beſondern Preußiſchen Prozeß 5). Der beſondere ſolte benöthigten Falls aus dem gemeinen Reichsprozeſſe supplirt werden 6).

1) *Franc. Polleti* Hiſtoria Fori Romani cum corollariis et praetermiſſis *Phil. Broidaei*. Lugd. 1582.

Car. Sigonii de Judiciis et omni conſuetudine cauſas agendi apud Romanos. L. III. Pariſ. 1576.

Iac. Rævardi Protribunalium Lib. ſing. Burgis 1569.

Car. Bretus de ordine perantiquo judiciorum civilium eorumque ſolemnibus. Pariſ. 1604.

Ge. Obrecht Exercitium Jur. antiqui. Argent. 1600.

Io. Henr. Raſſovii Commentarius in *Ge. Obrechti* Exerc. Jur. ant. Hamb. 1726.

Io. Sam. Stryk Diſſ. ſiſtens proceſſum Juris Rom. antiquum. Hal. 1698.

2) Io.

2) *Io. Wilh. Hoffmann* Diſſ. de modo judicia priuata exercendi apud Germanos. Francof. 1736.

D. Joh. Leonh. Hauſchilds Gerichtsverfaſſung der Teutſchen vom VIII. bis zum XIV. Jahrhundert. Leipzig 1741.

Joh. Karl Henr. Dreyer von dem Nuzen des Gedichts Reinke de Voß, in den Nebenſtunden S. 1. ff.

Heineccius in Elem. Jur. Germ. L. III. p. tot.

3) Joh. Andr. Hoffmann teutſche Reichspraxis, worinn der Unter- und Obergerichts, beſonders aber der ordentliche gemeine und Reichsprozeß abgehandelt wird. Frankf. 1765. 3. Theile.

Joh. Friedr. Seyfarth deutſcher Reichsprozeß. Halle 1738. 1756.

Io. Guil. Tafinger Inſtitutiones Juris Cameralis. Tubingae 1779.

4) Joh. Ge. Eſtor Abh. daß der heutige zierliche oder ordentliche Prozeß aus dem Römiſchen Rechte und deſſen Gloſſatoren entſprungen, und in das Kanoniſche Recht, deſſen Quelle, gefloſſen ſey, im 3. Theile ſeines gemeinen u. Reichsprozeſſes S. 3. ff.

5) Projekt des Cod. Frid. March. oder Kammergerichtsordnung ꝛc. Königsberg u. Mietau 1766. Vergl. oben B. I. §. 528.

Corpus Juris Fridericianum. Erſtes Buch von der Prozeßordnung. Berlin 1781.

Briefwechſel über die gegenwärtige Juſtizreform in den Preußiſchen Staaten. Berlin 1780. 1781. 1784. III. Hefte.

6) Jak. Gottl. Sieber die Nuzbarkeit der Erlernung des Kammergerichtl. Prozeſſes, aus verſchiedenen Hof- und Gerichtsordnungen gezeigt Gött. 1760.

342.
Form der altteutſchen Gerichte.

Die alten Teutſchen hielten ihre Gerichte auf dem freyen Felde, an einem Orte, wo eine Rolandſäule, ein Thurm 1), ein großer Stein, ein oder mehrere Bäume oder andere Denkmäler ſtanden, in deren Ermanglung ſie eine Fahne aufpflanzten, oder einen Schild oder ein Kreuz aufſteckten 2). Der Gerichtsplaz ward mit einem Gehäge oder mit 4. Bänken eingefaßt. Das hieß das Gericht hägen, oder die Bank ſpannen 3).

1) *Chr. Gottl. Haltaus* de Turri Rubea German. med. aeui et quae cognati ſunt argumenti. Lipſ. 1757.

2) *De Weſtphalen* Praefat. ad Tom. III. Monum. ined. rer. Cimbr. et Megapol. p. 84. ſeqq. et paſſim. Eſtor Th. II. §. 6565. 6566. 6567. 6568. *Chr. Ge. Buder* in obſ. J. feud. publ. et germ. de judiciis Germ. et popul Sept. ſub dio p. 101. Joachim von Hegung der Gerichte unter freyem Himmel Th. 1. der Anmerk. S. 420.

3) Eſtor Th. II. §. 6570.

343.
Römiſche Gerichte.

Die Römer hielten anfangs ihre Gerichte auf dem großen Marktplaze, wo eine Gerichtsbühne, Tribunal, von beſonderer Einrichtung erbaut war 1). Erſt ſpäter wurden die Sizungen der Hundertmänner in öffentliche Palläſte verlegt.

1) *Car.*

1) *Car. Ferd. Hommel* Proluſ. de forma Tribunalis et majeſtate Praetoris ad L. 1. §. 5. D. de poſtul. Lipſ. 1763.

Chr. Gottl. Schwarz Diſſ. de roſtris fori Romani loco concionibus ſolenni. Alt. 1745.

344.

Ehemalige Erőfnungsart des Gerichts.

Der teutſche Richter eröfnete das Gericht gleich bey Sonnenaufgang damit, daß er den älteſten Schöffen fragte, ob das Gerichte recht gehegt wäre. Auf deſſen bejahende Antwort ertheilte er dem Frohnboten Befehl, dieſes öffentlich zu verkündigen 1), und den Frieden zu wirken 2).

1) Man ſehe die Formeln bey Eſtor Th. II. §. 6082. im Trakt. von den Dorf- und Landrechten S. 64. ff. in *Ioh. Fuchſii* Introduct. ad Praxin For. L. I. c. 13. §. 5. p. 219. L. IV. c. 3. §. 12. p. 570.

2) *Io. Rud. Engau* Progr. de pace judiciali, von Dingesfride. Ien. 1753.

345.

Alte Verfaſſung.

Ausgenommen bey Kriminalgerichten erſchienen die Gerichtsperſonen, deren gemeiniglich 12. oder 7. ſeyn mußten 1), und die Parthenen unbewafnet zum Gerichte. Der Richter, von richten, auseinanderſezen, dirigiren, hieß der Frager, weil er ſich über jede Verhandlung von den Beyſizern belehren laſſen mußte 2), oder auch der Stabhalter, weil er während der Gerichtshandlungen den Gerichtsſtab, eine Art

von Szepter, woran oben eine zum Eidſchwur ausgeſtreckte Hand abgebildet war, in der Hand hatte.

1) *Chr. Gottl. Buder* Diſſ. de judiciis duodecimuiralibus populorum Septentrionalium et Germaniae. Ien. 1743. Eſtor Th. II, §. 6582. Dreyer Nebenſtunden S. 138. f.

2) *Dreyer* de vſu Jur. Angloſax. p. 161. 189.

346.

Gebotene und ungebotene Gerichte.

Es war ein Unterſchied zwiſchen den gewöhnlichen, ungebotenen und den außerordentlichen Gerichten, Bottding 1), wo die Partheyen auf vorhergehende Ladung erſchienen. Dahingegen bey jenen überhaupt ſich das ganze Volk, als welches urſprünglich die Gerichtsbarkeit ſelbſt verwaltete, auf den Glockenſchlag verſammelte 2), welches denen Gerichtstagen den Urſprung gab 3).

1) *Oelrichs* de Botding et Lotding. Francof. 1753. *Grupen* Diſcept. for. pag. 673. *Fuchs* in Introduct. ad Praxin For. L. I. c. 13. §. 5. p. 219.

2) *Ant. Matthaei* de jure Gladii p. 475.

3) *Pet. Müller* Diſſ. de diebus juridicis, von Amts- und Gerichtstagen. Ien. 1687.

347.

Altteutſche Prozeßform.

Aller Vortrag geſchah bey den Teutſchen mündlich, und obſchon ſie ihre Prozeſſe ſo kurz als möglich

ſich abthaten 1), ſo bedienten ſie ſich doch dabey, gleich den Römern, vieler Formalitäten 2), und der ganze Gang des Verfahrens und der Beſcheide geſchah durch Fragen und Antworten 3).

1) *Io. Car. Henr. Dreyer* de veteris Germaniae litium prolixarum neſciae indole et veſtigiis. Kil. 1748.

2) *Nicol. de Cuſa* de Concordant. Cath. L. III. cap. 35. *Petr. de Marca* de Concord. Sacerd. et Imp. c. 20.

3) *Chr. Henr. Eckhard* de interrogationibus in Jure apud Germanos. Ien. 1746.

348.

Anmeldung der Klage.

Niemand durfte daher geradezu ſeine Klage vor Gericht bringen, oder unangemeldet einen Vortrag thun, der ohnehin eine ſehr laute und ſtarke Stimme erforderte 1), ſondern er mußte ſich vorher vom Richter das Wort ausbitten 2). Es iſt davon die heutige Anmeldung der Klage im Preußiſchen Prozeſſe ein Ueberbleibſel. Ein jeder Kläger muß vorderſamſt ſeine Klage ſchriftlich oder mündlich bey der Regiſtratur anmelden, und der Aſſiſtenzrath oder Referendar nimmt darüber das Anmeldungsprotokoll auf 3).

1) Dreyer vom Nuzen des Ged. Reinke de Voß S. 92. Note e). und S. 132. Note f).

2) De *Weſtphalen* Monum. ined. Tom. IV. p. 1968. 3264. *Heineccius* El. Jur. Germ. L. III. tit. 4. §. 155. tit. 9. §. 313.

3) Corp. Jur. Frid. L. I. P. I. tit. 2. §. 4.

349.

Richterliche Verfügung darauf.

Die Preußiſchen Richter und Juſtizkollegien haben nun zu überlegen, ob die Sache vor ihren Gerichtshof gehörig iſt, und welche Prozeßart dabey anſchlägt. Nachdem dieſes ausgemacht worden, ſo wird durch eine Gerichtsperſon die Antwort ertheilt, und unterm Protokolle bemerkt.

350.

Vorbereitender Theil des römiſchen Rechtsverfahrens.

Bey den alten Römern war der vorbereitende Theil der Privatgerichte, die Gerichtsladung, bald durch Privatgewalt, und bald durch obrigkeitlichen Befehl 1), die Kundſchaft, anteſtatio, die weniger feyerliche Anzeige der Forderung, Editio actionis minus ſolennis, die Verbürgung, Vadimonium 2). Dieſer leztere Gebrauch findet ſich auch bey den Teutſchen, und hieß Vadium, Plegium, Vadimonium, Guadium, Gage 3)

1) *Io. Phil. Slevogt* de in Jus vocatione antiqua et hodierna. Ien. 1705.

2) *Bapt. Voorda* de Vadimonio. Traj. ad Rh. 1751. *Chr. Ge. Fr. Meiſter* Progr. Vas et Vindex. Goett. 1745.

3) Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 10. 11. n. 1. 2. Dreyer vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß S. 224. ff. *Heineccius* El. Jur. Germ. L. III. tit. 5. §. 172.

351.

Heutiger Anfang des gerichtlichen Verfahrens.

Nach dem heutigen gemeinen Prozeſſe fängt ſich gewiſſermaßen das Gericht mit der Uebergebung der Klagſchrift an, die, ſo wie ehemals 1), eine genau vorgeſchriebene Form haben muß, jedoch nicht artikulirt ſeyn darf.

1) *Heineccius* El. Jur. Germ. L. III. tit. 4. §. 156. 157.

352.

Von den Aktionen.

Vermög angenommener römiſcher Rechtsgründe hatte jede Forderung ihre eigenthümlich vorgeſchriebene Form 1), die in der Klagſchrift genau ausgedrückt werden muß 2), und wovon verſchiedene miteinander nicht vereiniget werden dürfen 3). Diß iſt jezo im Preußiſchen aufgehoben, und man hat ſich an die von den Doktoren eingeführte Gattungen und Formeln der Aktionen nicht zu kehren. Der Kläger kan mehrere Forderungen zugleich anſtellen, wenn ſie ſchon aus verſchiedenen Geſchäften entſpringen. Es wird nicht einmal ein Unterſchied unter Petitoriſchen und Poſſeſſoriſchen Klagen gemacht, ſondern alles wird in einem Prozeſſe verhandelt, und ergeht darüber ein einiges Erkenntnis, jedoch daß über verſchiedene Forderungen eigene Protokolle gehalten werden 4).

1) *I. H. Boehmer* Doctr. de actionibus. Hal. 1734.
C. Fr Fælicke Introd. in doctr. de actionibus forenſibus. Hal. 1768.

God. Lud. Mencken Introd. in doctrinam de actionibus forenſibus. Hal. 1769.

2) Reichsabſch. v 1654. §. 34.

Io. Fr. Wahl Diſſert. de actionis editione per libellum. Gieſſ. 1734.

3) *Io. Brunnemann* tr. de concurſu, cumulatione et transmiſſione actionum. Francof. 1666.

Scipio Gentilis de concurrentibus actionibus. Arnb. 1617.

Io. Volckm. Bechmann de pluribus concurrentibus actionibus. Ien. 1739.

Corn. van Eck Diſſ. 2. de concurſu actionum et de cumulatione actionum. Traj. ad Rh. 1697.

4) C. J. Frid. cit. l. tit. 3. §. 16. 17. 18. Vangerow Theorie der Dekretirkunſt §. 71. S. 56. 57. § 93. 94. 95. S. 75. ff.

353.

Teutſche Abtheilung der Klagen.

Die Teutſchen theilten ab in bürgerliche, peinliche und vermiſchte Klagen, wovon die Erſten ſo hieſſen, weil beide Partheyen einander verbürgt blieben, den Rechtsſtreit bis ans Ende zu verfolgen. Diß war der Fall bey Schuldforderungen, Gutsprozeſſen und bey Vindikationsſtreitigkeiten 1), Anefang 2). Dieſe Gattungen hatten wieder verſchiedene Unterabtheilungen, die Heineck 3) vortreflich auseinandergeſezt hat.

1) Richtſteig Landrecht c. 5. Schwäb. Lr. c. 99. §. 1. c. 160. §. 5. c. 117. c. 158. 92. 121.

2) *Hal.*

2) *Haltaus* in Gloſſar. Germ. col. 25. 26.

3) Elem. Jur. Germ. L. III. tit. 4. §. 135. ff.

354.

Preußiſche Verfügung über die Klage.

Nachdem der Preußiſche Urthelsfaſſer, Decernens, die Anmeldungsanzeige im Kollegium vorgetragen hat, ſo wird ein Aſſiſtenzrath zur Aufnehmung der Klage beſtellt, und ihm zu Führung des Protokolls ein Referendar oder Gerichtszuhörer zugegeben 1), zugleich dem Kläger die Anſchaffung des Vorſchuſſes aufgegeben 2). Der Aſſiſtent hat nun über die Klage und ihre Unterſtüzungsgründe ein förmliches Informationsprotokoll zu begreifen, und daraus den Klagebericht, deſſen weſentliche Beſtandtheile in der Erzehlung der Thatſache, Anzeige der Beweismittel, und in des Klägers Geſuche beſtehen, an das Gericht zu verfertigen, den er ſamt dem Informationsprotokolle und den Akten in der Regiſtratur einzureichen hat 3).

1) C. J. Frid. cit. l. tit. 2. §. 11. 12.

2) Interimsſport. u. Stempeltaxe vom 26. April 1781. Sect. I. n. 4. Regl. wegen Adminiſtr. der Sportelkaſſen vom 20 April 1782. §. 146. ff.

3) cit. l. tit. 3. p. tot. tit. 4. §. 1.

355.

Reſcripte und Mandate.

Nach dem gemeinen und Reichsprozeſſe kan nun die angebrachte Klage von der Beſchaffenheit ſeyn 1),

daß

daß ſogleich Reſcripte und Mandate mit oder ohne Vorbehalt darauf erkannt werden 2), die aber doch ein eigenes Rechtsverfahren, ſelbſt in dem leztern Falle gewiſſe Einwendungen zulaſſen 3).

1) *C. A. Reichel* de rite conſtituendis quatuor caſibus circa mandata S. C. vulgo auf die vier Fælle. Ien. 1745.

2) Reichs K. G. O. P. II. tit. 23. Reichsdep. Abſch. von 1600. §. 29. 30. Neuſter Reichsabſch. §. 78.

3) *C. F. de Franckenſtein* Diſſ. mandatis ſine clauſula ob exceptionem ſub - et obreptionis impune non pareri. Goett. 1754.

356.

Gerichtliche Vorladung.

Gewöhnlich erfolgt auf die übergebene Klage die Vorladung der Partheyen mit der Auflage an den Beklagten, ſich gebührend einzulaſſen 1). Es iſt ein Ueberbleibſel der alten heidniſchen Gottesgelehrtheit der Teutſchen, welche die Sonne anbeteten 2), wenn die Formel auf die Erſcheinung zu rechter früher Tageszeit lautet 3).

1) *I. Fr. Wahl* de citatione. Gieſſ. 1733.
Io. Ph. Slevogt de citationis requiſitis et efficacia. Ien. 1708.

2) Dreyer vom Nuzen der heidniſchen Gottesgelahrtheit, in den verm. Abhandl.

3) *Chr. Wildvogel* de clauſula formulae citationis inſeri ſolita, juſto tempore matutino, zu rechter früher Tageszeit. Ien. 1713.

357.

357.

Art der Preußiſchen Vorladung.

Im Preußiſchen hat der ernannte Urthelsfaſſer den übergebenen Klagebericht mit dem Informationsprotokolle zu vergleichen, und nach befundener Vollſtändigkeit dem Kollegium in der nächſten Sizung darüber Vortrag zu thun, daß, wenn der Beklagte abweſend iſt, eine Vorladung an dieſen zu ſeiner Vernehmung vor dem ihm zugeordneten Aſſiſtenzrath verfügt, im Falle der Anweſenheit oder wenigen Entfernung aber ihm den Klagebericht ſamt Beylagen mittheilen, ſeinem Beyſtande die Abſchrift und Verordnung, von welcher leztern zugleich eine Abſchrift mit dem Informationsprotokoll dem klägeriſchen Aſſiſtenzrath zugehet, zufertigen läßt, und einen Aſſiſtenzrath ſamt Protokollführer zur Aufnahme des Beklagten Antwort ernennt 1).

1) C. J. Frid. cit. l. tit. 4. §. 8. 9. 11. tit. 9. §. 5. 6. 7.

358.

Kontumaz.

Wenn eine Parthey ohne Ehehaften 1) oder erhaltener Zielserſtreckung, die nach heidniſcher Gewohnheit anfangs nach Nächten, und in der Folge nach dreymal 14. Tagen, woraus die Sächſiſche Friſt zu 6. Wochen und 3. Tagen entſprungen iſt, gezehlt worden 2), am Termine ausblieb, ſo konnte ſie von der andern Parthey des Ungehorſams wegen angeklagt werden, worauf eine öffentliche Ladung auf der Heer=

Heerſtraße nach dreyer Herren Landen ergieng, und im weitern Verabſäumungsfalle der Achtprozeß anhängig gemacht wurde 3). Bey den Römern erfolgte die Einſezung in des Beklagten Vermögen 4), und andere Strafen 5).

1) *Io. Guil. Hoffmann* Diſſ. de legitimis impedimentis ex Jure Germanico. Francof. ad Viadr. 1736.

2) Eſtor Th. II. §. 6574. *Heineccius* Elem. Jur. Germ. L. III. tit. 3. §. 120.

3) Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 142. 181. 177.

4) *Io. Sam. Stryk* in Proceſſu J. Rom. ant. C. III. n. 41. ſeqq.

5) *Heinecc.* cit. l. §. 130. in nota.

359.

Heutige Beſtrafung der Kontumaz.

Heutzutage, wenn Beklagter peremtoriſch vorgeladen, und nicht erſchienen iſt 1), ſo wird der Rechtsſtreit in Sachſen für bejahend konteſtirt angenommen, und jener folglich verurtheilt 2), außerhalb Sachſen aber verliert er bloß ſeine Ausreden, und der Rechtsſtreit wird für verneinend konteſtirt gehalten, demnach auf Beweis erkannt 3). Jezo wird im Preußiſchen auf eine ähnliche Art, wie in Kurſachſen, verfahren, nur mit dem Unterſcheide, daß die peremtoriſche Ladung wiederhohlt wird 4). Das Außenbleiben des Klägers gilt für eine Verzicht auf die Klage 5).

1)

1) *Iuſt. Henn. Boehmer* de contumacia non reſpondentis. Hal. 1717.

2) Kurſächſ. erl. Prozeßordn. tit. 10. §. 2.

3) Rs. K. G. O. P. III. tit. 27. Reichsabſch. v. 1654. §. 37.

4) Corp. Jur. Frid. P. I. tit. 6. §. 2. 16. 6. tit. 9. §. 9. 12.

5) Cirkulare vom 19. Merz 1782. Abſchn. VI. n. 1.

360.

Ehemalige Form der Vorladung.

Eine Ladung mußte, wenn ſie von Wirkung ſeyn ſollte, gehörig inſinuirt werden 1), welches urſprünglich der Gerichtsdiener, der dem Beklagten an Stand und Würde gleich ſeyn mußte, in Perſon zu verrichten hatte 2).

1) C. J. Frid. cit. l. tit. 5. per tot. Vangerow Dekretirkunſt §. 102.

2) *Heinecc.* El. J. Germ. L. III. tit. 3. §. 119. 129.

361.

Rechtliche Einreden.

Der Beklagte konnte ſich nun nach gemeinem Prozeſſe durch Vorbringung ſeiner verzögerlichen und peremtoriſchen Einreden 1) von der wirklichen Einlaſſung auf die Klage befreyen 2). In der neuſten Preußiſchen Prozeßordnung ſind die Vortragung der rechtlichen Einreden nicht verwehrt, ſondern vielmehr dem Aſſiſtenzrathe aufgegeben 3), allein die verzögerlichen

lichen Ausreden können die Einlaſſung nicht aufhalten, ſondern werden allenfalls erſt bey der Inſtruktion der Hauptſache erörtert 4).

1) *Io. Zanger* tract. de exceptionibus et quaeſtionibus vna cum opuſcul. ſel. ex Edit. *Senckenbergiana*. Francof. ad Moen. 1730. 1733.

Qu. Sept. Fl. Rivinus Specimen exceptionum forenſium exhibens dilatorias cum *H. Hahnii* tract. de exceptionibus. Hal 1738.

2) *Heineccius* El. Jur. Germ. L. III. tit. 5. §. 169. ſeqq.

3) C. J. Frid cit. l. tit. 7. §. 15. n. 3).

4) ibid. tit. 8. §. 1. 2.

362.

Preußiſches Verfahren bey Anweſenheit der Partheyen.

Nachdem jezo auch im Preußiſchen den Partheyen in gewiſſen Fällen nachgelaſſen worden, einen Juſtizkommiſſär zu bevollmächtigen, (§. 302. ſo zeigt ſich eine Verſchiedenheit zwiſchen dem Rechtsverfahren bey Anweſenheit oder bey der Abweſenheit der Partheyen, indem im erſten Falle der Aſſiſtenzrath nur die Klage, die Beantwortung aber der Gerichtsdeputirte ſelbſt aufnimmt, wobey ihm ein Aſſiſtenzrath bloß zur Seite iſt, in jenem Falle aber, ſowol die Klage, als deren Beantwortung, wiewol unter richterlicher Anleitung, inſtruirt wird. Von dem Zeitpunkte der Inſtruktion ſind beide Verfahrungsarten einander gleich 1).

1) C. J. Frid. P. I. tit. 9. §. 15.

363.

Verſuch der Güte.

Die Teutſchen waren ſehr bemüht, den entſtandenen Rechtsſtreit gleich anfangs durch gütlichen Vergleich beyzulegen 1). Es iſt dieſes noch jezo nicht nur in Reichsgeſezen 2), ſondern auch in den meiſten Prozeßordnungen befohlen 3), als zu welchem Ende an manchen Orten ein eigener Termin zum Verſuch der Güte abgehalten wird 4), der aber gemeiniglich nur zur Verſchleppung des Prozeſſes, und zur Vermehrung der Unkoſten abzweckt 5), weil es den Advokaten mit der Beylegung der Sache gar nicht gedient iſt.

1) Eiſenharth Grundſäze des teutſchen Rechts in Sprüchwörtern, Abth. VI. n. 8. 9.

2) Neuſter Reichsabſch. §. 110.

3) *Bernh. Schulzen* Diſſ. de amicabili compoſitione, germ. vom gütlichen Vergleich. Kil. 1681. *Paul. Wilh. Schmidt* Diſſ. officium et prudentiam circa amicabilem litium compoſitionem exponens, eamque recte inſtitutam omnino eſſe congruum medium ad eas ſopiendas et abbreuiandas probans. Ien. 1747. *Io. Car. Henr. Dreyer* Diſſ. de tentamine concordiae inter litigantes, optimo minuendarum litium remedio. Kil. 1748. *Io. F. W Brandt* de amicae inter litigantes compoſit. tentamine. Wezl. 1756. *E. M. Chladenius* Obſerv. de compoſitione amicabili, Vit. 1768.

4) *Herm. Nicol. Funck* Progr. de termino amicabilis compoſitionis. Steinf. 1763.

5) *Chr. Thomaſius* Diſſert. de protractione Juſtitiae per amicabilem compoſitionem partium litigantium a judice tentandam. Hal. 1721.

364.

Vorzüglich im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten gab es zu dieſem heilſamen Endzwecke von je her eine Reihe Geſeze 1). Hauptſächlich hat die neueſte Prozeßordnung befohlen, daß die Aſſiſtenzräthe ſich gleich bey der erſten Vernehmung Mühe geben ſollten, die Parthejen zum Vergleiche zu bewegen, und daß der Gerichtsdeputirte nicht nur während der Inſtruktion und nach regulirtem Streitpunkte, ſondern auch nach bereits aufgenommenen Beweismitteln einen Vergleich zu ſtiften, ſuchen ſolte, und es iſt zu dem Ende die perſönliche Erſcheinung der Parthejen ſehr weislich verordnet geweſen 2).

1) *Schepliz* Conſuet. March. Brand. L. I. P. II. tit. 7. §. 1. Kf. Joach. I. K. Ger. Ordn. v. 1516. §. Würden auch. Landt. Rez. v. 1534. 1536. 1538. Kf. Joach. I. Reformation von 1540. Mgr. Joh. Neumärk. Hofger. O. v. 1561. §. Und dem. Kf. Joach. II. Ordn. v. 1562. §. Folgendes. Kf. Joach. Altmärk. Hof- u. L. G. O. v. 1602. §. 4. Quartal G. O. v. 1602. §. 7. Hof- und L. G. O. von 1621. § 4. Kf. Ge. Wilh. Altm. Qu. G. O. v. 1621. §. 7. Kf. Fr. Wilh. K. G. O. v. 1643. P. I. tit. 2. §. 4. P. II. tit. 12. §. 4. Neumärk. Qu. G. O. v. 1646. c. 2. Fried. III. Neumärk. K. G. O. v. 1700. c. 7. K. G. O. von 1709. tit. 23. §. 14.

2) C. J. Frid. P. I. tit. 11. §. 1. ſeqq. Vergl. Beytr. zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Samml. V. S. 314. ff. Interims Sport. u. Stempeltaxe vom 26. April 1781. Abſchn. 21. n. 29.

365.
Verfolg des römiſchen Rechtsverfahrens.

Nun treten die Verhandlungen ein, die nach altrömiſchem Rechtsverfahren im Rechte (in jure) geſchahen 1). Die Römer hatten zwar keinen Verſuch der Güte, aber dagegen hatten ſie einen andern wizigen Einfall, wodurch ſie den nemlichen Zweck zu erreichen ſuchten. Nachdem der Beklagte den Kläger vorgefordert, dieſer ihn durch allerlei Fragen ausgeforſcht 2), endlich ſeine Forderung feyerlich angegeben, und um deren gerichtliche Zulaſſung gebeten hatte 3), ſo konnte der Kläger den Beklagten damit von einer muthwilligen Ableugnung und von einem weitläuftigen Prozeſſe abſchrecken, daß er ihm eine Wette von einer anſehnlichen Summe vorſchlug, die dieſer annehmen, und beide Theile bey der Prieſterſchaft hinterlegen mußten, und die hernach demjenigen gehörte, der den Prozeß gewann. Wolte Beklagter dieſes ſogenannte Sacramentum 4) nicht eingehen, ſo hatte er die Klage eingeräumt.

1) *Ant. Henr. van Hees* de iis, quae antiquitus apud Romanos ante litis conteſtationem fiebant. Lugd. Batav. 1747.

2) *Io. Phil. Carrach* Sicilimenta de interrogationibus in jure faciendis. Hal. 1751.

Car Ferd. Hommel de interrogationibus in jure faciendis hodie non ſublatis. Lipſ. 1730.

3) *Gothofr. Leonh. Baudis* Progr. de allegationibus, quae actionem jure veteri ſequuntur, Lipſ. 1736.

4) *Io. Frid. Schreiter* Diſſ. de Sacramentorum in veteris Romae judiciis ſolennium antiquitatibus. Lipſ. 1740.

366.

Fortſezung.

Die Aktion, deren ſich Kläger gegen den Beklagten bediente, war entweder ſtrengen Rechtes, ſtricti juris, welches die Beſchaffenheit hatte, daß der Magiſtrat den zur weitern Unterſuchung und zum Spruche deputirenden Richter genau die Formel des Beſcheids vorſchreiben konnte, die hernach dieſer buchſtäblich befolgen mußte, oder man nannte ſie bonae fidei, weil die Verbindlichkeit des Beklagten gar nicht beſtimmt werden konnte, ſondern dieſelbe der Erkenntnis des deputirten Richters überlaſſen werden mußte 1). Arbitraria war ſie, wenn bloß die Größe der Forderung von der Beſtimmung dieſes abhieng 2). Nun beſtellte der Prätor einen Richter, der den Parthеyen anſtändig war 3), und ſchrieb ihm die Formel des Erkenntniſſes nach der Verſchiedenheit der Aktion vor, der nun den Prozeß bis zu Ende zu führen hatte. Die Parthеyen aber ruften etliche Zeugen auf, zur Beſtätigung, daß nun der förmliche Prozeß in Judicio ſeinen Anfang nähme, das hieß Litis conteſtatio 4).

1) *Ph. Rich Schroeter* de origine et vſu pract. actionum bonae fidei et ſtricti juris. Regiom. 1711.

Nicol. Hier. Gundling de vſu pract. actionum bonae fidei et ſtricti juris. Hal. 1724.

Chr. H. Breuning de genuino actionum in bonae fidei et ſtricti juris diuiſionis fundamento. Lipſ. 1768.

2)

2) *Gothofr. Strauſs* de actionibus arbitrariis. Vit. 1697. *Gabr. de Gaſt* de actione arbitraria ad L. 8. D. de eo qu. certo loco, in *Meermanni* Theſ. T. VI. n. 9.

3) *Ant. Schulting.* de judicis recuſatione. Hal. 1769.

4) *Stryk* in proceſſu Jur. Rom. ant. C. IV. n. 52. ſeqq.

367.

Wirkungen der römiſchen Litiskonteſtation.

Die Litiskonteſtation hatte bey den Römern große Rechtswirkungen. Es war eine Art von Kontrakt, wodurch ſich beide Theile verbindlich machten, den Rechtsſtreit bis zu Ende zu führen, und ſich dem Ausſpruche des Richters zu unterwerfen 1). Der Bevollmächtigte ward auf der einen Seite Eigenthümer des Streits 2), und ein Beſizer hörte auf, die Sache bona fide inne zu haben 3).

1) *Nicol. Hier. Gundling* de litis conteſtatione commoda plerumque, incommoda nunquam. Hal. 1720.

2) *Io. Henr. Berger* de dominio litis. Vit. 1690. *Iuſt. Henn. Boehmer* de dominio litis. Hal. 1709.

3) *Henr. Brockes* de litis conteſtatione malam fidem non inferente. Vit. 1714. *Chr. Chriſt. Haſſe* Diſſert. de litis conteſtatione, an et quatenus bonae fidei poſſeſſor per eam in mala fide conſtituatur. Goett. 1780.

368.

Ueberbleibſel der kriegeriſchen Verfaſſung des altteutſchen Prozeſſes.

Bey den alten Teutſchen war der Prozeß eine Art von Krieg, wobey alle Augenblicke zwiſchen den Par-

Partheyen Zweykämpfe vorfielen. Daher rührt noch die Sächſiſche Herausforderung, die Kriegsbefeſtigung 1), und die Angelobung der Gewehrſchaft der Klage durch den Handſchlag 2), die ehemals auch in Schleſien, Magdeburg, Kurſachſen und Anhalt, und in den Sächſiſchen Ländern Thüringen, Lüneburg und Hildesheim üblich iſt 3). Heutzutage muß eine förmliche Einlaſſung auf jeden Klagepunkt und Umſtand geſchehen 4), und ihr ſogleich alle zerſtörliche Ausreden angehängt werden 5). Die heutige Kriegsbefeſtigung hat einiges aus der römiſchen Litiskonteſtation angenommen, und anderes nicht 6).

1) *Heineccius* cit. l. §. 161. ſeqq.

2) Friedr. Wiedeburg von der Guaranda. Jena 1755. *Heinecc.* El. Jur. Germ. L. III. tit. 5. §. 170. 171. 177.

3) Seyfarth teutſcher Reichsprozeß C. IV. §. 11.

4) *Io. P. Hahn* de neceſſitate et vtilitate litis conteſtationis ſpecialis eiusque praerogatiua prae generali ad Receſſ. Imp. Nov §. 34. Mogunt 1747.

5) Neuſter Reichsabſchied §. 37. 38. 39. Seyfarth a. a. O. C. VIII. §. 6.

6) *Car. Gothofr. Winckler* Diſcrimen inter litis conteſtationem Jure Veteri et hodierno, et vtriusque effectibus. Lipſ. 1751.

369.

Preußiſche Aufnehmung der Antwort auf die Klage.

Im Preußiſchen wird bey Aufnehmung des Beklagten Antwort auf eben die Art verfahren, wie bey

der Aufnehmung der Klage. Der Aſſiſtenzrath muß ebenfalls darüber einen Hauptbericht mit dem Informationsprotokoll und Beylagen einreichen 1). Das Protokoll wird hierauf dem Aſſiſtenzrath wieder zurückgegeben, eine Abſchrift des Berichts aber dem Kläger mitgetheilt, und nun ein Termin zur Inſtruktion der Sache angeſezt 2), wozu ein beſonderer Gerichtsdeputirter mit einem Protokollführer abgeordnet wird 3).

1) C. J. Frid. P. I. tit. 7. §. 15.

2) C. Jur. Frid. tit. 8. §. 2. 6. Circul. v. 19. Merz 1782. Abſchn. 3.

3) C. J. Frid. tit. 8. §. 7.

370.

Schriftwechſel über die Einlaſſung auf die Klage.

Insgemein geht beym gemeinen Prozeſſe vor berichtigter Einlaſſung ein Schriftwechſel zwiſchen den Partheyen vorher. Der Beklagte übergibt Exceptionsſchrift, der Kläger Replik, der Beklagte Duplik, und, wenns erlaubt iſt, der Kläger Triplik, der Beklagte Quadruplik u. ſ. w. jedesmal behält dieſer das lezte Wort 1).

1) Seyfarth teutſcher Reichsprozeß C. X. §. 6. ſeq.

371.

Römiſches Verfahren nach erfolgter Litiskonteſtation.

Bey den alten Römern erfolgte auf die Litiskonteſtation nun das Verfahren vor Gerichte, in Judicio ſeu coram judice Pedaneo, welches hauptſächlich in der Ausmittelung des Faktums, und in der Her-

beyſchaffung der Beweismittel beſtand, und ſich mit dem Rechtsſpruche endigte 1).

1) *Io. Rud. Bunemann* de Sententiis ex periculo recitandis. Hal. 1736.

372.

Altteutſches Rechtsverfahren.

Bey den alten Teutſchen ſtand der Kläger zur rechten Seite, und der Beklagte zur linken Seite des Richtſtuhls 1). Dieſer mußte auf jeden Klagepunkt, den ihm der Richter vorlegte, deutlich und ohne Anhang antworten 2). Der Kläger hielt darauf die Gegenrede, die der Beklagte ablehnte 3). Nachdem beide Theile abgetreten waren, ſo fragte der Richter die Beyſizer um ihr Urtheil 4), die dann aufſtunden, ſich miteinander unterredeten, und dafern ſie einig geworden, ihr gefundenes Urthel durch den Aelteſten dem Richter erklärten, der es nun den Partheyen kund zu machen hatte 5).

1) *Piſtorius* Amoen. Hiſt. Jur. Tom. I. p. 186.

2) *Heineccius* El. Jur. Germ. L. III. tit 5. §. 165. ſeqq.

3) Id. §. 168. ſeqq. 4) Id. tit. 7. §. 270. 271.

5) Eſtor Th. III. §. 4963. Th. II. §. 6577.

373.

Gemeine Prozeßverfügung auf die Klage.

Die gemeine Prozeßordnung legt den Partheyen nach geſchehener Einlaſſung den Beweis auf 1), wozu meiſtentheils ein gewiſſer Termin anberaumt wird 2). Sie

Sie übergeben darauf ihre Beweisartickel, und treten den Beweis durch Zeugen, Urkunden und den Eid an.

1) *Chr. Henr. L. B. de Senckenberg* Diſſ. de probationis iniunctione. Goett. 1738.

2) Neueſter Reichsabſchied §. 45.

374.

Beſchaffenheit der alten Beweisführung.

In Anſehung der Urkunden hatten die Teutſchen das Sprüchwort: die ältern Briefe gehen vor, welches noch bey Lehenbriefen beobachtet wird, und nur ſelten Ausnahme zuläßt 1). Die Exiſtenz einer Urkunde konnte mit 3. Zeugen erwieſen werden. Das Zeugnis des Schöffen oder ein gerichtliches Zeugnis, Dingeswinde 2), galt mehr, als alle andere Zeugen, die übrigens mit dem Gegenpart von gleichem Stande 3), und am nemlichen Orte mit Grundſtücken angeſeſſen ſeyn mußten 4). Allein peinliche und gerichtliche Fakta hatte der Kläger durch Zeugen zu beweiſen, außergerichtliche Fakta geſtatteten den Reinigungseid 5). Wenn die Zeugen beider Partheyen ſich einander widerſprachen, ſo mußten ſie kämpfen, und der Ueberwundene verlor die Hand, und ſeine Mitzeugen mußten ſie auslöſen 6). Man hatte damals Mitſchwöhrer, Conſacramentales 7), die theils den Reinigungseid unterſtüzten, theils die Glaubwürdigkeit des Schwöhrenden beurkundeten 8). Es waren deren 3., 7. 9), 12., 24., 74. Sie legten beym Eide ihre

 Hände

Hände auf die Hand des Aktors. Der geſtabte Eid wird aufs Evangelienbuch 10), oder auf einem Reliquienkäſtchen 11) mit der heutigen Formel 12): ſo wahr mir Gott helfe und ſein heiliges Evangelium, abgelegt 13). In einigen Fällen mußte der Schwöhrende des Gegentheils Kleid berühren 14).

1) *Henr. Brockes* de fide recentiorum literarum inueſtit. prae antiquioribus.

2) *Henr. Brockes* Diſſ. de veterum Dingeswinde. Ien. 1753.

3) *Car. Fr. Walch* de teſtis reo paris praeſtantia in Jure Germanico. Ien. 1759. Dreyer verm. Abh. Th. III. S. 1. ff.

4) *Io. C. Henr. Dreyer* de ceſpitalitatis requiſito in teſtibus habilibus.

5) Dreyer vermiſchte Abhandl. Th. III. S. 1. ff.

6) *Hoffmann* in Obſervat. Jur. German. L. I. obſ. 9. pag. 93.

7) *Io. Gottl. Weidler* de Sacramentalibus. Viteb. 1738. *Car. Ehreg. Mangelsdorf* Diſſ. hiſt. ant. de Conſacramentalium origine non Germanica, eorumque indole vera ac natura ad illuſtrandas antiquit. Germanicas Hal. 1771.

8) Dreyer vom Nuzen Reinke de Voß S. 59. ff. 127.

9) Ebendaſ. S. 128. ff. S. 136. ff. *Heineccius* El. J. G. L. III. t. 6. §. 218.

10) *Io. Fr. Jugler* de ritu tangendi Euangelia in jurejurando. Lun. 1748.

11) *Chr. Gottl. Buder* de juramentis ad Reliquias Sanctorum in Symmict. L. I. p. 130.

12)

12) Reichsabſch. von 1555. §. 106.

13) Vergl. Dreyer a. a. O. S. 244. ff.

14) Dreyer ebendaſ. S. 246. ff.

375.

Prozeſſualeide.

Es iſt ein Ueberbleibſel der alten teutſchen Treue und Ehrlichkeit, daß ſo viele Eide bey dem heutigen gemeinen Prozeſſe vorkommen, die bey veränderter Sittenverfaſſung abgeändert worden 1). Jedoch iſt der Misbrauch mit dem Eidſchwuhr vor Gefährde 2) noch ſehr groß, deſſen Urſprung Dreyer 3) angegeben hat.

1) *Ge. Henr. Ayrer* Diſſ. de abuſu juramentorum e Repub'. proſcribendo. Goett. 1741.

2) *Roch. Frid. Comes Linariae* de jurisjurandi calumniae moralitate, hiſtoria, principumque Imperii ab illo immunitate. Ien. 1729.

Ge. Henr. Ayrer de neceſſitate officii a juramento calumniae non liberante. Goett. 1747.

3) vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß S. 248. 249.

376.

Diſputiergeſäze, Deduktion.

Nach eingekommenem Beweiſe und Gegenbeweiſe wird den Parthenen noch einiger Schriftwechſel geſtattet, den man die Diſputiergeſäze nennt; an deren Stelle, jedoch nur in wichtigen und zweifelhaften Rechtsfällen, in der neuſten Preußiſchen Prozeßordnung

nung die Deduktion getreten iſt, welche die Partheyen nach aufgenommenen Beweismitteln überreichen dürfen 1).

1) C. J. Frid. P. I. tit. 13. §. 3. 5.

377.

Schluß des Preußiſchen Rechtsverfahrens.

An dem Einleitungstermine zur Beendigung der Sache muß der Preußiſche Gerichtsdeputirte alles beſorgen und verfügen, was zur vollſtändigen Auseinanderſezung des Faktums, zur Beſtimmung des eigentlichen Streitſazes, und zur Aufnahme der Beweismittel dienlich und erforderlich iſt 1). Wenn die Verhandlung auf dieſe Art geſchloſſen, die Akten von dem Gerichtsdeputirten übergeben worden ſind, und ſich aus den Protokollen ergibt, daß die Partheyen noch nicht über die rechtlichen Folgerungen der Thatſache verfahren ſind, ſo wird ihnen noch die Abfaſſung rechtlicher Deduktionen eingeräumt, ſonſt aber ihren Aſſiſtenzräthen Abſchriften der Protokolle zur Beurkundung ihrer Richtigkeit ertheilt, und nach eingelangten Deduktionsſchriften ſämtliche verhandelte Akten ſamt den Manualakten der Beyſtände zur Abfaſſung des Erkenntniſſes vorgelegt 2).

1) Corp. J. Frid. P. I. tit. 10. §. 1.

2) C. J. Frid. tit. 12. §. 2. 3. 4. 8. Circulare vom 19. Merz 1782. Abſchn. 4.

378.

Abſchaffung der Beyurtheln im Preußiſchen.

Nach gemeinem Rechte ergehen über die Frage, ob und was zu beweiſen, beſondere Beſcheide und Beyurthel, und es werden oft über die Beſchaffenheit und Zuläßigkeit der Beweismittel verſchiedene Nebenprozeſſe geſtattet. Diß iſt aber alles ſehr weislich in den Preußiſchen Staaten aufgehoben. Das Gericht beſtimmt die Lage des Streitſazes, Statum controuerſiae, ſelbſt, verfügt die Aufnehmung der Beweismittel, läßt alles mit dem Hauptfaktum zugleich unterſuchen, und entſcheidet den ganzen Prozeß durch ein Endurthel. Es ergehen bloß einzele Verordnungen, wenn z. B. die Parthenen in Fakto uneins ſind, um ſie über die ſtreitigen Umſtände näher gegen einander zu vernehmen, den Standpunkt des Streits zwiſchen ihnen feſtzuſezen, die gegentheiligen Beweismittel vorzubereiten und aufzunehmen 1).

1) Vorbericht zur Preuß. Prozeßordnung §. 11. 12.

379.

Aktenverſendung.

Zu deſto ſicherer und gewiſſerer Rechtspflege 1) iſt den Parthenen in vielen Ländern nachgelaſſen, daß ſie die Verſendung der Akten 2) an einen auswärtigen Schöppenſtuhl oder an eine Juriſtenfakultät begehren dürfen. Ja manchmal iſt ihnen dieſe Befugnis in Landesverträgen zugeſtanden, und manchmal hängt es von der Willkühr des Gerichts ab. Zuweilen ſind die Ver-

Verſendungsfälle beſtimmt 3). In vielen Ländern iſt ſie in der neuern Zeit bald ganz, und bald nur außer Lands verboten worden 4). Den Partheyen wird ein Inrotulationstermin angeſezt, wobey ſie die Aktendefeke verbeſſern und erinnern 5), keineswegs aber neue Gründe vorbringen dürfen. Sie können gegen die Verſendung an etliche Juſtizkollegien Einwendung machen. Es iſt dieſe Aktenverſendung ein Ueberbleibſel des alten Zugrechts, das ich ſchon oben berührt habe 6).

1) *Ludewig* in Praefat. T. I. Conſil. Hal. §. 6. p. 2.

2) *Tob. Iac. Reinharth* de tranſmiſſionis actorum jure atque abuſu. Erf. 1716. *Nicol. Hier. Gundling* Diſſ. de tranſmiſſione actorum.

3) Neuſter Reichsabſch. §. 113.

4) Vergl. C. Jur. Frid. P. I. tit. 12. §. 2. Preuß Interimsordn. des Oberappell. Ger. v. 4. Dez. 1703. §. 3. Verordn. vom 2. Dez. 1704. Edikt vom 17. Febr. 1723. Märk. K. G. O. tit. 47. §. 6.

5) *Frid. Behmer* in Novo Jure Controv. obſ. 46. c. 2. T. I. p. 306.

6) *Chr. Gottl. Buder* de Conſiliis et Reſponſis prudentum Germaniae

Eſtor Th. II. Hſt. 85. §. 6589. ff.

380.

Altteutſche Rechtsmittel.

Nach altem teutſchem Rechte konnten die Partheyen nach kundgemachter Urthel entweder erklären,

ſie

ſie verſtühnden es nicht, und dann erfolgte die Leuterung, oder ſie durften die Urthel ſchelten, blaſphemare ſententiam 1). Anfangs gieng dabey ein Zweykampf vor, den Einer der Schöffen übernehmen mußte, und nachher geſchah die Appellation an ein ander Gericht 2).

1) *Tacit.* de mor. Germ. c. 10. Capit. ad L. Sal. L. III. c. 3. Lex Longob. L. I. tit. 52. §. 13. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 146. ff.

2) *Ge. Lud. Boehmer* de prouocationibus Jur. Germ. Hal. 1738. Hauſchild a. a. O. S. 72. 150.

381.

Altrömiſche Rechtsmittel.

Bey den alten Römern fand ebenfalls Berufung an den höhern Richter ſtatt 1), wenn dieſe aber unterblieb, und der Ausſpruch nicht befolgt wurde, ſo geſchah von dieſem die Vollziehung, mittelſt Einweiſung oder Pfändung 2).

1) *Franc. Car. Conradi* Jus prouocationum ex antiquitate Romana erutum. Lipſ. 1723.

2) *Chr. Wilh. Kaeſtner* Pignus in cauſa judicati captum. Lipſ. 1734.

382.

Kundmachung und Rechtskraft der Urthel.

Heutzutage wird die von dem auswärtigen Rechtskollegium eingegangene, oder von dem Gerichte ſelbſt verfaßte Sentenz in einem beſtimmten Termine publizirt; wowider ſie in einem gewiſſen Zeitraume 1) und

und nach Beſchaffenheit der Sache 2) allerlei Rechtsmittel einwenden können 3), oder aber ſie wird rechtskräftig und vollzogen 4).

1) *Godofr. Dan. Hoffmann* Diſſ. de decendio appellationis ſpeciatim Wurtembergico Tub. 1770.

2) *Iac. Frid. Ludovici* Diſſ. de Summa adpellabili. Halae 1710.

3) *Iuſt. Henn. Boehmer* de Sententiis in rem judicatam non tranſeuntibus. Hal. 1713.

Car. Lund Diſſ. de appellationibus. Holm. 1684.

4) *Car. Lund* Diſſert. de Sententia et re judicata. Vpſal. 1703.

383.

Heutige Einwendung der Rechtsmittel.

Unter dieſen Rechtsmitteln gibt es in Niederteutſchland, ehemals auch in Magdeburg, Halberſtadt und andern Preußiſchen Staaten, zwey, die Ueberbleibſel aus dem alten teutſchen Rechte ſind, nemlich die Leuterung und Oberleuterung 1). Sie werden bey eben demſelben Richter, der den Ausſpruch gethan hat, eingewendet, und man bittet dieſen wegen der angeführten Beſchwerden durch auswärtigen Spruch abändern zu laſſen. Die Einlegung kan vor Notar und Zeugen geſchehen, und beym Verfahren dürfen neue Gründe und Umſtände angeführt werden. Sie theilt ſich in vollſtändige und unvollſtändige Leuterung. Nur einmal wird geleutert, wenn aber dadurch die Urthel abgeändert worden, ſo kan hernach auch der Gegentheil leutern. Bey der Oberleuterung hat

hat ſich der Leuterant der Appellation zu begeben, die in jenem Falle ſtatt hat 2). Die Verſchickungskoſten muß der begehrende Theil vorſchießen, auf den Fall aber der Richter ſie nothwendig hält, beide Theile. Das Rechtsmittel der Deklaration am Kammergerichte, ſcheint mit der Leuterung Aehnlichkeit zu haben 3).

1) Deren Verſchiedenheit bey *Berger* in Oecon. Jur. L. IV. tit. 28. not. 3.

2) Knorre Anleit. zum gerichtl. Prozeß B. I. c. 21. S. 252. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 145.

3) Scheppler Hauptſt. X. §. 103. 105.

384.

Preußiſche Rechtsmittel.

Im Preußiſchen wird zur Abfaſſung der Urthel ein Referent und Korreferent beſtellt, die dem Kollegium den Zuſtand der Sache mit dem Voto und beygefügten Entſcheidungsgründen vorzutragen haben 1). Wenn Dunkelheit und Unbeſtimmtheit in dem abgefaßten Erkenntnis vorhanden, ſo wird dieſe auf Vorſtellung der Partheyen durch eine einfache Verfügung, oder allenfalls durch Erklärung gehoben 2). Sonſt gibt es zweierlei Rechtsmittel, nemlich die Appellation und Reviſion, die aber anders bey den Obergerichten, als bey den Untergerichten eingewendet werden 3).

1) *Io. Paul. Kreſs* de rationibus decidendi in variis juribus et reſponſis. Helmſt. 1732.

2) Corp. Jur. Frid. P. I. tit. 13. §. 3. 5.

3) Corp. J. Frid. cit. l. tit. 14. §. 1.

385.
Polizeyverfahren.

Das Polizeyverfahren unterſcheidet ſich vom Juſtizverfahren gleich anfangs darinn, daß der Polizeyrichter nicht erſt auf gerichtliches Anbringen und auf die Anklage warten darf 1), ſondern ſobald ihm nur auf irgend eine Weiſe etwas von einem Polizeyvergehen kund wird, gleich von Amtswegen deshalber Unterſuchungen anſtellt, oder oft gar mit exekutiviſchen Mitteln den Anfang macht. Ferner geſchieht die Vernehmung und die Verhandlung der Sache äußerſt ſummariſch, ohne Beobachtung weitläufiger Prozeſſualförmlichkeiten 2), und man geſtattet gegen ihre Entſcheidungen keine Einlegung der ſuſpenſiviſchen Rechtsmittel 3), und am allerwenigſten Berufungen an die höchſten Reichsgerichte 4). Die Polizeyſtrafen beſtehen in Verweiſen, Züchtigungen, in Gelde, in Feſtungs- und Zuchthausarbeit, Konfiſkationen. Es müſſen darüber Protokolle gehalten, und dieſelbe auszugsweiſe an die Oberkollegien eingeſendet werden 5). An den Geldſtrafen haben oft die Polizeybedienten Antheil 6). Die Vollſtreckung wird unmittelbar ohne Rückſicht des beſondern Gerichtsſtands verhängt 7).

1) Sächſ. Landr. B. I. Art. 66. Wo kein Kläger iſt, da ſoll auch kein Richter ſeyn.

2) *Mencke* in Syſtem. Jur. Civ. p. 973. Heumann Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. 24. §. 9. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III, C. 5. S. 6 643.

3) Reichs-

3) Reichsabſchied von 1654. §. 106. C. C. March. T. II. Abth. 4. p. 41. T. V Abth. 1. p. 134. Cont. II. p. 60. C. C. March. Nov. Tom. V Jahrg. 3. pag. 806. *Imm. Weber* Diſſ. de appellationibus et in cauſſis politicis, Sect. II. §. 3. p. 27.

4) Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. I. S. 88.

5) C. C. March. Cont. II. p. 61.

6) cit. l. pag. 60. C. C. March. Tom. V. Abth. 1. pag. 32.

7) cit. l. T. II. Abth. 1. p. 655. Cont. I. p. 294.

386.

Fiſkaliſcher Prozeß.

Mit dem Polizeyverfahren hat der fiſkaliſche Prozeß Aehnlichkeit, indem die Fiſkäle urſprünglich nichts anders, als eine Gattung Polizeyaufſeher ſind. Daher im neuen Korpus Friderizianum vom Erſten nichts, ſondern nur der Leztere ausführlich enthalten iſt, und daraus das Erſtere ſupplirt werden kan. Bey fiſkaliſchen Civilprozeſſen iſt der fiſkaliſche Bediente bloß als Bevollmächtigter zu betrachten, und hat beym Verfahren alle Regeln des ordentlichen Prozeſſes zu beobachten. Die beſondere Verfahrungsart zeigt ſich bloß bey fiſkaliſchen Unterſuchungen in geringen Vergehungen, Uebertretungen und Betrügereyen, bey der Hebung der öffentlichen Gefälle, und bey Widerſezlichkeiten gegen die Amtsführung der landesherrlichen Bedienten. Der Fiſkal darf erſt auf vorherigen höhern Orts erhaltenen Auftrag die Unterſuchung anfan-

gen, und es muß vorher der Uebertretungsfall genau erwieſen, oder deshalb wahrſcheinliche Vermuthungen vorhanden ſeyn, ehe ſie gegen die angegebene Perſon gerichtet werden darf. In der Vorladung muß dem Angegebenen ſeine beſchuldigte Vergehung genau angezeigt, und ihm dabey auferlegt werden, ſich auf ſeine Vertheidigung und zur Anzeige ſeiner Beweismittel gefaßt zu halten 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 11. §. 1. ſeqq. Repert. Corp. Conſtit. March. de 1755. pag. 334. 335. v. Fiſcaliſche Proceſſe.

387.

Fortſezung.

Wenn der Beſchuldigte eine Vertheidigung führen will, ſo kan er ſich zu dem Ende einen Juſtizkommiſſär auswählen, oder es wird ihm ein Aſſiſtenzrath zugegeben, der ſich mit ihm unterreden darf, und welchem die Unterſuchungsakten vorgelegt werden müſſen. Das Urthel wird von dem ordentlichen Kollegio, von welchem der Fiſkal ſeinen Auftrag erhalten hat, gefällt, und ihm ſogleich zur Bekanntmachung zugefertigt. Wenn darinn auf Gefängnis oder auf eine höhere Geldſtrafe als 10. Thaler erkannt iſt, ſo ſteht dem Verurtheilten das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung offen, das er aber gleich oder binnen 10. Tagen ergreifen muß. Es wird darauf nach Befinden eine neue Unterſuchung durch einen andern Fiſkal oder Kommiſſar angeſtellt, und eine neue Vertheidigungsſchrift

ſchrift übergeben 1). Bey groben Verbrechen der Königlichen Bedienten und Beamten werden zwar auch Fiſkäle zur Unterſuchung gebraucht. Allein es hat doch dabey das ordentliche peinliche Verfahren ſtatt 2).

1) C. J. Frid. cit. l. §. 24. ſeqq.

2) cit. l. §. 5. Reſcript wegen des Verfahrens der Fiſkäle bey Inquiſitionen vom 30. Merz 1751. C. C. March. Nov. T. I. p. 63. Vergl. Repert. C. C. March. de 1755. pag. 334. v. Fiſcaliſche Inquiſition.

388.

Fiſkaliſche Prozeſſualrechte.

Dem Fiſkale kan man den Eid zuſchieben, und den Eid vor Gefährde abfordern 1). Wenn er ſich am Beweiſe verſäumt, und Nothfriſten hat verſtreichen laſſen, ſo kan er in den vorigen Zuſtand wieder hergeſtellt werden 2), u. d. m.

1) *Leyſer* in Medit. Vol. II. p. 719. *Taſinger* in Inſt. Jur. Cam. p. 210.

2) *Wernher* in Obſervat. for. P. VII. obſ. 87.

III. Abſaz.

Kriminalpolizeyrecht.

389.

Literatur.

Chr. Thomaſius Diſſ. de occaſione, conceptione ac intentione Conſtitutionis Criminalis Carolinae. Hal. 1711.

D. Jul. Friedr. Malblank Geſchichte der peinlichen Gerichtsordnung Kaiſer Karls V. von ihrer Entſtehung und ihren weiteren Schickſalen bis auf unſere Zeiten. Nürnberg 1783.

Chr. Gothofr. Hoffmann Praenot. de origine, progreſſu et natura jurisprudentiae criminalis Germanicae. Lipſ. 1722.

Id. de inſignioribus defectibus jurisprudentiae criminalis Germanicae, eorumque emendandorum ratione ac mediis Francof. ad Viadr. 1731.

Il Marcheſe *Ceſare Beccaria* de i delitti e delle pene. III. Ed. reviſta, corretta e notabilmente accreſciuta dell' Autore, colle Riſpoſte dello ſteſſo alle note e oſſervazioni publicate in Venezia contra queſta opera. Milano 1767.

Le Troſne Vues ſur la juſtice criminelle. Paris 1777.

Vermeil Eſſay ſur les reformes à faire dans la legislation criminelle. Paris 1782.

Bibliotheque philoſophique du Legislateur, du Politique, du Juriſconſulte, ou choix des meilleurs diſcours, diſſertations, eſſays, fragmens compoſés ſur la legislation criminelle par les plus celebres écrivains en François, Anglois, Italien, Allemand, Espagnol, pour parvenir à la reforme des loix penales dans tous les pays traduits, et accompagnés de notes et d'obſervations hiſtoriques par *Briſſot de Warville*. Berl. et Paris 1781. 1783. II. Tomes.

Paul

Paul Riſi Abhandl. über einige Gegenſtände des peinlichen Rechts, aus dem Ital. Miet. u. L. 1771. lateiniſch Jena 1775.

Fr. Ant. Peſcatore Saggi intorno diverſe opinioni di alcuni moderni Politici ſopra i delitti e le pene. Torino 1780.

Eſſay on crimes and Puniſhments, with a view of an commentary upon *Beccaria*, *Rouſſeau*, *Voltaire*, *Monteſquieu*, *Fielding* and *Blackſtone*, by Mr. *Dawes*. Lond. 1782.

Verſuch über die geſezgebende Klugheit, Verbrechen ohne Strafen zu verhüthen. Frankfurt u. L. 1778.

C. Fr. Seeger Abhandl. der Frage, ſind ſcharfe Geſeze einem Staate vorträglich? Stuttg. 1779.

Reviſion verſchiedener Vorſchläge zur Verminderung peinlicher Verbrechen. Bremen 1781.

J. F. von Soden Geiſt der teutſchen Kriminalgeſeze. Deſſau 1782. 1783. 1784. III. Bände.

Andr. Zaupſer Gedanken über einige Punkte des Kriminalrechts. Münch. 1781.

Das peinliche Recht, nach den neuſten Grundſäzen vollſtändig abgehandelt ꝛc. Offenbach 1783.

Iul. Frid. Malblanc Progr. de poenis ab effectibus defenſionis naturalis etiam in ſtatu ciuili probe diſtinguendis. Alt. 1779.

Jak. Döpler Schauplaz der Leibes = und Lebensſtrafen. Sondershauſen 1693. Leipzig 1697. II. Theile.

J. H. Kirchhof von den Advokaten und deren Pflichten in peinlichen Fällen. Büzow 1763. 1766. 1770. IV. Theile.

Quiſtorp von den vorzüglichen altteutſchen Gewohnheiten, auf welche in der peinlichen Gerichtsordnung Beziehung gemacht wird, in den Beyträgen zur Erleuterung verſchiedener Rechtsmaterien. St. I. n. 7.

Ebend. von den vorzüglichſten Stellen des Römiſchen und Kanoniſchen Rechts, auf welche in der P. G. O. Beziehung gemacht wird. a. a. O. St. III. n. 14.

Auguſt Richter hiſt. Einleitung zum Kriminalprozeſſe ſamt Zugift. 1748.

390.

Rechtsquellen.

Die Hauptquellen ſind außer der Peinlichen Halsgerichtsordnung Kaiſer Karls V. 1) und einigen Texten des kanoniſchen und römiſchen Rechts 2) hauptſächlich der Baieriſche Kriminalkodex 3), der Kaiſerin Maria Thereſia peinliche Gerichtsordnung 4), die Heſſendarmſtädtiſche Kriminal- und peinliche Gerichtsordnung von 1726., Heſſenkaſſeliſche peinliche Gerichtsordnung von 1748., Würtembergiſche Kriminalordnung von 1732. 5), Braunſchweiglüneburgiſche Kriminalinſtruktion vom 30. April 1736. 6), Kurſächſiſche Generalia über das Verfahren in Unterſuchungsſachen vom 27. Oct. 1770. u. 30. April 1783., der

der III. Theil der Gothaiſchen vermehrten und verbeſſerten Gerichts = und Prozeßordnung von 1776. 7).

1) Edit. *Kochii* Gießen 1769.

Io. Sam. Fr. Boehmer Comment. in Conſtitutionem Carolinam. Hal. 1770.

2) Dig. L. 47. 48.

Ant Matthaei Commentarius de Criminibus. Ed. III. Veſ. 1672.

3) München 1750. 4) Wien 1769.

5) in Hochſtetters Extrakt der Würt. Generalreſcr. Th. II. S. 335.

6) in C. C. Calemb. P. III. Sect. III. p. 663.

7) Mehrere der ältern ſtatut. Kriminalordn. ſiehe bey *Boehmer* Elem. Jurisprud. Crim. Ed. VI. Hal. 1766. §. 18. p. 11. ſeqq.

391.

Quellen des Preußiſchen Kriminalrechts.

Dergleichen ſind die auch in andern Provinzen ſubſidiariſche Kriminalordnung der Mark Brandenburg von 1717. Eine andere für Magdeburg vom 21. Merz 1721. Eine von gleichem Dato für Pommern, und eine für Cleve vom 3. Jul. 1721. In Magdeburg gilt auch die Polizeyordnung von 1688. c. 64. ff. In Oſt = und Weſtpreußen gelten in peinlichen Sachen die 4. erſten Titel des VI. Buchs des Oſtpreußiſchen Landrechts, mit einigen darauf gefolgten Erleuterungen 1), und in Schleſien die peinliche Halsgerichtsordnung Kaiſer Joſephs I. vom 16. Jul. 1707. 2). Die Inſtruktion für das Breslauiſche Kriminalkollegium

vom 1. Auguſt 1750. 3), mit dem Reglement für die Staatsinquiſitoren vom 13. Auguſt 1750. 4), mit der Deklaration vom 9. Sept. 754. 5). Sonſt ſind noch eine Reihe Königlicher Verordnungen 6) vorhanden, welche die peinliche Geſezgebung in den Preußiſchen Staaten beſtimmen, und beſonders über das peinliche Rechtsverfahren genaue Vorſchriften 7) geben.

1) Weſtpreuß. Notifikationspatent vom 28. Sept. 1772. Abſchn. 6. Inſtruktion für die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773. §. 10.

2) in der Brachvogl. Samml. Th. V. S. 1315. Samml Schleſ. Prov. Geſ. u. Ordn. B. I. S. 113.

3) Samml. Schleſ. Ordn. u. Ed. B. V. S. 330.

4) Korn. Samml. Schleſ. Geſ. u. Ordn. B. V. S. 471.

5) a. a. O. S. 648.

6) Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten' Samml. IV. S. 192. ff. Vergl. Schleſ. Anhang zum Cod. Frid. P. IV. tit. 5. Von Sahme Einleit. zur Preuß. Rechtsgel. S. 420. ff.

7) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. pag. 21. 157. 387. 350. 870. 1347. 1600. 1801. 2152. 2206. 2458. Jahrg. 4. p. 401. 475. 511. 919. Jahrg. 2. p. 91. 463. T. I. p. 63. Cod. Frid. P. IV. tit. 5. §. 1. vsque ad 11. Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. V. S. 330. 471. 648. Preuß. Landr. B. VI. tit. 1. 2. 3. 4.

392.

Alter des Anklageprozeſſes.

Urſprünglich war in Teutſchland, gleichwie in Rom, nur der Anklageprozeß üblich 1), der auch noch in

in einigen Ländern vermög der Landesverträge 2) gegen die eingebohrnen Unterthanen in Hauptverbrechen ganz allein gebraucht werden darf.

1) *Haltaus* in Gloſſ. Germ. col. 31. 42. Dreyer vom Gedicht Reinke de Voß S. 31. *Heinecc.* in El. Jur. German. L. III. tit. 9. §. 309. *Boehmer* Elem. Jur. Crim. Sect. I. §. 87. p. 59.

2) Wirtemb. Regimentsordn. von 1498 bey Sattler Th. I. Beyl. 47. Tübinger Vertrag von 1514. Bl. 27. Landtagsabſch. der Würtemb. Landſchaft von 1520. Bl. 69. Beſtätigung von 1550. Landt. Abſch. v. 1554. Bl. 145. Landt. Abſch. von 1565. Bl. 183. Landt. Abſch. v. 1599. Landesherrl. Beſtätigung von 1608. Würtemb. Erbvergleich Cl. I. grav. 3. §. 1. ff. S. 14.

393.

Hegung des peinlichen Halsgerichts.

Das peinliche Gericht wird, ausgenommen bey gewiſſen Verbrechen, bey offenen Thüren gehegt, weil ehemals das ganze Volk auf freyem Felde in derlei Sachen das Urtheil fällte. Daher noch in Wirtemberg 1) und anderer Orten 2) bey deſſen Eröfnung dreymal die Maleſizglocke geläutet wird. Die Urthelsſprecher oder Gerichtsbeyſizer erſcheinen bewafnet, und ſizen mit bedecktem Haupte. Der vorſizende Maleſizrichter oder der Stabhalter hat das entblößte Schwerd vor ſich liegen, und hält den Gerichtsſtab in der Hand. Gerade ihm gegen über an den Schranken kömmt der Miſſethäter in Ketten und Banden auf ein kleines Bänkchen zu ſizen. Rechts ſteht der landesherrliche

Ober-

Oberbeamte als fiſkaliſcher Ankläger, und links ein Advokat, als Vertheidiger des Delinquenten.

1) *Io. Chr. Frid. Breyer* Comment. ſiſtens primis lineis proceſſum criminalem in foro Wirtembergico receptum eiusque leges et conſuetudines in materia delictorum obſervandas. Tubingae 1769. Sect. I. C. I. §. 10. 12.

2) Beytr. zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 215.

394.

Gemäßigte peinliche Prozeßart.

Weil das mit dem feyerlichen Anklageprozeß verknüpfte Gepränge einen allzufurchtbaren Eindruck auf das Gemüth des Beklagten machen könnte, und für ihn entehrend iſt, ſo wird in geringern Verbrechen, oder bey wenigen Anzeigen, bloß der Prozeß über die That, ſuper facto, von der Regierung erkannt. Da denn der Ausdruck peinlich wegfällt, und der Beklagte bey verſchloſſenen Thüren von einem geſeſſenen Gerichte bloß mündlich vernommen wird 1).

1) *Breyer* cit. l. §. 9. 11. *Spittler* de jurisdict. crimin. Wirtemb. §. 3.

395.

Ehemalige Form der Anklage.

Ehemals mußte bey Mordthaten die Anklage mit dem Waffenruf, Zettergeſchrei, Joduthe, Ach und Weh, Wrak angefangen werden, und durfte überhaupt nicht über Nacht (Quernacht) anſtehen, oder man verlor die Ueberweiſung, und der Beklagte konnte die

die Beſchuldigung durch den Reinigungseid von ſich ablehnen 1). Bey Mordthaten durften nur die Anverwandten, und niemand anders, die Anklage machen, die auch den Mörder ſogleich verfolgen mußten. Sonſt machte auch der Richter ſelbſt den Ankläger 2).

1) Dreyer vom Ged. Reinke de Voß S. 74. 90. ff. *Weſtphalen* in praefat. Tomi I. p. 59. ſeqq. Daraus empfängt die Stelle in *C. 24. X. de accuſat.* Sicut accuſationem legitima debet praecedere inſcriptio, ſic et denunciationem charitativa monitio, et *inquiſitionem clamoſa inſinuatio praeuenire*, ihre Erleuterung.

2) *Dipl. Ott. D. Brunsw. pro Civ. Luneb. de 1240.* ap. Rehtmeyer Braunſchw. Chronik S. 1832. Si Advocatus noſter ſuper magna cauſa aliquem voluerit incuſare, de loco judicii ſurgere debet, et ponere alium judicem loco ſui, acceptoque Praelocutore procedere debet contra illum per juſtas ſententias, quantum poteſt.

396.

Peinliches Unterſuchungsrecht.

Vermög des Staatsoberaufſichtsrechts iſt der Staat berechtiget, ſo bald ihm nur das geringſte von einem begangenen Verbrechen, oder von einer geſchehenen Uebertretung der Geſeze kund oder wahrſcheinlich wird, ohne Erwartung einer förmlichen Anklage oder einer Anzeige von Amts und Obrigkeitswegen Unterſuchungen und Nachforſchungen anſtellen zu laſſen. Man nennt dieſes Hoheitsrecht das peinliche Unterſuchungsrecht, Jus Inquiſitorium. Da nun nach meinem Syſteme alle Polizeyrechte aus jener ſtaats=

ſtaatsrechtlichen Quelle entſpringen, ſo iſt dieſes bey mir ein Theil des Kriminalpolizeyrechts.

397.

Inquiſitionsprozeß.

Heutzutage wird der Anklageprozeß in den meiſten Ländern ſelten mehr gebraucht, ſondern wegen dem peinlichen Unterſuchungsrechte, das vom Landesherrn jedem Peinlichen Richter, oder jedem höhern Gerichte, oder jedem Kriminalkollegio übertragen iſt, müſſen derley Perſonen und Gerichte von Amtswegen über die ruchtbar gewordenen Verbrechen und Vergehungen Unterſuchungen anſtellen.

398.

Geſchichte des Urſprungs des Inquiſitionsprozeſſes in Teutſchland.

Vermöge der älteſten kirchlichen Verfaſſung mußten die Biſchöfe über ſolche Vergehungen und Verbrechen, die Todſünden waren, oder eine Kirchenbüße erforderten, von Amtswegen Nachforſchungen 1) und Unterſuchungen anſtellen, und ſich zu dem Ende eigene Kirchenpolizeybediente halten 2). Dieſe Inquiſitionen vermehrten ſich durch die karlingiſche Geſezgebung 3), wo nicht nur den Biſchöffen hierinn eine größere Ausdehnung ihrer Gewalt gegeben, ſondern auch den geiſtlichen und weltlichen Hofkommiſſarien, Miſſis Dominicis, anbefohlen wurde 4), auf den Sendgerichten alle gegen das Chriſtenthum laufende, die öffentliche Ehrbarkeit beleidigende, und gegen eine

gute Polizey anſtößige Sachen zu unterſuchen und zu beſtrafen. Weil aber dieſe Strafen ſehr oft eine weltliche Vollſtreckung erforderten, ſo mußten die Biſchöffe bey derlei Inquiſitionen, die oft auf eine ſehr geheime Art veranſtaltet, und wobey ohne alle prozeſſualiſche Weitläufigkeit polizeymäßig verfahren wurde 5), die weltlichen Obrigkeiten, als die Hofkommiſſarien, Grafen, Richter, Vögte u. ſ. w. zu ſich einladen, und mit ihnen gemeinſchaftlich die Unterſuchung führen 6), welches den Sendgerichten eine beſtimmtere Form gab. Denn ſchon in den erſten Chriſtlichen Jahrhunderten nahm das Volk an allen geiſtlichen Gerichten Antheil 7). Anſtatt der alten kirchlichen Polizeyaufſeher machten jezo die geſchwohrnen Sendleute, Sendbaren Leute 8), homines Synodales 9), Teſtes Synodales, Exploratores criminum, Promotores jurisdictionis Epiſcopalis, die Anzeigen, und beſiebneten den Verbrecher 10). Sie hatten viele Aehnlichkeit mit den Weſtfäliſchen Freyſchöffen, denen ſie vielleicht den Urſprung gegeben haben 11). Es übten in der Folge dieſes peinliche Unterſuchungsrecht der Miſſethäter die Archidiakonen auf den Sendgerichten aus 12). Da aber allgemach dieſe Geiſtlichen die ganze biſchöfliche Gerichtsbarkeit und das Kirchenpolizeyrecht an ſich geriſſen hatten 13), ſo ermangelten die Biſchöffe ſeit dem XII. Jahrhunderte nicht, das Archidiakonatamt einzuſchränken, und es wieder auf ſeine vorigen Grenzen zurückzubringen, wodurch denn die Sendgerichte ebenfalls, beſonders bey der ſchlechten Beſchaffenheit der

Send=

Sendleute 14) etwas in Verfall kamen, bis Innozenz III. eigene Inquiſitores haereticae prauitatis bey Gelegenheit der Albigenſiſchen Unruhen anordnete 15), und dem Inquiſitionsprozeſſe 16) neue Vorſchriften 17) gab. Nachdem auch Kaiſer Friedrich II. in einem Reichsgeſeze die Kezerey für ein peinliches Verbrechen erklärt hatte, ſo ermangelte der h. Engelbert, Erzbiſchof von Köln, während ſeiner Reichsverweſerey nicht, die alten Sendgerichte und Weſtphäliſchen Fehmgerichte in neue Thätigkeit zu ſezen 18), und dabey die verbeſſerte geheime inquiſitoriſche Verfahrungsart einzuführen 19), die ſchon ums Jahr 1270. ganz ausführlich bey Wilhelm Durando 20) anzutreffen iſt.

1) *Origenes contra Celſ. L. III.* Inſtituti ſunt aliquot, qui in mores ac vivendi rationem fidelium inquirant.

Tertull. in Apolog. c. 39. Ibidem etiam exhortationes, caſtigationes, cenſura divina: iisque praeerant probati quique Seniores, puta Epiſcopi et Presbyteri.

2) Sie hießen Periodeutae, Circuitores, Viſitatores. Synod. Laodic. Can. 57. ibique Balſamon. Sie ſind noch in der Stadt Tübingen vorhanden.

3) *Car. M. Capit. ſynod. c. 10. n. 32.* Vt Epiſcopi circumeant Parochias ſibi commiſſas et ibi *inquirendi* ſtudium habeant de inceſtu, de parricidiis, de fratricidiis, adulteriis, cenodociis et aliis. *L. V. capit. 165.* Vt Epiſcopi inceſtuoſos *puriter inueſtigare* ſtudeant, omnino praecipimus.

Concil. Vern. can. 3. Vt vnusquisque Epiſcoporum poteſtatem habeat in ſua Parochia tam de Clero quam de regularibus vel ſaecularibus ad corrigendum et emen-

dan-

dandum ſecundum ordinem Canonicum ſpiritualem vt ſic viuant, qualiter Deo placere poſſint.

Lud. Pius L. VI. Capit. 88. Vt ſi quis ſaecularium tam maioris ordinis quam inferioris, peccatum fecerit, et vocatus Epiſcopi ſui auctoritate ad emendationem ac poenitentiam venire diſtulerit; — —

Synod. Sueſſ. II. can. 11. Illud quoque cunctis volentibus confirmatum eſt, qui eccleſiaſtica diſciplina noxii, ſiue ingenui, ſiue ſerui, coercentur.

Car. Calv. Imp. in act. VII. Synod. Sueſſ. capit. 9. Vt miſſi noſtri omnibus per ſingulas Parochias denuntient, quia ſi Epiſcopus et miniſtri Epiſcoporum pro criminibus colonos flagellaverint cum virgis propter metum aliorum et vt ipſi criminoſi corrigantur — —

Synod. Ravennat. de 904. can. 12. in c. 1. X de officio jud. ord. damnat conſuetudinem, vt judex publicus vel miniſter peccata populi, *quae ab Epiſcopis inquirenda ſunt*, quibus animarum ſollicitudo commiſſa eſt, *quaſi inquirenda vendant*; eaque occaſione licenter ſceleſta vitia augmententur. — vt Epiſcopi ſingularum vrbium in ſua dioeceſi liberam poteſtatem habeant, *adulteria et ſcelera inquirere*, vlciſci et judicare ſecundum quod Canones cenſuerunt abſque impedimento alicuius.

4) *Franc. de Roye* de Miſſis Dominicis eorumque officio et poteſt. L. II. c. 16. 17.

5) *Gratian.* quaeſt. I. cauſ. 2. C. 25. §. 1. X. de accuſat.

6) Synod. Ravennat. de 904. can. 12. C. 1. X. de off. jud. ord.

7) *Iuſt. Henn. Boehmer* in Diſſ. III. ad Plin. jun. *Id.* in origin. Jur. Eccleſiaſt. C. IV. §. 6. ſeqq. p. 303.

8) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui, col. 1678. 1679.

9) *Du Cange* in Gloſſ. inf. latinit.

Innocent. Cironius Obſervat. Jur. Canon. L. I. c. 18. p. 25.

10) Can. 35. qu. 6. Concil. Colon. P. 14. c. 21. Concil. Lateran. ſub Innocent. III. can. 6. Acta Mediol. Concil. IV. C. 7. X. de teſtib. cogend.

11) Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsbarkeit in Teutſchland §. 66. 70. S. 57. 59.

12) *Thomaſſin.* de vet. et noua Eccl. diſciplina P. II. L. 3. c. 75. n. 3. Kreß vom Archidiakonalweſen C. II. §. 4. Dreyer vom Nuzen der heidniſchen Gottesgelehrtheit, in den verm. Abhandl. S. 673. ff. *Cironius* cit. l. p. 26

13) *Larroquan* Aduerſ. Sacr. L. II. c. 8.

Cironius in paratitlis in III. prior. Libr. Decret. L. I. t. 13. §. 10. ſeqq.

14) Kreß Erleuterung des Archidiakonalweſens C. II. §. 6. 10. u. C. III. §. 9.

15) *Nicol. de Clemangiis* de ruina Eccleſiae c. 21.

16) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de origine proceſſus Inquiſitorii. Hal. 1711. *Id.* in not. ad Lancellot. p. 1695. 1701 1713. 1707.

17) C. 14. 16. 17. 24. X. de accuſat.

18) An. de judiciis Vehmicis ap. *Piſtor.* in Amoen. hiſt. jurid. P. IV. p. 855. *Haltaus* in Gloſſar. Germ. col. 429. 430.

19) Eſtor Th. III. §. 4949. S. 1363.

20) Speculum Guil. Duranti P. III. Rubr. de inquiſit. §. quando autem.

399.
Fortſezung.

Seither war das Inquiſitionsverfahren bloß bey den ganz geiſtlichen Gerichten, oder bey denen aus Geiſtlichen und Weltlichen beſtehenden Sendgerichten, und bey den Fehmgerichten, desgleichen bey der Verfolgung der Landfriedverbrecher üblich 1). Als ſich aber in den Reichsſtädten das Polizeyweſen mehr vervollkommte, ſo ließen ſich dieſe im XIV. und XV. Jahrhundert kaiſerliche Privilegien ertheilen, vermöge deren ihre Obrigkeiten alle für die öffentliche Ruhe und Sicherheit ſchädliche und gefährliche Leute und große Verbrecher ohne Erwartung der peinlichen Anklage oder des Ueberſiebnens geradezu aufgreifen, über ſie peinliche Unterſuchungen anſtellen, und ſie hinrichten durften 2). Das dabey nöthige Rechtsverfahren bildete ſich mit Hülfe der Gloſſatoren und Kameraliſten immer mehr aus, und brachte unſern heutigen Inquiſitionsprozeß hervor 3). Jedoch ſahen ſich noch einige Landſtände, wie die Wirtembergiſchen, durch eigene Privilegien vor, daß bey ihnen der Anklageprozeß ausſchließlich erhalten werden mußte, und anderer Orten wurde der Inzichtsprozeß, zuerſt inquiſitoriſch und hernach Fiſkaliſche Anklage, eingeführt 4).

1) Koch von den Weſtphäl. Gerichten S. 5. Senckenberg von der kaiſerl. Gerichtsbarkeit §. 66.

2) *Haltaus* in Gloſſ. German. col. 426. 427. Dreyer vom Nuzen des Gedichts Reinke de Voß S. 33.

3) Malblanc Geſchichte der peinl. Halsgerichtsordn. S. 64. 65. 67.

4) *Harpprecht* Conſil. 83. n. 50.

400.

Heutiger ſubſidiariſcher Gebrauch.

Obſchon jezo der Unterſuchungsprozeß allgemein angenommen worden iſt, und meiſtentheils aus Polizeygründen beobachtet wird 1), ſo bleibt ſein Gebrauch ſowol vermög der Reichsgeſeze 2), als auch nach den meiſten Landesgeſezen, doch nur ſubſidiariſch 3).

1) Anweiſung zum Inquiriren. Frankfurt und Leipzig 1772.

2) Peinliche Halsger. Ordn. Karls V. c. 214. 219.

3) *Boehmer* in Jur. Eccl. Proteſt. Tom. IV. L. V. tit. 1. §. 86.

401.

Preußiſches Inquiſitionsrecht.

Ehemals war es eben ſo im Brandenburgiſchen 1). Allein jezo gehet in allen größern peinlichen Verbrechen mit Abſtellung alles Schriftwechſels 2) der peinliche Unterſuchungsprozeß vor 3), und der Anklageprozeß kan bloß bey geringen Vergehungen 4) und fiſkaliſchen Sachen gebraucht werden 5). Im Königreich Preußen 6) findet man in gewiſſen Fällen die dreyfache Litiskonteſtation.

1) *Neandri* Praxis Crimin. March. C. II. §. 5

2) Reſcript vom 8. Nov. 1721. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 45.

3) Edikt

3) Edikt vom 21. Auguſt 1724. in C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 134.

4) Reſcr. vom 28. Nov. 1752. daß lev. del. civiliter behandelt werden ſollen, im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. p. 231.

5) Reſcript vom 18. Jan. 1736. C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 189.

6) Oſtpreuß. Landr. L. VI. tit. 1. a. 2. §. 14. Inſtrukt. für die Weſtpr. Reg. §. 10. p. 21. Hofreſcript v. 7. Dez. 1775.

402.

Preußiſche Inquiſitionsverordnungen.

Es ſind aber eine ganze Anzahl königlicher Verordnungen 1) vorhanden, welche dem inquiſitoriſchen Verfahren eine beſſere Form geben, und ſeine Abkürzung, (manchmal auf wenige Tage) beſonders bey fleiſchlichen Vergehungen 2) und in Injurienſachen 3), ernſtlich einſchärfen 4), wie auch zu dem Ende in Anſehung des Vorſpanns und der Diäten für die Fiſkäle Verfügung thun 5).

1) Edikt vom 21. Auguſt 1724. in C. C. March. Tom. II. Abth. 3. p. 134. Erläuterungsreſcr. vom 24. Oct. 1724. in der Quickmann. Samml. Pommer. Ed. S. 234. Ordnung vom 12. Jul. 1732. C. C. M. T. II. Abth. 3. p. 159. Erleuterungsreſcr. vom 4. Sept. 1732. T. II. Abth. 3. p. 167. Edikt vom 9. Jenner 1736. cit. l. p. 183.

2) Reſcript vom 1. Octob. 1746. in der Samml. Schleſ. Ordn. B. II. Abth. 1. S. 129.

3) Reſcr. v. 3. April 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 657.

4) C. C. March. Nov. T. II. p. 159. 305.

5) Edikt vom 30. Jenner 1737. in C. C. March. Cont. I. p. 7.

403.

Preußiſche Kriminalpolizeyverordnungen.

Vermög des Preußiſchen Kriminalpolizeyrechts müſſen monathlich, vierteljährig und jährlich Kriminaltabellen verfertiget und eingeſendet 1), geſunde, reinliche und tüchtige Gefängniſſe angelegt und erhalten 2), bey der Ergreifung und Schließung der Miſſethäter viele Vorſichtsregeln beobachtet werden 3). Die Kriminalrichter haben in den Unterſuchungsakten die Leibesbeſchaffenheit des Inquiſiten genau zu bemerken 4), und ſich deſſen Behandlung mit Stockſchlägen unangefragt zu enthalten 5).

1) Deren Formeln in C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 161. 183. Cont. IV. p. 85. n. 50.

Vergl. zur Literaturbeytr. für die Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 298. V. S. 310. VI. S. 350. VII. S. 257.

2) Reſcripte vom 14. Aug. 1769. Regl. für die Hausvogtey vom 22. Febr. 1776. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. n. 13.

3) Edikt vom 10. Febr. 1738. in Quickmanns Samml. Pommer. Edikte S. 243.

4) Verordn. vom 25. Nov. 1751. in der Schleſ. Samml. B. IV. S. 250.

5) Edikt vom 29. Jenner 1748. Circulare vom 18. Nov. 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 186. vom 3. Dez. 1756. in der Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. VI. n. 130.

n. 130. 131. Verordn. v. 4. Oct. 1766. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 567.

404.
Gottesurthel.

Die Teutſchen hatten zum Behuf der Ueberweiſung oder der Reinigung verſchiedene Rechtsmittel, die das heutige Polizeyrecht abgeſchaft hat 1). Sie rührten aus dem Heidenthume her, und man nannte ſie, nachdem ſie mit vielem Gottesdienſtlichem Gepränge verknüpft worden ſind, Gottesurthel 2), Ordalia 3), weil man glaubte, Gott würde auf dieſe außerordentliche Art die Wahrheit ſelbſt ans Tageslicht bringen.

1) *Iuſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de probatione in criminalibus ſpuria. Hal. 1732.

2) *Io. Chr. Becmann* Diſſ. de judiciis Dei. Francof. ad Viadr. 1682.

3) *Io. Phil. Leiterſperger* de ordaliis ſeu purgatione vulgari. Argent. 1716.

405.
Beſchreibung.

Die Gottesurthel beſtanden im Baarrechte oder in Berührung des Leichnams 1), eines glüenden Eiſens 2), in der Eintauchung in kochendes Waſſer 3), in der Werfung in den Strohm, (wovon der heutige Gießübel ein Ueberbleibſel) in der Bekreuzigung 4), Empfangung des h. Abendmahls 5), oder des geweihten Käſes und Brods 6), (Judicium Caſibrodii) in der Loſung oder Wünſchelruthe 7), und im Zweykampfe 8). Wenn alles verſagte, ſo beruften ſie

 ſich

ſich gar auf das jüngſte Gericht 9), oder luden für den Richterſtuhl Gottes 10).

1) *Heineccius* El. Jur. German. L. III. tit. 6. §. 252. 263. Eſtor Th. III. § 4965.

2) *Schottel* in ſing. Germ. jur. p. 543.

3) Hauſchilds Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 189.

4) Ebenderſ. S. 191. *Grupen* obſ. V. pag. 94. *Chr. Wildvogel* Diſſ. de venerabili ſigno crucis. Ien. 1690.

5) *Io. And. Schmidt* de modo probandi innocentiam per euchariſtiam.

Io. Iam. Strauſs de hoſtiis Euchariſticis earumque abuſu maxime ſuperſtitioſo. Hal. 1745.

6) Hauſchild a. a. O. S. 192.

7) *Fr. Aug. Junius* de ſorte, remedio ſubſidiario cauſſas dubias dirimendi. Lipſ. 1746. *Heineccius* El. J. Germ. L. III. tit. 6. §. 136.

8) *Ioach. Io. Mader* de duello, vt ordalii quondam ſpecie. Helmſt. 1679.

Ephr. Gerhardi de judicio duellico, vulgo vom Kampf- und Kolbengerichte, occaſione art. 63. L. I. J. Pr. Sax. Fr et Lipſ. 1735

9) *Ad. Cortrejus* de extrema prouocatione ad tribunal Ieſu Chriſti. Ien. 1745.

10) *Ge. Ebeling* de prouocatione ad Judicium Dei. Lemgov. 1709

406.

Beſiebnung.

Noch ein Rechtsmittel zur Ueberführung war die Beſiebnung 1), die in einigen Kriminalordnungen Spu-

Spuren hinterlaſſen hat 2). Sobald mit dem Anklä=ger Sechs oder überhaupt Sieben unverläumte Män=ner 3) ſchwuren, daß man die angeſchuldigte That be=gangen hätte, oder ein ausgemachter Böſewicht wäre, ſo wurde man ohne Barmherzigkeit verurtheilt und hingerichtet.

1) Dipl. Raitenhaſ de 1362. in Mon. Boicis Vol. VIII. n. 109. p. 212. — ob wir das indert überführet, das Got nicht geb, das wer mit Rechten oder an Recht, oder wie das geſchach, daß wir überweiſt würden mit der Wahrheit, ſo ſullen wir mit ſieben Mannen über=ſait ſeyn, als des Lantz Recht iſt.

2) Dreyer in den Nebenſtunden zur Erleuterung der Rechte, Alterthümer und Geſchichte S. 127. ff. S. 136. ff. Hauſchild Gerichtsverfaſſung der Teutſchen S. 35. ff. S. 197. ff.

3) *Keller* de officiis jurid. Polit. L. II. c. 17. pag. 467. Gerſtlacher Abh. von der peinl. Gerichtsbark. in Würt. B. II. S. 106. 111. *Harpprecht* Conſ. Crim. Tubing. Dec. 117. p. 1052. 1062.

407.

Geſchichte der eingeführten Tortur in Teutſchland.

Daß die Folter und Marter urſprünglich eben=falls eine Gottesurthel geweſen 1), läßt ſich nun ganz klar erweiſen. Nach den Weſtgothiſchen Geſezen 2) konnte ein Edler oder Freygebohrner den Andern bey Be=ſchuldigung der Landesverrätherey, des Mords und Ehebruchs, nöthigen, ſich der Folter zu unterziehen. Er ſelbſt mußte aber vorher ſeine Anklage durch drey

Zeugen wahrſcheinlich machen, und auf den Fall der Angeklagte die Marter ausſtand, entweder ſich mit ihm auf eine gewiſſe Geldſumme abfinden, oder er ward demſelben zu gleicher Peinigung übergeben. Ebendaſſelbe widerfuhr dem Richter, der hierinn kein Maaß zu halten wußte. Der Gebrauch der Folter verbreitete ſich in den Abendländern durch das kanoniſche Recht, hatte aber bey den Laien nur in außerordentlichen Fällen ſtatt 3). Die Geiſtlichkeit, an das Römiſche Recht gewöhnt, hatte ſie beſtändig unter ſich beybehalten 4). Denn ſchon Pabſt Gregor VII. (1073.) verordnete, daß die peinliche Unterſuchung nicht gleich mit der Folter anfangen ſollte 5), und Alexander III. (1159.) befahl, auf dieſe Art einen Dieb zum Bekenntniſſe zu zwingen 6). Der Mönch Gratian nahm 1162. nicht nur die Stellen des h. Auguſtins von der Tortur in ſein Dekret 7) auf, ſondern fügte ihnen noch einige andere Verordnungen bey 8). Die Folter war um dieſe Zeit ſchon ziemlich, jedoch bloß bey den geiſtlichen Gerichten, üblich, und die weltlichen Richter griffen, wegen der Gefahr, welche deren zweifelhafter Erfolg für ſie hatte, nicht leicht 9) zu dieſem Rechtsmittel, ſondern bedienten ſich lieber der ihnen unſchädlichern Gottesurtheln, beſonders des Ueberſiebnens 10). Indeß fiengen die Gloſſatoren an, die römiſchen Rechtsſäze von der Tortur förmlich in ihre Lehrbücher aufzunehmen, welches 1271. von Wilhelm Durandi 11) und von ſeinem Zeitgenoſſen Guido von Suſaria in einem eigenen Buche de Judiciis et

Tor-

Tortura geſchah. Ein gleiches thaten im XIV Jahrhundert Sinibald Cyno Graf von Piſtoja, Johann Andreä 12), Hippolytus von Marſigli 13), und Bartoli von Saxo Ferrato 14), und im XV. Jahrhundert Baldo von Ubaldis, Bartholomäus von Saliceto, Alexander von Aleſſandro, Franz Corneo, Lancelloto Decio und Felino Sandei 15). Man ſieht aus einer Stelle des Marſigli 16), daß, wie bey andern Ordalien, ſich oft auch hier die Ankläger ſelbſt zur Marter anboten, um den Verbrecher zu überführen, und daß eben ſo oft der Angeklagte ſich der Bereitwilligkeit bediente, die Marter als ein Reinigungsmittel zu übernehmen. Noch 1528. verlangte Otto von Pack, bey angedrohter Folter, von ſeinem Ankläger, dem Kanzler D. Piſtorius, daß er dieſelbe ebenfalls übernehmen müßte 17), welche Grundſäze noch ganz dem Geiſte der Gottesurthel angemeſſen waren, und mit obigen Weſtgothiſchen Geſezen ziemlich übereinſtimmten. Kaiſer Karl IV. erlaubte die Tortur beym Majeſtätsverbrechen 18), und gab Privilegien 19), ſie bey Landfriedbrechern zu gebrauchen. Da es ſchwehr war, 7. Zeugen zur Ueberweiſung des Uebelthäters zuſammenzubringen, ſo bedienten ſich diejenigen Gerichtsbarkeiten, die deswegen, wie Viele, keine kaiſerliche Befreyung erlangen konnten, der in Italien gewöhnlichen Tortur. Daher in der Bambergiſchen Blutordnung die Folter durch Beſiebnen angedeutet, und in einem Leipziger Schöffenurthel von 1548. ſie nur in ebendenſelben Fällen, wo ehemals die Beſiebnung ſtatt ge-

gehabt, zugeſtanden wird 20). Im XV. Jahrhundert war die Folter in Teutſchland, nach Urkunden 21) und dem Zeugniſſe des Kardinals Aeneas Silvio Piccolomini ſchon ſehr häufig, der zugleich ihren Misbrauch und ihre Grauſamkeit bemerkt 22). Die Lehren der Gloſſatoren darüber kamen endlich durch die Formularbücher, durch Ulrich Tenglers Laienſpiegel 23) und Sebaſtian Brands Klagſpiegel 24) in Teutſchland in allgemeine Ausübung, und wurden durch die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. 25) beſſer beſtimmt.

1) Eberhard Abhandl. von der Tortur, in der Berl. Monatsſchrift 1783. Aug. Sept. n. 3. 2. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Exerc. XLIX. §. 164. *Hoffmann* de or. et nat. Leg. Germ. Sect. I. not. 1. §. 4. p. 30. Malblanc Geſchichte der peinl. Halsgerichtsordn. S. 77. ff.

2) L. VI. tit. 2. 5.

3) wie bey den Geſandten des fränkiſchen Königs Gundobalds, die der Verrätherey beſchuldigt wurden. *Gregor. Tur.* L. VII. c. 32. *Aimoin.* L. III. c. 67.

4) *Gregor. Turon.* Hiſt. L. V. c. 49.

5) C. 6. X. de Reg. Jur. 6) C. 1. X. de depoſito.

7) Can. 23. qu. 5. 8) Can. 5. qu. 5.

9) Es geſchah bloß von K. Rudolf I. bey dem Afterfriedrich. Chron. Both. ad a. 1286. ap. *Leibnit.* Script. rer. Brunſw. T. III. p. 371. Kayſer Roleff, de groep oen onde leyd oen fragen mit der Unvernunfft, da bekande he.

10) Hauſchild Gerichtsverf. der Teutſchen S. 197. §. 58. 59.

11) *Speculum Juris L. II. Part. 2. de praeſumt. p. 383.* Si non conſueuit talia facere, non debet judex ex praeſumptione condemnare, licet fuerit minatus — Poſſet tamen ſupponi tormentis, — Et idem eſt, ſi aliquis interfectus ſit, neſcitur tamen a quo: ſed probatur, quod Petrus erat inimicus illius, et ab illo offenſus; nam bene poterit Petrus ex tali praeſumtione torqueri. —

12) in addit. ad Durandi Spec. Jur. L. III. Part. I. pag. 43. 44.

13) Practica Criminalis, pag. 104. 230. 231.

14) ad Pandect. L. I. tit. 3. Leg. 6.

15) Man kan die Beweisſtellen auszugsweiſe nachſehen bey *Maſcard.* de probat. concl. 1391. 1392.

16) *Pract. Crim. p. 231, n 55.* quaero vlterius: an quis poſſit ſe ſubjicere torturae ſponte ſua et dicere: Dom. Judex ego non habeo indicia contra iſtum, quem accuſaui de tali delicto, ſed volo ſtare ſecum ad torturam et eum conuincere in tortura, in quo Dom. Fr. Bru. in ſuo tr. de ind. et tort. dicit, quod aliquis ſit inculpatus de aliquo delicto, et dicit: Dom. Judex, ego non commiſi tale delictum et offero me velle ſtare torturae, ideo ponatis me ad torturam, quod licet iſte ſit una beſtia, attamen poteſtas non poteſt ipſum ponere ad torturam, niſi praecedant indicia.

17) Hofmann Samml. ungedr. Urkunden Th. I. S. 69. Wideburgs Anmerkungen S. 209. ff.

18) Aurea Bulla tit. 24. §. 13.

19) Privil.

19) Privil. Wenceslai R. Rom. pro Civ. Esl. ap. *Datt* de pace publ. L. I. c. 1. n. 92.

20) Dreyer Nebenſtunden S. 135.

21) ap. *Beſold.* Document. Monaſt. Wurtemb. p. 611. ap. *Tſchud.* in Chron. P. II. p. 540. ap. *Kopp.* in Suppl. de jure pign. p. 90.

22) in Epiſt. append. *Vrſtiſii* Epit. Hiſt. Baſil. Baſ. 1577. p. 14. Vergl. Sattler Geſchichte der Herz. von Wirtemb. Th. 1. S. 191. 196.

23) Von rechtmäßigen Ordnungen, und bürgerlichen und peinlichen Regimenten ꝛc. ꝛc. Newlich gedruckt 1538. Th. III. tit. von geſtrengen Fragen Bl. 108. b.

24) Der Richterlich Klagſpiegel, Ein nuzbarlicher Begrif, wie man ſezen und formiren ſoll nach Ordnung der Rechten eine jede Klage, Antwort und ausſprechen Urtheil ꝛc. wieder durchſichtiget und mit mehrerem Fleiß von neuem zum Theil gebeſſert 1542. Th. II. tit. wie in der Klage prozedirt ſoll werden, Bl. 108. b.

25) Art. 45. und folg.

408.

Polizeyeinſchränkung des Gebrauchs der Tortur.

Nachdem ſchon längſt der h. Auguſtin 1) über die Ungereimtheit des Gebrauchs der Folter ſeine Anmerkungen gemacht hatte, ſo geſchah es auch von Zeit zu Zeit durch verſchiedene Rechtsgelehrten und Philoſophen, daß ſie dieſes widerſinnige Rechtsmittel abzuſchaffen ſuchten. Das vermochte endlich in dieſem Jahrhunderte verſchiedene Landesherrſchaften zu deſſen Einſchränkung auf etliche wenige ganz außerordentliche Fälle 2).

1)

1) *De Civit. Dei L. XIX. c. 6.* quod cum in ſua quisque cauſa torquetur, et cum quaeritur, vtrum ſit nocens cruciatur, et innocens luit pro incerto ſcelere certiſſimas poenas, non quia commiſiſſe detegitur, ſed quia non commiſiſſe neſcitur. At per hoc ignorantia iudicis plerumque eſt calamitas innocentis. Et quod intolerabilius magisque plangendum rigandumque ſi fieri poſſet, fontibus lacrimarum, cum propterea torqueat judex accuſatum, ne occidat neſciens innocentem, fit per ignorantiae miſeriam, vt et tortum et innocentem occidat, quem ne innocentem occiderit, torſerat.

2) Badiſche Verordn. vom 9. Sept. 1767. Mecklenburg. vom 16. Dez. 1769. Heßenkaßel. Pfalzbaieriſche vom 16. Jul. 1779.

409.

Preußiſche Verfaſſung.

Im Preußiſchen iſt ebenfalls die Folter abgeſchaft, und dieſelbe nur als Ausnahme in denen Fällen zugeſtanden worden, wo Majeſtätsverbrechen, Landesverrätherey und große Mordthaten begangen worden, woran viele Antheil genommen haben 1). Der Reinigungseid, und die Urphede iſt an manchen Orten bald ganz abgeſchaft, bald eingeſchränkt, bald der Handſchlag an ihrer Stelle verordnet 2).

1) Königl. Kabinetsbefehle vom 3. Jun. 1740. 27. Jun. und 4. Auguſt 1754. in den Beytr. zur jur. Literatur für die Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 202. ff. *Behmer* in Nov. Jur. Controv. obſ. 74.

2) Bad. Edikte v. 16. Sept. 1761. u. 9. Okt. 1762. Würtemb. Rechtsgewohnheit. Sächſ. Konſtit. vom 27. Oct. 1770. §. 13.

410.

410.
Preußiſche Verordnung über die Perſon des Inquiſiten.

Wenn in den Preußiſchen Staaten wider einen geiſtlichen oder weltlichen Bedienten und Beamten eine peinliche Unterſuchung ſtatt findet, ſo muß deswegen vorher an das geiſtliche oder Juſtizdepartement berichtet, und der Prozeß von den Oberlandesjuſtizkollegien oder den Konſiſtorien inſtruirt, und mitnichten von den ordentlichen Kriminalkollegien geführt werden 1).

1) Circulare vom 12. Jenner 1771. in C. C. March. Nov. T. V. Jährg. 1. p. 1. ſeq.

411.
Inquiſitionsverfahren.

Es muß im Preußiſchen dem Inquiſiten das Unterſuchungsprotokoll mitgetheilt 1), und dem Rechtsvertheidiger erlaubt werden, ſich mit demſelben mündlich zu beſprechen. Das heiſt in Wirtemberg, ein gütliches Verhör anſtellen 2). Das darüber abzuhaltende Protokoll haben neben jenem die anweſenden Gerichtsperſonen zu unterſchreiben, und den Akten beyzulegen, woraus dann hauptſächlich die Rechtsvertheidigung gefertiget werden muß 3). Nur findet dieſe nicht ſtatt bey geringen Vergehungen und Strafen, als Gefängnis, Halseiſen, ſpaniſcher Mantel, Schellenwerk ꝛc. 4). Bey bloßen Anzeichen darf man niemals auf die ordentlichen harten Strafen erkennen 5).

1) Ver=

1) Verordn. vom 13. Jenner 1718. in C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 114.

2) *Breyer* in pr. lin. proceſſ. Crim. Wirt. Sect. 1. §. 13. p. 11.

3) Deklaration den 14. Art. des Duellmandats vom 12. May 1721. in C. C. March. Tom. II. Abth. 3. p. 123. Circulare vom 18. Nov. 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 186. vom 3. Dec. ej. a. in der Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. VI. S. 130-131. vom 8. Sept. 1764. cit. l. C. Novi p. 473. Reſcr. v. 20. Jenner 1754. in C. C. M. Cont. IV. p. 615. Von Sahme Einleit. zur Preuß. Rechtsgelehrtheit S. 840.

4) Edikt vom 9. Jan. 1736. §. 6. in C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 183. Reſcript vom 26. Auguſt 1768.

5) Verordn. v. 15. Jenner 1776. §. 8. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 19.

412.

Gepränge bey der peinlichen Urthelsſprechung.

Nach geſprochenem peinlichen Urtheile wird der Stab gebrochen, und dem Miſſethäter vor die Füße geworfen, oder man warf die Tiſche und Bänke um. Alles zum Zeichen, daß nunmehr das Gericht geendiget iſt, und kein weiteres Verhör ſtatt findet. Die Vollziehung der Todesſtrafe geſchah durch den Schöffen oder durch einen nahen Anverwandten des Delinquenten, und war eine ehrbare Handlung. Wenn beym Anklageprozeß der Ankläger das Verbrechen nicht erwieſen hatte, ſo traf ihn ſelbſt die darauf geſezte Strafe 1).

1) *Io. And. Hoffmann* de modis Germanorum coercendi maleuolos accuſatores. Ien. 1748.

Heineccius El. Jur. Germ. L. III. tit. 9. §. 311.

413.
Weiteres Rechtsmittel.

Beym Unterſuchungsprozeſſe wird dem Miſſethäter ſtatt der Appellation das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung geſtattet, welches auch im Preußiſchen zugelaſſen iſt 1), nur mit dem Unterſcheid, daß bey geringen Perſonen und beym Bauerſtande, wo allenfalls nur eine Milderung der Gefängnis = oder Zuchthausſtrafe erfolgen kan, die Vollſtreckung der Urthel vor der Hand doch vor ſich gehet 2). Bey erfolgender Beſtätigung wird kein Rückweg zur Königlichen Gnade mehr geſtattet 3).

1) Deklaration des Cod. Frid. P. IV. tit. 5. §. 8. Lit. h. vom 1. Febr. 1759. in C. C. March. Nov. T. II. p. 349. Circulare vom 27. Jenner 1772. ibid. T. V. Jahrg. 1. n. 8.

2) Reſcript vom 30. Oct. 1765. in C. C. March. Nov. T. III. p. 1073.

3) Reſcripte vom 5. Octob. 1751. u. 18. Merz 1752. in der Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. IV. S. 202. 621.

414.
Abſchaffung und Veränderung gewiſſer Strafen.

Die Landesverweiſungen ſind, wie in den meiſten Ländern 1), auch in den Preußiſchen Staaten 2) abgeſchaft, und dagegen theils die Einſezung ins Zucht- und

und Arbeitshaus, welche deswegen errichtet worden 3), theils Geldſtrafen 4) und andere willkührliche Ahndungen eingeführt 5). In Schleſien iſt der Spaniſche Mantel, als eine der Geſundheit ſchädliche und gefährliche Strafe, abgeſchaft 6).

1) Conſtit. Crim. Thereſ. P. I art. 6. §. 1. Cod. Crim. Bav. P. I. c. 1. §. 11. Kurbraunſchw. Reſcript vom 28. Dez. 1717. Kurſächſ. Generale vom 30. April 1783. Sachſen-Goth. vermehrte und verbeſſerte Gerichts- u. Prozeßordn. von 1776. C. 2. §. 4.

2) Reſcript vom 5. Nov. 1743. in C. C. March. Cont. II. p. 159. Kabinetsordre vom 4. Jenner 1744. ibid. p. 169. Reſcript v. 1. Oct. 1746. in der Schleſ. Samml. Th. II. Abth. 1. S. 129.

3) Notifikation wegen angelegter 2. Zuchthäuſer in Brieg und Jauer vom 25. Merz 1747. in der Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. II. S. 453

4) Akta bey hieſiger Fakultät in Sachen Anna Brinkwizin wider Burkhard Rauſchenbach, desgleichen Anna Fiſcherin wider Melchior Köhlern.

5) Preuß. Reſcript vom 4. Jenner 1745.

6) Reſcript vom 4. Febr. 1751. in der Schleſ. Samml. B. IV. S. 100.

415.

Verfügungen über die Zuchthausſtrafen.

Es müſſen aber zur Annahme in die Zucht- Spinn- und Arbeitshäuſer königliche Kabinetsbefehle ausgewirkt 1), darinn nur geſunde und mit Kleidern verſehene Miſſethäter aufgenommen 2), und indeß

ihre Kinder anderwärts verſorgt werden 3). Säugende Mütter darf man nicht ins Zuchthaus bringen 4).

1) Reſcript vom 30. Sept. 1737. in C. C. March. Cont. I. p. 83. Dergl. v. 22. Merz 1738. in der Quickmann. Samml. S. 1374.

2) Oberſchleſ. Oberamtskurrende vom 30. Oct. 1758. und Kammerreſcript vom 15. Febr. 1759. in der Korniſchen Samml. Schleſ Ordn. B. VI. S. 184. 198.

3) Reſcript vom 12. April 1736. in der Quickmann. Samml. S. 1372.

4) Schleſ. Zuchthausregl. §. 7. in der Korn. Samml. B. VI. S. 117.

416.

Polizeyobliegenheit bey der peinlichen Beſtrafung.

Damit der Endzweck der peinlichen Beſtrafung in Rückſicht der übrigen Preußiſchen Unterthanen deſto gewiſſer erreicht wird, ſo müſſen von dergleichen Kriminalurtheln Nachrichten und Warnungsanzeigen in die Intelligenzblätter eingerückt, oder an öffentlichen Orten angeſchlagen werden 1).

1) Reſcript vom 3. Jul. 1769. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6182. vom 30. Auguſt 1769. ibid. p. 6204. Dergl. vom 17. u. 29. Sept. ebend. Jahrs.

417.

Schleſiſche Staatsinquiſitoren.

In Schleſien ſind nach gewiſſen abgetheilten Bezirken Staatsinquiſitoren angeſtellt, an welche die Grundherrſchaften und Magiſträte die Delinquenten

zum

zum Inquiſitionsverfahren abliefern müſſen. Es gehet immer das ſummariſche Verhör noch vorher. Die Gutsherrſchaften können auch ihre eigene Gerichtshalter den ganzen Prozeß inſtruiren laſſen, und müſſen im andern Falle den Staatsinquiſitoren mit den erforderlichen Hülfsmitteln zur Erforſchung der Wahrheit an die Hand gehen 1).

1) Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. V. S. 330. 471. 648. Schleſiſcher ausführl. Anh. zum Cod. Frid. P. IV. tit. 5.

418.
Abgeſchafte Strafen.

Es iſt bey Feſtungs- Zuchthaus- und Lebensſtrafe verboten, Kinder und Geſinde in warme Backöfen einzuſperren 1). Man geſtattet keinen Gebrauch der dreyſchneidigen Degen 2), noch einen unvorſichtigen Gebrauch des Schießgewehrs 3). Durch eine Verordnung vom 6. Dez. 1751. wurden alle ältern Verordnungen gegen den Selbſtmord vernichtet, und erlaubt, daß die Körper heimlich, jedoch ehrlich, zur Erde gebracht, und den Hinterbliebenen außer den Begräbniskoſten nichts weiter zugemuthet werden ſolte 4).

1) Verordn. v. 22. Jenner 1722. in C. C. March. T. IV. Abth. 2. n. 14.

2) Reſcr. v. 11. Nov. 1766. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 609.

3) Edikt vom 13. Dez. 1769. zur jährl. Publ.

4) in C. C. March. Nov. T. III. p. 1203. u. in der Samml. Schleſ. Geſ. B. II. S. 627. Deklar. v. 28. Oct. 1752. in C. C. M. Nov. T. I. p. 391.

419.
Gemildertes Verfahren bey verſchiedenen Vergehungen.

Wegen den Injurien und ihrer Beſtrafung gibt es eine Reihe Verordnungen 1). Die Abbitte und Ehrenerklärung muß in Perſon geſchehen 2). Ueber geringe Injurien darf nicht feyerlich, oder gar fiſkaliſch verfahren, ſondern ſie müſſen, wie Bagatellſachen, kurz und ohne Weitläufigkeit abgethan werden 3). Ueberhaupt geſtattet das Preußiſche Kriminalrecht bey den geringern Vergehungen kein peinliches Verfahren 4).

1) Mandat v. 17. Sept. 1652. in C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 8. Mandat vom 28. Jun. 1713. cit. l. n. 27. Art. 11. Allgem. Ordn. u. Deklar. v. 8. Febr. 1734. ibid. Abth. 1. n. 268. Reſcr. v. 23. Jul. 1739. u. 9. May 1740. Cod. Frid. P. IV. tit. 4. §. 13. Corp. Jur. Frid. P. II. tit. 10. p. 105.

2) Reſcr. v. 30. Sept. 1773. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 645.

3) Reſcr. v. 3. April 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 657. C. J. Frid. cit. l. §. 1. 4.

4) Reſcript vom 28. April 1752. im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. S. 231.

420.

Veränderte Beſtrafung.

Die Hurenſtrafen ſind abgeſchaft 1), desgleichen die Kirchenbuße 2). Gegen eine Frau darf nicht von Amtswegen über den begangenen Ehebruch verfahren werden 3). Hurereyen zwiſchen Stiefeltern und Stiefkindern werden, weil ſie die Eintracht der Familien ſtöhren, mit ein Jahr Feſtung beſtraft 4).

1) Reſcr. v. 8. Febr. 1765. in C. C. March. Nov. T. II. p. 583.

2) Verordn. v. 20. Jul. 1746. in C. C. March. Nov. T. III. p. 1245.

3) Reſcr. v. 9. Jenner 1766. cit. l. Tom. IV. pag. 53. Inſtrukt. an den Kriminalſenat v. 6. Jun. 1767. in den jur. Beytr. Samml. IV. S. 183.

4) Hofreſcr. an den Berlin. Kriminalſenat vom 16. May 1766. a. a. O. S. 180. 181.

421.

Gemilderte Beſtrafung des Diebſtahls.

Bloß wenn zugleich ein Mord, Straßenräuberey, oder gewaltſamer Einbruch und Mißhandlung der beſtohlnen Perſonen beym Diebſtahle begangen worden, findet die Todesſtrafe oder eine ihr gleichkommende Feſtungsarbeit ſtatt 1). Die allgemeine heutige Praxis ſtimmt hierinn der Preußiſchen Geſezgebung bey 2).

1) Kabinetsordre vom 27. Jul. 1743. in *Behmeri* Novo jure Controv. obſ. 6. p. 154. Dergl. vom 8. April 1750. in ged. IV. Samml. S. 172 173. Edikt vom 17. Jenner 1751.

1751. in C. C. March. Nov. T. I. p. 10. *Meiſter* P. III. Deciſ. 74. 75. 92.

2) *Boehmer* ad *Carpzov*. Qu. 78. c. 10. Struben rechtl. Bed. Th. II. n. 107. Meiſter Th. I. deciſ. 8. 57.

422.

Verminderter Einfluß theologiſcher Prinzipien in Kriminalſachen.

Durch die mehrere Aufklärung des Moſaiſchen Rechts haben verſchiedene irrige theologiſche Prinzipien aufgehört, im Kriminalrechte von Wirkſamkeit zu ſeyn 1), und eine gelindere Kriminalpraxis eingeführt 2). Jeder Landesherr genießt jezo ein uneingeſchränktes Diſpenſationsrecht in peinlichen Sachen 3).

1) *Polyc. Leyſeri* Medit. I. et II. de limitibus, qui Jureconſultis a Theologis ponuntur. Helmſt. 1736.

2) Malblanc Geſchichte der P. H. G. O. §. 55. 56.

3) Sitten und Gebr. der Europäer im V. u. VI. Jahrhundert v. F. C. J. Fiſcher S. 133. ff. *Koch* in Inſt. Jur. Crim. §. 148.

423.

Heutige mildere Kriminalgrundſäze.

Man erkennt jezo bey der Gotteslästerung, doppelten Ehe, Blutſchande, Hurenwirthſchaft, Unfruchtbarmachung, Entführung, Geldmünzerey, beym Ehebruche, großen und dritten Diebſtahle, ſelten mehr auf die ordentliche Todesſtrafe, die Talion fällt bey Pasquillanten und treuloſen Stockmeiſtern weg 1).

1) Malblanc a. a. O. S. 250. 251.

Kameralrecht.

Fünftes Buch.
Kameralrecht und dingliches Polizeyrecht.

424.
Literatur.

Chr. Beſold de Aerario publico. Tub. 1615.

Caſp. Klock tract. de Aerario, cum annotationibus *Chr. Pelleri*. Norib. 1651.

Steph. Guazzinus de confiſcatione bonorum, priuilegiis et praeſcriptionibus fiſci. Francof. 1614.

M. Ant. Peregrini de juribus et priuilegiis fiſci. Col. 1588.

Fab. Capicius Galeota Reſponſa fiſcal. ſel. Gen. 1686.

Jean Bacquet Oeuvres des Droits du Domaine de la Couronne de France. à Paris 1621. III. Tomes.

Ren. Choppini L. III. de domanio Franciae. Pariſ. 1589.

Jul. Bernh. von Rohr vollſtändiges Haushaltungsrecht ꝛc. ꝛc. Leipzig 1716. 1738.

Iac. Bornitius de rerum ſufficientia in Republica. Francof. 1625.

Herm. Lather de cenſu, hoc eſt, quo medio, jure, arte et ſtudio Status cenſum ſuum, ſeu reditus legitime augere poſſit. Francof. 1668.

Io. Gryphiander Oeconomicorum legalium ſiue de arte acquirendi et conſeruandi patrimonii L. II. opera et ſtudio *Ant. Gunth. Gryphiandri.* Brem. 1663.

Chr. Thomaſius Diſſ. de Regalibus fiſci principum Germaniae circa acquiſitionem praecipua. Halae 1713.

Mich. Graſs Diſſ. de neglectis, quoad acquirendi modos, fiſci commodis juxta Jus Ciuile Rom. et mores maxime hodiernos cum juribus Hamburgenſium collatos. Tub. 1720.

Car. Otto Rechenberg Compendia Principis ex Jure Romano ad habitum territoriorum Germ. Lipſ. 1725.

Pet. Müller Diſſ. de Camera Principis. Ien. 1715.

Ioach. Iac. Reineccius Specimen meditationum legalium in rem ruſticam et fabrilem. Hamb. 1744.

Joh. Jakob Moſer von der Landeshoheit in Anſehung Erde und Waſſers. Frankfurt am Main 1773.

425.

Erklärung.

Das Kameralrecht im größern Umfange begreift alle die Rechte und Verbindlichkeiten, die ſowol dem Staate als deſſen einzelen Gliedern in Rückſicht des ganzen Nazionalvermögens zuſtehen 1). Ich nenne es zugleich

gleich das dingliche Polizeyrecht, weil die Polizeyverordnungen damit verknüpſt ſind, die Sachen zum Gegenſtand haben.

1) in der Vorleſung wird die Schottiſche Beſtimmung in der Enzyklopedie und Methodologie beurtheilt und berichtiget werden.

426.

Aerarium. Fiſcus. Patrimonium Principis.

Im Anfange der römiſchen Monarchie unterſchied man beym Römiſchen Staatsvermögen genau Aerarium, Fiſcum et Patrimonium Principis 1). Das Aerarium, deren Mehrere nach und nach entſtanden ſind, war der öffentliche Schaz des Reichs zu Beſtreitung der allgemeinen Staatsausgaben 2). Fiſcus das kaiſerliche Kammergut, welches zur Unterhaltung des Hofs, der Staatsbedienten, und zum freyen kaiſerlichen Gebrauch beſtimmt war 3). Patrimonium Principis das eigenthümliche Privatvermögen der Kaiſer, das ſie vor ihrer Thronbeſteigung beſeſſen, oder ererbt hatten 4). Ueber den einen Theil des Staatsvermögens beſaß der Kaiſer bloß die Verwaltung und von dem Andern den Nießbrauch. Obſchon nun auf dieſe Art die Sache noch hin und wieder im Juſtinianiſchen Rechtskörper unterſchieden wird, ſo ward doch von den nachherigen byzantiniſchen Kaiſern aus deſpotiſchen Grundſäzen aller Unterſcheid zwiſchen den drey Vermögensgattungen aufgehoben, und ſtolzerweiſe die ganze Maſſe des Staats- und landesherrlichen Vermögens als ein willkührliches Eigenthum des Kaiſers unter dem Namen Fiſcus betrachtet 5).

1) *Behmer* in Nov. Jur. Contr. T. I. obſ. 11. p. 164.

2) *Iul. Caeſ. Bulenger* de Imperatore et Imperio. Lugd. 1618. L. III. c. 23. p. 414. 415.

3) Id. cit. l. c. 26. p. 418.

4) cit. l. p. 419.

5) *Io. Phil. Slevogt* Diſſ. de al. fiſci vel Imp. priv. §. 4. p. 22. *Rechenberg* Comp. Princ ex J. Rom. §. 5. p. 13. 14. *Ockel* de praeſcr. immem. c. 3. §. 3. ſqq.

427.
Heutiger Fiſkus.

In dem Mittelalter, wo man häufig ſich der römiſchen Ausdrücke ohne alle Aufmerkſamkeit auf die Kraft ihrer Bedeutung zu bedienen pflegte, heiſt ebenfalls Fiſcus alles, was zum Staatseigenthume und zum kaiſerlichen Privatvermögen gehört, und ſogar die Rechtswirkungen des Staatsobereigenthums nante man in ganz eigentlichem Verſtande Fiſkalrechte. Dieſe Sprache wird auch von den neuern Rechtsgelehrten 1) und Kameraliſten noch immer fortgeführt, ohngeachtet daraus die jämmerlichſte Verwirrung und Vermiſchung ganz heterogener Rechtsmaterien entſteht. Daher unter dem Worte Fiſkus oft die landesherrliche Generalkaſſe, und oft die Quellen aller landesherrlichen Einkünfte verſtanden werden.

1) Pütters teutſches Staatsrecht Hſt. VI. §. 154. S. 122. *Car. Ott. Rechenberg* Compendia principis ex Jure Roman. ad habitum territoriorum Germ. Lipſ. 1725.

428.
Römiſche Fiſkalprivilegien.

Ich ſehe mich daher genöthiget, hier ſchon die ſogenannte Iura et priuilegia Fiſci zu bemerken, obſchon ſie nach teutſchen Rechtsprinzipien aus verſchiedenen Hauptttheilen des Kameralrechts entſpringen, und darauf ihre Beziehung haben. Der Fiſkus hat auf dem Vermögen ſeiner Schuldner ein Pfandrecht 1), das bey ausſtändigen Steuern und Abgaben 2), und wenn jenes erſt nach geſchloſſenem Kontrakte erworben worden 3), mit dem Vorgangsrechte verknüpft iſt 4). Er darf keinen Vorſtand leiſten 5), und es hat bey ihm nicht immer das Kompenſationsrecht ſtatt 6). Wenn er ſchadhafte Sachen verkauft hat, ſo darf er nicht für den Schaden ſtehen 7), jedoch muß er binnen 4. Jahren die Käufer, wenn ſie in Anſpruch genommen werden, vertreten, nach der Zeit hört aber alle Anforderung in Anſehung der von ihm verkauften Sachen auf 8). Die Pächter können zuweilen genöthiget werden, den Pacht wider Willen fortzuſezen 9). Er bezahlt keine Verzugszinſe 10), dagegen man ihm aus jedem Kontrakte Zinſe geben 11), und, er mag Kläger oder Beklagter ſeyn, die nöthigen Dokumente ediren muß 12). Außerdem genießt der Fiſkus keine Rechtsvorzüge, ſondern er hat ſich mit dem gemeinen Rechte zu begnügen 13), und er wird eher auf eine nachtheilige Art behandelt, wenn er ſich beſondere Vortheile zu erwerben ſucht.

1) L. 1. Cod. de priv. fiſci.

2) L. 1. 2. Cod. ſi propter publ. penſit.

3) L. 6. Cod. de priv. fiſci. C. C. March. Nov. T. IV. p. 6197.

4) Gerſtlachers Samml. Wirt. Geſ. u. Norm. Th. I. §. 37. 38. 39. 40;

5) L. 16. 18. 6. § 2. D. vt legat. et fideicomm. cauſa.

6) L. 46. §. 5. de jure fiſci. L. 1. 3. Cod. de compenſ. L. 24. D. eod.

7) L. 1. §. 3. D. de aedil. Ed.

8) L. 3. Cod. de quadr. praeſcript.

Io. Phil. Slevogt Diſſ. de alienatione fiſci vel Imperatoris priuilegiata. Ien. 1708.

9) L. 11. §. fin. D. de publican. et vectig. Vergl. Eſtor Th. III. §. 4569.

10) L. 17. §. 5. 6. Cod. de fiſcal. vſur.

11) L. 3. D. de edendo. L. 2. §. 1. de jure fiſci.

12) L. 10. D. de jure fiſci. L. 25. D. de pignor. L. 12. Cod. de compenſ.

Jo. Henr. Berger Enarratio L. 10. D. de Jure Fiſci et L. 2. Cod. qui et aduerſus quos in integrum reſtitui non poſſunt. Lipſ. 1705.

13) L. 10. D. de jure fiſci.

Sam. Stryk Diſſ. de ſententia contra fiſcum ferenda ad L. 10. D. de jure fiſci. Hal. 1693.

429.

Eintheilung des Kameralrechts.

Es theilt ſich in das Staatsobereigenthumsrecht, in das Staatsſamteigenthums- oder Staatswirthſchaftsrecht, in das Statskreditrecht und in das Staatseigenthums-

thumsrecht, deren Entſtehungsart im Staatsrechte gelehrt wird.

430.

Gegenſtände und Plan.

Es kommen dabey in Betrachtung die Rechte und Verbindlichkeiten des Staats und des Landesherrn, desgleichen die Rechte und Verbindlichkeiten der Unterthanen ſowol unter ſich als gegen jenen. Von dem Erſten, weil es mehr ins Staatsrecht gehört, werden wir nur wenig zu ſagen haben, deſto mehr aber von den Leztern.

Staatswirthſchaftsrecht.

431.

Erklärung.

Die Kameralrechte und Verbindlichkeiten ſchließen ſowol die Befugnis als die Schuldigkeit in ſich, den ganzen Nazionalreichthum zu erhalten, zu vermehren und wirthſchaftlich zu gebrauchen, welche Geſchäfte man die Staatswirthſchaft nennt 1). Daher auch die hiebey beſonders einſchlagenden Rechte und Verbindlichkeiten zuſammengenommen das Staatswirthſchaftsrecht oder auch das Staatsſamteigenthumsrecht heiſen.

1) Mein Lehrbegrif und Umfang der teutſchen Staatswiſſenſchaft. Halle bey Trampens Wittwe 1783. §. 24. 25. S. 16. 17.

432.

Finanzrecht.

Von dem Staatswirthſchaftsrechte in der von uns angegebenen Bedeutung kan man, wenn man äußerſt genau ſeyn will, noch das beſondere Staatswirthſchafts- oder Finanzrecht abſondern, das in den Rechten und Verbindlichkeiten beſteht, aus dem geſamten Vermögen des Staats eine ſolche Portion zu erheben, als die Beſtreitung des allgemeinen Staatsaufwands erfordert.

433.

Deſſen Grundregeln.

Die auf dieſe Art erhobene Vermögensmaſſe heiſt das bereiteſte Staatsvermögen, oder die landesherr-

herrlichen Einkünfte, und es ſind dabey folgende 3. Grundregeln zu beobachten, daß ohne im äußerſten Nothfalle der Stamm des allgemeinen Staatsvermögens nicht angegriffen, ſondern es nur aus deſſen Nuzungen genommen werden darf, denen Unterthanen dadurch ihre eigenen Bedürfniſſe nicht entzogen werden, jedoch daſſelbe von der Beträchtlichkeit ſeyn muß, daß der Staatsaufwand davon beſtritten werden kan.

434.

Uebergang.

Ehe wir aber weiter gehen, müſſen wir uns vorderſamſt um eine rechtliche Kenntnis des Gegenſtands bemühen, mit welchem ſich das Staatswirthſchaftsrecht beſchäftiget.

Erſtes Hauptſtück.
Allgemeines Staatsvermögen.

435.
Vermögen.

Im rechtlichen Verſtande gehört zum Vermögen alles, was man durch eine gerichtliche Klage in Anſpruch nehmen, oder durch eine rechtliche Schuzrede behalten kan 1).

1) L. 52. D. de A. R. D.
Huber Praelect. ad Inſtitut. L. II. tit. 1. n. 2. 2.

436.
Staatsvermögen.

Alles, was die ganze Staatsbürgerſchaft ſowol einzeln als in Gemeinſchaft auf ihrem Staatsterritorium beſizt, und benuzt und gebraucht werden kan, macht das Vermögen des Staats aus.

437.
Samtvermögen der Staatsbürgerſchaft.

Da ſich die Staatsbürgerſchaft vereiniget hat, mit geſamten Kräften und auf gemeinſchaftliche Koſten die Wohlfahrt des Staats und ſeiner Glieder zu bewirken, ſo folgt daraus, daß in dieſer Rückſicht das Vermögen der einzelen Glieder ein Samtgut der ganzen Verbindung iſt.

438.
Umfang.

Zum allgemeinen Staatsvermögen oder zum Nazionalreichthume gehören nicht nur alle dem Staate oder

oder deſſen Gliedern angehörige Sachen und Dinge, die ſich auf dem Staatsterritorium befinden, ſondern auch die Perſonen, die Befugniſſe, Fähigkeiten und Geſchicklichkeiten der Staatsbürger 1).

1) Juſti Staatswirthſchaft Th. I. S. 138. ff. Pfeifers Grundriß der Finanzwiſſenſchaft K. II. S. 8.

439.

Einleitung.

Es iſt hauptſächlich bey der Auseinanderſezung der Rechte des Nazionalvermögens zweierlei zu betrachten. I. Die Sachen, und II. das Eigenthum. Mit dem leztern muß man jedoch den Anfang machen, weil die verſchiedenen Eigenthumsarten in Teutſchland einigen Sachen beſondere Beſtimmungen gegeben haben.

I. Abſchnitt.

Eigenthumsrecht.

440.

Erklärung.

Das Eigenthum 1) iſt das eigene Recht, über das Weſen einer Sache willkührlich zu diſponiren. Dieſes Gebahrungsrecht äußert ſich entweder bloß in Anſehung der Subſtanz, und dann heiſt es die Eigenſchaft 2), oder in Anſehung der Nuzungen, und dann heiſt es das Nießungsrecht, oder in Anſehung der Vorenthaltung, und dann heiſt es das Beſizrecht.

1) *Camill. Contareni* Genealogia Dominiorum. Amſt. 1693.

Al.

Al. Ioſ. Bl. Foccart Diſſ. de dominio. Argent. 1783.

Chr. Thomaſius Diſſ. de dominio eiusque natura in genere intuitu Jur. Germ. priuati. Hal. 1721.

Io. Chr. Augſpurg Jura de dominio. Marp. 1740.

Iac. Carmon principia quaedam generalia de dominio. Roſt. 1754.

2) *Io. Henr. Berger* Diſſ. de exordio proprietatis ſeu origine dominii. Viteb. 1709.

Ph. Iac. Heiſler de nuda proprietate pleno dominio. Hal. 1156.

I. Abſaz.

Gattungen des Eigenthums.

441.

Miteigenthum.

Wenn mehrere über eine und dieſelbe Sache das Eigenthum dergeſtalt beſizen, daß ſich das Recht eines jeden über die ganze Sache erſtreckt, und nur in der Ausübung durch die Theilnehmung der andern beſchränkt wird, ſo heiſt es ein Condominium pro indiuiſo oder vielmehr in ſolidum, Miteigenthum, Samteigenthum, Gemeinſchaft, Mitherrſchaft u. ſ. w. 1). Manchmal hat jeder Miteigenthümer nur ein Eigenthumsrecht auf einen unabgeſonderten Theil des Ganzen, der ſich nach ihrer Anzahl beſtimmt 2).

1) *Io. Andr. Frommann* Diſſ. de condominio. Tub. 1680. Id. de Condominio territorii. Tub. 1682. int. Diſſ. *Lauterbach* T. IV. p. 1584. *Io. Schilter* Diſſ. de condominio circa ſacra. Argent. 1704. *Mich. Graſs* Diſſ. de jure condominii territorialis extra tempus adminiſtra

ſtrationis per alternas vices, quae condominis competit, conſtituti. Tub. 1717. *Henr. Chr. L. B. de Senckenberg* Primae lineae Condominii pro indiuiſo ſeu Ganerbinatus, der Gemeindsherrſchaften. Goett. 1736. *Io. And. Hoffmann* Diſſ. de communionibus praecipue perſonarum illuſtrium in Germania. Marb. 1770.

2) *Frommann* de Condom. th. 9. p. 11. ſq. th. 10. p. 14.

442.
Gemeinſchaft.

Die Teutſchen unterſchieden vom Miteigenthumsrechte die Gemeinſchaft, indem ſich dieſe nicht bloß auf Grundſtücke einſchränkte, ſondern zugleich die Beweglichkeiten und Rechte in ſich begrif.

443.
Vollſtändiges, unvollſtändiges Eigenthum.

Wer in dem ausſchließenden Beſize aller der Rechte ſich befindet, die zum Eigenthume gehören, iſt vollſtändiger Eigenthümer. Wer aber nicht alle dieſe Rechte, oder ſie nicht allein beſizt, iſt ein unvollſtändiger Eigenthümer, dergleichen zum Beyſpiele jeder Miteigenthümer, obſchon alle Miteigenthümer mit einander das Vollſtändige Eigenthumsrecht haben können.

444.
Verſchiedenheit der Miteigenthümer.

Ein anderes ſind ſolche Miteigenthümer, die bloß an eben der Sache, an welcher auch Andere Eigenſchaftsrechte haben, gewiſſe Eigenſchaftsrechte beſizen,

und ein anderes ſolche Miteigenthümer, die miteinander gemeinſchaftlich entweder alle oder einige Eigenſchaftsrechte bekommen haben 1).

1) Eſtor Th. III. §. 4277.

445.

Erſchwehrte Trennung des Samteigenthums.

Nach teutſchem Rechte kan man ſich nicht ſo ſchlechterdings aus der ſamteigenthümlichen Verbindung ſezen, und Theilung begehren 1). Die vorhandenen römiſchen Rechtsſäze gelten nach einigen Statuten nur bey Bürgern und Bauern, wo jedoch hernach bey der Veräußerung das Einſtandsrecht erlaubt iſt 2). Dahingegen kan mit allerſeitiger Bewilligung das ganze Samteigenthum angeſchlagen und von einem allein übernommen werden 3).

1) Projekt der Vorpommer. Lehenskonſtit. tit. 2. §. 2. in der I. Zugabe zum VI. Abſch. der Beytr. zur jur. Liter. in den Preuß. Staaten S. 76. Eſtor Th. I. §. 1872.

2) Naß. Kazeneinb. Lr. P. I. c. 5. §. 23. p. 25. Orth über die Frankfurt. Reform. P. II. tit. 5. §. 1. p. 505.

3) *Cocceji* T. II. Conſil. 714. n. 91. p. 1007. *Frommann* de Condom. §. 47.

446.

Rechtswirkungen des Miteigenthums.

Mehrere Miteigenthümer müſſen in Prozeßſachen einen gemeinſchaftlichen Anwald beſtellen 1). Einer trägt den Zufall für den andern 2). Dagegen kan er auch für ſich allein die Wirkungen des Eigenthums-

rechts ausüben, vindiziren, vertheidigen, auspfänden 3), jedoch keine Neurungen vornehmen 4), und muß die Unkoſten, Laſten und Beſchwerden auf ſeinen Antheil tragen. Der Genuß geſchieht entweder gemeinſchaftlich oder durch Mutſchierung, Oerterung oder Samttheilung.

1) *Io. And. Hoffmann* Progr. de procuratoribus ex officio conſtituendis. Marb. 1754. §. 6. 10. p. 21. 25.

2) *Cocceji* T. II. Conſil. 714. n. 69. 75. p. 1004. 1005.

3) Id. cit. l. n. 84. p. 1004. *Hert*. de ganerb. Caſtr. §. 4. Eſtor kl. Schriften B. II. S. 726.

4) *Graſs* de jure Condom. c. 1. §. 11. Orth a. a. O P. II. p. 638.

447.

Näheres und entfernteres Miteigenthum.

Das Miteigenthumsrecht haben die neuern Rechtsgelehrten in ein Näheres oder Engeres und in ein Entfernteres eingetheilt, und darauf Folgerungen auf das Succeſſionsſyſtem gemacht.

448.

Zertheiltes Eigenthum.

Es können auch mehrere an einer Sache Eigenthumsrechte haben, die aber nur unvollſtändig ſind. Es heiſt das ein zertheiltes Eigenthum, und bleibt doch noch ein Gemeineigenthum.

449.

Deſſen Gattungen.

Die Zertheilung kan auf mancherlei Art geſchehen. Z. B. Einer bekömmt allein einen und zwar den vor

züglichſten Theil der Eigenſchaftsrechte ohne Beſiz und Nießung, als welche ſamt den übrigen Eigenſchaftsrechten jedoch mit Abhänglichkeit von jenen einem Andern zugeſchlagen werden. In den Urkunden des Mittelalters heiſt jenes die Eigenſchaft 1) und dieſes die Lehenſchaft 2), lat. Ius feudale vtilis Dominii, Dominium directum et utile 3), heutzutage das Obereigenthum und Untereigenthum.

1) *Haltaus* in Gloſſar. Germ. col. 285.

2) Id. cit. l. col. 1230.

3) Dipl. ap. Scheidt vom Adel in Teutſchl. S. 275. und in der Dedukt. de domin. et Advocat. Moln. app. p. 66. Charta de 1246. ap. *Herrgott* in Geneal. Habſp. Auſtr. Cod. Prob. n. 346. de 1301. ap. *Wilke* adp. ad vit. *Ticemanni* n. 112. p. 156.

450.

Teutſche Leihe, oder das Lehen.

Der menſchliche Verſtand muß ſchon einen ziemlichen Grad von Aufklärung empfangen haben, wenn er ſich deutliche Begriffe von denen im Eigenthume enthaltenen Rechten der Eigenſchaft, des Nießbrauchs und des Beſizes bilden, und ſie gehörig von einander abſondern will 1). Unſere barbariſche Voreltern hatten dieſe Stufe der Erleuchtung nicht erreicht. Daher ſie jeden Innhaber des vereinigten Beſizes und Nießbrauchs bey Grundſtücken als einen Eigenthümer betrachteten, und dem wahren Eigenthümer die Verbindlichkeit auflegten, ſeine noch übrigen Rechte durch gewiſſe ſymboliſche Gebräuche, hauptſächlich durch die

Zins-

Zinserhebung 2) zu bewahren. Dieß iſt der Urſprung des teutſchen Nuzeigenthums, Dominii utilis, uſusfructus Germanici 3), Leihe 4), Lehen, Lidolaib 5), B. I. §. 1219. das bey Bauergütern, Pfandgütern und Pfandherrſchaften, Lehen, Leibgedinge, Wittume, vormundſchaftlichem Nießbrauche u. ſ. w. vorhanden, und aus der teutſchen Belehnung entſprungen iſt 6). Daher Datio ad firmam 7), die Verleihung zu rechtem Erbe 8) oder zu Erbgut 9). Man verſteht nun auch den Ausdruck des Kardinal Heinrichs von Seguſio Biſchofs von Oſtia 10): multos adhuc putare utile dominium eſſe chimaeram.

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge. B. I. Hft. 2. S. 35. Note e).

2) *Salicet. in L. proprietatis C. de probat.* Ex eo, quod quis ſoluit cenſum, praeſumi dominum vtilem, recipientemque argui dominum directum. Conf. *Oettinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 10. p. 173. Kopp in den Lehensproben B. I. S. 271. Id. de teſtam. Germ. p. 180. *Clammer* prompt. Jur. tit. 9

3) II feud. 23. 8. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. Ex. XVI. §. 19. 20.

4) Eſtor Th. I. §. 1901. Th. III. §. 1900.

5) LL. Longob. L. II. tit. 15. §. 2. Alem. Landr. c. 48

6) *Hellfeld* in Elem. Jur. feud. §. 2. p. 3.

7) Eſtor Th. II. §. 4413.

8) Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 249. Pfalz. L. O. P. II. tit. 55. 276. Solmſ. L. O. P. II. tit. 5.

9) *Io. Pet. Gaſſer.* Diſſ. de feudo ſub formula Erbguth. Hal. 1741.

10) in Summa ad tit. X. de feud. n. 2.

451.

Staatsobereigenthum.

Vermög der Verfaſſung des Mittelalters 1) hat der Staat das Obereigenthum 2) über alle Grundſtücke nach dem Sprüchworte, Sand und Land gehört der Herrſchaft, franzöſiſch, nulle terre ſans ſeigneur 3). Die alten Gloſſatoren 4) bedienten ſich zu dem Ende des Spruches: Domini eſt terra et plenitudo eius.

1) Meine Abhandl. das Verſendungsrecht ohne Beſitzergreifung aus dem Kameralrecht des Mittelalters beleuchtet ꝛc. §. 3.

2) *Io. Frid. Horn* Diſſ. Dominium ſupereminens, Vit. 1658. *Wilh. Leiſer* Diſſ. de proprietate rerum. Vit. 1658. *Io. Fr. Horn.* Polit. pars architect. de ciuitate L. II. c. 4. *Herm. Conring.* Diſſ. de dominio eminente. Helmſt. 1677. *Io. Chr. Ioſ. Fr. Ign. Vnger* Diſſ. de bonis ſubditorum ex delicto vel ſine delicto eorum principis dominio obnoxiis. Wirzb. 1751.

3) *Salvaing* des fiefs c. 53. 54. p. 271. *Bacquet* Oeuvres, Tome II. P. III. ch. 26. p. 87. *Grotius* de jure Belli ac pacis L. II. c. 3. §. 19. *Hertius* de Superiorit. territ. §. 43. *Biener* de nat. et ind. Dominii L. II. c. 1. §. 18. p. 83. 84.

4) *Baldus in C. vn. verſ. ex praem. ergo de allaud in uſib. Feud.* Omnia feuda et praedia cenſualia et allaudialia a principe procedunt, et ad principem redeunt, ſicut omnia flumina per meatus terrae procedunt a mari et ad mare redeunt.

452.

Stadtobereigenthumsrecht.

Im Namen des Staats beſezen dieſes irdiſche Obereigenthum die meiſten Stadtobrigkeiten, und es heiſt zuweilen das Weichbildrecht, Burgrecht. B. I. §. 955.

453.

Grundrecht.

Es kömmt auch auf dem platten Lande jeder Gutsherrſchaft zu, als ein Ueberbleibſel der alten Freyheitsverfaſſung des Herrenſtandes. Man nennt es das Grundrecht, die Grundherrſchaft 1).

1) Eſtor Th. III. §. 1935. *Riccius* in Spicil. Jur. Germ. p. 731. *Carpzov.* P. II c. 39. d. 1.

454.

Lehensobereigenthum.

Kraft des Lehenskontrakts hat ſich daſſelbe, das deswegen das Lehen-Obereigenthum, die Lehenherrlichkeit, lehenherrliche Rechte genennt wird, auch jede Lehenherrſchaft vorbehalten 1), und der Vaſall hat ein ſolches Lehenuntereigenthum erhalten, das hauptſächlich in einem eingeſchränkten Veräuſſerungs- und Veränderungsrechte, in der vollſtändigen und ausſchließenden Nuzungs- und Nießungsgerechtigkeit und im bürgerlichen Beſize beſteht 2).

1) *Boehmer* Inſtit. Jur. feud. §. 35. 209. 211. 84. 85.

2) II. feud. 8. pr. et §. vlt. II. feud. 26. §. 14. II. Feud. 23. II. feud. 7. §. vlt. II. feud. 28. §. 3.

455.

Andere Gattungen von Eigenthum.

Es giebt ein wahres, erdichtetes und eingebildetes Eigenthum, verum, fictum et quaſi Dominium, ein Erb- und ein Nuz-Eigenthum, ein beſchränktes und unbeſchränktes, allgemeines und beſonderes, ein gleiches und ungleiches Eigenthum. Privat-, Gemeines und Staatseigenthum. Einſtweiliges Eigenthum 1).

1) *Io. Sibrand* et *Io. Klein* Diſſ. de dominio interimiſtico. Roſt. 1684.

456.

Altteutſches großes Eigenthum.

Nur der Staat und der alte Herrenſtand beſaßen ein unabhängiges und ganz vollſtändiges Eigenthum 1), das große Eigen genannt 2), nicht aber die übrigen Glieder des Staats. Es war von ganz beſonderer Beſchaffenheit, und iſt die Quelle von einer Menge Regalien 3).

1) *Bernh. Cl. Mettingh* Stat. Milit. Germ. ant. et med. aeui, Sect. I. §. 6. p. 33. Sect. II. §. 6. p. 82.

2) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Abſch. 34. S. 275.

3) *Chr. Gottl. Biener* L. II. de natura et indole Dominii in territoriis Germaniae eiusdemque effectibus tam in Regalibus quam in alienando et obligando territorio conſpicuis. Hal. 1780.

II. Abſaz.

Rechtswirkungen des Obereigenthums.

457.

Vereinigung der Eigenthumsrechte.

Ein zertheiltes Eigenthum kan wieder zuſammenwachſen und ein ganzes werden. Das geſchieht durch die Vereinigung des Ober= mit dem Untereigenthume, und zwar entweder daß lezteres an das Erſtere zurückgeht 1), welches der Anfall, Rückfall, Echoite, Eſcaeta 2), Conſolidatio 3) genennt wird, oder daß dieſes an jenes fällt, das heiſt dann der Zufall, appropriatio.

1) *Mich. Graſs* tract. de reditu dominii legali, von dem Ruckfallsrechte eigener Güter. Tub. 1724.

2) Meine Erbfolgsgeſchichte von Teutſchland S. 89.

3) *Io. Ge. Kulpis* Diſſ de conſolidatione in Vol. Diſſ. p. 1. *I. P. S.* opuſculum de jure conſolidationis. Col. 1716.

458.

Voreigenthum.

Man kan auch ein eigenthümliches Recht haben, die Obereigenthumsrechte eines andern auszuüben. Es iſt dieſes der Fall beym Kaiſer und bey einigen Landesherren in Teutſchland, die theils vermög der Ueberlaſſung, theils vermög ihrer Landeshoheit, theils vermög der Hausverträge, theils vermög ihres geiſtlichen Amts ſowol das Lehen= 1) als das Staatsobereigenthumsrecht, das dem Reiche, den einzelen Reichsſtaaten, den ganzen Geſchlechtern und den Kirchen

zukömmt, ausüben, und beſitzen. Es heiſt das Voreigenthum, lat. prodominium.

1) II. feud. 35. C. 2. X. de feudis.
Sam Stryk Diſſ. de prodomino feudi directo.
Gail. L. II. obſ. 161. n. 4. 5. Struben Nebenſt. Th. I. Abh. I. §. 16.

459.

Allodialinveſtitur.

Vermög des Staatsobereigenthums und der alten Verfaſſung, wo die Stammgüter bloß den Geſchlechtern für ihre Nachkommenſchaft übergeben waren 1), konnte Niemand, der nicht vom nemlichen Geſchlechte war, das Eigenthum eines Grundſtücks erhalten, wenn ihn die Obrigkeit nicht damit belehnt oder dareln eingefeſtet hatte. Das hiebey übliche ſinnbildliche Gepränge 2) hieß die Allodialinveſtitur, die gerichtliche Auflaſſung, Belehnung, Gewehrung, Opdracht, Transport, Würdigung, Verleihung zu rechtem Erbgute, lat. Warandia, ſcotatio, effeſtucatio, Selandia, Reſignatio Iudicialis, Veſtitura, Inveſtitura, franz. Veſt, deguerpiſſement 3). Es war in ganz Europa und bey allen Gattungen von Allodialgütern üblich, ſie mochten dem hohen oder niedern Adel, den Bürgern oder Bauren angehören.

1) Meine Abhandl. das erbſchaftl. Verſendungsrecht ohne Beſitzergreifung §. 10. Eſtor Th III. §. 1856.

2) *Io. God. Schaumburg* de traditione ſymbolica. Vit. 1736.
Chr. Frid. Dannreuther de translatione jurium ſymbolica. Alt. 1748.
Io. Ge Bruckmann de diuerſis tradi tionum modis et eorum effectibus. Erf. 1750.

Gru=

Grupens teutſche Alterthümer zur Erleuterung der teutſchen Rechte C. I. S. 6. ff.

Gercken in Fragment. March. P. I. pag. 161.

3) *Frid. a Sande* de effeſtucatione. Arnh. 1613.

Lamb. Goris de effeſtucatione. Arnh. 1613.

Charles Loyſeaū traité de Deguerpiſſement et delaiſſement par hypotheque. à Paris 1615.

Ge. Schubarth de reſignatione dominii judiciali. Ien. 1681.

Ioach. Decher de inveſtitura Saxonica in rebus allodialibus immobilibus. Francof. 1666.

And. Meyer de inveſtitura Saxonum in rebus allodialibus immobilibus. Francof. 1667.

Io. Klein de reſignatione judiciali, vulgo von der gerichtlichen Auflaſſung. Roſt. 1691.

Matth. Schlüter de Reſignatione, vom Auflaſſungsrecht. Hamb. 1703.

Io. Burck. Verporten de inveſtitura allodiorum, eiusdemque originibus, uſu et auctoritate praeſente. Cob. 1715. cura *Conradi*, Helmſt. 1743.

Car. Wilh. Strecker de reſignatione Dominii judiciali neceſſaria Jure Saxon. El. Erf. 1722.

Gundling. P. VII. p. 168.

Ier. Eb. Link de Scotatione. Argent. 1729.

Gebh. Chr. Baſtineller de inueſtitura bonorum allodialium immobilium in Saxonia. Vit. 1738.

Chr. Meycken de Scotatione Danica. Alton. 1744.

Ern. Ioach. de Weſtphalen in praefat. ad Tom. II. p. 19. ſeqq. et Tom. III. p. 121. ſeqq. Monum. ined. rer. Cimbr. et Megapol.

460.
Heutige Ueberbleibſel.

Heutzutage findet ſich dieſer Gebrauch nicht mehr beym Adel, ſondern nur noch im Niederſächſiſchen Kreiſe, in den Niederlanden, Sachſen, Mecklenburg und in Hamburg beym Bürger- und Bauerſtande 1). An vielen Orten hat er bloße Ueberbleibſel hinterlaſſen 2). Dergleichen die gerichtliche Inſinuation der übers Grundeigenthum geſchloſſenen Kontrakte und über deſſen Veräußerungen zu ertheilende Bewilligungen, als worüber faſt alle Statuten von Teutſchland mit einander übereinſtimmen 3), und manchmal deswegen den Richter verantwortlich machen 4).

1) *Mevius* ad Jus Lub. L. III. tit. 6. *Klein* de Reſignat. jud. §. 16. p. 19.

2) Jütiſches Lowbuch B. I. c. 21. Blütings Gloſſe S. 83. Hall. Recht bey *Ludewig* de jure Client. p. 52. Torgau. Stat. v. 1537. c. 4. Kiel. Recht bey *Weſtphalen* cit. l. p. 128. Neumünſt. Kirchſp. Gebr. Art 16. Kiel. Bürgerſpr. Art 8. Tunder. Bauerſpr. Art. 10 11. Flensb Stat. Art. 46. Rip. Stadtr. Art. 69. 84. 85. Ditmarſ. Lr. Art. 61. 62. 63. 64. Huſum. Recht, tit. 24. 25. 26. Eyderſt. Stat. Art. 57. 58. 59. 60. Der VII. frieſ. Harden Art. 43. 44. 45. 46. Nordſtr. Lr. Art. 55. 56. Tunder. Lr. Art. 5. 9. Stapelholm. Stat. Art. 2. Erfurt. Freyzinsordn. t. 15. 16. 17. 18. *Nolten* de jur. Vill. p. 148. *Strube* de jur. Vill. §. 37. p. 282.

3) *Io. Chr. Falckner* de confirmatione judiciali contractuum aliorumque actuum. Ien. 1669.

Ge. Schubarth de confirmatione pactorum. Ien. 1696.

Wold. Sch l: de auctoritate Judicis in actibus priuatis adhibenda. Vltraject. 1727.

Aug. Clar. Progr. ad Conſtit. Brunſw. Lun. de 1620. 1733. et 1739. de confirmatione et productione contractuum. Goett. 1758.

4) *I. Ge. Steber* an judex ex confirmatione Hypothecæ ad id quod intereſt teneatur. Goett. 1758.

461.
Statutenverzeichnis.

Als vom Oberſächſiſchen Kreiſe: Kurſachſen 1), Anhalt 2), Schwarzburg 3), Mühlhauſen 4), Gotha 5), Erfurt 6), Eiſenach 7); Niederſächſiſchen: Kalenberg 8), Zelle 9), Lüneburg 10), Wolfenbüttel 11), Hadeln 12), Holſtein 13), Ditmarſen 14), Jevern 15), Hildesheim 16), Lübeck 17), Hamburg 18), Budjadinger Land 19), Mecklenburg 20); Weſtphäliſchen: Oldenburg 21), Weſtphalen 22), Schaumburg 23), Bentheim 24), Jülich und Bergen 25); Oberrheiniſchen: Heſſen, Kaſſel 26), Naſſau 27), Solms 28), Fulda 29), Worms 30); Kurrheiniſchen: Mainz 31), Köln 32), Pfalz 33), Trier 34); Schwäbiſchen: Würtemberg 35), Baden 36), Nördlingen 37), Heilbronn 38), Hohenzollern 39); Fränkiſchen: Baireuth 40), Henneberg 41), Hohenlohe 42), Frankfurt am Main 43); Bairiſchen: Baiern 44); und in den Oeſterreichiſchen Staaten: Oeſterreich 45), Böhmen 46).

1) Cod. Auguſt. Tom. I. p. 92. 324. 1112.

2) Pol.

2) Pol- Ordn. tit. 20.

3) Conſolidat. Ord. v. 23. Dez. 1701. u. 5. Merz 1743.

4) Str. L. III. Art. 27. 31. 71.

5) L. O. P. I. pag. 181.

6) Stat. S. 210. 309. 334. 7) Stat. S. 226.

8) C. C. Calemb. C. II. p. 333. 621. C. V. p. 15.

9) C. C. Cell. C. II. p. 578.

10) C. C. Brunſw. Luneb. C. II. p. 634. 638. 647.

11) Woltereck. Wolfenbütt. L. O. S. 123 153. 206. 207. 368. Verordn. Herz. Friedr. Ulr. vom 24. April 1620.

12) Lr. P. II. Tit. IV.

13) C. C. Holſat. Tom. I. p. 119.

14) Lr v. 1667. S. 141.

15) Ausmienerordn. von 1703. §. 8.

16) Polizeyord. §. 24. S. 21. Gerichtsord. S. 53.

17) L. III. tit. 6. §. 12.

18) P. II. tit. 1. §. 6. tit. 5. art. 1.

19) Lr. §. 10.

20) Pol. Ord. S. 271. Erblandsvergl. §. 372.

21) C. C. Oldenburg. P. III. p. 70.

22) P. O. tit. 16. § 1. 23) P. O. C. 26.

24) P. IV. tit. 12. 13. der Ger. u. Landesord.

25) Rechtsord. C. 93. S. 92. 93.

26) Verord vom 17. Sept. 1681. 30. Jul. 1683. 25. Sept. 1700. u. 1732. *Schminck* Monum. Haſſ. P. IV. p. 414.

27) Ger. Ord. S. 2. L. O. S. 11.

28) Lr. P. II. tit. 11. §. 4.

29)

29) Konkursord. S. 13. Regulativ übers Jurisdiktions=weſen S. 47.

30) Str. L. IV. P. II. tit. 1. 31) Lr. tit. 24. §. 7.

32) Rechtsord. tit. 13. §. 1.

33) L. O. tit. 15. Lr. P. II. tit. 7.

34) Lr. tit. 13. §. 2.

35) Lr. S. 25. L. O. P. II. tit. 11. §. 4. *Lauterbach* Diff. Jur. Comm. et Wirt. P. II. §. 20. p. 90.

36) Lr. P. IV. tit. 8. S. 149.

37) Stat. P. II. tit. 7. 8. 9.

38) Stat. P. VII. tit. 1. 39) Lr. tit. 54.

40) C. C. Culmbac, Tom. II. Vol. I. p. 217. §. 5.

41) S. 19. 108. 42) Lr. P. III. tit. 2.

43) Ref. P. II. tit. 3. §. 7. Orth Th. I. S. 302. ff. Th. IV. S. 33. ff.

44) Cod. Max. Bav. pag. 348. *Chlingenſperg* diff. Jur. Commun. et Bav. p. 90.

45) Cod. Auſtr. in Ind. v. Gewoehre.

46) L. O. S. 277. Stadtr. F. 24. G. 18. *Weingarten* Cod. Boh. p. 292.

462.

Preußiſche Geſezgebung.

In den Preußiſchen Staaten ſind etwas ähnliche theils allgemeine 1) theils beſondere Geſeze 2). In Pommern 3), Oſtfriesland, Magdeburg 4) und Halle 5), in Preußen ꝛc., iſt ſogar die gerichtliche Einfeſtung noch üblich. Daher bey der Subhaſtation unbeweglicher Güter, wenn gleich die Adjudikation bereits, aber noch keine

keine Uebergabe geſchehen iſt, die Gefahr doch nicht auf den Käufer übergeht 6).

1) Cod. Frid. P. IV. tit. 9. §. 68. P. III. tit. 41. §. 48. Konkursord. §. 66.

2) Kulm Recht S. 160 C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 5. p. 241. T. III. p. 1091.

3) wo Lüb Recht, Beytr. zur juriſt. Lit. in den Preuß. Staaten, Zug. I. S. 380.

4) Pol. Ord. C. 22. §. 2.

5) ap. *Ludewig* de jure Client. Germ. p. 52.

6) *Behmer* in Nov. Jure Contr. T. II. obſ. 122. p. 623.

463.

Rechtswirkungen der Allodialinveſtitur.

Wo heutzutage noch die förmliche gerichtliche Auflaſſung üblich iſt, da hat der Verkäufer eines Grundſtücks oder auch in Rükſicht gewiſſer Eheſtiftungen der Ehegatte 1) vor gehegter Bank in Gegenwart der Schöffen, oder des Gerichts, dem vorſitzenden Richter daſſelbe an den Stab oder durch Handſchlag aufzulaſſen, welches dieſer bey offenen Thüren durch den Gerichtsdiener ausrufen läßt. Wenn ſich nun binnen einer gewiſſen Zeit Niemand zum Einſpruche meldet, ſo wird es dem Käufer auf eine ebenſo förmliche Art zugeſchlagen, oft von beiden Partheyen eidlich bekräftiget, einige Zeugen aufgefodert, und über die ganze Verhandlung ein Protokoll gehalten, oder dem Käufer ein Wehrbrief, Feſtbrief zugeſtellt. Man findet auch eine Allodialinveſtiturerneurung 2), und jene kan oft nachher als unrechtmäßig angefochten werden 3).

1)

1) *Car. Frid. Romanus* de dimidia inueſtiturae rei immobilis allodialis, quae fit inter conjuges Lipſienſes, Lipſ. 1730.
Meine Erbfolgsgeſchichte der Seitenverwandten in Teutſchland, Hpſt. I. S. 7. ff.

2) *Io. Phil. Slevogt* de allodialis inueſtiturae renouatione. Ien. 1693.

3) *Guil. Amſink* Diſſ. de impugnatione reſignationis ex Jure Hamburg. Goett. 1774.

464.
Fortſezung.

Durch dieſen Gebrauch wird erſt das Eigenthum und der bürgerliche Beſiz der Güter auf den neuen Erwerber übertragen, und ihm daſſelbe beſtätiget 1). Der vorhergegangene Kontrakt hat bloß die Verbindlichkeit zur Uebertragung der Sache und zur Abtretung des Eigenthums bewirkt, und die Uebergabe bringt nur das natürliche Eigenthum auf den Erwerber. Aber die von der Obrigkeit geſchehene Einfeſtung beſtätigt das natürliche Eigenthumsrecht, und macht es geſezlich und bürgerlich, theilt alſo das Recht mit, die Sache zu behaupten und zu beſizen ſamt allen bürgerlichen Rechtswirkungen 2).

1) *Weſtphalen* cit. l. Tom. II. praef. p. 30.
Sande de effect. C. II. §. 8.

2) *Weſtphalen* praef. T. III. p. 133.

465.

465.

Vorſichtsregeln.

Es iſt zuweilen die Beſizergreifung dabey ſehr rathſam 1). Denn in der Zwiſchenzeit des vollzogenen Kontrakts und der noch nicht geſchehenen Inveſtitur ruht das bürgerliche Eigenthum, und befindet ſich weder beym Verkäufer noch beym Käufer 2). Daher jener keine Hypothek mehr darauf anlegen darf 3), jedoch dieſem die Eviktion präſtiren muß 4). Auf den Käufer geht weder irgend ein Vortheil, noch ein Nachtheil über 5). Ja manchmal können ſich während der Zeit die Partheyen den Kontrakt wieder reuen laſſen, und die Geſeze laſſen daraus keine Klage anſtellen. Die Einfeſtung fällt bey der Ueberlaſſung von Todeswegen heutzutage ganz weg 6).

1) *Io. Henr. Berger* tract. de vtilitate vſucapionis in probando dominio, iis praecipue in locis, in quibus recepta eſt reſignatio judicialis. Lipſ. 1710.

2) *Io. Gotl. Bauer* Progr. de re immobili absque reſignatione et inveſtitura judiciali vendita et tradita. Lipſ. 1759.

3) *Weſtphalen* praef. T. III. p. 122.

4) Id. p. 132. *Io. Balthaſar Wernher* Diſſ. de effectu traditionis rerum immobilium allodialium ſine judiciali inveſtitura, inprimis moto Creditorum concurſu. Vit. 1727.

5) *Gebh. Chr. Baſtineller* de commodo ac periculo praedii venditi ante reſignationem judicialem in Saxonia El. vſitatam. Vit. 1744. 1782.

Herm.

Herm. Rodde Diſſ. de juribus emtoris in re immobil. emta necdum judicialiter reſignata. Goett. 1779.

6) *M. G. Wernher* de reſignatione judiciali fundorum mere allodialium in vltimis voluntatibus ceſſante. Vit. 1760.

466.

Feudalinveſtitur.

Gleich den meiſten Lehensgeſchäften, ſo waren auch die fehodiſche Belehnung und die Lehenserneuerung, Inueſtitura et Renouatio feudalis, nur Nachahmungen der Allodialinveſtitur 1). Ueberhaupt war die Inveſtitur bey den Teutſchen die rechtsförmliche Uebertragung einer Sache 2). Wenn man jemand ein Gut, ein geiſtliches oder weltliches Amt, ein Bauergut u. ſ. w. übergeben wolte, ſo nahm man die feyerliche Belehnung vor. Es war das die geſezmäſſige Weiſe, Güter und Sachen auf andere zu bringen. Denn auf dieſe Art erhielten die Erzbiſchöffe, Biſchöffe, Aebte ihre Kirchenämter und Pfründen 3), die weltliche Herren ihren Thron, ihre Herzogthümer, Pfalzgrafſchaften, Markgrafſchaften, Grafſchaften und die übrigen Staatswürden 4), die Vaſallen und Miniſterialen ihre Kriegs- und Ambachtslehen, und die Landleute ihre Bauergüter, indem der teutſche Güterpacht durch gewiſſe Belehnungsförmlichkeiten geſchloſſen wurde, welches noch dieſe Stunde bey einigen Gattungen beobachtet wird. B. I. §. 1219. n. 4.

1) *Hugo Grot.* de Imp. poteſtate circa ſacra c. 10. *Weſtphalen* Praefat. ad T. II. Mon. Cimbr. p. 30.

2) *Boehmer* Princ. Jur. feud. L. I. Sect. I. c. 6. §. 101.

3) *Lud. Thomaſſini* Vetus et Nova Eccleſiae diſciplina circa beneficia et beneficiarios. Pariſ. 1668.

4) *M. Io. Chr. Krauſe* obſeruationes de beneficiis medii aeui. Faſcic. I. Hal. 1781.

467.

Erklärung.

Die feyhodiſche Belehnung iſt eine feyerliche Han u g 1), wodurch einem von Seiten des angenommenen Lehensherrn kraft des Lehenskontrakts unter Verſicherung der gegenſeitigen Lehenstreue eine Sache zum Nuzeigenthume übergeben wird 2).

1) *Godofr. Lud. Mencken* Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa inueſtituram ſolennem. Vit. 1720.

2) *Henr. Bocer* de inueſtitura feudorum. Tub. 1608.

Petr. Maſcov. Sel. controv. de inueſtitura feudi. Gryph. 1700.

Io. Gravius de inueſtitura feudali. Tub. 1674.

Pet. Müller de jure inueſtiendi Status I. R. G. von Reichsbelehnungen. Ien. 1685.

468.

Verſchiedene Beſchaffenheit.

Sie wird bald für die ganze Lehensmachung genommen, welches anfangs geſchah, ſo lange noch die teutſche Rechtsgelehrſamkeit bloß ſinnbildlich war, bald nur für die Uebergabshandlung. Aber auch in dieſem Falle läßt ſich dabey zweierlei unterſcheiden, die eigentliche Uebergabshandlung 1) und die lehenbare Einweihung 2). Bey beiden werden noch viele ſinnbildliche Gebräuche

bräuche beobachtet, die ſich aus der alten barbariſchen Sittenverfaſſung der Nazion herſchreiben 3).

1) II. feud. 2. 23. 58. §. 6. Alem. Lehenr. C. 100. § 3.

2) Sächſ. Lehenr. Art. 22. Alem. Lehenr. C. 43.

3) *Io. Ge. Eſtor* de inaugurationibus beneficiariis, harum ſymbolis ac ritibus, itemque de inueſtitura ſine litteris inueſtiturae libellus. Marb. 1746.

469.

Abtheilung.

Die Doktoren haben aus einer dunkeln Stelle 1) des Longobardiſchen Lehenrechts eine Abtheilung der Inveſtitur in propriam et abuſiuam gemacht 2). Beſſer ſind die in die feyerliche und unfeyerliche, gewiſſe und ungewiſſe, (pura et euentualis) einfache Belehnung und Mitbelehnung, wovon dieſe ſich wiedernm in die altteutſche und jezige Reichsländiſche, und in die Sächſiſche Geſamtehand abſondert.

1) II. feud. 2. pr. II. feud. 33. pr.

2) Io. *Phil. Streit* de abuſiua feudi inueſtitura occaſione II. f. 2. Erf. 1706.

Sam. Stryk de abuſiua inueſtitura.

470.

Preußiſche Lehensverfaſſung.

Die Beſizer der in Erbe verwandelten Preußiſchen Lehengüter müſſen jezo ſtatt der ehemaligen Lehenspflicht perſönlich vor dem Lehensdepartement den Unterthänigkeitseid nach einer beſonders vorgeſchriebenen Formel 1) ablegen 2).

1) in C. C. March. T. II. Abth. V. p. 108. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg 3. p. 2449.

2) Edikt vom 18. Jenner 1720. cit. T. II. Abth. V. p. 107. Verordn. für Oſt- u. Weſtpreußen C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2447. 2430. 2129. Jahrg. 4. p. 347. für Schleſien Samml. Schleſ. Ordn. B. VI. S. 584.

471.
Lehenbriefe.

Ueber das Lehensgeſchäft werden allerlei ſchriftliche Aufſäze gemacht, die Lehenbriefe 1), Lehenſcheine 2), Lehensreverſe 3), Lehensverzeichniſſe 4) (Dinumeramenta feudalia) heiſen. Bey dem Widerſpruche mehrerer Lehenbriefe haben bald die Aeltern und bald die Neuern den Vorzug 5).

1) *Io. Gottl. Siegel* tract. de litteris inueſtiturarum, von Lehnbriefen. Lipſ. 1739.

2) II. feud. 32. I. feud. 4.

3) *Io. Bernh. Friſius* de literis feudi reuerſalibus, von Lehnsreverſalien. Ien. 1720.

Io. Gottl. Siegel de literis feudi reuerſalibus a ſimultanee inueſtitis exhibitis. Lipſ. 1736.

4) *Gabr. Schweder* de dinumeramento feudali. Tub. 1680.

5) *Henr. Brockes* de fide recentiorum literarum inueſtiturae antiquis maiore. Vit. 1734.

472.
Lehengelder.

Sowol bey der Allodial- als bey der Feudalbelehnung ſind allerlei Unkoſten zu bezahlen, als Hee-

rot 1), Relevium, Rachat, Lehenwaare 2), Anfallsgelder, Handlohn und Weglöſung, Lehenstaxe 3), Schreibgebühren, Geſchenke u. ſ. w. Sie werden theils jedesmal theils nur bey gewiſſen Veranlaſſungen entrichtet, und dürfen von einem Falle auf den andern nicht erſtreckt werden 4). Vergl. oben B. 1. §. 1252.

1) *Buder* Obſ. Jur. Publ. et feud. V.

2) *Ge. Franzkius* de laudemiis. Ien. 1664.

Gottl. Sturm praecipua Laudemii capita. Vit. 1732.

Jo. H. Eberhard von Laudemien. Witt. 1772. II. Theile.

3) *Io. Frid. Chriſt.* Anal. de ſportula clientelari, vulgo taxa feudali. Hal. 1726.

Henr. Phil. Doebner Diſſ. de taxa feudali. Ien. 1739.

4) *Abr. Keſtner* Diſſ. de laudemio de caſu ad caſum non extendendo. Lipſ. 1734.

473.

Preußiſche Muth- und Lehenſcheine.

Bey denen im Preußiſchen noch vorfallenden Belehnungen geſchieht die Ausfertigung der Muth- und Lehenſcheine beym Lehenarchiv unter der Unterſchrift: Königl. Preuß. und Kurfürſtl. Brandenburgiſches Lehensdepartement; wobey der Lehensarchivar die Stelle des Lehensſekretars verſieht 1). Andere Lehensgeſchäfte werden in der geheimen Kanzley ausgefertiget.

1) Reſolutionen an die Lehenskanzley vom 23. Febr. 1720. in C. C. March. T. II. Abth. V. p. 110. 112. n. 66. 67.

Nikolai Beſchreib. von Berlin und Pozdam B. I. S. 255.

474.
Schleſiſche Lehensverfaſſung.

Vermög einer landesherrlichen Sazung vom 27. Merz 1714. und der königlichen Oberamtskurrende vom 26. November 1759. 1) iſt wegen den Schleſiſchen Lehen zu Schweidniz und Jauer verordnet, daß alle Seitenverwandten und fremde Perſonen, die zum Beſize eines Lehens gelangen, ſich bey der Breslauiſchen Oberamtsregierung anmelden, ihre Lehensfähigkeit beweiſen, die Huldigung ableiſten, und um die beſondere Belehnung behörig anſuchen ſolten. Bey Schleſiſchen Lehen kan leicht die äußerſte Strafe der Felonie eintreten 2), und jeder Vaſall von 21. Jahren, wenn er auch gleich kein Lehengut beſizt, muß die Lehenspflicht in Perſon ablegen 3).

1) in der Korn. Samml. B. VI. S. 786. n. 230.

2) *Ge. Sam. Ludovici* Diſſ. de ſacro fiſci jure circa feuda Sileſiae ex crimine Laeſae Maj. commiſſa. Lipſ. 1724.

3) Reſcr. vom 23. Jun. 1756. in der Korn. Sammlung Schleſ. Ord. B. VI. S. 584. n. 94.

475.
Inveſtiturgeſez.

Die Bedingungen, unter welchen die Inveſtitur gereicht worden iſt, machen das Inveſtiturgeſez, und dienen zum Grunde der Lehenrechte und Obliegenheiten 1). Ein Lehen kan daher durch die bloße Inveſtitur errichtet werden 2), und dieſe iſt das ordentliche Lehenserwerbungsmittel, wodurch man zur eigenmäch-

mächtigen Ergreifung des erledigten Beſizes berechtiget iſt 3).

1) II. feud. 2. §. 2. 3. II. feud. 12. pr. 18. I. feud. 20.

2) I. feud. 25. II. feud. 1. §. 1. II. feud. 11. 33.

3) *Henr. Brockes* de praematura apprehenſione feudi morte poſſeſſoris nondum probata. Vit. 1733.

476.
Lehenserneurung.

Von der Belehnung iſt die Lehenserneurung 1) wol zu unterſcheiden, die zwar ebendieſelbe äuſſerliche Handlung iſt, und gleiche Benennung bekömmt, allein kein neues Lehenrecht giebt, ſondern das alte nur wiederholt 2). Denn ſo oft die mindeſte Veränderung dabey vorgeht, ſo iſt es keine Lehenserneurung, ſondern eine neue Belehnung 3).

1) *Laur. Sylvanus* de feudi renouatione et recognitione. Colon. 1596.
Io. Al. Chriſt. de renouatione inueſtiturae feudalis.

2) *Godofr. Lud. Mencken* de renouatione inueſtiturae et vinculo obligationis, quo Dominus et Vaſallus inuicem conſtringuntur.

3) *Io. Iac. Helfferich* de eo quod juſtum eſt circa mutationem prioris inueſtiturae feudalis. Tub. 1734.

477.
Eintrittsfälle.

Sie muß ſo oft geſchehen, als eine Veränderung in der Perſon des Lehenherrn 1) und des Vaſallen jedoch nicht eines der Lehensverweſer allein 2) vorgeht.

 Bey

Bey der Sächſiſchen Mitbelehnung hat ſie nicht allein der neue Beſizer, ſondern zugleich alle ſeine Agnaten nachzuſuchen 3). Man muß ſie binnen Jahr und Tage begehren 4), oder es treten ſtrenge Lehensſtrafen ein 5), denen man durch die geſuchten Lehensindulte ausweichen kan.

1) *Hier. Frid. Schorch* de eo, quod juſtum eſt circa renouationem inueſtiturae in caſu quo dominus feudi pluribus relictis ſucceſſoribus deceſſit.

2) *Io. Wilh. Engelbrecht* Diſſ. de Renouatione Inueſtiturae Vniuerſitatis nomine regulariter non in caſu mortis vnius ex pluribus feudi curatoribus, ſed demum cunctis iis deficientibus petenda. Helmſt. 1716.

Io. God Bauer de communi Saxonum manu ob neglectam renouationem amiſſa.

3) *Io. Henr. Felz* de renouatione inueſtiturae a ſimultanee inueſtitis petenda.

4) *Lud. Mencken* Progr. de termino annuo Jure Comm. Imp. et Sax. definito ad renouationem Inu.

5) *God. Lud. Mencken* de poena priuationis feudi in vaſallum dolo vel negligentia renouationem inueſtiturae non petentem legibus ſtatuta.

Io. Frid. Vockel de omiſſione renouationis feudalis non doloſe facta hodie et praeſertim in Saxonia ad amiſſionem feudi non ſufficiente.

478.

Lehensauflaſſung.

Die Lehensauflaſſung 1) iſt eine Handlung, wodurch der Vaſall unter Beobachtung gewiſſer Feyerlichkeiten, die urſprünglich ebendieſelbe, wie bey der gerichtlichen

lichen Auflaſſung der Allodialgüter geweſen ſind, ſein Lehenseigenthum dem Lehenherrn wieder zurück giebt. Sie geſchieht nicht immer in der Abſicht, um ſich des Guts zu entſchlagen, ſondern oſt, um dem Inveſtitur-geſeze eine veränderte Geſtalt zu geben.

1) *Io. Otto Tabor* de refutatione feudi.
Chr. Gottl. Buder de reſignatione feudi.
Imm. Weber de refutatione feudorum Imperii. Gieſſ. 1721.

III. Abſaz.

Nießungsrecht.

479.

Nießbrauch.

Das Eigenthumsrecht ſchlieſt die Befugnis in ſich, von der Sache ausſchlieſſend allen Nuzen zu ziehen, und allen Gebrauch zu machen. § 440.

480.

Abtheilung.

Dieſe Befugnis ſtehet entweder dem Eigenthümer ſelbſt, oder auf ſeine Verwilligung oder auch wider ſeinen Willen vermög der geſezlichen oder amtlichen Verfügung oder kraft der Verjährung einem andern zu. Erſtere nennen die Praktiker nach ihrer Scholaſtiſchen Weiſe Vſumfructum cauſalem, und die leztere Art formalem.

481.

Früchten.

Ein Nuznieſſer darf ſich alle ſowol natürliche als bürgerliche Früchten 1) und Nuzungen, ſie mögen jährlich oder auſſerordentlich ſeyn, zueignen 2), mitnichten aber dasjenige, was zu Vermehrung der Subſtanz hinzukömmt, oder ſich erzeugt 3).

1) *And. Copin.* Materia fructuum in diſputationem publicam vocata. Lipſ. 1640.

Gabr. Schweder Diſſ. de fructibus feudi. Tub. 1703.

2) L. 7. pr. L. 29. L. 41. L. 59. §. 1. D. de vſufr.

3) L. 7. §. 12. D. ſoluto Matrim. . L. 68. de vſufr. L. 28. §. 1. de vſuris. §. 37. Inſtit. de rer. diuiſ.

482.

Einſchränkung der Nuznieſſung.

Weil der fremde Nuznieſſer nur zum Bezuge der Früchten berechtiget iſt, ſo darf er nichts nachtheiliges mit dem Weſen der Sache vornehmen, noch ihre Natur und Beſchaffenheit verändern 1), wol aber ſo weit darüber gebahren, als der vollſtändige Genuß es erfordert 2).

1) L. 13. §. pen. L. 44. 73. D. de vſufr.

2) L. 1. §. 1. D. ſi vſusfr. pet. L. 44. §. 9. de Legat. 1. L. 73. de vſufr.

483.

Nuznießliche Obliegenheit, die Laſten und Beſchwerden zu tragen.

Weil die öffentliche Laſten, Beſchwerden und Abgaben insgemein von dem Ertrage der Sachen geleiſtet werden,

werden, und dieſen ganz allein der Nuznieſſer bezieht, ſo muß er ſich auch derſelben unterziehen 1), und darf ſie nur alsdenn dem Eigenthümer anrechnen, wenn ihr Belauf den Ertrag von der ganzen Nießungszeit überſtiegen hat 2). Darunter können aber niemals die Unkoſten auf die Beziehung und Einheimſung der Früchten begriffen werden 3), ſondern auf den Fall ſie der Nuznieſſer zu ſchwer findet, ſo kan er ſich ſeines Nießbrauchs begeben 4).

1) L. 7. §. 2. L. 27. §. 3. L. 64. D. de vſufr. L. 28. de vſufr. legato.

2) *Leyſer* Specim. 106. Med. 3.

3) L. 9. §. 2. L. 65. 68. §. vlt. L. 69. de vſufr. *Io. Chr. Falckner* Diſſ. de impenſis. Ien. 1765.

4) L. 48. pr. L. 64. de vſufr.

484.

Gebrauch.

Von der Nuznießung iſt der Gebrauch einer Sache verſchieden, indem man ſich in dieſem Falle derſelben nur zu ſeinem Vortheile bedienen 1), und ſie zu dem Ende nicht andern überlaſſen darf 2), welches hingegen auf alle Weiſe beym Nießbrauche erlaubt iſt 3). Die übrigen Lehrſäze des römiſchen Rechts vom Gebrauche (Vſu) ſind unbeſtimmt und unzuſammenhängend.

1) L. 12. §. 1. L. 15. D. de Vſu et habitat.

2) L. 11. Cod. §. 1. Inſtit. de vſu et habit.

3) L. 12. §. 5. L. 27. de vſufr. §. 36. Inſtit. de rer. diuiſ.

III. Abſaz.

Beſizrecht.

485.

Erklärung.

Jede körperliche Behauptung einer Sache oder eines Rechts iſt ein Beſiz 1). Erſteres heiſt im Römiſchen Rechte die Poſſeſſio und lezteres die Quaſi Poſſeſſio 2), teutſch Gewehre und Wahnbeſizung 3). Beym Beſize muß man das Subjekt wirklich in ſeiner Gewalt, und in der Abſicht, es für ſich zu behalten, ergriffen haben 4).

1) *Ern. Frid. Schroeter* Diſſ. de eſſentia poſſeſſionis. Ien. 1653.

Franc. Alef Diſſ. de poſſeſſionis indole. Heidelb. 1743.

Jo. Bernh. Frieſe Diſſ. de genuina poſſeſſionis indole. Ien. 1725.

2) *Chr. Ge Ziegenborn* Jur. Civ. Rom. doctrina de poſſeſſione et juribus ex ea enatis eiue conceſſis in ordinem redacta. Ien. 1734.

3) *Haltaus* in Gloſſ. Germ. col. 1018. Hoffmanns teutſche Reichspraxis, B. II. §. 1456. S. 255.

4) L. 1. §. fin. L. 2. D. vti poſſidet. L. 1. §. 1. de Superfic.

I. P. *Kreſ* de variis controuerſiis in argumentis poſſeſſionis et juram.

Ad. Frid. Trendelenburg Sel. quaed. Capita doctr. de jure poſſeſſionis. Chilon. 1775.

486.

Mitbeſiz.

Gleichwie es ein Miteigenthum gibt, ſo findet ſich auch der Mitbeſiz 1), da mehrere den ungetheilten Beſiz einer und derſelben Sache oder Gerechtigkeit haben. Er iſt getheilt und ungetheilt, geſezlich, gerichtlich und vertragsmäßig 2).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de compoſſeſſione. Francof. ad Viad. 1674.

2) Eſtor Anweiſung zu dem im Reiche üblichen Amts- und Protokollverfahren, wie auch den übrigen ſummariſchen Prozeſſen. tit. VI. §. 115. 378. ff. 380.

487.

Beſondere Art von Mitbeſiz.

Wenn zwey Parteyen ſich zugleich im Beſize einer ſtreitigen Sache befinden, ſo wird ein ſolcher Beſiz für einen Mitbeſiz geachtet und erkannt 1). Es geſchieht dieſes hauptſächlich von Landerben, die Lehensverbeſſerungen zu erwarten haben, vermög ihres Einbehaltungrechts bey Lehen 2). Jedoch darf kein Mitbeſiz eigenmächtiger Weiſe wider Willen des Beſizers ergriffen 3), noch wenn dieſer deswegen pfändet, vom andern ebenfalls gepfändet werden 4).

1) *Boehmer* Tom. III. P. III. Conſult. 744. n. 8. Conſult. 745. n. 9.

2) Eſtor a. a. O. §. 388. S. 191.

3) Ebenderſ. §. 387. 393. S. 190. 192.

4) *Engelbrecht* obſ. 100. p. 564.

488.
Gewöhnliche Arten des Beſizes.

Es giebt in Rechten einen rechtmäßigen 1), widerrechtlichen, gewaltthätigen, heimlichen, vergünſtigten, wahren, erdichteten, ſtreitigen und erledigten Beſiz 2).

1) Kulm. Recht B. III. tit. 7. c. 1.

2) *Frid. Philippi* Diſſ. de vacua poſſeſſione. Lipſ. 1718.

489.
Beſizungsurſache.

Zum rechtmäßigen Beſize iſt ein Beſizungsgrund erforderlich, desgleichen eine Beſizungsurſache 1), die aber nicht immer erwieſen werden muß 2).

1) *C. Wilh. de Gaertner* Diſſ. de materia poſſeſſionis territoriorum S. R. I. immediatorum in titulis et modis. Lipſ. 1724.

2) *Io. Nicol. Hert.* Diſſ. de quaſi poſſidente probante, int. opuſc. Vol. I. T. III. p. 136.

490.
Sinnbildlicher Beſiz.

Aus der alten teutſchen ſinnbildlichen Rechtsgelehrſamkeit iſt der ſinnbildliche Beſiz übrig geblieben 1), der im Lehenrechte noch Spuren hinterlaſſen hat. Sehr oft ſtellte der Beſiz einer beweglichen Sache den Beſiz des Grundeigenthums vor. Viele Lehenrechtslehrer haben den Unterſcheid inter Inueſtituram propriam et abuſiuam falſch erklärt und verſtanden.

1) Eſtor Th. I. §. 1881. in der bürg. Rechtsgel.

491.

Eigene Beweisart.

Wenn der Beſiz eines Theils erwieſen, ſo wird er auch vom ganzen vermuthet 1). Daher man in dieſem Falle nicht mehr den Beſiz eines andern Theils erſt ergreifen kan. Man ſchließet vom ältern Beſize auf den heutigen 2), und er bleibet unveränderlich 3).

1) *Stryk* in Vſu Mod. Dig. L. XLI. tit. 1. §. 5. Eſtor a. a. O. §. 119. S. 86.

2) *Gail* de pignorat. obſ. 22. n. 13. p. 220. Eſtor §. 178. S. 97.

3) *Gail.* cit. l. p. 243. n. 13.

492.

Beſizliche Verfahrungsart.

Weil beym ſtreitigen Beſize die Staatswirthſchaft Schaden nimmt, oder ſehr leicht dabey Gewaltthätigkeiten vorgehen können, ſo hat ſich die teutſche Polizeygeſezgebung 1) vorzüglich bemüht, hierüber nüzliche Verfügungen zu machen. Alle Beſizſachen werden auf eine beſondere Art und äußerſt ſummariſch behandelt 2). Man beobachtet dabey keine gerichtliche Ferien 3), und läßt keine Neurungen zu 4).

1) *Iuſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de vero vſu remedii poſſeſſorii ordinarii et ſummarii, C. 3. §. 4.

Repert. Jur. Priv. T. I. p. 665. §. 20. Eſtor a. a. O. VI. Hſt. §. 125. S. 87.

2) Reichsabſchiede von 1512. §. 12. von 1521. tit. 31. von 1532. §. 15. Reichskammergerichtsordn. von 1552. tit. 21. von 1555. P. II. tit. 21. Preuß. Edikt vom 12

April

April 1718. in C. C. March. T. I. Abth. I. p. 631. ferner p. 826. 541. 633.

Cod. Frid. P. IV. tit. 3. p. 426. Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 7. p. 83. C. C. March. T. II. Abth. I. n. 169. Vergl. Repert. de 1755. p. 361.

3) Oſtfrieſ. Landr. B. I. 9.

4) *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 181.

493.

Feſtſtellung des Beſizes.

Niemand darf des Beſizes ohne durch Urthel und Recht entſezt werden 1). Selbſt der jeweilige Beſizer wird durch Manutenenzdekrete geſchüzt. Eine eigenmächtige Entſezung wird polizeymäßig geſtraft 2), oder in Oſtfriesland verliert der Entſezende ſein Recht 3). Es kan auch der Spolirte jenen auf der Stelle gewaltſamer Weiſe wieder aus dem Beſize werfen 4).

1) Reichsabſchied von 1521. tit. 31. Sächſ. Lr. B. III. Art 42. 43.

2) Kulm. Landſaz. von 1538. §. 16.

3) B. I. c. 19.

4) *Hert.* in paroem. J. Germ. L. I. n. 88. Vol. II. opuſc. T. III. p. 357.

494.

Preußiſches Entſcheidejahr.

Des Königs von Preußen Maj. haben ihr Regierungsantrittsjahr von 1740. zum Entſcheidejahr in Anſehung des Beſizſtands ihres Adels, ihrer Vaſallen und Unterthanen gemacht. Wer irgend eine Sache,

ſie

ſie mag ein Hoheitsrecht, Kammergut, Domaine, Pertinenz u. ſ. w. ſeyn, damals im Beſiz gehabt hat, der behält ſie zu Eigenthum, und es darf ihm von Seiten des Königlichen Fiſkus hiebey nicht die mindeſte Einrede geſchehen 1), und dieſe Verordnung, deren ſie ſich nicht einmahl für ihren eigenen Beſizſtand bedienen wollen 2), muß ſowol von dero Generaldirektorium als Juſtizminiſterium aufs genaueſte befolgt werden 3). Selbſt wenn jemand nachher auſſer Beſiz gekommen, ſo bleibt ihm derſelbe doch 4), gleichwie vorhin nicht gehabte Rechte dadurch erlangt werden 5).

1) C. C. March. Nov. Tom. II. p. 113. 151. Tom. IV. p. 789. 1003. 1005. 2045. 2047. Cod. Frid. P. IV. tit. 5. §. 18. n. 6. 7.

2) Tom. II. p. 113. C. C. March. Nov.

3) ibid. Tom. IV. p. 1003. 1005. 2045. 2047. Hiſt. Statiſt. Beyträge für die Preuß. Staaten, Th. II. B. II. Abth. VI. St. 2. S. 593. ff. *Behmer* in Nov. Jur. Controv. T. II. obſ. 72. p. 473. ſeqq.

4) C. C. March. Nov. T. III. p. 1211.

5) ibid. Tom. V. Jahrg. 5. p. 19.

495.

Beſondere Arten des Beſizes.

Im Mittelalter erforderte man zum Beſize des Grundeigenthums eine gewiſſe Zeit, als 3. Tage, 1. Jahr und Tag, 10 Jahre 1). Es iſt davon der unerdenkliche Beſiz, oder der Beſiz ſeit Menſchengedenken, der im Preußiſchen auf 50. Jahre beſtimmt iſt 2), ſtatt

einem Erwerbungsgrunde dient, und bey Regalien gebraucht wird 3), übrig geblieben, wovon aber im Hauptprivatrechte gehandelt wird 4).

1) Eſtor Th. I. §. 1885. Th. III. §. 1876.

2) C. C. March. T. VI. Nachl. p. 34. Abth. II. p. 160.

3) ibid. T. II. Abth. V. p. 93. 98. 124. T. IV. Abth. IV. p. 168 gegen *Chr. Thomaſius* Diſſ. de praeſcriptione regalium ad jura Subditorum non pertinente. Halae 1699. *Biener* de nat. et ind. Dom. L. II. c. 2. p. 138.

4) *Io. Aug. Reichard* Diſſ. de auctoritate vetuſtae poſſeſſionis in cauſſis praeſertim illuſtrium. Ien. 1763.
Io. Paul. Kreſs Diſſ. de genuina natura et indole Vetuſtatis, ſeu praeſcriptionis immemorialis. Helmſt. 1734.

496.

Erbliche Fortpflanzung des Beſizes.

Nach teutſchem Rechte gieng der Beſiz auf die Erben unmittelbar über, und es bedurfte ihrer Seits keiner Ergreifung und Antretung 1). Man ſieht davon noch Ueberbleibſel in der Preußiſchen Geſezgebung 2).

1) Meine Abhandl. Das erbſchaftliche Verſendungsrecht ohne Beſizergreifung aus dem Kameralrechte des Mittelalters beleuchtet, und aus dem Europäiſchen, teutſchen und Preußiſchen Privatrechte erwieſen.

2) Cod. Frid. P. IV. tit. 3. §. 18. p. 431. C. C. March. Nov. T. III. p. 690. Magdeb. Pol. Ordn. C. 44. §. 15. Juriſt. Beytr. zur Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. II. S. 405. 406. *Berger* in Oecon. Jur. L. II. th. 4. not. 1.

497.

Gegenſeitiger Mitbeſiz.

Die Teutſchen hatten ein Geſchäft, welches die Praktiker wegen Aehnlichkeit mit einem gewiſſen römiſchen Rechtstexte 1) Conſtitutnm poſſeſſorium nannten 2). Es beſtand darinn, daß Einer den Andern in einer Akte 3) zum Beſizer ſeiner Sache machte, aber doch dieſelbe in des Andern Namen zu beſizen fortfuhr 4).

1) L. 18. D. de A. V. A. P.

2) *Io. Chr. Falckner* Diſſ. de traditione per conſtitutum. Ien. 1663.

Petr. Müller de conſtituto poſſeſſorio. Ien. 1689.

Hier. Fr. Schorch de conſtituto poſſeſſorio in Legibus Rom. non fundato. Erf. 1732.

God. *Maſcov* de conſtituto poſſeſſorio. Hard. 1732.

3) Urkunde von Pfalz und Baiern 1774.

4) *Iuſt. Kortholt* de poſſeſſione, ne contra eum, dum viuit, exerceatur §. 3. *Henr. Cocceji* Deduct. ill. Tom. I. p. 209. Moſers Familienſtaatsrecht C. I. §. 7. Perſönl. Staatsrecht, Th. II. B. III. C. 13. §. 105.

II. Abſchnitt.

Eintheilung der Sachen des Nazionalvermögens.

498.

Begrif von Sachen.

Sachen nennt man alles, was außer uns exiſtirt, weder Perſon noch Handlung iſt 1), und von uns ge=

 braucht

braucht und benuzt werden kan 2). Die Römer 3) unterſcheiden in einem beſondern Sinne Res und Pecunia 4).

1) *Io. Henr. Berger* Diſſ. differentiae juris perſonarum et rerum. Viteb. 1685.

2) L. 23. 49. D. de Verbor. Significat.

3) L. 5. eod.

4) *Io. Balth. Wernher* Sched. quo Lex I. Dig. de vſu et vſuſructu per legatum datis explicatur. §. 8. 9. 10.

499.

Ihre Beſchaffenheit.

Eine Sache hat verſchiedene Eigenſchaften, eine beſondere Beſchaffenheit und mancherlei Zuſtändigkeiten, als daraus die rechtlichen Redensarten Res cum ſua cauſa, Res cum omni cauſa erklärt werden müſſen.

500.

Sachenrecht.

Hier orts werden die Sachen nicht nach ihrer natürlichen Beſchaffenheit, ſondern nach ihrem rechtlichen Verhältniße betrachtet, in ſo fern man daran Rechte beſizt, oder dergleichen erlangen ſoll, oder nicht erhalten kan. Sie entſpringen bald aus dem Eigenthume, bald aus einer Verbindlichkeit. Man nimmt auch Rückſicht auf die Diſpoſitionen und Verträge darüber, um das Eigenthum oder ein dingliches Recht zu erlangen, zu bewahren, zu übertragen, oder ſich davon zu entledigen

digen 1). Der Innbegrif dieſer Rechte und Verbindlichkeiten heiſt das Sachenrecht.

1) Eſtor Th. III. §. 1044.

501.

Einleitung.

Die Sachen, die zum allgemeinen Staatsvermögen gehören, können in Teutſchland theils nach der Verſchiedenheit des Eigenthums und theils nach der Verſchiedenheit ihrer Beſchaffenheit abgetheilet werden 1). Mit der leztern Abtheilung wollen wir den Anfang machen.

1) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de rerum diuiſionibus in Jure Germanico priuato. Hal. 1721.
Ern. Io. Frid. Manzel Selecta capita de rerum diuiſione et acquirendo earum dominio. Roſt. 1755.

I. Abſaz.

Eintheilung der Sachen nach ihrer Beſchaffenheit.

502.

Natürliche Gattungen.

Vermög der natürlichen Beſchaffenheit giebt es körperliche, bewegliche und unbewegliche, verbrauchbare und unverbrauchbare Sachen, Hauptſachen, Zulagen und Nebenſachen, belebte und unbelebte, einzele und zuſammengeſezte, theilbare und untheilbare Sachen.

503.
Körperliche, unkörperliche Sachen.

Alle Sachen, die in die Sinne fallen, ſind körperlich. Die Römer ſagten, alles, was berührt werden kan, iſt körperlich 1), weil ihre Stoiſche Philoſophen alle Sinne auf das Gefühl einſchränkten 2). Alle Sachen, die nur durch den Verſtand begriffen werden, ſind unkörperlich, als Rechte, Gerechtigkeiten, Verbindlichkeiten, Dienſtbarkeiten, politiſche und moraliſche Eigenſchaften, Größen.

1) L. 1. §. 1. 2. 3. D. de rer. diuiſ.

2) *Chr. Frid. Meiſter* Progr. de philoſophia ICtorum Rom. Stoica in doctrina de corporibus eorumque partibus. Goett. 1756.

504.
Lebendige, lebloſe Sachen.

Die körperlichen Sachen theilen ſich in die lebendigen und lebloſen. Die lebendigen Sachen ſind entweder zahme oder wilde Thiere, und beide Arten nöthig, nüzlich oder ſchädlich.

505.
Bewegliche, unbewegliche Sachen.

Die lebloſen können etweder unbeſchadet ihrer Subſtanz von einem Orte zum andern gebracht werden, oder dieſes kan nicht geſchehen; und ſie ſind von ihrer Stelle unveränderlich 1). Im erſtern Falle heiſen ſie bewegliche und im leztern unbewegliche Sachen 2).

1) *Lud.*

1) *Lud. God. Mogen* Commentatio de vera et genuina rerum mobilium et immobilium indole. Gieſſ. 1760.

Ben. Schulz de natura, affectionibus et differentiis rerum mobilium et immobilium. Rint. 1669.

2) *Paul. Voetius* de diſtinctione rerum mobilium et immobilium. Vltraj. 1666.

Caſp. a Rheden de differentia bonorum mobilium et immobilium. Brem. 1713.

506.

Habe und Gut.

Die Teutſchen begriffen beide Gattungen unter dem Ausdrucke Habe und Gut 1). Die beweglichen Sachen 2) nannten ſie die Habe 3), weil ſie dieſelben in ihrer ganzen Gewalt und im vollſtändigen Eigenthume hatten 4), und die unbeweglichen hießen ſie deswegen Güter, weil man im Mittelalter ganz von Grundſtücken zu leben gewohnt war.

1) Repert. Jur. Priv. T. III. p. 1795.

2) *Ier. Eb. Linck* Diſſ. de rebus mobilibus. Argent. 1723.

3) *Haltaus* in Gloſſar. Germ. T. I. col. 707.

4) Sprüchw. Nahrung iſt kein Erbe ap. *Hert.* L. I. par. 5. Vol. II. T. III. opuſcul. p. 262. *Dreyer* de reſtr. facult. al. §. 2. p. 3. §. 7. p. 28.

507

Eintheilung des Privatvermögens.

Die Habe beſtand I. aus Kleinoden und Baarſchaft, oder Edelgeſteinen, Geſchmeide, Geld, Kapitalien, Golde und Silber, II. aus Fahrnis, welches 1)

Kleidung war, die ſich wiederum in das Heergewedde und in die Gerade abſonderte, 2) Hausrath, und zwar a) eigentliches Haus- und Küchengeräthe, b) Vieh, c) Schiff und Geſchirr, oder Hofwehre, d) Mundvorrath in Küchen, Keller und Speicher.

508.

Vierfaches Vermögen erlauchter Perſonen.

Bey erlauchten und adelichen Perſonen findet ſich heutzutage oft ein vierfaches Vermögen. Lehen, Stammgut, Allodial- und Mobiliarvermögen 1).

1) *And. Fl. Rivinus* Diſſert. de vſu diſtinctionis rerum Germ. feudalium, allodialium et mobilium. Vit. 1744. *Wolfr. Burchardi* Diſſ. de hereditate quadruplici, ſeu de genere bonorum quadruplici in ſucceſſionibus illuſtrium. Marp. 1755.

509.

Neuere Abtheilung.

Die ſpätern Praktiker, welche die teutſchen Prinzipien aus den Augen ſezten, haben nachher in jene Vermögensabtheilung viele Verwirrung gebracht. Meiſt wird heutzutage beym Vermögensverzeichniſſe dieſe Ordnung beobachtet: 1. Baarſchaft, 2. Kapitalien, 3. Fahrnis, 4. liegende Güter, 5. Rechte und Gerechtigkeiten 1). Die Preußiſche Verfaſſung weicht noch mehr ab, und geht bey der Abſonderung mehr ins Detail 2).

1) Nikod. Friſchlin Inſtruktion, wie die Inventaria in dem Herzogthum Wirtemberg einzurichten. Tüb. 1692. Rößlin

Röſslin von Inventuren und Theilungen in Wirtemberg. Tüb. 1735.

2) Siehe Formular eines Inventariums im ausführl. Anhange zum Cod. Frid. p. 156. 157. 158.

510.

Zerſtörliche, unzerſtörliche Sachen.

Gewiſſe bewegliche Dinge haben die Beſchaffenheit, daß durch den erſten Gebrauch entweder ihr ganzes Weſen zerſtört, oder wenigſtens vermindert wird. Sie heiſen deswegen verbrauchbare Sachen 1). Dahingegen die andern Beweglichkeiten, die jeden Gebrauch ohne Zerſtöhrung aushalten können, die Benennung der unverbrauchbaren Sachen bekommen. Bey jener Gattung laſſen die Rechte keinen Affektionspreis zu 2).

1) *Iac. Gothofred.* Diſſ. de rebus fungibilibus.
Aug. Frid. Schott Progr. de rebus, quae functionem recipiunt. Lipſ. 1767.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de pretio affectionis in res fungibiles non cadente. C. III. §. 41. 42. 43.

511.

Verzeichnis der unbeweglichen Sachen.

Zu den unbeweglichen Sachen gehören alle Gattungen von Grundſtücken, ſie mögen Acker, Gärten, Wieſen, Weinberge, Felder, Fluren, Thäler, Brüche, Gebäude, Vorwerke, Landgüter, Wälder, Seen, Teiche, Weiher, Flüſſe, Bäche, Ströhme,

Wege, Fußſteige, Gräben, Weiden, Triften u. ſ. w. ſeyn 1).

1) Mart. Schlüter von unbeweglichen Gütern. Hamburg 1669.

512.

Verſchiedenheit der alten und heutigen Grundſäze in dieſer Rechtsmaterie.

Viele Sachen werden heutzutage für unbeweglich gehalten, die es im Mittelalter nicht geweſen ſind, wie z. B. die Häuſer und Gebäude, die Bäume und dergl. Es galt bey den Teutſchen ſtrenge der Grundſaz, was die Fackel verzehrt, das iſt fahrende Habe 1). Allein jezo hält man die beweglichen Dinge ebenfalls für unbeweglich, wenn ſie mit dieſen dergeſtalt vereiniget und verknüpft 2) ſind, daß ſie einen Theil davon ausmachen, oder wenn ſie zum Gebrauche der unbeweglichen Sache beſtimmt ſind, und mit derſelben zugleich gebraucht werden 3). Selbſt Bibliotheken, Wirthshäuſer, Handelsgewölber, Werkſtätte u. dergl. werden für unbeweglich gehalten 4).

1) *Gotb. Lud Mogen* Diſſ. de aedificiis et arboribus radicatis Jure Germ. non inter res immobiles ſed mobiles referendis ad illuſtr. Jur. Breidenb. paroemiam, Was die Fackel verzehrt, iſt Fahrniſs. Gieſſ. 1759.

2) Jül. u. Berg. Rechtsordn. c. 69. 94. 95. *Ludolff* P. IV. obſ. 384. Eſtor Th. I. Hſt. 39. §. 1613. ff. Th. III. §. 1613. ff.

Chr. Schreiter de mobilibus rebus in perpetuum vſum praedii deſtinatis. Lipſ. 1690.

3) *Iac.*

3) *Iac. Born* de eo, quod juſtum eſt circa deſtinationem. Lipſ. 1680.

4) *Hellfeld* Diſſ. de hypotheca mobilium c. 1. *Pufendorf* T. I. obſ. 47. §. 12. Orth über die Frankf. Reform. Th. I. S. 230. Th. III. S. S. 534. *Leyſer* Vol. IV. Specim. 123. Med. 6. Specim. 224. Med. 6.

513.

Preußiſches Geſez vom Waarenlager.

Nach Preußiſchem Rechte 1) ſoll nur das Waarenlager für unbeweglich gehalten werden, die Waaren ſelbſt aber beweglich bleiben, ausgenommen der Eigenthümer ſtürbe, oder käme zum Bankerot, dann ſolte ſich die angelegte und eingetragene Hypothek auch auf die vorräthigen Waaren erſtrecken 2).

1) Reſcript vom 23. Auguſt 1737. in C. C. March. Cont. I. p. 71. n. 46.

2) *Behmer* in Nov. Jur. Contr. T. I. obſ. 115. p. 606.

514.

Ius Superficiarium.

Die Römer nennen das Recht auf des andern Grunde ein Gebäude zu haben, Ius Superficiarium, und haben ſonderbare Rechtswirkungen damit verknüpft 1).

1) *Io. Nicol. Hertius* Diſſ. de jure ſuperficiario. Gieſſ. 1682.

515.

Sachen, die für unbeweglich gehalten werden.

Mehr kömmt es mit dem ältern teutſchen Rechte überein, daß die Rechte und Aktionen, die mit den unbe-

beweglichen Dingen verbunden ſind, oder zur Erlangung der Unbeweglichkeiten dienen, für unbewegliche Sachen geachtet werden, wie Leibrenthen aus Grundſtücken, und Erbgelder aus des Verſtorbenen liegenden Gütern. Ehemals hielt man überhaupt den für ein verkauftes Gut erlöſten Kaufſchilling für unbeweglich.

516.

Fortſezung.

Häufig wurden im Mittelalter und in den ältern Statuten die Kleinode und das Geſchmeide dem unbeweglichen Gute gleichgeſchäzt, und oft wie Stammgut behandelt 1). Daher rührt es vielleicht, daß bey erlauchten Perſonen der Hausgeſchmuck und die Silberkammer zum Geſchlechtsfideikommiſſe gehören, und unveräuſſerlich ſind.

1) Knorre in den rechtl. Anmerkungen S. 299. ff. Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge, B. I. S. 69.

517.

Rechtsverſchiedenheit.

Außerdem beſteht gerade die Rechtsverſchiedenheit zwiſchen beweglichem und unbeweglichem Gute darinn, daß jenes, wenn es auch gleich ererbt iſt, willkührlich veräußert werden kan, und daß beide Gattungen nach verſchiedenem Erbrechte behandelt werden 1).

1) *Io. Car. Henr. Dreyer* de reſtricta facultate bona hereditaria alienandi ad hereditaria bona mobilia non pertinente Jure Germ. Holſat. et Lub. Kil. 1750. Mein Verſuch über die Geſch. d. teutſch. Erbf. a. a. O. S. 68. 69.

518.

518.
Einzelnheiten, Gemeinſchaften.

In Betracht der Anzahl werden die Sachen eingetheilt in Einzele, die nur für ſich allein und einzig ſind, und Gemeinheiten oder Gemeinſchaften, die mehrere Sachen unter ſich begreifen, als die Beſtandtheile eines Ganzen, oder mehrere einzele Dinge, die miteinander ein Ganzes ausmachen. Es gelten hier die lateiniſchen Rechtsregeln: Surrogatum ſapit naturam ſurrogati, und Res ſuccedit in locum pretii et pretium in locum rei 1).

1) *Io. Schulz a Szulecki* de pretio ſuccedente in locum rei ſingularis. Francof. ad Viadr. 1701.

519.
Theilbare, untheilbare Sachen.

Eine einzele Sache kan entweder ihrer Natur nach bald aus gänzlicher Unmöglichkeit, und bald weil ihr Weſen dadurch zerſtört würde 1), nicht getheilt werden, oder dieſes verbieten bloß die Geſeze. Im erſten Falle iſt ſie natürlich, und im leztern bürgerlich untheilbar 2), dahingegen wenn dieſe Hinderniſſe nicht vorhanden ſind, ſie theilbar genannt wird 3). Das teutſche Recht macht von dem Römiſchen darinn einen Abfall, daß viele Gemeinſchaften untheilbar ſind.

1) wie bey adelichen Ritterſizen. Von Rohr Haushaltungsrecht B. III. c. 5. §. 14.

2) *Aug. Hoffmann* de jure rerum indiuiduarum. Hal. 1701.

3) *Eguin*

3) *Eguin. Baro* de jure rerum diuiduarum et indiuiduarum. Venet. 1576.

Polyd. Ripa de diuiduis et indiuiduis. Venet. 1610.

Car. Molinaei Exercitatio labyrinthi diuidui et indiuidui. Lugd. 1562.

Aug. Bened. Carpzov Diſſ. de jure diuidui et indiuidui circa perſonas, res et actiones. Lipſ. 1670.

520.

Hauptſachen. Nebenſachen.

Alles, was nicht mit einer andern Sache des beſtändigen Gebrauchs wegen verbunden iſt, wird eine Hauptſache genennt. Dahingegen die Nebenſachen mit einer andern Sache dergeſtalt verknüpft ſind, daß die Abſonderung entweder gar unmöglich wird, oder wenigſtens ohne Nachtheil nicht vorgenommen werden kan, oder daß dieſe ohne jene den beſtimmten Nuzen nicht gewähren, oder dieſelbe bloß der verbundenen Sache nüzlich ſeyn kan 1). Derlei Nebenſachen heiſen, wenn die Verbindung von Menſchen vorgenommen worden, Pertinenzen, Zubehörungen 2), wenn es aber durch die Natur, oder durch den Zufall geſchehen iſt, Anhänge, Zulagen. Daher ſie in weſentliche, natürliche und zufällige abgetheilt werden 3), wozu noch die Zugehörungen der Pertinenzen kommen.

1) Pfandbrief Kurfürſt Adolfs von Mainz an Kurpfalz von 1463. in Meiern Weſtphäl. Friedenshandl. Th. IV. S. 363.

2) *Ge. Fr. Mueg* Diſſ. de pertinentiis. Arg. 1671. Eſtors kl. Schriften B. II. S. 712. *Leyſer* Spec. 100. 101.

3) Hommels Pertinenz- u. Erbſonderungsregiſter S. 8.

521.

521.

Rechtswirkungen.

Weder die bloße Beſtimmung, noch die bloße Verknüpfung, noch der Samtkauf, noch der Mitbeſiz 1) bewirken Zugehörungen 2). Wenn die Hauptſache eine beſondere Eigenſchaft hat, ſo theilt ſich dieſelbe der Nebenſache nicht mit. Als Pertinenzen können manchmal bewegliche Sachen bürgerlich unbeweglich werden 3).

1) Strubens Bedenk. n. 75. S. 181.

2) *Al. Henr. Kraut* de jure pertinentiarum. Frcf. 1675. *Io. Henr. de Berger* de jure rerum pertinentiarum. Vit. 1687.

3) Eſtor Th. I. §. 1614. 1615. Th. III. §. 1613.

522.

Kennzeichen der Pertinenzen.

Daher auch die bloße Zuſchreibung einer Sache zur andern in den Erbregiſtern, Lager-Zins- und Steuerbüchern noch keine Zubehörung beweiſt 1), ſondern zu dem Ende erforderlich iſt, daß es ausdrücklich als Pertinenzen geſchehen ſeyn muß 2), gleichwie überhaupt eine deutliche Willenserklärung deshalb verlangt wird 3). Denn ſie werden außer in wenigen Fällen niemals vermuthet, und müſſen alſo jederzeit erwieſen ſeyn 4).

1) *Engelbrecht* Obſ. 72. p. 391. Struben a. a. O.

2) Wolfenbütt. Verordn. vom 15. Jenner 1712. und 8. Jul. 1737. ap. *Kreſs* in diff. Jur. Comm. et Brunſw. p. 83.

3)

3) *Ludolff* Symph. Jur. Camer. Vol. I. Conſ. 5. Struben a. a. O. n. 43. S. 110.

4) *Sam. Stryk* Diſſert. de probatione pertinentiarum. Francof. ad Viadr. 1688.

II. Abſaz.

Eintheilung der Sachen nach ihren Eigenthumsarten.

523.

Abweichung des teutſchen vom römiſchen Recht.

Nirgend zeigt ſich eine größere Verſchiedenheit des Römiſchen vom teutſchen Rechte, als in der Lehre von den Sachen nach der Verſchiedenheit des Eigenthums 1), und die römiſchen Lehrſäze über dieſe Materie ſind in Teutſchland ganz unbrauchbar.

1) *H. E. Keſtner* de ſingularibus quibusdam Germanorum circa perſonas et res juribus in Jure Rom. aut parcius aut plane non tractatis. Rint. 1720.

524.

Verzeichnis.

Die hieher gehörigen Sachen ſind Kirchen=, Geiſtliche, Staatseigenthums=, Gemeinheits=, Privat=, herrenloſe, verlaſſene Sachen.

525.

Göttliche Sachen bey den heidniſchen Teutſchen.

Schon als Heiden waren die Teutſchen gewohnt, gewiſſe Wälder, Haine genannt, Hügel, Quellen, Gräber, Felſen, Altäre, Seen und Weiher Gott zu wied=

wiedmen, und ſie von aller menſchlichen Gewalt und Bothmäſſigkeit zu entledigen 1). Der Kanzler von Selchow 2) verrieth daher keinen geringen Grad von Unwiſſenheit, wenn er behauptete, daß den alten Teutſchen die Abtheilung der Sachen nach göttlichem und menſchlichem Rechte unbekant geweſen wäre 3). Nur die dreyfache römiſche Abtheilung in Sacras, Religioſas et Diis manibus Sanctas kannten ſie nicht 4).

1) *Cleffel* Ant. Germ. pot. Sept. p. 413. 419. 438.

Dreyer vom Nuzen der heidniſchen Gottesgelehrtheit zu Aufklärung der teutſchen Alterthümer und Rechte, in den Verm. Abhandl. Th. II. S. 316.

Stiſſer Forſt- und Jagdhiſtorie der Teutſchen S. 499.

Weſtphalen in praefat. Tom. I. Mon. rer. Cimbr. et Megapol. p. 52.

2) El. Jur. Germ. §. 525.

3) *Diet. Herm. Kemmerich* de natura et vſu diuiſionis rerum in res diuini et humani juris, illarumque in ſacras, religioſas et ſanctas. Vit. 1739.

4) *Gundling* in Prot. Dig. L. I. tit. 8. p. 102.

526.
Chriſtliche Nachahmung.

Gleich einer Menge anderer Einrichtungen wurde auch dieſe Verfaſſung auf die chriſtliche Religion übertragen, und wir ſehen im Mittelalter eine Reihe Urkunden, worinnen die Güter und Sachen, mit Befreyung von aller weltlichen Gewalt und Bothmäſſigkeit, ſelbſt mit Abſonderung von aller Abhängigkeit

von Engeln und Heiligen, Gott und ſeiner Kirche unmittelbar geſchenkt und übergeben werden.

527.

Geiſtliche Sachen nach Kanoniſchem Rechte.

Daher rühren die uns heutzutage ausſchweifend ſcheinenden Lehrſäze der Kanoniſten 1), daß alle Sachen, wodurch der Zweck der Kirche erreicht und befördert würde, Kirchenſachen, und dieſe entweder geiſtlich oder zeitlich oder gemiſcht wären. Jene, als Gottes Wort und die Sacramente, dienten dem Geiſte, und wären zum Seelenheile beſtimmt; dieſe, welche ſich in geweihte, heilige und Kirchenſachen abtheilten, wären mehr des Körperlichen wegen zum Kirchendienſte und zum Gebrauche der Diener Gottes erworben. Die gemiſchten Dinge hätten auch eine gemiſchte Natur von geiſtlichem und zeitlichem angenommen. Bey geweihten Sachen wäre das kirchliche Erwerbungsmittel die prieſterliche Weihung, bey heiligen die Einſegnung, und bey den Kirchengütern die Beſtimmung das kirchliche Erwerbungsmittel.

1) *Schmidt* principia Jurisprud. Eccl. Pont. C. II. §. 73. 74. *Pertſch* El. Jur. Can. et Prot. Eccl. L. II. tit. 2. §. 601. 602.

528.

Kirchengut.

Wenigſtens iſt ſoviel gewiß, daß nach Kanoniſchem Rechte die Kirchengüter, weil ſie Gott angehörten 1), und ihm gewiedmet wären 2), zu veräußern verboten iſt 3), und ſich die Veräuſſerer, wenn es nicht im höchſten Nothfalle und auf Bewilligung der Kapitel

tel und des Konvents eines Kirchenraubs ſchuldig machten 4).

1) c. 3. C. 12. qu. 1.

2) c. 3. X. de rer. permut.

3) c. 5. X. de rebus Eccl. al. vel non.

4) c. 5. C. 17. qu. 4. et *Boehmer* in Jure Eccl. Prot. Tom. V. L. V. tit. 17. §. 110.

529.

Vogteyeigenthum der Kirchengüter.

Kirchengüter ſind alſo in Gottes und der Kirche Eigenthum. Allein dieſes Eigenthumsrecht war nach der Verfaſſung des Mittelalters nicht vollſtändig, ſondern ein Untereigenthumsrecht, indem dem Staate kraft ſeiner Vogteygerechtigkeit das Obereigenthum darüber zuſtand.

530.

Proteſtantiſche Beſtimmung der geiſtlichen Sachen.

Nach Proteſtantiſchen Grundſäzen ſind geiſtliche Sachen ſolche Dinge, die ſich im Eigenthume der Kirche als einer Gemeinde befinden 1).

1) *Pertſch* cit. l. §. 605. p. 367. *Schoepff* Vol. VIII. Conſil. 17. n. 64. *Piſtorius* in Amoen. Hiſt. Pol. Jur. P. I. p. 50. et in praefat. ad P. III. et IV.

531.

Kirchſtühle.

Eigentlich gehört den Kirchen ſelbſt das Eigenthum ihrer Kirchenſtühle, und die Privatperſonen erlangen daran nur den Gebrauch 1), wovon ſie auſſer

der Ablöſung bey Sterbfällen 2) manchmal noch auſſerordentliche Abgaben leiſten müſſen 3). Nur an wenigen Orten werden Kirchſtühle das Eigenthum der Privatperſonen, und ſind dem Näherrechte unterworfen 4). Im Preußiſchen übt der Magiſtrat darüber eine Gerichtsbarkeit aus 5).

1) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 85. 89. 106. 148. 202. 207. T. V. Abth. V. p 229. T. VI. Abth. I. p. 306. C. C. Magdeb. P. I. n. 15. 18. 47. P. V. p. 14. Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. tit. 6. Abſch. 10. §. 502. 503. 504. 505. 506. Eſtor Th. I. §. 1052. Th. III. §. 1052. *Schoepff* Vol. IX. Conſ. 26. n. 100. p. 282.

2) I. *A. Hoffmann* de retr. praecipue ſecundum Stat. Lind. §. 21.

3) *Caſp. Henr. Horn* Obſ. J. Eccl. circa jura Patronatus Subſelliorum in templis et ſepultura. Vit. 1714.

Engelbrecht obſ. 80. p. 462. 463.

4) *Pufendorf* T. I. obſ. 133. §. 8.

5) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 364. 408. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1270.

532.

Befriedete Sachen.

Alle Sachen, die ſich im Eigenthume des Staats, der Kirche oder der Gemeinheiten befinden, und zum öffentlichen Gebrauche beſtimmt worden, ſind befriedet 1), wovon oben §. 217. ff. gehandelt worden iſt.

1) Eſtor Th. I. §. 1046. 1047. 1048. Th. III. §. 1046. 1047.

Io. Henr. Boetticher de rebus ſanctis. Helmſt. 1685.

533.

533.

Allgemeine Sachen.

Was die Römer allgemeine Sachen, deren Gebrauch allen Menſchen freyſtehet 1), nennen, das ſind in Teutſchland Staatseigenthumsſachen, als die Luft, das Waſſer, und das Meer, in ſo fern lezteres mit Schiffen beſezt und mit Kanonen beſtrichen werden kan.

1) §. 1. Inſt. de rer. diuiſ. L. 1. §. 2. D. de rer. diuiſ.

534.

Staatseigenthumsſachen.

Sonſt ſind die teutſchen Staatseigenthumsſachen ebendieſelbe, wie bey den Römern 1), als Flüſſe, Ströhme, Seeufer und Küſten, Strand, Seehafen, große Seen, Wälder u. ſ. w.

1) §. 1. Inſt. de rer. diuiſ.

535.

Gemeindsſachen.

Von den Gemeindsgütern und Sachen, Allmanden, Gemeinheiten u. ſ. w. wovon das Eigenthum ganzen bürgerlichen Geſellſchaften, als Städten, Dörfern, Stiftern, Klöſtern und dergl. angehört 1), habe ich ſchon gehandelt 2). B. I. §. 954. 1099.

1) L. 6. §. 1. D. de rer. diuiſ. Eſtor Th. I. §. 1061.

2) *Nicol. Loſſaeus* de jure Vniuerſitatis. Colon. 1693.
Traité Polit. et Oeconom. des Communes. Paris 1770.

Von Boecklin auf Boecklinsau Betrachtungen über die ſogenannten Allmenden oder Gemeindegüter. Frankfurt am M. 1776.

536.

Privatſachen.

Privatſachen ſind ſolche Dinge, deren Eigenthum weder dem Staate noch einem Landesherrn als ſolchem zuſteht. Sie können daher in landesherrliche und unterthanſchaftliche Privateigenthumsſachen abgetheilt werden.

537.

Herrenloſe Sachen.

Wir haben nach der Regel in Teutſchland keine res nullius, Adeſpota oder herrenloſe Sachen, wie die Römer 1), und die Vermiſchung des lateiniſchen Ausdrucks mit den teutſchen Rechtsſäzen hat bloß Gelegenheit zu Wortſpielen gegeben 2). Denn da urſprünglich die ganze Staatsbürgerſchaft das Territorium mit allen darinn befindlichen Sachen als ein Samteigenthum erworben, und hernach nur einen Theil davon als Privateigenthum den Gliedern eingeräumt, das Uebrige aber ſich ſelbſt vorbehalten hat, ferner alles Privateigenthum zuſammen ein Samteigenthum des Staats iſt, ſo gilt heutzutage die Regel, daß alles, wozu ſich Niemand als Privateigenthümer legitimiren kan, dem Staate angehört, und von ihm in Beſiz genommen werden kan 3).

1) L. 1. pr. D. de rer. diuiſ.

2) *Dan. Nettelbladt* Theoria generalis doctrinae de jure in re, quae eſt res Nullius. Hal. 1779.

3) *Aug. a Leyſer* in Specim. 443. *Grotius* de J. Belli ac Pac. L. II. c. 8. §. 7.

Io. Ioach. Schoepffer Diſſ. de jure principis circa adeſpota. Roſt. 1705.

Car. Frid. Pauli Diſſ. de jure principis circa res nullius in genere, et in ſpecie Regis Boruſſorum circa res nullius in Boruſſia. Hal. 1747.

538.

Verlaſſene Sachen.

Das teutſche Recht weicht ſo weit vom Römiſchen ab, daß ſelbſt eine vom Privateigenthümer verlaſſene und aufgegebene Sache nicht das Eigenthum desjenigen wird, der ſich ihr zuerſt bemächtiget hat, ſondern ebenfalls dem Staate angehört, und kan man den Fall, wo ein Schiff auf dem Ozeane verlaſſen, und von einem Andern ergriffen wird 1), nicht als Ausnahme von der Regel betrachten; denn ſeine eigenthümliche Erwerbung beruht auf dem Natur= und Völkerrechte, und fällt gleich weg, wenn deſſen Entſchlagung in ſolchen Gewäſſern geſchehen iſt, wo ein Staat das Eigenthumsrecht beſizt.

1) *Haiko Hayckens* de derelicto, in ſpecie de naui in mari glaciali naufragio rupta a vectoribus abdicata et ab alio inuenta. Franecker. 1747.

539.
Schäze.

Wenn verborgene und vergrabene Schäze 1) gefunden werden, ſo kömmt es darauf an, ob es auf dem Staatseigenthume oder auf dem Privatgrundeigenthume geſchehen iſt. In beiden Fällen gehören ſie dem Staate oder der Kammer, aus Gründen, die beym Bergrechte vorkommen 2). Hat ſich die Ereigniß aber in einem Hauſe oder bey beweglichen Sachen zugetragen, dann würde ich die Rechtsfrage nach dem Römiſchen Rechte entſcheiden 3), weil die Statutariſche Geſezgebung 4) hierüber ſelten Auskunft gibt. Selchow 5) glaubt, eine avthentiſche Erklärung des Sachſenſpiegels wäre in der Kurſächſiſchen Landsordnung enthalten. Eine Behauptung, die uns eine jämmerliche Vorſtellung von ſeinen literariſchen und hiſtoriſchen Kenntniſſen machen läßt.

1) *Caſp. Ach. Beck* Progr. de hiſtoria et fatis doctrinae de theſauris. Ien. 1729.

Caſp. Bitſch tractatus de Theſauris. Norib. 1674.

Ge. Strauſs de jure priuatorum circa theſauros. Viteb. 1668.

Io. Henr. Felz de jure theſaurorum. Argent. 1701.

Iac. Aug. Franckenſtein de eo, quod juſtum eſt circa theſauros. Lipſ. 1727.

2) II. feud. 26. Sächſ. Landr. B. I. Art. 35. Jütiſch Lowbok B. II. Art. 113. Rohrs Haushaltungsrecht B. X. C. 4. §. 3. *Chr. Ge. Goll* Diſſ. an theſauri Jure Germ.

Germ. hodierno Regalibus Fiſci annumerandi ſint. Alt. 1754.

3) *Leyſer* Spec. 442. med. 2. *Wernher* P. VI. obſ. 322. P. VIII. obſ. 411. *Horn* Cl. V. Reſp. 9. Ludewig gel. Anz. Th. I. S. 759. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. X. c. 4. S. 1497. ff.

4) Sächſ. L. O. P. II. c. 53. Mühlhäuſ. Stat. B. III. Art. 95. Wormſ. Ref. L. VI. P. II. tit. 21. Nürnb. Ref. tit. 25. L. 1. Oberöſt. L. G. O. Art. 4. §. 1. Conſt. Nov. Sax. P. II. Conſt. 53.

5) El. Jur. Germ. §. 534. not. 2).

540.

Fortſezung.

Nach dem Römiſchen Rechte gehört der auf eigenem Grunde gefundene Schaz als Zulage dem Eigenthümer. Wenn er auf des andern Eigenthume geſucht worden, ſo verfällt er zur Strafe für den Finder an den Eigenthümer der Sache. Hat er ſich aber ihm ungefehr gezeigt, ſo gehört er ihm zur Helfte und die andere Helfte jenem Eigenthümer 1).

1) Von Rohr a. a. O. C. IV. §. 1. 4.

541.

Preußiſches Recht.

Das Preußiſche Recht giebt in den Statuten 1), ebenfalls keine gleiche und deutliche Beſtimmung wem die gefundene Schäze zugehören ſollen.

1) Proj. Corp. Frid. P. II. L. II. tit. 1. Art. 10. Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 293. Kulm. Recht S. 105.

542.

Beſondere Rechtsfälle.

Die Schäze, die ſich der Privateigenthümer zueignen darf, gehören bey zertheiltem Nuz- und Obereigenthume, dem Nuzeigenthümer, folglich dem Vaſallen und Erbzinsmanne. Weil ſie aber keine Nuzungen des Guts, ſondern deſſen Zulage ſind, ſo darf ſich der Nuznieſſer daran eben ſo wenig einen Antheil anmaßen, als der Pfandinnhaber 1).

1) Von Rohr am a. O. §. 4. 5. 6. S. 1499.

543.

Dergleichen.

Der Finder eines Schazes kan bey ungewiſſer Größe deſſelben zum Eide genöthiget, und bey einer Vorenthaltung ad Intereſſe belangt werden. Mehrere Theilhaber des Orts, wo er gefunden worden, können auf deſſen Theilung dringen 1).

1) Von Rohr §. 8. S. 1501.

544.

Rechtliche Kennzeichen eines Schazes.

Ein Schaz muß ſchlechterdings eine verlaſſene Sache ſeyn, deſſen Eigenthümer nicht mehr auszuforſchen iſt. Daher, wer eine bloß heimlich verwahrte, vergrabene und verborgene Sache findet, muß es dem

Ei-

Eigenthümer wieder zurückſtellen, und iſt ihm zur Zeit der Aufhebung derſelbe ſchon bekannt geweſen, ſo wird er als ein Dieb beſtraft 1).

1) Von Rohr §. 2. 9. S. 1498. 1503.

545.

Einleitung.

Nachdem wir nun die allgemeine Abtheilung der Sachen, die zum großen Staatsvermögen gehören, auseinander geſezt haben, ſo iſt nöthig, zu den beſondern Unterabtheilungen, die ebenfalls theils aus der verſchiedenen Beſchaffenheit und theils aus den verſchiedenen Eigenthumsrechten der Beſizer entſpringen, überzugehen, und die daraus hergeleiteten Rechte und Verbindlichkeiten zu entwickeln. Natürlich müſſen wir mit der nähern Rechtsbeſchreibung der Staatseigenthumsſachen den Anfang machen, und darauf die Gattungen der Privatſachen folgen laſſen.

546.

Vorerinnerung.

Es ſolten zwar hier die Gattungen der unbeweglichen und beweglichen Güter wiederum voneinander abgeſondert werden, und jene dieſen vorgehen. Allein die nach meiner Abſicht geſchehene Vereinigung des Kameralrechts mit dem Wirthſchaftsrechte läßt dieſe Abſonderung nicht zu.

Zwei=

Zweites Hauptſtück.
Staatseigenthumsrecht.

547.
Urſprung und Quellen.

Das Staatseigenthum hat einen dreyfachen Urſprung: I. die erſte Vertheilung unter der Staatsbürgerſchaft, wo nur das baubare Feld ihnen angewieſen und zugetheilt worden iſt, die übrigen Wildniſſe, Wüſteneyen, Einöden, Felſen, Wälder, Ströhme, Landſeen, Seeküſten, die nicht füglich von Privatperſonen gebraucht und benuzt werden konnten, aber ſich der Staat vorbehielt. II. die Nothwendigkeit gewiſſer Sachen für die geſammte Staatsbürgerſchaft, als die Luft, das Waſſer, die Heerſtraſſen. III. die Beſchaffenheit der erſten Naztonaltheilung, wo nur die Oberfläche des Erdſtrichs zum Behuf der Landwirthſchaft denen Staatsgliedern zugetheilt worden iſt, und ſich der Staat den Schooß der Erde ſelbſt vorbehalten hat.

548.
Staatsſervitut.

Die Staatseigenthumsrechte, die der Landesherr auf fremden Territorien beſizt 1), heißen Staatsſervituten 2), und ſchließen faſt eben dieſelben Rechte und Verbindlichkeiten in ſich, wie die Privatdienſtbarkeiten. Jedoch ſind es ſehr oft einzele Hoheitsrechte und des=

Gerechtigkeiten, die man bereits vor entſtandener Landeshoheit beſeſſen oder erworben hatte 3).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de jure principis extra territorium. Francof. ad Viadr. 1674.

2) *Ph. Iac. Elwert* de ſeruitutibus, ſeu juribus in alieno territorio quaeſitis. Arg. 1674.

Henr. Artopoeus de Juris Publici ſeruitutibus et quaſi in genere. Argent. 1689.

Io. Henr. Felz de ſeruitutibus Juris Publici, ſiue de juribus in alieno territorio. Argent. 1701.

Io. Conr. Engelbrecht de ſeruitutibus Juris Publici cum praefat. *Chr. Gottl. Buderi*. Ien. 1739

3) *Ioach. Erdm. Schmidt* Diſſ. de ſeruitutibus Jur. Publ. *falſo* nomine ſic appellatis. Ien. 1764.

549.
Luftrecht.

Nach dem germaniſchen Rechte iſt die Luft ein Staatseigenthum 1). Daher ohne landesherrliche Verwilligung Niemand eine Windmühle 2) anlegen darf 3). Man rechnet ſie unter die unbeweglichen Sachen 4), und übt zuweilen dabey das Näherrecht aus 5). Sie werden zu Lehen gegeben 6), und die Kammer empfängt davon verſchiedene Einkünfte.

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de jure principis aërio.

2) *Io. Frid. Hertel* Diſſ. de molendinis pnevmaticis.

3) *Koeppen* Deciſ. 20. n. 4. *Schepliz* in Conſuet. March. Brand. P. II. tit 23. §. 1. n. 5. *Boehmer* T. III. P. II. Conſ. 6. n. 3. p. 6.

4) *Pu-*

4) *Pufendorf* T. I. obſ. 40. §. 3. p. 141. Von Rohr Haushaltungsrecht B. IV. c. 11. §. 2. 3.

5) *Scherz* de Molit. qu. 7. p. 27.

6) *Stryk* Conſ. 216. n. 9. p. 313. Conſ. 234. p. 356.

550.

Neubruch.

Dem Landesherrn gehört heutzutage alles wüſte Feld, die öden Pläze, Tanger, Egarde, Heiden, Lehden, Wüſteneyen, Einöden, Moräſte, Brücher, wüſte Hufen 1), Sümpfe ꝛc. ausgenommen es befände ſich auf der Gemeinds- oder Erbgerichtsmarkung, oder wäre vom Eigenthümer noch nicht verlaſſen 2). Wer daher dergleichen Erdſtriche anbauen, umbrechen, anpflanzen und benuzen will, der muß darüber von der Kammer die Erlaubnis erhalten haben 3), wofür er ſogleich ein gewiſſes Conceſſionsgeld zu bezahlen, und jährlich entweder den 10ten Theil der Erzeugniſſe, oder einen gewiſſen Kanon, Grund- Erbbeſtand- und Boden- Heller- Zins, Grundhauer, Erbgrundpacht für den Genuß des landesherrlichen Eigenthums entrichten muß 4). Manchmal wird dem Beſizer das Gut zum Nuzeigenthume verliehen, oder wenigſtens zu Erbpacht überlaſſen 5). Die Güter heißen Novalien, Neubrüche, Neugereuthe 6), Rottgüter 7), und die Naturalabgabe Noval- oder Rottzehenden, der aber, wie unten beym Zehendrechte gezeigt werden wird, von gedoppelter Beſchaffenheit iſt.

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de agris deſertis, von wüſten Hufen.

2)

2) *Schepliz* in Conſuet. Brandenburg. P. IV. tit. 19. *Valaſcus* de jure Emphyt. Qu. VIII. concl. 4. n. 38. *Oettinger* de jure et controv. limit. L. I. c. 10. n. 13. 15. p. 157. 169. 170 171. *Strube* de jure Vill. c. III. §. 10. p. 82. *Pufendorf* T. I. p. 555.

3) *Oettinger* cit. l. n. 16. p. 158.

4) Wirtemb. Kommunordn. K. III. Abſchn. 4. § 1. 2. 3. K. VI. Abſch. 1. §. 1. 2. *Oettinger* ibid. et pag. 173 Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. XXXVI. Abhandl. III. S. 14. Eſtor Th. III. §. 1935. *Leyſer* Vol. VII. Specim. 443. med. 1.

5) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 5. §. 4. S 581. *Io. Gottfr. Krauſe* Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa praedia deſerta. Vit. 1724.

6) *Zaſius* T. VI. Conſil. 11. L. II. n. 22. *Oettinger* n. 7. S 156. 167.

7) *Henr. B. Roth* de agris Noualibus Ien. 1687. *Marc. Tob. Neubronner* de Noualibus. Argent. 1654. *Suevus* Diſſ. de Noualibus.

551.

Herrenloſigkeit.

Weil urſprünglich wenigſtens bey unbeweglichen Sachen alles Privateigenthum aus dem Staatseigenthume entſprungen iſt, ſo gilt deswegen die Regel, daß alles, was ſich heutzutage nicht im Privateigenthume befindet, dem Staate angehört, welcher ſich daher alle herrenloſe Güter und Sachen zueignet. §. 537.

552.

Umfang des Staatseigenthums.

Es umfaßt das Staatseigenthumsrecht alle Gehölze, Wildniſſe, Jagdbezirke, alle Ländereyen und Erdſtriche, alle Inſeln, Ufer und Geſtade, ſie mögen baubar oder wüſte ſeyn, die nicht ein Eigenthum der Unterthanen, alles flieſſende, ſtehende und Quellwaſſer, das ganze Mineralreich. Ueberhaupt alles, was ſich im Schooße der Erde erzeugt 1), oder ſonſt irgendwo befindet, und zu deſſen Eigenthume ſich keine Privatperſon legitimiren kan.

1) *Sam. Stryk* Diſſert. de jure principis ſubterraneo. Francof. ad Viadr. 1685.

553.

Staatseigenthumsregalien.

Da ſich durch die Staatsveränderungen die Landesherren dieſes Samteigenthum der Staatsbürgerſchaft erworben haben, ſo nennt man jezo die landesherrliche Befugnis, dieſe Sachen ſich zuzueignen, darüber zu gebahren, ſie zu benuzen und zu gebrauchen, die Staatseigenthumsregalien, die ſich in Waſſerrecht, Bergrecht, Forſtrecht, Straßenrecht, Domainenrecht abtheilen.

I. Abſchnitt.
Straßenrecht.

554.
Literatur.

Io. Conr. Schramm tract. hiſt. jurid. Saxonia monumentis viarum illuſtrata, hoc eſt, de ſtatuis mercurialibus, columnis brachiatis ac milliaribus de angariis et perangariis, poſtarum origine, viis publicis, milliaribus. Vit. 1726.

Io. Volckm. Bechmann Diſſ. de jure viarum. Ien. 1670.

Chr. Ern. Reichenbach Diſſ. de regali viarum publicarum jure. Francof. 1679. in *Cocceji* Exercit. T. I. n. 34. p. 375.

Gebh. Chr. Baſtineller de jure viarum publicarum. Hal. 1704.

Ahaſv. Fritſch de regali viarum publicarum jure. int. opp. T. I. P. I. n. 14.

Straſſer de juribus viarum publicarum. Arg. 1738.

Ph. Fr. Müller de via publica et juribus eid. adnexis. Helmſt. 1676.

Car. Ott. Thylius de jure viarum publicarum. Heid. 1725.

Enoch. Glaeſſer Diſſ. de via publica, von freyer Land- und Heerſtraſſe. Helmſt. 1661.

Aug. a Leyſer Diſſ. de via Regia, Landſtraſſe Luſatiae ſuperioris. Vit. 1732.

Io. Schackii Diſſ. de jure in platea, Dorfſtraſſengerechtigkeit, Ien. 1744.

Io. Bernh. Frieſe de jure Semitarum. Ien. 1711.

555.

Erklärung.

Das Straßenrecht iſt die landesherrliche Befugnis alle öffentliche Land- und Heerſtraßen ſich zuzueignen, darüber zu diſponiren, ſie ſelbſt zu benuzen, oder andern den Gebrauch davon entweder umſonſt, oder gegen gewiſſe Abgaben zu überlaſſen.

556.

Straßenregal.

Das Straßenrecht, als ein Theil des Staatseigenthums oder als Regal betrachtet 1), hat bloß die großen Reichs- Poſt- und Heerſtraßen, desgleichen die Chauſſeen, Landſtraßen und Herrſchaftwege zum Gegenſtand, beziehet ſich alſo keineswegs auf Dorfſtraßen, Feldwege, Weidgänge, Viehtrieb, Fußſteige, Heuwege, Reine, Anwänder, als welche das Eigenthum der Gemeinden und der Gutsbeſizer, oder Privatdienſtbarkeiten ſeyn können 2).

1) II. feud 56. Litt. Inveſt. de 1258. ap. *Leibnit.* Cod. J. G. Dipl. p 19. Capit. Dagob. R. tit. 9 Pippini R. R. c. 20. Car. M. c. 253. Lud. Pii c. 20. 80.

2) Von Rohr B. III. c. 7. §. 8. S. 473.

557.

Abtheilung der Wege und Straßen.

Man theilt daher die Wege überhaupt in öffentliche und Privatwege, desgleichen in Fahrwege und Fußſteige, in Steindämme und ordentliche Wege ein. Die öffentlichen ſind entweder Landſtraßen oder gemeine Wege, und die Privatwege entweder Herrſchaftwege, oder Holz= Heu= und Feldwege 1).

1) Eſtor Th. I. §. 2014. 2016.

558.

Preußiſche Rechtsquellen.

Es ſind dieſelbe auſſer einer Anzahl Reſcripte und Edikte hauptſächlich das Wegereglement für Pommern, Lauenburg und Bütow vom 25. Jun. 1752. 1) dergleichen für Oſtfriesland und Harlingerland vom 25. Februar 1754. 2) Kurmärkiſches Straßen= und Wegebeſſerungsreglement vom 23. Merz 1764. 3) Wegereglement für Geldern vom 14. September 1764. 4) für Oſtpreußen vom 24. Jun. 1764 5), Deklarationsreſcript vom 3. October 1767. 6) Erneuertes Wegereglement für Cleve vom 2. Februar 1768. 7) Landſtraßen= und Wegeordnung für Halberſtadt vom 19 November 1769. 8) Man hat auch ein Edikt von 1669. wegen der Wegebeſſerung 9). Schleſiſches Patent der überall auszubeſſernden Wege vom 14. Februar 1741. 10) Umlauf wegen Verbeſſerung der Wege, Straßen und Brücken vom 23 May 1766. 11) Landſtraßen= und Wege=

geреglement für Schleſien und Glaz vom 11. Jenner 1767. 12). Rechte des Fehrdamms zu Fehrbellin von 1645. und verbeſſert 1680 13). Erneuerte und verbeſſerte Dammordnung für die Weichſeldämme, in der Marienwerder Niederung vom 30. Merz 1755. 14).

1) C. C. March. Nov. Tom. I. p. 335.

2) ibid. pag. 637.

3) cit. l. Tom. III. p. .

4) pag. 467. 5) pag. 435.

6) Tom. IV. p. 981.

7) pag. 2031. 8) pag. 6241.

9) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 513.

10) in der Korn. Samml. B. I. S. 32. n. 13.

11) a. a. O. B. IX. S. 143. n. 43.

12) B. X. S. 2.

13) in C. C. March. T. IV. Abth. II. c. 4. n. 5. p. 199; mit 46 Beylagen p. 214.

14) C. C. March. Nov. T. I. n. 28. p. 787.

559.

Meilenrecht.

Der Landesherr kan die Größe der Meilen beſtimmen, Meilenzeiger, Wegweiſer 1), Wegſäulen anordnen u. ſ. w. 2). Es giebt in Sachſen und Niederteutſchland viererlei Meilen. Die große und alte von 60. Morgen (Gewende) oder 3600. Ruthen oder 27000. Ellen 3); die Jagdmeile von 21. Tuchlängen

oder

oder 11025. Ellen, die Auguſtiſche von 1500. Ruthen oder 12000. Dresdner Ellen 4), und die Stadtmeile von 2000. Ruthen oder 16000. Dresdner Ellen. Die leztere Gattung gilt hauptſächlich bey der Städtiſchen Bierzwangsgerechtigkeit 5), und iſt dergeſtalt von den geſchwohrnen Kurſächſiſchen Feldmeſſern vermeſſen worden. An andern Orten aber iſt man bey der Altſächſiſchen Beſtimmung geblieben, und nimmt jedes Orts Elle zum Maaßſtabe 6). Im Reiche und in Oberteutſchland ſind die Meilen ebenfalls ſehr verſchieden und durchgehends größer 7). Man theilt ſie in die geſezlichen und gemeinen ein 8), und braucht ihre Beſtimmung in Rechten bey den Austrägen, Vorladungen 9), Tagreiſen, Frohndienſten, Zwangsrechten, Bothenlohn, Handwerks= und Poſtweſen 10).

1) C. C. March. T. VI Abth. II. p. 23. 129. 130. Patent vom 22. Jul. 1755. in der Schleſ. Samml. B. VI. S. 116. n. 20.

2) *Dietr. Herm. Kemmerich* de origine et jure ſtatuarum Mercurialium et columnarum milliarium. Sect. II. §. 13.

3) Gloſſe zum Sachſenrecht, B. III. Art. 66. Leipziger Schöppenurthel hinterm Weichbilde, Bl. 161.

4) bey Rohr a. a. O. B. IX. C. 6. §. 38. 39. S. 1441. 1442.

5) Ge. *Marſmann* Metrologia et Miliologia. Ien. 1674. P. II. c. 8. p. 326.

6) Rohr §. 37. S. 1441. *Fleiſcher* in Inſt. Jur. feud. c. 9. §. 79.

7) Eſtor Th. I. §. 2149.

8) *Schramm* de Statuis Mercurial. c. III. §. 5. p. 116.

9) R. K. G. O. P. II. tit. 3. 5. §. 1.

10) Braunſchw. Lün. L. O. P. II. c. 2. p. 179. 487. 566. 567. 589. *Schramm* cit. l. §. 8.

560.
Chauſſeen.

Die Chauſſee iſt ein erhabener mit gehöriger Abdachung und Böſchung verſehener Weg durch eine niedrige, naſſe oder ſandigte Gegend. Sie erfordert eine Breite von 28. bis 30. Schuen im Lichte, ohne den Raum zur Strebemauer und den beiden tiefen Graben, die 3. Schue entfernt bleiben müſſen. Manchmal läßt man daneben noch einen Sommerweg. Die Grundlage macht man etwas tief mit großen Grund- oder Bruchſteinen, dann wird die Strebemauer aufgeführt, oder ſtatt derſelben ſehr oft große Steine ſo tief eingegraben, daß ſie das Uebergewicht behalten. Nun werden die Fugen der Grundſteine mit etwas kleinern ausgefüllt, und gleichſam gepflaſtert; dann kömmt eine mit zerſchlagenen blauen und eiſenfarbigen Steinen vermiſchte Lage von Schlacken und groben Kieſel, zulezt ein feſter Steinkummer von zerſchlagenen Kalk- und andern harten Steinen 1).

1) Eſtor Th. I. §. 2019. 2020. 2021. 2024. 2025. 2026.

561.

Dämme.

Dämme, lat. Pontes 1), ſind erhöhte, gepflaſterte und durch niedrige und moraſtige Gegenden gezogene Landſtraßen 2), die zuweilen auch zur Staunung des Binnenwaſſers und Befeſtigung des Ufers dienen 3). Es giebt beſonders beym Deichweſen Haupt- Fuhr- und Communicationsdämme 4).

1) *Tacit.* Ann. L. I. c. 63. *Hackmann* de jur. agger. c. 2. n. 64. p. 34. *Stryck* de jur. pont. c. 1. n. 8. p. 113.

2) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 343. 347.

3) C. C. March. Nov. T. I. p. 799.

4) ibid. T. VI. p. 1677. c. 14.

562.

Breite der Wege und Dämme.

Die Breite einer Landſtraße iſt ſo beſtimmt, daß ein Wagen dem andern auszuweichen vermag 1), wobey die Praxis noch einen Beyweg für den Fuhrmann geſtattet 2), überhaupt aber zur ganzen Breite 16. Fuß oder 2 Ruthen rechnet 3), und die römiſche Rechtsbeſtimmung verwirft 4), wenn anders nicht die Landesgeſeze und Gewohnheiten davon eine Ausnahme machen 5). Im Preußiſchen müſſen beſonders die Stein- Holz- und Sanddämme ſo breit gemacht werden, daß ſich 2. vierſpännige Wagen bequem ausweichen können 6), die allzubreiten müſſen verändert werden 7).

1) Sächſ. Lr. B. I. Art. 59.

2)

2) *Coler* Deciſ. 237. n. 4. C. C. March. Nov. T. III. p. 469. n. 3.

3) *Oettinger* de jur. et controv. limitum, L. I. c. 9. n. 2.

4) L. 8. D. de ſeruit. praed. ruſt.

5) Rohr Haushaltungsrecht, B. 11. C. 3. §. 1. S. 1578. Eſtor Th. 1. §. 2017. Th. 3. §. 2017.

6) C. C. March. Nov. T. III. p. 379. §. 3.

7) Samml. Schleſ. Ed. Ord. B. IX. Circulare vom 23. Sept. 1766. S. 227.

563.

Breite der Fußſteige.

Eben ſo wenig wird das Römiſche Recht 1) bey der Beſtimmung der Breite der Feldwege und der Fußſteige 2) beobachtet, ſondern man nimmt zu jenem 4. Fuß und zu dieſem 3. Fuß 3), oder 3 Werkſchue, jeden zu 16. Zoll.

1) L. 13. §. 1. 2. D. de ſervit. praed. ruſt.

2) Lex Bajuvar. tit. 9. cap. 13. 14. 15. Capit. L. V. c. 353. 354.

3) Sächſ. Weichbild, Art. 129. *Berger* in Oecon. Jur. L. II. tit. 3. §. 5. 6. 7

564.

Rechtliche Beſtimmung einer Landſtraße.

Eine Landſtraße iſt heutzutage eine ſolche Portion des Staatsgrundeigenthums, die von allem Privatrechte befreyt, zum gemeinen und unſchädlichen Durchzuge und Durchgange aus einer Gegend zur andern beſtimmt iſt.

565.

Plan.

Wir können bey der Auseinanderſezung des Straßenrechts die Rechte der Landesherrſchaft von den Rechten der Privatperſonen abſondern, und wiederum in jenem Falle die Zuſtändigkeiten über die bereits vorhandene und die Befugniſſe über die neue Anlegung der Wege beſonders betrachten 1).

1) *Krebs* de Ligno et Lapide, P. I. Cl. XI. Sect. 1. §. 8. p. 383.

566.

Staatseigenthum der Straßen.

Der Landesherr als Eigenthümer der Landſtraßen kan von dem Gebrauche derſelben jedermann ausſchlieſſen 1). Er iſt aber in der Ausübung dieſes Rechts durch die Teutſche Reichspolizeygeſezgebung eingeſchränkt, und muß kraft der errichteten Landfriedensgeſeze jedem teutſchen Reichsbürger und Einwohner einen unbewafneten 2) und unſchädlichen 3) Durchzug durch ſein Land geſtatten. Es ſind jedoch davon ausgenommen die Reichsächter, Landesverräther, Spione, Ueberläufer, Zigeuner, Juden, Landläufer, Bettler 4).

1) *Dan. Nicol. Roſenhand* Diſſ. de jure tranſeundi per territoria. Argent. 1672.

2) Reichsabſch. v. 1582. § 33. von 1594. § 38. Wahlkapit. Art. 4. §. 7.

3) Reichsabſch. v. 1555. §. 40. Weſtphäl. Friede, Art. 17. §. 9.

Vergl. Hortleder von den Urſachen des teutſchen Kriegs, B. IV. c. 5. n. 9. 19.

4) Von Rohr a. a. O. §. 2. S. 1579. Eſtor Th. I. §. 2034.

567.

Landesherrliches Straßenfinanzrecht.

Allein es kan ihm der Gebrauch ſeines Eigenthums nicht umſonſt zugemuthet werden. Daher er zur Abnahme des Damm-Zoll-Brücken- und Weggelds berechtiget iſt 1), wovon gleich weitläufiger ſoll gehandelt werden.

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 458. 464. 488. Abth. II. p. 294. T. VI. Abth. I. p. 240.

568.

Wegebeſſerung.

Er muß aber für den Genuß dieſer Einkünfte die Dämme, Wege und Straßen im baulichen Stande erhalten 1), ſie mit Kanälen und Brücken verſehen 2), die Löcher ausfüllen, und die Felſen ausbrechen und wegſchaffen 3). Jedoch iſt er keineswegs ſchuldig, Chauſſeen zu bauen, oder Steinpflaſter oder ſogenannte Dämme neu anzulegen, ſondern die Wege ſind bloß in der herrkommlichen Beſchaffenheit zu unterhalten 4).

1) *Schwendendoerffer* de conſeruatione viae publicae. Lipſ. 1696.

Leyſer Specim. 428. med. 7. *Ziegler* de jur. Maj. L. II. c. 7. §. 18.

2) *Dedell* de reparatione viarum publicarum.

3) Satzung K. Friedr. II von 1235. C. 12. 13. Rudolfs I. v. 1287. §. 22. 23. 24. Albrechts II. Landfr. von 1303. §. 10. 11. 12. 13. K. Friedr. III. Mandat an die Mgr. Friedr. u. Sigm. von Brand. von 1488 ap. Lünig Reichsarch. P. Sp. Cont. II. p. 975. Reichsſchluß von 1671. bey der Samml. der Reichsabſch. Th. IV. S. 76. Reichsabſch. von 1548. §. Ferner zu noch. von 1555. §. Nachdem aber. Preuß. Circulare vom 29. May 1766. in der Korn. Samml. Schleſ. Ordn. B. IX. S. 143.

4) *Gottl. Theod. Miller* Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa vias publicas et militares in Imperio R. G. ſpeciatim in Sueuia exſtruendas. Gieſſ. 1776.

569.

Straßengerichtsbarkeit.

Das vollſtändige teutſche Eigenthum bewirkt die Gerichtsbarkeit 1). Das Staatseigenthum iſt eine Gattung davon, welches das Straßenrecht in ſich ſchließt. Folglich kömmt dem Landesherrn die Brücken- und Straßengerichtsbarkeit zu 2), die auch im Zweifelsfalle kein Vaſall und Landſaß beſizt 3), ausgenommen die Landesherrſchaft hätte dieſe deshalb beſonders privilegirt 4). Vergl. §. 194.

1) oben §. 42.

Beck de jurisdict. Vogtej. c. 2. §. 8. p. 26. Eſtor Th. II. §. 5005. ff.

2) *Pufendorf* de Jurisdict. Germ. §. 27. pag. 609. 610. *Ziegler* de jur. Maj. L. 2. c. 17. §. 31. *Eſtor* Excerpt. ex Geogr. Vet. Haſſ. in Anal. Haſſ. Coll. II. n. 2. p. 290. Von Rohr B. VIII. c. 8. §. 24. 25. 26. 27.

3) *Biener* de nat. et indole Dominii, L. II. c. 2. §. 107. 108. *Miller* cit. l. P. I §. 25. p 38. Moſer von der Landeshoheit über Erde und Waſſer, C. III. §. 12. S. 12.

4) Mecklenb. Erblandesvergl. Art. 21. §. 419. Priv. H. Georgs von Sachſ. v. 1506. ap. *Ludewig* Rel. MSS. T. X. p 659. Reſol. grav. de 1612. n. 24. in Cod. Aug. T. I. p. 181. 1043.

570.

Landesherrliches Schuzrecht der Straßen.

Vermög des Straßeneigenthums hat der Landesherr das Schuzrecht aller öffentlichen Wege und Straßen 1), und übt das Geleitsrecht aus 2). Sie gehören daher ſamt den Brücken unter die befriedeten Sachen 3), und jede darauf ausgeübte Gewaltthätigkeit 4), hauptſächlich der Straßenraub wird weit härter beſtraft 5). Man erkennt bey geringern Beſchädigungen und Hinderniſſen Mandate ohne Vorbehalt 6).

1) Landfr. v. 1323. §. 3. R. A. von 1548. §. 20. von 1577. §. 22. *Ev. Otto* de tutela Viarum publicarum. Lugd. 1734.

2) *Chr. Gottl. Hommel* Diſſ. de juribus et obligationibus praefectorum Saxonicorum in viis publicis. Vit. 1768.

3) *Haltaus* in Gloſſ. Germ. col. 1754. 2045.

4) *Matth. de Afflictis* Deciſ. 275. *Clarus* Pract. Crim. §. vlt. qu. 83. Dreyers verm. Abh. Th. II. S. 1118.

5) Halsgerichtsord. Karls V. Art. 126. und darüber Kreß. Vergl. oben §. 421.

6) *Oettinger* cit. l. n. 5.

571.

Straßenraub und Beſchädigung.

Es iſt dieſes beſonders der Fall in den Preußiſchen Staaten, wo alle Gewaltthätigkeiten und Räubereyen auf der Landſtraße mit dem Tode oder ewigen Gefangenſchaft beſtraft werden 1), und dieſe Strafe auch gegen diejenigen ſtatt findet, die bloß auf der Wache geſtanden haben. Die Wege müſſen zur Aufhebung der herumſtreichenden Bettler fleißig beritten werden 2).

1) Kurf. Albrechts Edikt von 1472. bey Pauli Preußiſcher Staatsgeſch. B. II. S. 296. Edikt vom 4. Febr. 1612. in C. C. March. T. II. Abth. III. n. 7. Edikt vom 5. April 1723. cit. l. n. 47. und bey Sahme Preuß Rechtsgel. S. 831. Kabinetsordre vom 8. April 1750. in den Beytr. zur jur. Litt. der Preuß. Staaten, Saml. IV. S. 172. Edikt vom 28. Sept. 1750. in C. C. March. Cont. IV. n. 140. p. 290. Schleſ. Samml. Th. II. Abth. 2. n. 66. S. 587. Dergl. vom 28. Dez. 1750. Edikt vom 17 Jenner 1751. in C. C. March. Nov. T. I. p. 10. n. 9.

2) C. C. March. Cont. IV. p. 50.

572.

Peinliche Straßengerichtsbarkeit.

Nach der Verfaſſung faſt aller Länder gehören wenigſtens alle grobe peinliche Verbrechen, die auf der Landſtraße begangen worden, für die landesherrliche Gerichtsbarkeit, und die Erbgerichtsbarkeiten haben bloß die kleineren Vergehungen zu rügen 1).

1)

1) *Henr. Brockes* Diſſ. de Kaufburae jurisdictione criminali. Ien. 1750. *Oettinger* cit. l. n. 9. *Fleiſcher* in Inſtit. Jur. feud. c. IX. §. 81. *Biener* de nat. et ind. Dom. L. 2. c. 2. p. 108. ſeqq. Von Rohr a. a. O. §. 8. S. 1584.

573.

Unterthanſchaftliche Obliegenheit in Anſehung des Straßenbaus und der Wegebeſſerung.

Obſchon nach den Reichsgeſezen und vermög des Eigenthumsrechts jede Landesherrſchaft zur Erhaltung und Ausbeſſerung der Straßen, Dämme und Wege verpflichtet iſt 1), ſo finden ſich doch davon in einigen Ländern Ausnahmen, daß bald die ganze Landſchaft und bald die einzelen Stadt- und Dorfgemeinden dieſe Laſt tragen müſſen 2), welches oft daher rührt, daß aus einem Gemeindswege durch ein undenkliches Herkommen eine Landſtraße worden iſt 3).

1) *Dedell* Diſſ de reparatione viarum publicarum.

2) L. 7. C. de S. S. Eccl. L. 4. C. de priv. dom. Aug. Capit. l. VI. c. 109. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 237. 337. 361. T. VI. Abth. 1. p. 422. T. IV. Abth. 2. p. 199. T. IV. Abth. 1. p. 995. C. C. March. Nov. T. I. p. 793. H. Sächſ. Poſtverord. v. 15. Jun. 17 7. Meckl. Erbvergl. §. 292. Heß. Kaß Grebenord. tit. 1. §. 4. S. 29. Wirtemb. Gen. Reſcr. vom 30. Sept. 1710. in Hochſtetters Extrakt, Th. I. S. 214. Erbvergl. Cl. IV. §. 23. *Krebs* de ligno et lap. P. I. cl. 11. Sect. 1. §. 8. Jargow von den Regalien, B. II. c. 8. S. 538. Eſtor Th. I. §. 2020.

3) *Oettinger* de jure et controv. lim. c. 11. n. 10.

574.

Gemeinſchaftliche Beſtreitung der Unkoſten.

Es kömmt hiebey alles auf das Herkommen und die Landesverfaſſung an 1), und dann, ob von der Anlegung eines neuen Wegs oder eines Damms oder einer neuen Gattung von Wege die Rede iſt; denn in dieſem Falle hat der Landesherr die Unkoſten nicht allein aus ſeinem Kammergute vorzuſchießen 2), ſondern die Landſtände und Unterthanſchaften müſſen dazu ihren Beytrag liefern, wie es zeither bey den Chauſſeen in Oberteutſchland und bey den Dämmen in Niederteutſchland gehalten worden iſt 3). Man hat bey den Dämmen beſondere Pfahlkaſſen 4).

1) *Schoepff* in Vol. IX. Conſil. 3. p. 28.

2) Reichsſchluß von 1670. S. 75. Heß. Kaß. Wegebauregl. von 1746. §. 3. C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 422. C. C. March. Nov. T. III. p. 379. Cont. IV. p. 165. *Leyſer* Specim. 428. med. 7. *Ziegler* de jur. Majeſtat. L. 2. c. 7. §. 18.

3) als ſeit 1772. in Würtemberg. Wirtemb. Erbvergl. Cl. IV. §. 23. S. 77.

4) C. C. March. Nov. T. I. p. 808.

575.

Unterthanſchaftliche Frohnverpflichtung.

Ebenſo müſſen ſowol hiebey, als zu den Dämmen und Gemeindswegen die Unterthanen Frohndienſte und Vorſpann leiſten 1), wovon nur diejenigen, die ſich Pferde zu ihrem Vergnügen oder zum Amtsdienſte hal=

halten, befreyt bleiben. Selbſt antichretiſche Gläubiger werden davon nicht ausgeſchloſſen 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 2. p. 210. 211.

2) *Engelbrecht* obſ. 6. p. 66.

576.

Landesherrliche Einſchränkung des Gebrauchs der Wege.

Zur Verſicherung des Zolls und des Mauthweſens kan der Landesherr befehlen, daß die Waaren und Güter nur auf gewiſſen Wegen, wo Zollſtöcke angelegt ſind, gefahren werden dürfen 1). Alle Neben- Schleich- und Richtwege, beſonders zur Peſtzeit, ſind verboten 2), und zu verhauen, und die Dämme zu ſchonen 3). Man darf eben ſo wenig die Brücken abfahren 4), oder aus dem Wege auf die Wieſen und Aecker 5), und nicht einmal über das Brachfeld fahren, weil auch dieſes der Fruchtbarkeit nachtheilig iſt 6).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 93. 385. T. V. Abth. V. p. 25. T. VI. Abth. II. p. 169. T. V. Abth. II. p. 15. C. C. March. Nov. T. I. p. 421.

2) C. C. March. Nov. Tom. IV. pag. 3077. C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 281. 287. 408. 409. T. IV. Abth. 1. p. 457. 474. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 11. §. 7. tit. 35. §. 4. S. 86. K. Joſefs I. Kommerzienordn. von 1705. §. 10. Braunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 6. p. 433. Brem. Verord. S. 110. 111. Kurſächſ. Kammerreſcripte vom 11. May 1719. vom 2. Oct. 1726 Stapelpatent vom 6. Oct. 1681. in Cod. Aug. T. II. p. 1181. ſeqq. *Krebs* cit. l. P. I. cl. 2. Sect. 2. §. 15. n 3.

3).

3) Patent von 1710. in C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 351.

4) Von Rohr B. VIII. c. 8. §. 23. S. 1326.

5) Sächſ Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 10. Baier. Lr tit. 27. Art. 3. *Oettinger* cit. l. L. 1. c. 11. n. 6. Von Rohr B. VI. c. 1. §. 8.

6) Eſtor Th. I. §. 2013.

577.

Wegepolizeyrecht.

Wenn auch der Landesherr nicht Eigenthümer der Wege und Straßen iſt, ſo gebühren ihm doch, kraft ſeines Oberpolizeyrechts, Hoheitsrechte in Anſezung einer Wegedeputation 1) und Vorſchreibung der Wegeordnungen darüber 2), gleichwie ſich auch in den vorliegenden Reichskreiſen das Kreispolizeyrecht darauf bezieht 3).

1) wie in Wirtemberg, wo zugleich landſtänd. Mitglieder dabey.

2) *Marquard* de jure Mercat. L. I. c. 3. n. 30. Rohr Haushaltungsrecht B. 9. C. 3. §. 7. S. 1583.

3) *Miller* cit. Diſſ. §. 45. ſeqq.

578.

Wegereuter, Wegeſchauer, Dammmeiſter.

Vermög des landesherrlichen Wegepolizeyrechts 1) können Dammmeiſter 2), Wegereuter und Wegeſchauer angeſtellt, alle Wanderer mit ihren Geräthſchaften angehalten und beſichtiget 3), ihnen die Päſſe abgefordert und dieſelbe unterſucht werden 4).

1) Reichsſchluß von 1671. in der Samml. der R. A. Th. IV. S. 75. Schleſ. Umlauf vom 6. Dez. 1770. in der Korn. Samml. B. XI. S. 331.

2) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 332. C. C. March. Nov. T. I. p. 287. T. IV. p. 5297. 5301.

3) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 390. 444. 1045. 1053.

4) Von Juſti Staatswirthſchaft, Th. II. §. 110. S. 131. Eſtor Th. I. §. 2030.

579.

Auſſerordentliche Quellen zur Unterhaltung der Wege.

In einigen Ländern, wo die Weg = Brücken = Damm = Schleuſen = und Pflaſtergelder zur Unterhaltung der öffentlichen Wege und Straßen nicht hinreichen, da wird ein gewiſſer Theil der öffentlichen Einkünfte, als Abgaben von Teſtamenten, Kontrakten, die Hurenbrüche, erbeloſe Güter ꝛc. 1) dazu angewendet, oder bey Dämmen eine Auflage auf die angrenzende Gutsbeſizer und Dorfſchaften gemacht.

1) Oſtfrieſ. Lr. B. I. c. 127. B. II. c. 153. Lünig R. A. P. gen. Cont. II. p. 229. *Boehmer* de mulct. Stupr.

580.

Bewahrung der Dämme.

Vorzüglich müſſen die Dämme in baulichem Stande erhalten 1), und wenn ſie vom Waſſer durchgeriſſen worden, ſchleunig wiederhergeſtellt werden 2). Auf ihre Beſchädigung und Durchſtechung ſind harte Strafen geſezt 3). Man hat ſie mit Waſſerloſungen

und

und Hauptabzugsgräben zu verſehen 4) und die Weiden nur auf den Außenteichen anzupflanzen 5).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 995. T. V. Abth. III. p. 337. T. VI. Abth. I. p. 422. 513. C. C. March. Nov. T. I. p. 793

2) C. C. March. Cont. II. p. 23. C. C. March. Nov. T. I. p. 804.

3) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 996. C. C. March. Nov. T. I. p. 669.

4) ibid. p. 809. 5) cit. l. p. 805.

581.

Wegebeſichtigung.

Es iſt hauptſächlich den Gerichtsobrigkeiten aufgegeben, ſowol die Dorfwege als die Poſt= und Landſtraßen genau zu beſichtigen 1), das ſtehende Waſſer in die Gräben zu leiten, dieſe aufzuräumen und mehr zu vertiefen, die hohen Rücken an dem Geleiſe niederzuſchlagen, die Löcher mit Erde oder mit Reißbund auszufüllen, in den Wäldern und Heiden die Wurzeln auszurotten, und die niedrigen Zacken an den Bäumen abzunehmen, insbeſondere aber die allzugroßen Steine aus dem Wege zu ſchaffen 2). Wenn die Wege und Dämme in ſchlechtem Zuſtande ſind, und die Poſten und Fuhrleute fahren über das Ackerfeld, ſo dürfen die Bauren ſie deswegen nicht pfänden 3).

1) Vergl. Mecklenb. Erbvergl. §. 379.

2) Straßen- und Wegbeſſerungsregl. v. 23. Merz 1764. in C. C. March. Nov. T. III. col. 379. §. 1. 2. 3. 4. 5. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 338. 361. 362.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 996. T. V. Abth. III. pag. 237. Herzogl. Sächſ. Verord. vom 25. Jun 1717. in Spatens Sekretariatkunſt Th. II. Vorſt. I. S. 258.

582.

Beſonders im Preußiſchen.

Es haben im Preußiſchen, außer den Gerichtsobrigkeiten, die Poſtmeiſter 1), Land- und Steuerräthe 2) auf die Dämme und Wege Acht zu geben, und ſie fleißig beſichtigen zu laſſen 3). Die weiteren Verfügungen hängen aber von den Kammern ab 4), ausgenommen es entſtünde ein Rechtsſtreit darüber, dann gehört es für die Juſtizkollegien 5).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 995. Samml. Schleſ. Ord. Ed. B. XIII. S. 391.

2) C. C. March. Nov. T. III. p. 380.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 385. 996. T. V. Abth. V. p. 83. T. VI. Abth. I. p. 245.

4) C. C. March. Cont. IV. p. 165.

5) ibid. pag. 170.

583.

Reinigkeit der Wege.

Damit die Wege rein und zum Gebrauche bequem bleiben, ſo darf nichts darauf geſchüttet, ausgeworfen, oder gebaut 1), noch auch eine Dungſtätte oder Miſthaufen darauf angelegt werden 2). Weil ſich aber

aber doch von Zeit zu Zeit einiger Unrath darauf ſammelt, ſo hat ihn die Polizey durch Fuhrleute hinwegſchaffen zu laſſen 3).

1) *Oettinger* cit. l. c. 11. n. 8.

2) L. 2. §. 10. 11 D. ne quid in loco publ. R. Schluß v. 1671. a. a. O. S. 75. R. A. v. 1548. §. 20. von 1559. §. 19.

3) *Mencken* in Syſt. Iur. Civ. p. 1056.

584.

Verboth der Gabelfuhren und Karren.

Die einſpännigen Gabelfuhren und Karren verurſachen den Wegen großen Schaden, indem ſie ſchmälere und tiefere Geleiſe einſchneiden, und in der Mitte den Weg erniedrigen, daß das Waſſer ſtehen bleibt. Daher ihr Gebrauch auf Chauſſeen und öffentlichen Landſtraßen an vielen Orten verboten iſt. Nach den Schwäbiſchen Kreisverordnungen ſoll ein ſolches Fuhrwerk zerſchlagen, die Pferde gepfändet und die Fuhrleute geſtraft werden 1).

1) *Miller* cit. l. §. 46. p. 72.

585.

Ausweichung.

Ein leerer Wagen muß dem Laſtwagen und der Kutſche, alle dieſe dem Poſtwagen, wenn der Poſtillon zu rechter Zeit ins Horn geſtoßen hat, der Reuter jedem Fuhrwagen und der Fußgänger jenem ausweichen. Auf Brücken und bey ſehr engem Wege

 darf

darf kein Wagen einem Reuter oder Fußgänger voreilen, und auf dem Fall ſich mehrere Wagen begegnen, ſo behält derjenige den Vorzug, der zuerſt die Brücke oder den Hohlweg betreten und ſich durch Blaſen oder Klatſchen zu erkennen gegeben hat 1). Sonſt beſtimmen auch die Würde, das Anſehen, die Freyheiten und die Anzahl das Ausweichen 2).

1) Herzogl. Sächſ. Poſtverord. vom 25. Jun. 1717. bey Spate Sekretariatk. Th. II. Vorſt. I. S. 258. Sächſ. Landr. B. II. Art. 59. *Coler* Differentiae Jur. Civ. et Saxon. P. II. diff. 46. n. I. von Rohr B. VIII. c. 8 §. 9.

2) *Nicol. Chr. de Lynker* Diſſ. de jure occurſus.

Caſp. Ach. Beck Diſſ. de obligatione ad cedendum in via publica §. 9.

586.

Straßenſervitut.

Wenn ein Landesherr in des andern Lande das Straßenrecht ausübt, ſo iſt es eine Staatsſervitut. Sehr oft geht die Landſtraße zwiſchen mehrerer Reichsſtände Ländern durch, und dann iſt ſie gemeinſchaftlich, oder wird in der Mitte durch Grenzſteine abgeſondert. Da die teutſchen Reichsländer ſo ſehr zerſtückelt ſind, ſo kan zuweilen die Landſtraße ohne Bewilligung der Nachbarn nicht verändert werden 1).

1) Von Rohr a. a. O. §. 9. S. 1584.

587.

Straßenzwang.

Einige Städte Teutſchlands haben das Privilegium, daß auf einen gewiſſen Umfang in ihrer Nachbarſchaft alle Frachtfuhren einen beſtimmten Weg, der durch ihren Ort führet, nehmen müſſen. Das heißt der Straßenzwang, das Meilenrecht, und darf vermög der Reichspolizeygeſezgebung nicht mehr eingeführt werden 1).

1) Priv. Frid. II. Imp. de 1232. in der Samml. der R. A. Th. I. S. 18. Polizeyord. v. 1570 1576. Weſtphäl. Friede Art. 9. §. 1. Rsſchluß von 1671. a. a. O. S. 76. Wahlkapit. Art. 8. §. 6. 7. Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. II. Abſch. 12. u. 28.

I. Abſaz.

Zollrecht.

588.

Literatur.

Io. Strauch Diſſ. de regali vectigalium jure in S. Rom. Imp. Hal. 1736.

Frid. Abr. de Hopffgarten de jure vectigalium in S. Rom. Imp. ad illuſtrat. art. 8. Capit. Car. Lipſ. 1723.

Henr. Klock de vectigalium jure. Baſil. 1617.

Ge. Chr. a Goellniz de regali vectigalium jure. Tub. 1652.

Caſp. Ziegler de jure vectigalium in S. R. I. Lipſ. 1723.

Von Wiſſel de jure vectigali von den Zöllen auf ſchifbaren Ströhmen in Teutſchland und von der Verfaſſung des Zollweſens in Braunſchweig. Zelle 1771.

589.

Zollregal.

Den Grund des Zollrechts 1) haben wir ſchon beym Straßenrechte angegeben. Da alle Rechtswirkungen des Staatseigenthums zu den nuzbaren Regalien gehören, ſo iſt alſo auch das Zollrecht ein landesherrliches Kammerregal 2).

1) Preuß. Quellen in C. C. March. T. IV. Abth. I. C. I. und Anhang; in der Korn. Samml. B. X. S. 176.

2) Jargow von den Regalien B. II. c. 8. §. 2. S. 539. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. XI. c. 2. §. 11. 12. S. 1569. Von Ludewig Erläut. der Güld. Bulle Th. I. S. 866. ff. *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. Tom. III. p. 486.

590.

Widerlegung gegenſeitiger Rechtsmeinung.

Es wollen uns zwar die Publiziſten bereden, als wenn das Reichsſtändiſche Zollrecht nur auf der beſondern kaiſerlichen Verleihung beruhte 1). Allein die Reichsgeſeze 2), worauf ſie ihre Meinung gründen, ſind theils älter, als der Weſtfäliſche Friede, der den Reichsſtänden die Landeshoheit in ihrem ganzen Umfange verleiht, und folglich abrogirt, und theils ſind es

bloße

bloſſe polizeyrechtliche Einſchränkungen der Ausübung des landesherrlichen Zollregals.

1) Pütters teutſches Staatsrecht Hpſt. II. §. 193. S. 165. Schmaußens Compend. Jur. Publ. nach Selchows Ausgabe. Gött. 1766. c. 8. §. 2. S. 139.

2) Reichsabſch. von 1576. §. 118. 119. 120.

591.
Zollabgabe.

Der Zoll oder die Mauth iſt eine landesherrliche Abgabe für den Gebrauch der öffentlichen Wege und Straßen. Andere ſagen, der Zoll iſt eine Abgabe von durch- oder ausgehenden Waaren, die bloß für die Freyheit durchgelaſſen zu werden, mit einem Theil der Waaren oder an Geld entrichtet wird.

592.
Zollbare Sachen.

Ehemals ward er bloß von den Kaufmannsgütern als ein Theil und Abzug vom Gewinſte zur Unterhaltung der Wege und Straßen bezahlet, welches die Benennungen Tallia, Taille, Tolletum, Telonium verurſachte. Heutzutage muß man ihn oft von allen Sachen, die vorbeygeführt, durchgetrieben und getragen werden, ſelbſt von Perſonen, den Thieren und den Wagen entrichten 1). Es kommt alles auf das Herkommen, die Privilegien und die beſondere Landesverfaſſungen an 2).

1) Heß. Kaß. Erebenord. Tit. 35. §. 1. S. 85. Metklenb. Erbvergl. §. 288.

a) L. 6. 7. Cod. de Vectigal. *Boehmer* T. I. P. II. conſil. 31. n. 34. p. 141.

593.

Gattungen von Zoll.

Es giebt viele Gattungen von Zoll, als Nachbar- 1) Ausgangs- und Durchgangszoll 2), Landzoll, Waſſer- Archenzoll 3), Marktzoll, Wagen- Deichſel- Damm- 4) Brückenzoll 5), Judenzoll 6), Todtenzoll, in den Reichsſtädten aus dem Mittelalter noch der Bundzoll oder Pfundzoll.

1) C. C. M. T. VI. Abth. I. p. 99. 130. 133. 222.

2) T. IV. Abth. I. p. 33.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 449.

4) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 97. 444. Cont. IV. p. 225.

5) C. C. M. IV. I. p. 96. 97. 385. 386. 246.

6) C. C. M. T. IV. Abth. I. p. 241.

594.

Eigentliche zollbare Sachen.

Im engern Verſtande bleibt noch immer nur das Kaufmannsgut und mitnichten der Hausbrauch zollbare Sache 1).

1) *Boehmer* T. I. P. II. conſil. 28.

595.

Zollbare Sachen in Wirtemberg.

In Wirtemberg wird Zoll gegeben von Wein und Getränke, Getreide, Mehl und Brodt, Hopfen,

Tuch,

Tuch, Barchend und Zeuge, Wolle, Salz, Pferde und Vieh, Holzwerk, Glas, Schmalz, Käſe, Fiſche, Häuthe und Felle, Eiſen, Federn, Frankfurter und Zentnergüter u. ſ. w. 1).

1) Wirt. Zollord. in Hochſtetters Extract. der Gen. Reſcripte Th. II. S. 265.

596.
Eigene Zollprinzipien.

In einigen Ländern, wie in Wirtemberg, gibt das eingeführte und darinn verkaufte Gut einen geringern Zoll, und das im Lande erwachſene und erworbene gar keinen 1). Es iſt das ein Ueberbleibſel von der Zollverfaſſung des Mittelalters 2).

1) Wirtemb. Zollord a. a. O. S. 267.

2) Meine Geſch. des teutſch. Handels Th. I. S. 134. 374.

597.
Hauptzölle, Wehrzölle.

Nachdem die Zollſtätte oder der Zollſtock an der Haupt- oder Nebenſtraße angelegt iſt, nachdem wird ein Haupt- oder Wehrzoll bezahlt 1). Der leztere rührt noch aus dem Mittelalter her 2), die neuere Anlegung iſt aber von den Reichsſtänden und beſonders Kurſachſen aus einer Menge Polizeygründe abgeſchaft 3) und beſtritten worden 4), wird aber doch noch behauptet 5).

1) Cont. II. C. C. March. p. 12.

2) Meine Geſch. des teutſch. Hand. Th. II. Abſch. S. 442

3)

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 494. T. VI. Abth. I. p. 266. 267.

4) Verhandl. von 1741. bey Moſer in den Anmerk. zu Karls VII Wahlkapit. S. 107. Beſchwerden der Reichsſtände über das Lauenburg. Zollprivil. bey *Meiern* in Act. Comitial. Rat. T. I. p. 369.

5) Fabers Staatskanzley Th. XII. S. 221.

508.

Reichspolizeygeſezliche Einſchränkung des landesherrlichen Zollregalls.

Weil bey der unendlichen Zerſtückelung Teutſchlands, wenn jeder Landesherr ſein Zollregal uneingeſchränkt ausüben wolte, die Anzahl der Zollſtätten gar zu groß werden, und den gänzlichen Verfall des teutſchen Handels nach ſich ziehen könnte 1), ſo iſt in der teutſchen Reichspolizeygeſezgebung und manchmal auch in Landesverträgen 2) weislich verordnet, daß kein Landesherr ohne eine auf vorläufige Vernehmung des Reichskreiſes und vorgängigen einhelligen kurfürſtlichen Kollegialſchluß 3) geſchehene kaiſerliche Verwilligung einen neuen Zoll anlegen, den alten erhöhen, verſezen 4), prorogiren, erſtrecken, oder unter anderer Benennung einführen ſoll, jede dergleichen Handlung iſt null und nichtig, und jeder Reichsſtand kan ſich derſelben mit Gewalt widerſezen 5). Man hält jedoch ältere Zollerhöhungen wegen dem veränderten Wehrte der Münzſorten für billig 6).

1) Jargow von den Regalien S. 543. ff.

2)

2) Mecklenb. Erbvergl. v. 18. Aug. 1755. §. 280. 281. 282. 283. C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 156. 418. beſonders an der Elbe und Oder. ibid. p. 453.

3) *Hier. Fried. Schorch* Progr. de jure vectigalium. Erf. 1748.

4) Dieß geht im Mecklenburgiſchen an, Erbvergl. §. 284.

5) Kaiſerl. Wahlkapit. Art. 8. Osnabrück. Friedensſchluß, Art. VIII. §. 1.

6) *Leyſer* T. VI. Medit. p. 1151. Fabers Staatskanzley, Th. II. c. 3. n. 9.

599.

Ausnahme bey Preußen und Oeſtreich.

Hievon machen aber Ausnahme das Kurhaus Brandenburg 1) und das Erzhaus Oeſtereich 2), die in allen ihren Ländern vermög ihrer Privilegien ihre Zölle willkührlich erhöhen, verlegen, ausdehnen, und neue, wo und an welchem Orte ſie wollen, anlegen dürfen.

1) Privil. Kaiſ. Friedrichs *III.* von 1456. bey Lünig im Reichsarchiv *P. Sp.* Abſch. *III.* S. 308. Daß ſie nun hinführo in ihren Kurfürſten = und Fürſtenthum der Mark Brandenburg, der Burggrafſchaft Nürnberg, und in ihren Landen, wo ſie jetzt haben, oder hinführo überkommen, ihre Zölle die ſie jezt daſelbſt haben, nach ihrem Gefallen erhöhen, die überlegen, und auch in denſelben ihren Landen, wo, wann und wie ſie das verluſt, Zölle von Neuem aufzuſezen, und auf Wein, Bier und anders, das man in ihren Landen gebrauchet, und durch ihr Land führt, auflegen, nach ihrem Gefallen machen und nehmen. Vergl. Kf Joh. Siegm. Landtagsrevers von 1611.

1611. §. 17. und Märk. Landtagsabſch. von 1653. §. 65. ap. *Schepliz* in conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 5. §. 3. *Thomaſius* de iniuſta oppoſitione jur. maieſtat. ſ. t. et Reſervat. Ludwig Erleut. der güldnen Bulle, Th. I. S. 881.

2) ap. *Limnæ*. Iur. Publ. L.V. c. 2. Europ. Herold S. 281.

600.

Aufſicht über die Beobachtung der Reichs- zollpolizeygeſetzgebung.

Es haben auf die Beobachtung der oben bemerkten Reichspolizeygeſeze in Zollſachen ein aufmerkſames Auge zu tragen, die Kreisobriſten, und der Reichsfiſkal beym Kammergerichte, als welcher ſodann fiſkaliſch zu verfahren hat 1).

1) Reichsſchluß von 1670. in der Samml. der Reichsabſch. Th. IV. S. 75.

601.

Zollherren.

Weil das Zollrecht ein Regal iſt, ſo kan es in Teutſchland nur von den Reichsſtänden, und ſolchen unmittelbaren oder mittelbaren Gliedern ausgeübt werden, denen es vermög beſonderer kaiſerlicher oder landesherrlicher Verleihung 1) ertheilt worden iſt 2), oder die es gehörig verjährt haben 3). Daher die Landſaſſen an ihrem Zollſtocke das landesherrliche Wapen mit dem Beyſaze: hier gibt man dem v. N. oder der Stadt N. den Zoll, anheften müſſen 4).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 106.

2) Jargow a. a. O. §. 4. S. 54.

3)

3) *Hopffgarten* de jure veſt. Seſt. I. §. 37. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. XI. c. 2. §. 9. S. 1568.

4) Estor Th. I. §. 2098.

602.
Zollämter.

Die Landesherrſchaft vermag zur Ausübung ihres Zollrechts allerlei Gattungen von Beamten, Ober- und Unterbedienten, an Zollaufſehern, Verwaltern, Zolleinnehmern, Zollkommiſſarien, Haupt- und Beyzollern, Zöllnern, Zollbereutern 1), Strickreutern, Zollbeſichtigern, Zollſchreibern, Thor- und Baumſchreibern, anordnen 2), denen ſich hernach Niemand bey ihren Amtsverrichtungen widerſezen darf 3), und jedermann ihre Verfügungen annehmen muß.

1) Repertor. Corp. March. 1755. col. 186.

2) Repert. cit. l. col. 185. 186.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 272. 276.

603.
Zollgerichtsbarkeit.

Daß ſich die landesherrliche Geſezgebung, das Straf- und Zwangsrecht 1), und die Gerichtsbarkeit auch auf Zollſachen erſtreckt, verſteht ſich von ſelbſt 2). Es frägt ſich aber, wie es dann zu halten, wenn ein fremder Landesherr im Lande das Zollrecht als Staatsſervitut beſizt?

1) Struben rechtl. Bedenken Th. I. n. 103. S. 243. *Ziegler* de jur. Veſt. th. 69. *Hopffgarten* Sect. 2. §. 22. p. 68.

2) Reichsabſch. von 1530. §. 92. Sächſ. Lr. B. II. Art. 27. *Coler* Deciſ. 190. *Carpzov* P. III. Conſt. 41. def. 15. Scop Einleit. zur Amtsverwaltung S. 146.

604.

Bekanntmachung der Zollgeſeze.

Die Zollordnungen müſſen gehörig bekannt gemacht werden. Daher entweder an dem Zollhauſe oder an der öffentlichen Straße die Zolltafeln, Tariffe, Rollen und Verordnungen anzuheften ſind. Es kan dieſes auch auf den Gütern der Landſaſſen, allein im Mecklenburgiſchen 1) nur wo es herkommlich, geſchehen 2). Die Zollbeamten müſſen auf Verlangen die Zollrollen 3) vorzeigen, und jedermann von der Zollverfaſſung unterrichten 4).

1) Erblandsvergl. §. 282.

2) Jargow a. a. O. §. 7. S. 546. 547.

3) Hiervon ein Verzeichnis, in Repertor. March. col. 188. 189. C. Nov. T. V. d. p. 113. 119.

4) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 98. 99. 309.

605.

Unterthanſchaftliche Zollobliegenheit.

Jedermann iſt ſchuldig, unerinnert ſowol die zollbare als zollfreye Sachen bey der Zollſtätte anzugeben 1). Auf die bloße Unterlaſſung der Angabe erfolgt ſchon die Strafe des Verluſts der Sachen 2).

1) L. 16. §. 3. 9. 12. D. de Publican. C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 94. 109. 310.

2)

2) L. fin. §. 1. 3. D. de Publican. *Strauch.* de vect. §. 63. C. C. March. nov. T. I. p. 669.

606.

Zollamtliche Beſcheidenheit.

Der Zolleinnehmer darf nichts über die Gebühr abfordern 1), noch weniger die Leute grob und hart behandeln, ſie allzulange aufhalten 2), oder ihnen bey der Beſichtigung Schaden zufügen 3). Das Römiſche Recht enthält zu dem Ende allerlei Aktionen und Strafen 4), das aber heutzutage größtentheils abgeändert worden 5).

1) C. C. March. T. IV Abth. I. p. 267. 382. 112.

2) Mecklenburg. Erbvergl. §. 290. C. C. March. Cont. III. p. 158.

3) C. C. March. Cont. I. p. 9.

4) *Hellfeld* in Iurispr. for. tit. de Publicanis §. 1687.

5) Von Rohr a. a. O. S. 1574. §. 18.

607.

Strafe bey unterlaſſener Zollentrichtung.

Wenn die Sachen gehörig angegeben worden ſind, der Zoller aber verabſäumt hat, davon den Zoll zu erheben, ſo dürfen ſie nachher nicht konfiſzirt werden, ſondern jener hat den unterſchlagenen Zoll aus ſeinem Beutel zu vergüten, und der Beſitzer wird mit einer willkührlichen Strafe belegt 1). Manchmal wird der Zoll an der Zollſtätte richtig abgetragen, nachher aber erſt unterwegs mehr aufgekauft 2).

1) Rohr S. 1575.

2) C. C March. T. IV. Abth. I. p. 94. Cont. III. p. 207.

608.

Belohnung der Angaben.

Für die Anzeigen der Zollverſchleiſe, Betrügereyen vnd Unterſchlagungen ſind Belohnungen ausgeſezt, die in einem Drittel 1), Viertel 2) u. ſ. w. beſtehen.

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 35. §. 7. S. 86.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 99.

609.

Gattungen der Zollſtrafen.

Die Zollſtrafen beſtehen bald in Gelde, und bald in dem Verluſte der Sachen, bald aber in beidem zugleich, und oft noch in Degradationen, Amtsentſezungen, Zuchthaus- und Feſtungsſtrafen 1), und ſcheinen, weil eine Art von Beraubung der Staatseinkünfte bey der Vergehung vorgeht, eine Entehrung nach ſich zu ziehen. Die Konfiſkation kan manchmal abgekauft werden 2).

1) Sächſ. Landr. B. II. c. 27. *Strauch.* de jure vect. §. 63.

2) *Schoepff* in Conſil. Tubing. Vol. VIII. Conſ. 66. n. 50. p. 512.

610.

Rechtserfordernis bey ihrer Erkennung.

Damit ſie ſtattfinden, muß immer ein betrügeriſcher Vorſaz vorhanden und erwieſen ſeyn 1). Auſſerdem

dem können höchſtens nur geringere Ahndungen erfolgen 2).

1) Von Rohr a. a. O. S. 1576. *Hopffgarten* cit. l. Sect. II. §. 21. 22. p. 67.

2) Id. §. 25. p. 71. *Klock* de vect. jure, concl. 83. *Ziegler* cit. l. th. 71. *Schoepff* cit. l. n. 39. p. 511.

611.

Zollverfahren.

Daher vor ihrer Anerkennung ein gerichtliches Verfahren vorausgeht, welches aber als eine Gattung des Polizeyverfahrens ſehr ſummariſch geſchieht, und wovon ich beym Acciſeweſen zu handeln eine beſſere Gelegenheit finden werde.

612.

Vermuthungsfälle des vorgehabten Betrugs.

In gewiſſen Fällen wird eine betrügeriſche Abſicht vermuthet, wenn man z. B. ungewöhnliche oder Abwege gebraucht hat 1), wenn Kaufleute ihre zollbare Waaren nicht alle oder nicht gehörig angegeben haben 2), oder wenn man ſich auf der Grenzzollſtätte nicht hat verſiegeln laſſen.

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 385. 448. K. Joſephs I. Kommerzienord. von 1705. §. 10. in der Samml. der Reichsabſch. Th. IV. S. 115. Braunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 6. S. 433. Brem. Verord. S. 110. 111. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 35. §. 4. S. 86. *Schoepff.* cit. l. n. 51. p. 512. *Boehmer* Tom. III. P. III. Conſil. 805. n. 8. p. 770

2)

2) *Io. Phil. Slevogt* Diſſ. de mercatore falſo cenſum profitente. Ien. 1701.

613.

Strafprivilegien.

Man zehlt unter die Soldatiſchen Privilegien 1), daß dem Soldaten bey einer Zolldefraudation die Sache nicht konfiſcirt werden könne 2). Dergleichen enthält auch das Römiſche Recht in Anſehung der Pupillen 3) und Minderjährigen 4), wovon aber heutzutage wenig Praktiſcher Gebrauch abzuſehen iſt.

1) *Ziegler* de privil. milit. §. 23. Diſcept. Sel. p. 1672.

2) L. 3. Cod. de vectig.

3) L. 1. §. 1. D. de Publican.

4) L. 16. §. 9. D. eod.

614.

Einſchränkung des landſäſſigen Zollrechts.

Landſaſſen können mit ihrem Zolle nicht die mindeſte Veränderung vornehmen, ihn weder erhöhen, noch vermindern, noch verlegen u. ſ. w. 1). Dem Landesherrn ſtehet über ihre Zollverfaſſung das Oberpolizeyrecht zu, und ſie müſſen ſich nach ſeinen Zollordnungen richten, und er kan ihre Zollrollen durchſehen und erneuern laſſen 2). Im Märkiſchen müſſen ſie ſelbſt einander vom Zuwachſe die Zollbefreyung genießen laſſen 3).

1) Rechtsgutachten der Juriſtenfakultät zu Wittenberg an die Kammer zu Magdeburg, vom Oct. 1660. bey Rohr

S. 1573. Urthel des Appellationsgerichts zu Dresden von 1672. ebendaſ. S. 1573.

2) Mecklenb. Erbvergl. §. 289. C. C. March. T. IV. Abtheil. 1. p. 13.

3) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 28. 29. 49. 56. 106. 156.

615.

Zollfreyheit.

Mit der Ertheilung der Zollfreyheit war man im Mittelalter viel freygebiger, als heutzutage. Man ertheilte ſie den fremden Kaufleuten 1), den ganzen Bürgerſchaften von gewiſſen Städten, als Lübeck 2) u. ſ. w. und einer Menge Stände von Perſonen. Heutzutage hat ſie nicht leicht ſtatt, und wird ebenfalls nur um gewiſſe Handelsabſichten wegen der Einfuhre oder Ausfuhre zu erreichen, zugeſtanden 3). Die Reichsſtädte glauben ſie für ihren Hausbrauch noch zu beſizen 4).

1) Meine Geſchichte des teutſchen Handels. Th. I. S. 374.

2) Mecklenb. Erbvergl. §. 375. C. C. March. Tom. IV. Abth. 1. p. 457.

3) *H. H. ab Engelbrecht* de immunitate a vectigali. Gryph. 1735.

4) *Ge. Frid. Hezel* Diſſ. de immunitate ciuitatum Imp. a vectigalibus in rebus ad vſum proprium publicum pertinentibus. Alt. 1726.

616.

Reichszollfreye Perſonen.

Nach den Reichsgeſezen ſind zollfrey, die Reichsſtände und ihre Geſandten bey Beſuchung der Reichs-

tåge 1), das Kammergerichtsperſonal 2) und die Reichshofråthe 3), welchen leztern es aber ſtreitig gemacht wird. 4).

1) Wahlkapit. Art. 8. §. 31. 2) Reichsabſch. v. 1654. §. 141.

3) Wahlkapit Art 25. §. 6.

4) *Meiern* Acta Comit. Ratiſp. Tom. II. p. 305.

617.

Fůrſtengut.

Ob Fůrſtengut zollfrey 1), iſt vielem Zweifel 2) unterworfen. In Anſehung der neuen Zölle iſt es bey denen Kurfůrſten ausgemacht 3), und ward ehemals bey allen Fůrſten ſo gehalten. Heutzutage aber ſieht man es als eine bloße Gefålligkeit an 4). Wenn die Zollbefreyung zugeſtanden werden, ſo muß das Gut unmittelbar zur Kammer gehören, und keine Pachtlieferung ſeyn 5).

1) Reichsregimentsord. v. 1500. §. Alle ſo in. R. A. von 1500. §. Item ſollen. Wormſ. Reichsord. v. 1521. L. 6. C. de vectigal.

2) *Henr. Klock* de jur. vect. concl. 30. *Boehmer* T. III. P. I. conſ. 133. n. 2. T. I. P. II. conſ. 31. n. 36. pag 141. Eſtor Th. 3. 2104.

3) Wahlkapit. Art. 8. §. 26. 27.

4) *Io. Ge. Neureuter* Diſſert. de eo, quod juſtum eſt circa exemtionem rerum Principum a vectigalibus. Mog. 1748.

5) *H. H. Engelbrecht* de fundamentis exemtionis rerum Principum a vectigalibus. Gryph. 1736.

618.
Geiſtlichkeit.

Die Geiſtlichkeit will auch in Zollſachen ihre Immunitätsprivilegien genießen 1), welches ihr aber ſchon im Mittelalter nicht zugeſtanden worden iſt 2). Ebenſowenig wird mehr auf die Freyheit der Gelehrten und Studenten geachtet, obgleich noch der Saz: Studentengut iſt zollfrey!, bekannt iſt, und im Preußiſchen, wenn ein Zeugnis beyliegt, darauf geachtet wird 3).

1) L. 5. Cod. de SS. Eccl. L. 8. Cod. Theod. de Ep. et Cler.

2) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Th. II. Abſch. 22. S. 226.

3) C. C. March. Cont. IV. p. 111.

619.
Reichsadel.

Der unmittelbare Reichsadel zeigt uns eine ganze Reihe kaiſerlicher Privilegien vor 1), vermöge deren er zollfrey ſeyn will. Allein die Reichsſtände gründen ſich bey der Verneinung auf den Saz, daß nach den Reichsgeſezen der Kaiſer zu ihrem Nachtheile ſeine Privilegiengewalt nicht ausüben dürfe.

1) ap. *Burgermeiſter* in Cod. dipl. Equeſtr. P. II. p. 262. 264. et *Londorp* in Act. Publ. Tom. IV. p. 431. 445.

620.
Landſäſſiger Adel.

Der ganze niedere Adel hält ſich vermög der Verfaſſung des Mittelalters für zollfrey 1), welches ihm

auch in Anſehung ſeines Hausbrauchs und Zuwachſes in verſchiedenen Ländern 2) beſtätiget iſt. Jedoch iſt ſeine Zollfreyheit im Preußiſchen auf die erhandelten und erkauften Waaren nicht immer auszudehnen 3).

1) Sächſ. Landr. B. II. Art. 27. Altes Oeſt. Recht §. 55. bey *Ludewig* in Reliq. MSS. T. IV. p. 23.

2) Kurſächſ. Erled. der Landesgebr. tit. K. u. Rentheſachen, §. 9. Mecklenburg. Erbvergl. §. 286. Magd. Pol. O. C. VI §. 3. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 446. Abth. II. p. 91. T. VI. Abth. I. p. 19. 28. 54. 61. 62. 56. 66. 67. 99. 106. 156. 221. 237. 448. 468. Cont. IV. p. 131.

3) ibid. T. IV. Abth. I. p. 308. 385. Riccius vom landſäſſ. Adel, S. 438.

621.
Landesherrliche Sachen.

Alle landesherrliche Sachen und Güter ſind an den Zollſtätten der Landſaſſen frey, dieſe mögen das Zollrecht erworben haben, auf welche Art es wolle. In Anſehung des Zolllehens könnten aber noch Zweifel entſtehen 1). Weniger Schwierigkeit iſt bey der Zollverpachtung.

1) Rohr a. a. O. §. 14. S. 1571.

622.
Perſönliche, dingliche Zollfreyheit.

Die Zollfreyheiten ſind bald perſönlich und bald dinglich. Beide werden in der eingeſchränkteſten Bedeutung genommen. Daher jene von einem Verkäufer nicht auf deſſen Käufer gebracht werden kan, wie

z. B.

z. B. die Becker, die von einem Kloſter Korn gekauft, und Kaufleute, die gewiſſe Waaren von der Kammer übernommen oder an dieſelbe zu liefern haben 1).

1) L. 6. §. fin. D. de Publican. Rohr §. 15. S. 1572.

623.

Zollpäſſe.

Oft müſſen die zollfreye Perſonen und Sachen an den Zollſtätten mit Zoll = und Freypäſſen von der Landesherrſchaft verſehen ſeyn 1). Nur die Mecklenburgiſche Ritterſchaft kan ſelbſt dergleichen unter dem Gerichtsſiegel ausſtellen 2).

1) C. C. March. Cont. II. p. 10. C. C. March. Nov. T. II. p. 165.

2) Mecklenb. Erbvergl. §. 287.

624.

Preußiſche Zollgeſetze.

Im Preußiſchen wird nur die Helfte des Zolls gegeben von den innländiſchen Tüchern, die nach Magdeburg 1), und beſonders nach der Heermeſſe gehen 2), desgleichen vom Getreide, das nach der Reſidenz kömmt 3), von fremden Tüchern, die auswärts von einheimiſchen Kaufleuten verſchickt werden 4). Ganz frey ſind die zur eigenen Konſumtion bey ſich führenden Eßwaaren und Getränke 5), der eigene Zuwachs, wenn er im Lande bleibt 6), die Geräthſchaften und Sachen, die Ausländer bey ihrer Niederlaſſung mitbringen 7), Bau = Schif = und Floßmaterialien 8),

Manufaktur- und Fabrikwaaren, die hinaus gehen 9), die einländiſchen Erze 10), das außer den Jahrmärkten erkaufte, zur Hofwehre, oder den Predigern angehörige Vieh 11).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 113.

2) ibid. Tom. V. Abth. 2. p. 254.

3) T. IV. Abth. 1. p. 239.

4) T. IV. Abth. 1. p. 449.

5) in Contin. I. p. 10.

6) T. IV. Abth. 1. p. 443.

7) Cont. III. p. 111. C. C. March. Nov. T. I. p. 969.

8) Cont. IV. p. 111. Cont. I. p. 287.

9) T. V. Abth. 1. p. 441. C. C. March. Nov. T. III. p. 287.

10) C. C. M. T. IV. Abth. 2. app. p. 26.

11) T. IV. Abth. 1. p. 444.

625.

Einſchränkung der zollfreyen Perſonen.

Die zollfreyen Perſonen werden oft nur von alten, und nicht von neuen Zöllen freygelaſſen 1), und leiden ſonſt noch andere Einſchränkungen 2). Es gehören im Preußiſchen zu den zollfreyen Perſonen noch die Berg- und Hüttenverwandten 3).

1) C. C. M. Cont. IV. p. 131. T. VI. Abth. 1. pag. 448. 468. 483.

2) C.

2) C. C. March. T. V. Abth. 2. p. 559. 560. Abth. 1. p. 49. T. IV. Abth. 1. p. 308. 385.

3) T. IV. Abth. 2. app. p. 25.

626.

Zollfreye Städte im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten gibt es zollfreye Städte, als Berlin, Köln an der Spree, Neubrandenburg, Stendal, Königsberg, Treuenbrizen, Teltow, Schwedt, Frankfurt an der Oder und Neuargermünde. Die Kaufleute müſſen deswegen ihrem Stadtrathe den Zolleid abſchwören, worüber ſie hernach ein Zeugnis empfangen 1).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 15. 35. 45. 234. 239. Cont. III. p. 124. Tom. VI. Abth. 1. p. 275. 449. 235. 515. conf. Repert. col. 188.

627.

Damm- Pflaſter- Weg- Schleuſen- und Brückengelder.

Nachdem der Wege immer mehrere geworden waren, ihr Bau und Unterhaltung immer größere Unkoſten erforderte, und die herkommliche Zolleinnahme wegen dem verminderten Werthe des Geldes immer weniger, und als eine ordentliche Staatseinnahme betrachtet wurde, ſo ſah man ſich zu Einführung der Damm- Pflaſter- Weg- Schleuſen- und Brückengelder genöthiget, die urſprünglich mit dem Zollrechte einen gleichen Grund haben, jedoch meiſt nur vom Viehe, Fuhrwerke und Schiffen bezahlt werden 1).

1)

1) Reichsabſch. von 1576. §. 118. Weſtphäl. Friede, Art. 8. § 1. Kaiſ. Wahlkapit. Art. 8. § 11. Heß. Kaß. Wegebauregl. §. 14. S. 12. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 33. 246.

628.

Reichspolizeyrecht darüber.

Es frägt ſich, ob ſie nicht ebenfalls ein Gegenſtand der obigen Reichspolizeygeſezgebung ſind, und man ſolte dem Buchſtaben nach der 1) bejahenden Meinung ſeyn. In Mecklenburg dürfen ſie nur da genommen werden, wo ſie 1724. empfangen worden ſind 2).

1) R. A. v. 1576. §. 118. Wahlkapit. Art. 8. §. 11. Von Rohr §. 0.

2) Mecklenb. Erbvergl. §. 291.

629.

Bezahlungsgrund.

Nach der Regel wird der Zoll nur von Waaren und Gütern bezahlt, die ge= oder verkauft worden. Das Plaſter = Weg = und Brückengeld aber muß für jeden Gebrauch der Straßen und alſo auch von zollfreyen Perſonen gegeben werden 1).

1) Sächſ Lr. B. II. Art. 23. *Hert.* Par. 10. *Piſtorius* Cent. IV. Par. 77. R. A. v. 1576. §. 118. *Miller* cit. Diſſ. §. 31. p. 49. Eſtor Th. I. §. 2261. Struben rechtl. Bed. Th. 2. n. 71. S. 268. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. VIII. c. 8. §. 20. 21. 22. *Iuſt. Chr. Lud. de Schellwiz* Diſſ. de exactione pecuniae pro viis publicis pontibusque ſoluendae. Ien. 1776.

630.

630.
Ueberlaſſung an Privatperſonen.

Dieſe Gelder ſind manchmal Privatperſonen überlaſſen, die dann dafür die Wege in gehörigem Stande zu erhalten haben 1).

1) *Krebs* de ligno et lap. P. I. cl. II. Sect. I. §. 8. p. 383.

631.
Unverbindlichkeit des Zollherrn, den Straßenraub zu gewähren.

Wer Zoll nimmt, iſt zwar für die öffentliche Sicherheit Sorge zu tragen ſchuldig, aber nicht genöthiget, den durch Straßenraub geſchehenen Schaden zu erſezen 1).

1) gegen Eſtor Th. I. §. 2033.

632.
Befreyung der Poſten.

Die ordentlichen Poſten ſind insgemein vom Zolle, vom Wege=, Sperr= und Brückengelde befreyt, und nur bey den außerordentlichen Poſten müſſen es die Herrſchaften noch vor ihrer Abfertigung bezahlen. Dahingegen dergleichen ledige Poſtpferde und Wagen wiederum frey bleiben 1).

1) C. C. March. Nov. T. III. p. 111. Eſtor Th. 1. §. 2159. 2160.

II. Abſaz.

Geleitsrecht.

633.

Erklärung.

Es iſt die landesherrliche Befugnis geweſen, jemand auf öffentlichem Orte durch eine bewafnete Bedeckung Sicherheit zu verſchaffen 1).

1) *Ph. Alb. Orthen* de regali conducendi jure, von der Geleitsherrlichkeit. Norib. 1672.

Henr. Linck Diſſ. de jure conducendi. Alt. 1677.

Thom. Maul. de conducendi jure, quod ſimpliciter das Geleit appellamus. Gieſſ. 1621.

634.

Abſchaffung ſeiner Allgemeinheit.

Während dem Fehdeſyſtem war es allgemein, und konnte Niemand ohne daſſelbe ſicher reiſen 1), welches aber heutzutage durch den errichteten ewigen Landfrieden wegfällt, und nur noch herkommliche Ueberbleibſel erhalten hat 2), oder bey Kriegszeiten oder wegen begangener Miſſethaten geleiſtet wird.

1) *Haltaus* in Gloſſ. Germ. col. 626. 1754.

2) Wahlkapit. Art. 8. §. 11. 12. Rohr Haushaltungsrecht B. IX. c. 3. §. 5. S. 1581.

635.

Heutige Beſchaffenheit.

Das Geleitsrecht iſt heutzutage theils Regal und theils Staatsſervitut 1), ob es aber aus dem Straßen-

eigen-

eigenthume, oder aus der Schuzherrlichkeit entſpringt, nicht ausgemacht, und verurſacht daher unendliche Streitigkeiten 2).

1) Eſtor Th. III. §. 2118. *Oettinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 9. n. 24. 25.

2) *Ludolff* in Symphor. T. I. app. *Leiſer* Jus Georg. L. III. tit. 32. n. 21. *Oettinger* cit. l. n. 26.

636.

Muß ertheilt werden.

Wo es noch im Gebrauche iſt, darf es Niemand auf Begehren verſagt werden, oder die Reichsgerichte können Mandate ohne Vorbehalt ergehen laſſen 1).

1) *Sixtin.* de regal. c. 2.

637.

Saluus Conductus.

Dieſes gilt aber nur von dem altherkommlichen Geleite; denn eine andere Gattung, Saluus Conductus genannt, hängt ganz von der Willkühr der Landesherrſchaft und der Gerichtsobrigkeiten ab 1).

1) *Io. Ge. Becht* de ſecuritate et ſaluo conductu &c. Baſ. 1612. Repertor. Corp. March. 1755. col. 388. Spaaten Sekretariatkunſt, Th. II. S. 687. 689. 731. 1261.

638.

Geleitsabgaben.

Das Geleite muß gelöſet werden, das iſt, man hat für den genoſſenen Schuz eine gewiſſe Geldabgabe,

die Geleitszoll, Geleitsſchaz, Geleitsſchilling, Geleitsgeld, Geleitsgulden u. ſ. w. heiſt, zu erlegen 1), wovon nur Kurfürſten, Reichsſtände, Reichstagsgeſandte, Reichsgerichtsperſonen und zuweilen Edeleute 2) und Bürger 3) Befreyung genießen.

1) Wahlkapit Art. 8 §. 12.

2) *Goebel* de ſtat. Nobil. Germ. §. 7. p. 19.

3) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 3. 233.

639.

Vermiſchung mit Zollabgabe.

Das Geleitgeld wird oft mit dem Zolle verwechſelt, und läuft unter einerlei Benennung, wie beym Judenzolle, Leibzolle, das eigentlich eine bloße Geleitsabgabe iſt 1).

1) Wirtemb. L. O. S. 63. Extr. der Wirt. Gen. Reſcripte Th. I. S. 168. Th. II. S. 266.

640.

Geleitsgattungen.

Es gibt ein Fürſtliches 1), hohes und niederes, großes und kleines, ſchriftliches und lebendiges, Markt- und Meß- 2) Weg- und Straßengeleite 3), Samt- und Vorgeleite.

1) *Io. Henr. Boecler* Conductor Carolinus ad Aur. Bull. Arg. 1663.

2) *Chr. Wildvogel* Conductor mercatorius, der Kauffleute Geleit. Ien. 1697.

3) Rohr a. a. O. S. 1581. *Oettinger* n. 31. p. 114.

641.

641.
Geleitsſtöcke und Tafeln.

Zur Warnung das Geleitsrecht zu beobachten, müſſen Geleitszeichen, Tafeln, Geleitsſtöcke und Geleitsſeulen errichtet 1), und manchmal beſondere Geleitsreuter, Geleitsmänner gehalten werden 2). Man hat auch Geleitsſchreiber 3).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 113. Spaate a. a. O. Th. II. S. 894.

2) *Oettinger* cit. l. n. 27. p. 113. Spaaten Sekretariatkunſt, Th. II. S. 892. 894.

3) Spaate a. a. O. S. 768. 893.

642.
Beſtrafung des Geleitsbetrugs.

Wer die Geleitsabgabe nicht bezahlt, wird zwar nicht ſeiner Sachen verluſtig, aber doch willkührlich geſtraft 1).

1) *Coler* Deciſ. 190. *Carpzov* P. IV. Conſt. 41. defin. 15. *Cocceji* de reg. viar. publ. jure, §. 14. Spaate a. a. O. S. 896.

643.
Gewährung des Geleitbruchs.

Wenn die gehörige Sicherheit nicht geleiſtet worden iſt, ſo entſteht ein Geleitsbruch, der nach Beſchaffenheit der Umſtände als ein Landfriedbruch gerügt werden kan, und es findet die Nacheile ſtatt 1).

1) Reichsabſch. von 1548. §. 40. Spaate S. 897. 898.

644.
Schadenserſezung.

Der Geleitsherr muß denen beraubten und beſchädigten Perſonen ihren Verluſt und Schaden erſezen 1). Sie müſſen aber das Geleite gehörig abgelöſet und die rechte Straße genommen haben 2), als welches durch die Geleitszettel 3) zu beurkunden iſt.

1) R. A. von 1548. §. 20. v. 1555. §. 87. v. 1559. §. 34. Reichsſchluß von 1671. S. 75. Sächſ. Lr. B. II. Art. 27. Reichsexekut. Ordn. von 1673. C. IV. §. 3. Landfriede K. Albr. I. bey Goldaſt Reichsſaz. Th. VII. S. 19 26. *Campan.* Ep. 4. de Comit. Rat. 1471. ap. *Freher* T. II. Scr. rer. Germ. T. II.

2) *Gail* L. II. obſ. 64. *Strauch* de reg. vect. jure §. 54. Von Rohr a. a. O. S. 1582. *Fleiſcher* Inſtit. Jur. feud. C. IX. §. 80. p. 407. *Oettinger* cit. l. n. 29. p. 113. 151. 152.

3) bey Spaate Th. II. S. 994. 1469.

645.
Ausnahme.

Weitere Ausnahmen zeigen ſich, wenn das Land mit fremden Kriegsvölkern überſchwemmt wird, der Landesherr die Reiſenden von der Gefahr benachrichtigt hat, dieſe ſich derſelben aber doch unterzogen, oder die Geleitsreuter verlaſſen haben 1).

1) *Biener* de nat. et ind. Dom. L. II. c. 2. pag. 111. Rohr §. 6. S. 1582.

646.

Colliſionsfall.

Da, wie wir oben gehört haben, der Straßenherr zu dieſer Schadenserſezung nicht verpflichtet iſt, ſo hat es um ſo weniger Zweifel, daß wenn ein anderer die Landeshoheit und ein Anderer die Geleitsherrlichkeit über einen Weg beſizen, dieſer den Schaden vergüten muß 1).

1) Bergius Pol. u. Kameralmagazin, Th. IV. S. 41. ff. Krüniz Oekon. Encyklop. Th. XVII. S. 108.

III. Abſaz.

Poſtrecht.

647.

Literatur.

Lud. ab Hornick de regali Poſtarum jure. Francof. ad Moen. 1663.

Henr. Rud. Redecker Diſſ. de curſibus publicis, quos Poſtas vocamus. Roſt. 1662.

Gerh. Maeybuſch Diſſ. de regali Poſtarum jure. Arg. 1667.

Io. Schilter Diſſ. de Curſu Publico, Angariis et Perangariis, deque Temonario onere. Ien. 1671.

Emeran Ackold gründl. Unterricht von dem landsfürſtlichen Poſtregal der Kur- und Fürſten des h. R. R. des Herrn Ludw. von Hoernick irrigen Meinung entgegengeſezt. Halle 1685.

And. Ockel Diſc. Jur. Pol. de regali Poſtarum jure Elect. Principumque Imperii. Hal. 1696.

Sam. Cocceji Diſſ. de regali Poſtarum jure. Francof. ad Viadr. 1703.

Chr. Leonhard Scriptores et excerpta Juris Poſtarum, ſiue Miſcellanea et Collectanea Jur. Publ. curioſa de regali Poſtarum jure. Lipſ. 1710.

Sebaſt. Feſch Diſſ. de curſu publico eiusque jure, vom Poſtrecht. Baſil. 1684.

Joh. Ernſt von Beuſt Verſuch einer ausführlichen Erklärung des Poſtregals, und was dem anhängig überhaupt, und insbeſondere in Anſehung des H. R. R. Jena 1747. 3 Theile.

Io. Henr. Bocris Diſſ. de Reſervato Poſtarum Caeſ. proprio et qua tali a Statibus Imperii agnito. Bamb. 1745.

Nachricht von der alten Poſtverfaſſung, in der Saml. vermiſchter Nachrichten zur Sächſ. Geſchichte, B. VII. St. 2. S. 231. ff.

Karl Ren. Hauſen Staatsmaterialien. 1784. St. 5. S. 560.

Ern. Frid. Schroeter Diſſ. de equis publicis. Ien. 1673.

648.

Geſezliche Quellen der Preußiſchen Poſtverfaſſung.

Dergleichen ſind die Poſtordnung nebſt Cours und Taxe vom 1. Jenner 1699. 1). Neue Poſtordnung vom 10. Auguſt 1712. 2) Poſtreglement auf

dem

dem Kleviſchen Cours 3). Reglement wegen der Poſten zu Ippenbühren 4). Eine Reihe älterer Verordnungen ſtehen in der unten 4) verzeichneten Stelle. Allgemeines Edikt wegen Beſchleunigung der Extrapoſten und Abſtellung der dabey geäuſſerten Unordnungen vom 30. April 1755. 6). Neuverbeſſertes Edikt das Extrapoſtfuhrweſen betreffend vom 14. April 1766. 7) Allgemeine Verordnung über das Poſtweſen vom 11. April 1766. 8) Erneuerte Preußiſche Poſtordnung vom 26. November 1782. 9) Poſtreglement für Schleſien vom 27. May 1743. 10) Extrakt des Poſtreglements vom 27 Jun. 1743. 11) Poſt-Fuhr- und Bothenordnung für Ober- und Niederſchleſien vom 3. Oct. 1746. 12) Entwurf des allgmeinen Preußiſchen Geſezbuchs Th. I. Abtheil. II. Tit. III. Abſch. XIV. S. 348. ff.

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 851.

2) ibid. pag. 963. 3) cit. l. p. 1052.

4) Contin. I. p. 219.

5) C. C. March. T. IV. Abth. 1. c. 3. 4. pag. 821. bis 1148.

6) C. C. March. Nov. T. I. p. 815.

7) ibid. T. IV. p. 279. u. in der Schleſ. Samml. B. IX. S. 66.

8) C. C. March. Nov. T. IV. p. 285. u. in der Schleſ. Samml. B. IX. S. 60.

9) Tom. VI. p. .

10) Korn. Samml. Schleſ. Ord. Th. V. S. 38.

11) ebendaſ. S. 74.

12) a. a. O. Th. VI. S. 353. 379.

649.
Erklärung der Poſt.

Unter Poſt verſteht man eine ſolche Veranſtaltung, wodurch von Ort zu Ort, die zwei oder drey Meilen von einander entlegen ſind, wechſelſeitig abgehende Perſonen, Pferde und Wagen unterhalten werden, damit Perſonen, Briefe, Paketer, Waaren und Sachen aus einer Entfernung zur andern in kurzer Zeit und mit wenigen Koſten gebracht werden können.

650.
Poſtregal.

Da dieſe Veranſtaltung ohne Gebrauch der öffentlichen Wege und Straßen nicht gemacht werden kan, dieſe aber der Landesherrſchaft als ein Theil des Staatseigenthums angehören, welche von deren Benuzung jedermann ausſchließen kan, ſo folgt daraus, daß nur ſie ſelbſt, oder die, welche von ihr dieſes Recht verliehen erhalten, Poſten einführen und unterhalten können, welches das landesherrliche Poſtregal genennt, und manchmal ein Staatsſervitut wird 1).

1) *Mevius* P. I. deciſ. 102. *Eſtor* El. J. Publ. Haſſ. C. 9. §. 83. S. 248. Von Juſti Staatswirthſchaft, Th. II. §. 126. 131. S. 151. ff.

651.

Poſtpolizeyrecht.

Durch die Poſten laufen viele Staatsgeheimniſſe oder Nachrichten von der innern Verfaſſung des Staats und den Angelegenheiten ſeiner Einwohner, das Poſtweſen iſt aufs genaueſte mit dem Verkehr und dem Gewerbe der Nazion verknüpft, und dient ſehr zur Bequemlichkeit und zur genauern Verknüpfung aller Theile des Staats, welches lauter Gegenſtände des Staatsoberaufſichtsrechts ſind 1), das in dieſem Verhältniſſe Poſtpolizeyrecht heiſt 2).

1) Moſer von Reichstagsgeſchäften S. 1366.

2) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de jure principis eminente circa Poſtas. Ien. 1705.

652.

Doppeltes Poſtregal.

Die meiſten Schriftſteller haben beide Hoheitsrechte mit einander vermiſcht 1), und das Poſtregal aus dem landesherrlichen Poſtpolizeyrechte abgeleitet 2).

1) Pütters teutſches Staatsrecht a. a. O. §. 195. *Ziegler* de jur. Maj. L. II. c. 18. §. 23.

2) Gaſſer Einleit. zu den ökon. Kameral- u. Polizeywiſſ. C. 18. §. 1. S. 293.

653.

Rechtswirkungen der landesherrlichen Oberpoſtpolizey.

Der Landesherr kan, wenn er auch gleich das Poſtweſen verpachtet oder verliehen hat 1), doch Poſt-

ordnungen vorſchreiben, Poſtämter, Oberpoſtämter, Poſtverwalter, Poſtmeiſter, Poſthalter, Wagenmeiſter, Geſchirrmeiſter, Poſtknechte, Poſtboten anordnen und anſtellen, ſie beeidigen und Vorſtand thun laſſen 2), welches leztere überhaupt bey allen Poſtbedienten geſchieht 3).

1) *Io. Pet. de Ludewig* Diſſ. de jure Poſtarum haereditario, vom Recht des Generalerbpoſtamts. Hal. 1704.

2) Eſtor Th. I. §. 2128. Von Rohr S. 1665. §. 4.

3) ern. Preuß. Poſtord. t. 3. §. 29. n. 2. 3.

654.

Eintheilung der Poſten.

Die Poſten theilen ſich in ordentliche und außerordentliche, reutende und fahrende, Land- und Waſſerpoſten, Kouriers und Stafetten 1), Briefpoſten, ganze und halbe Poſten, Reichsposten, landesherrliche Poſten.

1) Eſtor Th. I. §. 2121. Th. III. §. 2121.

655.

Taxiſche Reichsposten.

Die Taxiſchen Reichsposten werden bloß vermög Herkommens oder kraft beſonderer Verträge in den Reichsländern geduldet, und dürfen ſich des Poſtrechts nur ſo weit anmaßen, als ſie im Beſize ſind 1). Es dürfen dabey keine andere Perſonen, ſondern nur teutſche Reichsunterthanen angeſtellt werden 2).

1) Pütters teutſches Staatsrecht, §. 197. S. 168. ff.

2) Wahlkapit. Art. 29. §. 2.

656.

Poſtprivilegien.

Aus Polizeygründen genießen die Poſtbedienten mit ihren Sachen eine Anzahl theils allgemeiner und theils beſonderer Freyheiten und Vorrechte 1).

1) C. C. March. Nov. T. IV. p. 282. Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1965. 1966. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 982. Braunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 3 p. 141. P. IV. c. 6. p. 352. 409. *Hoernigk* c. 18. th. 2. 6. *Ockel* de reg. Poſt. jure, c. 6. th. 4. Von Beuſt vom Poſtregal, Th. II. S. 1191. Cſtor Th. I. §. 2160. 2161.

657.

Poſtgerichtsbarkeit.

Sie haben ihren eigenen Gerichtsſtand in Dienſtſachen unter dem Oberpoſtamte, Poſtgerichte 1); in den übrigen Sachen, beſonders in dinglichen Rechtsangelegenheiten ſtehen ſie unter dem ordentlichen Gerichtshofe, meiſt unter dem Magiſtrate 2).

1) Kaiſ. Wahlkapit. Art. 29. §. 2. Ern. Preuß. Poſtord. tit. 15. §. 3. tit. 17. §. 1. Heß. Kaß. Poſtord. §. 3. 4. Braunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 6. p. 379.

2) C. C. March. Nov. T. III. p. 53.

658.

Obliegenheiten der Poſtbedienten.

Zu Poſtillons dürfen keine unvereidete, übelgekleidete und unerwachſene Perſonen angenommen werden. Sie müſſen zwar wehrlos ſeyn, im Dienſte aber ihre Poſtkleidung anhaben, und mit dem Poſthorne verſehen ſeyn; beym Packen die gröſste Behutſamkeit beobachten, den zugefügten Schaden erſezen; beſonders ſind ſie vieler Verantwortung und Strafe ausgeſezt, wenn bey Ankunft der Poſt ſich die Ketten, Stricke und Schnüre aufgelöſt finden. Ebendas geſchieht, wenn ſie ſich unterwegs des Trunks oder anderer unerlaubter Urſachen wegen aufgehalten, oder gar beym Poſtfahren geſchlafen haben 1).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit. 2. §. 11. 17. 18.

659.

Fortſezung.

Der Poſtillion darf bey dem ordentlichen Poſtwagen keinen Paſſagier aus dem Quartier abhohlen, oder nach der Abfahrt vom Poſthauſe für ihn etwas aufnehmen. Er hat deſſen Koffer zu befeſtigen, für die übrigen Sachen aber keine Rechenſchaft zu geben. Der Aufenthalt zur Abfertigung ſoll eine halbe oder ganze Stunde dauern, nachdem die Reiſenden ſpeiſen wollen, oder nicht 1).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit. 9. §. 5.

660.

Poſtamtspflichten.

Jedes Poſtamt muß für eine hinlängliche Anzahl tüchtiger Poſtpferde Sorge tragen, denn ſie haben für die Fortſchaffung der Poſten lediglich einzuſtehen 1). Man hat die Stunden richtig zu halten, und in deren Ermanglung ſind Unterſuchungen anzuſtellen, und Poſtmeiſter oder Poſtillon verfallen in Strafe 2). Im Nothfalle müſſen die Bürger und Bauren ihre Pferde zur Fortſchaffung der Poſten hergeben 3).

1) Entwurf des allgem. Geſezb. für die Preuß. Staaten, Abth. II. tit. 3. Abſ. 14. §. 1901. 1902.

2) Preuß. ern. Poſtord. tit. 8. §. 12. 5. Ed. v. 11. Apr. 1766. §. 9. Heß. Kaß. Poſtord §. 26. 49. Braunſchweig. Lün. L. O. P. IV. c. 6. pag. 400. *Hoernigk* c. 7. Eſtor Th. I. §. 2145. 2146.

3) Braunſchw. Lün. L. O. P. V. p. 35. P. IV. p. 253. *Hoernigk* c. 8. th. 16.

661.

Beförderung der Poſten.

Sobald der Poſtillon ins Horn, welches in Städten in allen Straßen geſchieht, ſtößt, ſo müſſen die Thore und Schlagbäume geöfnet, und zu dem Ende ſowol die Schlüſſel des Nachts bey der Hand behalten werden, als die Fährleute ſich an den Strömen in Bereitſchaft zu halten haben 1).

1) erneuerte Preuß. Poſtord. tit. 9. §. 13.

662.

Beſchaffenheit der Poſtfracht.

Es darf kein Schießpulver mitgenommen und auf dem Poſtwagen nicht geraucht 1), ebenſowenig Geldbeutel von 40. bis 50. Pfund oder Geldfäſſer über 80. bis 100. Pfund angenommen, und große Kaſten und Ballots vertheilt werden; das ganze Gewicht für 3. Pferde nicht über 1500. Pfund und für 4. Pferde nicht über 2000. Pfund betragen 2).

1) Preuß. Poſtord. tit. 17. §. 15. Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1906. S. 349.

2) Preuß. Poſtordn. tit. 10. §. 9. 10. 8. 12. Heß. Kaß. Poſtord. §. 17. S. 9. §. 22. S. 11. §. 28. 29. 30. Braunſchw. Lün. L. O. P. V. p. 34. Von Beuſt Poſtregal, Th. II. S. 1092. 1248.

663.

Befriedung des Poſthauſes.

Poſtwägen und Poſthäuſer ſind befriedet, und leztere ſteuerfrey. Niemand darf während der Expedition in die Poſtſtube treten 1). Kein Flüchtling und Miſſethäter ſoll unterwegs auf dem Poſtwagen arretirt, ſondern muß erſt im nächſten Poſthauſe auf Requiſition ausgeliefert werden 2).

1) Preuß. Poſtord. tit. 11. §. 1. 2. Heß. Kaß. Poſtord. §. 7. 8.

2) Preuß. Poſtord. tit. 17. §. 17. Heß. Kaß. Poſtord. §. 58. Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1955. 1956. Von Beuſt a. a. O. Th. II. S. 199.

664.
Ausweichung.

Sobald der Poſtillon ins Horn geſtoßen hat, ſo müſſen bey 50 Thaler Strafe alle Reiſende zu Wagen und zu Pferde, ſie mögen vorausfahren oder ihm begegnen, ausweichen 1). Der ordentlichen läßt die auſſerordentliche den Weg 2). Wenn ſich aber zwey gleiche Poſten begegnen, ſo kömmt es wieder darauf an, wer zuerſt ins Horn geſtoßen hat.

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 711. T. II. p. 49.

2) Ern. Preuß. Poſtord. tit. 11. §. 5. Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1965. Heß. Kaßel. Poſtord. §. 59. *Beck* de obligat. ad ced. in via §. 9. *Engau* de pont. reg. jure, §. 53. 55.

665.
Unverlezlichkeit der Poſten.

Die Poſten ſind unterwegs ganz unverlezlich. Daher, wenn ſie ſich auch vergangen, zu langſam gefahren, oder Schaden gethan haben, man ſich auf keinerlei Art an ihnen vergreifen darf, ſondern man hat ſeine Klage beym nächſten Poſtamte anzubringen 1).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 711. Preuß. Geſezbuch, Abth. II. §. 1963. Ern. Preuß. Poſtord. tit. 12. §. 13. Preuß. Extrapoſtedikt vom 11. April 1766. §. 6.

666.
Obliegenheiten des Paſſagier.

Bey der Einſchreibung muß der Paſſagier ſeinen Namen und Stand gehörig angeben, und er muß ſich zu rechter

rechter Zeit auf der Poſt zur Abfahrt einfinden. Hat der Poſtillon dreymal geblaſen, ſo werden ſeine Sachen wieder abgepackt, und ſein Poſtgeld iſt verfallen 1).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit 12. §. 1. 2. Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1944. ff. S. 353.

667.
Fortſezung.

Die Fracht der Reiſenden auf Poſtwägen beſteht zur Meßzeit in 60. Pfunden, und auſſer derſelben in 50. Pfunden. Bey Strafe von 100. Thaler dürfen anderer Leute Sachen, oder Pakete, Briefe und Gelder nicht zur Beſtellung von ihnen mitgenommen werden 1).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit. 12. §. 3. 4. 5. Preuß. Geſezbuch, Abth. II. §. 1952.

668.
Ordnung beym ordentlichen Poſtwagen.

Säugende oder kranke Kinder, Hunde und allzugroße Bagage, an Gewicht über 100. Pfund, bleiben vom Poſtwagen ausgeſchloſſen 1). Der ankommende Paſſagier behält beym Abfahren den Vorzug. Sonſt richtet ſich die Wahl der Pläze nach der Ordnung der Einſchreibung, mit Ausnahme derer, die nur halbe Fracht bezahlt haben. Jedoch muß auch dieſen bey Strafe der Abſezung der Conducteur, Schafner, Schirrmeiſter weichen 2). Der Poſtwagen muß mit 2. Bänken verſehen ſeyn 3), und darf nicht mehr als 6. Perſonen enthalten 4).

1) Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1906. S. 349. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 1066. Heß. Kaß. Poſtord. §. 15. Von Beuſt a. a. O. Th. II. S. 66. Von Rohr a. a. O. S. 1609. §. 13.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 286. Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 1948. ff. Ern. Preuß. Poſtord. tit. 12. §. 5. 9. 10. 12. Heß. Kaß. Poſtordn. §. 16. Braunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 6. p. 327.

3) a. a. O. tit. 10. §. 4.

4) Heß. Kaß. Poſtord. v. 1732 §. 17. S. 9.

669.

Poſtfreye Paſſagiere.

Gewiſſe Perſonen werden auf Bewilligung des Oberpoſtamts ganz frey auf den ordentlichen Poſten mitgenommen, müſſen aber zu dem Ende mit Poſtzetteln verſehen ſeyn 1).

1) *Iac. Reich* Diſſ. de diplomatibus et tractoriis, von Koſt- und Poſtzetteln. Regiom. 1678.

670.

Poſtporto.

Das Poſtgeld für Briefe, Gelder, Paketer, Waaren und Eßſachen richtet ſich nach der Poſttaxe 1), die bey Strafe von 200. Thalern im Poſthauſe öffentlich aushängen muß 2). Akten, Kontrakte, Documente u. ſ. w. zahlen im Preußiſchen das Porto nach der alten Taxe von 1712. und der tabellariſchen Erleuterung von 1717. 3) Der Poſtbediente, der mehr abfordert, verfällt in Strafen von 10. 30. Thaler oder Dienſtentſezung 4).

1) Preuß. Verord. vom 11. April 1766. in C. C. M. Nov. T. IV. p. 279. Preuß. Poſttaxe vom 1. Jun. 1766.

2) ern. Preuß. Poſtord. Abſch. 14. §. 2.

3) C. C. March. Nov. T. IV. p. 7405.

4) Preuß. Poſtord. a. a. O. Osnabrück. Friede, Art. 9. §. 1. Heß. Kaß. Po[illegible] §. 74. 73. Eſtor Th. I. §. 2141. 2142.

671.

Strafe des Poſtunterſchleifs.

Wer aus Gewinnſucht mehrere fremde Briefe in einem Pakete verſendet, oder einem Reiſenden, Fuhrmann, Kutſcher, Schiffer, verſiegelte oder vernehete Briefe mitgibt, hat 10. Thaler Strafe zu erlegen, und ebenſoviel derjenige, der die Briefe mitgenommen hat. Ausnahme findet bloß bey verabſäumter Poſt, jedoch bey 6 Thaler Strafe ohne Beyſchluß anderer Briefe, und unter Bezahlung der halben Poſttaxe und Couvertirung ans nächſte Poſtamt, ſtatt 1). Eine Extrapoſt darf bey 100. Thaler Strafe keine verſiegelte Päckchen und Sachen mitnehmen 2).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit. 3. §. 7. tit. 16. §. 1. 5.

2) Edikt übers Extrapoſtfuhrweſen vom 11. Apr. 1766. §. 16.

672.

Poſtämtliche Gewehrleiſtung.

Weil jede Poſt für die Belieferung, Fortſchaffung und Sicherheit der erhaltenen Sachen ſtehen muß 1), ſo hat ſie ſowol bey deren Empfange, als deren Verſen-

ſendung die größte Vorſicht zu beobachten 2). Nicht nur jeden Verluſt, ſondern auch den geringſten Schaden müſſen die Poſtämter erſetzen, und es wird ihnen der Betrag ohne Weitläufigkeit von der Beſoldung abgezogen 3).

1) Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. tit. 3. Abſ. 14. §. 1905. 1925. 1926.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 17. T. II. p. 395. T. III. p. 73. Ern. Preuß. Poſtord. tit. 3. §. 29. 31. tit. 4. §. 4. n. 4. Heß. Kaß. Poſtord. §. 28. 29. 30. Braunſchw. Lün. L. O. P. V. S. 34. Von Beuſt Poſtregal, Th. II. S. 1092. 1248.

3) Preuß. Poſtord. a. a. O. Heß. Kaß. Poſtord. §. 24. 68. S. 12. 27. Kurbraunſchw. Lün. L. O. P. IV. c. 6. p. 370. *Hörnigk* de reg. Poſt. jure, c. 15. §. 18. *Barth* Hodeg. for. p. 771. *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 90. p. 702. Eſtor Th. I. §. 2139 Rohr S. 1606. *Chr. Ferd. Harpprecht* de officio magiſtri Poſtarum tam in genere quam in ſpecie quoad reſtitutionem pecuniae aliusque rei ipſi concreditae ſed amiſſae. Tub. 1755.

673.

Ausnahme.

Auf den Fall aber der Verluſt und Schaden ohne Verſchulden der Poſtbedienten, und durch außerordentliche Unglücksfälle erfolgt iſt, ſo hat die Poſt nicht dafür zu haften 1). Es müſſen im Preußiſchen bey verſpürter Unſicherheit die Forſtknechte den Poſten beyſtehen 2).

1) Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1927. S. 352. Preuß. Poſtord. tit. 13. §. 11. Heß. Kaßel. Poſtord. §. 24. *Hoernigk* cit. l. c. 15. th. 18.

2) C. C. March. Nov. T. II. p. 339.

674.

Ausgebung der Briefe.

Die Poſtcharte muß am Tage der Ankunft zu jedermanns Wiſſenſchaft ausgehängt, die Briefe von den Poſtbedienten bis Abends 6 Uhr, oder Mittags 12 Uhr wohl verwahrt, und nicht eröfnet, oder in fremde Hände gebracht werden 1). Es ſind wenige Fälle, die Ausnahme machen 2).

1) ern. Preuß. Poſtord. Abſ. 5. §. 2. 3. 6. *Harpprecht* de off. mag. Poſt. c. 1. §. 8. p. 12. Eſtor Th. I. §. 215?.

2) *Io. Wilh. Gadendams* Diff. de reſignatione literarum alienarum licita. Erl. 1744.

675.

Fortſezung.

Die Briefträger haben die Briefe und Paqueter den Eigenthümern gegen baare Bezahlung des Poſtgelds 1) ſelbſt zu behändigen, und ſich über leztere, wenn ſie Geld enthalten, gehörig quittiren zu laſſen 2). Es werden eigene Poſtportokontrollen gehalten 3). Jene ſind außer Schuld, wenn ihnen ein Fremder den Brief abgefordert und abgenommen hat, und dieſer verfällt in 100 Thlr. oder Gefängnisſtrafe 4).

1) Heß. Kaß. Poſtord. §. 70. Von Rohr a. a. O. S. 606. §. 8.

2)

2) Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1919. S. 351.

3) C. C. March. Nov. T. IV. p. 490. 493.

4) Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1918. S. 351. Preuß. Poſtord. a. a. O. §. 4. 6. Heß. Kaß. Poſtord. §. 65, 67. *Hoernigk* c. 15. th. 32.

676.

Vorſicht bey Geld= und Kleinodienverſendungen.

Bey Paketern, die mit Geld und Kleinodien beſchwehrt auf die Poſt gegeben werden, muß jenes in Gegenwart des Poſtmeiſters geſchehen, auſſerdem, und wenn der Poſtmeiſter auf ſeinen Eid verſichert, daß das Paket in keine fremde Hände gekommen iſt, kan bey einem Verluſt die Poſt nicht in Anſpruch genommen werden. Der Werth muß immer auswendig bemerkt ſeyn, und man hat für die verſchwiegene Summe 10 vom Hundert Strafe zu entrichten, und erlangt keinen Erſaz 1).

1) ern. Preuß. Poſtord. tit. 13. §. 3. bis 9. Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1938. ff. S. 354.

677.

Annahme und Fortſchaffung der Briefe.

Die ſchlechtverſiegelten oder aufgeriſſenen Briefe hat der nächſte Poſtbediente in Gegenwart der Andern ſogleich mit dem Poſtſiegel zu beſiegeln 1). Alle zur rechten Zeit aufgegebene müſſen zur beſtimmten Zeit abgehen, oder die Poſtbedienten haben für den verurſachten Nachtheil einzuſtehen 2).

1) Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1914. S. 350. §. 1916. S. 351. Ern. Preuß. Poſtord. tit. 5. §. 9. Heß. Kaß. Poſtord. §. 30. 66.

2) Heß. Kaß. Poſtord. §. 62.

678.

Abweiſung der Schimpfbriefe.

Schon auf der Adreſſe kennbare Schimpfbriefe dürfen auf der Poſt nicht angenommen werden, und man iſt nicht ſchuldig ſie auszulöſen 1).

1) Von Beuſt vom Poſtregal, Th. II. S. 486. ff. *Cocceji* de reg. Poſt. jure, C. IV. §. 9. Von Rohr S. 607. §. 9.

679.

Vorſicht zur Peſtzeit und bey epidemiſchen Krankheiten.

Zur Peſtzeit und bey epidemiſchen Krankheiten in einigen Ländern haben die Poſtbedienten die daher kommenden Briefe mit beſonderer Vorſicht zu behandeln 1).

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. XI. c. 6. §. 5 S. 1441

680.

Ueberſezung beym Poſtgelde.

Das Poſtamt begeht nicht gleich einen Betrug, wenn es von einem Briefe, der ganz frankirt worden, Poſtgeld nimmt, weil jenes oft nur auf eine gewiſſe Entfernung geſchehen kan 1). Dahingegen derjenige, der ſich einer fremden Poſtfreyheit bedient, als ein Betrüger geſtraft wird 2).

1)

1) Von Rohr a. a. O. S. 1608. §. 11.

2) ebend. §. 12. S. 1609.

681.

Poſtfreyheit.

Es genießen im Preußiſchen die Poſtfreyheit alle Herrſchaftsſachen, wenn ſie gehörig rubrizirt 1), zugleich mit einem Amtsſiegel verſehen ſind 2), und nicht misbraucht werden 3), die Dimiſſionskorreſpondenz der Enrollirten 4), die Feuergeſellſchaftsgelder 5), Bankoſachen 6), die Correſpondenz der königlichen Prinzen und Prinzeſſinnen 7), Kriminalwarnungsanzeigen 8), Fabrikenſteuerſachen 9), das Gemeinheitsauseinanderſezungsweſen 10), Kriminalſachen unvermögender Inquiſiten 11), die allgemeine Wittwenverpflegungsanſtalt 12). Sonſt ſind in Teutſchland poſtfrey die Reichsſtände, ihre Miniſters, Geheime Räthe und Kabinetsſekretarien, [Im Preußiſchen ſind dieſe nur in Herrſchaftſachen frey 13),] die kaiſerlichen Staffetten, die Korreſpondenz des Reichsvizekanzlers und der Reichshofräthe 14).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 11. T. III. p. 291. 349.

2) T. IV. p. 487. 575. 793. 911. 6645.

3) T. II. p. 23. 41. T. IV. p. 595. 853. 913.

4) T. I. p. 569. 5) T. IV. p. 3079.

6) ibid. p. 4034. 4035. 4038. 4046. 5538.

7) p. 911. 2047. 8) pag. 6182. 6184.

9) pag. 6653. 10) pag. 7331. 7429.

11) p. 7335. 7393.

12) Tom. V. Jahrg. 5. p. 403. 404.

13) Preuß. Geſezb. Abth. 2. §. 1911. S. 350. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 113.

14) *Schmauß* in Corp. Jur. Publ. p. 719.

682.

Eingeſchränkter Gebrauch der außerordentlichen Poſt.

Bey außerordentlichen Poſten darf ſich niemand von ſeinem eigenen Bedienten fahren laſſen, noch wenn dieſer vorausreutet, wird er früher abgefertigt, als die Herrſchaft ankömmt 1).

1) Extrapoſtedikt vom 14. Apr. 1766. §. 6.

683.

Beſchleunigung der Extrapoſten.

Ohne Erlaubnis der Herrſchaft darf der Poſtillon, weil dieſe Poſt äußerſt beſchleuniget werden muß 1), unterwegs nicht einkehren, und wenn keine Pferde auf der nächſten Stazion zu finden ſind, ſo kan man mit den mitgebrachten Pferden weiterfahren, und hat dem nachläſſigen Poſthalter nichts zu bezahlen. Wenn man die Poſt länger als eine Stunde vor dem Quartier warten läßt, ſo bezahlt man für jede Stunde eine halbe Meile 2).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 815. 909. T. III. p. 155.

2) Edikt wegen den Extrapoſten v. 14. Apr. 1766. §. 7. 9. 8.

684.

Anzahl des Geſpanns bei Extrapoſtfuhren.

Im Preußiſchen müſſen wegen der Beſchaffenheit der Wege vor einen vierſizigen Extrapoſtwagen, der mit 1. 2. oder 3 Perſonen beſchwehrt iſt, 4 Pferde, bei 4 Perſonen 5 Pferde, und bey 5 Perſonen 6 Pferde ſamt 2 Poſtillons vorgeſpannt, und bei der größern Anzahl für jede Perſon noch 8. Groſchen für die Meile bezahlt werden. Zweiſizige mit 1 oder 2 Perſonen haben 3 Pferde, und dann ſteigt das Pferdeverhältnis nach der Perſonenzahl, und ungefähr ebenſo wird es mit dem zweyrädrigen Wagen gehalten 1).

1) Preuß Poſtord. vom 11. Apr. 1766. §. 2. 3. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 279. Regl. wegen den Extraposten von Lingen nach Bielefeld, ibid. T. I. p. 825.

685.

Kouriere.

Die Bagage auf dem Kourierpferde darf das Gewicht von 40 Pfunden nicht überſteigen. Der Kourier darf zwar mit dem Poſtillon ſein Pferd vertauſchen, auch das Poſtillonspferd mit der Peitſche zum ſchnellern Laufen antreiben. Allein wenn es fällt, ſo hat ers zu bezahlen, welches ihm aber nicht zugemuthet werden darf, wenn er jenes nicht gethan, und auch dem Poſtillon nicht vorgeeilt hat 1).

1) Extrapoſted. v. 14. Apr. 1766. §. 5. Kaßel. Poſtord. §. 48. S. 19. Eſtor Th. I. §. 2146. Von Rohr S. 1609. §. 13.

IV. Abſaz.

Boten = und Fuhrwerksrecht.

686.

Ausdehnung dieſes Rechtstheils.

Es begreift dieſer Rechtstheil das ganze Boten= Fuhrmanns= Landkutſchen= und Vorſpannsweſen.

687.

Gebrauch des alten Botenweſens.

Vor entſtandenem Poſtweſen verſahen die fußgegehende, reutende und fahrende Boten 1), oder die Landkutſchen 2) dasjenige, wozu man ſich jezo der geſchwindern Poſten bedient.

1) *Iac. Ern. Thomaſius* Diſſ. de Tabellariis, von Bothen, Heidelb. 1682.

Wolfg. Ad. Lauterbach Diſſ. de nuncio. Tub. 1690.

2) *Sig. Rich. Iauch* Diſſ. de Quadriga, Vit. 1683.

Frid. Philippi de Rhedis meritoriis, vulgo von Landkutſchen. Lipſ. 1685.

688.

Ehemalige Beſchaffenheit.

Nicht allein der Kaiſer und die Landesherrn, ſondern auch die Reichsſtädte, und ſelbſt verſchiedene Landſtädte, die ſtarken Handel trieben, beſaßen zur Fortſchaffung der Briefe, Paketer und Sachen, ihre eigene Boten, die, weil ſie in großer Anzahl vorhanden waren, und verſchiedene Beſtimmungen hatten, zuweilen in beſondere Klaſſen eingetheilt wurden, und ihren eigenen Bo=

Botenmeiſter ſamt ganzer Kanzley und Konthor bekamen.

689.

Heutige Ueberbleibſel.

Es iſt dieſe Verfaſſung noch heutzutage in den meiſten Reichsländern neben den Poſtanſtalten vorhanden. Man hat daher Kanzley = Kammer = Raths = Gerichts = Amts = Stadtboten. Nur in Anſehung der erſten Gattung findet ſich obige Einrichtung, die übrigen ſind einzeln den Kollegien unterworfen. oben §. 275.

690.

Beeinträchtigung durch das Reichspoſtamt.

Das Reichsoberpoſtamt will nicht zugeben, daß die reichsſtädtiſche Boten unterwegs Pferde wechſeln, Perſonen abſezen und aufnehmen, Briefe und Paketer annehmen und abgeben 1), da doch dieſe Verfaſſung älter als jenes iſt 2).

1) Wahlkapit. Karls VII. Art. 28. §. 3.

2) Moſers Reichsfama, Th. IX. S. 198. Th. XIII. S. 425. Lünigs Grundfeſte Europ. Gerechtſame, Th. I. S. 187. Elect. Jur. Publ. c. XI. *Londorp.* Act. Publ. T. XIII. c. 9. *Koenig* Sel. Jur. Publ. T. XVIII. p. 230.

691.

Landesherrliche Einſchränkung.

Aber der Landesherr vermag allerdings bey ſich das Botenweſen dergeſtalt einzuſchränken, daß es dem Poſtweſen keinen Nachtheil bringt 1), und ſelbſt die

ausländiſchen Boten können genöthiget werden, ihre Sachen bey den Poſtämtern abzugeben 2).

1) Schleſ. Poſt = Fuhr = und Botenordn. vom 3 Oct. 1746. Schleſ. Samml. Th. II. S. 353.

2) Heß. Kaß. Verord. vom 25. Merz 1715. u. 5. Merz 1753. *Mencken* Syſtem. Jur. Civ. p. 970.

692.
Landkutſchen.

Es werden in verſchiedenen Ländern und Städten große Landkutſchen, die mit denen ordentlichen Poſtwägen Aehnlichkeit haben, gehalten, um Perſonen, Paketer und Briefe an gewiſſe Oerter zu bringen 1). Sie dürfen unterwegs nichts aufnehmen noch abſezen 2), und keine Pferde wechſeln. Im Preußiſchen können ſie nicht eher Perſonen aufnehmen, bis die ordentliche Poſt mit 4. Perſonen beſezt iſt 3). Alle Poſtunterſchleife ſind ihnen unterſagt 4).

1) Regl für die Landkutſcher v. 27. May 1743. Schleſ. Samml. Th. I. S 98. Landkutſchenreglem. vom 23. Dez. 1698. in C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 848. Conf. ibid. p. 945. Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 3. Abſch. 13. §. 1892. ff.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 930. 1048. 986. T. V. Abth. II. p. 66.

3) ibid. T. IV. Abth. I. p. 1077.

4 cit. l. p. 1037. Kaßel. Poſtord. §. 42. ff. Fernere Beyſ. zur Sachſ. Goth. L. O. S. 589. ff.

693.
Vorſpann.

Das Vorſpannsweſen, weil es ebenfalls darinn beſteht, daß mit Pferden und Wagen Perſonen und Sachen weiter geſchaft werden, ſolte man hier auseinanderſezen. Allein weil es zugleich aus dem landesherrlichen Beſteurungsrechte entſpringt, ſo findet die Materie erſt weiter unten ihren Plaz.

694.
Fuhrleute.

Fuhrleute ſind ſolche Perſonen, die mit ihren Wagen, Karren, Schleifen und Pferden ſowol Leute als Sachen für einen gewiſſen Lohn von einem Orte zum ndern bringen 1).

1) Salanders Recht der Fuhrleute. Von Beuſt vom Poſtregal, Th. III. S. 5. ff.

695.
Eintheilung.

Sie theilen ſich in öffentliche, gemeine und Privatfuhrleute; ferner in eigentliche Frachtfuhrleute und in Kutſcher. Sie ſtehen zuweilen miteinander in einer gewiſſen Gilde und Innung 1), und haben ihre eigene Ordnungen 2).

1) Ordnung der Brem. Ordinanzfahrerbörde, in der Saml. verſchied. Verordnungen der Stadt Bremen S. 239.

2) Reglement, wornach ſich die Landkutſcher ſowol als andere Fuhrleute in Schleſien zu achten haben, vom 10. Aug. 1766. in der Korn. Samml. B. IX. S. 188.

696.
Ihre Vergehungen.

Die Fuhrleute, die ihre Fracht verfälſchen, berauben, verkaufen oder verpfänden, werden an Leib und Leben geſtraft 1). Wenn ſie Abwege und Nebenwege fahren, ſo werden ſie gepfändet, und nach Befinden der Umſtände verlieren ſie ihren Wagen mit den Pferden oder auch die Waaren 2).

1) Reichspol. Ord. v. 1548. tit. 16. v. 1577. tit. 16. Reichsſchluß von 1670.
Ferd. Chr. Harpprecht Diſſ. de jure aurigarum circa delicta.

2) Reichsſchluß von 1705. Von Rohr §. 16. S. 1595.

697.
Rechtsquelle ihrer Verbindlichkeiten.

Das rechtliche Verhältnis zwiſchen den Fuhrleuten, ſie mögen nun Kutſcher oder Frachtfuhrleute ſeyn, und ihren Befrachtern entſpringt aus dem Miethkontrakte 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 1896. S. 347. Ausnahme bey Rohr S. 1586. §. 2.
Ferd. Chr. Harpprecht Diſſ. de jure aurigarum circa contractus, et quae ad illorum ſecuritatem et indemnitatem ſpectant. Tub. 1693.

698.
Schadenserſtattung.

Sie dürfen alſo nur für denjenigen Verluſt und Schaden einſtehen, der auf ihrer Seite durch ein gro-

bes

des oder mäßiges Verſehen verurſacht worden iſt 1). Ebendas gilt von ihren Leuten, als für welche ſie haften 2), beſonders wenn ſie in Wäldern gewiſſe Forſtpolizeyverordnungen nicht beobachtet haben 3).

1) Preuß. Geſezb. §. 1897. S. 347. Von Rohr §. 22. 23. S. 1597. ff.
Ferd. Chr. Harpprecht Diſſ. de actione vtili de recepto, vtrum contra rhedarum meritoriarum exercitores, Poſtarum magiſtros et quoscunque aurigas, Poſtmeiſter, Landkutſcher und andere Fuhrleute, locum habeat.

2) Von Rohr §. 25. S. 1601.

3) Spaaten Sekretariatkunſt, mit Fellers Zuſ. zu Th. II. Vorſt. 4. S. 931. Von Rohr B. VII. c. 1. §. 2.

699.
Fortſezung.

Ihre Schadenserſtattung erſtreckt ſich ſogar auf das geringſte Verſehen, wenn ein Nachtheil durch die Mangelhaftigkeit ihres Fuhrwerks entſtanden iſt, oder die Sachen von der Beſchaffenheit geweſen ſind, daß ſie die größte Sorgfalt erforderten, oder die Fuhrleute neben dem Frachtpreiſe für die Aufſicht noch eine beſondere Belohnung empfangen haben 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 1898. 1899. 1900. S. 348. Von Rohr a. a. O. B. XI, c. 4. §. 24. S. 1601.

700.
Fortſezung.

Wenn der Fuhrmann ohne Urſache verabſäumt, in der verakordirten Zeit die Sachen an Ort und Stelle

zu liefern, und ſie gehen inzwiſchen durch einen Zufall zu Grunde, ſo hat er den Schaden zu erſezen 1).

1) L. 23. D. de V. O. Von Rohr Haushaltungsrecht B. XI. C. 4. §. 1. S. 1585.

701.

Schade an Schif und Geſchirre.

Der Schade an Schif und am Geſchirre, an Pferden und Wagen, der ſich unterwegs ereignet, hat der Fuhrmann als Eigenthümer zu tragen, ausgenommen der Befrachter hätte Verſicherung geleiſtet und alle Unglücksfälle übernommen 1).

1) Von Rohr a. a. O. §. 4. 5.

702.

Vorenthaltung der Frachtkoſten.

Der Fuhrmann, dem es unmöglich wird, die verakordirte Fuhre zu leiſten, empfängt keine Fracht, oder nur ſoviel, als er wirklich gethan hat, und muß den weitern Vorempfang zurückgeben 1).

1) Von Rohr §. 6.

703.

Schadenserſezung des Befrachters.

Wenn der Befrachter bey der Abſendung eine Unvorſichtigkeit begangen hat, wodurch der Fuhrmann zu Schaden gekommen, und in Unkoſten geſezt worden iſt, ſo muß jener dieſem dieſelbe erſezen 1).

1) L. 9. §. 1. D. Locati. *Marquard* de jure mercat. L. III. c. 10.

704.

Gegenſeitige Verbindlichkeit des Fuhrmanns.

Ein Fuhrmann, der anfangs die Uebernahme der Fracht verweigert, nachher ſie ohne Bewilligung des Eigenthümers doch übernommen hat, muß, wenn ſie durch Zufall zu Grunde geht, dafür einſtehen 1).

1) Von Rohr §. 9. S. 1590.

705.

Unverbindlichkeit übertheuerte Frachtkoſten zu bezahlen.

Der Befrachter iſt nicht ſchuldig, das in dringender Noth zugeſagte, aber übertheuerte Fuhrlohn zu bezahlen 1), ſondern kan ſich zur Entledigung eines gewiſſen römiſchen Rechtsmittels bedienen 2).

1) Von Rohr §. 11. S. 1592.

2) L. 2. C. de R. V.

706.

Pfandrecht an der Fracht.

Der Fuhrmann hat an der Fracht in Anſehung des Fuhrlohns ein ſtillſchweigendes Pfandrecht, oder wenigſtens ein Innbehaltungsrecht 1).

1) Bad. Lr. P. IV. tit. 21. Hamb. Str. P. II. tit. 5. §. 4. Von Rohr a. a. O. §. 12. 13.

707.

Schadensvergütung zwiſchen den Befrachtern.

Wenn ein Fuhrmann, der kontrebande Waaren, die mehreren Eigenthümern zugehört, in einen aus-

wär-

wärtigen Staat einführet, und zu Rettung des Uebrigen nur die Güter des Einen als kontreband ſelbſt angibt, ſo kan dieſer hernach von den Uebrigen ex L. Rhod. de jactu die Schadensvergütung begehren 1).

1) Von Rohr §. 17. S. 1595.

708.

Fortſezung.

Auf den Fall ein Fuhrwerk, das mehreren Fuhrleuten gemeinſchaftlich angehört, jedoch ſo daß ein jeder ſeine eigenen Pferde dabey hat, auf öffentlicher Straße angefallen, und des Einen Theils ſeine Pferde weggenommen werden, ſo haben die übrigen den Schaden mitzutragen 1).

1) Von Rohr a. a. O. §. 21. S. 1597.

709.

Beweisführung.

In allen den Fällen, wo auf Seiten des Fuhrmanns eine Schadenserſezung geſchehen muß, hat der Befrachter den Beweis zu führen 1).

1) Von Rohr §. 26. S. 1602.

710.

Polizeyobliegenheiten der Preußiſchen Kutſcher.

Im Preußiſchen müſſen die Kutſcher Poſtzettel auslöſen 1), und ſolche bey ihren Fuhren unter den Thoren vorzeigen 2). Alle Päckereyen von 40. Pfunden, und darunter, dürfen von ihnen bey 50. 100. Thaler

ler und Gefängnis Strafe den Poſten nicht entzogen werden, und das findet auch bey mehreren an verſchiedene Empfänger beſtimmten Paketen ſtatt 3). Wer mit einer ſolchen verdungenen Fuhre eine Reiſe vornimmt, der darf unterwegs keine andere, als Poſtpferde nehmen 4). Es iſt den Landkutſchern verboten, auf irgend eine Weiſe die Auswanderung zu befördern 5).

1) C. C. March. Nov. T. IV. p. 515.

2) Schleſ. Samml. Verord. Th. I. S. 1352.

3) ern. Preuß. Poſtord. tit. 16. §. 7. 8. 10.

4) Edikt wegen dem Extrapoſtfuhrweſen vom 11. April 1766. §. 14.

5) Cirkulare vom 23. Merz 1764. in der Schleſ. Samml. von Ord. Pat. Ed. B. VIII. S. 54.

711.

Uebergang.

Es iſt die Benuzung des Staatseigenthums ein vorzüglicher Gegenſtand der Landwirthſchaft, wir werden alſo am wenigſten Wiederhohlungen begehen, und zugleich bey unſerm angefangenen Leitfaden die Rechte und Verbindlichkeiten auseinander zu ſezen, die aus der Erhaltung und Vermehrung des allgemeinen Staatsvermögens entſpringen, am beßten fortfahren, wenn wir mit den übrigen Gattungen des Staatseigenthumsrechts das Landwirthſchaftsrecht verbinden, und deſſen Lehrſäze jezo gleich entwickeln.

Landwirthſchaftsrecht.

712.
Literatur.

Gerb. Feltmann Jus Georgicum de incluſione animalium aliisque rei agrariae argumentis. Lipſ. 1678.

Gothofr. Chriſt. Leiſer Jus Georgicum ſiue tract. de praediis, von Landgütern, cum Ep. *Conr. Sam. Schurzfleiſchii.* Lipſ. 1741.

Jul. Bernh. von Rohr vollſtändiges Haushaltungsrecht, in welchem die Rechtslehren vom Ackerbau, Gärtnerey, Viehzucht, Jagden, Wäldern, Fiſchereyen, Mühlen, Weinbergen, Bierbrauen, Bergwerken, Handel und Wandel, und andern ökonomiſchen Materien vorkommen. Leipzig 1716. 1738. III. Theile.

Oeconomia forenſis, oder kurzer Innbegrif derjenigen landwirthſchaftlichen Wahrheiten, die allen ſowol hohen als niedrigen Gerichtsperſonen zu wiſſen nöthig. Berlin 1775. bis 1784. VIII. Bände.

Didaci Collantes de Avellaneda Comment. pragmat. in fauorem rei frumentariae et agricolarum et rerum, quae agriculturae deſtinatae ſunt. Madrit. 1606.

Didaci Guttierez de Salinas Diſcurſus de pane et vino deque integra re ruſtica. Madriti 1620.

Phil. Helfr. Krebs tract. Jur. Polit. de ligno et lapide. Aug. Vind. 1700.

Ren. Choppin de priuilegiis ruſticorum. Francof. 1608.

Io. Paul. Kreſs Diſſ. de priuilegiis Agriculturae apud Germanos. Ien. 1712.

Io. Pet. de Ludewig de jure Clientelari Germanorum in feudis et coloniis. 1717.

Io. Ben. Carpzov Diſſ. de praecipuis ruſticorum priuilegiis.

Bienbaum de phyſices in Jurisprudentia vtilitate. Lipſ. 1721.

Abr. Käſtner Proben von dem Einfluſſe der Naturlehre auf die Rechtsgelehrſamkeit, im Hamb. Magazin Th. IV. S. 27.

Fr. Balduinus Scholia ad Leges Iuſtiniani de re ruſtica. Baſil. 1543.

713.

Erklärung.

Der Innbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die ſich auf die Mittel beziehen, wie die Naturprodukte auf die vortheilhafteſte Art gewonnen und benuzt werden können, heiſt das Landwirthſchaftsrecht 1).

1) Haushaltungs- und Wirthſchaftsregl. für die Aemter von Pommern, Lauenburg und Bütow, vom 1. May 1752. in C. C. March. Nov. T. I. p. 300.

714.

Verſchiedene Theile.

Gleichwie ſich die Landwirthſchaft in den Landbau, Bergbau, in die Viehzucht und in den Waſſerbau abtheilt 1), ſo können wir auch aus denen damit verknüpften Rechten und Verbindlichkeiten einzele Rechtstheile bilden.

1) Mein Lehrbegrif der teutſchen Staatswiſſenſchaft, §. 39. S. 23 ff.

715.

Allgemeines und beſonderes Landwirthſchaftsrecht.

Allein uns gefällt beynahe eine Abtheilung in allgemeines und beſonderes Landwirthſchaftsrecht. Unter dieſem würden wir die Rechte und Verbindlichkeiten begreifen, die den Ackerbau im größern Umfange und die Viehzucht mit Abſonderung der Jagd und Fiſcherey betreffen, und zu jenem noch das Jagd- und Forſtrecht, Bergrecht, und Waſſerrecht zehlen.

716.

Landwirthſchaftsfähige Perſonen.

Die Landwirthſchaft wird entweder auf eigenem oder auf fremdem Gute getrieben. Jener ſind alle die fähig, die in einem Lande Grundeigenthum beſizen können, und alſo davon ausgeſchloſſen: die Ausländer 1), Ungläubige, fremde Religionsverwandte, Juden 2). Ob aber dieſe Perſonen ſich auch der andern Art der Landwirthſchaft nicht unterziehen dürfen, daran könnte man noch zweifeln, wenn es nicht in den mei-

meiſten Landesgeſezen 3) ausdrücklich verordnet wäre. Im Preußiſchen iſt es auch den Profeſſioniſten 4) verboten, Landwirthſchaft zu treiben. Aber die Landwirthſchaftspachtung macht den Theologen zur Predigerſtelle nicht unfähig 5).

1) Wirtemb. L. O. tit. 17. 20.

2) C. C. March. Nov. T. II. p. 140. T. III. pag. 505. Wirtemb. L. O. tit. von Juden, §. 12. 14.

3) Schleſ. Umlauf vom 8. Sept. 1768. in der Korn. Samml. B. X. S. 292.

4) C. C. March. Nov. T. III. p. 284.

5) Joh. Phil. Carrach Anmerkung von der Zuläſſigkeit eines Candidaten der Gottesgelehrheit, welcher Landwirthſchaft als Pächter getrieben, zum Predigtamte, in den Hall. Anzeigen 1753. St. 47. S. 802.

717.
Vorerinnerung.

Bevor wir mit der Auseinanderſezung der übrigen Landwirthſchaftsrechte den Anfang machen, ſo müſſen wir eine rechtliche Kenntnis ihres Gegenſtands, ich meine die Landgüter, vorhergehen laſſen.

II. Abſchnitt.
Landbaurecht.
Erſtes Kapitel.
Rechtsbeſchreibung der teutſchen Landgüter.

718.
Erklärung eines Landgutes.

Ein Landgut iſt eine Vereinigung mehrerer Grundſtücke und Sachen zum Behuf des Ackerbaus und

der Viehzucht. Es beſteht aus einer Wohnung mit einer Anzahl Wirthſchaftsgebäuden, Aeckern, Wieſen, Gärten, Weinbergen, Weiden, Gehölze, Seen, Teiche u. ſ. w.

719.

Eintheilung.

Man theilt ſie nach ihrer landwirthſchaftlichen Beſchaffenheit in vollkommene und unvollkommene Landgüter.

720.

Gattungen.

Es gibt Kammergüter, Stammgüter, Lehen, Rittergüter, Bauergüter, Pfarr- und Kirchengüter 1), Freygüter, Zinsgüter, Dienſtgüter, Steuerbare Güter, Stadtgüter.

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. S. 305. ff.

721.

Rechtliches Verhältnis eines Landguts.

Bey der Rechtsbeſchreibung eines Landguts hat man vornemlich zu betrachten: deſſen Eigenthumsgattung, ob ſie vollſtändig oder unvollſtändig iſt, als Lehen, Allode, Stammgüter, Leihegüter, ſeine Beſchwerden und Befreyungen, die theils ordentliche, theils außerordentliche ſind, und in Steuern und Abgaben, Zehenden, Zöllen, Landgarben, Zinſen, Gülten, Dienſten u. ſ. w. beſtehen, ferner deſſen Vorrechte und Gerechtigkeiten in Jagdrecht, Gerichtsbarkeiten, Braurecht, Gaſtrecht, Zwangsrech-

ten

ten und dergl. und endlich das Verhältnis gegen andere Landgüter nach dem Flurrechte, Grenzrechte und nach der Einkreiſung.

722.

Uebergang.

Wir machen nun mit den Kammergütern den Anfang, und zergliedern zugleich das ganze Domanialrecht, welches damit verknüpft iſt.

I. Glied.

Domanialrecht.

723.

Literatur.

Henr. Gottl. Francke Notitia Domaniorum maxime literaria. Helmſt. 1741.

Chriſtoph. Friſe (Camerae Ducat. Magdeb. Conſulens) Jus Domaniale ex ICtorum praeſertim Germanorum Tractat. Diſput. Quaeſt. Obſervat. Deciſ. et Conſil. nec non quorundam Principum conſtitutionibus particularibus repraeſentatum et in VI. Partes diuiſum. Francof. ad Moen. 1701.

Jean Bacquet des Droits du Domaine de la Couronne de France. à Paris 1621. oeuvres Tome I. et II.

— — Traité des Transports faites des Rentes conſtituées ſur l'hoſtel de ville de Paris. 1621.

— — Recueil des pluſieurs Edits, Lettres patentes &c. concernant le pouvoir et jurisdiction de

la Chambre du Threſor et conſervation du Domaine du Roi. 1621.

Ern. Em. Tenzel Diſſ. de domaniis Principum inalienabilibus. Erf. 1728.

Aug. a Leyſer de aſſentationibus ICtorum in doctrina de Domaniis. Helmſt. 1741.

Dan Gottfried Schreber Abhandlung von Kammergütern. Leipzig 1754. II. Aufl.

Fab. Capicius Galeota Reſponſa fiſcalia ſel. Gen. 1686.

D. And. Ockel Tract. jurid. de praeſcriptione immemoriali praeſertim rerum domanialium et regalium Principum, itemque rerum eccleſiaſticarum, menſalium, Praelatorum Germaniae. Hal. 1707.

§. 24.

Entſtehung der Kammergüter.

Gleich bey der Eroberung und Beſiznehmung der heutigen Staaten wurde dem Herrſcher gleich den übrigen Gliedern des Staats eine Portion des urbaren Grundeigenthums zugetheilt, um zu einer Zeit, wo noch jedermann von den Früchten ſeines Landguts leben mußte, davon für ſich und ſeinen Hofſtaat den ſtandesmäßigen Unterhalt zu genießen. Ein großer Theil von Kammergütern entſtand durch die Umbrechung und Urbarmachung eines Theils des Staatseigenthums. Noch mehrere aber waren urſprüngliches Privateigenthum der Landesherrſchaft, theils von den Vor=

Vorfahren im Privatſtande ererbt, theils erkauft, theils zu Lehen erworben u. ſ. w. Viele entſprangen aus dem Staatsobereigenthumsrechte, durch das Heimfallsrecht, Konfiſkationen, Erbeloſigkeit und dergleichen.

725.

Falſche Domanialgrundſäze.

Dieſer mannigfaltige Urſprung lehrt uns ſchon, daß ſie nicht nach gleichen Rechtsprinzipien beurtheilt werden dürfen, und überzeugt uns vollkommen, daß die angenommenen Lehrſäze der Franzoſen, obſchon ihnen noch einige Kameraliſten beypflichten 1), die aber gewöhnlich ſehr ſeichte Kenntniſſe von der Geſchichte ihrer Wiſſenſchaft und von der Kameralverfaſſung des Mittelalters haben, theils falſch und theils zu allgemein ſind.

1) Schreber von Kammergütern, Abſch. I. §. 4. S. 4.

726.

Franzöſiſches Domanialrechtsſyſtem.

Die franzöſiſchen Rechtsgelehrten behaupten, die Domainen hätte ſich der Staat zu Beſtreitung der Staatsausgaben vorbehalten, und zu dem Ende, und um ihm zugleich einen der Würde des Staats gemäßen Unterhalt zu verſchaffen, dem Herrſcher den Genuß davon überlaſſen 1). Weil ſie nun im Eigenthume des Staats wären, und durch ihre Entäußerung die Unterthanen Gefahr liefen, allzuſehr mit Abgaben gedrückt zu werden 2), ſo wären ſie von der Krone ganz

unveräußerlich, und könnten von den Unterthanen durch keinerlei Verjährung erworben werden.

1) *Grotius de jure Bell. ac Pacis*, L. II. c. 6. n. 11. Sunt patrimonium populi, cuius fructus deſtinati ſunt ad ſuſtentanda Reipubl. aut Principis dignitatis onera.

2) *Faber* in Cod. Sabaud. ad tit. ne rei domin.

727.

Römiſches Domanialrechtsſyſtem.

Die Römer hatten ebenfalls gewiſſe Grundſtücke, deren Eigenthum urſprünglich dem Staat angehört hat, die aber in der Folge den Unterthanen gegen Abreichung gewiſſer Zinſen und Abgaben (Canones) überlaſſen worden ſind. Die Römiſchen Kaiſer genoſſen dieſe Einkünfte, die ganz unveräuſſerlich waren, und einen Theil des Staatseigenthums ausmachten. Man konnte ſich durch keine Gattung von Verjährung in dem Beſitze ſchüzen 1), weil bey den Römern derlei Güter überhaupt die Privilegien des Fiſkus genoſſen.

1) *Chr. Friſe* in praefat. ad Jus Doman. fol. 2.

728.

Bona Tamiaca.

Ihre vornehmſte Domainen hieſen Bona Tamiaca und lagen in der Provinz Kappadozien. Sie waren wirkliche kaiſerliche Tafelgüter, wurden von beſondern Pachtbauren beſtellt, und die Einkünfte an die Hofkammer zu Beſtreitung des Tafel- und Küchenaufwands abgeliefert 1).

1) *Iac. Gothofred.* ad L. 11. Cod. Theod. de Palat. in Comment. Tom. II p. 409. 410. *Perez* in Praelect. ad Cod. Iuſtin. L. XI. tit. 68. n. 1. p. 528.

729.
Einführung des franzöſiſchen Domanialſyſtems in Teutſchland.

Jene Grundſäze, ſo unrichtig ſie auch in Frankreich ſelbſt und aus der Vermiſchung des Staatseigenthumsrechts mit dem Domanialrecht entſtanden ſind 1), wurden am Ende des vorigen und im Anfange dieſes Jahrhunderts in Teutſchland eingeführt 2), bis endlich der aufgeklärte Auguſtin von Leyſer 3) ihre Unrichtigkeit aufdeckte.

1) *Cl. Vaillant* opuſc. que par l'Elevation du Vaſſal à la dignité Roiale les fiefs, qu'il avoit auparavant, ne ſont unis au Domaine public. Paris 1598.

Le Comte de Boulainvilliers ſur l'anc. Etat de la France p. 193.

2) *Mart. Frid. Seidel* Berol. Diſſ. de ſacro Domaniorum jure &c. Francof. 1648. in Jure Dom. P. III. Diſſ. I.

3) De aſſentat. ICtorum in Doctrina de Domaniis. Vit. 1741. in Specim. 657.

730.
Ungrund deſſelben.

Die Anwendung der franzöſiſchen Domanialrechtslehre auf die teutſchen Reichsländer war deſto ungeräumter 1), als dieſe größtentheils urſprünglich keine

Staa=

Staaten geweſen, ſondern erſt in der neuern Zeit aus verſchiedenen Allodialſtücken und Lehen zuſammengewachſen ſind, und eine Staatsverfaſſung bekommen haben 2).

1) *Leyſer* cit. l. C. IV. Sect. 2. §. 3. Strubens Rechtl. Bed. Th. II. B. 1. §. 4. *Hellfeld* cit. l. §. 87. *Selchow* El. Jur. Publ. §. 416. *Fleiſcher* in Inſt. J. Feud. §. 22. p. 335.

2) *Io. Wilh. Waldſchmidt* de Coalitione diuerſarum regionum Germ. Marp. 1714.

God. Dan. Hoffmann Hiſt. et jus unionis terrarum Wurt. Tub. 1754.

Ahasv. Fritſch de unione et incorporatione cumprimis provinciarum. Ien. 1672.

731.

Teutſche Kammergüter.

In Teutſchland enthält das Kammergut ſolche Grundſtücke und Rechte, wovon das Eigenthum der Landesherrſchaft als ſolcher zuſtehet 1). Sie heißen Kammergüter, Domainen 2), Reichswittum, Tafelgüter, Stiftsgüter, Kirchengüter, Drittelgüter 3), Wittumgüter, Vizethumgüter, und begreifen einen Theil des Staatseigenthums.

1) welches auch ihre alte Benennung bezeichnete. Repert. Jur. Publ. et feud. p. 294. §. 2.

2) *Ge. Henr. Bruckner* de Domaniis regni Germ. in eoque contentarum regionum, von Staatsgüthern des teutſchen Reichs und der darinn befindlichen Landſchaften, in Jure Dom. P. II.

Chr.

Chr. Iul. Cellarius de Principum Domaniis. ibid.

Io. Phil. Ringler de Domaniis Germaniae ibid.

Ioach. Volſchow Diſſ. de domanio. Gryph. 1654. cit l. P. III. Diſſ. 2.

And. Chr. Roeſener de bonis dominialibus, von denen Taffelgüthern. Lipſ. 1684. ibid. Diſſ. 5.

Io. Volckm. Bechmann de coronae opibus. Ien. 1683. ibid. Diſſ. 4.

3) *Engelbrecht* obſ. 17. p. 103. 109. n 20.

Chr. Nicol. Schlichtkrull Diſſ. de praediis tertialibus, cum Progr. de obligatione Tertialiſtarum ſoluendi, quae contraxerunt debita. Gryph. 1777.

732. Eintheilung.

Die Domainen theilen ſich in geiſtliche und weltliche. Die Leztere, wenn ſie der Landſchaft einverleibt ſind, und zur ordentlichen Renthkammer gehören, heißen eigentliche Kammergüter, Landesdomainen; wenn ſie aber nicht einverleibt worden, ſondern zum landesherrlichen Privatvermögen 1) gehören, Chatoulgüter 2), Kammerſchreiberegüter in Wirtemberg. Jedoch haben manchmal auch Güter, die zur erſten Klaſſe gehören, die leztere Benennung 3).

1) *And. Fl. Rivinus* Diſſ. de patrimonio Principis. Vit. 1737.

Io. Tob. Hoffmann de patrimonio Principis priuato, quod die Chatoul vocant. Ien. 1727.

2) *Io. Chr. Frid. Breyer* Diſſert. de fideicommiſſo Ser. Gentis Wurtemb. inprimis de corpore dicto Cammerſchreibereygut. Tub. 1769.

3) Juſti Staatswirthſchaft, Th. II. B. I. Abth. II. Abſch. I. §. 76. S. 101.

733.

Stiftiſche Tafelgüter.

Die geiſtliche Domainen ſind theils gemeine Stifts- und Wittumsgüter, theils biſchöfliche und theils Domkapiteliſche Tafelgüter 1). Nebendem haben die Hofſtifter noch eigentliche Kammergüter. Die gemeinen Stiftsgüter ſind ſolche Güter, welche die Kirche erſt nach ihrer Stiftung erworben hat, und die keine beſondere Beſtimmung erhalten haben. Wittums- oder Dotalgüter ſolche, worauf die Kirche geſtiftet worden iſt. Tafelgüter ſolche, die bey der Theilung der kirchlichen Einkünfte der hohen Geiſtlichkeit zu ihrem Unterhalte zugeſchlagen worden ſind, und die theils dem Domkapitel oder Konvente, theils dem Biſchof oder Abten angehören 2).

1) *Leyſer* Vol. VII. Specim. 459. med. 12. p. 197.

2) *Io. Ern. Floercke* Diſſ. de origine bonorum menſae Epiſcopalis. Ien. 1720.

734.

Eingeſchränkte Veräußerung.

Wenn ſchon überhaupt die Veräußerung der Kirchengüter nur im höchſten Nothfalle erlaubt iſt 1), ſo gilt dieſes noch mehr von den Wittums- und Tafelgütern, wobey zugleich die Bewilligung des Domkapitels und des Konvents hinzukommen muß 2). Die Einhohlung der päbſtlichen oder kaiſerlichen Erlaubnis wird

wird hier ebenſowenig, als bey deren Lehensreichung erfordert 3).

1) *Pertſch* El. J. Can. et Prot. Eccl. P. I. § 836. Reichsabſch. von 1542. § 65. von 1544. § 54. *Piſtorius* in Amoen. Hiſt. Jur. praef. et p. 617. 618. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. c. 1. n. 4. §. 6. 7. S. 338. 339.

2) Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. tit. 7. §. 752. S. 496.

3) *Hellfeld* El. Jur. feud. §. 81.

735.
Eingeſchränkte Lehensreichung.

Weil die Lehensreichung eine Veräußerung iſt, ſo dürfen weder geiſtliche Dotal = noch Tafelgüter zu Lehen gegeben werden 1), ausgenommen es wäre in der Vorzeit geſchehen 2), oder die Sache bereits lehenbar geweſen 3), oder unter der Bedingung von der Kirche erworben worden.

1) I. Feud. 6.

2) *Fleiſcher* in Inſtit. Jur. Feud. §. 12, 13. pag. 324. §. 15. p. 329.

3) *Eraſm. Unruh* Diſſ. de feudis Eccleſiaſticis. Vit. 1619. *Ign. Ioſ. Bartmann* de feudis Eccleſiaſticis. Arg. 1711. *Iuſt. Henn. Boehmer* de feudis Eccleſiaſticis, von Krumſtäbiſchen Lehen. Hal. 1717.

736.
Verpachtung.

Die Verpachtung hat bey derlei Gütern keinen Zweifel, nur muß ſie nicht unwiederruflich ſeyn 1).

Da=

Daher auch keine Verjährung bey ihnen ſtatt findet 2).

1) *Boehmer* in Jure Eccl. Prot. L. III. tit. 18. §. 3.

2) *Boehmer* cit. l. L. II. tit. 26. §. 25. 26. et in Jure Paroch. Sect. VI. c. 2. §. 35. *Lynker* in Reſp. 2. n. 72. Von Rohr a. a. O. §. 4. S. 336.

737.

Sekulariſirte Tafelgüter.

Dieſe Verordnungen fallen bey denen Kirchengütern, ſie mögen gemeine, biſchöfliche oder domkapiteliſche Tafelgüter ſeyn, hinweg, die durch den Weſtphäliſchen Frieden 1) ſäkulariſirt 2), und dadurch zu weltlichen Kammergütern gemacht worden ſind 3).

1) *Henniges* ad Inſtrum. Pacis Weſtphal. art. 5. §. 25.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de natura bonorum ſeculariſatorum. Hal. 1706.

3) *Engelbrecht* obſ. for. 97. p. 545.

738.

Proteſtantiſches Kirchengut.

In einigen Lutheriſchen Ländern, wie in Wirtemberg, machen die eingezogenen katholiſchen Stifts- und Kloſtergüter zuſammen noch das Kirchengut aus, das durch eine eigene Kammer, Kirchenrath, Kirchenkaſten genannt, verwaltet, zur Erhaltung Kirchen und Schulen angewendet 1), und der Ueberreſt davon entweder im Schaze zu Rettung Land und Leute

auf-

aufbehalten, oder zu Bezahlung der auf dem Herzogthum haftenden Schulden verwendet werden muß 1). Dieſes Kirchengut hat an dem Vermögen ſeiner Verwalter, Pfleger und übrigen Rendanten eine ſolche ſtillſchweigende Hypothek, die ſelbſt vor den Steuern und landesherrlichen Einkünften und allen privilegirten Gläubigern das Vorgangsrecht behauptet 2).

1) Wirtemb. Erbvergl. Cl. II §. 16. S. 41.

2) Wirtemb. Landr. P. I. tit. 75. S. 210. Kaſtenord. N. Zehrung, §. Es ſollen, §. Wo auch, §. Man ſoll. Große Kirchenord. S 352. *Lauterbach* in Coll. Theor. Pract. L. XX. tit. 20. §. 8. 90.

739.
Reichswitthum.

Der teutſche Reichswitthum 1) und die Kaiſerlichen Kammergüter ſind ſchon längſt veräuſſert 2), und ſelbſt die Pfandſchaften dürfen nicht mehr eingelöſt werden 3). Es heiſt zwar in der Wahlkapitulation, daß alle Güter, Herrſchaften und Fürſtenthümer, die heimfallen würden, zur Erhaltung eines Reichswitthums nicht wieder vergeben werden ſolten. Allein dieſes geſchieht auf Verwilligung der Kurfürſten und des Reichs dennoch 4).

1) *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. Tom. III. p. 1738.

2) *Io. Eb. Pregizer* Diſſ. de Domanio S. R. G. Imperii Tub. 1704. int. Diſput. *Schwederi* T. I. n. 17. p. 838.

Io. Henr. Berger Specim. Comment. de origine Domanii Imperialis eiusque indole in adp. Animadv. ad *Cocceji* Jus Publ. p. 646.

3) Weſtfäl. Friedensſchluß, Art. 5. §. 26. Wahlkapit. Art. V. §. 9.

4) *Nicol. Chr. de Lyncker* de poteſtate Imperatoris alienandi bona Imperii. Ien. 1695. in Jure Dom. P. III. Diſſ. 9.

Car. Lud. Toelneri et Anon. Commentatio de jure Electoris Palatini Rheni circa domanium Imperii competente. 1711.

740.

Untrennbarkeit der Domainen.

Die landesherrliche Domainen ſind heutzutage dem Landſchaftlichen Körper förmlich einverleibt, oder überhaupt ein vereinigter Beſtandtheil des Landes, und daher entweder mit der Lehensverbindlichkeit oder mit einem Fideikommiſſe belegt, welches leztere manchmal auch der Fall bey den Chatoul- und Kammerſchreibereygütern iſt 1).

1) *Breyer* cit. Diſſ. §. 7. 8. 9. 10.

741.

Unveräuſſerlichkeit der Erwerbungen im Preußiſchen, in Hannover, Mecklenburg, Pommern.

Im Preußiſchen 1), Hannöveriſchen 2), Mecklenburgiſchen 3), und in Pommern 4) ſollen alle Grunderwerbungen des Landesherrn dem Staate geradehin einverleibt und unveräuſſerlich ſeyn.

1) C. C. March. Tom. VI. Abth. I. p. 405. 434. T. II. Abth. III. p. 162. 163. Schreber von Kammergütern, C. I. §. 5. S. 13.

2) Goebel Helmſtädt. Nebenſt. Th. II. S. 73. Pratjen Brem. u. Verd. Nachrichten, Th. V. S. 329.

3) Mecklenb. Erbvergl. §. 98.

4) Dähnert Samml. Pommer. u. Rügiſcher Urk. u. Geſeze Th. I. S. 953. Vergl. Acta Revocat. der Pommeriſchen Tafelgüter von der Krone Schweden 1690. in Corp. Doman. P. VI. p. 1. ſeqq.

742.

Preußiſche Domanialverfaſſung.

König Friedrich I. von Preußen belegte durch einen Staatsvertrag von 1710. alle von ihm erworbene Fürſtenthümer, Grafſchaften, Herrſchaften, Güter und Einkünfte mit einem ewigen Fideikommiß, ſo daß Keiner der Thronfolger unter irgend einem Vorwande Macht haben ſolle, dieſe Länder und Güter zu verſchenken, verkaufen, verpfänden oder ſonſt zu veräußern. König Friedrich Wilhelm beſtättigte unterm 13 Auguſt 1713. 1) nicht nur dieſes, ſondern machte zugleich das immerwährende und unverbrüchliche Geſez, daß auch die künftigen Erwerbungen unter keinerlei Namen und Vorwande von den künftigen Königen von Preußen und Kurfürſten von Brandenburg verkauft, verſchenkt, oder auf andere Art vom königlichen Hauſe gänzlich ab, und auf andre gebracht werden ſolten. Zu dem Ende wurden alle erworbene und

noch zu erwerbende Länder, Leute, Güter und Einkünfte, ohne alle Ausnahme, der Krone und Kur einverleibt, und aller Unterſcheid zwiſchen Chatoul- und ordentlichen Kammergütern ganz aufgehoben, und den neuen Erwerbungen die Natur und Eigenſchaft rechter Domainen, Kammer- und Tafelgüter, ſamt der in Rechten ihnen anklebenden Unveräußerlichkeit beygelegt, wie auch jede Veräußerung, wodurch ſie dem Hauſe ganz und beſtändig entzogen würden, für null und nichtig erklärt. Jeder König von Preußen und Kurfürſt von Brandenburg ſolle berechtiget ſeyn, eine jede Veräußerung zu wiederrufen und aufzuheben, und die veräußerte Sachen wieder an ſich zu nehmen, mit der Krone und mit der Kur zu vereinigen, ohne irgend eine Schadenserſtattung für den Beſitzer.

1) in C. C. March. T. II. Abth. III. C. 3. n. 13. S. 162. Vergl. die Declarat. vom 17. Oct. 1713. cit. l. pag. 163. n. 14.

743.

Königliche Schenkungen.

Alles, was Ihre Maj. König Friedrich II. theils ganzen Provinzen, Städten und Kommunen, theils einzelen Vaſallen und Unterthanen zu ihrer Aufhelfung wegen erlittener Unglücksfälle, zur Niederlaſſung, Gutsverbeſſerung, Errichtung und Erhaltung der Fabricken, und überhaupt zur Beförderung des Glücks und des Wohlſtands ihrer Staaten ſowol an Häuſern und Grundſtücken, als an Geldſummen geſchenkt haben,

ſoll

ſoll weder von ihnen, noch ihren Nachfolgern an der Kur und Krone zurückgefordert, oder die Beſizer darüber in Anſpruch genommen werden, ſondern ſie ſollen dergleichen königliche Schenkungen als ein völliges unbeſchränktes Eigenthum beſizen, und behalten 1).

1) General Donations- und Beſtätigungspatent vom 11. Sept. 1776. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 363.

744.

Fortſezung.

Vermög des Preußiſchen Staatsfundamentalgeſezes iſt aller Unterſcheid zwiſchen Chatoulgütern und Domainen aufgehoben worden 1). Das Generaldirecktorium und die Kammern müſſen dergleichen neue Erwerbungen ſogleich in die Grenz- Lager- Fluhr- und Heiſchbücher, Domainen- und Amtsbeſchreibungen und Regiſter eintragen laſſen, zwiſchen ihnen und den alten Kammergütern keinen Unterſcheid machen, und über die Beobachtung des Geſezes wachen 2).

1) Hiſt. Statiſt. Beytr. für die Preuß. Staaten, Th. II. B. I. Abth. I. St. I. S. 9. *Behmer* in Nov. Jur. Contr. T. I. obſ. 11. p. 172.

2) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 164.

745.

Unveräußerlichkeit der Kammergüter.

Kammergüter können ohne Einwilligung der Stammsverwandten, des Lehenherrns, und in gewiſſen Fällen auch der Landſtände 1), nicht veräußert 2), und

 ins-

insbeſondere nicht verkauft 3), verſchenkt 4), vertauſcht, verpfändet und zu Lehen gegeben werden. Indeß erlauben doch zuweilen die Nothwendigkeit und das Wohl des Staats eine Ausnahme von der Regel zu machen. Es iſt aber eine Vorſichtsregel, in der Veräußerungs-Akte ſowol die Veräußerungsurſache, als die Einwilligung ausdrücken zu laſſen 5).

1) *Engelbrecht* Obſ. for. 97 p. 547. *Schoepff* in Conſil. Tub. Vol IX, Conſ. 58.

2) *Ern. Im. Tenzel* Diſſ de Domaniis Principum inalienabilibus. Erf 1728.

3) Märk. Landtagsabſch. von 1550. §. Daß alsdenn. .

4) *Pet. Schulze* de donatione Principis. Francof. 1685. in Jure Doman. P. III. Diſſ 6.

5) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. I. C. II. §. 4. S. 36. 37.

746.

Gültigkeit der ältern Veräußerungen.

Allein da der Grund der Unveräußerlichkeit im Mittelalter noch nicht vorhanden geweſen iſt 1), ſo bleiben heutzutage alle vor dieſem Zeitpunkte geſchehene Veräußerungen 2), und insbeſondere die Verſchenkungen gültig 3).

1) *Strube* in Obſ. Jur. et Hiſt. Germ. obſ. 4. §. 17. 18. Rechtl. Bed. Th. II. S. 1. ff.

2) Mecklenburg. Erblandesvergl. §. 98. 96.

3) *Io. Ge. Lamm* Diſſ. de bonis cameralibus alienatis praeſertim emtitiis et in feudum conceſſis a ſucceſſore non reuocandis. Vinar. 1753.

747.
Reichung zu Lehen.

Dieſes gilt um ſo mehr bey den ältern Belehnungen, indem auch nach den ſtrengſten Grundſäzen die Domainen zum Behuf der Staatsbedürfniſſen beſtimmt ſind, und dieſe Beſtimmung gerade durch die Belehnung, als wodurch man entweder eine Anzahl Kriegsleute zur Vertheidigung des Staats, oder eine Anzahl Dienſtleute zur Beſorgung der Staatsgeſchäfte erhielt, erfüllt wurde 1). Sogar erlauben die Lehensrechtslehrer, eröfnete Domainen vor ihrer Konſolidation aufs neue zu vergeben 2). Allein dieſes verbieten doch oft die Hausgeſeze und Landesverträge 3).

1) *Hellfeld* El. Jur. feud. §. 85.

2) *Car. Ad. Braun* de re infeudari ſolita, C. I. §. 8. 12.

3) *Breyer* cit. Diſſ. §. 39. p. 36.

748.
Verjährung.

Wenn in den Hausgeſezen und Staatsverträgen nicht ausdrücklich alle Verjährung ausgeſchloſſen worden iſt, ſo kan ſich der Privateigenthümer mit der unerdenklichen Verjährung im Beſize ſchüzen 1), und gewiſſe Römiſche Rechtstexte finden keine Anwendung 2).

1) *Fleiſcher* in Inſtitut. Jur. feud. §. 21. p. 339. Gaſſer Einleit. zur Kameralwiſſ. C. 1. §. 12. *Cocceji* Jus Controv. L. XL. Sect. 14. qu. 4. *Behmer* in Nov. Jur. Contr. obſ. 11. §. 12. p. 170. obſ. 10. p. 163.

2) *Marc. Rhode* de praeſcriptione bonorum Principis Francof 1686. in Jure Dom. P. III. Diſſ. 7.

Sam. Stryk de neceſſitate edendi titulum poſſeſſionis. Francof. 1688. ibid. Diſſ. 8.

Chr. Thomaſius de praeſcriptione regalium ad jura ſubditorum non pertinente Hal. 1696. ibid. Diſſ. 10.

And Ockel de praeſcriptione immemoriali praeſertim rerum domanialium et regalium. Hal. 1707.

Sim. Pet. Gaſſer Diſſ. de memoria initii contra praeſcriptionem immemorialem praecipue Regalium et Domaniorum. Hal. 1722.

749.

Beſchränktes Rückforderungsrecht.

Es darf daher bey der Zurückforderung der veräusserten Domainen nicht gerade zugefahren, ſondern es müſſen deshalb allerlei Vorſichtsregeln beobachtet werden 1).

1) *Wilh Gottl. Jacobs* Diſſ. de Principis ſucceſſore Domanialia ſiue Cameralia ab anteceſſore alienata Juris ordine ſeruato reuocante. Erf. 1742.

Frid. Iſaac Loewe Diſſ. de eo, quod juſtum eſt Principi ſucceſſori circa reuocanda auulſa. Lipſ. 1747.

750.

Anwendung des Preußiſchen Entſcheidejahrs.

Insbeſondere, iſt in der Preußiſchen Monarchie durch eine Reihe Edikte und Kabinetsbefehle verordnet, daß Niemand und insbeſondere nicht die Königlichen Vaſallen und Edeleute in dem Beſizſtande vom Jahre 1740. gekränkt, noch deshalb weder von Seiten des General=

Generaldirektoriums noch der Kammern der mindeſte Anſpruch an ſie gemacht werden ſolle 1).

1) Hiſt. Statiſt. Beyträge für die Preuß. Staaten, Th. II. B. II. Abth. VI. St. 2. S. 593. ff.

751.

Beſchreibung der Domainen.

Die Domainen und Kammergüter beſtehen heutzutage aus Herrſchaften, Städten, Aemtern, Dörfern, Weilern, Vorwerken, Landgütern, Bauerhöfen, allerlei Gebäuden und Fabriken, Aeckern, Wieſen, Gärten, Weinbergen, Wäldern, Fiſchteichen, Seen, Weiden, Triften u. ſ. w.

752.

Ihre Einkünfte.

Die Einkünfte, welche die Kammer daraus zieht, ſind Guts = oder Novalzehenden, Pächte, Gülten, Zinſe, Dienſte, Strafgelder, Jagdnuzungen, Holzgelder, die aber mit den ähnlichen Gutsherrlichen Einkünften von gleicher Beſchaffenheit ſind.

753.

Benuzungen der Domainen.

Die Domainen können entweder ſelbſt verwaltet, oder verpachtet, oder gar zu Erbpacht übergeben werden 1), welches Succow anräth 2), und ehemals auch im Preußiſchen üblich war 3), allein von den neuern Kameraliſten verworfen wird. Heutzutage gilt in Niederteutſchland meiſt Zeitpacht 4), wobey viele Domainen

in Bauergüter zerſchlagen oder verwandelt werden 5). Im Reiche hingegen werden ſie durch die ſogenannte verrechnete Beamten verwaltet, und man verpachtet dabey bloß einzele Bauergüter und Höfe, desgleichen gewiſſe Zehenden, jedoch immer unter Bedingung der Naturalablieferung.

1) *Fleiſcher* in Inſt. Jur. feud. §. 20. p. 331.

2) Kameralwiſſenſchaft, S. 269.

3) Hiſt. Statiſt. Beytr. Th. II. B. I. Abth. I. St. 1. Geſchichte von der verbeſſerten Einrichtung der Domainen im Preußiſchen, S. 26. ff.

4) Juriſt. ökonom. Grundſäze von der Generalverpachtung der Domainen in den Preuß. Staaten. Berl. 1785. Juſti Staatswirthſchaft, Th. II. B. I. Abth. II. Abſch. 1. §. 93. S. 124. Statiſt. Beytr. a. a. O. S. 54.

5) Verwandlung der Domainen in Bauergüter, als das beßte Mittel zur Bevölkerung, zur Macht und zum Reichthume eines Lands von A. S. v. Z. Strasburg 1767. Pfeifers Finanzwiſſenſchaft, Hſt. III. K. 1. S. 69. 73.

754.

Polizeyanmerkung.

Man kan theils hierinn und theils in der beſſern Kultur der Landprieſter den Grund der ungleich größern Bevölkerung und des beſſern Wohlſtands des Landmanns von Oberteutſchland finden. Wenigſtens kan ich aus der Erfahrung verſichern, da ich ehemals bey ſolchen verrechneten Beamtungen lange Zeit gearbeitet habe, und gegenwärtig die Beſchaffenheit der Niederteut=

teutſchen Aemterverpachtungen täglich vor Augen ſehe, daß jene Einrichtung beſſer iſt 1).

1) Vergl. Juriſt. Orakulum, B. V. S. 385. 407. B. VIII. S. 793. 809.

II. Glied.

Allodialrecht.

755.

Stammgüter.

Stammgüter, Erbgüter 1), Stockgüter, die ehemals Alloden 2), und jezo lat. Bona ſtemmatica, avita, genearchica, gentilitia heißen, ſind ſolche Grundſtücke, die ſich im Samteigenthume eines ganzen Geſchlechts befinden 3).

1) *Paul. Frid. Romanus* de bonis haereditariis. Lipſ. 1671.

2) *Burc. Gottfr. Struve* de allodiis Imperii. Ien. 1734.
Iuſt. Eb. Berghoff Promulſis de allodiis Illuſtr. S. R. G. I. Giſſ. 1738.

3) *G. W. Dinckler* Progr. de bonorum auitorum indole. Lipſ. 1721.
I. F. W. Brandt de natura bonorum auitorum, vulgo Stammgüther, Jure Germ. in dominio minus pleno conſiſtente, atque inde ſumenda interpretatione in fideicommiſſis familiae. Marp. 1746.
Th. Pet. Henr. a Tauſch Diſſ. de vera indole atque natura veri allodii. Marp. 1736.

756.

Urſprung.

Ihr Urſprung verliert ſich theils in der älteſten Staatseinrichtung, wo das Grundeigenthum ganzen Geſchlechtern mit ihren Zeugungen auf ewig zugetheilt worden iſt, theils beruht er auf dem daraus übrig gebliebenen Grundſaze: was einmal in den Erbgang gekommen iſt, muß in dem Erbgange verbleiben 1), theils auf der Verordnung des erſten Erwerbers 2) und theils auf Familienverträgen 3).

1) Sächſ. Lr. B. II. Art. 10. Brem. Ritterrecht, tit. 1. 12. *Io. Zach. Hartmann* de bonis hereditate translatis. *Dreyer* de reſtr. facult. al. bona hered. p. 5. 33.

2) *Pet. Müller* Diſſ. de prouidentia Maiorum. Ien 1693.

3) *Herm. Becker* Diſſ. de valore fideicommiſſorum tam vltima voluntate quam per conuentionem conſtitutorum. Roſt. 1752.

757.

Fideikommißbenennung.

Der leztere Umſtand verführte die Doktoren, die alle teutſchen Rechtsgeſchäfte in einem römiſchen Geſichtspunckte betrachteten, ſie für Fideikommiſſe zu halten 1), und die leztere Gattung Fideicommiſſa familiae conuentionalia zu nennen. Ob nun wol die Unrichtigkeit und Unſchicklichkeit der Benennung ſchon längſt aufgedeckt worden iſt 2), ſo fährt man doch in Praxi noch heutzutage fort, ſie Fideikommißgüter zu nennen 3).

1) *Fr. Mar. de Mougé* Diſſ. de fideicommiſſis. Argent. 1783.

Phil.

Phil. Knipſchild de fideicommiſſis familiarum nobilium. Vlm. 169 .

Io. Wolfg. Textor de fideicommiſſo familiae maſculinae.

Frid. Lud. Comes de Oettingen de fideicommiſſis. Helmſt. 1734.

Io. Chr. Ruprecht de fideicommiſſo familiae cognatico. Marp. 1739.

2) *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. de fideicommiſſo conuentionali.

Sam. Stryk de fideicommiſſis familiarum nobilium conuentionalibus. Hal. 1710.

Chr. Wildvogel de fideicommiſſis familiarum nobilium conuentionalibus. Ien. 1710.

3) *Henr. Cocceji* Diſſ. de fideicommiſſis familiae e manu heredum non capiendis. Francof. 1718.

Iuſt. Henn. Boehmer de fundamento pactorum familiae ad fideicommiſſa inclinantium. Hal 1730.

Io Chr. Heimburg Differentiae Juris Communis et Germ. in doctrina de fideicommiſſis. Ien. 1743.

758.

Heutige Ueblichkeit.

Dieſe Güter findet man heutzutage hauptſächlich noch bey erlauchten und adelichen Geſchlechtern 1), weil dieſe theils das alte teutſche Recht mehr bey ſich erhalten haben, theils mehr für den Glanz ihres Hauſes beſorgt geweſen ſind 2). Weit ſeltener werden ſie bey den Bürgern angetroffen 3). Deſto häufiger beym Bauerſtand 4), der überhaupt in ſeiner Erbverfaſſung dem Adel am nächſten kömmt.

1)

1) Eſtor Th. II. §. 3421. ff. Th. III. §. 3421. ff. §. 1894. ff. Th. I. §. 1894 ff. Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. I. tit. 4. §. 13. 14.

Rechtsabhandl. von denen in adelichen Geſchlechtern üblichen Fideikommißfamilien. 1758.

2) *Nicol. Chr. Lyncker* de familiarum nobilium ſplendore Ien. 1689.

Dietr. Herm. Kemmerich Progr. de inſtitutis Germ. ad conſeruationem familiae ſpectantibus. Ien. 1737.

Ern. Wilh. Strecker Diſſ. de ſplendore familiarum illuſtr. conſeruando. Erf. 1747.

3) Lüb. Recht, L. I. tit. 10. Art. 6. Hamb. Str. P. III. tit. 1. Art. 7. Lüneb. Str. P. VI. tit. 5. Bauz. Str. P. II. tit. 1. Art. 4. Stad. P. I. c. 4. Zell. tit. 9. S. 26. Verd. Stat. 13. Brem. Str. P. II. tit. 4. §. 7. Old. Stat. 45 in C. C. Oldenb. p. 287. Ditmarſ. Lr. Art. 23. Eiderſtädt. Lr. Art. 31. P. II. Art. 15. 81. Nordſtrand. P. II. Art. 52. Huſum. Lr. P. II. tit. 2. Kurköln. Rechtsord. P. VI. §. 5. p. 11. Neumünſter. Kirchſpielsgebr. Art. 13. Hadeler Lr. P. II. tit. 2. P. III. tit. 8. 11. Solmſ. Lr. P. II. tit. 10. §. 1. Jülich. Berg. Rechtsord. c. 69. Schaumb. P. O. c. 27. Mühlhäuſ. Stat. P. III. c. 9. Eiſenach. Str. S. 226. Butjad. Lr. §. 15. Würder Lr. §. 18.

Preußiſch Statuten: Mind. Str. L. I. tit. 2. Art. 1. Kulm. Recht S. 111. Oſtfrieſ. Landr. B. II. c. 114. Magdeb. P. O. C. 22. §. 4.

4) Eſtor Th. III. §. 1897.

759.
Falſche Meinung von der Eingeſchränktheit des adelichen Grundeigenthums.

Insgemein lehrt man, die erlauchte und adeliche Perſonen hätten nur ein beſchränktes und unvollſtändiges Eigenthumsrecht. Das iſt aber auch dann falſch, wenn man darunter bloß die Stammgüter verſteht 1). Denn das ganze Geſchlecht beſizt ſein Grundeigenthum ſo vollſtändig, daß es größtentheils nicht einmal für ein Untereigenthum gehalten werden kan, und nur der jeweilige Beſizer iſt als bloßer Miteigenthümer durch die Rechte ſeiner Miterben an der willkührlichen Gebahrung verhindert.

1) *Io. Henr. de Berger* Selecta capita de fideicommiſſis. Vit. 1710.

760.
Rechtswirkungen der Stammseigenſchaft der adelichen Güter.

Ebendieſes Miteigenthumsrecht der ganzen Anverwandtſchaft, worunter das weibliche Geſchlecht mitbegriffen iſt 1), als welches durch einen ſolchen Stammsvertrag nicht ausgeſchloſſen, ſondern nur dem Mannsſtamm nachgeſezt wird, bewirkt die Unveräuſſerlichkeit 2), und zuweilen auch eine Untheilbarkeit 3) der Stammgüter, desgleichen beſondere Erbfolgsrechte 4), welches alles hinwegfällt, wenn nur noch der Lezte des Geſchlechts 5) vorhanden iſt.

1)

1) Beweis des Rechts S. Maj. von Preußen auf die Succeſſion des Prinzen Friedr. Heinrich von Oranien. 1702.

Io. Steph. Pütter Diſſ. de jure feminarum adſpirandi ad fideicommiſſa familiae. Marb. 1745.

Meine Erbfolgsgeſchichte der Seitenverwandten, Abſch. 9. Abſ. 1. §. 48. S. 88. ff. Conſil. Marp. Vol. IV. Conſ. 54. n. 121. p. 1334. *Harpprecht* Reſp. 60. n. 593. p. 82.

2) *Ioach. Volſchov.* Diſſ. de prohibita alienatione bonorum auitorum Gryph. 1652.

Gabr. Schweder D. de alienatione bonorum fideicommiſſo obnoxiorum, T. I. Diſput. p. 987.

Io. Aug. Hellfeld Diſſ. de reſtricta Illuſtrium alienandi facultate, maxime quoad allodia auita. Ien. 1747.

3) *And. Sig. Green* Diſſ. de prohibita bonorum allodialium diuiſione. Lipſ. 1754.

4) Joh. Jak. Reinhard, die Gemeinſchaft, als ein wahrer Grund der Erbfolge, und der einzige Grund der Lehenfolge der Seitenverwandten. Karlsruhe 1762.

5) *Sam. Frid. Willemberg* Diſſ. de jure vltimi gentis ſuæ, Ien. 1735.

761.

Rechtsvermuthung.

Ehemals war dieſe Stammsverfaſſung der Erbgüter allgemein; allein im Mittelalter iſt ſie durch verſchiedene Revolutionen größtentheils zu Grunde gegangen, und erſt in der neuern Zeit durch Hausverträge wieder eingeführt worden 1). Daher ſie jezo als eine Thatſache, ausgenommen beygewiſſen Ausdrücken 2), nicht vermuthet wird, ſondern erwieſen werden muß 3).

In-

Indeß darf ſie doch nicht auf eine nachtheilige Weiſe behandelt, ſondern ſie muß in Rechten begünſtigt, und zu ihrer Aufrechterhaltung geſprochen werden 4).

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge, B. I. Abſch. 3. S. 210 ff.

2) *Boehmer* in Conſult. et Deciſ. Vol. I. P. II. Conſ. 45. n. 95. Conſ. 64. n. 17. 20 V. III. P. I. Conſ 123 n. 39.

3) Reinhard von der Erbfolge der Töchter, C. III. § 1. S. 103. Deciſ. Caſell. P. I. dec. 94.

4) Conſil. Hall. Tom. I. L. II. Conſ. 309 n. 6. *Vultej.* in Conſil. Marpurg. Vol. II. Conſil. 25. n. 31. *Cramer* in opuſcul. Tom. IV. p. 73. *Stryk* de jure ſucceſſ. in reuocand. bon. fam. § 13. p. 18. Anmerk. zum Entwurf des Preuß. Geſezbuchs Th. I. Abth. I. S. 260. 261.

762.

Unveräuſſerlichkeit.

Bey einer unerlaubten Veräuſſerung des Stammguts verliert der Beſizer ſein Recht daran 1), und die Miterben können es entweder nach ſeinem Tode 2) zurückfodern 3), oder noch bey ſeiner Lebenszeit dabey das Näherrecht ausüben. Es kan niemals zur Konkurs- und Gantmaſſe gezogen werden 4), noch darf der Richter zu deſſen Veräuſſerung und Verpfändung ſeine Einwilligung ertheilen 5). Im Nothfalle haften die eigenen Güter des jeweiligen Beſizers dafür 6), oder der Werth muß den Stammserben erſtattet werden 7).

1) *Boehmer* Tom. II. Conſult. 847. n. 20. *Wildvogel* de fideicommiſſ. fam. nob. conv. p. 34.

2) *Mencken* in Syſt. jur. Civ. L. 36. tit. 1. §. 8. p. 551.

3) Conſil. Hall. T. I. L. I. Reſp. 254. n. 38. T. II. deciſ. 828. *Knipſchild* de fideicommiſſ. C. XIII. n. 70. *Oettinger* de fideicomm. C. III. §. 17.

4) *Wernher* P. VI. obſ. 484. *Hert.* Reſp. 40. n. 15. *Lynker* Vol. I. Reſp. 95. n. 19. p. 516. *Wildvogel* cit. Diſſ. C. II. §. 4. p. 26.

5) Moſers Samml. der R.Hrathskonkluſ. Th. I. S. 85. 888. Th. III. S. 599. Th. VI. S. 958. Eſtor Th. III. §. 3439.

6) *Richter* de priv. Credit. Diſſ. 8. p. 234. *Lauterbach* in Coll. theor. Pract. Dig. Vol. II. L. 36. tit. 1. §. 12. p. 1009. *Martini* Comm. for. tit. 45. §. 7. n. 7.

7) *Hert.* Vol. I. Reſp. 479. n. 8. p. 765. *Lynker* Deciſ. 1445.

763.

Unterſcheid zwiſchen Fideikommiß und Stammgut.

Es iſt ein Unterſcheid zu machen zwiſchen ſolchen Gütern, die mit einem römiſchen Fideikommiſſe, und ſolchen, die mit einer ächtteutſchen Stammsgutseigenſchaft belegt ſind. Jene können mit Einwilligung aller Intereſſenten 1) von dieſer Beſchwerde wieder entlediget werden 2). Dieſe aber können ihre Stammseigenſchaft niemals verlieren, weil das daraus erworbene Recht auf die ganze männliche und weibliche Nachkommenſchaft fortſtirbt, und folglich die gleichlebende Anverwandtſchaft denen erſt gebohren werdenden Nachkommen durch ihre Einwilligung nichts entziehen kan 3).

1) Preuß. Geſezbuch, Abth. I. §. 43. 47. S. 267. *Gail.* L. II. obſ. 139. n. 16. *Beck* de lic. Maj. et fid. al. c. 2. §. 17.

§. 17. p. 36. Eſtor Th. III. §. 3443. *Schweder* de al. bon. fid. obnox. §. 15. p. 993. *F. Chr. Harpprecht* de tranſactione ſuper fideicommiſſo inter perſonas ad illud vocatas §. 5. n. 30. *Chr. Wildvogel* Diſſ. de translatione fideicommiſſi. Ien 1699.

2) *Knipſchild* de fideicommiſſ. c. 11. §. 14. n. 379. pag. 489. *Leyſer* Vol. VI. Specim. 403. med. 3. p. 987.

C. *L. Stiegliz* Diſſ. de fideicommiſſis familiae conſenſu eorum, quorum intereſt, ſublatis, ad Deciſ. El. Sax. X. Lipſ. 1752.

Io. Iod. Beck de licita maioratuum et fideicommiſſorum familiae alienatione.

3) *Leb. Guil. Heidenreich* Diſſ. de alienatione fideicommiſſorum familiae vel omnibus etiam de illa conſentientibus illicita. Ien. 1737.

Io. Ulr. de Cramer opuſcul. T. IV. p. 67. 85. *Behmer* Nov. Jus Controv. T. I. obſ. 50.

764.

Verſchiedene Rechtswirkungen.

Bey den romaniſirten Fideikommißgütern können die Güter wegen dem Brautſchaze, wegen der Ausſtattung, Alimentation u. ſ. w. angegriffen und veräuſſert werden 1), nicht aber bey den ordentlichen teutſchen Stammgütern 2), die zuweilen auch mit den Lehnen vereiniget ſind 3).

1) *Knipſchild* de fideicommiſſ. C. XI. n. 234. 310. p. 468. 476. *Schweder* de al. bon. fid. obn. §. 10. pag. 987. *Beck* de licit. Maj. et fid. al. C. II. §. 1. n. 1. pag. 11. *Lynker* Reſol. 419.

2) *Heimburg* diſſ. in doctr. de fideicommiſſ. C III. §. 33. p. 89. *Harpprecht* de fideicommiſſ. conv n. 485. p. 237.

3) *Mart. Gottl. Kerſtan* Diſſ. de fideicommiſſo perpetuo familiae in feudo. Lipſ. 1731.

765.

Altes Allodialrecht.

Es iſt ein Irrthum, wenn man glaubt, ein Allod wäre ein ſolches Grundſtück geweſen, das ehemals im unabhängigen Eigenthum vom Staate die Beſitzer gehabt hätten, und das ſich jezo nach entſtandener Landeshoheit nicht mehr gedenken lieſſe 1). Jenes war bloß der Fall bey den Alloden der alten Dynaſten, die deswegen Allodia nobilia und manchmal Sonnenlehen genennt wurden 2). Dahingegen die Allode der übrigen Freygebohrnen, Allodia Villana, das kaiſerliche Staatsobereigenthumsrecht 3) über ſich erkennen, und gewiſſe Dienſte und Abgaben leiſten mußten 4), wie wir es deutlich aus dem Gepränge bey deren Veräuſſerung erſehen.

1) *Ign. Chr. Lorber a Stoerchen* Diſſ. de allodio ſtante ſuperioritate Statuum territoriali quoad praeſumtionem hodie imaginario. Bamb. 1749.

2) *Ahasv. Fritſch* de feudo Solari. Ien. 1674.

Huld. ab Eyben de feudo Solari. Helmſt. 1677.

Nikol. Hier. Gundling Abhandl. von Sonnenlehen, in Gundling. P. XII. p. 166.

Hartm. ab Eyffa Diſſ. de bonis Germaniae feuda ſolaria Germ. Sonnenlehen dictis. Lipſ. 1716.

Io. Gottl. Hackmann Diſſ. de feudo ſolari. Hal. 1740.

Sieg-

Siegmann Anmerkungen von Sonnenlehen, im II. Theil der Zepernick. Abh. S. 91.

Von der Bedeutung des Worts Gotteslehen. ebendaſ. S. 107.

Etwas von Sonnenlehen, in den Beyträgen zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. IV. n. 2. S. 104.

3) II. feud. 54.

4) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de ſeruitiis feudalibus ex allodio praeſtandis. Ien. 1723.

766.

Eingeſchränkte Veräuſſerung.

Bey der Veräuſſerung eines Allods mußten ehemals alle Erben vor Gerichte in Gegenwart der Schöffen erſcheinen, einander bey den Händen anfaſſen, und darauf feyerlich Verzicht leiſten. Der Richter ließ dann dreymal ausrufen, daß ſich derjenige melden ſolte, der etwas dagegen einzuwenden hätte. Wenn ſich Niemand meldete, ſo ſchlug er das aufgelaſſene Gut dem Käufer oder Gläubiger auf eine ſinnbildliche Weiſe zu, und feſtete ihn unter dem Königsbanne 1) in dem Beſize.

1) *Von der Lahr* in Gloſſar. Alem. ap. *Senckenberg* in Corp. Jur. Germ. T. II. p. 12.

Meine Erbfolgsgeſchichte der Seitenverwandten, §. 16. 17. S. 30. ff.

Meine Abhandl. vom Verſendungsrecht.

767.

Ueberbleibſel im Preußiſchen.

Vorzüglich im Preußiſchen müſſen die adelichen Güter bey den Geſchlechtern erhalten 1), und dürfen daher nicht unangefragt verkauft 2), noch ohne königliche Erlaubnis Erben und Miterben überlaſſen 3), oder wegen Verſchuldung ſogleich angegriffen und losgeſchlagen werden 4).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 53.

2) ibid. Tom. I. p. 371. 873.

3) cit. l. pag. 713.

4) Tom. IV. p. 915. 917. 919. 977. 979.

768.

Bey Erbgütern.

Faſt auf eine ähnliche Art iſt in verſchiedenen Stadtrechten die Veräußerung der Erbgüter beſchränkt 1).

1) *Dietr. Herm. Kemmerich* Diſſ. de facultate alienandi et acquirendi bona immobilia Jure Francofurtano reſtricta. Ien. 1732.

N. B. Poppe Diſſ. qua diſquiritur, vtrum lex noua de bonis hereditariis alienari permiſſis contra ſubditos Hamburgenſes peregre commorantes poſſit applicari. Goett. 1782.

769.

Erbe und Eigen.

Das Allod theilte ſich bey den Teutſchen in Erbe und Eigen 1). Erſteres war das eigentliche Stammgut, und

und lezteres, das auch ein wolgewonnenes Gut, die Errrungenſchaft heiſt 2), beſaß der Beſizer mit vollkommenem Eigenthume, und hatte es entweder ſelbſt erworben, oder wenigſtens nicht mit jener Verbindlichkeit erhalten, ſondern konnte darüber frey diſponiren, und es willkührlich vererben 3).

1) Daniel Höfers Unterricht von verſchiedenen Gattungen der Allodialgüter. Waldenburg 1727.

2) *Bebmer* in Novo Jure Contr. T. II. obſ. 149. p. 664.

3) *Iac. Frid. Ludovici* Diſſ. de diuerſo jure bonorum adquiſitorum et hereditariorum. Hal. 1714.

770.

Heutige Beſtimmung des Allods.

Ein Allod bedeutet auch ein ſolches Gut, das von allen lehenherrlichen und gutsherrlichen Beſchwerden und Abgaben frey iſt 1). Es muß wenigſtens keinem gutsherrlichen Obereigenthume unterworfen ſeyn, daher ich die Abtheilung in Eigen und Zinsgut nicht für richtig anerkennen kan 2).

1) *Ant. Faber* in Cod. ad tit. de probat. def. 10. n. 1. *Du Freſne* in Gloſſar. inf. latin. v. Allod. *M. Ant. Dominicy* de praerogatiua allodiorum in provinciis, quae jure ſcripto reguntur, ap. *Schilter* ad Cod. Jur. feud. Alem. c. 22.

2) Gloſſe zum Sächſ. Landr. B. III. c. 79. Zobel. Ausg. Bl. 439.

III. Glied.

Lehenrecht.

771.

Literatur.

Chr. Henr. de Senckenberg Corpus Iuris feudalis Germanici. Edit. *Eiſenharthi.* Hal. 1772.

Io. Chr. Lünig Corpus Iuris feudalis Germanici. Francof. 1727. III. Tomi.

Ge. Ad. Struve Syntagma Juris feudalis, cum Prodr. Iur. feud. *Henr. Chr. de Senckenberg.* Francof. 1734.

Io. Schilter Commentarius in Ius feudale Alemannicum. Argent. 1728.

Herm. Vulteji L. II. de feudis. Edit. V. Francof. 1629.

Io. Guil. Itter de feudis Imperii. Francof. 1704.

Io. Laur. Fleiſcher Inſtitutiones Iuris feudalis. Hal. 1730.

Joh. Jac. Moſer von der teutſchen Lehensverfaſſung.

Io. Iac. Maſcov de jure feudorum in Imperio Rom. Germ. Lipſ. 1768.

Io. Aug. Hellfeld Elementa Iuris feudalis. Ienæ 1775.

Conr. Fridelieb a Friedensberg Comment. in Conſuet. Feud. juxta Ius commune tum etiam particulare cert. provinciarum, inprimis Saxoniæ, Marchiæ, Pomeraniæ et Megapolis. Roſt. 1677.

Car. Frid. Moeller Primæ lin. vſus Pract. diſtinctionum feuda-

feudalium ad feuda tam Imperii quam provincialia ſpeciatim Brandenburgica et Megapolitana adplicati, cum animadverſ. *Iac. Henr. Balcke* et *Io. Chr. Woltær*. Roſt. 1775.

Petr. Tornovius de feudis Mecklenburgicis eorumque jure juncta Collatione cum vicino Iure feudali tum Pomeranico tum etiam Marchico. Guſtrow. 1708.

772.

Lehengüter.

Ein Lehengut iſt ein ſolches Grundſtück, oder eine Gerechtigkeit, wovon das Nuzeigenthum unter vorbehaltenem Obereigenthume und unter wechſelſeitiger Verpflichtung zur lehenbaren Treue und Obliegenheit einem andern überlaſſen worden iſt. Ich leugne nicht, daß auch aus andern Sachen Lehen gemacht werden können. Allein hier handle ich bloß von ſolchen, die zugleich Landgüter ſind, oder dazu gehören.

773.

Lehenweſen.

Man unterſcheidet beym Lehen das Weſen, die Attribute und die Zufälligkeiten. Der Obereigenthümer heiſt Lehenherr, und der Nuzeigenthümer Vaſall 1). Außerdem gibt's noch Lehenträger 2), Lehensverweſer 3), Lehensherrnſtellvertreter 4). Zum Weſen gehört die Sache, das Obereigenthum 5), das Nuzeigenthum 6) und die urſprüngliche kriegeriſche Lehenstreue 7).

1) *Rud. Fr. Telgmann* de genuina ſignificatione Vaſalli eiusque iure exinde fluente. Brunſw. 1728.

2) *Io. Mart. Link* de vaſallo vicario, vom Lehenträger. Alt. 1681.

And. Mylius de Provaſallo, vom Lehenträger. Lipſ. 1688.

Fr. Car. Conradi de Provaſallis. Vit. 1729.

3) *Io. Chr. Schroeter* de Curatore feudi. Ien. 1707.

4) *Sam. Stryk* de jure Prodomini.

5) I. feud. 8. pr. 6) II. feud. 23. §. 2.

7) II. feud. 6.

774.

Lehensgrund.

Zwar ſind ehemals nicht alle Lehen des Kriegsdienſts wegen, ſondern einige auch zum Behuf der Hof= und Amtsdienſte 1) gegeben worden. Allein auch bey dieſen war eine Verbindlichkeit, den Lehenherrn im Kriege zu unterſtüzen vorhanden, als worinn ſich hauptſächlich das Lehenweſen von den ähnlichen germaniſchen Rechtsmaterien, als den Bauergütern, wo ebenfalls oft ein zertheiltes Ober= und Untereigenthum und eine Huldigungspflicht zur Dienſtableiſtung, nur aber nicht eine urſprünglich kriegeriſche Verbindung vorhanden iſt 2).

1) A. V. de Benef. c. I. §. 149. Alem. Lehenr. c. 113. Sächſ. Lehenrecht, Art. 67.

Io. Ad. Theoph. Kind Diſſ. de beneficiis Jure Curiae conceſſis eorumque a feudis diſcrimine. Lipſ. 1774.

2) Vergl. *Senckenberg* in Prolegom. ad prim. lin. Jur. feud. p. 1. ſeqq.

Io. Pet. de Ludewig de Jure Clientelari Germ. in feudis et coloniis. Hal. 1717.

775.

775.

Lehensatribute.

Die Lehensatribute entſtehen aus dem Weſen des Lehens, werden demnach als vorhanden vermuthet 1), und können mit Bewilligung der Parthenen im Lehenskontrakte abgeändert werden 2).

1) II. feud. 2.

2) *Sam. Stryk* de praeſumtione feudali, c. 2.

776.

Lehenszufälligkeiten.

Die Zufälligkeiten beruhen auf beſondern Beſtimmungen, und müſſen als eine Thatſache erwieſen werden 1).

1) II. feud. 18. 48.

777.

Rechte, uneigentliche Lehen.

Ein Lehen, das alle ſeine Attribute beſizt, heiſt ein eigentliches und rechtes Lehen 1), und dasjenige, das darinn Veränderungen erfahren hat, ein uneigentliches Lehen 2).

1) *Chr. Gottl. Gutſchmidt* Diſſ. de feudis omnibus jure propriorum omni ex parte cenſendis, niſi mutatio rationis feudorum communis demonſtretur. Lipſ. 1756.

2) *Io. Wurmſer* de feudis impropriis in genere et in ſpecie. Tub. 1657.

Io. Frid. Rhetius Diſſ. de feudis impropriis.

Karl Ad. Freyherr von Braun Gedanken von der Lehre von den uneigentlichen Lehen, in Zepernicks Abhandl. Th. III. S. 161.

778.

Böhmeriſche Irrthümer.

Es iſt ein Irrthum, welcher das ganze Böhmeriſche Lehrbuch durchläuft, und es zum praktiſchen Gebrauche untauglich macht, wenn man die Eigenſchaften eines rechten Lehens nach den Grundſäzen des Longobardiſchen Lehenrechts beurtheilen will 1). Denn dieſes Rechtsbuch enthält bloß die Lehensverfaſſung, wie ſie im XII. und im XIII. Jahrhunderte beſchaffen geweſen iſt, ſeit welcher Zeit aber große Revolutionen vorgegangen ſind, die dem Lehenweſen eine ganz andere Geſtalt gegeben haben 2); dann enthält es viele Eigenheiten, die nur der Italieniſchen Verfaſſung zukommen, und in Teutſchland gar nicht angewendet werden können; hernach iſt dieſes Rechtsbuch nur in Subſidium, auf den Fall das eigene vaterländiſche Gewohnheitsrecht, als welches ſich bis dieſe Stunde in beſtändigem Gerichtsbrauche erhalten hat, in der Sache nichts beſtimmen ſolte, angenommen worden.

1) *Ge. Lud. Boehmer* Principia Jur. feud. praeſ. Longob. Goett. 1782. § 37.

2) *Iuſt. Chr. Willerding* de incongrua applicatione Juris Longobardici ad Germaniae feuda. Gieſſ. 1705.

Gebh. Chr. Baſtineller de praejudicio Principum ex abuſu Jur. feud. Longobardici. Vit. 1727.

Ern. Ioach. de Weſtphalen Medit. de fatis et ſtudio Jur. feud. in Germania. Wiſm. et Sund. 1725.

Ricciardus de Antiquis Epiſt. qua ſententia de vſu Jur. feud. Longobard. exponitur et trutinatur. Colon. 1739.

Joh.

Joh. Ad. Kopp Vorrede zum I. Theil der Proben des teutſchen Lehenrechts.

Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 9. ff.

779.

Gattungen von Lehen.

Man hat Staats- Hoheits- und Privatlehen, Reichs- und landſäßige Lehen, adeliche und unadeliche Lehen und noch eine große Anzahl Lehen, die aber ihrer Natur nach nicht verſchieden, ſondern nur von verſchiedenen Gegenſtänden ſind.

780.

Fortſezung.

Von mehrerer Bedeutung iſt die Abtheilung in Erblehen, Weiberlehen, Stammlehen, Neulehen, Franklehen, Thronlehen, geiſtliche Lehen.

781.

Vernichtung der Lehenbarkeit.

Die Lehensverfaſſung eines Guts hört durch die Lehensvereinigung 1) und durch die Lehensvererbung 2) auf. Das erſte geſchieht durch den Heimfall des Lehens an den Lehenherren, und das andere durch die Erwerbung des Obereigenthumsrechts auf Seiten des Vaſallen.

1) *Io. Godofr. Brauer* de feudi conſolidatione temporaria. Alt. 1718.

Ge. Lud. Boehmer de impedita feudorum conſolidatione. Goett. 1740.

2)

2) *Gabr. Schweder* de appropriatione feudorum. Tub. 1704.
Iac. Born de transmutatione feudi in allodium. Lipſ. 1693.
God. Dan. Hoffmann de appropriatione feudorum. Tub. 1750.

782.
Eröfnete Lehen.

Ein Lehen, das auf dem Heimfalle ſteht, heiſt eröfnet, und kan oftmals, ehe die Vereinigung geſchehen, wieder zu Lehen gereicht werden, wo hingegen manchmal in dieſem Falle ſeine weitere Vergebung nicht mehr erlaubt iſt.

783.
Lehensvererbungsfälle.

Die Lehensvererbung geſchieht entweder durch die lehensherrliche Willenserklärung oder Auflaſſung, oder durch eine Verjährung von 30. Jahren 1).

1) *Io. Bernh. Frieſe* de feudi in allodium praeſcriptione. Ien. 1711.
Iac. Henr. Zoll de feudi per vaſallum alienati praeſcriptione contra dominum directum.

784.
Preußiſche Allodifikation.

In Schleſien 1) geſchah ſchon 1705. eine Art von Lehensvererbung, beſonders zu Brieg 2). In den übrigen Preußiſchen Staaten erfolgte ſie den 5. Jan. 1717. durch ein Edikt 3), welchem hernach zwei Reſolutionen vom 24. Febr. und 17. April 4) und die Verſicherung vom 30. Jun. 5) ebendeſſelben Jahrs für die Kur=

Kurmark nachfolgten, und die unterm 30. April 1718. 6) auf die Neumark und einverleibten Kreiſe ausgedehnt wurde. Schon in der Schwediſchen Reſolution vom 10. April 1669. 7) wurden die Vorpommeriſchen Lehen gewiſſer maßen für Erbgüter erklärt, oder zu einem Mittelding von Lehen uud Allodialgut gemacht, wogegen ſie die Summe von 26779. Thaler als Kavallerieverpflegungsgelder übernahmen. In Hinterpommern verſtand man ſich ſehr gerne zur Entrichtung der Helfte des aufgelegten Lehenskanons, wolte aber der Lehensverbindung nicht entſagen, obſchon die Gnade des jezigen Königs ſoweit gieng, ihnen ohne Erhöhung der Ritterpferdegelder die Oberlehenbarkeit ganz zu erlaſſen, ſondern nach dem Protokolle vom 30. Jun. 1768. blieb der größte Theil der Pommeriſchen Vaſallen dabey, daß die alte Lehensverfaſſung beybehalten werden möchte 8). Faſt auf gleiche Art verhält es ſich mit den Weſtphäliſchen Provinzen Kleve und Mark, die ebenfalls einen geringern Lehenskanon bezahlen, und dennoch nicht von der Lehensunterwürfigkeit befreyt ſeyn wollen 9). Dahingegen folgten ganz dem Beyſpiele der Kurmark Magdeburg, Halberſtadt 10) und Minden. In dem Königreich Oſtpreußen geſchah die Lehensvererbung nach vorhergegangener Königlicher Verſicherung vom 8. Dezember 1732. unterm 31. Oktober 1738. Es blieben alſo die Provinzen Geldern, Meurs, Tecklenburg, Lingen und Oſtfriesland, die weder den Lehenskanon übernommen haben, noch der Allodification theilhaftig worden ſind, deſſen ohn-

ohngeachtet wurde durch einen Kabinetsbefehl vom 7. Dezember 1766. 11) dieſe königliche Begnadigung ohne alle Beſchwerde auch auf ſie erſtreckt. Bey der Beſitznehmung von Weſtpreußen wiederfuhr den neuen Vaſallen in dem Notifikationspatent vom 2 September 1772. ebendieſelbe königliche Gnade.

1) *Lünig* in Corp. Jur. feud. Tom. II. p. 248.

2) Dipl. ap. *Ludewig* Reliqu. MSS. Tom. VI. p. 74.

3) in C. C. March. T. II. Abth. V. p. 82. n. 59.

4) cit. l. p. 83. 87. n. 60. 61.

5) ibid. p. 90. n. 62.

6) p. 95. n. 6 ʀ. *Lünig* cit. l. p. 841.

7) Auserl. Samml. Pommer. Urk. u. Nachr. Ausfert. II. n. 38. S. 441.

8) Siehe die Königl. Verordn. und die Akten in den Beyträgen zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Saml. VIII. Zug. I. S. 356. ff.

9) ap. *Lünig* in Corp. Jur. feud. T. II. p. 1025.

10) ibid. p. 945. Vergl. von ihrer übrigen, beſondern Beſchaffenheit *Leop. Alb. Schoppius* in theſauro feudali practico, Halberſt. 1670.

11) in der angef. Zugabe I. zu den Beytr. der juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, S. 356.

785.

Fortſezung.

Es ward auch den einzelen Vaſallen in den Preußiſchen Staaten freygelaſſen, ſich abgeſondert der königlichen

lichen Gnade theilhaftig zu machen. Daher in denen Provinzen, wo die Allodifikazion nicht allgemein angenommen wurde, von des Königs Maj. viele einzele Lehensvererbungen ertheilt worden ſind 1).

1) wovon ein Beyſpiel in dem Geſchlechte vom Stammer von 1748. ap. *Boehmer* in adp. n. 30. ad princ. jur. feud.

786.

Jezige Rechtsverfaſſung der Preußiſchen allodifizirten Lehen.

Durch obige königliche Geſeze ſind um alle Lehen, deren Beſizer ſich der königlichen Gnade unterzogen haben, für allodial und für Erbgüter erklärt, und alle Lehensobereigenthumsrechte aufgehoben worden. Dahingegen bleibt zwiſchen der Familie, zwiſchen den Geſamthändern und den Anwartſchaftserben die alte Lehensverbindung ganz unverrückt beſtehen 1). Nur daß die Erben des lezten Vaſallen in dieſem Falle, den von ihm entrichteten Betrag der Rittergelder wieder vom expektivirten Erbfolger herausbezahlt erhalten 2).

1) *Behmer* in Nov. Jur. Contr. T. I. obſ. 24. 25. pag. 229. 231.

Io. Chr. Woltær Progr. de feudis Marchicis allodificatis conſenſuali qualitati haud obnoxiis. Hal. 1782.

2) Vergl. Vangerows Theorie der gerichtl. Dekretirkunſt, Th. II. Abſch. 4. §. 619 ff.

787.
Ausnahmen.

Es bleiben von dieſer Preußiſchen Lehensvererbung ausgenommen: die Lehen der Erbämter und der erlauchten Perſonen, ſolche, die auſſerhalb Landes gelegen ſind, oder auf dem Heimfalle ſtanden 1), alle unadeliche mit keinem Ritterpferde und Lehenskanon belegte Lehengüter. Dieſes Leztere ſcheint ſich jedoch nur auf Pommern 2) zu beziehen, weil es im Edikte vom 5. Jenner 1717. ausdrücklich heiſt, alle adeliche Schulzen- 3) und Bauerlehne ſollten Allodial- und Erbgüter ſeyn.

1) Reſolution an die Lehenskanzley vom 25. Febr. 1720. in C. C. March. T. II. Abth. V. p. 110.

2) Reſcript an die Pommerſche Regierung vom 8 Dez. 1766. in der Zug. I. zur jur. Liter. in den Preuß. Staaten, S. 359.

3) Von deren beſondern Erbfolge *Behmer* Nov. Jus controv. T. II. obſ. 77.

788.
Jezige Lehensverfaſſung im Preußiſchen.

Es ſind daher in den Preußiſchen Staaten verſchiedene Gattungen von Lehen zu bemerken: I. diejenigen, die überhaupt ihre alte rechte Lehensbeſchaffenheit ganz unverändert behalten haben, und durch alle Preußiſche Staaten zerſtreut ſind; II. diejenigen, die vorlängſt eine uneigentliche Gattung von Lehen geweſen ſind, zwar als Erblehen den allodifizirten Lehen ſehr nahe kommen, aber

aber doch ihre lehenherrliche Verbindung und Abhängigkeit nicht förmlich aufgegeben haben, dergleichen die Pommeriſchen 1), Kleviſchen 2), Geldriſchen 3), Weſtpreußiſchen 4) und Schleſiſchen Lehen 5); III. diejenigen, die in Rückſicht der Lehensherrſchaft aufgehört haben, Lehen zu ſeyn, und Allode geworden ſind, aber in Rückſicht der Vaſallen unter ſich und gegen Andere alle Lehenrechte und Verbindlichkeiten behalten haben. Mehreres vom Preußiſchen Lehenrecht 6) will ich hier nicht anführen.

1) *Sam. Stryk* Diſſert. de feudis Pomeranicis. Francof. 1679.

Io. Sam. Hering de origine, natura et jure feudorum Pomeranicorum. Gryph. 1711.

Ph. Balth. Gerdes de norma et modo judicandi controverſias feudales in Germania et patria Pomerania. Gryph. 1718.

Io. Paul. Kreß de debitis ex feudis praecipue Pomeraniae ſoluendis.

Behmer in Nov. jur. controv. P. I. obſ. 24. 25. p. 229. 231. Beyträge zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Samml. II. S. 1 ff. Samml. IV. S. 1. ff. Zugabe 1. S. 51. ff. Oecon. for. T. IV. p. 308.

2) *Io. Koenen* Diatribe de feudis Clivenſibus et Marcanis eorumque indole, cum mantiſſa dipl. Cliv. 17 9. MS.

Io. Frid. Rhetius de feudis Clivenſium vel Zutphanienſium more conceſſis. Francof. 1682.

Ludewig de Jure feud. C. V. Qu. 1. §. 3. *Ludolff* P. III. obſ. 243. p. 9. ſeqq. P. II. obſ. 235. p 717. ſeqq. *Lünig* C. J. feud. T. II. p. 1023. *Gerh. Feltmann*

Lib. de feudis, T. I. opp. p. 162. *Id.* de jure in re et ad rem, c. 16. cit. l. p. 99. *Behmer* Nov. Jus Contr. obſ. 40. Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XI. n. 9. S. 114.

3) *Frid. a Sande* Comment. in Gelriae et Zutphaniae Conſuet. feud. &c. Arnh. 1634.

4) *Zach. Heſſe* Diſſ. I. de Pruſſiae feudis. Regiom. 1721.

Io. Pet. de Ludewig diff. Jur. feud. Communis atque Prutenici. Hal. 1718.

Io. Chr. a Bertrand Diff. Jur. feud. Communis et Prutenici prov. Reg. 1695.

5) *Iac. Schickfuſii* Conſuetud. Sileſiae feudalis, in *Lünig* Corp. Jur. feud. T. III. p. 222.

Wilh. Ge. Schroer a Sternfels Conſuetudines Sileſiae feudales. Lugd. 1698.

Sam. Stryk de feudis ducatuum Sileſiae Suidnicenſis et Iauracenſis. Hal. 1704.

Eph. Gerhardi de alienatione feudorum Sileſiae. Ien. 1714.

6) Deſſen Literatur von der Mark Brandenburg, in den Beytr. zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Saml. VII. S. 176. ff. Von Cleve u. Mark, ebend. Samml. II. S. 394. ff. Von Pommern, in Geſterdings Literatur des Pommeriſchen Lehenrechts, Greifswalde 1773. Von Schleſien, in *Rangii* Notitia Hiſt. et Hiſt. Gent. Sileſ. P. I. tit. 3. c. 1. §. 8.

789.

Lehensveräuſſerung.

Nach der Regel iſt das Lehen unveräuſſerlich 1), wovon es aber gleich urſprüngliche Ausnahmen giebt 2), oder

oder auch die Veräuſſerung durch die Agnaten 3) und den Lehenherrn 4) bewilligt werden kan. Bey einer unrechtmäſſigen oder unerlaubten Lehensveräuſſerung gebührt den Agnaten und Lehensfolgern entweder die Rückforderung 5), oder das Näherrecht 6), oder der Vorkauf 7), oder der Wiederkauf 8), lauter an ſich ganz verſchiedene Rechte 9). In Pommern kan kein Sohn, bey einem Lehen, das vom Vater veräuſſert worden, das Näherrecht ausüben; dahingegen er im Magdeburgiſchen in dieſem Falle die Rückforderungsklage anſtellen kan 10).

1) *Ern. Frid. Schroeter* de feudi alienatione. Ien. 1714.
Barth. Camerarius de prohibita feudi alienatione Rom. 1561.
Chr. Thomaſius de cauſis prohibitae alienationis feudi. Hal. 1709.
Godofr. Lud. Mencken de illicita feudi alienabilis alienatione. Vit. 1717.
Lebr. Guil. Heydenreich de alienatione feudorum, quae fit absque Domini directi, agnatorum et in Saxonia ſimultanee inueſtitorum conſenſu. Lipſ. 1731.

2) *Chr. Thomaſius* de feudo alienabili. Hal. 1709.

3) *Ge. Ad. Schuberth* de valida feudi absque Domini conſenſu a Vaſallo facta alienatione. Lipſ. 1723.
Lud. Mencken de feudo ex pacto cum ſimultanee inueſtitis alienabili. Lipſ. 1704.

4) *Theod. Bolz* de conſenſu Domini in alienatione feudi. Regiom. 1707.

5) *Stat. Herb. von Windheim* de reuocatione feudi, quae fit ſucceſſionis jure Ien. 1668.

Car. Henr. Heydenreich de reuocatione feudi illorum, qui in alienationem valide conſenſerunt Ien. 1719.

Caſp. Ziegler de jure reuocandi feudum.

6) *Iul. Bernh. de Rohr* de retractu gentilitio filiorum in feudis. Lipſ. 1710.

Ge. Ad Schuberth Progr. de gentilitio retractu in permutato feudo exule.

7) *Dav. Stavinsky* de feudi alienati reuocatione ex jure Protimiſios. Regiom. 1698

Leonh. Lud. Mencken de jure Protimiſios Domino directo in quouis feudorum alienatione ſecundum Jus Saxon. competente. Vit. 1738.

Ern. Tentzel de jure protimiſios ſimultanee inueſtitis poſt literas reuerſales de libera feudum alienandi facultate datas competente. Erf. 1727.

Wilh. Leiſer de jure protimiſios quod domino feudi competit.

8) *Matth. Stein* de reluitione feudi oppignorati. Roſt. 1716.

Ge. Chr. Gebauer de jure reluendi per generalem conſenſum ſimultanee inueſtiti in alienatione feudi extincto. Lipſ. 1725.

9) *Behmer* T. I. obſ. 45. p. 294.

10) *Behmer* T. II. obſ. 124. Jur. Nov. Contr. p. 628.

790.

Verpachtung, Verleihung.

Obſchon nun die Lehen in der Regel nicht veräußert werden mögen, ſo hindert dieſes doch ihre Verpachtung nicht 1), noch gewiſſermaßen ihre emphyteutiſche Verleihung

leihung 2). Ebenſo wird nach allgemeinem Lehenrechte die Beafterlehnung zugeſtanden, deren Rechtswirkung aber ohne Bewilligung nach Erlöſchung der Lehenserben aufhört 3).

1) *Ge. Ad. Schuberth* Diſſ. de jure locandi vaſallorum. Ien. 1715.

2) *Ge. Chr. Erlabeck* de emphyteuſi rerum feudalium. Alt. 1716.

3) *Godofr. Schilter* Comment. de Subinfeudatione, vulgo Afterbelehnung. Ien. 1741.

Zach. Prueſchenck Diſſ. de Excadentiis ſiue Subinfeudatione. Ien. 1639.

Mich. Henr. Gribner de Subfeudorum Imperii, quae olim immediata feuda fuerunt, praerogatiua. Lipſ. 1728.

And. Kohl tract. de Subfeudis cum additionibus *Iul. Ant. a Freundsberg*. Marp. 1631.

791.

Lehensdienſte.

Die Vaſallen müſſen für den Genuß ihrer Lehen gewiſſe Dienſte, die ſie nicht verweigern dürfen 1), thun, und eine Anzahl Ritter = und Lehenpferde ſtellen 2), die ſie aber heutzutage gemeiniglich mit Geld bezahlen; wovon oben B. I. §. 724.

1) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de denegatione ſeruitiorum feudalium, von Verſagung der Ritter = und Lehendienſte. Alt. 1700.

2) *Ant. Borrinius* de Cavalcata et vaſallorum ſeruitiis pacis et belli tempore praeſtandis. Spirae 1614.

Ge. Engelbrecht de ſeruitiis vaſallorum militaribus, vulgo Ritterdienſte, Ritterpferde. Helmſt. 1706.

Henr. Hildebrand de equo ſequelae et ad alia ſeruitia deſtinato, atque de equo equeſtri et feudali, vom Heer Dienſt-Ritter- und Lehenpferde. Alt. 1718.

Erh. Spiz de Corredo ſeruitii feudalis ſpecie. Alt. 1716.

Io. Sam. Hering de ſeruitiis feudalibus vaſallorum Pomeraniae orientalis Francof. ad Viad. 1706.

And. Kohl de Seruitiis feudalibus et ſubfeudis (praeſertim March. et Pomeran.) Francof. 1722.

IV. Glied.

Rittergůter.

792.

Erklårung.

Ein adeliches freyes Rittergut 1) iſt eine ſolche Grundbeſizung, die ſchon im Mittelalter das Eigenthum des Adels geweſen, und daher noch jezo gewiſſe Gerechtigkeiten, und die Befreyung von allen öffentlichen Laſten und Beſchwerden genießt.

1) *Aug. a Leyſer* de juribus praediorum et feudorum nobilium inprimis Saxonicorum. Helmſt. 1718.

Ge. Henr. Ayrer de praediis nobilitatis Bremenſis equeſtribus eorumque juribus ac priuilegiis. Goett. 1745.

793.

Eintheilung.

Sie ſind Herrſchaften, Burggüter, Schloßgüter 1), Gerichtsbarkeiten, adeliche Güter, Rittergü-

ter,

ter, Sattelhöfe 2), Sattelfreye Güter 3), adeliche Lehen 4) u. ſ. w. theils einzeln unmittelbar, theils der Ritterſchaft einverleibt, und theils landſäßig.

1) *Adr. Beyer* Diſſ. de jure Caſtrenſi. Ien. 1694.

Gotth. Frid. Appold de feudis Caſtrenſibus. Marp. 1728.

Ph. Car. de Knigge de natura et indole Caſtrorum in Germania. Goett. 1747.

Balth. Frid. de Mithofen de Caſtro ſiue loco munito. Goett. 1747.

Rud. Aug. Nolten von der Belehnung mit Höfen und Häuſern, die mit einem Thurme verſehen ſind, in Zepernicks Abhandl. Th. II. S. 368.

2) Verſuch einer Bedeutung des Worts Sattelhof, in Zepernicks Abhandl. aus dem Lehenrecht, Th. II. n. 17. S. 215.

3) *Strube* de praediis, quae dicuntur, Sattelfreye Güter in Obſ. X. p. 278. *Ayrer* de praed. equ. Brem. §. 21. p. 31. Deneke Dorf- und Landr. Th. III. c. 5. S. 185. *Pufendorf* de Jurisdict. Germ. P. II. Sect. 3. c. 1. §. 46.

4) *Io. Nicol. Hert.* de feudo Nobili.

Caſp. Ach. Beck de vera indole feudi et officii nobilis. Ien. 1722.

Io. Strauch de feudo nobili. Ien. 1657.

Henr. Hildebrand de feudo clypeari, vom adelichen Schildlehen. Alt. 1719.

794.

Fortſezung.

Sie ſind entweder vollſtändige oder unvollſtändige Rittergüter. Erſtere beſtehen aus einzelen Burgen,

 Schlöſ-

Schlöſſern, Wohnhäuſern, mit geringen Zubehörungen und Leztere haben Bauern, Unterthanen und ganze Dorfſchaften, wovon der Edelmann Gefälle zieht, und worüber er Gerichtsbarkeit ausübt 1).

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. C. V. §. 2. ff. Eſtor Th. I. §. 1988. 1989.

795.
Grund ihrer beſondern Rechte.

Der Grund ihrer Gerechtigkeiten beruht auf der Beſchaffenheit des vollſtändigen Eigenthums im Mittelalter, und die Urſache ihrer jezigen Befreyung iſt die ehemalige Unverbindlichkeit aller Freygebohrnen zu Steuern und Abgaben, und ihre Gewohnheit den Staat in eigener Perſon zu beſchüzen und zu vertheidigen.

796.
Reichsrittergüter.

Die unmittelbaren Reichsgüter beſizen die hohe und niedere Gerichtsbarkeit, den Blutbann, das Jagdrecht, den Judenſchuz, Zinſe, Frohnen. Sie ſind in Anſehung der Bewirthſchaftung und des Landbaues durch nichts eingeſchränkt.

797.
Landtagsgerechtigkeit.

Häufig iſt mit dem Beſize adelicher Güter das Recht auf Landtagen zu erſcheinen verbunden 1). Es iſt dieſes der Fall in den meiſten Preußiſchen Staaten 2), vorzüglich in Pommern 3), Oſtfriesland 4), Salzburg 5),

Lau-

Lauſiz 6), Kurſachſen 7), Mecklenburg 8), Jülich und Bergen 9).

1) *Io Gottl. Seger* de coniunctione loci et ſuffragii in Comitiis prouincialibus cum dominio praediorum nobilium. Lipſ. 1769.

2) Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 4. §. 35.

3) *Sam. Stryk* Diſſ. de matriculis Pomeraniae vlterioris. Francof. 689.

4) Lünigs Collekt. von der landſäß. Ritterſchaft Th. II. S. 1481.

5) a. a. O. Theil I. S. 1353.

6) ebend. Th. I. S. 850.

8) Mecklenb. Erbvergl. §. 147. 153.

9) Jülich. Hauptrezeß §. 2.

798.

Ritterdienſtverpflichtung.

Weil der Adel urſprünglich zur Vertheidigung des Staats beſtimmt geweſen, ſo muß er noch heutzutage aus ſeinen Lehen und Rittergütern eine Anzahl Lehen- und Ritterpferde ſtellen 1), oder dafür eine gewiſſe Summe bezahlen. B. I. §.724.

1) Von Rohr B. III. c. 1. n. 3. §. 2. 3. 4. ff.

799.

Jagdgerechtigkeit.

Aus dem alten Eigenthumsrechte fließt das Jagdrecht, welches mit jedem alten adelichen Gute verknüpft war 1). Allein da die heutigen adelichen Güter nicht ſämtlich von dem alten Adel herrühren, hernach die

Reichs-

Reichsſtände durch die Erwerbung der Königsbannforſte landeshoheitliche Gewalt über gewiſſe Jagdreviere erhalten haben 2), ſo iſt es geſchehen, daß heutzutage dem adelichen Gutsbeſizer nicht überall das Jagdrecht zugeſtanden, oder wenigſtens in einigen Ländern, wie auch im Preußiſchen, davon die hohe Jagd ausgenommen wird. Mehrers unten beym Jagdrecht.

1 *Biener* de nat. et ind. domin. L. II. c. 2. p. 135. *Struben* Vind. Jur. Ven. Nobil. Germ. C. I. §. 27. Ebend. Nebenſt. Th. I. Abth. II.

2) *Biener* cit. l. p. 137. *Selchow* §. 284. El. Jur. Germ.

800.
Folgerungsſaz.

Wenn daher in einem Lande nicht ausdrücklich alles Jagdrecht oder doch die hohe Jagd zu den Regalien gehört, ſo iſt heutzutage bey der Ueberlaſſung eines alten Ritterguts mit allen Rechten und Zubehörungen das Jagdrecht damit verknüpft 1).

1) *Heroldt* in Obſ. Conſil. et Deciſ. for. Obſ. 14. n. 113. *Knipſchild* de oblig. Dom. et Vaſalli, P. II. qu. 1. 11. 101. Riccius von des Adels Jagdger. C. I. §. 25. Struben Nebenſt. Th. II. Abh. 11.

801.
Braurecht.

Dem Adelſtand kam auf ſeinen Gütern das Braurecht, die Brandteweinbrennerey und die Schankgerechtigkeit zu, u. er beſizt beide Erſtere noch jezo in Oberteutſchland 1). Allein das Leztere wird ihm beynahe nirgend mehr eingeräumt,

räumt, als wo er es hergebracht hat 2). Sonſt iſt er auch in Anſehung jener Gerechtigkeiten noch in Niederteutſchland und in Schleſien durch das ſtädtiſche Meilenrecht eingeſchränkt 3). Ausführlicher beym Braurechte.

1) Struben Nebenſt. Th. III. Abh. 19. §. 11. S. 399.

2) Heß. Kaß. L. A. v. 1731. §. 10. Cod. Aug. T. I. p. 10.

3) *Ludolff* Obſ. 135. p. 128. *Heumann* Init. Jur. Polit. c. 31. p. 343.

802.

Erbgerichtsbarkeit.

Daß auch mit den adelichen Gütern der Beſiz der Erbgerichtsbarkeit verbunden, habe ich ſchon an mehreren Orten B. I. §. 341. ff. ausgeführt. Sie kan im Preußiſchen in eigenem Namen nur von adelichen Beſizern ausgeübt werden 1), und wenn dieſer auch gleich Officier iſt, ſo kan er in Streitigkeiten, die von ſeinem Gute herrühren, nicht vor den Kriegsgerichten belangt werden 2). Vermög der Verfaſſung des Mittelalters waren mit der Erbgerichtsbarkeit verſchiedene heutige Kammerregalien, als das Abzugsrecht u. ſ. w. verknüpft.

1) Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 4. §. 31.

2) Reſcript vom 30. May 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 107.

803.

Steuerfreyheit.

Vermög der alten Kriegsverfaſſung ſind die adelichen Güter ſteuerfrey, und auch von andern dinglichen

Laſten

Laſten entledigt 1). Daher ſie eben ſo wenig der Quartierslaſt und dem Servis unterworfen ſind 2). Dieſe Befreyung erſtreckt ſich aber nicht auf ihre Hinterſaßen und Unterthanen, wovon weiter unten.

1) Strube von der Steuerfreyheit des teutſchen Adels, Th. II. der Nebenſt. S. 405 *Kreß* de privil. agricult. C. II. §. 12. p. 64. Eſtor Th. II. §. 4560. 4561. 4562.

2) Gnüge Kriegsrecht, Abſch. IX. §. 145. S. 66.

804.

Grund der Preußiſchen Privilegien des begüterten Adels.

Heutzutage werden, beſonders in den Preußiſchen Staaten, die begüterten Edeleute deswegen mit vielen Freyheiten begünſtigt, damit ſie ſich mehr auf ihren Gütern aufhalten, und mit der Landwirthſchaft beſchäftigen 1). Sie werden wegen ihrem Hausbrauche Acciſe- 2) und zollfrey 3) gehalten, ſogar das Salz und die Weine können ſie ſich zur Nothdurft zollfrey verſchreiben 4). Faſt auf gleiche Art wird es mit ihrem Zuwachſe gehalten, wenn ſie ihn auf die nächſten Märkte zum Verkaufe bringen, und ſelbſt der Pommeriſche und Kurmärkiſche Adel, wenn ſie einander wechſelſeitig ihre Landeserzeugniſſe zuführen, bleiben frey 5).

1) Entw. des Preuß. Geſezb. Abth II. S. 165. C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 47. 57 Wirtemb. Landtagsabſch. bey *Beſold* Vol. II. Conſil. 32.

2) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 449. 450. 481. 489. 507. T. VI. Abth. I. p. 61. 66. Cont. II. p. 146.

3) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 19. 25. 34. 48. 56.

4)

4) T. IV. Abth. II. p. 10. 21. 32. T. VI. Abth. I. p. 61. 66. Cont. II. p. 146. Cont. III. p. 119.

5) C. C. March. Nov. T. IV. p. 1015.

805.
Adeliches Wiedereinlöſungsrecht.

Sonſt ſtehet im Reiche in Anſehung der Reichsgrafſchaften und Herrſchaften, desgleichen in Betracht der Reichsritterſchaftlichen Güter, ferner im Oeſtereichiſchen und anderer Orten den unmittelbaren Reichsgrafen 1), der Reichsritterſchaft 2) und den Landſaſſen 3) bey Veräuſſerungen an die Weltlichen binnen einer gewiſſen Zeit und bey der Erwerbung von einer todten Hand auf beſtändig das Loſungsrecht zu 4).

1) Dipl. de 1715. ap. *Lünig* in Spicil. Secul. T. I. p. 11.

2) *Imm. Weber* Diſſ. de retractu Nobilibus Imperii immediatis per Priuil. Caeſ. conceſſo. Gieſſ. 1719.

3) bey Lünig Samml. Priv. der landſäß. Ritterſchaft, Th. I. S. 342. Elſäß. Ritterord. S. 16. Schleſ. Samml. B. XIII. S. 23. Mecklenb. Erbvergl. §. 98. 99.

4) *Io. Wilh. Schick* Diſſ. de retractu equeſtri contra manus mortuas non praeſcriptibili. Gieſſ. 1783.

806.
Preußiſche Verfaſſung.

Vorzüglich ſtehet im Preußiſchen dieſes Einlöſungsrecht dem Adel in Anſehung der an die Bauren veräuſſerten Gutspertinenzen 1) und Dominialſtücke zu, als welcher Beſitz nach Märkiſchem Rechte 2) von den Bauren gar nicht verjährt werden ſoll. Die Edeleute haben

ben ihre Güter wegen der Salzprobe beſchreiben zu laſſen 3).

1) Schleſ. Umlauf vom 3. Jul. 1766. in der Korn. Saml. B. IX. S. 153. Dergl. vom 14. Jul. 1749. 27. Nov. 1764. B. VIII. S. 318. Dergl. vom 15. April 1771. B. XIII. S. 3.

2) Märk. Landtagsabſch. von 1550. §. 10. von 1572. n. 11. 1602. §. 43. und 1620. *Scheplitz* Conſuet. Brand. L. I. P. IV. tit. 19. §. 1. 2. *Müller* in Pract. Civ. March. Reſol. 99. n. 29. *Koeppen* Deciſ. Qu. 13. n. 12. 13. *Behmer* Nov. Jus Contr. T. I. obſ. 14.

3) C. C. March. T. IV. Abth. II. Anh. p. 10.

807.

Verbotene Auskaufung und Einziehung der Stadtäcker und Bauergüter.

Die Edeleute und Gutsherrſchaften dürfen ſowol überhaupt in Teutſchland 1) als insbeſondere in den Preußiſchen Staaten 2) die Höfe und Güter ihrer Unterthanen nicht auskaufen, noch dieſelbe als Pertinenzien einziehen, oder ſie mit ihren Vorwerken und mit ihrem Hofgute vereinigen. Ebenſo wird es mit ihren Burglehen 3) in Städten gehalten, die und ihre übrigen Güter ſie mit Stadtäckern nicht vergrößern dürfen 4). Der Fiſkal kan gegen ſie in jedem Uebertretungsfalle verfahren, jedoch ſonſt darf er ſie bey ihren Beſizungen und Gerechtigkeiten nicht beeinträchtigen 5).

1) Kurſächſ. Mandat vom 25. April 1623. in Repert. J. Pr. p. 474. Cod. Aug. P. II. p. 11. Sächſ. Goth. L. O. P. II. c. 2. tit. 14. Anhalt. P. O. tit. 1720.

Sächſ. Weimar. L. O. P. II. tit. 44. Zell. Landt. Abſch. von 1673. Salzdal. Landt. Abſch. von 1597. §. 19. Gandersheim. L. O. von 1601. §. 24. Verd. Rezeß vom 30. Jul. 1593. Hauptkommiß. Rezeß von 1692. §. 17. Woltereck S. 188. Brem. Privil. Sp. 7. bey Pratjen verm. Abh. Th. III. S. 255. Schaumsburg. P. O. c. 17. Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 334. 335. Tyrol. L. O. L. V. tit. 2.

2) Märk. Landt. Abſch. von 1573 §. Es ſoll. Vergl. von 1611. §. Als auch. Conſtit. Io. Ge. El. Brand. P. II. conſt. 8. 9. *Scheplitz* Conſuet. March Brand. P. IV. tit. 7. C. C. March. Cont. IV. p. 182. 184. C. C. March. Nov. T. III. p. 449. T. IV. p. 787. Magd. P. O. c. 4. C. C. Magd. P. III. p. 20. Cod. Ferd. Leop. Ioſ. Car. n. 9. p. 8. Korn. Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 347. Preuß. Geſezb. Th. 1. Abth. 2. tit. 4. §. 52. 53. 55. 56.

3) *Gottl. Sturm* Diſſ. de vrbano beneficio, vom Burgerlehn. Ien. 1726.

4) Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 4. §. 52. 53 54.

5) C. C. March. Cont. III. p. 145.

808.

Preußiſche Bewahrung der adelichen Güter bey den Geſchlechtern.

Es müſſen die adelichen Güter im Preußiſchen ſchlechterdings, ſolange möglich, bey den Geſchlechtern erhalten werden §. 767. Daher man ſie nicht über die Helfte ihres Werths verſchulden 1), und auf den Fall eines Konkurſes unter zwei Drittel des taxirten Werths verkaufen darf 2). Sie müſſen daher in ſolchen

Fällen von den Königlichen Kammern verwaltet 3), und in Pacht gegeben werden 4). Sonſt werden in verſchiedenen Preußiſchen Staaten, wie in Kleve 5), u. ſ. w. die einheimiſchen Käufer der Lehengüter den Auswärtigen vorgezogen, oder man muß dabey Indigenatrecht beobachten. B. I. §. 553. Die von einem Edelmanne mit der Tochter eines Gaſtwirths, Bierbrauers, Krämers u. ſ. w. erzeugten ehelichen Kinder können weder des Vaters Adelſtand, noch ſeine Güter und Lehen erben, wovon unten beym Stadtwirthſchaftsrechte.

1) C. C. March. Nov. T. IV. pag. 868. 915. 917. 919. 977. 979.

2) ibid. T. V. Jahrg. 1. p. 267. Jahrg. 4. p. 99.

3) cit. l. T. V. Jahrg. 4. p. 303. 327. 103.

4) ibid. pag. 105. 328.

5) *Lünig* Corp. Jur. feud. T. II. p. 1047. Vergl. Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 4. §. 29.

809.

Ausſchlieſſung der bürgerlichen vom Beſize adelicher Güter im Preußiſchen.

Die adelichen Güter ſollen allein an Edeleute 1), und mitnichten unangefragt an bürgerliche 2), ausgenommen zur Kriegszeit, verkauft werden. B. I. §. 832.

1) Korn. Samml. Schleſ. Ord. Th. VII. S. 221. C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 4. p. 54. 349. Neues Geſezb. Abth. II. tit. 4. §. 26. 27. und Anmerk. S. 365.

2) Preuß. Geſezb. a. a. O. §. 36.

810.

810.

Rechte der bürgerlichen Beſizer adelicher Güter.

Die bürgerlichen Beſizer adelicher Güter genieſſen alle die adelichen Rechte, die dem Gute anhängen 1), und ſelbſt die Landſtandſchaft, wenn dieſe kein gemiſchtes Recht iſt. Es wird daher eine Abweichung vom gemeinen Rechte, wenn im Preußiſchen dieſelben von allem Siz- und Stimmrechte auf Kreis- und Landtagen und von der Jagdgerechtigkeit ausgeſchloſſen ſind die Erbgerichtsbarkeit nicht in eigenem Namen ausüben, noch die ehrenvolle Wirkungen des Patronatrechts genieſſen dürfen, und wenn ſie zweierlei adeliche und unadeliche Erben verlaſſen, das Gut in einem leidlichen Anſchlage jenen zugetheilt werden muß 2). Dahingegen kommt ihnen der befreyte Gerichtsſtand unter den Landesjuſtizkollegien zu 3).

1) *Leyſer* Vol. X. Specim. 665. *Pufendorf* T. III. obſ. 103. Von Rohr C. I. n. 3. §. 1. S. 325.

2) Schleſ. Edikte vom 20. Dez. 1754. 11. Nov. 1755. 18. Jul. 1759. 18. Oct. 1762. 30. Jan. 1764. B. V. S. 28. B. VI. S. 122. B. VII. S. 221. Reſcript vom 18 Febr. 1775 in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 47. Preuß. Geſezbuch, Abth. II. tit. 4. §. 41. ff.

3) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 62. 63.

V. Glied.

Pfarr= und Kirchengüter.

811.

Urſprung.

Die Pfarr= und Kirchengüter 1) ſind theils gleich bey Stiftung zum Unterhalte der Pfarre, Kirche, und des Gottesdienſts gewiedmet, theils erſt nachher derſelben geſchenkt worden 2).

1) *Pet. Müller* Diſſert. de bonis parochialibus, von Pfarrgütern. Ien. 1687.

2) Von Rohr n. 4. §. §. 1. 2. 3. S. 333.

812.

Verweiſung.

Im Weſentlichen haben dabey ebendieſelbe Rechte ſtatt, die wir ſchon betrachtet haben §. 526. ff.

813.

Verpachtung und Verleihung.

Sie können nach der Regel bloß verpachtet 1), vertauſcht und zu Lehen gegeben werden 2), welches jedoch weder von dem Pfarrer, noch von dem Kirchenpatron ohne Vorbewuſt des Conſiſtoriums allein geſchehen kan 3).

1) Von Rohr §. 4. S. 336.

2) *Io. Sigm. Schreiber* Diſſert. de feudis parochialibus. Alt. 1741.

3) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 268. 264. C. C. March. Nov. T. II. p. 21. Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. tit. 6. §. 498. 501. Abſch. 10. §. 573. 574. 588. 589.

589. Samml. Heſſ. Landesordnungen. Caſſel 1765. Th. I. S. 92. n. 23. S. 103. n. 7. 8. Mecklenb. Erbvergl. §. 506. *Carpzov* in Jur. Conſiſt. L. II. tit. 19. def. 304. *Boehmer* in Jur. Paroch. Sect. V. c. 2. §. 14.

814.
Befreyungen.

Derlei Güter genieſſen die Immunitätsrechte der Kirche 1), die auf jeden Beſitzer übergehen 2), dürfen aber auf keine Weiſe vergrößert werden 3).

1) *Io. Dan. Hoffmann* Meletemata de indole immunitatis piorum corporum ab oneribus publicis. Tub. 1782.

2) Meckl. Erbvergl. §. 12. Preuß. Geſezb. a. a. O. Abſch. 10. §. 569.

Chr. Lud. Crell Diſſ. de ruſticorum dotalium immunitate a jurisdictione et oneribus ſecularibus ad §. 70. Decr. Syn. rev. Vit. 1755.

3) Eſtor Th. III. §. 1053.

815.
Gemeindserhaltung der Gebäude.

Bey der Wiederherſtellung und Ausbeſſerung ihrer Gebäude haben die Pfarrkinder Vorſpann und Frohndienſte zu leiſten 1), welches manchmal auch bey der Ackerbeſtellung geſchieht 2).

1) Meckl. Erbvergl. §. 14. Preuß. Geſezb. §. 596. S. 474. C. C. March. T. V. Abth. II. p. 229. Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 504. Preuß. Geſezb. Abſch. 10. §. 580. 529. ff.

2) *Dav. Goth. Aeg. Wilke* Exercit. de obligatione Parochianorum ad reficienda aedificia eccleſiaſtica. Lipſ. 1764.

Io. Iac. Haus Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa onus reficiendi aedificia eccleſiaſtica in genere. Virceb. 1781.

816.

Kirchhöfe.

Daß nach Römiſchen und Kanoniſchen Prinzipien Kirchhöfe vom weltlichen Eigenthumsrechte befreit ſind, hat wol keinen Zweifel. Allein nicht alſo bey den Proteſtanten. Denn da kömmt es darauf an, ob ſie zunächſt der Kirche, oder nach den neuern Polizeygrundſäzen 1), auſſer dem Orte, oder wenigſtens von derſelben entfernt angelegt ſind. In jenem Falle gehören ſie zur Kirche, in dieſen Fällen aber der Gemeinde 2), oder manchmal auch noch dann dem Kirchengute, welches gegen Buri 3), Böhmer 4) und Pufendorf 5) anzumerken. Ohne Bewilligung des Konſiſtoriums darf Niemand darauf ein eigen Begräbnis haben, und wer ſich auf Erlaubnis 6) anderswo begraben läßt, hat hier doch die Begräbniskoſten zu bezahlen 7). Die hierauf vorfallende Streithändel werden von gemiſchten Gerichten entſchieden 8). Die Nuzungen an Gras und Baumfrüchten davon gehören bald dem Pfarrer und bald dem Küſter 9).

1) Preuß. Geſezbuch, §. 159. S. 410 §. 564. S. 469. *Gundling* de or. Sepulcr. in templis in Obſerv. Select. Hal. p. 158. Juſti Grundſ. der Polizeywiß. §. 117.

2) Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. Abſch. 4. tit. 6. §. 158. Abſch. 9. §. 562.

3) Eſtor Th. II. §. 1050. Th. III. §. 1050.

4) Erl. des Schilter. Lehenr. S. 531.

5) In Jure Eccl. Prot. L. III. tit. 28. §. 12.

6) de jurisdict. Germ. P. III. Sect. I. c. 1. §. 40.

7) Preuß. Geſezb. Abth. II. §. 160. S. 411.

8) Preuß. Geſezb. a. a. O. §. 565. S. 469.

9) Eſtor Th. III. §. 1048.

817.

Mitwirkung der Kirchengutsbeſizer bey den Preußiſchen Gemeinheitsauseinanderſezungen.

Da bey den Auseinanderſezungen der Gemeinheiten und vermengten Hüthungen ſehr häufig Kirchengüter und geiſtliche Grundſtücke vorkommen, für deren Entſchädigung geſorgt werden muß, und wovon die Vorſteher, ohne bevollmächtiget zu ſeyn, den Rezeſſen mit Vollgültigkeit nicht beytreten können, ſo iſt, damit eines Theils die Rechte der milden Stiftungen nicht vernachläſſiget, und andern Theils kein ſchädlicher Aufenthalt in dieſem Geſchäfte verurſacht werde, den Kirchenpatronen, Predigern, Verwaltern und Vorſtehern, oder Beſizern der geiſtlichen Güter und Stiftungen aufgegeben worden, bey ſolchen vorkommenden Auseinanderſezungsfällen ſogleich an das vorgeſezte Konſiſtorium zu berichten, das ſodann ohne Zeitverluſt ſie darüber behörig zu beſcheiden hat 1).

1) Reſcript vom 22. Oct. 1770. C. C. March. Nov. T. IV. p. 7397.

Bauergüter.

818.
Literatur.

Friedr. Karl von Buri Abhandlung von Bauergütern, neue Auflage mit Zuſäzen von Runde. Gieſſen 1783.

Ge. Franzkius de laudemiis. Colon. 1723.

Lex Maneriorum, or the Law and Cuſtoms of England relating to Manors and Lord of Manors, their Stewards, Deputies, Tenants and others by *Wil. Nelſon Eſq.* In the Savoy 1738.

Io. Chr. Claproth Diſſ. de prædiis ruſticorum in vniuerſum, inprimis iis, quæ Zins- et Erbzinsgüter noſtratibus audiunt, in den Samml. Th. I. S. 63.

Rud. Aug. Noltenius de ſingularibus quibusdam prædiorum ruſticorum, quæ ſunt in terris Brunſw. Lun. et vicinia. Helmſt. 1728.

819.
Eingeſchränkte Anzahl der verſchiedenen Bauergüter.

Die Rechtsgelehrten pflegen uns insgemein ein langes Verzeichnis von Bauergütern vorzulegen, das mit einer weitläufigen Beſchreibung jeder Gattung begleitet iſt. Allein, wenn wir daſſelbe mit kritiſcher Aufmerkſamkeit durchgehen, und es nach den Grundſäzen

des

des teutſchen Privatrechts prüfen, ſo zeigt ſich, daß die Gattungen weſentlich einander alle gleich ſind, und nur in Zufälligkeiten von einander abweichen.

820.

Urſache davon.

Die Meiſten verführte die Mannigfaltigkeit der Benennung, viele Gattungen anzunehmen. Allein es iſt beym teutſchen Rechte gewöhnlich, daß nach der Verſchiedenheit der Oerter und Provinzen eine Sache mit mehrern Nahmen belegt wird, ſo wie oft im Gegentheile eine Benennung mehreren ganz verſchiedenen Sachen zukömmt.

821.

Grund der mancherlei Benennungen.

Indeß hat doch zuweilen die Benennung einen zufälligen Grund. Denn ſie rührt bald I. von der Abgabe und Beſchwerde her, wie bey Zinsgütern, Gülthöfen 1), Dienſtgütern, Klepperlehne, Klepperſize, oder II. von deren beſondern Gattung, als Roßhandlohngüter, Ehrſchäzige Güter, Kurmed = Kaphans = Muth = Laß = 2) Medem = Schillings = 3) und Groſchengütern, oder III. von der Natur des Guts, als Siedelhöfe, Sattelgüter, Reithöfe, Holländereyen, Flämiſche Hufen 4), Kampe, Kötherhöfe, Zeidelgüter, Waldrechtslehen 5), Wildhuben, Marken, Hauberge 6), oder IV. vom Namen der Gutsherrſchaft, als Wetterfreye Güter, Sölden, Vogtgüter, Schul-

zenlehen 7), Kalandsgüter, Kaſtorgüter, Korneliengüter, Pfarrgüter, Keppelgüter, Speichergüter, oder V. von der eigenen Gerichtsbarkeit, als Dinghofsgüter, Lathgüter, Hägergüter, Meierdingsgüter 8), Freydingsgüter, Probſtingsgüter, Zeidelgüter, Freylehenſchulzengüter, in der Mark, Pommern, Schleſien und in Sachſen 9), oder VI. von der Pachtart, Meiergüter, Landſiedelgüter, Theil = 10) und Drittelgüter 11), Koloniſtengüter, Huben = und Hofgüter, Kölnhöfe, Erbbeſtand = Erbpacht = Erbzinsgüter, Grundzinsgüter, Hinterſiedelgüter, Freyſtüft = und Beſtandgüter, oder VII. von der Belehnungsart, Behandigungsgüter, Schillingshauer, Hobs = Hof = Lathen = Erb = Leibgewinns = 12) und Behandigungsgüter in Cleve, Mark u. ſ. w. 13) Beutellehne, oder VIII. von der urſprünglichen gutsherrlichen Verleihungswillkühre, Fall = und Schupflehen 14), Leibhöfe, leibfällige Beſtandgüter, Leibgedingsgüter, Fallgüter, Leiblehen, Schuppaß, Gnadengüter, veranleitete Freyſtüftgüter, Herrengunſtgüter, Herren = und Mietlingsgüter, walzende Lehen 15), fliegende Feldlehen 16), oder IX. von ihrer landwirthſchaftlichen Vollſtändigkeit, die beſezten Lehengüter in Franken, Gülthöfe, Hofgüter, Meiereyen, Siedelhöfe, Kölnhöfe, oder X. von der Bauart, Güter zu Schaufelrecht 17), Hauberge, Rottgüter.

1) *Finſterwalder* T. II. obſ. 37. *Suttinger* obſ. 45. 46. p. 84. Orth über die Frankf. Reform. Th. II. S. 424.

2) *And. Fl. Rivinus* Diſſ. de praediis, quae vulgo Laſsgüter appellantur. Lipſ. 1735.

3) *Io. Chr. Waiz* Diſſ. de bonis ſolidorum Brunſw. et Luneb. eorumque eſſentialibus et naturalibus. Ien. 1738.

4) Joh. Heinr. Chriſt. von Selchow Abhandl. von Hollåndereyen und Flåmiſchem Rechte, in Hann. Anz. 1761, S. 649.

Joh. B. Leſſer Abhandl. vom Flåmiſchen Recht und Gůtern in der gůldenen Aue unweit Nordhauſen. Nordh. 1755.

5) *Ge. Wilh. Waldſchmidt* Diſſ. de bonis zu Waldrecht conceſſis. Marp. 1717.

Io. Ge. Eſtor Harm. Jur. Civ. et Haſſ. in Emphyteuſi Waldrecht dicta, in *Kuchelbecker* Anal. Haſſ. P. III. p. 146.

6) Eberhard Abhandl. zur Erleut. der teutſch. Rechte, S. 182.

7) *Gottl. Sturm* Diſſ. de feudis ruſticorum in Saxonia, von ſächſiſchen Lehensgütern und Schulzenlehen. Vit. 1730.

Car. Ern. Hier. Struve Comment. de feudis Scultetorum. 1776.

Chr. Wildvogel Diſſ. de feudo ſcultetico, vom Schulzenlehn. Ien. 1709.

8) *Dav. Ge. Struben* Diſſert. de bonis Meierdingicis. Brunſw. et Hild. 1739.

9) Oecon. for. T. V. p. 434. Reſcript vom 22. Sept. 1722. cit. l. p. 432.

10) *Wolfg. Ad. Lauterbach* Diſſ. de Colono partiario.

11) *Chr. Nicol. Schlichtkrull* Diſſ. de praediis tertialibus. Gryph. 1777.

12) *Io. Rud. Engau* Diſſ. de feudo burſatico.

13) Joh. Ulr. von Cramer von der wahren Natur und Eigenſchaft der Hobs- und Behandigungsgüter. Wezl. Nebenſt. Th IX. S. 119.

Knorrens Abh. von Hobs- Lath- und Behandigungsgütern, in den Rechtl. Anmerk. S. 356.

Ueber die Natur und Eigenſchaft der in der Grafſchaft Mark gelegenen Stift Eſſeniſchen Hobs- und Behandigungsgüter, in den jur. Beytr. zur Literatur der Preuß. Staaten, Samml. III. S. 381.

Iuſt. Dietr. Schlechtendall Diſſ. de jure curiali lathonico Germ. inferioris et praeſertim Cliviae. 1768.

14) *Wolfg. Ad. Schoepff* de bonis vitalitiis Sueviae. Tub. 1747.

15) Abh. von Walzenden Lehen in Zepernicks Abhandl. aus dem Lehenrecht, Th. I S. 149.

16) Anmerk. über die Beſchaffenheit der lehenbaren Bauergüter in den Oetting. Gegenden, beſonders von fliegenden Feldlehen, ebendaſ. Th. II. S. 221.

17) *Io. Schilter* Diſſ. de jure emponematum, vom Schaufelrecht. Argent. 1697.

Dav. Berger Diſſ. de vſurpatione pali ſiue jure bipalii.

822.

Lehensbenennung.

Sie heißen größtentheils Bauerlehne 1), und haben auch mit den Fehoden viele Aehnlichkeit, wovon der Grund in der urſprünglichen Natur ihres Kontrakts liegt, §. 466. Sie weichen von dieſen bloß darin ab, daß ſie nicht zum Behufe des Kriegsdienſtes ſind ausgegeben worden 2). Im Preußiſchen wurden ſie ebenfalls allodifizirt, jedoch mit Vorbehaltung der Afterlehenrechte 3).

1) wovon der Grund bey *Hellfeld* El. Jur. feud. §. 2. p. 2. *Ockel* de praeſcript. immem. C. II. th. 14. p. 36.

2) *Io. Henr. Chr. de Selchow* Diſſ. de differentiis praediorum ruſticorum et feudalium, praeſertim quoad ſucceſſionem. Goett. 1765.

3) Vorſtell. der Kurmärk. Landſchaft von 1712. in Oecon. for. T. V. §. 520.

823.

Begrif des Bauerguts.

Ein Bauergut iſt ein ſolches Grundſtück, wovon das Nuzeigenthum oder der bloße Nießbrauch jemand zum Behuf der Landwirthſchaft entweder durch den altteutſchen Leihekontrakt, oder durch die römiſche Zeitpachte überlaſſen worden iſt 1).

1) Oecon. for. T. V. p. 443.

824.

Weſentliche Gleichheit der Bauergüter.

Daß ſie bald einen eigenen Gerichtshof haben, oder bey ihrer Veräuſſerung oder Ueberlaſſung die Allodialinveſtitur beobachtet wird, oder in Veränderungsfällen beſondere Arten von Laudemien bezahlt werden, beſtimmt und verändert nichts im Bauerkontrakte, ſondern dieſes ſind bloße Ueberbleibſel von gewiſſen andern allgemeinen teutſchen Rechtsſäzen.

825.

Freygüter.

Die Bauergüter ſind entweder von den gewöhnlichen Dienſten und Abgaben frey, oder nicht. In jenem

nem Falle heißen ſie Freygüter, Freymannshufen, Freylehen, Freydingshöfe, Frerzinsgüter, Freyſtüftgüter, Praedium liberum, Manſum ingenuile 1).

1) Eiſenharth Recht der Sprüchwörter, S. 71. 72. Buri S. 959. *Goebel* de ſing. quib. praed. ruſt. p. 85. Id. de jure et jud. ruſt. p. 127. Eſtor Th. I. §. 1986. ff. Th. III. §. 1900. 1903. 1981.

826.

Gattungen.

Dieſe Befreyung beziehet ſich aber bald bloß auf die Steuerbarkeit, bald auf die Leibeigenſchaft, bald auf die gutsherrlichen Beſchwerden, bald auf die Dienſtbarkeit, und ſehr ſelten auf alle landesherrliche, gutsherrliche und leibeigenſchaftliche Beſchwerden. Indeß werden freye Perſonen, die im Dorfe adeliche und freye Güter beſitzen, für dienſtfrey gehalten 1).

1) *Leyſer* Vol. VI. Specim. 416. med. 2. p. 1069.

827.

Verzeichnis.

Von ſolchen verſchiedenen Arten ſind die Freygüter in den Märkiſchen Amtsdörfern 1), im Erfurtiſchen Küchelamte 2), in den Aemtern Wolfenbüttel und Peina 3), der Schulzenhof zu Wetter 4), die VII freye Meiereyen des Stifts zu Bücken 5), die Kammerfreygüter zu Lienen in der Grafſchaft Tecklenburg, die Herſiſchen Freygüter im Osnabrückiſchen 6), die Freyſtüftgüter in Baiern 7).

1) C. C. March. T. VI. Abth. II. p. 115. Cont. IV. pag. 164. 169.

2) Erfurt. Freyzinsord. v. 13. Apr. 1718. tit. 9. 10. 11.

3) *Nolten* de jur. Vill. p. 148.

4) *Ludolff* P. II. obſ. 154.

5) *Pufendorf* T. II. obſ. 84.

6) *Ludolff* cit. l. obſ. 53. p. 241. obſ. 155. p. 280.

7) Cod. Max. Bav. P. IV. c. 7. *Chlingenſperg* de Hofmarch. jure, p. 71. 75. 80. Buri Erleut. S. 1240. ff.

828.

Unfreye Bauergüter, Dienſtgüter.

Die unfreye Bauergüter ſind entweder ordentliche Bauergüter, welche die gewöhnlichen Dienſte und Abgaben leiſten, oder Dienſtgüter, Frohngüter, Dienſtpflichtige Güter, die noch beſonders mit vielen Frohndienſten beſchwehrt ſind 1) Nach der Regel wird jedes Bauergut als dienſtpflichtig vermuthet 2), und die Befreyung muß erwieſen werden 3).

1) Eſtor Th. II. §. 4565.

2) *Cocceji* Conſ. 583. n. 3. pag. 783. Conſil. 634. n. 8. p. 857.

3) *Mevius* P. III. deciſ. 180. n. 5.

829.

Vollſtändige, unvollſtändige Bauergüter.

Die Bauergüter ſind theils Bauerhöfe, welches geſchloſſene Bauergüter, die mit allen Landwirthſchaftserforderniſſen an Wohnhäuſern, Scheunen, Viehſtällen,

ſtällen, Speichern, Hofraithen, Garten Dungplaze, Aeckern, Wieſen, Waiden, Wäldern und Teichen verſehen ſind, theils einzele abgeſonderte Gutsſtücke. Im Preußiſchen dürfen die Stücke, die ſchon 100. Jahre bey einem Bauerhofe geweſen ſind, von den Stiftern und Klöſtern nicht mehr zurückgefordert werden 1).

1) C. C. March. Cont. IV. p. 77.

830.

Erbgüter, Pachtgüter.

Eine andere Eintheilung iſt die in Erbgüter und in Zeitpachtgüter. Daß die erſtere Gattung die allgemeinere und im Zweifelsfalle zu vermuthen iſt, habe ich ſchon im I. Bande §. 1221. gewieſen. Obſchon nur einige Bauergüter die eigentliche Benennung Erbpachtgüter empfangen, ſo beſizen nichtsdeſtoweniger auch andere, die urſprünglich ausdrücklich nur auf teutſche Zeitpacht ausgethan worden, doch vermög Herkommens ebenfalls das Erbrecht. a. a. O. §. 1225.

831.

Emphyteutiſche Güter.

Die römiſche Emphyteuſis 1) und ihre zinsbare Aecker (Agri vectigales) waren von der Beſchaffenheit, daß Einem das Nuzeigenthum am Grundſtücke für einen jährlichen Zins und gegen Entrichtung des fünfzigſten Theils des Werths bey Erbfällen überlaſſen wird 2). Weil bey Kirchengütern ein ſchriftlicher Kontrakt deshalb aufgeſezt werden mußte 3), ſo hießen ſie

Bona

Bona libellaria, chartularia 4), und da ſie von der Geiſtlichkeit aus Gnaden gereicht worden waren, Praeſtaria, Precaria 5), wobey noch das hinzukam, daß der Kontrakt alle 5. Jahre verneuert, und wiederum Lehenwaare bezahlt werden mußte 6).

1) *Rutg. Rulandt* Theſaurus Juris Emphyteutici. Francof. ad M. 1606.

Io. Otto Tabor de jure emphyteutico. Arg. 1652.

Chr. And. Blumlacher de jure emphyteutico, vitalitio et precario. Salisb. 1601.

Ge. *Werner* de jure emphyteutico, vom Erbenzinsrecht. Helmſt. 1664.

Frid. Philippi de agris vectigalibus, von Erbzinsæckern. Lipſ. 1697.

Io. Fr. Rhetius Diſſ. de Emphyteuſi.

Henr. Cocceji de Emphyteuſi.

Car. Miltiz de jure emphyteuticario.

Ge. Chr. Erlabeck de Emphyteuſi rerum feudalium. Alt. 1716.

Melch. Lübeck de jure emphyteutico. Lipſ. 1707.

Io. Henr. Felz Excerpta Controv. jurid. de jure emphyteutico. Arg. 1709.

Io. Iod. Beck de jure emphyteutico, ſeu Erbenzinsrecht. Nor. 1727.

Ph. Chr. Borngieſſer de praediorum emphyteuticorum jure et immunitate. Gieſſ. 1736.

Fr. Alef de emphyteuſi. Heidelb. 1742.

2) L. 3. §. 4. D. de reb. eor. qui ſub tut. L. 3. Cod. ſi ager vect. *Pet. Burmann* de vectigal. Pop. Rom. p.

128. 148. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. c. 1. n. 5. §. 1. ff. S. 340.

3) Nov. 7. in pr. Nov. 120. c. 5. L. 25. C. de SS. Eccl. L. 14. §. 5. eod. Nov. Leon. 13.

4) *Ant. Matthæi* Manud. ad Jus Can. L. II. c. 16. p. 246.

5) *Boehmer* in Jur. Eccl. Prot. L. III. tit. 14. *Hert.* Not. Vet. Francor. regni, c. 3. §. 58. Opuſc. Vol. II. T. I. p. 213. *Dreyer* de vſu jur. Angloſax. p. 195.

6) Vergl. *Ardizo* in Summa feud. c. 119.

832.

Ihre Natur und Beſchaffenheit.

Die Vollſtändigkeit des emphyteutiſchen Kontraktes beruht ganz auf der wechſelſeitigen Einwilligung 1), er geht nach der Regel auf die Erben, wenn ihrer auch ſchon nicht gedacht worden iſt 2). Durch die zwey- oder dreyjährige Nichtbezahlung des Zinſes geht das Nuzeigenthumsrecht geradezu verloren 3). Weil der Zins zur Anerkennung des Obereigenthums bezahlt wird, ſo iſt man ihn um keinerlei Urſache wegen nachzulaſſen ſchuldig 4). Der Emphyteute muß allen Schaden tragen 5) und kan frey über das Gut gebahren 6), nur muß er bey einer Veräuſerung 7) dieſelbe dem Grundherrn anzeigen 8), der dann das Vorkaufsrecht ausüben kan, und keine Beſſerungen 9) erſtattet 10). Die Emphyteuſis hört auf 11) durch den Anfall 12), Untergang des Guts 13), die unterlaſſene Bezahlung des Zinſes 14), durch den ohne Vorwiſſen

des

des Grundherrn geſchehenen Verkauf, durch die muthwillige Verſchlimmerung des Guts 15), und durch die Auflaſſung 16).

1) §. 3. Inſt. Locati. 2) Nov. 120. c. 6. Nov. 7. c. 3.

3) L. 2. C. de jure emphyt. Nov. 7. c. 3. §. 2. C. vlt. X. de locat.

4) L. 1. C. de jur. emphyt. §. 3. Inſt. de Locat.

5) L. 2. C. de jur. Emphyt.

6) L. 1. D. ſi ager vect. L. 3. C. de jure emph.

7) *Io. Pet. de Banniza* Diſſ. de emphyteuſeos trans. et amiſſione. Wirceb. 1752.

8) *Ferd. Chr. Harpprecht* de licentia alienandi feud. vel Emphyteuſin.

9) *Io. Caſp. Bitſch* de Emponematum jure in Adp. Cod. Alem.

Ern. Tenzel Progr. de melioramentis emphyteuticis. Erfurti 1733.

Io. Chr. Eichler Diſſ. de emphyteuſeos meliorationibus. Lipſ. 1675.

10) L. 2. Cod. de jur. emph. Nov. 120. c. 8.

11) *Io. Iod. Beck* de juſtis caducitatem emphyteuſeos inferentibus cauſis. Alt. 1723.

12) L. 3. D. ſi ager vect.

13) L. 1. Cod. de jure emph.

14) *Io. Grave* Diſſ. de Commiſſo Emphyteuſeos. Tub. 1650.

15) Avth. in rem C. de S. S. Eccl.

16) *Ge. Dav. Buſſer* Diſſ. de refutatione emphyteuſeos. Gieſſ. 1752.

833.

Verſchiedenheit von den Zinsgütern.

Die neuern Rechtsgelehrten 1) haben uns eine große Menge Verſchiedenheiten zwiſchen der römiſchen Emphyteuſis und den teutſchen Zinsgütern und Bauergütern geliefert, wovon der Grund in gewiſſen Rechten liegt, die den Leztern zukommen ſollen, und deren Exiſtenz doch nirgend erwieſen iſt, ſondern gröſtentheils aus ihrer fehlerhaften Verwechſelung der Teutſchen Leihe mit der Römiſchen Pacht herrührt 2), oder aus etlichen beſondern Gattungen hergenommen worden, oder gar auf ganz falſchen Behauptungen beruhet.

1) *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 354. n. 4.

Eſtor Th. I. §. 1902. Th. II. §. 4482. Th. III. §. 1902.

Io. Ge. Lamm de feud. hered. Cenſual. qual. feud. §. 16. p. 17. ſeqq.

2) *Io. Iuſt. Frid. Schlemm* de diſcrimine inter locationem conductionem Rom. et Germ. in ſpecie contractum villicalem, vulgo Meyercontract. Goett. 1779.

834.

Zinsgüter.

Die teutſchen Zinsgüter, Grundzinsgüter und Erbzinsgüter 1), (welche leztere Benennung zwar die Praktiker insgemein den emphyteutiſchen Gütern beylegen, allein ihnen nicht nothwendig zukömmt, ſondern ein eben ſo pleonaſtiſcher Ausdruck des Zinsguts iſt, wie Erb=

Erbpachtgut, da die meiſten Pachtgüter erblich ſind;) haben eine mannigfaltige Beſchaffenheit nach der Verſchiedenheit ihres Urſprungs. B. I §. 1257. Man nimmt ſie oft in ſo weitläufigem Sinne, daß darunter alle mit Abgaben beſchwehrte Bauergüter verſtanden werden.

1) *Henr. Linck* Diſſ. de bonis cenſiticis. Ien. 1669.
Caſp. Ziegler de praediis cenſiticis ruralibus. Vit. 1687.
Io. Fr. Weidler de origine et natura bonorum cenſiticorum. Vit. 1730.
Straſſer de bonis cenſiticis.

835.

Unvollſtändiges Eigenthum.

Die Gründe, warum ich denen Rechtsgelehrten 1), die dem Zinsmanne am Zinsgute ein volles Eigenthum beylegen, B. I. §. 1224. nicht beypflichten konnte, ſind folgende: I. iſt es eine Hauptregel, daß der Bauer an ſeinem Gute kein volles Eigenthumsrecht beſizt 2), die nicht nur ſich im Sprüchworte erhalten hat, B. I. §. 1219. ſondern auch durch den einſtimmigen Innhalt faſt aller Lager = Grund = und Flurbücher beſtätiget wird; II. rechnet man es unter die beſondere Gattung von Gütern, die weder Erbe noch Eigen ſind 3); III. bleibt es ein allgemeiner teutſcher Rechtſaz, wer Zinſe aus einem Gute empfängt, hat Eigenthumsrechte daran 4).

1) Von Rohr a. a. O. n. 6. §. 1. S. 348. *Lamm* in cit. Diſſ. §. 16. p. 17. *Selchow* El. Jur. Germ. §. 354. n. 4.

2) wie es insbeſondere von Zins- und Erbzinsgütern *Carpzov* P. II. c. 39. deciſ. 1. erwieſen hat.

3) Gloſſe zum Sächſ. Landr. B. III. Art. 39. „Ein Zinsgut iſt weder Erbe noch Lehen, — Es iſt darum kein Eigen, daß der Herr darauf einen Zins hebet, denn das Eigen hat man ohne allen Zins. Erbe iſt es auch nicht, darum daß der Richter Niemand aufgeben mag. Es iſt auch kein Lehen, weil man Zins davon gibt.

4) Schwäb. Landr. c. 23. — Wil aber er ims gar ſtäte machen, ſo ſez er im einen Zinz daruz, damit hat er die Gewer daran, und mag daz nit mit Recht verlieſen. Baier. Landr. von 1344. c. 117. Wer einem ein Gut machen will, oder den in Nuz und Gewer ſezen wil bey ſeinem lebendigen Leib, und ſoll er etlich Gült jerlich einnemen, dyweil er lebt. Vertr. v. 1387. im Anh. zur Geroldseck. Geſchichte n. 42. Zum Erſten iſt beredt, daß Wir Sophia von Wördenberg den vorg. Henrich Grafen von Wördenberg unſern Son ſollen ſezen mit voller Gewalt in die Eigenſchaft, Gewalt und Gewere aller der Güter, die wir habent, und wenne das beſchieht, ſo ſollen wir Grafe Henrich von Wördenberg vorg. der eheg. Fr. Sophia von Wördenberg unſrer Mutter zur dieſelben Güter, — lihen vmb vier Kappen jährlichen Zinſes zu einer Bezaichnung, daß die Eigenſchaft derſelben Güter uns und Grafen Eberhard von Wördenberg unſern Sohne und unſern Leibeserben zugehört. Urkunde von 1299. ebendaſ. St. 7. S. 41. vnnd han auch alles das Eygen vnnd das Erbe, das ich hatte, von ime entfangen umbe ein Zinß, — den ſoll ich ihm jährlichs geben zu St. Martins Meſſe zu einem Vrkhunde, daß ich das Eigen und das Erbe von ihme habe zu einem rechten Erbe, vnnd daß die Eigenſchafft des Gutes ſyn ſey. Vertrag von 1360. a. a. O. n. 25. S. 68. 69.

69. — von aller Gůttere wegen, — die uff unſers vorg. Gottshuß zu Gengenbach Eigenſchaft liegent, allſo daß wir der — Herrſchaft von Gerolzecke und iren Erben habent gelůhen vnd lyhen mit Vrkunde diß Briefs zu einem rechten Erbe die nachgeſchrieben Gůter umb ein Schilling jerliches Zinſes. *Cout. de Champagne de 1240. art. 44.* — et touteoſois il Deveſtere retien et en demeure ſaiſſ ſans ce qu'il n'en paier loier ne nulle redevence a celi à qui aura fait le don, li don ne vaudra riens contre loir. Vergl. meinen Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge, B. I. S. 175. ff. *Boehmer* de var. Cenſ. jure, §. 29. p. 34. *Hoffmann* de feud. Cenſ. §. 5. p. 25. *Franzkius* de laudem. c. 10. n. 41. *Ockel* de praeſcr. immem. c. 2. §. 14.

836.

Uebereinkunft und Verſchiedenheit von den übrigen Bauergütern.

Gleich den emphyteutiſchen wurden auch die Zinsgüter verliehen, oder zu Lehen gereicht, die daher ehemals Firma und der Bauerbrief Contractus Firmæ hießen 1). Ebendaher iſt bey beiden ein Nuzeigenthum vorhanden, und der Zins wird hier ebenſowol größtentheils zur Anerkennung des Obereigenthums manchmal mit der eigenen Benennung Bekenngeld gegeben. Beide haben ein freies Gebahrungs- und Erbrecht. Beiden werden beym Verluſte des Guts in der Regel keine Beſſerungen vergütet. Jedoch kan der Zinsmann nicht leicht ausgetrieben werden, und beide thun regelmäßig keine Gutsdienſte 2). Alſo finde ich gerade darinn Aehnlichkeiten zwiſchen beiden Gattungen,

tungen, wo Andere haben Verſchiedenheiten entdecken wollen, die zumal nicht wahrnahmen, daß oft unter Zinsgütern alle Arten von teutſchen Pachtgütern begriffen werden, welche Vermiſchung man zuweilen auch bey den übrigen Europäern, wo die Bauergüter, die bloß Getreidepächte oder zuweilen auch Zinſe geben, Tenuræ, Partiones, Campipartus, Affictus, Coptimæ heißen 3). Bey dem Verkaufe des Zinſes oder zinsbaren Guts ſtehet oft dem Zinsherren oder Zinsmanne ein Vorkaufsrecht zu 4). Es iſt eine Ausnahme von der Regel, wenn der Zinsherr das ohne ſeine Bewilligung veräußerte Zinsgut einziehen darf 5). Mehreres findet man bey Benekendorf 6).

1) *Haltaus* Gloſſ. col. 1454. 1455. *Du Cange* in Gloſſ. med. Latin. T. III. p. 512. *Dominicy* de praerogat. allod. c. 17. *Ludewig* de jure Client. Sect. 3. c. 4. p. 176. Eſtor Th. II. §. 4413.

2) *Io. Ge. Doebler* de jure cenſitico. Alt. 1667.
Dav. Nehrmann de jure cenſitico. Lund. 1732.
Franz. Heinr. Schadens Jus cenſiticum, ſeu Erbzinsrecht, Erfurt 1737.
Ge. Franzkius Variae Reſolutiones. Col. 1721.

3) *Dominicy* de praerogat. allod. c. 17. *Chr. Frid. Janus* Diſſ. de affictu contractu ad coptimam. Dresd. 1678. th. 12. *Leiſer* Jus Georg. L. I. c. 22. *Koenig* in princip. Jur. Canon. L. III. tit. 18. §. 3. n. 4. p. 163. *Stryk* in vſu mod. D. L. 19. tit. 2. §. 23. 24. 25. Eſtor Th. II. §. 4413.

4) Lüb. Recht, P. III. tit. 6. Art. 8. 19. Frankfurt. Stadtreform. P. II. tit. 3. §. 23. Steins Einleit. zum Lüb.

Lüb. Recht §. 268. S. 322. Wölker Anmerk. über die Nürnb. Ref. P. I. p. 297. P. II. §. 320. 356.

5) Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 272. Ant. LL. Brunſw. ap. *Leibnit.* Scr. rer. Br. T. III. p. 435. Von Wölker über die Nürnb. Stadtreform. P. II. p. 383. *Leyſer* Specim. 196. med. 1.

6) Oecon. for. T. V. p. 429. 430.

837.

Zinſende Güter.

Von den Zinsgütern ſind die zinſenden Güter zu unterſcheiden, wo nur gewiſſe Renthen und Zinſe aus Grundſtücken wegen einem ehemals vorgegangenen Renthkauf oder vorgeſchoſſenen Darlehen bezahlt werden 1), und daher zuweilen des Beſizers vollſtändiges Eigenthum ſind. Das heutige Polizeyrecht erlaubt die Auflegung von dergleichen Zinſen entweder gar nicht mehr 2), oder beobachtet wenigſtens dabey viele Vorſicht 3), oder duldet ſie nur noch bey den Gütern, wo ſie herkommlich ſind. Derlei Zinſen bleiben dem Gute ankleben, und gehen alſo auf jeden Käufer über. Sie dürfen auch nicht auf einen Theil des Guts allein gelegt, und der andere dadurch zinsfrey gemacht werden 4). Ihre Veräußerung muß wegen der Abänderung der Zinsregiſter und Heiſchbücher jedesmal den landesherrlichen Beamten angezeigt werden 5). Obſchon theils ausdrücklich im Kontrakte 6), theils in den Lagerbüchern, theils in den landesherrlichen Geſezen 7), ihre Ablöſigkeit oder das Wiederkaufsrecht ausbedun-

gen worden iſt, ſo findet dieſes doch heutzutage wegen der eintretenden Verjährung ſelten mehr ſtatt 8).

1) *Paul. Buſius* de annuis reditibus. Col. 1601.

Car. ab Eſcbens de jure cenſuum, ſeu annuorum redituum. Baſil. 1631.

Chr. Beſold de jure cenſuum, ſeu redituum emendorum emtorumque. Tub. 1637.

Nicol. Chr. de Lynker Diſſ. de annuis reditibus. Ien. 1697.

Io. Vlr. de Cramer Diſſ. de charactere diſtinctiuo contractus mutui et annuorum redituum.

Caſp. Roderigus de annuis et menſtruis reditibus. Col. 1624.

Ge. Franzkius Varior. Reſolut. L. I. Ien. 1656.

2) Wirt. L. O. tit. 13. 14. 15. S. 24. ff. Wirt. Lr. P. II. tit. 9. §. Gleichergeſtalt.

3) *Eb. Chr. Canz* Diſſ. de emtione venditione annuorum redituum Jure Wirt. etiam ſine conſenſu magiſtratus vel principis valida. Tub. 1760.

Io. Ant. Geiger de eo quod juſtum eſt circa emtionem annui reditus. Alt. 1679.

4) Wirt. Lr. P. II. tit. 9. §. Was diejenige.

5) Wirt. Generalreſcr. vom 3. May 1756.

6) *Io. Chr. Vnger* Diſſ. de pacto repetendae ſortis a venditore annuorum redituum. Goett. 1737.

7) Rs. Pol. Ord. v. 1577. tit. 17. §. 8. Kurköln. Rechtsord. tit. 16. *Matthæi* de Paroem. Belg. p. 138. Eiſenharth von teutſch. Sprüchw. S. 294. *Ludolff* P. II. obſ. 127.

t) *Juſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de praeſcriptione annuorum redituum annalium. Hal. 1711.

W. F. Bachov ab Echt de juſtitia praeſcriptionis circa bona ſub pacto retrouenditionis alienata, cum not. *Sam. Lucii.* Ien. 1731.

Dav. Schlüter de jure reluitionis ex pacto de retrouendendo competente praeſcriptioni obnoxio. Goett. 1783.

838.

Meyergüter.

Unter den Pachtarten der teutſchen Bauergüter unterſcheiden ſich hauptſächlich die Meyereyen 1), Hofgüter 2) und Landſiedeleyen 3), wovon die Erſteren hauptſächlich in Wirtemberg und Schwaben, im Braunſchweigiſchen, Lüneburgiſchen, Hildesheimiſchen und im Eichsfelde, und die Lezteren in Solms, Heſſen, Naſſau, Friedberg und in der Wetterau, die Hof- oder Hubgüter aber in Oeſtreich, Schwaben, Elſaß, Baiern und beynahe in ganz Teutſchland angetroffen werden, und nichts anders, als geſchloſſene Landgüter von einer gewiſſen Größe 4) ſind, die zum Behuf der Ackerwirthſchaft einem verſtändigen Landwirthe, die ehemals Villici, Maier, Hofmeier, Landſiedler, Hofbauern hieſen, nach teutſchem Rechte in Pacht gegeben worden ſind 5).

1) Juſtus Hahn vom Erbmeierrecht, vermehrt von Ant. Kappel Frankfurt am M. 1690.

Ge. Ad. Struv Diſſ. de jure Colonario ſiue Coloniae non perpetuae ſed ſimplicis, von dem Meyerrecht. Ien. 1686.

J. I. Fr. Schlemm de diſcr. int. locat. cond. R. et G. inſp. contr. vill. v. Meyercontract. Goett. 1779.

Sam. Stryk de diuerſo colonorum jure. Hal. 1709.

Io. Pet. de Ludewig de colonis adſcriptitiis. Hal. 1709.

Dav. Ge. Struben de jure Villicorum, vulgo vom Meierrecht. Hild. 1735.

Id. Acceſſ. P. I. cum adjuncta Diſſ. de bonis Meierdingicis. Hildeſ. 1739.

Ebendeſſ. gründl. Bericht vom Abmeierungsrecht. Braunſchweig 1738.

Rud. Aug. Noltenius de jure Villicorum et conſuetudinibus circa villicos. Brunſw. 1738.

C. J. Mühlpfort Nachricht von den Streitigkeiten über das Meierrecht im Stift Hildesheim. Hildesh. 1748.

Jul. Melch. Strube beſeſtigtes Erbrecht der Hildesheimiſchen Meier. Hann. 1752.

2) Burgfriedb. Pol. O. tit. 9. Urk. v. 1343. 1531. bey Reinharth kl. Ausführ. B. I. S. 259. von 1570. bey *Kuchenbecker* An. Haſſ. T. I. p. 126. von 1631. Beyl. 127. der Suppl. des H. Solms wid. Arnsb. S. 145. von 1669. Beyl. 1. Relat. in Sachen Schenk wider Schenk, S. 27. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 39. §. 1. Verord. v. 28. Aug. 1750. *Schilter* de cur. dom. p. 35. 38. Niederöſt. Ord. tit. de reb. incorp. 4. §. 23.

3) *Io. Ott. Tabor* de contractu et jure Colonario prouinciali, von Landſiedelleihe und Landſiedelrecht. Gieſſ. 1662.

Nicol. Chr. Lynker de jure et contractu Colonario. Ien. 1696.

Abr. Keſtner Progr. de jure Colonario. Lipſ. 1732.

Chr.

Chr. Frid. Ayrmann Obſervat. ad contractum et jus Colonarium, Landſiedelleihe et Landſiedelrecht, in *Kuchenbecker* Anal. Coll. IV. p. 101.

Joh. Ulr. von Cramer Gedanken von der im Oberfürſtenthum Heſſen üblichen Landſiedeley, in opuſc. T. II. p. 99.

Ebend. rechtl. Gutachten die Heſſiſche Landſiedeley betr. ibid. p. 121.

Steph. Sigm. Wiemen Vindiciae Juris Landſiedeliac. Gieſſ. 1740.

Chr. Lud. Homberg offenbarer Ungrund der ſogenannten Vind. Jur. Landſied. Haſſ. Marp. 1741.

Joh. Jak. Reinhard von den Landſiedeleyen im Heß. Naßau. und Solm. kl. Ausführ. Th. I. S. 207.

Jo. Ulr. von Cramer Unterſchied der Heßiſchen und Burgfriedberg. Landſiedeley. Wezl. Nebenſt. Th. III. S. 12.

4) *Oetinger* de jur. et Contr. lim. L. I. c. 11. n. 11.

5) Ge. Lennep von der Leihe zu Landſiedelrecht. Marburg 1768.

Fleiſcher Inſtit. Jur. feud. C. III. §. 14. 15. 16. p. 48. 49. Eſtor Th. II. §. 4401. 4415. 4403. Th. III. §. 4401.

839.

Verſchiedenheit von Zinsgütern.

Da alſo der Grund dieſes Bauerkontrakts ein Pacht iſt, und den Ackerbau zur Abſicht hat, ſo ergibt ſich daraus die Verſchiedenheit von allen Zins- und Erbzinsgütern 1), daß die Unglücksfälle einen Nachlaß bewirken, die Beſſerungen erſtattet 2), dahingegen

gegen keine Veränderung der Bauart mit dem Gute vorgenommen werden darf 3). Sonſt ſind ſie in allem denen übrigen Bauergütern gleich, und bald leibpflichtig und bald nicht..

1) *Ge. Henr. Ayrer* de diuerſitate Juris emphyteutici et Juris villaris praecipue Brunſwicenſis. Goett. 1766.

2) Frankf. Stadtref. P. II. tit. 15. §. 8. Solmſ. Lr. P. II. tit. 7. §. 18. tit. 6. §. 9. Kurbaier. Lr. tit. 21. Art. 8. *Strube* de jur. Vill. c. VIII. §. 11. p. 365. *Pufendorf* T. III. obſ. 131.

3) Wolfenbütt. Conſtit. vom 9. Merz 1737.

840.
Gattungen.

Die Gattungen der Meiergüter ſind die Meierdings- Erbmeier - Kirchmeier - Erbmeierſtättiſche 1), die Schillingsgüter 2) und die Jülichiſche Sadel-, Schaz- und Dienſtgüter 3). Die Landſiedelleihe theilt ſich in Erb- und Temporalleihe.

1) Lüneb. Pol. O. c. 44. §. 4. 5. 9. C. C. Calenb. c. II. p. 663.
Jo. Chr. Waiz de bonis Solidorum Brunſw. et Luneb. eorumque eſſentialibus et naturalibus. Ien. 1738.

2) Ravenſperg. Sanktion vom 15. Jun. 1705. ap. *Ludolff* T. III. p. 190. Eine dergl. ältere ap. *Meinders* de jurisd. Colon. p. 125.

3) Jülich. Rechtsord. S. 69.

841.

Beſchaffenheit der übrigen Bauergüter.

Die übrigen Bauergüter, wobey eine teutſche Leihe oder Pacht zum Grunde liegt, kommen alle darinn mit einander überein, daß bey ihrer Uebergabe eine Belehnung, manchmal wie bey den Behandigungsgütern gar eine Samtbelehnung vorgeht, daher in gewiſſen Fällen Lehenwaare bezahlt wird, ſie meiſt ihre eigene Gerichtshöfe beſizen 1), die neuen Erwerber die Erbhuldigung leiſten, ein erbliches Nuzeigenthum am Gute haben, folglich ohne gutsherrliche Bewilligung es nicht veräußern, zertrennen, vertheilen und verpfänden dürfen 2).

1) *Henr. Hildebrand* Diſſert. de juriſdictione emphyteuſi Germanicae adnexa. Alt. 1720.

Id. de concurſu Domini Vogtejae et Emphyteuſeos circa vnum idemque praedium. Alt. 1707.

2) *Müller* in Pract. Civ. March. Reſol. 100. n. 4. 5. C. C. March. Nov. T. IV. p. 791. §. 5. Tom. V. Jahrg. 5. p. 241. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 172. 318. Wirt. Generalreſcr. vom 3. May 1756.

Car. Matth. Dægener Diſſ. de particulari praediorum ruſticorum alienatione. Lipſ. 1725.

And. Sigm. Green Diſſ. de prohibita praediorum allodialium diuiſione. Lipſ. 1754.

842.

Preußiſche Verordnungen.

Vor dem XXV. Jahre ſoll kein Bauerſohn den väterlichen Hof annehmen 1), noch ſollen die ſeit 1740 ge-

getrennte Bauergüter ergänzt und wieder hergeſtellt 2), übrigens dürfen ſie nur bis zur Hälfte des Werths verpfändet werden 3). Ihren Verkauf an Edelleute geſtattet man weder hier 4), noch in andern Reichsländern 5). Wenn aber auch an einigen Orten dem Adel die Erwerbung der Bauergüter erlaubt iſt, oder wird, ſo behalten dieſelben doch alle ihre Obliegenheiten und Beſchwerden 6). Sonſt hat der Fiſkal dafür zu ſorgen, daß die erledigten Bauerhöfe wieder beſezt werden, und nöthigen Falls wider die Säumigen zu verfahren 7).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 180.

2) Edikt vom 30. Auguſt 1717. in C. C. March. Tom. IV. Abth. III. n. 41. p. 63. 66. Vergl. C. C. March. Nov. T. IV. p. 791. §. 5. T. V. Jahrg. 5. p. 241. Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 318.

3) Reſcr. v. 23. Jenner 1771. in der Schleſ. Samml. B. XIII. S. 2.

4) *Schepliz* Conſuet. El. Brand. P. IV. tit. 7. Magdeb. Pol. Ord. c. 4. *Weingarten* Cod. Ferd. Leop. Ioſ. Car. n. 9. p. 8. Preuß. Geſezb. Th. I. Abth. II. §. 55.

5) Kurſächſ. Mandat v. 25. April 1623. in Repert. Jur. Priv. p. 474. Goth. L. O. P. II. c. 2. tit. 14. Anhalt. Pol. Ord. tit. 17. 20. Weimar. L. O. Art. 37. Vergl. §. . n. .

6) K. Rudolf II. Adelspriv. für Schleſien, von 1587. ap. *Weingarten* in Cod. n. 9. Zell. Landt. Abſch. von 1673. in Repert. p. 475. Preuß. Geſezb. a. a. O. §. 56. Deneke Neunerm. Dorf, u. Landr. Th. I. c. 6. §. 31. Repert. Jur. Priv. p. 476. §. 13.

7) *Nolten.* de jur. Vill. p. 185. 189. Strube Bericht vom Abmeierungsrecht, C. III. §. 1. 2. S. 33. *Pufendorf* T. III. obſ. 38. Von Rohr B. IV. c.

843.

Fortſezung.

Obſchon die unterthänigen Bauern und Coſſathen von ihren Gütern und Bauerhöfen nicht verdrungen werden dürfen 1), ſo ſind ſie doch ſchuldig, auf den Fall ſie in den Zuſtand gerathen, daß ſie binnen Jahrsfriſt ihre Dienſte und Abgaben nicht mehr leiſten können, ſie der Herrſchaft zu übergeben, und ſolange zu dienen, bis ſie dieſelben wieder annehmen können 2). Man darf die Güter nicht zu ſtark mit Leibzucht beſchwehren B. I. §. 64.

1) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 269. 415. 445. Cont. I. p. 248.

2) Neumärk. Bauer-, Geſinde-, Hirten- und Schäferord. von 1685. in C. C. March. T. V. Abth. III. p. 180.

II. Kapitel.

Rechte der Felddienſtbarkeiten.

844.

Literatur.

F. X. M. W. Martinez Diſſ. de Seruitutibus. Argent. 1783.

Barthol. Caepolla de ſeruitutibus praediorum ruſticorum et urbanorum. Colon. 1666.

Chr. And. Blumlacher de ſeruitutibus prædialibus et realibus. Salisb. 1673.

Io. Coraſius de ſeruitutibus prædiorum. Marp. 1592.

Caſp. Manz de ſeruitutibus prædiorum. Aug. 1657.

Martin Peg von Dienſtbarkeiten ſtadtlicher und bäueriſcher Güter. Ingolſtadt 1558.

Frid. Sueſer Theatrum ſeruitutum. Norib. 1708.

E. Chr. Weſtphal Interpretationes Jur. Civ. de libertate et Seruitutibus prædiorum. Lipſ. 1773.

Chr. Lud. Crell Diſſ. de Seruitutibus ad certum modum reſtrictis. Vit. 1751.

God. Thom. Ludewig de Seruitutibus realibus feudo acquirendis, imponendis et remittendis. Lipſ. 1726.

845.

Begrif.

Die Felddienſtbarkeit beſteht in dem Rechte eines Landguts, von dem Andern Vortheile zu genießen. Die Verbindlichkeit dieſes beſchränkt ſich theils auf eine bloße Duldung, theils auf gewiſſe Ableiſtungen.

846.

Abtheilung.

Man hat bejahende Dienſtbarkeiten, wo das Dienſtgut zum Vortheile des herrſchaftlichen Guts etwas leiden muß, und verneinende, wo der Eigenthümer jenes zum Nuzen dieſes etwas unterlaſſen muß.

847.

Qualifizirte, unqualifizirte Dienſtbarkeit.

Die qualifizirte Dienſtbarkeit erfordert die Exiſtenz einer gewiſſen gemachten Sache auf dem Dienſtgute, bey der Nichtqualifizirten aber bedarf es dieſes Umſtands nicht.

848.

Doppelte Beziehung.

Die teutſche Felddienſtbarkeiten beziehen ſich entweder auf Perſonen, oder allein auf Sachen ohne Rückſicht der Perſon 1).

1) Gloſſe zum Sächſ. Landr. B. III. Art. 42. Böhm. Recht, C. 44. K. 40.

849.

Rechtliche Beſchaffenheit des Dienſtguts.

Das dienſtbare Gut muß ſo beſchaffen ſeyn, daß es beſtändig im Stande iſt, ſeiner Obliegenheit ſich zu unterziehen 1), welches jedoch heutzutage nicht immer ſo genau beobachtet wird 2).

1) *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de cauſſa ſeruitutum perpetua. Hal. 1738.

2) *Leyſer* Specim. 107. med. 1.

850.

Verknüpfung mit Gütern.

Obſchon die Felddienſtbarkeiten zuweilen der Perſon geleiſtet werden, ſo geſchieht dieſes doch nur wegen

dem Gutsbeſize. Daher ſie von dieſem untrennbar ſind, und ohne daſſelbe nicht veräuſſert werden können 1).

1) L. 44. D. Locati. L. 33. §. 1. de S. P. R. *Io. Goth. Krauß* de locatione ſeruitutis realis praecipue jure paſcendi.

851.

Feldpolizeyrecht bey Dienſtbarkeiten.

Das Feldpolizeyrecht erfordert, daß die Landgüter bey ihrem Weſen und ihrer Beſtimmung erhalten werden. Wenn alſo die aufgelegte Dienſtbarkeit allzudrückend iſt, das Gut in Gefahr kömmt, ganz zu Grunde zu gehen, oder nicht mehr gehörig landwirthſchaftlich beſtellt werden zu können, ſo kan der Richter, oder die Polizeyobrigkeit dieſelbe einſchränken und ermäßigen 1), und geſteht eine Neue ohne obrigkeitliche Beſtätigung nicht leicht zu 2).

1) L. 4. §. 1. 2. D. de ſeruit. *Hellfeld* Jurispr. for. §. 630. *Chr. Lud.* *Crell* Diſſ. de ſeruitutibus ad certum modum reſtrictis. Vit. 1751.

2) *Wernher* P. III. obſ. 73. Eſtor Th. III. §. 2003.

852.

Fortſezung.

Dahingegen kan auch im Nothfalle zum Behufe der Landwirthſchaft die Polizeyobrigkeit neue Felddienſtbarkeiten auflegen 1), oder ſie entſtehen nothwendig aus der Natur der Sache 2).

1) *Cocceji* Vol. II. Conſil. 181. n. 10. 11. p. 220. *Hert.* Deciſ. 188. n. 7. p. 169.

2)

2) *Io. Fl. Rivinus* Diſſ. de ſeruitute neceſſaria. Lipſ. 1734.
Chr. Lud. Crell de ſeruitute neceſſaria compendii cauſſa praedio vicini imponenda. Vit. 1750.
Io. Nicol. Hertius Diſſ. de ſeruitute naturaliter conſtituta cum inter diuerſos populos tum inter ejusdem Reipubl. ciues, opuſc. T. I. Vol. II. p. 65.

853.
Uebrige Rechte.

Im Zweifelsfalle wird die Exiſtenz der Dienſtbarkeit als eine Beſchwerde 1) nicht vermuthet, ſondern die Sache für eine bloße Vergünſtigung gehalten 2). Durch die Abſchlieſſung des Vertrags wird ſie noch nicht erworben, ſondern erſt durch die Eintragung in das Grund-Lager- und Hypothekenbuch 3).

1) *Harpprecht* Vol. VII. Conſil. 65. n. 209. Struben Rechtl. Bed. Th. I. S. 392.

2) *Harpprecht* Vol. VII. Conſil. Tub. Conſ. 59. n. 91. Conſ. 60. n. 19. Conſ. 62. n. 35. Conſ. 64. n. 18. 21.

3) *Behmer* Nov. Jus Contr. T. I. obſ. 48.

854.
Einſchränkung des Eigenthums.

Bey der rechtmäßigen Felddienſtbarkeit darf der Eigenthümer des Dienſtguts nichts zum Nachtheile des Dienſtherrn oder zu Beſchränkung deſſen Dienſtgerechtigkeit darauf vornehmen 1), und muß alles das geſchehen laſſen, ohne welches die Dienſtbarkeit gar nicht ausgeübt werden kan 2).

1) L. 14. D. de S. Pr. Ruſt. *Wernher* P. VIII. obſ. 499.

2) L. 20. §. 1. de S. Pr. Vrban.

Car. Ad. Braun Diſſ. de adminiculis ſeruitutum.

855.

Erwerbungsarten.

Die Erwerbungarten ſind I. Geſeze und Gewohnheiten, II. Gedinge und Vergleiche, III. Urthelſprüche, IV. Verjährungen, V. Lezte Willensverordnungen 1). Im Brandenburgiſchen iſt jedoch das dritte Erwerbungsmittel verboten 2).

1) *Io. Nicol. Hertius* Diſſ. de ſeruitute facto conſtituta, Gieſſ. 1609.

2) *Scheplitz* ad Conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 19. §. 1.

856.

Erlöſchung.

Beynahe auf ebendieſelbe Art erlöſchen auch die Felddienſtbarkeiten 1), wozu aber noch die Wiedervereinigung kömmt. Denn die Dienſtbarkeit auf einem Gute, das nach der erfolgten Vereinbarung veräuſſert wird, wacht nicht mehr auf 2).

1) *Wolfg. Ad. Schoepff* Diſſ. de praeſcriptione ſeruitutum extinctiua. Tub. 1716.

2) *Boehmer* T. III. P. III. Conſult. 919. n. 14.

857.

Fußſteigsrecht.

Unter den verſchiedenen Felddienſtbarkeiten kömmt zuerſt das Fußſteigsrecht zu betrachten, vermöge deſſen Einer

Einer das Recht hat über des andern Grundſtück zu gehen, zu reuten, zu ſpaziren und ſich in der Sänfte darüber tragen zu laſſen 1).

1) L. 1. pr. 7. 12. D. de Seruit. Praed. Ruſt. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. C. 7. §. 2. 3. 4. S. 466.

858.

Viehtrieb.

Der Viehtrieb iſt das Recht über des andern Gut ſein Vieh zu treiben und mit dem Wagen zu fahren 1). Es wird manchmal nur auf etliche Gattungen oder auf eine gewiſſe Anzahl der zahmen Hausthiere und des Viehes beſtimmt, und dann iſt es ein beſchränkter Viehtrieb 2).

1) Von Rohr a. a. O. §. 5. S. 469.

2) *Car. Frid. Walch* Diſſ. de actu minus pleno.

859.

Feldwege.

Das Recht der Holz- Heu- und Feldwege beſteht darinnen, daß man über des Andern Grundſtücke mit jeder Gattung von geladenen Wagen und Fuhrwerke fahren darf 1). Die Obrigkeit kan den Nachbarn im Nothfalle die Zufahrt zu einem Acker oder einer Wieſe als eine Dienſtbarkeit auflegen 2).

1) Von Rohr §. 6. 7. 8.

2) ebendaſ. B. VI. c. 1. §. 9.

860.
Verhältnis untereinander.

Nach der Regel iſt unter dem Feldwege der Viehtrieb, und unter dieſem auch der Fußſteig begriffen 1). Indeß können doch landwirthſchaftliche Umſtände vorfallen, wo dieſes als das Mindere nicht immer unter dem andern als das Gröſſere enthalten iſt 2).

1) L. 7. D. de ſerv. praed. ruſt. L. 13. §. 1. de accept.

2) *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 630.

861.
Verweiſung der Uebrigen.

Die übrigen Felddienſtbarkeiten des Waſſerleitens und Schöpfens, der Viehtränke, der Huth Trift= und Waidgerechtigkeit, der Vor= Mit= und Kuppeljagd, des Beholzungsrechts, des Maſtrechts, und unendliche andere, desgleichen der Mühlenzwang, Salzkauf, der Bierzwang u. ſ. w. kommen an andern Orten vor. Hier will ich auſſer den allgemeinen Zwangsrechtsprinzipien nur von den Zwangsbacköfen und Zwangskeltern handeln.

III. Kapitel.

Zwangsgerechtigkeit.

862.
Rechtlicher Grund.

Ob eine Dienſtbarkeit in Ableiſtungen und perſönlichen Verrichtungen des Beſizers eines Dienſtguts beſtehen könne, daran zweifeln Einige aus römiſchen

miſchen Grundſäzen 1), und andere bejahen es, aus teutſchen Rechtsſäzen 2).

1) *Io. Wieger* Diſſ. de ſeruitute in facto non conſiſtente. Argent. 1749.

Vergl. Nik. Hier. Gundlings kl. Schriften, S. 454.

2) *Ephr. Gerhardi* de ſeruitutibus in faciendo conſiſtentibus. Ien. 1710.

Gottl. Gerh. Titius de ſeruitute faciendi. Lipſ. 1710.

863.

Urſprung.

Indeß iſt unzweifelhaft, daß wir in Teutſchland gewiſſe Zwangsrechte haben, die aus der alten Leibeigenſchaft entſprungen 1), und daher nach teutſchem Rechte bey jedem freyen Landgute anzunehmen ſind 2). Aus Kameralprinzipien aber folgt man dabey doch heutzutage dem römiſchen Rechte, läßt ihrentwegen keine günſtige Vermuthung zu 3), ſondern verlangt ſehr ſtrenge den Beweis der Erwerbung 4) oder eines ruhigen, rechtmäßigen und ununterbrochenen Beſizes 5), der durch die bloße Produktion von Befehlen und Gebotsbriefen noch nicht geführt iſt 6), ſondern Kläger wird abgewieſen und in die Koſten verurtheilt 7). Die Zwangsrechte ſind niemals Regalien 8), noch können ſie von den Beamten neuerlich eingeführt werden 9), ſogar die wirklich vorhandene ſind nach dem Buchſtaben auszulegen 10).

1) *Io. Ge. Eſtor* de abuſu rerum merae facultatis in foro Germanico praeſertim feudali. Ien. 1736. pag. 67.

2) Eſtor Th. I. C. 2078. Th. III. §. 2074. *Majer* in Coll. Argent. L. I. tit. 5. th. 17. 18.

3) *Mevius* P. I. deciſ. 60. n. 9. *Leyſer* Specim. 460. med. 23.

4) *Hert.* de Superior. territ. §. 54. Eſtor Th 3. §. 2075.

5) *Cramer* Obſervat. Jur. Univ. T. II. P. II. obſ. 782. *Waldſchmidt* de mol. bann. §. 4. 12. p. 7. 18. *Mevius* P. III. deciſ. 91. *Hert.* de quaſi poſſ. probante, S. I. §. 2. S. II. §. 1. 3.

6) *Boehmer* T. II. P. I. Conſ. 514. n. 6. T. III. P. III. conſ. 893. n. 13.

7) *Ludolff* de Jure Camer. p. 123.

8) *Mevius* P. I. deciſ. 61. *Boehmer* T. III. P. III. Conſ. 625. n. 2. *Lyncker* Vol. VI. Reſp. 77. n. 1.

9) *Cocceji* Vol. II. Conſil. 510. n. 4. Eſtor Th. III. §. 2076.

10) *Hert.* de ſuperior. terr. §. 54.

864.
Erwerbungsarten.

Die Zwangsrechte können auch in der neuern Zeit durch Geſeze, Verträge, Vergleiche, Privilegien, Verjährungen erſt erworben worden ſeyn 1).

1) *Waldſchmidt* de Mol. Bann. §. 5. p. 9.

865.
Eintheilung.

Dieſes Zwangrecht erſtreckt ſich entweder auf einen ganzen Diſtrikt, auf gewiſſe Oerter, auf ein Dorf, oder nur auf gewiſſe Häuſer oder Perſonen.

866.
Erlöſchung.

Auf eben die mannigfaltige Weiſe, wie die Zwangsrechte erworben werden, können ſie auch verloren gehen 1).

1) Juriſt. Orak. B. X. S. 409. ff.

867.
Backofenrecht.

Das Backofenrecht 1) iſt bald ein Zwangsrecht der Gutsherrſchaft und Anderer, daß die Bauern und Dorfseinwohner Brodt für einen gewiſſen Backofenzins in ihrem Backofen backen müſſen, bald eine Vergünſtigung, einen eigenen Backofen zu haben, bald eine Dienſtbarkeit in des andern Backofen 2).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de jure furnorum. Francof. 1677.

2) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 312. T. VI. Abth. II. p. 213. Naß. Pol. Ord. S. 110. *Reinharth* ad *Chriſtin.* P. III. Dec. 13. P. V. Dec. 3. *Harpprecht* Conſ. 76. n. 27

868.
Dingliche Fortdauer.

Die Zwangsbackofengerechtigkeit geht durch den Einſturz und Abgang des Backofens nicht verloren, und

und ebenſo wenig, weil ſie ein dingliches Recht, das dem Gute anhängt, durch die Vermögensverwirkung und Landesverweiſung des Beſitzers 1).

1) gegen Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 14. §. 32.

869.

Obliegenheit des Zwangsherrn.

Der Zwangsherr muß den Backofen nicht nur im baulichen, ſondern auch im Feurungsſtande unterhalten, widrigenfalls die Backgäſte ſich anderswohin wenden dürfen 1).

1) Von Rohr §. 33. S. 751. §. 34. S. 752.

870.

Der Zwangsgäſte.

Die Zwangsgäſte genieſſen vor den Miethleuten beym Brodtbacken das Vorzugsrecht 1), können aber auch durch Zwangsmittel zur Beobachtung ihrer Schuldigkeit angehalten werden 2).

1) Von Rohr §. 38.

2) Von Rohr §. 35.

871.

Backofenzins.

Die Abgabe, welche die Backgäſte für den Gebrauch des Zwangbackofens bezahlen, iſt vom Backofenzins, einer öffentlichen Steuer, und von dem Miethgelde deſſelben wohl zu unterſcheiden 1).

1) Von Rohr §. 35. 38.

872.

Verboth des Backens zum feilen Verkauf.

Der Zwangsherr iſt niemals berechtiget, weder für ſich ſelbſt, noch durch andere, noch durch die Backgäſte Brodt zum feilen Verkauf in ſeinem Ofen zu backen 1).

1) Bernh. Rud. Friedr. Lauhn Bedenken, in wie weit das Recht eines Zwangbackofens auf die Weißbackgerechtigkeit zum feilen Verkauf zu ziehen ſeye. 1751.

873.

Feuerpolizeyrecht in Anſehung der Backöfen.

Im Preußiſchen darf Niemand den Andern ohne Zwangsrecht in ſeinem Ofen backen laſſen 1), der Vorſchlag aber von Anlegung allgemeiner Zwangs-Backofen 2) iſt nicht genehmiget, ſondern dagegen zu Verhütung der Feuersgefahr verordnet worden, ſie beſonders auf der Straße zu erbauen 3), und an andern Orten dürfen ohne obrigkeitliche Erlaubnis gar keine Neue errichtet werden 4).

1) Gildebrief des Beckergewerks in der Mark, vom 25. May 1735. Art. 8. C. C. March. T. V. Abth. II. n. 42. p. 451. Dergl. von Bielefeld C. C. March. Nov. T. I. pag. 373. von Benkenſtein im Hohenſtein. T. V. Jahrg. 1. p. 363.

2) Von Ludewig gel. Anz. Th. II. n. 129. p. 691.

3) C. C. March. Nov. T. III. p. 13. T. IV. p. 7290. T. V. Jahrg. 5. p. 271.

4) Lüb. Recht, L. I. tit. 12. §. 11.

874.

Kelterrecht.

Unter den Zwangsrechten iſt eines der Vorzüglichſten das Kelterrecht 1), das nicht nur auf dem platten Lande, wie die Uebrigen, ſondern auch in Städten ausgeübt wird, und auf Polizeygründen beruht 2).

1) Ge. *Ad. Struv* Diſſ. de jure torculariorum.

2) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IX c. 2. §. 2.

875.

Eigene Privatkeltern.

Obſchon es größtentheils ein Zwangsrecht iſt, ſo gibt es doch auch Fälle, wo den einzelen Weinbergsinnhabern der Beſiz einer eigenen Kelter erlaubt iſt 1). Größtentheils aber, wenn auch nicht die Weingärten in gewiſſe Keltern gebannt ſind 2), wird die Anlegung einer eigenen oder neuen Kelter nicht erlaubt 3).

1) Von Rohr §. 1. S. 1363. *Myler* in Metrolog. c. 18. §. 5.

2) Wirtemb. Herbſtord. Art. 14 S. 9.

3) Wirt. Herbſtord. Art. 15. Von Rohr §. 3. 4.

876.

Gattungen der Zwangskeltern.

Es ſind die Zwangskeltern und Bannweinpreſſen bald herrſchaftlich, bald der Gemeinde und bald den Privatperſonen zuſtändig.

877.
Unbeweglichkeit der Zwangskeltern.

Die Keltern werden für unbewegliche Dinge geachtet, nicht aber Moſttrotten, die auch niemals ein Zwangsrecht beſizen. Es gehören zu jenen die Bütten und alles Keltergeſchirr und Geräthe 1).

1) Von Rohr §. 5. 6.

878.
Kelterſaz.

Das Zwangsrecht oder der Kelterſaz haftet auf der Kelter; wenn dieſe alſo auch ohne deſſen Benennung verkauft worden, ſo kan es der Käufer ausüben 1).

1) Von Rohr §. 7. 8.

879.
Kelterzins.

Der Zwangsherr empfängt neben dem Lohn für die Kelterknechte noch einen gewiſſen Kelterzins, der bald in Geld und bald in einem Moſttheile, und zwar in Wirtemberg im 32. Theil von jedem Faſſe beſteht, und nicht erhöht werden darf 1).

1) Von Rohr §. 9. 10

880.
Strafe des entzogenen Kelterrechts.

Wer ſeine Weintrauben der gebannten Kelter abfährt, verfällt auſſer der Erſtattung des Kelterzins und Lohns noch in eine Strafe von 10. Gulden 1), welches aber

aber nicht gilt, wenn ſich die Kelter nicht im brauchbaren Stande befindet 2).

1) Wirtemb. Herbſtord. Art. 15.

2) Wirtemb. L. O. tit. 86. Von Rohr §. 11.

881.

Polizeyrecht über die Keltern.

Vermöge des Oberpolizeyrechts ſchreibt die Landesherrſchaft Kelterordnungen vor, beſtellt Keltermeiſter, Kelterſchreiber, Zehendner und Kelterknechte, und trägt Aufſicht, daß die Keltern in gutem Stande ſind, und keine unreine und verdorbene Gefäſſe gebraucht werden 1).

1) Wirtemb. L. O. tit. 86. §. 2. Herbſtord. Art. 27. 29. 30. 23. *Myler* in Metrolog. c. 20. §. 1. Von Rohr §. 12. 13. 14.

IV. Kapitel.

Abſonderungs- und Vereinigungsrecht der Landgüter.

882.

Literatur.

Ge. Ad. Struve Centuria deciſionum, quænam res feudales, quænam allodiales, in adp. Synt. Iur. feud.

Chr. Godofr. Hoffmann Diſſ. de jure ſeparandi feudum ab allodio. Francof. 1727.

Aug. Gottl. Petermann de ſeparatione feudi et allodii petenda et perficienda. Lipſ. 1733.

Io.

Io. Ge. Eſtor Meletemata de ſcite ſeparandis ab allodio rebus feudalibus. Marp. 1759.

Io. Tob. Carrach Differentiæ Iuris Rom. et Germ. in beneficio ſeparationis. Hal. 1740.

Car. Otto Rechenberg de incorporatione allodii in feudum regale.

Chr. Gottl. Buder de Confortatione feudi per allodia.

Nicol. Chr. Lynker de bonorum allodialium in feudalia incorporatione. Ien. 1693.

Karl Ferd. Hommel Pertinenz- und Erbſonderungsregiſter. Leipz. 1767.

Mart. Henr. Kraut de jure pertinentiarum. Francof. 1675.

Io. Henr. de Berger de jure rerum pertinentium. Vit. 1687.

Henr. Bodinus de jure reuniendi pertinentias. Hal. 1699.

Io. Wilh. Engelbrecht de reunione pertinentiarum. Helmſt. 1715.

Val. Io. Beſelin Theoria gen. de pertinentiis. Goett. 1782.

883.

Abſonderungsfälle.

Wir haben ſeither eine ganze Anzahl Landgüter kennen gelernt, die ihre verſchiedenen Rechte haben, allein ſich oft in den Händen eines einigen Beſitzers befinden, oder miteinander verſchiedener Urſachen wegen vereiniget worden ſind, wo dann das Privatrecht

in gewiſſen Fällen, als bey der Erbfolge, Erbtheilung, weiblichen Ausſtattung und Bewiedemung, beym Konkurſe, bey Eingehung einer neuen Ehe, bey der Verpachtung, bey der Lehens- und Gutsverwirkung und bey der Austreibung der Bauern 1), entweder noch bey der Lebenszeit des Beſizers oder nach ſeinem Tode eine Abſonderung erfordert.

1) Eſtor Th. II. §. 3272. 3273. Oecon. for. Tom. IV. §. 18. ſeqq. C. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 22. §. 1.

884.

Gattungen.

Es geſchieht eine Abſonderung des Lehens vom Erbe, desgleichen des Stammguts vom Allodialvermögen, der Pertinenzien und Verbeſſerungen vom Hauptgute, des Beweglichen vom unbeweglichen Gute 1).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 22. §. 1. p. 225.

885.

Schwierigkeit bey der Anwendung.

Obſchon dieſe Materie nach der Rechtstheorie ſehr deutlich iſt, ſo macht ihre praktiſche Anwendung doch viele Schwierigkeiten 1), die ſich theils bey der Vereinigung der verſchiedenen Güter, theils bey den Beſſerungen, theils bey den Früchten und Nuzungen und theils in Anſehung der Wirthſchaftsunkoſten äußern. Es hat eine eigene Verfahrungsart hierin ſtatt 2).

1) Eſtor Th. II. §. 3274. 3288. 3291.

2) Corp. Jur. Frid. cit. l. §. 24. 25. 26.

886.

886.

Lehensabſonderung.

Bey der Abſonderung des Lehens vom Erbe werden die zwey und manchmal mehrere Vermögensmaſſen ganz von einander geſchieden, und unterſucht, welche Stücke zu dieſer oder jener Gattung gehören. §. 5 8. Sie kan vor Gerichte oder außergerichtlich geſchehen 1). Es iſt zuweilen rathſam, ſie ſchon vorläufig bey Lebenszeit des Vaſallen vorzunehmen. Der Lehensherr hat dabey ein Interventionsrecht, allein keine Befugnis, die Sache vor ſein Manngericht zu ziehen 2). Die übrigen Abſonderungen müſſen meiſt gerichtlich und in einer gewiſſen Zeit geſchehen 3).

1) Vergl. Oecon. for. T. IV. §. 56. 57. p. 43. ſeqq.

2) *Cramer* Obſ. Jur. Univ. T. I. obſ. 393.

3) C. Jur. Frid. P. II. tit. 22. §. 24. 25. Frankf. Reform. P. III. tit. 7. §. 5. 6. 7. 8. P. V. tit. 1. §. 7. 8. 9. *Harpprecht* de renunciat. adquaeſt. coniug. §. 19. Orth über die Frankf. Ref. S. 86.

887.

Allodialitätsvermuthung.

Alle Güter werden allodial vermuthet 1), wenn ſie nicht durch die Belehnung oder Verjährung lehenbar worden ſind, welches durch die Lehenbriefe, Reverſalen, Lehensregiſter und Verzeichniſſe bewieſen werden muß 2). Wenn nur halber Beweis vorhanden iſt, und der Rechtsſtreit mit dem Lehenherrn geführt wird, ſo darf der Allodialbeſizer ſchwöhren 3). Dafern aber

der Prozeß unter den Anverwandten geführt wird, die Lehenserben. Ueberhaupt hat man denjenigen, der ſich auf die Allodialität beruft, beym Beſitze zu ſchüzen.

1) II. feud. 26. §. 1.

Henr. Cocceji de praeſumtione qualitatis allodialis Comitatuum.

Chr. Thomaſius de praeſumtione allodialitatis.

2) Dav. Ge. Struben von dem Beweiß der Lehenbarkeit, in den Nebenſt. Th. III. S. 296.

3) II. feud. 41. §. 1. 2. Sächſ. Lr. B. II. Art. 43. Deciſ. Saxon. El. 37.

888.

Ausnahme.

Obige Regel leidet jedoch Ausnahmen 1), bey den reichsſtändiſchen Ländern, adelichen Gütern 2), Regalien, und ſolchen Gerechtigkeiten, die dem Gute dergeſtalt ankleben, daß ſie nicht wol davon getrennt werden können 3).

1) *Sam. Stryk* de praeſumtione feudali.

2) *Gail.* L. II. obſ. 62. 63.

3) II. feud. 8. §. 1.

889.

Lehenbare und Lehenspertinenz.

Die Allodialitätsvermuthung dringt noch dann vor, wenn ſich ſchon die Sache mit einem Lehen beſtändig vereiniget und verknüpft befunden hat, und immer dazu beſtimmt geweſen iſt 1). Denn dieſes

macht

macht ſie bloß zur Lehenszubehörung 2), und mitnichten zu einer lehenbaren Pertinenz, als wozu die Einwilligung des Lehenherrns erfordert wird 3).

1) *Io. Bernh. Frieſe* Diſſ. de natura allodii feudo iuncti conſeruata. Ien. 1721.

2) *Struve* Synt. Jur. feud. C. VI. §. 10. n. 6.

3) *Berger* Oecon. Jur. L. II. tit. 1. §. 7. n. 25. *Lynker* Conſil. 154. n. 25. *Boehmer* Vol. I. P. II. Conſil. 41. n. 14. p. 187.

890.

Fortſezung.

Die Lehenszubehörungen bleiben Erbe, und gehören den Landerben, als z. B. das Vieh 1), und auch Gebäude 2). Dahingegen die lehenbaren Pertinenzien wirkliche Lehen ſind 3).

1) *Berger* P. I. Reſp. 160.

2) *Io. Dan. Henr. Muſaeus* Diſſ. quatenus aedificia fundo feudali impoſita jure Clientelari communi allodialia eſſe cenſeantur. Gieſſ. 1782.

3) *Boehmer* T. I. P. II. Conſil. 41. n. 14. *Berger* Oecon. Jur. L. II. tit. 1. §. 7. not. 2.

891.

Ihre rechtliche Vermuthung.

Allein da Zubehörungen überhaupt nicht vermuthet werden 1), ſo geſchieht dieſes noch weniger bey ihrer lehenbaren Eigenſchaft, die man regelmäßig erwei-

 ſen

ſen muß 2), ausgenommen in dem Falle, da der Lehensfolger ſich bereits im Beſize befindet 3).

1) *Gail* L. II. obſ. 61. 63. Eſtor Th. I. §. 1814.

2) *Ge. Lud. Mencken* Diſſ. de probatione pertinentiarum feudalium. Vit. 1723.

3) aber nicht im Preuß. C. C. March. T. II. Abth. V. p. 75.

892.

Ihre Beweisart.

Der Beweis wird durch die Lehenbriefe 1), Inventarien und durch Zeugen angetreten 2). Im Nothfalle gelten auch folgende Rechtsvermuthungen, wenn z. B. die Pertinenzen ſich ſchon zur Zeit der Verleihung beym Lehen befunden haben, oder dieſes überhaupt mit allen Pertinenzen 3) ohne deren Benennung gereicht worden iſt, oder das Lehen einen Innbegrif mehrerer Sachen enthält, oder die Pertinenzen gewiſſe dem Gute anklebende Gerechtigkeiten ſind 4).

1) *Gabr. Schweder* Diſſ. de clauſula Inueſtiturae feudalis cum pertinentiis. Tub. 1686.

2) *Klock* T. III. Conſil. 157. n. 44.

3) *Boehmer* T. I. P. I. Reſp. 58. n. 5. *Ludolff* P. II. obſ. 199. *Hert.* Vol. I. Reſp. 600. n. 30. Ausnahme im Preußiſchen C. C. March. T. II. Abth. V. p. 75.

4) II. feud. 8. §. 1. Struben Nebenſt. Th. III. Abh. 17. §. 6. Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XI. n. 5.

893.
Fortſezung.

Es kömmt zuweilen beſonders bey beweglichen Sachen ſehr auf die Gewohnheiten und Ortsverfaſſungen an 1). Bey Häuſern hält man insgemein für Zubehörung, was Erd = nied = und nagelfeſt iſt 2), und dennoch leidet dieſe Regel manchmal ihren Abfall 3). Der Beylaß oder der Hausrath und das Schif = und Geſchirr iſt jedoch niemals lehenbare Zubehörung 4), aber wol können ſie Zubehörungen der Stamm = und Bauergüter ſeyn 5).

1) Eſtor Th. I. Hſt. 39. S. 649. Hſt. 45. S. 732. ff. Th. III. B. II. Hſt. 39. S. 725. ff. Hſt. 45. S. 779. ff. Th. II. §. 3279. ff.

2) Oecon. for. T. IV. §. 148. ſeqq. *Berger* P. II. Reſp. 158. n. 4. p. 267. Eſtor Th. II. §. 3076. Orths Anmerk. über die Frankf. Reform. Th. II. S. 387.

3) Oecon. for. T. IV. §. 109. 110. 112. 119. ſeqq. *Krebs* de ligno et lap. Qu. 11, n. 20. p. 82.

4) Oecon. for. T. IV. §. 25. p. 19. ſeqq. Neumärk. Lehenskonſtit. v. 14. Aug. 1724. §. 73. Dergl. von der Altmark, Priegniz, Mittel = und Ukermark, v. 1. Jun. 1723. §. 26.

5) Oecon. for. cit. l. §. 39. 31.

894.
Untrennbarkeit der teutſchen Landgüter.

Weil die Landgüter in Teutſchland urſprünglich eine ſolche Einrichtung und Gröſſe empfangen haben, als

als ihr landwirthſchaftlicher Endzweck erforderte, ſo iſt in den meiſten Landesgeſezen deren Zertrennung und Verſplitterung verboten 1), und auf den Fall dieſes beſonders bey adelichen ſteuerfreyen Gütern 2) und bey Frankleben 3) oder bey Bauergütern 4) ohne Uebernahme der Beſchwerden 5) doch geſchehen iſt, das Rückforderungsrecht, oder das Wiedervereinigungsrecht der Zugehörungen mit dem Hauptgute 6).

1) *Car. Matth. Dægener* Diſſ. de particulari praediorum ruſticorum alienatione. Lipſ. 1725.

And. Sigm. Green de prohibita praediorum allodialium diuiſione. Lipſ. 1754.

2) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 67. Schleſ. Saml. B. XIII. S. 23. B. IX. S. 153. B. VIII. S. 172. 318.

3) T. II. Abth. V. p. 75. C. C. March.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 791. §. 51. T. V. Jahrg. 5. p. 241. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 318. *Pufendorf* T. III. obſ. 8. Struben Rechtl. Bed. n. 44. S. 111. 112.

5) Ge. *And. Ioachim* Diſſ. de pertinentiis a praediis ſine oneribus ſeparatis. Lipſ. 1727.

6) *Henr. Bodinus* Diſſ. de jure reuniendi pertinentias. Hal. 1699.

Io. Wilh. Engelbrecht de reunione pertinentiarum. Helmſt. 1715.

Leyſer Vol. VIII. Specim. 100. 101. 196. *Behmer* in Nov. Jur. Contr. T. II. obſ. 71. p. 468.

895.

Statutenverzeichnis.

Es ſind darüber eine große Reihe Statutariſcher Geſeze und Verordnungen vorhanden, wovon ich dieſe Anzahl anführen will, als im Oberſächſiſchen Kreiſe: Kurſachſen 1), Gotha 2), Weimar 3), Koburg 4), Schwarzburg 5), Anhalt 6); Niederſächſiſchen Kreiſe: Lüneburg 7), Zelle 8), Wolfenbüttel 9), Mecklenburg 10), Hildesheim 11); Oberheiniſchen Kreiſe: Heſſen Kaſſel 12), Darmſtadt 13), Fulda 14); Kurrheiniſchen Kreiſe: Kurpfalz 5); Schwäbiſchen Kreiſe: Wirtemberg 16); Baieriſchen Kreiſe: Oberpfalz 17); und im Fränkiſchen Kreiſe: Henneberg 18); ferner im Weſtphäliſchen Kreiſe: Oldenburg 19), Hoya 20), Osnabrück 21).

1) Konſtit. vom 27. Jenner 1732. Schaumburg Sächſ. Recht, P. III S. 159.

2) L. O. P. II. c. 2. tit. 14. S. 140. fernere Beyſ. S. 196. 197.

3) Verord. vom 6. Merz 1760.

4) Landtagsrezeß von 1613. L. O. tit. 33.

5) Reſcript vom 23. Jun. 1675. bey *Fritſch* de jur. congr. c. 4. §. 5.

6) L. O. tit 20.

7) Verord. vom 1. Jul. 1699. Dergl. von 1686. §. 6.

8) Pol. Ord. c. 44. C. C. Cell. c. 5. p. 133.

9) L. O. S. 117. 133. 123.

10) Pol. Ord. c. 29. §. 9. S. 283. 11) Pol. Ord. §. 85.

12) Verord. von 1545. 1546. 1555. 1564. 1584. 1681. 1700. und 22. Jul. 1733. 28. Aug. 1750. Grebenord. tit. 39.

13) Verord. wegen der Bauergüter u. Lehenſtücke, vom 8. Dez. 1699. 31. Jenner 1711. u. 27. Jenner 1720.

14) Verord. vom 20. Jun. 1735.

15) L. O. tit. 11. Art. 1.

16) L. R. P. II. tit. 11. 16. L. O. tit. 16. §. 1. 4. S. 34. Generalreſcr. vom 3. May 1756. in Gerſtlachers Saml. B. I. §. 102.

17) L. O. tit. 14.

18) L. O. P. II. tit. 8. §. 6. P. V. tit. 1. c. 2. §. 1. 5. S. 192.

19) C. C. Oldenb. P. IV. p. 38.

20) Reſol. Hoyenſ. de 1697. §. 5. 19.

21) Reſol. Osnabr. de 1697.

896.

Preußiſches Recht.

In den Preußiſchen Staaten ſind zu dem Ende ebenfalls verſchiedene, theils allgemeine 1), theils beſondere Verordnungen in der Mark 2), in Magdeburg 3), Kleve 4) und in Schleſien 5), in Oſt- und Weſtpreußen 6) vorhanden. Aber es ſind alle Wiedervereinigungsprozeſſe, beſonders ſolcher abgeriſſenen Stücke und Zubehörungen, die vor dem Jahre 1740. geſchehen, gänzlich aufgehoben und verboten. Dahingegen die nachher erfolgte Zerſplitterungen, wenn zumal darauf keine Be-

Beſchwerden übernommen, oder ſie von Herrſchaftgütern ohne Anſehung neuer Wirthe abgeriſſen worden, nicht beſtehen, ſondern wieder vereiniget werden ſollen.

1) Kabinetsbefehl vom 27. Dez. 1752. Reſcripte vom 3. Jan. 19. Jun. u. 5. Jun. 1753. ap. *Behmer* in Nov. Jur. Contr. p. 469. 470. 471.

2) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 23. 60. T. V. Abth. III. p. 178. 345. 350. T. VI. Abth. I. p. 399. 414. 445.

3) Pol. Ord. c. 29. §. 9. 3. C. C. Magd. P. III. p. 350. Kabinetsordre an die Magdeb. Regierung vom 27. Dec. 1752. ap. *Behmer* p. 469.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 787. Edikt vom 5. Merz 1767.

5) Korn. Samml. Schleſ. Ord. B. IX. S. 153. Circul. vom 3. Jul. 1766. B. XIII. S. 23. Circul. vom 15. April 1771. B. VIII. S. 318. Circul. v. 27. Nov. 1764. u. 14. Jul. 1749.

6) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. V. p. 242. Reſcr. v. 13. Oct. 1718. 8. Sept. 1745.

897.

Näherrecht.

Schon längſt war man aber in vielen Ländern Teutſchlands mit den heutigen Kameralprinzipien von der Unſchädlichkeit der Gütertrennungen 1) bekannt, und ließ ſie theils geſchehen, und theils gab man kein Vindikationsrecht zu. Nur erlaubte man 2), um gelegenheitlich landwirthſchaftliche Wiedervereinigungen zu begünſtigen, in Veräuſſerungsfällen das Geſpilderecht

recht 3), die Theilloſung 4), die Zinsloſung 5), oder gar das Nachbarrecht 6). Anderer Gattungen des Näherrechts 7) hier nicht einmal zu gedenken, die allerlei Namen, als Näherrecht, Näherkauf, Nähergeltung, Freunderecht, Abtrieb, Einſprache, Beyſprache, Beſprechung, Anſtand, Vorkauf, haben.

1) Joh. Friedr. Authenried uneingeſchränkte Vertrennung der Bauergüter oder Bauerlehen. Stuttgart 1780.

Joh. Jak. Cella von Zerſchlagung der Bauergüter und Bauerlehen aus Grundſäzen der Erfahrung. Anſpach 1783.

Beckmann über Juſtis Einleit. zur Polizeywiſſ. Anmerk. 38. S. 112.

2) Wirtemb. Lr. P. II. tit. 16. §. 3. 4. Gotha. L. O. P. II. c. 2. tit. 14. Anhalt. P. O. tit. 20.

3) *Io. Frid. Rhetius* Diſſ. de jure congrui, quod Germ. vocant Geſpilde. Francof. 1669.

Ab. Fritſch de jure congrui, vom Geſpilderecht. Ien 1678.

Frid. Gerdes de jure congrui. Gryph. 1678.

Io. Gottl. Siegel de jure congrui in Thuringia. Lipſ. 1726.

Pet. Schulz de jure congrui.

4) *Mich. Graß* Diſſ. de retractu partiali.

5) *Wolfg. Ad. Schoepff* de jure retractus Cenſualis Germ. Zinsloſungsgerechtigkeit. Tub. 1744.

6) *Ern. Frid. Schroeter* Diſſ. de jure vicinitatis. Ien. 1664.

Io. Gottl. Müller de retractu ex vicinitate. Erf. 1723.

Mayer de retractu vicinorum.

7)

7) *Io. Volcm. Bechmann* Diſſ. de jure retractus. Ien. 1683.

Wolfg. Ad. Schoepff Decas quaeſt. circa materiam Retractus. Tub. 1737.

And. Frommann Delineatio Juris Retractus Wirtembergici. Tub. 1679.

Io. *And. Hoffmann* de retractu praecipue ſecundum ſtat. Lindav. Ien. 1750.

Fr. *Car. Conradi* de jure retractus in bonis Meierdingicis. Helmſt. 1747.

Karl Friedr. Walch Abhandl. vom Näherrecht. Jena 1766.

Iuſt. Henn. Boehmer de fundamento retractus duplicis in agris Hamburgenſium vſitati, occaſ. art. 61. des Landrechts. Hal. 1722.

898.

Landesherrliche Abſchaffungsbefugnis.

Da aber alle dieſe Rechte nur zum Vortheile der Landwirthſchaft eingeführt ſind, ſo kan ſie der Landesherr wieder aufheben oder einſchränken, ſobald der Endzweck dadurch nicht erreicht wird, oder Misbräuche damit getrieben werden 1).

1) Darmſtädt. Verord. vom 28. Sept. 1702

899.

Geſpilterecht.

Das Geſpilterecht und die Theilloſung ſchlägt an, ſo oft eine Sache, die ehemals mit Andern eine Gemeinſchaft geweſen iſt 1), oder ein Ganzes ausgemacht hat, verkauft wird 2). Mit ihr hat die Zinsloſung Aehnlichkeit, wo derjenige auslöſen darf, der ein Gut beſizt,

das

das mit dem Verkauften einen Zins zuſammen gibt 3). Beym Nachbarrechte kömmt überhaupt dieſes Einſtandsrecht jedem Anſtößer und Anlieger zu 4).

1) Oſtfrieſ Lr. P. II. c. 69. 81. 82. 93. Eſtor Th. II. §. 4277. Th. III. §. 4277.

2) Eſtor Th. II. § 4285. ff. Th. III. §. 4285.

3) Dieſe hat Eſtor Th. II. §. 4299. ff. gar nicht gekannt.

4) Eſtor Th. II. §. 4280. ff.

900.

Zuſammenſtoß der Loſungsarten.

Es geſchieht ſehr oft ein Zuſammenſtoß dieſer verſchiedenen Loſungsgattungen, wo denn folgende rechtliche Ordnung beobachtet wird 1). Bey mehreren, die das Geſpilderecht oder die Zinsloſung ausüben wollen, geht der vor, welcher den größten Theil 2), oder das Hauptgut, z. B. Haus und Hofreithe beſizt, oder Lehen- und Zinsträger iſt. Uebrigens gebührt der Theil- und Zinsloſung vor der Erbloſung 3), dieſer vor dem Nachbarrechte, und dieſer vor der Markloſung der Vorzug. Wenn die Ordnung nicht anſchlägt, ſo entſcheidet das Los 4), oder die Anmeldungszeit 5), oder das gedoppelte Näherrecht 6).

1) *Henr. Hilderband* Diſſ. de varii retractus concurrentis praelatione. Alt. 1725.

2) Hohenloh. Lr. P. III. tit. 5. §. 10.

3) Weimar. Verord. vom 14. Merz 1730. Lindau. Ord. vom Anſtand- Zug- und Näherrechte, §. 10. Lüneb. Sta-

Statuten, tit. 5. Hohenloh. Lr. P. III. tit. 5. §. 9. 10. Frankf. Stadtref. P. II. tit. 5. §. 1. 2. Mainz. Lr. S. 48. §. 2. Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 250. 255.

4) Wirtemb. Lr. tit. 18. §. 5. Hohenl. Lr. P. III. tit. 5. §. 3.

5) Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 255. Mainz. Lr. tit. 24. §. 9. S. 49.

6) Hohenl. Lr. a. a. O. S. 72.

901.

Falſche Rechtsſäze.

Es iſt ein falſcher Saz, daß, wenn das Hauptgut getrennt worden, hernach kein Geſpilderecht und keine Theilloſung mehr anſchlage 1). Man hat hier das Wiedervereinigungsrecht mit dem Näherrechte vermiſcht, die doch voneinander ſehr verſchieden ſind, indem die Wiedervereinigung umſonſt geſchieht, da in jenem Fall der ganze Kaufpreis entrichtet wird, ferner beide nicht einen gleichen Zeitpunkt, noch gleiche Verjährung beobachten 2).

1) *Chr. Hanaccius* Diſſ. de praediis principaliter diuiſis jure congrui non retrahendis. Vit. 1736.

2) Eſtor Th. II. §. 4293. *Leyſer* Sp. 100. med. I. p. 362. Sp. 101. cor. 5. Sp. 196. p. 498.

902.

Aufhebung der Gemeinheiten.

Weil die Gemeinheiten, Allmanden ꝛc. der Landwirthſchaft ſehr ſchädlich ſind 1), ſo iſt in einer Reihe

Preußi-

ßiſcher Verordnungen 2) zu Verbeſſerung des Acker=baus und Wieswachſes, Verſtärkung des Viehſtands, deren Aufhebung eingeſchärft worden. Der König läßt ſich zu dem Ende eigene Liſten alle 3 Monate vor=legen, ertheilt den Gemeinden, die ſich für ſich ſelbſt aus=einandergeſezt haben, Prämien zu 30 Thalern, und hat ſeinen Kammern nachdrücklich befohlen, ſie auf alle Weiſe zu befördern 3) Es dürfen deswegen die Abgaben zu keiner Zeit erhöhet werden 4).

1) Wöllner die Aufhebung der Gemeinheiten nach ihren großen Vortheilen ökonomiſch betrachtet. Berl. 1766.
Gemeinnüzige Gedanken darüber. Berl. 1766.

2) C. C. March. Nov. T. III p. 971. T. IV. p. 6217. 6227. 7327. Preuß. Reſcr. v. 29. Jul. 1763. 28. Jun. 1765. 22. April 1766. 21. Okt. 1769. 14. May, 11. Auguſt, 22. Oct. 25. Dez. 1770. 29. April 1771. Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 682. Breslau. Kammerverord. vom 17. Jul. 1765. B. XIII. S. 45. Reglement vom 14. April 1771.

3) Krüniz Oekon. Encyclopädie, Th. XVII. S. 158. ff. Oecon. forenſ. T. II. Hſt. III. S. 1. ff. Beyträge zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Samml. I. S. 69.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 6227. 6229.

903.

Deren Begünſtigung.

Zur Beſchleunigung der Sache werden eigene Kommiſſarien, die mit beſondern Inſtruktionen verſe=hen ſind, angeordnet, die Gemeinden können ſich aber auch

auch allein auseinanderſezen 2). Derlei Auseinanderſezungsſachen haben ein eigenthümliches Rechtsverfahren 3), werden ſchleunig 4), mit Verhütung aller Feindſchaften, Verbitterungen und Prozeſſualiſchen Weitläuftigkeiten abgemacht 5).

1) C. C. March. Nov. T. IV. p. 6219. 7325. 7327. Schleſ. Samml. B. XIII. S. 4. 5.
Eines Geübten Gedanken über die ſchicklichſte Verfahrungsart bey Auseinanderſezung der Gemeinheiten. C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 57.

2) T. IV. p. 7437.

3) T. IV. p. 7327. T. V. Jahrg. 4. p. 53. 455. Jahrg. 3. p. 1780.
C. Jur. Frid. P. II. tit. 19. p. 196. ſeqq.

4) T. IV. p. 6224. 7330. T. V. Jahrg. 4. pag. 56. C. C. March. Nov.

5) T. V. Jahrg. 4. p. 55. 56. T. IV. p. 7325.

904.
Fortſezung.

Die Kommiſſarien haben mit aller Wachſamkeit jede Unterdrückung und Vervortheilung der gemeinen Bauersleute zu verhindern 1). Wenn ſich dieſe ſelbſt auseinandergeſetzt, allein dabey ganze Gutsherrſchaften Antheil genommen haben, ſo muß ſich das Juſtizkollegium bey der zu ertheilenden Beſtätigung die Akten vorlegen laſſen, und genaue Nachforſchung, auch allenfalls kommiſſariſche Unterſuchung der Sache anſtellen.

Die Vollziehung iſt mit ſolcher Geſezmäßigkeit und Gründlichkeit zu veranſtalten, daß niemals dagegen irgend ein gegründeter Einwurf gemacht werden kan 2).

1) Preuß. Geſezb. Abtheil. II. tit. 2. Abſch. 2. §. 25.

2) Preuß. Kabinetsordre vom 19. May 1770, und Reſcript vom 25. Dez. 1770.

905.

Verbeſſerungen.

Die Verbeſſerung iſt eine ſolche Veränderung des Weſens einer Sache, wodurch ihr Nuzen vergrößert wird 1). Das Gegentheil iſt die Verſchlimmerung 2). Wenn auf eine vorhergegangene Verſchlimmerung eine Verbeſſerung erfolgt, ſo heiſt das eine Wiederherſtellung 3).

1) *Pet. Müller* Diſſ. de incremento praedii feudalis. Ien. 1688.

2) *Nicol. Michaelis* tract. de deterioratione. Gryph. et Lipſ. 1704.

3) *Io. Garſias* Comment. de expenſis et meliorationibus. Marb. 1614.

906.

Deren Erſtattung.

Daher bey der Lehre von der Erſtattung der Verbeſſerungen, die bey Lehen 1) und gewiſſen Bauergütern 2) hauptſächlich anſchlägt, zuvor der Aufwand, der zu Wiederherſtellung der Verſchlimmerung 3) gemacht

macht worden iſt, abgezogen 4), und der Ueberſchuß erſt wahre Verbeſſerung wird 5).

1) *Gabr. Schweder* Diſſ. de meliorationibus feudi. *Io. Lotich* de melioratione feudali. Helmſt. 1649.

2) *Io. Chr. Eichler* Diſſ. de Emphyteuſeos meliorationibus. Lipſ. 1675.

Ern. Tenzel Progr. de melioramentis emphyteuticis. Erf. 1733.

Io. Caſp. Bitſch Comment. ad Conſt. Argent. de Eponematum jure, vom Schauffelrecht, in adp. *Schilteri* Cod. Alem.

3) Oecon. forenſ. T. III. Hſt. VI. Abth. I. S. 364. ff.

4) ibid. Abth. II. S. 514. ff.

5) L. 38. D. de rei vindicat. C. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 20. §. 49. 50.

907.

Form der Erſtattung.

Bey der Erſtattung kömmt es darauf an, ob die Verbeſſerungen von der Beſchaffenheit ſind, daß ſie unſchädlich vom Gute abgeſondert werden können; da müſſen ſie zurückgegeben, wo aber nicht, dem Werthe nach vergütet werden 1).

1) II. feud. 4. §. 1. 28. §. 2. C. Jur. Frid. cit. l. §. 52. 53.

908.

Auslöſungsrecht.

Man geſtattet jedoch auch in jenem Falle dem Beſitzer das Auslöſungsrecht. Vermög der altteutſchen

 Rech=

Rechte §.512. gehören die Häuſer 1) unter die trennbare Gattung 2), wovon aber das Sachſenrecht 3) Ausnahme macht, und römiſchen Prinzipien folgt, ſie folglich unter die natürlichen rechnet, und für eine lehenbare Pertinenz erklärt, gleichwie dieſes manchmal auch von andern Verbeſſerungen geſchieht 4).

1) *Pet. Müller* Diſſ. de aedificio praedii nobilis, vom Ritterſiz. Ien. 1687.

2) *I. D. H. Muſæus* Diſſ. quatenus aedificia fundo feudali impoſita jure clientelari communi allodialia eſſe cenſeantur. Gieſſ. 1782.

3) II. feud. 28. §. 2. *Pufendorf* T. I. obſ. 183. 184.

4) B. II. Art. 21. Conſtit. El. Saxon. P. III. conſt. 31.

909.
Lehensfrüchte.

Die Lehensfrüchte 1) ſind das Eigenthum des Vaſallen 2). Daher ſeine Gläubiger die Einweiſung darauf begehren können 3), und dieſelbe bey einer Erbſonderung vom Lehen abgeſondert werden müſſen. Ebendas gilt bey jedem andern Leibgedingsgute 4).

1) *Gabr. Schweder* Diſſ. de fructibus feudi.

2) *Vultej.* de feud. L. I. c. 10. n. 75.

3) *Io. Aug. Hellfeld* Diſſ. de jure creditorum vaſalli in percipienda ex fructibus feudi ſolutione.

4) *Ge. Frid. Ploennies* de vſuris, fructibus, annuis reditibus, acceſſionibus et mora. Francof. ad Moen. 1752

910.

910.

Bürgerliche Nuzungen.

Bey den bürgerlichen Nuzungen der Güter, als Pachtgeld, Zinſe, Miethgeld, jährliche Leibrenthe, kömmt es darauf an, ob ſie für den natürlichen oder durch Fleiß bewirkten Ertrag gegeben werden, oder nicht. In jenem Falle gehören ſie, wenn das Feld beſtellt oder die obigen Termine bereits eingetreten geweſen ſind, dem abgehenden Beſizer und ſeinen Erben 1). Ebendas wenn ſie auf gewiſſe Zeiten fällig ſind, und die Verfallzeit bereits verſtrichen iſt 2). Dafern ſie aber ſtündlich fällig ſind, nur ſoweit, als der an dem Jahre zurückgelegte Zeitraum beträgt 3).

1) *Hartm. Piſtor*, L. I. qu. 21. *Pufendorf* T. I. obſ. 185. Oecon. for. T. IV. §. 272. ſeqq.

2) Conſt. El. Sax. P. III. conſt. 32. *Strüve* Synt. Jur. feud. C. XV. §. 16.

3) L. 26. 58. D. de vſufructu. Eſtor Th. III. §. 1395. *Schweder* de fruct. feudi, §. 34. Oecon. for. T. IV. §. 264. ſqq.

V. Kapitel.

Grenzrecht.

911.

Literatur.

And. Alciatus tractatus finium regundorum, ſiue de quinque pedum praeſcriptione. Col. 1590.

Io. Oettinger tractatus de jure et controuerſiis limitum ac finibus regundis, oder gründlicher Bericht von Grenzen und Markſteinen. Augſp. 1689.

Henr. Link de juribus finium. Ien. 1677.

Henr. Hildebrand de finium prouincialium et publicorum viſitatione. Alt. 1716.

Chr. Aug. Menius Diſſ. de finibus territorii. Lipſ. 1740.

Theod. Daſſov Diſſ. Phil. de jure finium, das iſt, was ein jüdiſcher Feld - oder Hauſsnachbar vor Recht hat, ex Pand. Talmud. tit. Hamecabbel aliisque Hebraeorum ICtis eruto. Vit. 1676.

Joh. Jodock Beck vom Rechte der Grenzen und Markſteine. Nürnb. 1739.

Stier de jure et controuerſiis limitum.

Thileſius de jure limitis in aquis conſtituti.

Ge. Henr. Ayrer Diſſ. de præſcriptione limitum.

Iac. Brunnemann Diſſ. de jure limitum prouincialium.

912.

Erklärung.

Das Grenzrecht iſt der Innbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die aus dem örtlichen Verhältniſſe der Grundſtücke unter ſich entſpringen.

913.

Eintheilung.

Es gibt natürliche und künſtliche Grenzen, oder Marken und Untermarkungen 1). Die leztern ſind entweder geſezt oder zufällig.

1) *Oetinger* de jur et Contr. lim. L. I. c. 2. §. 1. 3. 6. 7. *Krebs* de ligno et lap. P. II. Cl. VI. Sect. 4. *Stryk* in Vſu Mod. Dig. L. X. tit. 1. §. 5. *Piſtorius* Amoen. Jur. Pol. P. II. p. 485. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. III. c. 4. §. 1. ff.

914.

Beſchaffenheit.

Die Erſtern entſtehen aus der natürlichen Beſchaffenheit des Erdbodens, der aus Bergen, Hügeln, Reinen, Thälern, Klingen, Klüften, Tabeln, Buſche, Klauſen, Ebnen, Feldgraben, Teichen, Seen, Weihern, Flüſſen, Bächen ꝛc. beſteht 1). Die Andern ſind Mark- und Grenzſteine, Weichbilder, Landwehren, Grenz- Flur- und Landgraben, Thürme, Kreuze, Hochgerichte, Wegweiſer, Meilenzeiger, Zollſtöcke, Kapellen, Bildſtöcke 2). Bey deren Beſtimmung aber doch gewiſſe Vorſichtsregeln beobachtet werden müſſen 3).

1) *Oetinger* cit. l. §. 16. u. C. 11. n. 1. bis 10. C. 18. S. 333. ff. Oecon. for. T. VI. C. 10. §. 20. ſeqq.

2) *Oet.* c. 17. n. 24. 51. 53. 54.

3) Oecon. forenſ. T. VI. c. 10. §. 31. 32. ſeqq.

915.
Grenzſteine.

Die Mahl- Mark- und Grenzſteine ſind von verſchiedener Art, als Land- Weg- Bann- Geleit- Freyungs- Amts- Huth- Forſt- Jagd- Zehend- Weid- Güter- Flur- Gerichts- Waſſer- und Loch- Steine 1). Man unterſcheidet wahre Grenzſteine von Läufern, Hauptſteine, Ecke und Ortſteine 2).

1) *Oteinger* c. 2. n. 8. 9. *Hildebrand* Diſſ. de diuerſitate lapidum finalium eorumque jure, C. I. §. I.

2) *Oetinger* L. I. c. 17. n. 7. 8.

916.
Oeffentliche oder Privatmarken.

Sie ſind zum Theil öffentliche und zum Theil Privatmarken. Der Zuſammenſtoß verſchiedener Grenzen heiſt die Markſcheide, Flurſcheide, Flurwände 1).

1) Eſtor Th. III. §. 1648. *Oetinger* c. 17. n. 22. 23.

917.
Markung.

Der Diſtrikt Grundeigenthum, der zu einer Stadt, zu einem Dorfe, Schloſſe, Vorwerke, Bauerhofe und anderm Landgute gehört, heiſt die Grenze, Feldmarken 1), Markung, die Flur 2), der Zehenden, das Reich, und wenn es zugleich ein Gerichtsbezirk, im Reiche der Zwang und Bann 3), und in Niederteutſchland das Weichbild 4).

1)

1) *Ab. Fritſch* de diſtrictu vniuerſitatis agrorum Ciuit. vel pagi. Ien. 1670.

2) *Chr. Vlr. Grupen* Obſ. rei agrariae Germ. de Marchis Civ. et vill. von Stadt- und Dorffeldmarcken &c. Han 1758.

3) *Oetinger* c. 8. S. 83. ff. Eſtor Th. I. §. 1648. Th. III. §. 1648.

4) *Io. Zach. Hartmann* de etymologia vocis Weichbild. Kil. 1735.

918.
Feldfluren.

Im engern Verſtande heiſt das angeblümte Feld die Flur. Daher nach der Abtheilung des Ackerbaues in Sommer = Winter = und Brachfeld, jeder Theil, die Flur, die Zelge oder der Oeſch heiſt 1), und in den Preußiſchen Staaten ſo viel möglich gleich ſeyn muß 2).

1) *Oetinger* c. 8. n. 9.

2) Umlauf von 19 Merz 1767. in der Schleſ. Samml. B. IX. S. 45.

919.
Flurbeſchreibungen.

Die Flur, das Weichbild und die Feldmarken ſind in eigenen Büchern, Flur= Lager= Markungs= Grund= und Saalbücher oder Bannerneurungen genannt, förmlich beſchrieben 1), welchen zugleich geometriſche Riſſe beygefügt ſeyn ſolten 2). Sie werden von den geſchwornen Amtsrenovatoren in Gegenwart von

Notar und Zeugen, und der ſämmtlichen Intereſſenten gefertiget, welches im Eingange gleich bemerkt werden muß 3). Man beſchreibt die Güter ganz ausführlich nach ihrer Größe, Lage, Beſchaffenheit, Grenzen, Anſtößern, ihren Abgaben und Beſchwerden 4), als zu welchem Ende die Beſizer erſcheinen, jedoch ihre Angabe eben nicht immer eidlich beſtärken und unterſchreiben müſſen 5). Ein ſolches Buch hat als öffentliche Urkunde alle Beglaubigung 6).

1) oben B. I. §. 1072. 1074.

2) Von Juſti Staatswirthſchaft, Th. II. S. 302. Seckendorf in den Zuſäzen zum Fürſtenſtaat, C. II. §. 20. S. 46. 49.

3) *Mevius* P. III. deciſ. 34. 179. *Hertius* Reſp. 61. n. 4. Reſp. 496. n. 6. p. 789.

4) Preuß. Ackermeſſungs- und Landmeſſersregl. in C. C. March. T. V. Abth. III. p. 348. Wirtemberg. Kommun. ord. S. 71. C. C. Magd. P. III. p. 564. Eſtor Th. III. §. 1649. *Oetinger* c. 14. n. 12. 13. 14. 15.

5) *Berger* Oecon. Jur. L. IV. tit. 24. not. 18. *Id.* in El. diſcept. for. tit. 24. obſ. 4. p. 749. *Stryk* in Vſu Mod. Dig. L. L. tit. 15. §. 1. *Leyſer* Specim. 101. med. 2.

6) *Lynker* Vol. I. Reſp. 73. n. 36. p. 411. *Meichsner* T. III. deciſ. 6. n. 16. p. 40. *Boehmer* T. II. P. I. Conſ. 481. n. 3. p. 725. T. III. P. II. Conſ. 380. n. 5. p. 663. *Klock* T. I. Conſ. 27. n. 36. 43. p. 422. *Piſtorius* cit. l. P. II. p. 483.

920.

Weichbildrecht.

Man nennt das präſumtive Eigenthumsrecht, das jede Gemeinde und Gutsherrſchaft an den Gütern auf ihrer Markung beſitzt 1), das Weichbildrecht, Flurrecht 2), Burgrecht, und es iſt von der Wirkung, daß die Kammern, oder ein andrer, ſelbſt die landesherrlichen Fiſkäle, die daran Anſprüche machen, ihr Recht förmlich ausführen müſſen 3), indeß jene beſtändig im Beſize verbleiben 4), wobey öfters ihre ältern Urkunden des Gegentheils Zeugen vorgezogen werden 5). Manchmal wird zum Beweiſe des Markungsrechts der Beſiz der Gerichtsbarkeit für zureichend gehalten 6).

1) Struben rechtl. Bedenk. Th. I. n. 111. S. 257. Pütters Rechtsfälle, Ausführ. II. n. 27. S. 240. *Fritſch* cit. l. c. I. §. 3. c. VIII. §. 5. c. XVII. *Schoepff* Vol. 8. Conſ. 33. n. 49. p. 239.

2) *Ab. Fritſch* de jure vniuerſitatis agrorum, vom Flurrecht. Ien. 1670.

3) *Io. Klein* Annot. ad *Schoepffer* Synopſ. Jur. Priv. n. 3. p. 172. n. 1. p. 177. *Lauterbach* in Coll. Theor. Pract. Dig. L. VI. tit. 2. §. 15. *Struve* Synt. Jur. Civ. exerc. XI. §. 46.

4) *Boehmer* de Colliſ. praeſumt. C. III. §. 7.

5) *Boehmer* de Colliſ. probat. C. II. §. 4.

6) *Carpzov* L. III. tit. 12. Reſp. 12. n. 3. p. 749.

921.

Marklosung.

Aus dem teutſchen Flurrecht, Markrechte und Weichbildrechte entſpringt die ſogenannte Markloſung 1), vermög deren jeder einheimiſcher Bürger und Gemeindsmann den auswärtigen Käufer gegen Erlegung des Kaufſchillings vom Beſitze der Grundſtücke ausſchließen kan, die auf der Markung gelegen ſind 2). Der Grund davon iſt das Miteigenthumsrecht der ganzen Gemeinde an ihrer Markung. Daher in der Regel nicht jeder Landsmann, ſondern nur ein Ortseingeſeſſener dieſes Recht ausüben kan, wiewol es manchmal eine Ausdehnung empfangen hat 3).

1) *Io. Eiſenharth* Diſſ. de retractu territoriali, vulgo Marckloſung. Helmſt. 1697.

Wolfg. Ad. Schoepff de retractu territoriali communi jure perpetuae reluitionis et alienatione neceſſaria ceu modis cumprimis Wirtemb. reuniendi bona incorporata a forenſibus poſſeſſa. Tub. 1742.

Id. de retractu territoriali, vulgo Marckloſung. Tub. 1748.

Io. Frid. Wahl de jure protimiſeos ſiue retractus territorialis perpetui. Gieſſ. 1728.

2) Mainz. Lr. tit. 24. §. 3. 4. S. 48. Heß. Kaßel. Reſcr. v. 21. April 1739. Goth. L. O. P. II. c. 2. tit. 14. p. 239.

3) Eſtor Th. III. §. 4305.

923.

Grenzbeziehungen.

Nicht allein hält die Obrigkeit, die ſelbſt für die Erhaltung der Grenzen zu wachen hat 1), gewiſſe Unterpolizeybediente zur Aufſicht über die Grenzen und Markſteine 2), ſondern läßt ſie alle Jahre durch die feyerlichen Flur- und Grenzbeziehungen, Beſichtigungen 3), Flurgänge, Flurzüge, Feldumgänge unterſuchen 4) und berichtigen 5). Zur Vorſicht werden Deputirten der Grenznachbarſchaft, die ſich im Preußiſchen einfinden müſſen 6), zugezogen 7). Man fertigt darauf über den ganzen Vorgang eine förmliche Akte aus, oder ertheilt wenigſtens darüber ein gerichtliches Zeugnis 8).

1) Stiſſers Einleit. zur Landwirthſchaft, C. 13. §. 32. S. 469. *Leiſer* L. III. c. 6. n. 19. 28. *Fritſch* de jur. Univ. agr. c. 6. §. 4. c. 8. §. 1. *Oetinger* c. 20. §. 8. 9.

2) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 40. S. 94. 166. Verord. v. 21. April 1654. in Geißens teutſchem Corp. Jur. S. 526. Wirtemb. Lr. P. II. c. 3. tit. 27. Goth. L. O. P. III. tit. 25. c. 3.

3) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de finium prouincialium et publicorum viſitatione. Alt. 1716.

4) Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 21. Hohenloh. Lr. P. III. tit. 20. Heß. Kaßel. Grebenord. tit. 40. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 685. Wirtemb. Kommunord. S. 48. Gen. Reſcr. vom 2. Jul. 1603. u. 16. Nov. 1735. in Hochſtetters Extrakt Th. I. S. 148. Th. II. S. 66.

5) *Fritſch* de jure univ. agr. C. VI. §. 4. *Leiſer* in Jure Georg. L. III. c. 5. n. 49. Oecon. for. T. VI. c. 10. §. 73.

6) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 150.

7) *Harpprecht* Vol. VII. Conſil. 21. n. 66. Oecon. for. T. VI. c. 10. §. 70. 71. Von Rohr B. IV. c. 1. §. 2. 3.

8) Eſtor Th. I. §. 1652. Oecon. for. T. VI. c. 10. §. 62. 63. 64. 74. *Fritſch* cit. l. c. 6. §. 4. c. 8. *Leiſer* L. III. c. 6. n. 19. 18. Stiſſer Einleit. zur Landwirthſchaft, C. 13. §. 32.. S. 469.

924.
Oeffentliche Marken.

Die öffentliche Marken werden mit dem Wappen bezeichnet 1), können daher in keinem andern Lande errichtet werden 2). An den Landwehren darf nicht gebauet, noch dieſelbe von Privatperſonen beſeſſen 3), noch im Preußiſchen überhaupt über die Markungsgrenzen Zäune und Häuſer geſezt werden 4).

1) *Oetinger* L. I. c. 1. n. 11. c. 17. n. 15. 16. Eſtor Th. III. §. 1652.

2) *Oet.* cit. l. c. 17. n. 17. 3) Id. c. 13. n. 11. 12.

4) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 237.

925.
Feldmeſſer.

Soviel von der Landmeſſung 1), als weswegen im Preußiſchen nichts ohne Vorwiſſen des auswärtigen Departements vorgenommen werden darf. Was nun die Feldmeſſung betrift, ſo ſind zu dem Ende eigene

era-

examinirte und beeidigte Feldmeſſer angenommen 2), die im Preußiſchen mit beſondern Inſtruktionen 3) verſehen ſind, für jeden Fehler und Betrug haften müſſen, und deshalber belangt werden können 4). Nebendem hat man die geſchwornen Felduntergänger, welche die Gerichtsbarkeit in Grenzſachen beſizen. B. I. §. 1093. Sonſt werden zu dem Ende beſondere Grenzkommiſſarien niedergeſezt 5).

1) C. Jur. Frid. P. II. tit. 18. §. 25. Oecon. for. T. VI. §. 4. 5. 6. 7. p. 438. ſqq. Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. II. S. 1. ff.

2) C. C. March. Nov. T. V. P. 3. p. 56.

3) C. C. March. Nov. T. I. p. 897. T. V. Jahrg. 2. p. 391. Jahrg. 5. p. 357.

4) T. VI. p. 227. 1147. 3221. *Oetinger* L. I. c. 16. Spate Sekretariatkunſt, Th. II. Vorſt. 4. S. 909.

5) Mecklenb. Erbvergl. §. 23. Vergl. Repert. Jur. March. 1755. col. 420. v. Grenzſachen. Siehe insbeſ. C. C. March. Nov. T. I. p. 651. T. VI. p. 227. 1147. 3221. C. Jur. Frid. P. II. tit. 18. §. 10. 11. 12. 22. Von Rohr B. III. C. 4. §. 14. 13. S. 419. 420. Oecon. for. T. VI. c. 10. §. 104. ſeqq.

926.

Oeffentliche Steinſezung.

Es kan zwar ein jeder Unterthan ſein Eigenthum einfaſſen, und mit gewiſſen Grenzen bemerken 1), allein diß macht hernach bey Streitigkeiten keinen Beweis, ſondern zu dem Ende muß eine obrigkeitliche Steinſezung in Gegenwart der Partheyen vorgenommen

men werden 2). Es muß darüber eine Beſchreibung zum Protokoll gegeben und aufbewahrt werden 3). Ebenſo hat bey Grenzſtreitigkeiten 4) jede Parthie einen Riß den Akten beyzulegen 5).

1) Struben rechtl. Bed. Th. I. n. 176. S. 431. Von Rohr c. 4. §. 19. S. 435. *Krebs* de ligno et lap. P. II. cl. 6. Sect. 4. §. 11. n. 6. *Gosw. ab Esbach* ad *Carpzov* P. II. conſt. 41. def. 17.

2) Wirt. Bauord. tit. von Mark- Weg- u. Zehendſt. S. 18. C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 698. C. Jur. Frid. tit. 18. §. 14. 16. 24. *Oetinger* c. 17. n. 45. 46. 47. 48. L. II. c. 7. n. 1. ff. Oecon. for. T. VI. §. 14. 15. 16. p. 445. ſqq.

3) *Oet.* c. 19. n. 7. 8. 9.

4) C. C. March. Nov. T. II. p. 307. C. Jur. Frid. P. II. tit. 18. §. 1. ff.

5) Reichsabſch. von 1654. §. 51. C. Jur. Frid. P. II. tit. 18. §. 4. 11. 3.

927.

Preußiſches Feldmaß.

In den Preußiſchen Staaten muß bey der Feldvermeſſung einerlei Feldmaß 1) beobachtet, und daſſelbe nach dem vorhandenen Etalon überſchlagen und berichtiget werden 2). Man hat hier auch eine gleichmäßige Deichruthe 3).

1) *Ge. Marſmann* Metrologia et Miliologia. Ien. 1674. *Nicol. Myler ab Ehrenbach* Metrologia, ſeu tractatus de jure menſurarum. Tub. 1668. *Oetinger* L. I. c. 14. 15.

2)

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2467. 2468. Vergl. von Pommern die Akten von 1667. bey Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 3. §. 2, S. 545. ff.

3) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 271. C. C. M. Nov. T. VI. p. 325.

928.
Allgemeines Feldmaß.

Das Feldmaß iſt ſonſt in den meiſten Ländern 1) verſchieden, und richtet ſich oft nach der Fruchtbarkeit des Erdbodens 2). Man berechnet es nach Hufen, Aeckern, Jaucharten, Mansmaden, Hammerwürfen, Schaufelſchlägen, Dematen, Nöſſeln, Tagwerken, Morgen, Viertel, Ruthen, Werkſchuen, oder nach dem Maaße der Ausſaat 3).

1) Z. B. Gothaiſche Forſt- u. Waldord. v. 1644. Mühlhäuſ. Feldrecht, Art. 1.

2) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de legitimo praediorum ſpatio.

3) *Oetinger* de jure et controv. limit. L. I. c. 14. p. 263. ſqq. Eſtor Th. I. §. 1689. Th. III. §. 1689. *Heumann* Init. Jur. Polit. c. 27. p. 280.

929.
Nothwendige Vermeſſung.

In Mecklenburg müßen alle Ritterſchaftliche Güter öffentlich vermeſſen werden 1), wovon ſie bloß die Vorlegung richtiger Charten und Feldregiſter befreyen kan 2).

1) Mecklenb. Erbvergl. §. 7. 23. ff.

2) ebendaſ. §. 34. 35. 36.

930.

Gewährung des Feldmaßes beym Pachte.

Wenn bey der Verpachtung eines Guts ein gewiſſes Feldmaß oder eine beſtimmte Morgenzahl angenommen worden iſt, ſo muß dieſe gewährt, oder nach Proportion am Pachtgelde nachgelaſſen werden, welches aber nicht geſchieht, wenn das Gut nur überhaupt genennt, und ihm die Morgenzahl zufällig angehängt worden iſt 1).

1) *Bocer* de univerſo jure, n. 19. p. 140. *Berger* Oecon. Jur. L. III. tit. 5. §. 2. not. 4. p. 637.

931.

Meſſung der Grenzen.

Bey der Feldmeſſung werden die Grenzen nicht mitgemeſſen, noch verjährt 1). Die Sachen auf den Untermarken ſind theilbar 2); dahingegen gehören die Reine zum obern Acker 3), oder ſie ſind gemeinſchaftliche und Wechſelreine.

1) *Oetinger* L. II. c. 7. n. 10. 17. 19.

2) cit. l. n. 11. 18.

3) ibid. n. 12. L. I. c. 18. n. 10. Gabke Dorf- u. Baurenrecht, Abſch. IX. K. 2. §. 268.

932.

Grenzbefriedung.

Die Grenzen ſind befriedet und unverlezlich 1). Ehemals war eine grauſame Todesſtrafe 2) und noch jezo iſt eine peinliche Leibesſtrafe auf die Verrückung

und

und Zerſtörung der Marken geſezt 3), die aber meiſt willkührlich angeſezt wird 4).

1) *Lobeck* de jure lapidum terminalium.

2) *Leyſer* Vol. VIII. Specim. 558. p. 419.

3) L. 3. 4. Cod. fin. regund. L. 5. Cod unde vi. Karls V. Peinl. Halsgerichtsord. Art. 114. C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 685. 502. 787. 527.

4) *Oetinger* L. II. c. 9. n. 10. 13.

933.

Rechtswirkungen des Feldmaſſes.

Die übrigen Rechtswirkungen der Grenzen ſind der Beweis des Eigenthums und der Zubehörungen, die Verhinderung des Anwachſungsrechts, die Vermuthung ihrer unveränderten Lage 1).

1) Von Rohr c. 4. §. 18. S. 423.

VI. Kapitel.

Rechte des Güteranſchlags.

934.

Literatur.

Helf. Vlr. Hunnius Pr. de rerum æſtimatione. Giſſ. 1616.

Io. Iuſt. Muhlpfort de æſtimatione in genere, et in ſpecie de juſta. Ien. 1680.

Chr. Lud. Crell Diſſ. de pretio legali. Vit. 1756.

Io. Frid. Wernher de jure taxationum. Vit. 1731.

Mich. Graß de modo et jure taxandi Jurisdictionem, von Art, Weiſe und Recht die Jurisdiction oder Bothmæſſigkeit, hohe und niedere Gerichte in Tax und Anſchlag zu bringen. Tub. 1724.

Aug. a Balthaſar de beneficio Taxæ Agnatis aliisque feudi ſucceſſoribus in Ducatu Pomeraniæ atque principatu Rugiæ competente. Gryph. 1738.

Chriſt. Herm. von Schweder gründl. Nachricht von gerichtlicher und auſſergerichtlicher Anſchlagung der Güter. Stettin 1752. V. Aufl. mit Erleuterungen vermehrt. Berl. 1775.

Auguſt. von Balthaſar Anmerkungen darüber. Greifsw. 1739.

Ant. Wilh. Ertel vom Anſchlage, Schäzung aller hochgiltigen Landgüter, in adp. ad Aur. Prax. P. II. p. 190.

Io. Gottofr. Bauer Diſſ. de conſignatione et taxa rerum ſub haſta venalium. Lipſ. 1734.

935.

Erklärung.

Der Anſchlag und die Schäzung iſt eine Beſtimmung des Werths einer Sache ſelbſt oder ihres Ertrags.

936.

Eintrittsfälle.

Sie wird vorgenommen bey Theilungen, Abfindungen, Vormundſchaften, beym Gante und Konkurſe, beym

beym Verkaufe, bey der Verpachtung, Einlöſung, Beſſerungsvergůtung, gerichtlichen Zuſchlagung, Verſicherungen, und Kreditweſen 1), Anlegung der Steuern und Abgaben, bey der Berechnung des Abzugs, und in Verlezungsfällen 2).

1) Schleſ. Landſchaftsregl. P. III. c. 1. §. 7.

2) Oecon. for. T. I. c. 2. §. 14. ſeqq

937.
Mannigfaltige Verfertigung.

Die Art und Weiſe ſeiner Abfaſſung iſt nach der Verſchiedenheit der teutſchen Reichsländer, und manchmal nach der Verſchiedenheit der Provinzen eines und deſſelben Lands ſehr mannigfaltig. Daher man die beſondern Anweiſungen einer jeden Gegend 1) zu Rathe ziehen muß.

1) R. C. v. B. ökon. juriſt. Abhandl. vom Anſchlag der Güter in Sachſen, Leipzig 1771. in den ökon. Nachrichten, St. 116. 117. 118. 119. S. 359.

Gottfr. Aug. Hoffmann Abhandl. von Hausvirthſchaftlichen Anſchlägen, mit Fortſezung am a. O. St. 58 S. 697. St. 82. 83. S. 757.

Von Rohr Fortſezung des Haushaltungsrechts.

Suttinger Pract. obſ. 125.

Ertel in adpend. Aur. Prax. P. II. p. 190.

Chlingenſperg de jure Hofmarchiali, p. 103. 105.

Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. XIII. Abh. 8. S. 87.

Gaſſer Einleit. in die Oek. Polizey- u. Kameralwiß. §. 3.

Schweder u. Balthaſar von Anſchlagung der Güter in Pommern.

Engelbrecht Obſ. 97. p. 512.

Oeconomia forenſ. Tom. I. L. I. C. 2. pag. 251. und beſonders die Beylagen p. 542. ſeqq.

Repertorium Jur. Priv. Tom. I. p. 216.

Struve Erklärung rechtsübl. Wörter. Anſchlag. n. 3.

Hoffmann von der Klugheit hauszuhalten, P. III. S. 506.

Von Eckart Experimentalökonomie S. 764.

Harpprecht Reſp. 71. n. 136.

Meichsner Tom. II. deciſ. 5.

Eſter bürgerl. Rechtsgelehrtheit, Th. II. §. 3303.

Krüniz ökonom. Encyklopädie, Th. II. S. 208.

938.
Preußiſche Vorſchriften.

In den Preußiſchen Staaten gibt es eigene geſezliche Vorſchriften über den Güteranſchlag, als die Hypotheken- und Konkursordnung vom 4. Febr. 1722. §. 60. ff. 1) und in den Beylagen unter dem Buchſtaben G. 1. 2. 3. 4. 5. 2) mit beygefügter Formel 3). General- und Spezialtaxprinzipien zur Abſchäzung der Güter in der Kur- und Neumark nach ihrem wahren Ertrage, in welchem die bey Verpachtung der Königl. Aemter bey den Kammern angenommene Prinzipien zum Grunde gelegt ſind, vom 19. Auguſt 1777. 4). Spezialtaxprinzipien zu Abſchäzung der Rittergüter in der Kur- und Neumark vom 1. Nov. 1777. 5). Revidirte und verbeſſerte Generaltaxprinzipien zur Abſchäzung der Güter in der Kur- und Neumark nach ihrem gewöhnlichen Ertrage vom 25. May 1782. 6).

1) C.

1) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 131.

2) ibid. pag. 174. ſeqq. und im Projekt des Cod. Frid. Königsberg 1766. P. III. tit. 41. p. 357. ſeqq.

3) cit. l. p. 394. und in C. C. March. T. II. Abth. II. p. 196.

4) C. C. M. Nov. T. VI. n. 34. p. 800.

5) C. C. March. Nov. T. VI. p. 925. n. 47.

6) Tom. VII. n. 26. p. 1186.

939.

Kammeranſchlag.

Man hat auch in den meiſten Ländern den ſogenannten Kammeranſchlag 1), Berg- und Hüttenpreis, welches eine in der Vorzeit gemachte Schäzung iſt, die bey der nachher vergröſſerten Menge des baaren Geldvorraths nun ſehr mäßig iſt, und bey landesherrlichen Vergütungen des Werths der Sachen zuweilen gebraucht wird 2).

1) Beyſpiele von Mainz und Wirtemberg. Estor Th. II. §. 3301.

2) Oecon. for. T. III. §. 91. S. 31. ff.

940.

Eintheilung des Güteranſchlags.

Ein Anſchlag oder Abſchäzung iſt bald geſezlich, gerichtlich, auſſergerichtlich und bedingt 1).

1) Oecon. for. T. I. Hſt. 2. §. 2. 3. S. 252. 253. Von Juſti Staatswirthſchaft, Th. I. §. 461. S. 476.

941.

Art der Abfaſſung.

Jeder Güteranſchlag geſchieht durch gewiſſe kunſtverſtändige und beeidigte Perſonen 1), und wird im Preußiſchen bald von den Landſchaften und bald von den Gerichten veranſtaltet 2). Es ſind jene theils Rechtsgelehrte, theils Oekonomen oder andere Sachverſtändige, theils beſonders dazu beſtellte obrigkeitliche Perſonen, wie die Kreisjuſtizräthe in Schleſien 3). Man bedient ſich bey ſeiner Verfertigung, die hauptſächlich auf der Größe und innern Güte beruht 4), der Hausbücher, Regiſter, Guts- und Vermögensverzeichniſſe, Rechnungen, Kundſchaften, der alten Anſchläge, Kontrakte, des Augenſcheins u. ſ. w. 5). Manchmal muß die intereſſirte Parthey noch den Schäzungseid (Iuramentum in litem) 6) abſchwöhren 7).

1) L. 63. pr. D. L. Falcid.

2) C. Jur. Frid. P. II. tit. 28. §. 15. 16.

3) Oecon. for. cit l. §. 33. p. 287. §. 39. 40. p. 294. ſeqq. C. J. Frid. § 11. 14.

4) Schweders vom gerichtl. u. außerger. Anſchlag der Güter, C. V. Anmerk. S. 48.

5) Oecon. for. §. 34. ſeqq. §. 98. ſqq. C. Jur. Frid. cit l. §. 17.

6) *Io. Ph. Slevogt* de vera Jurisjurandi in litem indole et natura. Ien. 1707.

Jo. Vlr. de Cramer de juramento in litem ſingularis intereſſe. Marp. 1741.

7) L. 5. §. 4. D. de in lit. jur.

942.

Verſchiedenheit des Pachtanſchlags vom Kaufanſchlage.

Zwiſchen dem Kauf- und Pachtanſchlage bleibt der Unterſcheid, daß jener eine richtige Beſtimmung des wahren Werths eines Landguts ſowol in Abſicht ſeiner nuzbaren als unnuzbaren Theile iſt, dahingegen dieſer eine richtige Vergleichung und Ertragsberechnung derjenigen nuzbaren Theile enthält, die in Pacht gegeben werden ſollen, und wovon die Ausgaben abzuziehen ſind 1).

1) Oecon. for. T. I. c. 2. §. 27. 28. Vergl. Eſtor Th. II. §. 4514. ff.

943.

Beſtimmung des Mittelpreiſes.

Man bedient ſich beym Anſchlage des Mittelpreiſes, nemlich fünf vom Hundert, da der höchſte 4. und der niedrigſte 6. pro Zent iſt. Der Zeitpunkt, wo ſeine Berechnung anfängt, glaube ich, kan nicht das Jahr 1736. 1) ſondern muß das Jahr 1763. ſeyn. Man ſummirt den höchſten und niedrigſten Preis jedes Jahrs zuſammen und dividirt ihn hernach mit zwey, ſo bekömmt man den jährlichen Mittelpreis 2).

1) Oecon. for. cit. l. §. 48.

2) Krüniz ökon. Encyklopädie, Th. II. S. 213.

944.

Beyziehung der Intereſſenten.

Bey einem gerichtlichen Anſchlage muß davon dem Eigenthümer oder den Gläubigern eine Anzeige

zu ihrer Beywohnung geſchehen, und es kan von Erſterem ein eigener Anſchlag und Beſchreibung gemacht und vorgelegt werden 1).

1) C. Jur. Frid. P. II. tit. 28. §. 18. 19.

VII. Kapitel.
Pachtrecht.

945.

Literatur.

Io. Wilh. de Goebel obſervat. theor. pract. de locatione et conductione. Helmſt. 1742.

Vincent. Carocius tract. locati et conducti. Ven. 1649.

Frid. Brummer Exercitatio de locatione et conductione. Lipſ. 1664.

Iuſt. Henn. Boehmer Selecta capita circa locationem et conductionem prædiorum ruſticorum, in T. III. Exercit. p. 464.

Io. Frid. Amelong Diſſ. de locatione conductione rei dominicæ.

Io. Dav. Stipper Diſſ. de locatione conductione uſusfructus. Lipſ. 1728.

Ge. Ad. Schuberth Diſſ. de jure locandi vaſallorum. Ien. 1715.

Joh. Ge. Eſtor von der Verpachtung auf Lebenslang, Willkühr und Langezeit. Th. I. der kleinen Schriften S. 157.

Oekonomiſche Juriſtiſche Abhandlung von Pachtung und Verpacht der Güter. II. Theile. Leipzig 1729.

Io.

Io. Otto Tabor Diſſ. de admodiatione. Argent. 1646.

Ge. Ad. Struve de admodiatione. Ien. 1692.

946.

Verſchiedenheit der teutſchen von der römiſchen Pacht.

Wir haben ſchon an mehreren Orten bemerkt, daß ſich die altteutſche Pacht von der Römiſchen ſehr ſtark unterſcheidet, indem bey jener die Sache dem Pächter und Beſtänder zum Nuzeigenthume unter Beobachtung des erforderlichen ſinnbildlichen Gebrauchs der Belehnung iſt übergeben worden. Dahingegen derſelbe bey der römiſchen Pacht nur die Abnuzung der verpachteten Sache in ſich ſchließt.

947.

Rechtliche Vermuthung der römiſchen Pacht.

Wenn die Verpachtung nicht aus dem Mittelalter herrührt 1), ſo beurtheilt man ſie heutzutage ganz nach römiſchen Rechtsſäzen. Nur beym zeitlichen Güterpachte geſchieht es, daß man noch einige Folgerungsſäze der teutſchen Rechtsprinzipien beobachtet 2).

1) *Th. Maul* de locat conduct. tit. I. n. 5. p. 5. *Finſterwalder* Pract. Obſervat. L. II. obſ. 16. p. 305. *Cocceji* T. II. conſil. 248. n. 5. 6. 19. p. 319. *Mevius* P. I. deciſ. 163. p. 79.

2) *Boehmer* de locat. conduct. praed. T. III. Exercit. C. I. §. 2. p. 466.

948.

Benennung und Erklärung des Pachtkontrakts.

Der Pacht heiſt lat. Locatio Conductio, teutſch, Arenthirung, Admodiation, Beſtand, Heuer, Miethe, Stüftnng, den Hof oder das Gut verthun, oder auf Gewinn austhun, die Meierey, und iſt ein auf der wechſelſeitigen Einwilligung beruhender Kontrakt, dem Andern den Nuzen ſeines Guts um eine gewiſſe Abgabe, Locarium, Pachtgeld, Gülte, Beſtandzins genannt, zu überlaſſen.

949.

Römiſcher Unterſcheid.

Die Römer machten einen Unterſcheid zwiſchen dem Gutspachte, wofür eine Summe Geld bezahlt wurde, und demjenigen, den ſie Colonia partiaria nannten, und eine Fruchtabgabe zum Gegenſtand hatte 1).

1) L. 25. §. 6. D. Locati Cond.

950.

Erforderniſſe.

Der Pacht erfordert 1. wechſelſeitige Einwilligung, 2. eine nuzbare Sache, und 3. eine Vergütung. Er geht entweder auf Lebenslang, auf eine beſtimmte Zeit oder auf Willkühre 1).

1) Oecon. for. T. II. p. 96. ſeqq. *Reinharth* ad *Chriſtin.* P. V. obſ. 13. P. VI. obſ. 44. *Engelbrecht* obſ. 72. p. 374. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. I, c. 4. 5.

951.
Wiederverpachtung.

Die Einwilligung kan ausdrücklich, oder ſtillſchweigend geſchehen. Die leztere iſt z. B. bey einer Fortdauer des Pachts nach geendigter Pachtzeit 1) vorhanden 2), und wird eine ſtille Wiederverpachtung 3) tacita relocatio genennt 4). Sie enthält eben dieſelbe Bedingungen, und eine gleiche Pachtzeit, wenn die Landesgeſeze deswegen keine beſondere Verordnungen machen 5), oder der Pacht auf Willkühre geſchloſſen geweſen iſt. Wenn er gleich anfangs ſtillſchweigend eingegangen worden iſt, ſo wird hernach das Pachtgeld durch die Gewohnheit oder durch den Richter beſtimmt 6).

1) *Fr. Alef* Diſſ. de tacito relocationis termino. Heid. 1753.

2) L. 13. §. 11. D. Locati Cond. L. 16. Cod. eod.

3) *Berger* El. Diſcept. for. P. II. p. 1509. Orth über die Frankf. Reform. Th. II. tit. 3. §. 20. S. 454. tit. 14. §. 6. 7. S. 238.

4) *Kunz* de tacita relocatione. *Winkler* de relocatione tacita. *Zach. Henr. Haſenhart* de tacita relocatione et reconductione ad ductum Jur. Civ. et Lub.

5) L. 13. §. fin. D. locati cond. *Pufendorf* T. I. obſ. 135.

6) *Wernher* P. I. obſ. 68.

952.

Nothwendigkeit der ſchriftlichen Einwilligung.

Nach römiſchem 1) und nach dem ältern teutſchen Rechte war es nicht nothwendig, daß die ausdrückliche Einwilligung ſchriftlich geſchehen mußte. Allein die meiſten Landesgeſeze erfordern es beym Güterpachte aus Polizeygründen zu Vermeidung aller Streitigkeiten und der Uebervortheilung des Landmanns 2).

1) L. 1. 2. pr. 14. D. Locati Cond.

2) Baier. Lr. tit. 21. Art. 3. 6. 14.

Kopp in den teutſchen Lehenproben, Th. I. c. 6. §. 7. S. 297. Orth über die Frankf. Reform. Th. II. S. 515. 575.

953.

Verafterpachtung.

Ein Pächter kan das gepachtete Gut entweder ganz oder zum Theil verafterpachten 1). Bey der Verpachtung eines Hauptguts werden alle Nebenſachen und Zubehörungen darunter verſtanden 2).

1) *Chr. Wildvogel* de eo quod juſtum eſt circa ſublocationem.

2) *Leyſer* Specim. 210.

954.

Ihre Beſchaffenheit.

Die Afterpacht iſt zuweilen verboten oder doch ſehr eingeſchränkt, und muß dabey neue Verſicherung gemacht werden. Sie muß ſich auf eben dieſelbe Benuzung beziehen, wie die Hauptpacht ſelbſt 1).

1) Eſtor Th. II. §. 4572. 4573.

955.

955.

Erbpacht.

Der teutſche Güterpacht heiſt ſehr oft Erbleihe, Erbpacht, Meyerey 1), Erbbeſtand. Dieß hat ſelbſt geſchickte Germaniſten verführt, darunter eine römiſche Verpachtung zu verſtehen, die auf die Erben übergeht 2), da es doch im altteutſchen Sinne genommen werden muß 3), und ſo viel heiſt, als ein zum Untereigenthum, welches Erbe im Mittelalter genennt wird, verpachtetes Gut 4), und mit denen Formeln zu Erbe, zu rechtem Erbgute verleihen, einerlei Bedeutung hat. Man muß heutzutage eine gedoppelte Erbpacht annehmen, die altteutſche, welches die nuzeigenthümliche Güterpachtung des Mittelalters iſt, und die heutige, wo nur der Kontrakt auf die Erben gehet 5).

1) Eſtor Th. II. §. 4415.

2) welches auch vom Stadtgerichtsaſſeſſor D. Semler de dominii translatione in locatione perpetua exule. Hal. 1783. geſchieht, der aber gar keine teutſche Rechtsprinzipien von der Sache kennt.

3) *Io. Iuſt. Frid. Schlemm* Diſſ. de diſcrimine inter locationem conductionem Rom. et Germ. in ſpecie contractum villicalem, vulgo Meyercontract. Goett. 1779.

4) *Carpzov* P. II. c. 39. def. 1. Oecon. for. T. V. Abſchn. VII. §. 528. ff. p. 443

5) Oecon. forenſ. T. V. p. 429. 430.

956.

Deſſen Beſchaffenheit.

Beym Erbpachte, ob er ſchon manchmal erneuert werden muß, darf doch der Zins niemals geſteigert werden, und der Pächter hat alle Unglücksfälle zu übernehmen 1). Im Preußiſchen, ausgenommen im Cleviſchen und in der Grafſchaft Mark, darf der Erbpächter, wenn er einen andern tüchtigen Gewehrsmann ſtellt, das Gut veräußern.

1) Baier. Lr. tit. 21. art. 5. Oecon. for. T. V. pag. 429.

957.

Eingeſchränktes Gebahrungsrecht.

Obſchon der Bauer am alten Erbpachte ein Nuzeigenthum hat, ſo darf er dennoch das Gut für ſich allein nicht veräußern, verpfänden, verſchenken, verpachten, vertauſchen 1), noch ſeine landwirthliche Beſchaffenheit verändern, oder daſſelbe mit Dienſtbarkeit beſchweren. Es fließt dieſes aus der Unvollkommenheit ſeines Eigenthumsrechts, wie bey den Lehen, und die Gelehrten haben ſich ſehr geirrt, wenn ſie hieraus die Abweſenheit des Nuzeigenthums beweiſen wolten 2).

1) Außer den oben B. I. §. 1230. angeführten Geſezen noch Nürnb. Stadtref. tit. 23. Geſ. 5. 11. 12. 13. Baier. Lr. tit. 21. art. 15. 19. 20. Frankf. Stadtref tit. 15. P. II. §. 10. Solmſ. Lr. P. II. tit. 6. §. 6. 7. tit. 7. §. 29. 30.

2) Eſtor Th. II. §. 4477. ff.

958.

Verwirkung des Erbpachtguts.

Weil durch eine dergleichen Gebahrung in die Obereigenthumsrechte der Gutsherrſchaft Eingriffe geſchehen, ſo iſt ſie nach den Statuten bald ganz ungültig und das Gut wird als verwirkt eingezogen 1), oder es ſtehet jener das Vorkaufsrecht zu.

1) Nürnb. Stadtref. tit. 23. Geſ. 9. 13. 14. 16. Baier. Lr. tit. 21. art. 5. 15. 16. 17. 18. 20. Solmſ. Lr. P. II. tit. 6. Mainz. Lr. tit. 28. §. 8. S. 54. ff.

959.

Lehenwaare.

Gleichwie alle Kontrakte der Teutſchen viele ſinnbildliche Feyerlichkeiten enthielten, ſo gieng es auch mit dem Pachtkontrakt. Es mußte der Handlohn, Weinkauf, Leihkauf, die Vorheuer, der Ehrſchaz, Lobgeld, Anleit, die Lehenwaare, Mahlpfennig, Kurmede, Wegloſe für die Uebergabe entrichtet 1), und die Belehnung empfangen werden. Die Abgabe wird bey der Pachterneurung wiederhohlt, oder zum Andenken derſelben und an ihrer Statt von Zeit zu Zeit bezahlt 2).

1) Magdeb. Pol. Ordn. c. 48. §. 5. Erfurt. Freyzinsord. tit. 9. 10. 11. Heß. Kaß. Renthkammer-Ord von 1682. S. 16. Kurbaier. Lr. tit. 21. art. 6. 21. Schaumburg. Pol. Ord. von 1615. C. 28. S. 309. Ravenſperg. Eigenthumsord. c. 1. §. 10. c. 2. §. 3. Osnabr. Eigenthumsord. c. 4. §. 22. Nürnb. Stadtreform. tit. 23. Geſ. 13. Hohenloh. Lr. P. III. tit. 8. §. 4. Solmſ. Lr.

Lr. P. II. tit. 11. S. 77. Naß. Kazenelnb. L. O. P. I. §. .

2) Eſtor Th. II. §. 4452. 4453. 4488. 4417. Th. I. §. 1862.

960.

Pachtinventarium.

Vor Abſchließung des Güterpachts wird ein Verzeichnis aufgenommen, das aber hernach nur dann den Pächter verbindet, wenn er es unterſchrieben hat 1), oder daſſelbe von der Ortsobrigkeit 2), oder vom Kommiſſarius 3), oder vor Notar und zween Zeugen verfertiget worden iſt 4).

1) *Wolfg. Ad. Schoepff* Diſſ. de probat. contra Invent. §. 15.

Id. in Conſil. Tub. Vol. IX. Conſ. 59. n. 88. p. 570.

Müller ad *Struvii* Synt. Jur. Civ. Exerc. 28. §. 24. n. 3. 4.

Brunnemann Cent. III. decíſ. 27. n. 5. p. 157.

2) *Leiſer* in Jure Georg. L. II. c. 2. n. 27. p. 236.

3) Gaſſer Einleit. zur Kam. u. Polizeywiß. c. 7. §. 1. S. 182.

4) Eſtor Th. II. §. 4534.

961.

Pachtanſchlag.

Hierauf erfolgt der Pachtanſchlag, und dann wird die Punktation entworfen, die, wenn ſie vor Zeugen abgeredet worden, und von beiden Theilen unterſchrieben iſt, ebendie verbindliche Kraft hat, wie der Pachtbrief 1) ſelbſt 2). Bey Kammerverpachtungen wird

in=

indeß bis zur landesherrlichen Beſtätigung ein Pacht-ſchein ausgeſtellt 3).

1) Davon die Formeln bey Spate und Feller Sekretariat-kunſt, Th. II. S. 791. 792. 990. 795. 991. 1441.

2) Oecon. for. T. II. Hſt. V. S. 392. ff. T. III. Abſch. 2. S. 21. ff. Von Rohr S. 92. ff. Eſtor Th. II. §. 4531. 4532.

3) Spaten Sekretariatkunſt, Th. II. S. 796.

962.
Pachtvorſtand.

Nach abgeſchloſſenem Pachtkontrakte 1) muß der Pächter meiſt Vorſtand thun 2), oder gar den Pacht-preis auf etliche Jahre voraus bezahlen 3).

1) Oecon. for. T. III. Abſch. 5. S. 276. ff.

2) Oecon. for. T. III. Abſch. 4. S. 265. ff. Spate a. a. O. Th. II. S. 13. 48. *Boehmer* T. II. P. I. Conſ. 309. n. 8. p. 387. *Mevius* P. II. deciſ. 212. *Lynk* Conſ. 165. Hoffmanns teutſche Reichspraxis, B. I. S. 234. B. II. S. 74. *Becker* de praenumerationibus Conductorum.

3) G. E. S. von Hoym Verſuch über die Klaſſifikation der Vorſtandsgelder bey entſtandenem Konkurſe des Ver-pächters. Roſt. 1751.

Juriſt. Orakulum, Th. XIV. S. 835. Th. XVI. S. 419. Eſtor Th. II. §. 4510.

963.
Vorzugsrecht des alten Pächters.

Ob bey der Wiederverpachtung der alte vor dem neuen Pächter ein Vorzugsrecht habe, wird nicht

all zugeſtanden 1). Bey den Kammergütern hat es gar keinen Zweifel 2), und ich nehme keinen Anſtand, ebendaſſelbe von Kirchen = Gemeinds = und Gerichtsherrlichen Gütern zu behaupten, obſchon viele Rechtsgelehrten anderer Meinung ſind 3). Nur Privatpächter dürfen auf dieſen Vorzug keine Anſprüche machen 4), ausgenommen er wäre im Vertrage oder in der Gewohnheit gegründet 5), oder der Pacht gemeinſchaftlich geweſen 6).

1) *Io. Fl. Rivinus* Diſſ. an et quatenus in locatione fundorum publicorum veteres poſſeſſores praeferendi ſint. Lipſ. 1733.

2) *Hert.* Deciſ. 822. p. 790.

3) Eſtor Th. III. §. 4569. Th. II. §. 4569.

4) *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 50. n. 42. p. 380. *Reinking* de retr. Conſangu. qu. 4. n. 104. p. 187.

5) *Schilter* Ex. 31. §.12. 13. *Wernher* P. X. obſ. 330. 403. *Cocceji* T. II. Conſ. 43. p. 53. *Mevius* ad Jus Lub. L. III. tit. 7. art. 1. n. 20. p. 699.

6) *Stryk* in Vſu Mod. Dig. L. 19. tit. 2. §. 76.

964.

Verbindlichkeiten des Verpachters.

Der Verpachter iſt verbunden, das Gut im nutzbaren Stande dem Pächter zu überlaſſen 1), und zu übergeben 2), ſodann nach dem Verzeichniſſe zu gewähren 3). Wenn es ihm aus Zufall unmöglich wird, dieſe Verbindlichkeit zu erfüllen, ſo wird der Pachtkontrakt wieder aufgehoben, und auf den Fall ſchon ein Theil

der

der Früchte genoſſen worden ſind, nach dem Verhältniſſe das Pachtgeld bezahlt, der Vorempfang aber zurückgenommen 4). Rührt es von des Verpächters Argliſt und Nachläſſigkeit her, daß das Gut nicht hat genoſſen werden können, ſo muß er allen Verluſt erſezen 5), ſo wie der Pächter in ebendemſelben Falle doch das ganze Pachtquantum leiſten muß 6).

1) L. 15. §. 1. L. 25. §. 1. 2. D. Loc. cond. Eſtor Th. II. §. 4549. Occ. for. T. III. p. 306. ſqq. *Ge. Lud. Boehmer* Diſſ. de obligatione locatoris ob impeditum rei locatae vſum, in El. Jur. Civ. p. 275.

2) Oecon. for. T. III. Abſch. 3. S. 282. ff.

3) *Goswin ab Esbach* ad *Carpzov.* P. II. Conſt. 33. def. 2. n. 5. *Cocceji* Vol. II. Conſ. 441. n. 1. p. 582. *Pufendorf* Introd. in Proceſſ. Civ Br. Lun. p. 462. Eſtor Th. II. §. 4550.

4) L. 27. pr. 33. eod.

5) L. 33. 35. eod.

6) L. 9. §. 3. L. 25. §. 4. eod.

965.

Fortſezung.

Der Verpachter darf vor Ablaufe der Pachtzeit dem Pächter das Gut nicht entziehen 1), ausgenommen es erforderte es eine unvorhergeſehene Nothwendigkeit 2), die nöthige Bauverbeſſerung, oder der Pächter hätte das Gut in übeln Ruf gebracht 3) oder verderbt 4), oder wäre zweimal mit der Entrichtung des Pachts rückſtändig geblieben 5). Da kan es auf Urthel und Recht geſchehen.

1) L. 3. Cod. Lo[illegible]ti. *Nicol. Chr. de Lynker* de expulſione conductoris. *Henr. Bodinus* de expellendo conductore. *Wernher* P. VII. obſ. 3.

2) L. 3. 35. D. Locat. Cond.

3) Lüb. Recht, P. III. tit. 8. art. 2. Frankf. Stadtref. P. II. tit. 14. §. 10.

4) L. 3. Cod. Locat. 5) L. 54. 56. D. Locat. Cond.

966.

Schadenserſezung.

Wenn durch den Einſturz der baufälligen Gebäude dem Pächter Schaden geſchehen iſt 1), oder nothwendige oder nüzliche Koſten ins Gut verwandt worden ſind 2), ſo muß der Verpächter alles erſezen 3). Eben die Schadenserſtattung liegt dem Pachter ob, wenn er daran Schuld geweſen iſt 4).

1) L. 25. §. 2. D. Locat. L. 13. §. 6. de damno infecto.

2) L. 55. §. 1. L. 61. D. Locati Cond. Kurbaier. Lr. tit. 21. art. 5. 7. Mainz. Lr. tit. 27. §. 2. Solmſ. Lr. P. II. tit. 5. Hohenl. Lr. P. III. tit. 7.

3) *Henr. Linck* de indemnitate Conductori in locatione rerum praeſtanda.

Carpzov P. II. Conſt. 37. def. 26. Orth über die Frankf. Reform. Th. II. tit. 14. §. 12. S. 250. Wölker über die Nürnb. Reform. Th. II. S. 117.

4) L. 9. §. 3. L. 12. pr. §. 1. D. Locat. cond. L. 28. Cod. eod. L. 30. §. 4. D. eod. *Cocceji* T. II. conſ. 217. n. 2. S. 278. *Leyſer* Specim. 217. med. 1. *Sieber* de conductore fundi ſpoliatore.

967.

967.

Ableiſtung der Beſchwerden.

Nach dem gemeinen Rechte hat der Verpächter nicht weniger alle öffentliche und dingliche Beſchwerden und Abgaben zu tragen 1), und der Pächter nur die perſönlichen und mit der Abnuzung verbundenen Unpflichten, zu übernehmen 2). Allein hievon wird größtentheils in Teutſchland das Gegentheil beobachtet und in dem Kontrakte ausgemacht 3).

1) L. 39. D. de vſufr. L. 9. C. de metat. Mainz. Lr. tit. 27. §. 6. *Carpzov* P. II. c. 37. def. 15. *Mevius* P. III. deciſ. 43. P. VI. deciſ. 74. *Lynker* deciſ. 1367.

2) C. 28. X. de decimis. Mainz. Landr. tit. 27. §. 6. Frankf. Ref. P. II. tit. 14. Naß. L. O. P. I. tit. 6. Solm. Lr. P. II. tit. 5. Hohenl. Lr. P. III. tit. 7.

3) *Leyſer* Specim. 216. med. 9. *Barth* in Diſſenſu 572. Eſtor Th. II. §. 4556. 4557. Sächſ. Lr. B. III. Art. 76.

968.

Pachtnachlaß.

Weil das Pachtgeld für den Genuß der Früchte gegeben wird, und die unabgeſonderten Früchte 1) ein Anhängſel des Guts ausmachen, ſo bewirkt jeder unverſchuldete 2) Verluſt derſelben einen Pachtnachlaß 3), weil ſie zu der Zeit der Schaden noch betroffen hat, da ſie noch nicht das Eigenthum des Pächters waren 4). Es wird das Gut durch drey Wirthſchaftsverſtändige in Augenſchein genommen, der Schaden

geſchätzt, und durch richterlichen Ausſpruch zugebilliget 5). Es kommen aber dabey keine Beſtellungskoſten in Betrachtung. Wenn der Schaden geringe iſt, und der Pacht auf mehrere Jahre geſchloſſen worden, ſo hat der Pächter die Fehljahre mit den fruchtbaren zu kompenſiren 6), und daher geſchieht der Pachtnachlaß öfters erſt nach Endigung der ganzen Pachtzeit.

1) L. 36. Inſt. de rer. diuiſ. L. 78. D. de rei vindicat. L. 9. §. 1. Locati cond. *Wernher* P. VI. obſ. 414. *Berger* Oecon. Jur. L. III. §. 23. n. 5. *Boehmer* de locat. cond. C. III. §. 8. p. 488. *Mantzel* in Jur. Meckl. ill. Cent. III. jud. 75. p. 169. *Weſel* de remiſſ. merced. C. VI. n. 4. p. 32. *Pufendorf* T. IV. obſ. 78.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 667.

3) *Frid. Gerdes* Diſſ. de remiſſione mercedis ſeu penſionis in locatione conductione. Gryph. 1671.

4) Eſtor Th. II. §. 4539. 4538.

5) L. 15. §. 2. L. 7. D. locati cond.

6) L. 15. §. 2. 3. 4. 5. 7. L. 25. §. 6. D. eod.

969.

Nachlaſſungsfälle.

Im Preußiſchen ſind die Hauptunglücksfälle: Miswachs, Hagelſchlag, Mäuſe- Schnecken- und Elſtenfraß, Froſtſchaden, Ueberſchwemmung und Waſſersnoth, Abbruch und Beſandung, Brandſchaden, Viehſterben. Es geſchieht deswegen ein allgemeiner

Nach-

Nachlaß von den Landesbeſchwerden, welchem Beiſpiele hernach die Gutsherrſchaften folgen müſſen, als weswegen eigene Verordnungen vorhanden ſind 1), andere geben ſowol in Anſehung der Kammergüter als der Privatgüter die nöthigen Geſeze über den Pachtnachlaß 2).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 1. p. 89. Jahrg. 4. p. 110. 307. 947. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 373.

2) Corp. Jur. Frid. P. II. tit. 20. §. 24. pag. 208. ſeqq. Königl. Preuß. Remiſſionsreglement von 1739. Cod. Frid. P. IV. tit. 8. §. 18. ſeqq. Einzele Verordnungen in C. C. March. Nov. T. I. p. 297. T. IV. p. 787. T. V. Jahrg. 1. p. 89. Jahrg. 4. p. 110. 307. 947. Oecon. for. T. III. §. 219. S. 147. ff.

970.

Außerordentliche Nachlaſſungsfälle.

Insgemein pflegt man im Pachtkontrakt die Unglücksfälle zu beſtimmen, die einen Pachtnachlaß bewirken, und zuweilen muß der Pächter darinn alle Unglücksfälle übernehmen 1). Diß hindert nach den neuſten Kameralprinzipien 2) aber nicht, daß ihm bey ganz ungewöhnlichen und allgemeinen Ereigniſſen, dergleichen eine allgemeine Unfruchtbarkeit 3), Viehſeuche 4), Kriegsſchaden 5), Ueberſchwemmung iſt, Nachlaß angedeiht, als worauf der Richter vorkommenden Umſtänden nach zu erkennen hat 6). Im Preußiſchen werden in dieſem Falle die Sporteln und Kanzleygebühren ebenfalls erlaſſen 7).

1) *Ev. Otto* Diſſ. de praeſtatione caſuum ſolitorum, inſolitorum et inſolitiſſimorum, int. Diſſ. p. 295.

2) Hannöv. Kammerordn. v. 26. May u. 8. Sept. 1758. Heß. Kaß. Verord. v. 20. Apr. 1759. bey Riedeſel de remiſſ. p. 115.

3) *Io. Henr. Wieland* Diſſ. de remiſſione mercedis facienda conductori ob ſterilitatem. Arg. 1648.

Io. Chr. Falkner de remiſſione locarii ob ſterilitatem aliosque caſus fortuitos. Lipſ. 1675.

Enno Wilh. Ruſſel de penſionis ob ſterilitatem remiſſione. Helmſt. 1677.

Io. Bernh. Frieſe de mercede propter ſterilitatem remittenda. Ien. 1720.

Ern. Henr. Mylius de remiſſione mercedis propter ſterilitatem in praediis ruſticis. Lipſ. 1740.

Lud. Fel. Marcus de mercede ob ſterilitatem remittenda. Arg. 1740.

Ab Hamm de remiſſione mercedis, quae fit ob ſterilitatem aliasque calamitates ex contractu locat. conduct. Marb. 1719.

Ge. Fr. Albrecht de mercedis remiſſione ob ſterilitatem aeſtimanda, vom Pachtnachlaſs. Gieſſ. 1779.

4) *Wolfg. Ad. Schoepff* de eo quod juſtum eſt circa luem pecorum. Tub. 1747.

Aug. de Balthaſar de remiſſione mercedis in locatione praediorum ob ingens damnum ex lue pecorum conductori contingens. Gryph. 1751.

Matth. Benno Hering de remiſſione conductori ob luem pecorum graſſantem concedenda.

5) *Abr. a Weſel* de remiſſione mercedis propter bellum. Amſt. 1701.

W.

W. H. Riedeſel ab Eiſenbach de eo quod juſtum eſt circa remiſſionem mercedis in locatione conductione ob calamitates bellicas. Goett. 1760.

Abh. wer bey verpachteten Gärten, Aeckern und Wieſen den durch Krieg verurſachten Schaden tragen müſſe? Hann. Samml. 1758. S. 481.

Karl Gottfr. Winkler rechtl. Abhandl. von Kriegsſchäden Leipz. 1762.

6) *Mevius* P. V. deciſ. 99. P. VI. deciſ. 46. *Leyſer* Specim. 40. med. 4. Specim. 217. med. 6. *Goebel* de locat. et cond. §. 157. p. 96.

7) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 75.

971.

Obliegenheiten des Pächters.

Jeder Pächter muß die Pachtzeit ganz aushalten 1), und darf die gepachtete Sache vor deren Endigung nicht verlaſſen 2), wovon die Geſeze blos bey dem feindlichen Ueberfalle 3), bey der Peſt 4) und der Feuersbrunſt 5). Der erſtere Fall möchte wol bey der heutigen Kriegsart, wo alle Verwüſtungen, Plünderungen und gewaltſame Proviantirungen nicht mehr geſtattet werden, nicht eintreten.

1) Lüb. Recht, L. III. tit. 8. Hamb. Str. P. II. tit. 9. Frankf. Reform. P. II. tit. 14. Nürnb. Ref. tit. 23. Geſ. 12. Mainz. Lr. tit. 27. Baier. Lr. tit. 21. Solm. Lr. P. II. tit. 5. Naß. Lr. P. I. tit. 6. Hohenl. Lr. P. III. tit. 7.

2) L. 17. §. 1. L. 55. §. 2. D. Locati Cond.

3) L. 12. §. 7. D. eod. Eſtor Th. II. §. 4547.

4)

4) L. 49. §. 1. D. ad L. Aquil.

5) L. 27. §. 1. D. Locati Cond.

972.

Abtretung des Pachtguts.

Er muß nach Endigung der Pacht ſchlechterdings das Gut dem Verpächter zurückgeben 1), und hilft ihm dabey die Ausrede des ihm gebührenden oder bey dieſem ermangelnden Eigenthums 2), oder gewiſſer Schuldforderungen nichts 3).

1) L. 31. 39. D. Locati Cond. Oecon. for. T. III. Abth. 6. S. 340. ff.

2) L. 25. Cod. Locati Cond.

3) L. 34. C. eod. L. 10. C. unde vi.

973.

Erbliche Fortdauer.

Die Pacht geht auf beiden Seiten auf die Erben 1), ausgenommen der Erbe auf Seiten des Verpachters wäre ein beſonderer Erbfolger 2). Ferner hört die Pacht mit der Aufhörung des Rechts des Verpachters ebenfalls auf 3). Daher das Sprüchwort: Kauf bricht Miethe 4).

1) §. vlt. Inſtit. Locati Cond. L. 10. Cod. L. 19. §. 8. D. eod. L. 49. D. de Obl. et Act.

2) Orth über die Frankf. Reform. Th. II. tit. 14. §. 13. S. 251. L. 25. §. 1. D. L. 9. Cod. Loc. Cond. *Cocceji* Jus Controv. L. 19. tit. 2. p. 930. qu. 21. *Schubert* de jure locandi vaſallorum.

3) L. 9. §. 1. L. 14. D. eod.

4) *Herm. Zoll* Diſſ. ad L. 9. Cod. Locati, qua communis ſententia Kauf geht vor Miethe refutatur.

Ott. Phil. Zaunſchliffer de paroemia Kauf bricht Miethe, int. opp. jur. P. I. n. 14.

Ephr. Gerhardi de regula Juris Germ. Kauf geht vor Miethe. Alt. 1718.

Phil. Lud. Beck de conductore in locatorem juſte retorquente paroemiam Kauf bricht Miethe. Alt. 1745.

974.

Kauf bricht nicht die Miethe.

In der Preußiſchen Reſidenzſtadt Berlin hat bey Miethen, worüber ein ſchriftlicher Kontrakt aufgeſezt worden iſt, dieſes Sprüchwort keinen Gerichtsbrauch 1), und kann überhaupt, wenn ſich die Miethsleute ſchon im Beſize befinden, nicht angewendet werden 2). Sonſt hat man hier in Pacht- und Miethſachen eine eigene Verfahrungsart 3).

1) Reſcript vom 29. April 1764. in C. C. March. Nov. T. III. p. 408.

2) Reſcript vom 15. April 1765. ibid. p. 673.

3) Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 20.

975.

Gerichtsſtand des Pächters.

In Sachen, die nicht den Pachtkontrakt betreffen, ſtehen in vielen Ländern die Pächter unter des Verpachters Erbgerichtsbarkeit 1), können ſich aber des Eids der Perhorreſcenz bedienen 2). Dahingegen ſie in jenem Falle ſchlechterdings unter die landesherrlichen

chen Gerichte gehören 3). Im Preußiſchen erkennen die Erbpächter in Pachtſachen die Kammern, und in den übrigen Streithändeln die Juſtizkollegien als Richter 4).

1) Herzogl. Mecklenb. Erklär. von 1683. 1701. Kaiſerl. Verord. von 1738. Mecklenb. Erbvergl. §. 412. *Mevius P.* II. Conſ. 93. p. 284. *Pufendorf* T. III. obſ. 88. *I. H. Boehmer*: de jure primi fori locatoris in Conductorem, in Exercit. ad D. T. III. p. 728.

2) *Boehmer* de locat. et conduct. c. 2. §. 9. Jus Eccl. Prot. L. II. tit. 2. §. 73. p. 1030. *Barth* in Diſſenſu 169. §. 1. 3.

3) *Voet*. Comment. ad Dig. L. I. tit. 2. § 16. T. I. p. 18. *Boehmer* T. I. P. II. Conſ. 138. n. 38. et in Exercit. ad Dig. T. III. p. 480. 687. *Koenig* Sel. Jur. Publ. T. XV.

4) C. C. March. Nov. T. III. p. 601. 603.

Feld=

Feldbaurecht.

976.

Einleitung.

Nachdem wir von den Gütern und ihren Rechten überhaupt gehandelt haben; ſo iſt übrig zu ſehen, was der Eigenthümer in Anſehung der weitern Benuzung damit vornehmen kan, oder zu thun ſchuldig iſt. Die geſezliche Quellen haben wir ſchon B. I. §. 1067. 1068. 1322. angeführt.

977.

Landesherrliche Betreibung des Landbaus.

Obſchon ſonſt der Eigenthümer das Recht hat 1), eine Sache zu benüzen, oder nicht, ſo erfordert doch in Anſehung der Grundſtücke das Wohl der bürgerlichen Geſellſchaft dieſelbe beſtändig auf die beſtmöglichſte Art zu benüzen. Daher der Landesherr dazu theils durch Belohnungen, theils durch Strafen antreiben kan 1). Einige Geſeze erlaſſen denen, die öde Weinberge oder Pläze angreifen, nicht nur die darauf haftende Steuren, Zinſe und andere Beſchwerden, für die Vergangenheit, ſondern ertheilen auch fürs künftige, auf 2, 3 = 6 Jahre Befreyungen 2). Insbeſondere ſind bey den Weinbergen 3 Jahre zum Angriffe ausgeſezt, und nach deren Verfluß noch eine 6jährige Befreyung. Denen, die wüſtliegende Aecker umbrechen, werden die künftige Beſchwerden auf 2, 3, oder mehrere Jahre nach Beſchaffenheit der Umſtände nachgeſehen 3).

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 3. §. 7. ff. c. 5. §. 2. *Heumann* Init. Jur. Polit. c. 27. §. 221. p. 281.

2) *Io. Paul. Kreß* de priuilegiis agriculturae apud Germanos. Ien. 1712.

3) Extr. der GR. 1. Th. S. 150. Würtemb. Reſcripte von 1649. 1650. 1651. 1698.

978.

Obrigkeitliche Aufſicht über den Landbau.

Im Preußiſchen und im Reiche iſt jeden Orts Amtleuten und Gerichten aufgegeben, dafür zu ſorgen, daß die Güter nicht wüſte und ungebaut liegen bleiben, ſondern in einträglichen Stand gerichtet, und im weſentlichen Bau erhalten werden 1). Es geſchieht dieſes theils durch Ermahnen, theils durch Strafen 2).

1) Preuß. Anweiſ. vom Mergel u. and. Düngsarten, vom 9. Oct. 1772. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 333. Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 7. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 3. §. 9. *Kreß* de priv. agr. Sect. II. §. 21. p. 47.

2) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 373. Cont. I. p. 21. Magdeb. Pol. Ord. C. 19. §. 12. Neumärk. Bauer-Geſ. Hirten- u. Schäferord. v. 1685. tit. 9. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 34. 53. 73. 105. 130. 207. 298. Wirtemb. L. R. tit. 47. §. 13. Hildesheim. P. O. §. 88. Anh. Bernb. Feldord. Würt. L. O. S. 321. und im Extr. der G. R. 1 Th. S. 178. Wirt. G. R. v. 30. Sept. 1765.

979.

Beſondere Feldpolizeybediente.

Es ſind zur Beförderung des Feldbaus die Feldſteußler angeordnet, die das ganze Jahr über, beſonders im Frühling und Herbſt, den Acker- und Weingartbau zu beſichtigen, darüber ein Protokoll zu führen, und daſſelbige dem Gericht vorzulegen haben, um die Rügungen darnach vornehmen zu können. Im Preußiſchen haben ungefehr ebendaſſelbe die Landreuter zu beſorgen 1). Insbeſondere haben dieſelbe ihre Aufſicht auf die mit der Herrſchaft theilbaren, und auf die vormundſchaftlichen Güter zu richten, und den Abtrag für den Unbau-Beſſerung zu erkennen 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 774. 373. Schleſ Reſcr. v. 8. Merz 1757. in der Korn. Samml. B. 6. S. 659. Würt. L. O. S. 96. Kommunord. 2. K. 15. Abſ. §. 12. Wirt. G. R. v. 10. Nov. 1770. v. 23. Sept. 1757. 6. Okt. 1763. 22. Sept. 1764. 30. Sept. 1765. 15. Okt. 1777. Vergl. B. I. §. 1094. J. F. C. Weiſſer Abh. von Felbſteuslern im Herzogthum Wirtemberg. Sonnenfels Grundſ. der Polizey-Handlungs- und Finanzwiſſ. Th. II. S. 38.

2) Wirt. Extr. d. G. R. 1. Th. p. 178.

980.

Aufſicht über Lehen- Zins- und Zehendgüter.

Mit Lehen- Zins- und Zehendgütern u. d. g. hat es noch die beſondere Bewandnis, daß derjenige, ſo durch den Unbau Abgang leidet, auf die Schadenserſezung dringen kann, und, wenn er zugleich Obereigen-

thumsherr, wegen unterlaſſenen Baus zulezt gar mit Einziehung der Güter vorgehen kann 1).

1) Wirt. G. R. v. 24. May 1663. n. 22. 27. u. 2. Von Rohr §. 8. S. 564.

981.

Unveränderlichkeit der Bauart.

Es fordert das gemeine Beſte, daß die Freyheit, auf ſeinem Boden willkührlich zu bauen, nicht zum Schaden des Ganzen gemißbraucht werde 1). Es iſt daher in Anſehung des Weinbaus die Polizeymäßige Vorſehung geſchehen, daß kein Boden, der zu Aeckern, Wieſen, Gärten oder Holz tauglich, oder der zuvor Aecker, Wieſen, oder Gärten geweſen, zu Weingärten umgebrochen werden ſoll, welches Verbot zum Beſten des Ackerbaus und der Viehzucht öfters erneuert worden. Vielmehr ſollen umgekehrt die zu Aeckern und Wieſen tüchtige Weingärten dazu nach und nach gerichtet, und diejenige Weingärten, ſo vormals aus Baufeldern oder Wieſen gemacht worden, und wieder abgegangen, nicht wieder zu Weingärten gepflanzt, ſondern zu Aeckern und Wieſen liegen gelaſſen werden 2).

1) Von Sonnenfels a. a. O. Th. 2. §. 100.

2) Die 10te Novelle bey der Wirt. L. O. tit. 21. p. 313. Frankf. Stadtref. P. X. tit. 7. Wirt. Extr. der G. R. 1. Th. §. 150. 2 Th. S. 67. G. R. d. 11. Jun. 1554. d. 15. Nov. 1618. 10. Dez. 1641. 21. Jul. 1649. 11. Jenner 1627. 28. Aug. 1737. 23. Sept. 1751. Lands O. tit.

21. S. 44. Von Rohr a. a. O. §. 12. S. 569. u. C. 1. §. 6. S. 524. *Leiſer* in Jur. Georg. L. II. c. 8. n. 9.

982.
Fortſezung.

Eben ſo wenig ſollen Gärten oder Wieſen unnöthiger Weiſe umgebrochen, oder zum Ackerbau eingerichtet werden. Vielmehr ſoll man das Umgebrochene wieder in den alten Stand richten, und zu Grasboden liegen laſſen 1), welches auch zuweilen in Anſehung der Weidepläze geſchehen muß 2).

1) Extr. der Wirt. G. R. 1. Th. p. 248.

2) *Io. Gottfr. Toepffer* Diſſ. de ſeruitute ruſtica agrorum incultorum culturam prohibente. Lipſ. 1742.

Io. Ge. Kobe de paſcuis ad culturam non redigendis. Alt. 1774.

983.
Landesherrliche Bewilligung.

Sowol in dieſen Fällen, als auch wenn Dornbüſche, Hecken, und ungeſchlachte Wildniſſe zu Weingärten gerichtet werden wollen, muß die Erlaubniß und Diſpenſation bey der Rentkammer geſuchet werden, oben §. 550. und hat das Römiſche Recht 1) hier keinen Gerichtsbrauch 2). Außer dieſem aber iſt die Kulturveränderung der Güter, nur wenn ſie lehenbar, theilbar oder zehendbar ſind, beſchränket, als in welchen Fällen bey den Lehen-, Theil- und Zehendherrn um Erlaubnis anzuſuchen iſt 3).

1) L. XI. Cod. tit. de omni agro deſerto.

2) *Io. Gottl. Krauſe* Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa praedia deſerta in Saxonia. Lipſ. 1724.

3) C. 4. X. de Decimis. Wirtemb. L. O. tit. 21. §. 1. 2. *Dertinger* Jur. quaed. Solani eſcul. p. 42. *Harpprecht* Vol. V. Conſ. 72. n. 106. p. 1381. ſqq. *Klock* Vol. III. conſ. 70. n. 116.

984.
Conzeſſionsgeld.

Für dieſe willkührliche Erlaubnis bezieht die Kammer oder Guts- und Zehendherrſchaft einen Tax und zwar im Reiche von jedem Morgen 1 Gulden, wo aber ſchlechte und niedrige Weinberge ausgeſtockt, und zu Ackerfeld gemacht werden wollen, nur die Hälfte. Für die Erlaubnis herrſchaftliche oder Kommun- oder eigene Waldungen auszuſtocken, von dem Morgen ¼ oder ⅛ Goldgulden; für die Erlaubnis wildes Feld zu bauen, mit eben dem Unterſchied, 30 oder 15 Thaler. Hingegen ſind öde, vormals gebaute, Güter, oder die, welche um des herrſchaftlichen Nuzens willen, den Unterthanen ohne Entgeld überlaſſen werden, oder deren Kultur, damit ſie nicht ungebaut liegen bleiben, geändert wird, von dem Tax befreyt 1).

1) Wirtemb. Taxord. tit. 7. n. 9. 16. 26.

985.
Römiſche Polizeygeſezgebung gegen den Unbau.

Schon die Römer hatten einige weiſe Polizeygeſeze, um zu verhüthen, daß keine Güter wüſt liegen

bleiben möchten 1). Die Dorfsmagiſtratsperſonen (Decuriones) mußten von den wüſten Feldern die Steuern und Abgaben aus ihrem Beutel entrichten 2). Wer das beſte Bauland von einem Gute erkauft hatte, mußte auch die übrigen öden annehmen, wenn der Beſitzer nicht mehr im Stande war, davon die üblichen Landesbeſchwerden zu entrichten 3). Jeder Einwohner konnte das wüſte Feld ſeines Nachbars in Beſiz nehmen, und erhielt nach deſſen Zurückgabe in 2. Jahren die Beſſerungen erſtattet 4). Allein die völlige Zuſchlagung eines wüſte verlaſſenen Guts an den neuen Beſizer durfte nur nach vorheriger Vorladung des Eigenthümers geſchehen 5). Dieſe römiſchen Geſeze ſind jedoch nicht in allgemeinem Gerichtsbrauche, ſondern es geht ihnen das teutſche Recht vor, und dergleichen verlaſſene Güter kommen an die Landesherrſchaft oder Gutsherrſchaft 6).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de agris deſertis, von wüſten Höfen.

2) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 3. §. 3.

3) L. 2. Cod. de omn. agr. deſert.

4) L. 8. Cod. eod. L. 203. D. de R. I.

5) L. 11. Cod. de omni agr. deſ. L. 14. Cod. de Z.

6) Rohr a. a. O. §. 4. S. 555.

986.

Fortſezung.

Die Römer hatten auch beſondere Kammerbedienten, welche die wüſten und ungebauten Felder ausfor-

ſchen, und zum Nuzen des Fiſkus urbar machen mußten 1).

1) *Lather* de Cenſu L. III. c. 5. n. 10. *Gregor. Thol.* de republ. L II c. 2. n. 9.

987.

Preußiſche Feldpolizeygeſezgebung gegen den Unbau.

Nicht minder haben die Beförderung der Landwirthſchaft zur Abſicht, die vielen königlichen Verordnungen in den Preußiſchen Staaten, wo denjenigen, ſie mögen Einheimiſche oder Fremde ſeyn, die wüſte Höfe, Hufen, Weinberge und Feldmarken, hauptſächlich in Schleſien, in der Mark und in Pommern wieder anbauen, große Freyheiten eingeſtanden werden 1).

1) C. C. March. Tom. IV. Abth. III. col. 23 24. 59. 61. 62. 63. 64. 66. Tom. V. Abtheil. 3. col. 178. 345. 359. 361. 363. Tom. VI. Abth. I. col. 399. 414. 415. 147. 445. Märk. Landt. Abſch. von 1613. §. 41. von 1653 n. 41. K. Friedr. Wilh. v. Preußen Patent v. 29. Jun. 1714. in Spatens Sekret. Kunſt S. 265. Korn. Samml Schleſ. Ord. B. VII. S. 123. 215. B. I. S. 45. 67. 105. 524. B. II. S. 322. B. III. S. 445. B. VI. S. 130. 500. 579. 580. 597. 632. B. IX. S. 48. 98. 152. 184. 186. 523. B. X. S. 14. 99. 214. B. XI. S. 128. 174 B. XII. S. 226. 251. 264. B. XIII. S. 120. B. VIII. S. 351. 382. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 3. §. 5. ff.

988.

Nothwendige Ueberlaſſung der wüſten Güter an jeden Ackersmann.

Die Obrigkeiten müſſen dergleichen wüſte Güter, wenn ſie auch ſchon dieſelbe in die Braake gepflügt haben,

ben, ohne alle Koſtens=Erſtattung dem Erſten überlaſſen, der ſie bauen will, nur daß er dabey ſeinen eigenen Hof nicht verlaſſen darf 1).

1) cit. ll.

989.

Obliegenheiten der Gutsherrſchaften.

Nach den meiſten teutſchen 1) und beſonders Preußiſchen Statuten und Verordnungen wird von den Gerichtsherrſchaften und Obrigkeiten verlangt, daß ſie für die Wiederbeſezung der wüſten und erledigten Bauerhöfe Sorge tragen ſollen. Ja durch ein Preuß. Reſcript vom 12. Jul. 1764. wird allen Grundherrſchaften bey Strafe von 1000. 500. und 300. Thaler befohlen, daß alle ſeit 1740. beſonders ſeit 1755. wüſt gewordene Bauergüter wieder mit Bauern, Halbbauern, Coſſathen und Gärtnern, desgleichen mit kleinen Leuten wieder beſezt, und zu dem Ende, wenn dieſe zu arm, ihnen auf herrſchaftliche Koſten ihre Häuſer wieder aufgebaut werden ſollen 2), und ſolle daran nichts hindern, wenn ſchon die Gutsherren darauf eigene Vorwerke, Schafſtälle, Wirthſchafts= und andere Gebäude errichtet hätten, als welche nach dem Königlichen Beyſpiele den Unterthanen zu überlaſſen wären 3).

1) Erfurt. Verord. bey Schade vom Erbzinsrecht, S. 119. Mainz. Lr. tit. 28. §. 7. 8. Wolfenb. L. O. S. 117. 131. Cell. P. O. S. 746. C. C. Calenb. C. V. p. 100.

2) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 22. 60. T. V. Abth. III. p. 178. 345. 350. T. VI. Abth. I. p. 399. 414. 445. C. C. Magd. P. III. p. 611. 624. C. C. Culmb. T. II. P. I. p. 194. 195.

g) C. C. March. Nov. T. III. p. 449. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 3461. Beckmann Beſchreibung der Mark Brandenburg S. 632.

990.

Obliegenheit der Pächter.

Die Pacht= und Gutsbauern, die den Leihkontrakt aufſagen, oder ihre Höfe verlaſſen wollen, können ſolches nur nach vorheriger Winterbeſtellung und Zurücklaſſung des Hofſtrohes thun 1).

1) Magdeb. Pol. Ordn. C. 29. §. 10.

991.

Erhaltung der Bauergüter.

Ueberhaupt ſollen ſchon nach ältern Geſezen die Edeleute ihre Bauerhöfe nicht wüſte liegen laſſen 1), und werden deshalb beſtraft 2), dürfen ebenſowenig die Bauer = und Koſſathenhöfe ihrer Unterthanen auskaufen 3), deren Pertinenzen, oder ſonſt Bauergüter mit dem Herrſchaftgut vereinigen, ſondern dem neuen Baumanne müſſen die ehemalige Pertinenzien wiederhergeſtellt werden 4).

1) C. C. M. IV. III. 23. 85. 2) Cont. IV p. 181

3) ibid. p. 184. Vergl. oben §. 807.

4) T. VI. Abth. 1. p. 391.

992.

Preußiſche Verhütung des Unbaus beym Landadel.

Die angeſeſſenen Preußiſchen Edeleute, die außer Lands wohnen, können bey den Stiftern nicht hin=

hinaufrücken 1), dahingegen wenn ſie ſich auf ihren Gütern aufhalten, ſie gewiſſe Rechtsprivilegien genießen 2).

1) C. C. M. Nov. T. I. col. 911. 2) oben §. 80

993.

Wiederaufbauung der abgebrannten Häuſer.

Wer ein abgebranntes oder neues Haus erbaut, genießt 3. Freyjahre von Zieſe, alter und neuer Steuern 1). Die abgebrandten Leibgedingshäuſer müſſen ſchlechterdings von dem Gutsbeſitzer wieder aufgebaut werden 2).

1) Reſol. de 3. Nov. 1615. C. C. March. T. VI. Abth. I. S. 266. Reſcr. vom 2. Jenner 1766. in der Schleſ. Samml. B. IX. S. 300.

2) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa aedes exuſtas, C. II. th. 8.

994.

Beförderung des Baus.

Dergleichen wüſte Stellen, die von den Eigenthümern oder Pfandgläubigern nicht wieder bebaut worden, ſind ſamt Pertinenzen an Gärten, Kaveln, oder Wieſen ꝛc. dem gemeinen Weſen verfallen, und werden, wenn jene nicht ſogleich mit dem Bau den Anfang machen, und ihn binnen Jahresfriſt unter Dach bringen, jedem ſich meldenden Anbauer unentgeltlich eingeräumt 1). Ebenſo müſſen abgebrannte Häuſer gleich wieder aufgebaut werden 2).

1) Patent vom 20. Nov. 1721. T. V. C. C. March. Abth. I. col. 413. Vergl. Samml. Schleſ. Ord. B. VII. S. 234.

2) Schleſ. Samml. Königl. Verord. Th. VII. 470.

995.

Baufreyheiten.

Der Anbauende bekömmt freyes Bürger- und Meiſterrecht in der Stadt, und ebenfalls umſonſt aus der Stadtheide und den Waldungen, oder aus den herrſchaftlichen Amtswäldern das benöthigte Bauholz, daneben noch 8 pro Cent Baugelder (in Mecklenburg 10. 15. oder 20. vom Hundert 1)) und 6 Freyjahre von Servis und andern bürgerlichen Laſten 2), aber nicht von Meze, Acciſe und Licent 3).

1) Meckl. Erbvergl. §. 62. 63.

2) Aeltere Verordnungen ſtehen T. V. Abth. I. p. 368. 369. 371. u. 375. beſ. p. 413.

3) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 372.

996.

Ausdehnung.

Dieſe Privilegien genießen auch ſolche, die alte Häuſer auf den Grund niederreißen, und neue aufführen 1).

1) Kf. Friedr. Wilh. Ed. v. 1669. bey Rohr a. a. O. §. 5 S. 556. Reſcr. v. 15. Aug. 1693. C. C. M. T. V. Abth. I. col. 377.

997.

Polizeyaufſicht über den Fortgang des Baus.

Die Ortskommiſſarien haben darüber fleißige Obſicht zu tragen, daß das Gebäude ſeinen Fortgang gewinnt, und dann die Abſchäzung mit Zuziehung der erforderlichen Perſonen zu beſorgen 1).

1) Inſtrukt. v. 6. Maji 1712. T. III. Abth. I. p. 291. §. 14. et p. 294. Regl. übers Acciſeweſen v. 29. Dec. 1736. T. IV. Abth. III. col. 491. c. 3. §. 7. et T. IV. Abth. I. p. 403. Regl. v. 22. Sept. 1739. Cont. III. col. 286. Circul. Ordre v. 19. Oct. 1739. ibid. p. 295.

998.

Obliegenheit der Baubedienten.

Die Landbaumeiſter, Bauinſpectores müſſen mit jeden Orts Obrigkeit und mit den Forſtbedienten die Amtsdörfer bereiſen, die Bauerhöfe und Gebäude, die etwas durch Feuersbrunſt, Sturmwind, Waſſerfluth Schaden genommen, beſichtigen, und urtheilen, ob es noch ein Jahr beſtehen könne, oder aber reparirt und neu gebaut werden müſſe, ſodann einen Ueberſchlag darüber begreifen, und auf die nöthige Holzanweiſungen Rückſicht nehmen 1).

1) Bauregl. für die Kurmärk. Kammer v. 26. Jul. 1741. §. 22. 23. Cont. II. col. 24.

999.

Umbrechung des wüſten Felds.

In der Mark müſſen auf Begehren jedem Ackersmanne Strecken von der Heide zu Wieswachs eingeräumt

räumt 1) und ganze Vorwerker und Feldmarken wieder mit Einwohnern beſezt werden, und zu dem Ende werden denjenigen, welche zureichend bemittelt ſind, die Stellen ſamt Aeckern, Wieſen, Hüthungen, Fiſchereyen und allen Dorfgerechtigkeiten, Gebäuden, Hofwehren und mit dem Saatkorne frey und ohne Entgeld angewieſen 2).

1) Preuß. Dorf= u. Ackerord. v. 16. Sept. 1702. Art. 36. S. 33.

2) Reſcr. v. 2. April 1701. T. V. Abth. III. col. 347.

1000.

Abgaben von wüſten Gütern.

Von den wüſten Hufen wird der dritte Theil des Haus= und Ackerſchoſſes entrichtet 1). Ueberhaupt müſſen davon die gewöhnlichen Steuern und Abgaben geleiſtet, und ſie nur nicht den übrigen Gemeindsleuten aufgebürdet werden 2).

1) C. C. M. T. IV. Abth. IV. col. 95. 96.

2) Pommer. Landt. Abſch. v. 1581. Erklär. v. 1601. 1634. Rohr §. 6. S. 558. §. 8. S. 564. *Merckelbach* Conſ. V. *Klock* de Contrib. c. 17. n. 155.

1001.

Wirthſchaftliche Beſtellung.

Die noch unangebauten wüſten Pläze, Brücher und Anger, gemeinſchaftliche Hüthungen und überflüſſige Waldungen müſſen vertheilt, urbar gemacht, Dörfer angelegt, und das Feld nach Art der Engliſchen

Wirth-

Wirthſchaft theils mit Futterkräutern, theils aber, was ſich dazu nicht ſchickt, mit Fichten beſäet, die Arten von Wieswachs und der Viehſtand überall verbeſſert, desgleichen das 6 und 7 jährige Land zu ordentlichem Baue gebracht, alles mit lebendigen Hecken eingefaßt, und wo es angeht mit Eſparcetten, Bürnet, Lucerne ꝛc. und wo keine Aecker und Wieſen gemacht werden können, mit Kiefern beſäet, der ganz todte Sand aber gleich abgeſondert, und deshalb keine vergebliche Koſten aufgewendet werden 1).

1) Reſcr. v. 20. Jun. 1766. T. IV. C. Nov. p. 487. und 6217. Umlauf vom 8. Oct. 1775. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 229. Dergl. vom 4. April 1766. in der Schleſ. Samml. B. IX. S. 44. Dergl. v. 16. Oct. 1767. a. a. O. B. X. S. 104. Umlauf vom 3. Sept. 1771. B. XIII. S. 120. B. VII. S. 306. Schleſ. Umlauf v. 16. Merz 1763. wegen Anpflanzung lebendiger Hecken, Korn. Saml. B. VII. S. 206. Kön. Anweiſung zu Anpflanzung lebendiger Hecken, v. 20. Dez. 1779. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1775. Reſcript wegen Anlegung nuzbarer Hecken aus dem Samen der Geniſtae ſpinoſae, v. 3. May 1752. cit. l. T. II. p. 295. Bad. Durl. Anweiſ. vor den Bauersmann, wie er die Futterkräuter pflanzen ſolle. 1762.

1002.

Freyheiten.

Wer ein Heideland und wüſtes Feld wieder urbar macht, genießt eine Anzahl Freyjahre meiſt 4. oder 6. Jahr von allen dinglichen Beſchwerden (ausgenommen Prieſter- und Küſterabgaben) und Dienſten, bekömmt

eine gewiſſe Quantität Holz aus den Königlichen Forſten, Heiden und Tangern, ja manchmal auch Vorſchuß 1). Nach Verfluß der Freyjahre hat er die gewöhnlichen Laſten zu tragen 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 233. T. VI. Abth. I. col. 415. 445. 413.

2) Von Rohr §. 7. S. 559.

1003.

Ueberlaſſung an Fremde.

Vorzüglich ſoll es den Fremden vergönnt ſeyn, dergleichen Felder anzubauen 1), und nach dem Reſcript vom 24. Jul. 1752. an die ſämtlichen Richter in Cleve, Mark und Moeurs hat man jederzeit genau anzuzeigen ob die Neuanbauenden Ein- oder Ausländer ſind 2).

1) C. C. M. T. VI. Abth. I. S. 415.

2) C. C. M. Nov. T. I. p. 347.

1004.

Obrigkeitliche Verwilligung der Ausrodung.

Es dürfen aber die wüſten Güter weder von den Beamten 1), noch von den Unterthanen eigenmächtiger Weiſe ausgerodet, ſondern es müſſen deshalb landesherrliche Vergünſtigungen ausgewirkt werden 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 701.

2) ibid. p. 574. 773. 778. 781.

1005.

Anlegung mehrerer Aecker und Wieſen.

Auf dürren königlichen Heiden ſollen an bequemen Orten 1) neue Aecker und Wieſen angelegt, und unter die Unterthanen vertheilt werden 2). Wenn dieſelbe nicht zureichen, ſo haben die Obrigkeiten die Brücher, Moräſte und Löcher dazu bequem machen zu laſſen 3).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 700.

2) ibid. T. V. Abth. III. p. 238. 246. Cont. I. p. 21.

3) cit. l. T. III. Abth. I. p. 423.

1006.

Beſtimmung der Feldarbeitszeit.

Zuweilen iſt in landesherrlichen Geſezen 1) die Pflugzeit beſtimmt, und auch eine gewiſſe Zeit zu den übrigen Feldgeſchäften anberaumt 2).

1) C. C. Magd. P. III. p. 231. Wolfenbütt. L. O. §. 58. Anhalt-Bernb. Feldord. §. 9.

2) *Chr. Sturm* Diſſ. de agricolarum regulis.

1007.

Verhüthung des Feldſchadens.

Einige Polizeyverordnungen zum Beſten des Landbaues gehen auf die Ausrottung der ſchädlichen Vögel und Inſekten, und man ſucht auf alle Weiſe den Brand, Mäuſeſchaden und das Erfrieren der Feldgewächſe zu verhüthen 1).

1)

1) Braunſchw. Lüneb. Ord. P. III. p. 1046.
Ge. Ad. Struve de muribus.
Camerarius de vſtilagine. 1709.

1008.
Vertilgung der Sperlinge.

Jeder Unterthan muß im Reiche jährlich 2. Duzend Sperlinge auf dem Felde wegſchießen, oder fürs Duzend 3. Kreuzer bezahlen. In den Preußiſchen Staaten ſind 12. Sperlingsköpfe zu liefern. Sonſt hat man im Reiche in den Städten und Dörfern die Spazen durch Anſezung der Häfen wegzufangen 1).

1) Preuß. Edikte vom 26. Jan. 1702. u. 11. Dez. 1721. C. C. March. Cont. II. p. 189. Wirtemb. Generalreſcr. v. 6. Nov. 1719. 15. Sept. 1732. u. 12. Jul. 1736. im Extr. d. G. R. 1. Th. S. 144. 2. Th. S. 247. *Treiber* de lege exſtirpandorum paſſerum.

1009.
Ausrottung anderer Inſekten.

Wegen der Weſpen ergieng im Würtembergiſchen eine Verordnung, daß jedem Unterthan, welcher ein Weſpenneſt in der Erde mit Pulver und Schwefel, oder auf andere Art und Weiſe erweißlich verderbt und zernichtet haben würde, aus der Gemeindskaſſe jeden Orts 1. Thaler zur Belohnung gereicht werden ſollte 1). Die Kayhwürmer, welche nach dem Blühen die Trauben verderben, und an einem weißen Geſpinnſt, welches ſie um die kleinen Beere ſpinnen, leicht wahrgenommen werden, müſſen abgeleſen und vertilget werden, weil ſie ſonſt ihren Saamen

men in die Trauben legen, daraus im Spåtjahr neue Wůrmer kriechen, welche die Trauben abermals verderben 2). Ebenſo viele Vorſicht muß zur Austilgung der Heuſchrecken angewendet werden 3).

1) Wirtemb. Generalreſcr. vom 1. Sept. 1732. a. a. O.

2) Wirt. Gen. Reſcr. v. 3. Oct. 1771.

3) Preuß. Ed. v. 13. Apr. 1731. 29. Nov. 13. Jun. 30 Nov. 1752. C. C. Magd. P. III. p. 232.

Ioach. Hopp Diſſ. de edaci locuſtarum pernicie. Francof. 1680.

Nic. Chr. Lud. Crell de locuſtis.

Bergius Kam. u. Polizeymagazin, B. IV. Art. Heuſchr.

1010.

Beſtimmung des Arbeitslohns.

Es můſſen im Reiche die Amtleute und Gerichte jåhrlich zweimal, oder, wenn es nöthig, mehrmal, Ordnung und Taxe machen, was der Lohn der Weingart- Acker- und Feldbauer fůr ihre Perſonen, Pferde oder Ochſen, wie auch der Arbeiter, Taglöhner, Bothen, Manns- und Weibsperſonen, nach eines jeden Werks ſeyn, und wie ſie mit Eſſen und Trinken, auch Fůtterung ſollen gehalten, oder was dafůr ſolle gegeben und genommen werden, ferner wenn ſie zu und von der Arbeit zu gehen, und wie lang ſie des Tags zu ſchaffen, zu fahren, und wie viel Fåhrten zu thun håtten. Hiernåchſt haben die Obrigkeiten gute Vorſehung zu thun, daß jedermann bey der Ordnung bleibe, keiner

mehr gebe oder nehme, damit einer dem andern die Arbeiter, Taglöhner, und Schaffner, wie auch Fuhrleute nicht absteche, oder entziehe u. ſ. w. 1). In den Ländern Niederteutſchlands ſind darüber in den Bauer- und Geſindeordnungen Taxen gemacht 2).

1) Wirtemb. L. O. tit. 48. S. 97.

2) Von Rohr B. IV. c. 7 §. 3. 4.

1011.
Feldhüther.

Zu Bewahrung der Felder vor allerley Schaden ſind an jedem Ort ein oder mehrere Flurhüther, Feldhüther, Acker- und Wieſenvögte, Feld- oder Weingartſchüzen angeſtellt. Sie werden in Niederteutſchland von der Gerichtsherrſchaft geſezt, im Reiche aber von den Kommunvorſtehern erwählt und von dem Forſtamt beeidiget 1).

1) Wirt. Lr. P. II. c. 3. tit. 27. Communord. §. 1. 9. Abſ. §. 2. S. 23. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 9. S. 114. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 27. Kurbrand. L. G. O. v. 1682.

1012.
Verhüthung des Wildprettſchadens.

Um den Wildprettſchaden zu verhüthen, muß das auf den Feldern, Wieſen und Weinbergen den Unterthanen zu Schaden gehende ſchwarze und rothe Wildprett ohne Unterſchied und zu allen Zeiten, da Schaden geſchehen könnte, weggepürſcht, und dadurch dem

dem Wildpretſchaden vorgebeuget werden 1). Hingegen iſt den Unterthanen bey ſchwerer Strafe verboten, das auf ihren Gütern zu Schaden gehende Wildprett ſelbſt wegzuſchießen, ſondern ſie ſollen es, ausgenommen die Wildſchweine, bloß von der Saat mit gebengelten Hunden weghezen 2), darauf zuerſt dem Forſtamt, allenfalls auch dem Oberjägermeiſteramt, bey nicht erfolgender Remedur aber bey Hofe anzeigen 3).

1) Wirtemb. Erbvergl. v. 1770. Cl. V. §. 6.

2) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 169. 136. T. IV. Abth. I. p. 665. 711. 751.

3) Extr. d. G. R. 2. Th. p. 251.

1013.
Erlaubte Verwahrnugsmittel.

Es ſind ihnen jedoch einige Verwahrungsmittel geſtattet. Als: den Schäfern, Hirten und den Feldſchüzen iſt das Halten unſchädlicher Hunde 1) erlaubt. Ferner dürfen nach den Forſtordnungen die Unterthanen ihre bauliche Güter mit Zäunen, ſo 6 = 7. Schuh hoch, vermachen, doch ſo, daß ſie oben nicht ſpizig ſeyn, und keine Lücken darinnen gelaſſen werden, die, wenn das Wildprett dadurch und hinüber ſpringt, folgends verſtellt und vernichtet werden, oder das Gewild auf dieſe Art fahen und todtſchlagen. Sie haben auch Macht, die Felder, Weingärten und Wieſen, nach jedes Gelegenheit zu vergraben, und zu verhacken, und wo möglich mit lebendigen Hecken zu vermachen, doch ebenfalls ohne Gefahr zu Fahung des Wildpretts zu brau-

chen 2). Ein anderes Mittel ſind die große Wildzäune, in Anſehung deren den Unterthanen, wenn ſie dazu berechtiget, oder die Nothdurft es erfordert, auf geziemendes Anſuchen nach den Umſtänden in Gemäßheit der Lagerbücher, und ihrer Rechte an Hand gegangen werden ſoll 3).

1) Wirtemb. Forſtordn. 3. Th. tit. 8. Kurſächſ. L. O. v. 1573. tit. 1 p. 49. 147. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 749. T. V. Abth. I. p. 45. 58. T. VI. Abth. I. p. 206. 417. 455.

2) Wirt. Forſtord. P. III. tit. 7. S. 99. Hohenloh. Forſt, ord. tit. 2. Noe Meurer vom Jagd- u. Forſtrecht, Th. 2. tit. Wie die Zeune.

3) Wirt. Extr. d. G. R. 2. Th. p. 252. Wirt. Index der Forſtord. voce Wildprett-Schaden p. 472. Wildzaun p. 473. u. auch das G. R. v. 2. Jun. 1771. Kurſächſ. L. O. tit. 1. p. 49.

1014.

Wegräumung der Hinderniſſe an den Feldgeſchäften.

Weil es bey dem Feldbau ſehr auf die Beobachtung der rechten Zeit ankömmt, ſo müſſen zu gewiſſen Zeiten alle Hinderniſſe der Feldgeſchäfte aus dem Wege geräumt werden. Daher ſollen die Unterthanen von den Forſtleuten mit Frohnen zur Arbeitszeit, und zum Schaden des Feld- und Weingartenbaus nicht beſchwert werden 1).

1) L. 1. Cod. de agricol. et cenſit. Index der Wirtemb Forſtord. S. 165. H. Ernſt von Gotha Mandat bey

Roh-

Rohr §. 14. S. 601. Baier. Lr. P. III. tit. 16. Art. Rohr §. 13. 14.

1015.

Erlaubte Feldarbeit zur verbotenen Zeit.

Es dürſen die nothwendigen und unaufſchieblichen Feldgeſchäfte auch an Feiertagen, (ſelten aber an Sonntagen) nach verrichtetem Gottesdienſt, doch auf Erkenntniß des Pfarrers, Schuldheißen, Bürgemeiſters, und einiger vom Gericht vorgenommen werden 1).

1) Wirt. Cynoſura Eccleſ. Cap. 17. Gen. Synod. Schlüſſe von 1572. Wirt. Gen. Reſcr. vom 14. Jul. 1772. Kurſächſ. Kirchenord. Gen. Art. 17. L. 3. Cod. de feriis. Von Rohr §. 5. S. 593. 594.

1016.

Beſondere Beſchaffenheit der Bauerprozeſſe.

Gleichwie überhaupt die Verhütung oder Beſchleunigung der Prozeſſe verhindert, daß die Bauren nicht von ihren ordentlichen Geſchäften abgehalten werden, ſo trägt dazu auch die Verordnung etwas bey, daß vor Dorfgerichten keine ordentliche, beſonders ſchriftliche Prozeſſe geführt, ſondern alle Sachen ſummariſch abgehandelt werden ſollen 1).

1) Wirt. L. R. 1. Th. tit. 1. Von Rohr c. 2. §. 6. S. 533.

1017.

Uebrige bäuerliche Privilegien.

Uebrigens genießen die Landleute noch allerlei Vorrechte, die einen mittelbaren oder unmittelbaren Bezug

auf die Landwirthſchaft haben. Zu jenen gehören die Verordnungen des gemeinen Rechts in Anſehung der Teſtamente 1).

1) oben B. I. §. 1307.

1018.

Verbothener Verkauf der Halmfrüchte.

Zu den leztern gehört das Verboth, die Früchte auf dem Halm, oder den Wein auf dem Stocke zu verkaufen, oder zu kaufen, um dem Wucher vorzubeugen 1).

1) Trier. Lr. tit. 18. §. 8. Heß. Kaßel. Verord. v. 14. Jul. 1664. u. 29. May 1764. Baier. L. O. tit. 13. §. 3. Wirt. L. O. tit. 6. Gen. Reſcr. v. 5. Dec. 1692. Baden. L. O. P. V. tit. 6. L. Iul. de Annona. Capit. Car. M. in LL. Langob. L. II. Reichsabſchiede von 1548. u. 1577. tit. 19.

1019.

Nähere Beſtimmung.

Das Verboth geht eigentlich dahin, daß dem Landmann ſeine Frucht, die noch auf dem Halm ſteht, nicht um einen gewiſſen vorherbeſtimmten Preis abgekauft werden ſoll, und wird beym Zehendweſen nicht beobachtet. Daher einem ſolchen Käufer, wenn er durch Unglücksfälle nichts einheimſet, allerdings ein Nachlaß gebührt 1). Es iſt der Abſicht des Geſezes nicht ganz zuwider, wenn auf die Früchte geliehen wird, in ſo ferne nur kein Wucher dabey vorgeht 2); ja in einigen Ländern iſt der Zehendherr, Gutsherr, Verpachter dazu verpflichtet 3).

1)

1) *Van Weſel* de remiſſ. Merced. c. 8. n. 3. p. 44.

2) Von Rohr a. a. O. §. 10. S. 598. B. IX. c. 1. §. 14. 1316. f.

3) *Bouvot* Queſtions Notables, T. II. qu. 30. *Weſel* de remiſſ. Merced. C. V. n. 34. p. 30.

1020.

Seine Beſchaffenheit.

Dieſer Fruchtlehenskontrakt hat etwas vom Kauf und etwas von der Anlehnung an ſich. Statt der Zinſe hat der Darleiher den Vortheil, daß er die Früchte in einem wohlfeilen Preis erhält. Es iſt erlaubt, dergeſtalt auf Feldfrüchte zu leihen, daß die Bezahlung mit der ausgedroſchenen Frucht in dem Preiſe, den ſie 8 Tage vor oder nach Martini, oder überhaupt 14 Tage nach der Ernde hat 1), oder nach der gemeinen Kornrechnung geſchiehet. Wenn der Kontrakt ſo geſchloſſen worden wäre, daß die Früchte in dem Werth, den ſie von der Ernde an bis Martini haben, gegeben werden ſollen, ſo gilt er gleichfalls; Wird aber noch dabey ein Ueberſauf bedungen, ſo iſt die ſchuldige Frucht nach den Preiſen von Martini zu berechnen, und der Preis des Ueberſaufs auf Martini von dem Darleiher als Strafe einzuziehen 2).

1) Heß. Kaß. Verord. vom 29. May 1764. bey Eſtor Th. III. §. 1398.

2) *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de venditione illicita fructuum in herbis. Hal. 1738

1021.
Einſchränkung.

Da die Preiſe von der Ernde bis Martini höher ſind als um Martini, ſo hat der Darleiher einen Schein der Billigkeit, ſich einen Ueberſauf, der aber nicht mehr als von 20 Gulden einen Gulden an Münze betragen darf 1), auszubedingen, um einen Erſaz vor das geringere Quantum Frucht zu erhalten.

1) *Graß* in Collat Jur. Civ. cum receſſ. Imp. p. 331.

1022.
Fortſezung.

Wenn der Darleiher Früchte in einem gewiſſen paſſierlichen Preiſe giebt, und ſich dafür andere neue Frucht in dem Preiſe, den ſie von der Ernde an bis Martini hat, geben läßt, ſo iſt es ein Kauf, folglich kein Ueberſauf einzuziehen; wird aber erſt auf den Fall, wenn ein Getreidemangel entſtehen würde, ein Zins anbedungen, ſo wird ſolcher als wucherlich mit Einem oder zwey Frevel beſtraft.

1023.
Verbot der übrigen Kontrakte über die Feldfrüchte.

Alle andere Kontrakte über die Feldfrüchte ſind überhaupt ungültig, und der Preis iſt jedesmal auf den Termin Martini zu ſezen, die darauffolgende Strafe aber nach den Umſtänden der Sache verſchieden 1). Es ſind Arten von ſolchen wucherlichen und unerlaubten Kontrakten, wenn ein geringerer Preis, als die gewöhnliche

liche Schläge, vorausdeterminirt, oder verſprochen wird, die Frucht um ein beſtimmtes näher zu geben. In beiden Fällen ſezt man den Preis auf Martini, und läßt das Stipulirte nicht paſſiren. Wenn gar noch ein Ueberſauf angedingt worden iſt, ſo verfällt er im erſten Falle, und im zweiten Falle geht gar das ganze Darlehen ſamt ihm verlohren. Die vorgeliehenen Früchte müſſen in eben der Gattung, wie ſie vorgeſtreckt worden, ſamt einem gleichartigen Ueberſaufe bedingt und angenommen werden 2).

1) *Ferd. Chr. Harpprecht* Vol. I. Diſſ. 26. §. 6. p. 1040.

2) Extrakt der Wirt. Generalreſcripte S. 206.

1024.

Fortſezung.

Ueber dieſes darf in den erlaubten Fällen der Darleiher nicht auf Vorkauf, ſondern blos auf ſoviel Früchte leihen, als er zu ſeinem Hausbrauch, Wirthſchaft, oder Beckerhandwerk ſelbſt bedürftig iſt. Von Juden kan gar kein Geld auf Früchte entlehnet werden 1), Diejenige, ſo den Unterthanen Saatfrüchte vorleihen, mit der Bedingung, daß der Ertrag gemeinſchaftlich seyn ſoll, haben davon nicht mehr als Ein Drittel zu bekommen 2).

1) Wirtemb. L. O. tit. 60. S. 129. Extr. d. G. R. 1. Th. p. 203. Gerſtlacher Samml. Wirt. Geſ. u. Norm. 1. Th. §. 89. p. 140.

2) Extrakt der Wirt. Gen. Reſcr. a. a. O. S. 205.

1025.
Beſtimmung in Anſehung des Weins.

In Anſehung des Weins ſind ähnliche Geſeze vorhanden: 1. darf derſelbe bey 10 Gulden Strafe an den Stöcken nicht anders als ohne Beſtimmung eines Preiſes bloß auf die künftige Käufe und Schläge verkauft werden; 2. ſoll auf Wein nicht anders, als nach der jeden Orts gemachten Weinrechnung geliehen werden; und zwar ſoll die Ausleihung entweder in baarem Gelde, oder, wenn ſie in anderer Waare geſchieht, die Waare vorher unparteyiſch angeſchlagen werden. Es iſt auch erlaubt, ſich vor 1 Eimer alten Wein, 2 Eimer neuen Wein zu ſtipuliren 1).

1) Wirt. G. R. v. 27. Mai 1647. Gerſtlacher 1. Th. p. 149. *Henr. Balth. Roth* Diſſ. de periculo et commodo in emtione vini.

1026.
Fortſezung.

Wird neben dem Leihen auf Wein, noch der Genuß eines Guts ſtatt Zinſen anbedungen, ſo ſoll der Darleiher dem Schuldner das Eingeheimſte entweder in Natura, oder nach dem Werth der Früchte um Martini wieder erſtatten, und zugleich um das gedoppelte beſtraft werden. Keiner ſoll von mehreren, ohne der erſtern Gläubiger Bewilligung, entlehnen, beſonders aber, wo möglich, nicht von Ausländern, oder doch in dieſem Falle ſich keine ungewöhnliche Laſten auflegen laſſen, ſondern an die einländiſche Weinrechnung

nung halten, und gewiſſe Leihebeſchwerden nicht über ſich nehmen 1).

1) Wirtemb. L. O. a. a. O. §. 6. 7. p. 130. und Gerſtlacher cit. l. §. 90. ꝛc. S. 146.

1027.

Fruchtvorrath.

Der zwar zu einem andern Endzweck bei jeder Kommun im Reiche verordnete Fruchtvorrath dient doch auch dazu, daß den unvermöglichen, jedoch unter genugſamer Sicherheit davon Saatkorn gegen den gewöhnlichen Ueberſauf, Aufſchutt, Aufmaß 1), zu 1 Simmri vom Scheffel vorgeliehen werden kan, oder im Fall ſie ſolches aus Mangel eigener erwachſenen Früchte nicht würden erſtatten können, der Ausſtand ihnen noch ſelbiges Jahr zu Geld angeſchlagen, und ſolches Geld alsbald von ihnen eingezogen wird; mithin die Felder nicht unbeſtellt bleiben 2). Es werden dergleichen Saatanlehnungsfrüchte] auch von den Fruchtkäſten der geiſtlichen und weltlichen Kammern abgegeben, und es kan ſogar von Privatperſonen geſchehen.

1) Heß. Kaß. Verord. vom 16. April 1739. bey Eſtor Th. I. §. 1420. tit. Cod. de conditis in publ. Horreis. et *Perez* in Comment. p. 311. ſeq. Wirtemb. Generalreſcr. vom 5. Merz 1719.

2) 11te Novelle der Wirt. L. O. S. 328. n. 5. Wirt. Lr. P. II. tit. 1. p. 237. Wirt. Commun O. 2. C. §. 12. 13.

1028.

Einſchränkung der bäuerlichen Exekution.

Es gehört auch hieher, daß bey dem Angriff der Güter, und bey Vergantungen die Exekution nicht auf eines Bauern Zugroſſe, Zugochſen, Wagen, Karch, Pflug, und was dazu gehört, noch auf eines Wein-Gärtners Haue, Pickel, u. d. g. überhaupt auf Schiff und Geſchirr oder die Hofwehre, nach Erkenntniß der Gerichte geſchehen ſolle 1).

1) Würt. L. R. P. I. tit. 75. §. 5. tit. 76. §. 8. Zell. L. O. P. III. tit. 2. §. 3. Braunſchw. Lüneb. L. O. v. 1651. Art. 76. Sachſ. Goth. L. O. P. I. c. 17. §. 5. Magd. Pol. Ord. C. 46. §. 8. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 69. 324. 465. 490. 491. Abth. II. p. 7. Avth. Agricult. Cod. quae res pign. obl. poſſ. Vergl. oben B. I. §. 1313. Rohr B. IV. c. 2. §. 14. 15. *Leiſer* Jus Georg. L. II. c. 13. n. 2.

1029.

Beſtrafung der Felddiebſtähle.

Endlich werden auch die Feld- und Garten-Diebſtähle nach Verhältniß ſtrenger als andre beſtraft 1). Im Reiche iſt es das erſtemal der Gießübel oder die Schandbühne ꝛc. 2) Als Felddiebe werden im Reiche auch die angeſehen, welche ihr Beſtandwerk und Taglohn bey Baugütern und vornehmlich bey Gütern der Waiſen, Wittwen, geiſtlichen und milden Stiftungen untreulich vollbringen 3).

1) K. Karls V. Peinl. Halsgerichtsordnung, Art. 167. Preuß. Verord. für Oſtfriesl. v. 21. Febr. 1772. Publ. v. 13. May 1773. u. 4. Jul. 1775. Wirtemb. L. O. tit. 97. S. 208. 247. Kurſächſ. Verord. in P. IV. conſt. 35. Hildesheim. Pol. Ord. §. 46. Wolfenbütt. L. O. §. 81. Ditmarſ. Lr. Art. 105. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 13. §. 3. S. 34.

2) Wirt. Extr. der Gen. Reſcr. Th. I. §. 301. Gerſtlachers Samml. Wirt. Geſ. Th. II. §. 4. 5. S. 7. Kaß. Grebenord. tit. 13. §. 1. S. 33. Baumpfl. Ord. §. 20. 21. Gartenedikte von 1688. 1702. 1723. Braunſchw. Lün. L. O. Th. II. S. 695. 795. Pfälz. Malefizord. tit. 54. S. 563.

3) Wirt. L. O. tit. 125.

1030.
Fortſezung.

Jedoch wird nur die nächtliche Entwendung, deren man die Ausdreſchung gleichachtet 1), an Früchten auf dem Felde als ein ordentlicher Diebſtahl behandelt, dahingegen wenn es bey Tage geſchehen iſt, bürgerlich beſtraft 2). Auf die Anzündung der Feldfrüchte folgt die Strafe des Mordbrands 3).

1) Kurſächſ. Verord. P. IV. Conſt. 35. Hildesheim. Pol. Ord. §. 46. Wolfenbütt. L. O. §. 81. Ditmarſ. Lr. Art. 105.

2) Karls V. Peinl. Halsger. Ord. Art. 167. Von Rohr B. IV. c. 7. §. 18. *Krebs* de ligno et lap. P. I. Cl. 4. Sect. 5. §. 3. p. 105. 107.

3) Eſtor Th. I. §. 1666. *Carpzov.* Pract. Crim. quæſt. 38. n. 36. Rohr §. 20. C. 2. §. 10.

1031.
Einſchränkung.

Es iſt aber kein Felddiebſtahl, noch in den meiſten Ländern ſtraffällig, wenn man bloß zum augenblicklichen Genuſſe einiges Obſt, Weintrauben, Kornähren, oder Grasfutter nimmt 1). Wegen dem zu Schaden gegangenen Viehe hat das römiſche Recht eine eigene Klage eingeführt 2).

1) Deuter. XIII. v. 24. Matth. XII. v. 1. II. feud. 27 §. vlt. Sächſ. Lr. B. II. Art. 68. Von Rohr a. a. O. §. 19. 20. S. 607. B. 9. c. 1. §. 15. S. 1357.

2) *Chr. Henr. Breuning* de damni aeſtimatione in actione de paſtu. Lipſ. 1777.

1032.
Pfändungsrecht.

Zu Verhütung alles Feldſchadens iſt es erlaubt, das Schadenthuende Vieh, Pferde, Eſel, Rindvieh, Schaafe, Schweine, Gänſe, Hühner ꝛc. 1) zu pfänden 2), das iſt, der Gutsbeſizer darf ſich aus eigener Gewalt dieſer Thiere bemächtigen, oder ſie herausheʒen, und ſie ſo lange auf Koſten ihres Eigenthümers in Verwahrung behalten, bis ihm dieſer den von der Obrigkeit geſchäʒten Schaden erſeʒt, und zugleich den Pfandſchilling gelöſt, das iſt eine gewiſſe Geldſtrafe bezahlt hat 3). An einigen Orten vermehrt ſich dieſe nach Verlauf von 24 Stunden. Wenn von einer ganzen Heerde Schaden gethan worden iſt, ſo dürfen

nur

nur ſo viele Häupter gepfändet werden, als er beträgt, und man bezahlt nur für dieſe Anzahl Pfandgeld 4).

1) *Io. Thomæ* tract de noxa animalium. Ien. 1653. *Koeppen* Dec. 41. n. 28.

2) *Leyſer* Specim. 3. med. 7. *Schepliz* ad Conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 21. Magd. Pol. Ord. c. 43.

3) *Leiſer* Jus Georg. L. II. c. 11. n. 2. Klingner Saml. zum Dorf- u. Baurenrecht, Th. II. c. 5. §. 2.

4) Preuß. Reſcripte vom 17. Oct. 1751. in C. C. March. Nov. Tom. I. p. 159. Gabke Baurenrecht §. 585. ff. Eſtor Th. I §. 1663.

1033.

Rechtsbegünſtigung der Feldbaukoſten.

Man hält in Rechten die auf den Ackerbau verwandte Unkoſten für nothwendig, und die auf die Beſtellung des Feldbaus vorgeſchoſſene Geldſummen kommen beym Konkurſe in die erſte Klaſſe 1).

1) Von Rohr B. IV. c. 2. §. 11. *Kreß* de priv. agricult. Sect. II. §. 17. 18.

1034.

Strafe der Stöhrung des Feldbaus.

Jede Beſchädigung, Vergewaltigung, Beraubung und Stöhrung des Landmanns bey ſeinen Feldgeſchäften wird nach den Reichs- 1) und Landesgeſezen härter beſtraft 2)

1) Neueſte Samml. der Reichsabſchiede, Th. I. S. 30. 93. 97. 101. 154. 172. Th. II. S. 591. Th. III. S. 382.

2) Oſtfrieſ. Lr. B. III. c. 42.

1035.

Polizeyſorge wegen Abführung der Feldwaſſer.

Zur Ableitung des Waſſers und zur Austrocknung der Felder müſſen auf dem Felde an ſchicklichen Orten Feld- und Oeßgraben ausgeſchlagen, und das Schneewaſſer und die lebendigen Quellen darein geleitet werden 1).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. II. §. 7. S. 30. *Oetinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 13. n. 8.

I. Abſaz.

Pflanzungsrecht.

1036.

Literatur.

Ahasv. Fritſch de jure plantandi.

Iul. Cæſ. Ruginellus de arboribus.

Io. Bernh. Frieſe Diſſ. de jure arborum. Ien. 1678.

Chr. Wildvogel Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa arbores. Ien. 1691.

Io. Otto Tabor de arboribus furtim cæſis.

1037.

Unterthanſchaftliche Verpflichtung zur Anpflanzung.

Die Unterthanen ſind zur Anpflanzung nüzlicher Obſtbäume verpflichtet 1), und müſſen die wilden und ſchädlichen Fruchtbäume entweder durch Einimpfungen verbeſſern, oder gar ausrotten 2).

1)

1) Oberpfälz. L. O. von 1606. tit. 15.

2) Heß. Kaß. Baumpflanzordnung von 1724. Edikt vom 7. Jun. 1765. von Anpflanzung der wilden und Obſtbäume für Oſtpreußen, in C. C. March. Nov. T. III. p. 885.

1038.

Anlegung neuer Gartenpläze.

Jeder Landmann hat einen ſchicklichen Ort bey ſeiner Wohnung mit Bäumen zu bepflanzen, und gehörig zu verwahren. Ebenſo muß jede Gemeinde ihre Gemeinheiten und Allmandpläze mit einer Anzahl Bäume beſezen 1).

1) Preuß. Verord. v. 23. Jenner u. 9. Oct. 1764. in der Schleſ. Samml. B. VIII. S. 19. 303. vom 26. Nov. 1765. ebendaſ. S. 815. vom 18. Jenner 1770. a. a. O. B. XII. S. 18. vom 26. Oct. 1771. B. XIII. S. 137. vom 22. Merz 1772. ebend. S. 201. vom 26. Jenner 1773. a. a. O. S. 392.

1039.

Pflanzungsobliegenheit der neuen Bürger.

Zu dem Ende iſt in den meiſten Ländern befohlen, daß jeder junge oder neue Bürger und Einwohner einige Bäume auf gewiſſen Pläzen anpflanzen muß 1).

1) Preuß. Verord. vom 5. Merz 1685. 5. Merz 1686. 19. Merz 1696. u. 9. April 1721. in C. C. March. T. I. Abth. II. n. 38. p. 95. T. VI. Abth. I. n. 167. Tom. I. Abth. II. p. 110. 235. Magdeb. P. O. c. 39. §. 13. in C. C. Magd. P. III. n. 28. 79. Wirtemb. Kommunord. S. 71. Heß. Kaß. Baumpflanzord. §. 14. S. 8. Oberpfälz. L. O. von 1606. tit. 15. Sachſ. Goth. L. O. P. II.

c. 3. tit. 26. 25. Weimar. L. O. tit. 42. Erfurt. Patent wegen Anpflanz. junger Bäume v. 23. Merz 1734. in den Mainz. Ord. n. 85. Bl. 293. Querfurt. Forſt: u. Jagdord. c. 10. §. 16. c. 11.

1040.

Unterſtüzung aus den öffentlichen Waldungen.

Es werden zur öffentlichen Anpflanzung die nöthigen Stämme, Zweige und Pfropfreiſer aus den Herrſchafts- und Gemeindswaldungen unentgeltlich hergegeben 1), und zu ihrer Wartung eigene mit Inſtrukzionen 2) verſehene Holzplanteurs 3) und Kreisgärtner angeſtellt 4). Ebenſo hat man zu beſſerer Behandlung des Torfbaus eigene Torfmeiſter angenommen 5).

1) Heß. Kaß. Baumpflanzord. §. 9. 10. 11. 13.

2) Inſtrukt. für die Holzplanteurs in Schleſien, vom 5. April 1768. Korn. Saml. B. X. S. 160. Dergl. für die Unterplanteurs vom 25. Febr. 1772. a. a. O. B. XIII. 187.

3) Heß. Kaß. Baumpflanzord. §. 18. Preuß. Edikt vom 10. Oct. 1770.

Von Lamott Abh. von den Kreisgärtnern in der Kurmark, in den Prakt. Beytr. zur Kameralwiß. der Preuß. Staaten, Th. I. St. 4. S. 47. ff.

4) Circul. vom 27. Febr. 1764. in der Schleſ. Samml. Th. VIII. S. 36.

5) Schleſ. Umlauf vom 11. Febr. 1764. in der Korniſchen Samml. Th. VIII. S. 418.

Mart.

Mart. Schook tract. jurid. de Turffis ſiue ceſpitibus bituminoſis.

Jo. Ge. Krüger von Steinkohlen und Torf. Halle 1740.

Sixt. Jakob Kapf Rechtl. Unterſuchung der Frage: Ob der Torf zu den Regalien gehöre? Tüb. 1769.

1041.

Beförderung des Anbaus gewiſſer Pflanzen.

Wir haben ſchon eine Reihe Preußiſcher Verordnungen, die von Anpflanzung der beßten Futterkräuter Unterricht geben. Man hat noch andere Verfügungen vom Flachsbaue nach Mähriſcher Art 1), und wie der Mergel beym Landbau gut zu gebrauchen iſt 2).

1) Vom 27. Auguſt 1772. in der Schleſ. Samml. B. XIII. S. 323.

2) Vom 9. Oct. 1772. ebendaſ. S. 333.

1042.

Anpflanzung der öffentlichen Oerter.

Nach andern Polizeyverordnungen müſſen alle öffentliche Pläze, Dorfanger, die Wege, Landſtraßen, Hüthungen, Viehtriften u. ſ. w. mit Weiden 1) oder mit einzelen oder ganzen Reihen fruchtbarer Bäume, deren Laub zur Fütterung zu gebrauchen 2), und mit lebendigen Hecken beſezt werden 3). In Wirtenberg darf jedoch die Landesherrſchaft ihren Unterthanen hiebey nichts gegen ihre Schuldigkeit zumuthen 4), noch in den Kirchlichen, Gemeinds- und Privatwäldern Alleen aushauen laſſen 5).

1) Wirtemb. Index der Forſtord. S. 30. 423. Forſtord. Th. II. tit. 24. Gen. Reſcr. v. 11. Oct. 1745.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 665. 667.

3) Schleſ. Samml. Kön. Verord. Th. IX. S. 19. 303. 415. 211. B. VIII. S. 166. 415. B. VII. S. 211. 206. B. X. S. 136. C. C. March. T. I. Abth. II. p. 93. 109. 201. 235. T. V. Abth. III. p. 229. 337. 375. C. C. March. Nov. T. II. p. 295. T. VI. p. 1775. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 20. §. 8. S. 47. Von Ludewig gel. Anzeigen, Th. I. S. 127. 352.

4) Wirtemb. Erbvergl. Cl. IV. §. 15. 19. 18.

5) a. a. O. Cl. V. §. 5.

1043.

Verbot der Baumbeſchädigung.

Alle Baumbeſchädigungen mit umhauen, abſchälen, ausbrennen, beſchneiden, abköpfen, Laub abſtreifen u. d. ſind ſowol in Wäldern, als auf freyer Straße und Felde, bey der ſtrengſten Strafe, zuweilen Feſtungs- und Zuchthausarbeit verboten 1), und die Angeber empfangen eine Belohnung 2).

1) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 118. 119. Cont. I. n. 19. C. C. March. Nov. T. I. p. 405. T. III. p. 1261. T. IV. p. 53. 613. T. V. Jahrg. 3. p. 129. Jahrg. 5. p. 189. Magd. P. O. c. 72. §. 1. 2. LL. Wiſigoth. L. 8. tit. 3. c. 1. Theod R. Oſtrog. Ed c. 41. LL. Burg. c. 28. §. 2. L. L. Baiuvar. tit. 21. LL. Langob. L. I. tit. 19. c. 8. Conſtit. Sicul. L. I. tit. 26. Sächſ. Lr. B. II. Art. 28. Alem. Lr. c. 202. Braunſchw. Lüneb. L. O. P. IV. p. 254. 256. Heß. Kaßel. Baumpflanzord. §. 20. 21. Forſt- u. Holzord. S. 26. Darmſtädt. Forſt- Wald- Weide- und Fiſchereyord. P. II. §. 63.

63. p. 27. Weimar. L. O. tit. 42. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 17. Altenb. Mandat v. 25. Nov. 1716. Erfurt. Patent die Felddieb. u. andere Feldbeſchädigungen betr. v. 23. Merz 1734. in den Mainz. Ord. n. 85. Bl. 293. Oberpfälz. L. O. tit. 15. Kurſächſ. Konſt. P. IV. n. 37. p. 11. Baier. Lr. t. 23. art. 3. Eiſen: Jagd: u. Forſtord. v. 1645. c. 8. n. 5. Hamb. Str. P. IV. art. 21. Mehrere unten §.

2) C. C. March. Nov. T. III. p. 1063. Von Ludewig gel. Anzeigen, Th. I. S. 354. ff. Von Rohr B. IV. c. 2. §. 9.

1044.

Abſchaffung der ſchädlichen Weiden.

Die Weiden, die dergeſtalt am Waſſer gepflanzt ſtehen, daß ſie es an das gegenſeitige Ufer zum Schaden der Eigenthümer treiben, müſſen weggeſchafft werden 1).

1) *Ge. Engelbrecht* Compend. Jurisprud. L. 43. tit. 13. §. 56. Eſtor Th. I. §. 1745.

1045.

Rükforderungsrecht der Pflanzen.

Nach teutſchem Rechte kan man über ſeine auf fremden Boden geſezte Pflanze das Rükforderungsrecht ausüben 1), ausgenommen es wäre eine Hülſen- oder Gartenfrucht 2). Andere Grundſäze enthält das Römiſche Recht 3).

1) *Heinecc.* El. Jur. Germ. L. II. tit. 3. §. 69. p. 421.

2) Sächſ. Lr. B. II. Art. 46. *Gryphiander* in Oecon. legali, L. I. c. 17. n. 139. Eſtor Th. III. §. 1854. Von Rohr B. V. c. 2. §. 7.

3) L. 7. §. 12. L. 26. §. 1. L. 9. pr. D. de A. R. D. L. 5. §. pen. de R. V. L. 9. §. 2. de damno inf. L. 11. C. de rei vind.

1046.

Wegſchaffung der ſchädlichen Bäume.

Kein Baum darf ſo gepflanzt werden, daß er durch ſeinen Schatten des Nachbars Saatfeldern nachtheilig wird, indem dieſer auf deſſen Wegſchaffung dringen darf, ohne daß ſich dabey eine Dienſtbarkeit begründen kan 1).

1) Frankf. Stadtref. P. VIII. tit. 13. Gloſſe zum Magd. Weichbild, Art. 126. Theatr. ſervitut. in adp. deciſ. 9. p. 1213. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 530. Gabke Baurenrecht, Abſch. 9. K. III. §. 286.

1047.

Ueberhang.

Wegen dieſem landwirthſchaftlichen Nachtheile gebühren nach teutſchem Rechte dem Nachbar die Früchte des Ueberhangs 1), oder er kan dergleichen Zweige und Ranken gar wegſchneiden 2), aber niemals ſich ein Eigenthumsrecht über den Stamm und die Windbrüche anmaßen 3). Ebenſo wird es beym Weinſtocke und dem Hopfen gehalten 4).

1) Sächſ. Weichbild, Art. 126. Gloſſe darüber n. 4. Sächſ. Lr. B. II. Art. 52. Bian. u. Ameyd. Stat. R. 8. art. 18. Frankf. Stadtref. P. VIII. tit. 13. §. 9. 2.

Piſto-

Piſtorius Cent. V. par. 10. *Krebs* de ligno et lap. p. 67. 73. *Schilter* Ex. XLVII. §. 75. *Henr. Hildebrand* Diſſ. de fructibus in alienum praedium propendentibus.

2) Sächſ. Lr. B. II. art. 52. Weichbild, Art. 125.

3) Von Rohr B. IX. c. 1. §. 11.

Caſp. Henr. Horn Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa arbores turbine deiectas. Vit. 1716.

Io. Gottfr. Krauſe Progr. de dominio arborum turbine deiectarum in vicinum praedium. Vit. 1730.

4) *Heinecc.* El. Jur. Germ. T. I. L. II. §. 69.

1048.

Pachtnuzung der Bäume.

Wer ein Gut in Nießbrauche oder Pacht hat, iſt nicht berechtiget, die darauf befindlichen guten Bäume umzuhauen 1), ſondern muß ſich mit dem Genuſſe der Früchte und des Laubs begnügen. Nur die abhängigen Bäume und Windbrüche 2) darf er ſich zueignen, jedoch daß er dafür das Gut wieder mit jungen Bäumen unterhalte 3).

1) *Oetinger* L. I. c. 10. p. 180. *Rol. a Valle* Vol. II. Conſ. 49.

2) *Ge. Henr. Ayrer* Diſſ. de jure ſibi habendi arbores in fundo villatico turbine deiectas. Goett. 1755.

3) Solmſ. Lr. P. II. tit. 7. §. 8. 9. Gothaiſche L. O. S. 74. Braunſchw. Lüneb. L. O. P. I. p. 805. Oecon. for. T. IV. tit. 7. §. 295. 296. 297. Theatr. Servit. tit. 15. §. 22. p. 695. Eſtor Th. III. §. 1748.

1049.

Begünſtigter Anbau gewiſſer Pflanzen.

In einigen Ländern iſt die Anpflanzung des Tabacks 1), der Maulbeerbäume 2), Waid = Färberöthe = Wein = Reiß = Karden = Kümmel = und anderer Pflanzen 3) ſehr empfohlen, und mit verſchiedenen Rechtsvortheilen begabt. Insbeſondere haben im Preußiſchen die Prediger, Küſter und Schulmeiſter zu Anpflanzung der Maulbeerplantagen beſondere Ordnungen empfangen 4), oder Maulbeerſaamen muß geſammelt, und für die Bezahlung an die Kammern eingeſendet 5), oder die Pflanzung ſelbſt den Seidenbauluſtigen pachtweiſe überlaſſen werden 6).

1) Samml. Schleſ. Ord. B. XII. S. 134. C. C. Magd. P. III. p. 380. C. C. March. T. V. Abth. II. p. 482. 487. Cont. II. p. 147. *Abr. Kæſtner* de jure Tabaci. *Jenichen* de jure Tabaci.

2) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 532. T. V. Abth. II. p. 463. Cont. IV. p. 215. C. C. March. Nov. T. I. p. 69. 669. 695. T. II. p. 221. 291. T. III. p. 195. 999. 1003. 1007. 1017. 1019. 1235. 1261. 1309. T. IV. p. 3089. Tom. V. Jahrg. 5. p. 487. Wirt. Privil. und Immunit. für die Seidenkompagnie, v. 18. Aug. 1735. Art. 7. Kurſächſ. Reſcripte wegen Pflanzung weißer Maulbeerbäume, vom 19. Sept. und 23. Dez. 1704. vom 22. May 1705.

God. Dan. Hoffmann Diſſ. de juribus circa Bombyces, moros et ſericum. Tub. 1756.

Von Ludewig gel. Anzeigen, Th. I. S. 127. 352.

Anweiſung, wie mit Säung des Maulbeerſaamens und Pflan-

Pflanzung und Wartung der Bäume zu verfahren, in C. C. March. Nov. T. I. p. 945.

3) Reſcr. v. 23. Febr. 1756. C. C. March. Nov. T. II. p. 37. v. 2. Apr. 1757. ibid. p. 237. 241. vom 28. Jun. 1776. T. VI. p. 223.

4) C. C. March. Nov. T. I. p. 361.

5) ibid. pag. 943. 6) Tom. IV. p. 4091.

1050.
Vergütung der den Unterthanen durch Pflanzungen entzogenen Güterſtücke.

In Wirtemberg müſſen die Güterſtücke, die den Privatperſonen und Gemeinden durch Anlegung landesherrlicher Wege, Alleen und Plantagen entzogen worden ſind, ihnen wieder vergütet werden 1).

1) Wirt. Erbvergl. Cl. VI. §. 19. S. 94.

II. Abſaz.
Säerecht.

1051.
Literatur.

Henr. Cocceji Diſſ. de jure ſeminis. Francof. ad V. 1693.

Sam. Stryk de jure circa frumentum. Hal. 1678.

Paul. Henr. Tilemann de eo quod juris eſt circa ſementem. Ien. 1691.

Chr. Lud. Crell de priuilegio ſementis et ſeminum.

Id. de jure ſeminarii eiusque uſufructu.

1052.
Eigenthumsrecht des Saamens.

Nach dem gemeinen Rechte wird der Saamen durch die Einwurzelung ein Theil des Bodens, und das Eigenthum des Beſizers, der dem fremden Säemanne bloß die Beſtellungskoſten vergüten muß, wenn dieſer ſich anders dabey keiner Argliſt ſchuldig gemacht hat 1).

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 6. §. 1. *Heineccius* El. Jur. Germ. L. II. tit. 3. §. 68. p. 420.

1053.
Obliegenheit des Pächters die Ausſaat zu thun.

Der Pächter muß die Ausſaat auf ſeine Koſten beſtreiten 1), und hat die Gefahr und den Schaden über ſich zu nehmen. Dagegen bleibt ihm daran und an den erwachſenen Früchten ein dingliches Recht 2).

1) *Io. Chr. Falckner* Diſſ. de impenſis. Ien. 1765.

2) Von Rohr §. 5. S. 587.

1054.
Beſondere teutſche Rechtsſäze.

Die Teutſchen hatten dagegen 1) den Grundſaz, wer ſäet, der mähet 2), das iſt, wer das Feld beſtellt und eingeſäet hat, der oder deſſen Erben ziehen die Früchte, wie ſie es noch deutlicher in dem Rechtſaze: Was die Egge beſtrichen, und die Hacke bedecket hat, das folget den Erben, ausdrückten 3).

1) *Io. Pet. de Ludewig* differentiae Jur. Rom. et Germ. in fructuum attributione. Hal. 1736.

2) ap. *Hert.* in Paroem. Jur. Germ. 87. Vol. II. opuſc. T. III. p. 357.

3) Sächſ. Lehenrecht, c. 6. ſamt Gloſſe. Sächſ. Lr. B. II. Art. 58. B. III. Art. 76. Alem. Lr. c. 222. Magd. Pol. Ord. C. 44. §. 37. Von Rohr a. a. O. §. 2. S. 585. u. C. 2. §. 12. S. 538. 539.

1055.

Einfluß auf die Lehre von der Vermögensabſonderung.

Hieraus folgt, daß ſie die hängenden und Halmfrüchte 1) für bewegliche Sachen hielten 2), und ſie bey der Abſonderung des Lehens vom Erbe, oder bey der amtlichen oder gutsherrlichen Einziehung oder bey der Rückforderung eines Landguts den Allodialerben zuſprachen 3). Ebendas geſchah bey den natürlichen Früchten, wenn ſich der Veränderungsfall nach Urbanstag zugetragen hatte, oder ſie in Sachſen vor dem Dreyſigſten 4) reif und zeitig geworden waren 5). In Anſehung des Weinſtocks war der Urbanstag oder der 25. May zum Zeitpunkte angenommen 6), heutzutage richtet man ſich in der Mark nach der Weinleſe 7).

1) *Frid. Gottl. Struve* Diſſ. de fructibus pendentibus. Ien. 1760.

2) *Carpzov* P. I. c. 28. def. 124. *Mencken* in Syſtem. Jur. Civ. L. I. tit. 8. §. 2. p. 29.

3) *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Exercit. XVI. §. 59. *Cocceji* Deduct. Conſil. et Reſp. Tom. I. p. 1129.

Io.

Io. Wolfg. Trier de transmiſſione fructuum feudalium in heredes allodiales. Lipſ. 1719.

Goth. Caſp. Segniz de allodialitate fructuum feudi, et competentia iudicis ordinarii in rebus eo pertinentibus. Alt. 1754.

4) *Caſp. Henr. Horn* Diſſ. de Trigeſimo.

5) Sächſ. Lr. B. II. Art. 58. Conſt. Sax. El. P. III. 32. *Cocceji* de jure ſemin. Sect. IV. §. 7. *Coler* in proceſſu execut. P. II. c. 3. n. 310. *Fleiſcher* Inſtit. Jur. feud. c. XX. §. 29. p. 788.

6) Eſtor Th. III. §. 1395. Barth von der Gerade, C. VI. S. 520. Von Rohr §. 3. S. 586. B. IX. c. 1. §. 9. 10. S. 1352.

7) *Fleiſcher* Inſt. Jur. feud. c. 20. §. 29. p. 286.

1056.

Zeitpunkt der Vertheilung.

Der Zeitpunkt, der zur Vertheilung der Feld- und Gartenfrüchte 1) angenommen wird, richtet ſich überhaupt nach der Verſchiedenheit der Himmelsgegenden 2). Daher in Italien und in Oberteutſchland die Sache ganz anders und nach Maaßgabe des Longobardiſchen Lehenrechts 3) beſtimmt iſt, als in Niederteutſchland 4).

1) *Gabr. Schweder* Diſſ. de fructibus feudi. Tub. 1703.

2) *Iuſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de juribus diuerſis ex diuerſitate climatum natis. Hal. 1729.

3) II. feud. 28. §. 2. Vergl. Oecon. for. T. IV. §. 258. ff. Rohr §. 4.

4) *And. Copin.* Materia fructuum in diſputationem publicam vocata. Lipſ. 1640.

Ad. Frid. Trentlenburg Diſſ. de jure fructuum in ſeparatione allodii a feudo.

Dietr. Chr. Jbringk de modo computandi fructus in ſeparatione feudi ab allodio. Marp. 1746.

Henr. Chr. Bar. de Senckenberg Proluſ. ad II. feud. 28. §. 2. von Theilung der Lehensfrüchte im Sterbjahr. Goett. 1737.

1057.
Fortſezung.

Jn einigen Ländern iſt ein beſonderer Zeitpunkt feſtgeſezt, von welchem an nach Verhältnis des Sterbetags die Austheilung der Früchte und Nuzungen gemacht wird, als in Heſſen der 1. Jenner 1). Jn der Mark Brandenburg und zwar in der Mittelmark, Priegniz, Ruppin und Lebuß der Margrethentag oder der 13. Julius, in der alten Mark Jakobi, im Stolpiſchen Kreiſe der Lorenztag oder der 10. Auguſt. Stirbt der Erblaſſer vor der Zeit, ſo gehören alle Früchte den Lehenerben, ſo gar, wenn Einige davon ſchon abgeſondert wären. Jm Havelbergiſchen Kreiſe beobachtet man ganz das römiſche Recht. Jn der Neumark gehören alle ſtehende Früchte unter Vergütung der Ausſaat und Beſtellungskoſten nach einem gewiſſen Anſchlage den Lehenerben 2).

1) Verord. vom 21. Merz 1755. Vergl. Kurköln. Rechtsord. tit. 8. §. 7.

2) *Kohl* ad Conſtit. March. qu. 9. n. 9. *Koeppen* P. I. deciſ. 30. n. 45. *Schepliz* ad Conſuet. March. P. III. tit. 3. §. 7. *Fleiſcher* Inſt. Jur. feud. C. XX. §. 29. p. 785. 786. Oecon. for. T. IV. §. 246. ff. p. 184. Rohr §. 3.

1058.

Anwendung der römiſchen Prinzipien.

In vielen Provinzen beobachtet man bey den ſtehenden natürlichen Früchten das römiſche Recht, das ſie als ungenoſſen und unabgeſondert dem folgenden Gutsbeſizer zueignet 1).

1) L. 44. D. de rei vind. Oecon. for. T. IV. §. 242. 243. p. 183.

1059.

Polizeygeſeze in Anſehung des Ausſäens.

Jeder Ackersmann hat ſeinen Acker zeitlich, ordentlich und wirthſchaftlich zu beſtellen und einzuſäen 1). In der Mark Brandenburg darf dem Geſinde und den Ackerknechten kein Feld, um es für ſich ſelbſt zu beſäen, eingeräumt 2), und nur angeblümte Aecker können ihnen auf gewiſſe Maaß ſtatt des Lohns überlaſſen werden 3). Es iſt nicht erlaubt, ſein Feld unbeſäet liegen zu laſſen 4), und fremde Güter zu beſäen 5), oder um die Helfte des Zuwachſes auszuſäen 6).

1) Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 640. B. VI. S. 232. 659.

2) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 7. 33. 58. 71. 90. 100. 137. 151. 194. 225. Abth. 1. p. 23.

3) cit. l. Abth. 3. p. 91. T. VI. Abth. 1. p. 100.

4)

4) T. V. Abth. 3. p. 373. 5) cit. l. p. 34. 53. 74. 105. 130. 167. 207. 298.

6) Schleſ. Samml. B. VII. S. 464.

1060.

Vorzugsrecht der Saamfrüchte.

Die Summen für die vorgeſtreckten Saamfrüchte genieſſen beym Konkurſe ein Vorzugsrecht 1), und die leztern bey der Durchfuhre häufig die Zollfreyheit 2), können auch nicht verkümmert noch Schuldenhalber angegriffen werden 3). Uebrigens iſt die Saatzeit nicht privilegirt 4).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 121. Wirt. Gen. Reſcr. v. 14. Apr. 1710. *Florin.* in Oecon. prud. et legal. L. III. c. 11. Von Rohr B. IV. c. 2. §. 13. *Dertinger* jur. quaed. Sol. eſcul. Obſ. 7. p. 56.

2) *Thomaſius* Diſſ. de jure circa frum. c. IV. n. 53. *Mevius* P. VII. deciſ. 121.

3) *Kreß* de privil. agricult. Sect. 2. §. 17. 18. p. 38.

4) *Lud. Mencken* Syſt. Jur. Civ. L. II. tit. 12. §. 2. p. 53.

1061.

Schonung der Saatfelder.

Ueber die Saatfelder gilt keine Viehtrift 1). Man muß die Tauben zu den 3. Saatzeiten jedesmal 3. Wochen eingeſperrt halten 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 2. p. 251. 288.

2) Wirtemb. L. O. tit. 110. §. 12. S. 228.

III. Abſaz.

E r n d e r e c h t.

1062.

E r k l ä r u n g.

Der Innbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, welche die Einheimſung der Feldfrüchte betreffen, heiſt das Ernderecht 1).

1) *Ab. Fritſch* tract. de meſſe, vom Erndterecht. Ien. 1674.

1063.

Rechtliche Bedeutung der Ernde.

Im eigentlichen Verſtande bedeutet die Ernde die Einheimſung des Getreides und der Hülſenfrüchte; der Herbſt und die Weinleſe die Einſammlung des Obſtes, der Gartengewächſe und des Weines; und der Heuet und Oehmed die Einerndung des Heues und Grummets. Im rechtlichen Verſtande aber begreift man die allgemeine Einheimſung aller Gattungen von Feldfrüchten unter dem Worte Ernde.

1064.

Nothwendige Ableiſtung der Erndefrohnen.

Wenn zur Erndezeit die Bauern mit ihrer Herrſchaft über die Dienſtleiſtung in Streit gerathen, ſo müſſen ſie die Erndefrohnen doch mit Vorbehalt ihres Rechts leiſten 1).

1) Kurſächſ. Konſtit. tit. Juſtizſachen, rubr. von Irrungen zur Saat- Heu- und Erndezeit. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. C. 7. §. 2.

1065.

Verboth des allzufrühen Schneidens und Beſtimmung der Erndezeit.

Da durch das frühe und unzeitige Schneiden und Leſen ſowol den Herrſchaften und den Unterthanen, als auch dem gemeinen Weſen Schaden zugefügt wird, ſo darf daſſelbe im Reiche nicht eher geſchehen, bis die Felder durch die Verordneten beſichtiget, für zeitig erkennt, und darauf zu ſchneiden und zu leſen von den Gerichten förmlich zugelaſſen worden iſt 1).

1) Hortleder von den Urſachen des teutſchen Kriegs, B. I. c. 1. S. 21. n. 205. Wirtemb. L. O. tit. 22. S. 45. Wirt. Zehend- u. Erndte O. c. 12. S. 26. Herbſt O. Art. 1. 2. Baier. Lr. tit. 28. art. 9. Vergl. *Myler* in Metrolog. c. 20. §. 13. ſeqq.

1066.

Verweiſung aufs Zehendrecht.

Was die Beamten zur Ernd- und Herbſtzeit wegen Einziehung oder Verleihung der Zehenden zu beobachten haben, wird ausführlich im Zehendrechte vorgetragen werden.

1067.

Kelterrecht.

In Anſehung der Keltern, die entweder der Herrſchaft, oder den Kommunen, oder den Privatleuten ge-

hören, iſt zu bemerken, daß man entweder die Freiheit hat, in welche Kelter man will, zu gehen, oder aber in einer gewiſſen Kelter die Nachfahrt zu beobachten ſchuldig iſt. Denn häufig gibt es Zwangs-Keltern, die ihre Bannweinberge beſizen 1). Wer dergleichen Keltern abfährt, ſoll nicht nur den gebührenden Kelterwein, und den Lohn für die Kelterknechte abtragen, ſondern verfällt auch in 10. Gulden Strafe. Dahingegen darf doch niemand, der auch in keine Kelter gebannt iſt, ſeinen Wein und Tröſter außerhalb der ordentlichen Kelter in Trögen oder Trotten, da er nicht Kelter- oder Trottenrecht hat, drucken, oder deyen 2).

1) Wirtemb. Herbſtord. art. 14. p. 9.

2) ibid. art. 15.

1068.

Aehrenleſen.

Endlich iſt noch den armen Leuten nach der Ernde, wenn ſowol der Eigenthümer, als der Zehendherr ihre Sachen abgeführet haben, das Aehren, oder Aehrenleſen, das ſich aus dem Moſaiſchen Rechte 1) herleitet, geſtattet, und zu ihrem Vortheil verordnet, daß die Hirten mit dem Vieh nicht auf die Felder fahren ſollen, bevor die armen Leute nach Nothdurft geähret haben. Hingegen ſollen die, ſo arbeiten können, ſich des Aehrens enthalten, und daher alle, die ſich deſſen theilhaftig machen wollen, auf einen gewiſſen Tag ſich auf dem Rathhauſe vor der Obrigkeit anmelden,

den, und um Erlaubnis anſuchen. Bey der Weinleſe heißt dieſes Recht das Afterbergen 2).

1) 3 Moſ. 19, 9. 10. *Leiſer* Jus Georg. L. 3. c. 6.

2) Wirtemb. Zehend = und Erndeord. C. V. §. 1. 3. 4. Heß. Kaßel. ern. Zehendord. §. 9. S. 8. Baier. L. O. tit. 18. art. 5. Klingner Samml. zum Dorf u. Baurenrecht, Th. 2. S. 53. Ah. Fritſch von den Aehrenleſern. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. 4. c. 7. §. 7. S. 594. ff.

1069.

Ernd = und Herbſtferien.

Zu deſto beſſerer Abwartung der Feldgeſchäfte ſind ſowol im Römiſchen 1) als im Teutſchen Rechte 2) die Ernd = und Herbſtferien eingeführt, die verſchiedentlich, als z. B. vom 8. Heumonate anfangen, und bis zum 14. Auguſt fortdauren 3). Binnen der Zeit ſoll der Landmann, ausgenommen in gewiſſen Fällen und Angelegenheiten 4), von aller Vorladung und vom gerichtlichen Verfahren verſchont werden 5).

1) Wirtemb. Herbſtord. Art. 7.

2) L. 1. Cod. de agricol. et cenſit. L. 1. D. de feriis et dilat.

3) Wirt. Lr. P. I. tit. 22. §. vlt. *Choppin.* de privil. Ruſt. L. II. c. 7.

4) Von Rohr §. 12. S. 600. c. 2. §. 13. S. 540.

5) oben B. I. §. 1316.

1070.

Unerlaubte Stöhrung der Erndearbeit.

Zur Erndezeit dürfen keine Hülfsvollſtreckungen geſchehen, noch die Landleute mit ſtarken Dienſtleiſtungen beſchwehrt, noch ihnen im Nothfalle verwehrt werden, ihre Feldfrüchte an Sonn- und Feyertagen einzufahren 1).

1) *Io. Ge. El. Sax.* Reſolut. Grav. de 1603. 1609.

VII. Glied.

Ackerrecht.

1071.

Art und Weiſe der Anblühmung.

Die Aecker werden bald alle Jahre, bald nach Pflugrecht, und bald als Lehden und Egarten in 6, 10. oder 20. Jahren angeblühmt 1).

1) *Oetinger* de jure et contr. limit. L. I. c. 10. §. 3. 4. 5. 6.

1072.

Pflugrecht.

Wo es einmal hergebracht iſt, daß nach Pflugrecht gebaut, und Länder und Felder gehalten werden, da muß ein Theil der Feldflure zur Brache liegen bleiben, und darf ohne Bewilligung der Obrigkeit oder des Zehend- und Waidherrns nicht mit Sommerfrüchten 1) oder allzuviel kleinen Zehendfrüchten 2) beſtellet, oder allzufrühe umgeackert werden 3). Ebenſowenig kan im Gegentheil die Guts- oder Zehendherrſchaft

ihre

ihre Unterthanen nöthigen, Brachfelder zum Vortheile ihrer Huthgerechtigkeit zu halten 4). Aber aus Feldpolizeygründen kan es wol geſchehen 5).

1) Eſtor Th. I. §. 1691. Th. III. §. 1707. C. Jur. Sax. p. 218.

2) Bad. Reſcript vom 24. Oct. 1716. Wirtemb. Generalreſcr. vom 17. Jul. 1691. 15. Febr. 1736. 4. Jun. 1737. 10. Jun. 17. u. 16. Jul. 1746. und 25. Jun. 1774. *Oertinger* Jura quaed. Solani eſcul. der Grundbieren, p. 31. 32. 47. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XII. S. 51.

3) Klingerer Samml. zum Dorf- u. Baurenr. Th. II. S. 54. 360. 455. 633.

4) Ebenderſ. Th. I. c. 22. §. 210.

5) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 10.

1073.
Bewahrung der Ackergrenzen.

Der Rein oder das alte Angewende 1) muß zwar unverrückt erhalten 2), aber ein Neues darf nicht angemaßt werden. Auf die Abpflügung des andern Ackers ſind ſtarke Strafen geſezt 3). Dahingegen müſſen die Aecker reine abgehüthet werden, indem es und beſonders die Schafhüthung ſehr vortheilhaft iſt 4).

1) *Pet. Müller* Diſſ. de Interſtitio praediorum.

2) Klingner a. a. O. Th. I. c. 23. §. 275. Th. II. S. 213. 248. 257. 839. *Oetinger* c. 14. n. 7. Gabke Baurenrecht, §. 268.

 3)

3) Gotha. L. O. P. II. c. 3. tit. 25. S. 186. Altenb. L. O. P. II. tit. 3. §. 35. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 6. §. 8. S. 20. *Kreß* de priv. agricult. Sect. II. §. 14. p. 34. Klingner Th. I. S. 247. 256. 494. 585. 683.

4) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 120.

1074.
Eintheilung der Aecker.

Die Aecker theilen ſich in Bau- und Novaläcker. Die Lezteren ſind entweder frey oder eingeſchränkt, als bey Haubergen, Mähefeldern und andern, die nach einigen Jahren wieder zu Holzwachs, oder zur Weide müſſen liegen gelaſſen werden 1). Im Preußiſchen theilt man ſie in Ritter- und ſteuerbare Hufen und Stadtäcker 2).

1) Von Rohr Haushaltungsrecht, B. IV. c. 5. §. 1.

2) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 231.

1075.
Erhaltung im baubaren Stande.

Jeder wüſte Feldacker 1) kan von dem Eigenthümer, jedoch im Preußiſchen mit Vorwiſſen der Obrigkeit 2), wieder umgebrochen und urbar gemacht werden 3). Sehr oft iſt aber das Eigenthum derſelben ungewiß, oder es durch die Verwachſung 4) und Verlaſſung für den Privatmann verloren gegangen 5). Damit aber dadurch die Umreißung der Lehden nicht gehindert werde, ſo iſt in der Mark Brandenburg polizeymäßig verordnet, daß eine jede Lehde, ſo weit man

ſie an den Mittelrücken und Fahren zu erkennen vermöchte, für Hufſchlag geachtet ſeyn ſolte, und der Bauer denſelben verfolgen, das Holz und das Uebrige auf vorherige Anzeige räumen, zum Theil ſich zueignen, und das Gut ausroden dürfte 6). Ueberhaupt hat er alle verwachſene Aecker zu räumen 7), und kan ſie (jedoch mit vieler Behutſamkeit) im Nothfalle abbrennen 8).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de agris deſertis, von wüſten Hufen.

2) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 377.

3) Von Rohr a. a. O. §. 2. S. 580.

4) Sprüchw. Wenn der Buſch dem Reuter an die Sporne geht, ſo hat der Unterthan ſein Recht verloren, bey Eſtor Th. I. §. 2469.

5) *Io. Gottfr. Krauſe* Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa praedia deſerta. Lipſ. 1724.

6) Kurmärk. Holz⸗ Maſt⸗ und Jagdord. von 1720. tit. 15. *Schepliz* in Conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 19.

7) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 335.

8) ibid. T. IV. Abth. 1. p. 704. T. V. Abth. 1. p. 141. Cont. II. p. 194.

1076.
Novaläcker.

Die Novaläcker 1) müſſen von Zeit zu Zeit durch die Lehenserneurung empfangen werden. Man vermuthet ſie als ordentliches Pacht⸗ und Zinsgut und mitnichten Laß⸗ und Dienſtgut 2).

 1)

1) *M. Tob. Neubronner* Diſſ. de Novalibus. Arg. 1654. *Henr. Balth. Roth* de agris noualibus. Arg. 1687.

2) Von Rohr §. 4. S. 581.

1077.

Pachtung zu Pflugrecht.

Ein Pächter, der den Acker auf Pflugrecht gepachtet hat, behält ihn bey einer ſtillſchweigenden Erneurung 3. Jahre, und nicht, wie bey den Römern, nur ein Jahr 1).

1) Eſtor Th. I. §. 1710.

1078.

Schonung der beſamten Aecker.

Ueber beſamte Aecker verbietet das Polizeyrecht bey hoher Strafe alles Fahren, Reuten, Hezen, Vieh treiben, Umwenden 1). Sogar wird fremden Perſonen nicht einmal das Diſtelausſtechen, Krauten, Krappen und Jäten darauf erlaubt 2).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 6. §. 8. 1. 6. S. 109. 113.

2) Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 27. S. 189.

1079.

Andere Polizeyverordnungen.

Im Preußiſchen dürfen die Forſtbedienten von den Bauern keine Aecker kaufen 1). Dieſe müſſen beſonders fleißig von den Steinen gereiniget werden 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 700.

2) ibid. Cont. I. p. 21.

1080.

Vergütung der Baukoſten.

Obſchon ein redlicher Beſizer eines Ackers durch die Kriegsbefeſtigung in den Fall kömmt, daß er bey einem widrigen Urthelsſpruche alle ſeit dieſem Zeitpunkte genuzte Früchte erſtatten muß, und ſein Beſizſtand als unredlich in Rechten betrachtet wird, ſo werden ihm doch nichts deſtoweniger die Baukoſten und die Ausſaat vergütet 1).

1) Neue Kurſächſ. Entſcheid. von 1746. n. 12. *Ev. Otto* in Comment. ad Inſtit. L. II. tit. 1. §. 35. *Stryk* in vſu Mod. Dig. L. VI. tit. 1. §. 12. *Heineccius* El. Jur. Germ. L. II. tit. 3. §. 95. p. 441. *Mencken* Syſt. Jur. Civ. p. 128. Eſtor Th. III. §. 1880.

1081.

Vorſorge der Ackerbeſtellung.

Diejenigen Bauren, die bald gar kein Vieh zu haben berechtiget, bald nur kein Zugvieh halten können, müſſen ihre Aecker durch andere Bauren beſtellen laſſen, worüber Verfügungen in den Dorf- und Feldordnungen enthalten ſind, oder von Zeit zu Zeit von der Dorfsobrigkeit beſonders auf Vogtgerichtstagen und Dreydingen gemacht werden, oder die Sache richtet ſich nach des Ortes Gewohnheit, jedoch mit einiger Begünſtigung des wehrloſen Landmanns 1).

1) Klingner Samml. zum Dorf- u. Landr. Th. II. c. 3. §. 10. 11. 12.

VIII. Glied.

Weingartrecht.

1082.

Literatur.

Ge. Ad. Struve Diſſ. de jure vinearum. Ien. 1670.

Io. And. Frommann Diſſ. de jure vinearum. Tub. 1680.

Io. Strauch Diſſ. de jure vitarum.

1083.

Geſezliche Quellen.

Dergleichen ſind vorzüglich die Wirtembergiſche Herbſtordnung 1), Kurfürſt Joachim Friedr. von Brandenburg Weinmeiſterordnung von 1604. 2), Brandenburgiſche Weingebirgsordnung von 1617. Kurſächſiſche Weinbergsordnung von 1588. 3), Oeſtereichiſche Weingartenordnung 4), Nürnbergiſche verneuerte Weinmarktsordnung von 1597. und Tyroliſche Landsordnung 5).

1) Vergl. Wirt. L. O. tit. 21.

2) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 181.

3) im allgemeinen Haushaltungslexikon, Th. 3. S. 689. ff.

4) in Cod. Auſtr. 5) S. 72.

1084.

Verbothene Anlegung neuer Weingärten.

In den Gegenden, wo lauter ſchlechter Wein wächſt, dürfen ohne beſondere Vergünſtigung der Lan=

Landesherrſchaft keine neue Weinberge angelegt werden 1). In der Mark empfangen dahingegen diejenigen, die neue Weinberge angelegt haben, landesherrliche Geſchenke 2).

1) Wirtemb. Generalreſcr. vom 23. Sept. 1751.

2) C. C. March. T. IV, Abth. 3. p. 147. 461.

1085.
Verbothene Kulturveränderung der Weinberge.

Die vorhandenen Weinberge müſſen von den Unterthanen im Baue erhalten, und ſollen ebenſowenig in Aecker, Wieſen, Vorlehen und Gärten verwandelt 1), als dieſe in der Bauart verändert werden, wovon aber doch eine Ausnahme ſtatt findet 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 3. p. 147. Von Rohr Haushaltungsrecht S. 524. 570. 775. 1346.

2) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Th. I. Abſch. 57. S. 487.

1086.
Erhaltung der Weinberge auf den Lehengütern.

Kein Vaſall oder Nuzeigenthümer darf die Weinberge auf dem Gute eingehen laſſen, oder der Nachfolger iſt berechtiget, ſie auf ſeine Koſten wieder herſtellen zu laſſen 1).

1) Eſtor Th. I. §. 1683.

1087.
Rechte der Weinpfähle und Weinſtöcke.

Die Weinpfähle achtet man für bewegliche Sachen, und erſtattet ihren Werth den Landerben. Niemand

mand darf die an der Landſtraße ſtehenden Weinſtöcke beſchädigen 1).

1) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 330.

1088.

Polizeyeinſchränkung des Weinbaus.

Nach verſchiedenen Polizeyverordnungen dürfen in die Weinberge keine Obſtbäume, kein Türkenkorn, Bohnen, Rüben, Kraut, Kürbiſſe, Melonen u. ſ. w. gepflanzt werden, weil dadurch den Weinſtöcken die Kraft entzogen wird 1). Davon ſind aber ausgenommen alle Gewächſe in den Vorlehen, die Bäume, die über 50. Jahr alt ſind 2), die an den Mauren und Wänden befindliche Melonen und Kürbiſſe, ferner die an der Seite gepflanzten Bohnenſtöcke 3). In der Mark iſt den Eigenthümern jeder Gebrauch der Weinberge freygegeben worden 4).

1) Wirtemb. Generalreſcr. vom 27. Sept. 1718. 28. Auguſt 1725. 15. Sept. 1736. in Hochſtetters Extrakt, Th. I. S 180.

2) Wirt. Reſcr. vom 20. Sept. 1750.

3) Wirt. Gen. Reſcr. vom 1. Oct. 1744.

4) C. C. March. T. IV. Abth. 3. p. 461.

1089.

Fortſezung.

Man hat die Weingärten nicht zu dichte mit Weinſtöcken zu beſezen, die unedle und ſchlechte Sorten, beſonders die Puzſcheeren, Rothwelſchen, Ravel=

velbeenen und Färber 1), auszuhauen, und an ihrer Stelle müſſen gute Weine gepflanzt werden 2).

1) Wirtemb. Generalreſcr. vom 15. Oct. 1777.

2) Dergl. vom 24. Jul. 1620. 11. Dez. 1622. 24. May 1663. 22. Sept. 1664. 23. Sept. 1751. 6. Oct. 1763.

IX. Glied.

Gartenrecht.

1090.

Literatur.

Ab. Fritſch Tract. jurid. de jure hortorum, conuenatione et compaſcuis, von Garten- und Zaunrecht, Koppel- uud Gnadenjagden, item Koppeltriften. Ien. 1670.

Frid. Schragius Diſſ. de jure hortenſi. Arg. 1697.

Ge. Tob. Geisler Diſſ. de jure hortenſi. Arg. 1698.

Io. Henr. Mollenbeccius de jure hortorum.

1091.

Eintheilung.

Nach ihrer Beſtimmung und Gebrauche werden die Gärten eingetheilt in I. Luſt- und Blumengärten, II. Obſt- Hopfen- und Grasgärten, und III. in Kohl- und Küchengärten.

1092.

Verſchiedenheit von andern Sachen.

Die Baumſchulen, Maulbeerpflanzungen, Thiergärten, Phaſanerien 1), Orangerien ſind von den Gärten

mehr oder weniger verſchieden, und habeu beſondere Rechte.

1) *Ern. Mart. Chladenius* Diſſ. de jure Phaſianorum eorumque banno. Vit. 1752.

1093.

Begrif.

Das Gartenrecht beſteht in der Befugnis einen Plaz zu umzäunen 1), oder mit Hecken einzufaſſen, und ihn mit Bäumen, Stauden und allerlei Pflanzen zu beſezen.

1) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 89. Krüniz ökon. Encyklop. Th. XVI. S. 347. Bergius Kameral- u. Pol. Magazin, Th. IV. S. 1.

1094.

Vorrecht gewiſſer Grundſtücke.

Nicht jedes Grundſtück und jeder Hofplaz darf zu Garten gemacht werden, ſondern nur gewiſſe Pläze, die dieſe Befugnis hergebracht, oder deshalb landesherrliche Vergünſtigung erhalten haben 1).

1) Naßau. Kazenelnb. L. O. P. II. c. 9. n. 17. S. 101. Hohenloh. Forſtord. tit. 2.

1095.

Grund davon.

Der Grund der Einſchränkung iſt theils die Jagd- und Weidgerechtigkeit, theils die nachtheilige Beſchattung der übrigen Feldgüter, oder die Erhaltung der Häuſerzahl 1). Wo alſo dieſe Urſachen, wie oft im Reiche

Reiche, wegfallen, da kan aus jedem Grundſtücke ein Garten gemacht werden.

1) *Leiſer* in Jur. Georg. L. III. c. 19. §. 15. *Klock* de aerario, L. II. c. 18. §. 3. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. 4. c. 3. §. 12. B. 5. c. 1. §. 9. Meurer vom Jagd- u. Forſtrecht, P. II. S. 46.

1096.

Uneingeſchränkte Anpflanzung der Gartengewächſe.

Obſchon die Umzäunung ſehr ſelten erlaubt iſt 1), ſo hindert dieſes doch nicht die Anpflanzung der Gartengewächſe, beſonders auf Wieſen, nicht aber auf den Aeckern, ausgenommen ſie lägen in der Brache 2), oder ihre Einheimſung ereignete ſich, wie bey den Erdbieren, allzuſpäte im Jahre 3).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de jure ſeptorum.

2) *Fritſch* de jur. hort. §. 26. p. 20.

3) *Dertinger* Jur. quaed. Solani eſcul. p. 53.

1097.

Art der Umzäunung.

Die Art der Einzäunung ſolte nach der Regel willkührlich ſeyn 1), mit Mauren, Planken, Zaunſtekken, Stacketen, Leimwänden, Hecken ꝛc. Allein das Polizeyrecht erfordert auf dem platten Lande, entweder, wie im Preußiſchen, Leimwände, oder lebendige Hekken 2).

1) *Harpprecht* Vol. VII. Conſ. 62. n. 8.

2)

2) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 20. §. 8. S. 47. C. C. March. I. II. 93. 109. 201. 235. V. II. 229. 337. 375. C. C. March. Nov. II. 295. VI. 1775. T. I. p. 533.

1098.

Abſtand von den Feldäckern.

An einem Plaze, der zum erſten Mahle zu einem Garten gemacht wird, muß der Zaun ſo weit von den benachbarten Feldgütern abſtehen, daß das Pflugrecht nicht gehindert wird 1). Geſchieht überhaupt durch das Ueberzäunen dem Nachbar Schaden, ſo iſt dieſer nicht nur zu erſezen, ſondern auch zu beſtrafen 2).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 6. §. 8. Eſtor Th. I. §. 1658.

2) Baier. L. O. tit. 26. art. 1. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 8. S. 114.

1099.

Gartenrecht.

Die Wirkung des Gartenrechts zeigt ſich hauptſächlich darinn, daß im Frühjahr und Herbſte kein fremdes Vieh darein getrieben werden darf, als welches auſſer den Weinbergen bey den übrigen Feldgütern geſchieht 1).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 8. S. 114. *Lindenſpür* in Comment. ad Ordinat. Wirtemberg. fol. 298. Von Rohr B. 5. c. 1. §. 4. *Fritſch* de jure hort. §. 15. *Krebs* de ligno et lap. P. II. cl. 6. Sect. 4. p. 108.

1100.
Beförderung des Gartenbaus.

Nach einigen Polizeyverordnungen ſind die Unterthanen zu einem fleißigen Gartenbaue anzuhalten, und frühzeitig ihre Kinder dazu anzuweiſen 1).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 13. §. 6. S. 34. Sächſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 25. Preuß. Edikt vom 7. Jun. 1765. §. 4. in C. C. March. Nov. T. III. p. 888. *Leiſer* Jus Georg. L. III. c. 7. n. 19. Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 29.

1101.
Erhaltung der Zäune.

Das Polizeyrecht iſt beſorgt, daß ſowol die Bann- und Wildzäune als auch die Gartenzäune in gehörigem Stande erhalten werden, damit der Landbau keinen Schaden nimmt 1).

1) Baier. L. O. tit. 25. art. 1. Gothaiſche L. O. P. II. c. 3. §. 10.

1102.
Unerlaubte Vermiethung der Gartenhäuſer.

Gartenhäuſer dürfen oft ohne Bewilligung der Obrigkeit andern nicht zur Wohnung eingeräumt werden 1).

1) Sächſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 27. Braunſchw. Lüneburg. L. O. P. III. c. 4. p. 725. *Leiſer* Jus Ge. L. III. c. 7. §. 34.

1103.

Gartenrecht der Windmühlen.

Die Windmüller behaupten auf dem Plaz bey ihrer Windmühle, ſoweit der Sterz gehet, Gartenrecht zu beſizen 1).

1) Klingners Samml. zum Dorf= und Baurenr. Th. 2. S. 77.

1104.

Einſchränkung des Hopfenbaus.

Obſchon der Hopfenbau auf alle Weiſe zu befördern 1), ſo dürfen doch an Orten, wo jemand das Waidrecht beſizt, keine Hopfengärten und Hopfenberge angelegt werden 2).

1) Baier. L. O. tit. 15. §. 2. Samml. Schleſ. Ordn. B. 6. S. 235. 806. Preuß. Reſcr. vom 1. Merz 1772. u. 5. Febr. 1776.

2) *Krebs* de ligno et lap. P. I. Cl. 2. Sect. 3. §. 20. n. 5. p. 57.

X. Glied.

Wieſenrecht.

1105.

Literatur.

Ahasv. Fritſch tract. de jure pratorum.

Em. Tentzel Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa prata.

Chr. Lud. Crell Diſſ. de fructibus pratorum ante tempus paſcnedi perceptis. Vit. 1754.

1105.

1106.

Gattungen von Wieſen.

Die Wieſen unterſcheiden ſich in ſolche, die Heurecht oder Gartenrecht haben. Das Leztere wird nicht immer aus der Einmachung und Umzäunung, ſondern daraus geſchloſſen, daß gar kein fremdes Vieh zur Waide darauf getrieben werden darf 1). Sie heißen zuweilen Hägewieſen, und werden in die Krippe abgemähet. Wieſen, die Heu und Grummet geben, nennt man Matten, und die nur eine Heuernde liefern, ein Mad; wenn ſie abwechſelnd zum Fruchtbau umgebrochen und wieder zu Grasboden liegen gelaſſen werden, ein Mäheſeld 2). Mit Weiden bepflanzt, heißen ſie ein Weidacht.

1) *Krebs* de ligno et lap. P. I. cl. 12 Sect. 5. §. 27.

2) *Oetinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 10. n. 9. ſeqq.

1107.

Heurecht.

Unter dem Heurecht iſt zugleich das Oehmdrecht verſtanden 1). Daher, ausgenommen bey Feldwieſen 2), nicht eher darauf gehüthet werden darf, als bis das Grummet eingeführt iſt 3), welches beſonders im Preußiſchen gilt, wo ſowol im Frühjahre überhaupt, als bey ſumpfigen Wieſen auch im Herbſt alles Weidrecht abgeſtellt worden 4). Dahingegen in andern Ländern zum Anfange und zum Ende der Hüthung ein gewiſſer Zeitpunkt beſtimmt iſt 5), die ihnen überhaupt eine ſehr nüzliche Bedüngung gibt 6).

1) Ausnahme bey Eſtor Th. 3. §. 1716.

2) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 130.

3) *Crell* de fruct. prat. p. 16.

4) Preuß Reſcript vom 19. Merz in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6787. Kurbraunſchw. L. O. P. III. c. 4. p. 373. Oecon for. T. I. Hſt. 1. §. 17.

5) Eſtor Th. 1 §. 1716. Von Rohr c. 1. §. 5. 6. *Oetinger* L. I. c. 11. n. 38. Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 130. Heß. Kaß. Verord. von 1735.

6) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 17.

1108.

Rechtswirkung der Umzäunung.

Wenn die Waidherrſchaft die Einzäunung einer einzelen Wieſe, als welche ſie eigenmächtig ſtöhren kan 1), duldet, ſo hat ſie ſich dadurch ſtillſchweigend ihrer Hüthungsgerechtigkeit begeben 2). Dafür iſt aber nicht die Umfaſſung einer ganzen Aue, eines kleinen Thals mit Stangen oder lebendigen Hecken zu halten 3).

1) *Struve* de vind. priv. C. VI. aph. 8. p. 57. *Leiſer* Jus Georg. p. 466.

2) *Leyſer* Specim. 110. Med. 1. p. 461

3) Von Rohr a. a. O. §. 7. S. 793. Schaumburg Einleit. zum Sächſ. Recht Th. 2. S. 305. Stiſſer Forſt- und Jagdhiſt. der Teutſchen S. 188. *Conradi* de jur. ſingul. §. 7. p. 9.

1109.

1109.

Rechte der Allmanden und Dorfanger.

Die Gemeinds = und Dorfanger 1), die Auen in Schleſien und die Allmandpläze im Reiche ſind ſolche öffentliche Graspläze, die theils als Waiden, theils als Wieſen genuzt werden. Vermög des Schleſiſchen Auerechts gehören ſie dort der Gutsherrſchaft 2), ſonſt den Dorfgemeinden 3).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 1.

2) Schleſ. L. O. P. II. art. 13. *Schifferdegher* L. III. ad *Fabri* Cod. tr. 29. fol. 429. *Schottel* in ſingul. et ant. Germ. jur. c. 13.

3) *Strube* de jur. Vill. c. III. §. 10. p. 81.

1110.

Wieſenpolizeyrecht.

Auf die Uebermähung folgt bald eine Schadensersezung, bald die Strafe des Diebſtahls 1). Vom Wäſſerungsrechte der Wieſen unten beym Wäſſerrechte. Gleichwie die Aecker, ſo dürfen auch die Wieſen zu geſchloſſenen Zeiten nicht befahren, beritten und darüber gegangen werden 2).

1) Sächſ. Lr. B. II. Art. 38. Baier. Lr tit. 27. art. 1. 2. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 239. Von Rohr B. VI. c. 1. §. 10.

2) Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 10. Baier. Lr. tit. 27. art. 3. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 1090. 1091. 1097. 1098.

1111.
Eigenes Wieſenrecht.

Man zehlt in Rechten den Wieswachs unter die gewiſſen natürlichen Nuzungen. Diß hat die Wirkung, daß beym antichretiſchen Vertrage der Ueberſchuß über die Zinſe vom Hauptgute abgezogen wird 1).

1) Von Rohr B. VI. c. I. §. 4.

1112.
Fortſezung.

Nach der Regel ſollen die Bauren ihre Wieſen nicht verwachſen laſſen 1). Das darauf befindliche Holz können ſie ſich zueignen, und mitnichten ihre Pächter 2). In gewiſſen Fällen dürfen ſie bey deren Räumung daſſelbe abbrennen 3), und die Räumung wird bey der Auslöſung der Lehensverbeſſerungen vergütet 4).

1) C. C. March. Cont. I. p. 20.

2) *Berger* in Oecon. jur.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 569. 641. 657. 704. 755. Cont. II. p. 194.

4) C. C. March. Tom. II. Abth. I. p. 101.

XI. Glied.
Waidrecht.

1113.
Literatur.

Henr. Hahn de jure paſcendi in paſcuis propriis domino; in communibus vniuerſitatis ciuibus et incolis; in

in alienis jure compaſcui aut ſeruitutis competente, nec non de aliis ad paſcua, pecora, paſtores et ſimilia pertinentibus. Helmſt. 1654.

Goth. Barth Diſſ. de jure paſcendi. Lipſ. 1693.

Io. Chr. Schuz tract. de jure paſcendi publico et priuato ad Germaniae praxin adcommodatus. Francof. 1732.

Ab. Fritſch de compaſcuis in tr. de jure hort. Ien. 1670.

And. Flor. Rivinus Diſſ. de aequali jure dominantis et ſeruientis praedii, ſi paſcua non ſufficiant. Lipſ. 1738.

De jure paſcendi, inprimis de jure ouium tract. ſel. annexis Conſiliis, Reſolut. et Deciſionibus. Cell. 1704.

1114.

Anfang, Ende und Abtheilung der Waiden.

Bey Frühlingsweiden iſt auf beſchloſſenen Feldern das Ende in landesherrlichen Geſezen genau beſtimmt und ebenſo der Anfang bey den Herbſtwaiden 1) landwirthſchaftlich theilt man die Hüthungen ein in Stoppelwaiden, Bruch- oder Allmandwaiden und Waldhüthungen 2).

1) Wirtemb. Gen. Reſcr. vom 2. Merz 1747.

2) Oecon. for. T. I. Hauptſt. I. S. 150.

1115.

Polizeyvorſicht beym Gebrauche.

Schäfer dürfen nicht eher ausfahren, bis die Sonne den Thau aufgeleckt hat. Es geſchieht dieſes

auch bey anderm Vieh. Die Einfarth des Abends muß eine Stunde nach Sonnenuntergang erfolgen 1).

1) Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 14.

1116.

Viehtrieb und Weidgang.

Man muß Viehtrieb, und Weidgang, oder Trift und Tratt von einander unterſcheiden 1). Erſteres beſteht bloß in dem Rechte ſein Vieh durch ein gewiſſes Feld zu treiben, und lezteres in der Befugnis durch ſeine Hausthiere das Gras auf gewiſſen Feldern und Gegenden abfrezen zu laſſen. Die Vereinigung von beiderlei Gerechtſamen heiſt Wonne und Weide, wiewol ſie oft auch ſchon unter einem jener Ausdrücke allein durch das Herkommen begriffen werden. Die Hüthung, oder die Weide ſchließt die Erſtere nothwendig in ſich, aber nicht immer über jedes Gut, das dem Weideplaz am nächſten liegt 2).

1) *Oetinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 11. n. 13. 14. *Boehmer* T. II. P. I. conſ. 437. n. 4. conſ. 686. n. 13. Tom. III. P. III. conſ. 540. n. 36. ſeqq. conſ. 582. n. 9. conſ. 633. n. 15. P. I. conſ. 185. n. 18.

2) Rechtl. Bedenken des Schöppenſtuhls zu Wittenberg von 1698. bey Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 3. §. 29.

1117.

Viehtränke.

Man hält auch die Tränke mit der Weidgangsgerechtigkeit verknüpft 1). Allein dieſes gilt ebenfalls nicht

nicht bey mehreren in der Nachbarſchaft befindlichen Quellen, Bächen und Ströhmen, ſondern nur dann, wenn dieſe ſich auf dem Weideplaz befinden.

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 371. *Leiſer* in Jure Georg. L. III. c. 10. n. 69. p. 473.

1118.
Privatwaide.

Die Waide iſt eine Benuzung der Grundſtücke. Jeder Eigenthümer iſt zum ausſchließenden Genuſſe ſeines Guts berechtiget. Folglich kan jedermann ſeine Grundſtücke ſelbſt abweiden.

1119.
Oeffentliche Waide.

Allein dieſe Benuzung hat jedoch die Beſchaffenheit, daß ſie nur auf großen Feldern von Beträchtlichkeit iſt. Da nun auf wolkultivirten Dörfern und Oertern die Güter in kleine Portionen vertheilt ſind, oder der gemeinſchaftliche Waideplaz nicht füglich der Abſicht gemäß unter die Gemeindsleute vertheilt werden kan, ſo kan ſie daher nicht wol von den einzelen Beſizern ausgeübt werden, ſondern die ganze Einwohnerſchaft genießt ſie gemeinſchaftlich, welches die Gemeindswaide heiſt. Sie iſt dergeſtalt das Samteigenthum der Gemeinde, daß der einzele Gutseigenthümer nicht einmal eine Vorhuth darauf ausüben, oder ſeine Brachfelder zu ihrem Nachtheile anblühmen darf 1).

1) Wirt. L. O. tit 82. §. 6. Generalreſcript vom 2. Oct. 1747. Schlettwein Abhandl. von den Gemeinweiden im Hannöv. Mag. von 1764. St. 43. 44. 45. 46.

1120.

Verordnungen über die Gemeindswaiden.

Die Gemeindswaiden, die im Reiche und beſonders in Wirtemberg die gemeinſte Gattung ſind, müſſen gehörig begrenzt, verſteint, und in eigenen Büchern ausführlich mit Bemerkung ihrer Erträglichkeit an Rinder- und Schafwaide, desgleichen bey wem und auf welche Art dabey ſich eine Zufarth findet, beſchrieben ſeyn. Dieſe Waidbücher werden von beſondern Landzahlmeiſtern mit Zuziehung der Kommunvorſteher durchgangen, und von Zeit zu Zeit die Anzahl des Waidviehes, ſowol im Ganzen nach ſeinen Gattungen, als im einzelen Betrage auf jeden Einwohner, jedoch ohne alle willkührliche Schmälerung 1), beſtimmt 2), und andere Landwirthſchaftsregeln dabey beobachtet 3).

1) Wirtemb. Erbvergl. Cl. IV. §. 14. S. 74.

2) Wirtemb. L. O. tit. 82. §. 4. S. 168. Kommunord. K. III. Abſch. 5. §. 1. Wirtenb. Gen. Reſcript vom 8 Merz 1740. u. 7. Nov. 1733. Preuß. Flecken- Dorf- und Ackerord. v. 16. Dez. 1702. §. 43. C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 240. *Schepliz* Conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 20. n. 5. Baier. L. O. L. III. tit. 14. art. 2.

3) Oecon. for. T. I. Hſt. I. §. 88.

1121.
Eingeſchränkter Gebrauch.

Wer mehr Vieh auf die Gemeindswaide treiben will, als ihm zukömmt, muß obrigkeitliche Erlaubnis auswirken, und bezahlt dafür einen Kuhzins, Waidzins 1). Wer nicht ſelbſt mit ſo viel eigenem Viehe verſehen iſt, als ihm zu halten gebührt, kan ſein gepachtetes Vieh auf die Waide treiben. An andern Orten darf er nur ſo viel Vieh zur Waide ſchicken, als er mit ſeinem gewonnenen Futter zu unterhalten vermag 2), wovon unten §. 1129.

1) Baier. L. O. L. III. tit. 15. Klingner Samml. zum Dorf- und Baurenr. Th. I. S. 25. 80. 141. 426. 640.

2) Oecon. for. T. II. Hſt. 3. §. 143.

1122.
Verſchiedenheit der Gemeindswaide von der gemeinſchaftlichen Hüthung.

Von der Gemeindswaide iſt die gemeinſchaftliche Hüthung ſehr verſchieden, welche aus dem gemeinſchaftlichen Beſize des Guts oder der Waidgerechtigkeit entſpringt. Sie zeigt ſich auch, wenn ein anderer das Eigenthum des Guts und ein anderer die Waidgerechtigkeit beſizt.

1123.
Koppelwaide.

Die Koppelwaide iſt eine wechſelſeitige Waidgerechtigkeit auf untermiſchten Gütern 1).

1) *Fritſch* de jur. compaſc. §. 5. p. 67. *Wernher* P. IV. obſ. 356. *Leyſer* Specim. 108. Med. 1. Deneken Dorf- und Landr. Th. III. S. 199. Eſtor Th. III. Wilken von Abſchaffung der Koppelhuth, oder gemeinſchaftlichen Nuzung der Grundſtücke. Leipzig 1767.

1124.

Eigene Huth, Zutrieb.

Das Waidrecht iſt entweder eine Wirkung des Eigenthums, oder eine auf fremdem Eigenthum erworbene Gerechtigkeit. In jenem Falle heiſt es eine eigene Huth, und in dieſem iſt es in Rückſicht des Guts eine Felddienſtbarkeit, und auf den Fall es einer ganzen Gemeinde auf fremder Markung, oder in den Herrſchaftswaldungen zukömmt, wird es der Zutrieb genennt 1).

1) *Oetinger* n. 18. Vergl. C. C. March. T. V. Abth. III. p 288. 321. 251. Wirtemb. Erbvergl. Cl. V. §. 14. p. 85.

1125.

Weitere Abtheilung.

Nachdem das Waidrecht zu allen oder nur zu gewiſſen Zeiten, mit allen oder nur mit gewiſſen, oder gar nur mit einer beſtimmten Anzahl Hausthiere ausgeübt werden kan, einem erblich, oder bloß für ſeine Perſon, oder wegen ſeinem Amte, oder wegen ſeinen Gütern zukömmt, ſo theilt es ſich in die beſchränkte und unbeſchränkte, erlaubte und unerlaubte, perſönliche, dingliche und Erbtriſtgerechtigkeit.

1126.
Vorhuth, Nachhuth.

Eine andere Abtheilung entſpringt aus der Waideordnung in Vorhuth und Nachhuth 1), die ſich aber oft auch auf die Beſchaffenheit des abweidenden Viehes beziehet. Z. B. das Rindvieh vor den Schafen 2), dieſe vor den Schweinen, Ziegen und Gänſen. Ja dieſe Gattungen dürfen oft gar nicht auf die ordentlichen Weiden, ſondern nur auf die gemeine Waſen, wilden Egarten und Allmandgeſträuche getrieben werden 3).

1) Klingner Samml. zum Dorf- und Baurenrecht Th. II. S. 74. 75. 559. 610. 771. 879. 1023. Eſtor Th. I. §. 1184.

2) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 161. 251. 288. Wirt. Komm. O. Abſch. 5. c. 3. Hohenloh. Lr. tit. 19. §. 2. S. 115. Naß. Kazenelnb. Pol. Ord. v. 1615. P. II. c. 5.

3) Wirtemb. Generalreſcr. vom 7. Nov. 1733. Vergl. unten §. .

1127.
Waidpolizeyrecht.

Der Landesherrſchaft gebührt, obgleich ſie nicht Waidherrſchaft iſt, dennoch das Waidpolizeyrecht 1), aber nicht immer die Waidgerichtsbarkeit, womit ebenfalls Waidpolizeyrecht verknüpſt iſt.

1) Stiſſer von der Landwirthſchaft der Teutſchen C. VII. §. 4. S. 255. Eſtor Th. I. §. 2063. 2066.

1128.
Erhaltung der Waidepläze.

Mit den Waidepläzen darf ohne Bewilligung der Waideinnhaber keine Veränderung vorgehen, noch deren wirklicher Geuuß durch allerlei Einrichtungen verhindert 1), aber im Gegentheil dieſelbe von der Waideherrſchaft auch nicht überſchlagen werden 2).

1) *Koeppen* Deciſ. 15. n. 13. *Oetinger* n. 47. Klingner Th. II. C. I. §. 18. Von Rohr §. 17. 18. Eſtor Th. III. §. 2068. Gabke §. 477.

Io. Ge. Kobe de paſcuis ad culturam non redigendis. Alt. 1774.

2) Wirtemb. L. O. tit. 82. §. 4. ff.

1129.
Theilnehmung an den Gemeindswaiden.

An den Gemeindswaiden nehmen nicht nur alle Gemeindsleute Antheil, ſondern oft auch die Häusler, Taglöhner, Treſchgärtner, die Gerichts- und Vogtherrſchaft, der Dorfbeamte, Pfarrer und der Küſter 1), desgleichen alle, die mit eigen gewonnenem Futter ihr Vieh überwintern können 2).

1) Deneke Dorf- und Landr. Th. III. C. 1. §. 7.

2) Preuß. Geſezb. Abth. II. tit. 2. Abſch. 2. §. 23. Wirtemb. Fleiſch- und Mezgerord. v. 1567. S. 7. Heß. Kaß. Grebenord. §. 4. S. 96. Erleuter. des Huthedikts von 1735. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 21.

1130.
Grund davon.

Allein bey jenen iſt es bloß herkommliche Vergünſtigung. Dahingegen es bey dieſen auf dem Güterbeſize beruht. Daher ſich bey ihnen die Anzahl Waidvieh nach der Größe der Güter und der Theilnehmung an den Gemeindslaſten richtet 1), als weswegen oft die Steuerbücher zu Rath gezogen, jedoch zuweilen die Güterbeſizer ausgeſchloſſen werden, die nicht auf der Markung wohnhaft ſind 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 240. Baier. L. O. tit. 14. art. 2. *Schepliz* ad conſtit. March. Brand. P. IV. tit. 20. n. 5. *Oetinger* n. 28. 29. 30. Von Rohr §. 5. 6. 7.

2) Wirtemb. Generalreſcr. von 7. Nov. 1733.

1131.
Herrſchaftliches Waidrecht.

Jede Guts-Vogt- und Gerichtsherrſchaft iſt zwar, weil urſprünglich die bäuerlichen Güter ihr Eigenthum geweſen ſind, berechtiget, ihr Vieh auf die Gemeindsweide zu treiben 1), oder auf den Fall ſie mit der Schäferey oder Waidgerechtigkeit beliehen iſt, ſich ſogar dabey ein ausſchließendes Vorrecht anzumaßen 2), jedoch darf ſie die Waide mit einer allzugroßen Anzahl nicht überſchlagen, ſondern hat im erſten Falle ſich keine größere Rechte zuzueignen, als ein jeder anderer Gemeindsmann beſizt, oder die Größe ihrer Güter mit ſich bringt 3).

1) Oecon. for. T. II. Hſt. 3. §. 217.

2) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 101.

3) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 167. Wirtemb. L. O. im Anh. Nov. Conſt. §. 8. *Lindenſpür* ad Ord. Pol. Wirt. p. 268. n. 6. Von Rohr §. 23. S. 812. *Oettinger* cit. l. n. 46.

1132.

Kolliſionsfall bey der Waiddienſtbarkeit.

Obſchon man das Waidrecht auf ſeinem Gute als Dienſtbarkeit einem andern überlaſſen hat, ſo darf man doch ſein eigenes Vieh ebenfalls darauf hüthen 1), und auf den Fall die Waide erweislicher Maßen 2) für beide Theile nicht zureicht, ſo kömmt es darauf an, ob ſie dem Dienſtherrn nur auf eine gewiſſe Anzahl oder Gattung Viehs zugeſtanden worden iſt, oder nicht. Hier wird einem jeden eine gleiche Anzahl beſtimmt und angewieſen 3), ausgenommen ſie wäre auf Seiten des Gutsbeſizers geringer, als ſeine Ackerwirthſchaft nothwendig erfordert, da muß ihm jener ſchlechterdings weichen 4). Dahingegen iſt er in dem erſten Falle dem Dienſtherrn nachzuſtehen ſchuldig.

1) *Oetinger* c. 11. n. 21. p. 188. 197.

2) *Harpprecht* Vol. VII. Conſ. 65. n. 117. 142. Conſ. 68. n. 32.

3) *Rivin.* cit. Diſſ. de æqu. jure præd. ſerv. et dom.

4) *Berlich.* P. II. concl. 49. n. 8. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XLIX. S. 108. *Harpprecht* Vol. VII. conſ. 65. n. 118. conſ. 68. n. 32.

1133.

Fortſezung.

Ungefehr ebenſo wird es mit dem Zutriebe einer Dorfgemeinde auf fremder Markung gehalten. Nur mit dem Unterſcheide, daß die dienſtbare Gemeinde, bey ſich zeigender Unzulänglichkeit und nachtheiliger Verminderung ihres eigenen Viehſtands, der andern, die ſonſt noch mit zureichender Waide verſehen iſt, die Ausübung der Dienſtbarkeit verwehren kan 1).

1) *Oetinger* cit. l. n. 19. p. 187. 197.

1134.

Weiteres Auskunftsmittel.

Bey gemeinſchaftlichen Waiden und Mithuthen wird in Fällen, wo die Waide nicht zureicht, oder auch aus landwirthſchaftlichen Gründen 1), der Plaz vertheilt, oder die Anzahl Vieh auf jeder Seite beſtimmt, oder eine Abwechslung in der Hüthung eingeführt 2).

1) Oecon. for. T. I. Hſt. I. S. 18. T. II. Hſt. 3. S. 17.

2) Wirtemb. Kommunord. C. 3. Abſch. 5. § 1. 2. 3. 4. *Fritſch* de jure compaſcui §. 23. *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 19. n. 31. p. 143. *Harpprecht* Vol. VII. Conſ. 7. p. 65. n. 262. ſeqq. Eſtor Th. III. §. 2054. Oecon. for. T. II. Hſt. 3. §. 165. 166. 169. 146. T I. Hſt. 2. §. 178.

1135.

Erlaubte Kulturveränderung der Waidepläze.

Obſchon mit dem Waideplaz zum Nachtheile der Waidgerechtigkeit keine Veränderung vorgehen darf,

ſo hindert dieſes doch nicht, daß bey einem baubaren Gute eine andere Art von Landbau eingeführt, oder bey überflüſſiger Waide die Lehden umgeriſſen, oder zum Vortheile des Waidrechts, z. B. durch Verwandlung der Egarten und Heiden in Wieſen, eine Kulturveränderung eingeführt werden darf. Das iſt um ſo mehr der Fall, wenn der Waidherr das Waidrecht nur zu offenen Zeiten beſizt 1).

1) *Oetinger* l. cit. n. 48. ſeqq. *Hert.* Deciſ. 262. p. 237. *Wernher* P. II. obſ. 301. p. 223. *Leiſer* in Jur. Georg. L. III. c. 10. n. 34. Eſtor Th. III. §. 2068. Benecke Dorf- und Landr. Th. III. c. 4. §. 48.

1136.

Haltung eines eigenen Hirthen.

Wenn man nicht eine eigene Waide und über 30. Stücke Vieh beſizt, ſo darf man ſein Vieh keinem eigenen Hirthen untergeben, noch daſſelbe huthlos waiden laſſen 1).

1) Schwäb. Lr. art. 208. Sachſ. Goth. L. O. art. 64. Wolfenbütt. L. O. art. 64. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 45. §. 5. S. 113.

1137.

Polizeyeinſchränkung des Waidrechts.

Der Waidherr hat ſeine Triftgerechtigkeit mit Maaß auszuüben, und ſie, beſonders wenn ſie eine Felddienſtbarkeit, nicht über die Gebühr auszudehnen 1). Das Polizeyrecht ſorgt für gemeinſchaftliche Viehhirten 2) und für richtige Triftregiſter 3), und erlaubt

laubt die Befahrung der Stoppelfelder erſt nach Hinwegſchaffung der Zehend- und anderer Garben 4).

1) *Oetinger* n. 31. Klingner Th. II. c. 1. §. 11. *Pufendorf* T. I. obſ. 123.

2) Deren Staat und Inſtrukt. bey Klingner Th. II. Beyl. n. 146. 147.

3) bey Klingner Samml. zum Dorf- und Landr. Beyl. zum II. Th. n. 65.

4) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 161. 251. 288. Wirtemb. Zehend- und Erndord. c. 5.

1138.

Rechtsvermuthung.

Die Rechtsgelehrten ſehen die Koppelwaide nicht für eine Felddienſtbarkeit, ſondern im Zweifelsfalle für eine bloße Vergünſtigung und freundſchaftliches Einverſtändnis an, das von jedem Theile einſeitig wiederrufen werden kan 1).

1) Eſtor Th. III. §. 2061.

1139.

Beſondere Arten von Waidvergünſtigungen.

Oft genießen die Unterthanen das Waidrecht in den Herrſchaftwaldungen als eine Art von Pacht gegen Entrichtung des Waidzinſes oder Kuhzinſes an Haber oder Gelde und Dienſtleiſtung, oder als eine landesherrliche Vergünſtigung, welches ihnen auch im Preußiſchen, wenn ſie es von Alters hergebracht haben 1), und es nicht zur Zeit der Königlichen Jagden ausüben 2), beſtätiget worden iſt.

1) Wirt. Forſtord. Th. I. S. 14. 15. Wirtmb Erbvergl. Cl. V. §. 4. S. 82. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 289. C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 81. 327.

2) ibid. pag. 136. Von Rohr B. V. c. 3. §. 24.

1140.
Verbothene Hüthung.

Die Hüthung iſt überhaupt verboten in den jungen und gebannten Häuen 1), auf der Wildbahn 2), auf den Teichen 3), auf buſchichten Werdern 4) und zwiſchen den Mandeln 5). Mit Ochſen darf man nur unter gewiſſer Einſchränkung zwiſchen den Kornfeldern hüthen 6), und auf die ordentliche Hüthungspläze und in die Heiden mit anderm Viehe keine Ziegen 7), oder überhaupt roziges, wurmichtes, räudiges, ungeſundes und verdächtiges Vieh bringen 8). Es dürfen keine Pferde und kein Rindvieh auf naſſen Wieſen weiden 9), noch die Erſtere zum Nachtheile der Leztern zugleich auf die Waide gehen 10).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 698.

2) ibid. p. 789. 794. 3) Abth. II. p. 266.

4) p. 350.

5) T. V. Abth. III. p. 161. 251. 288.

6) ibid. p. 243. Kurſächſ Forſt- und Holzord. v. 8. Sept. 1560. Wolfenbütt. L. O. Art. 47. S. 18. Hannöv. Kammerausſchr. v. 27. Sept. 1667. Heß. Kaß. Verord. v. 1692.

7) T. IV. Abth. I. C. C. March. p. 588. 610. 679. C. C. Magd. P. III. n. 17. 54. Wirt. Gen. Reſcr. v. 7. Nov. 1733.

Kur-

Kurſächſ. Verord. vom Baumpfl. v. 11. May 1726. §. 10. Sächſ. Goth. L. O. P. III. n. 9. §. 4. p. 321. 322. Kurbraunſchw. L. O. P. IV. c. 6. p. 223. 227. ff. Heß. Kaß. Erebenord tit. 13. §. 4. S. 34. Heß. Darmſt. Forſt- Wald- Weidw. und Fiſchord. P. II. §. 55. 56. S. 25. f. Naß. Kazenelnb. Lr. P. II. c. 9. n. 23. p. 102.

8) T. V. Abth. IV. p. 433. 449. Pommer. renov. Schäferord. Mecklenb. Pol. ord. S. 153. Cod. Aug. T. I. p. 1677. Klingner Samml. Th. II. c. 3 §. 14. 15. *Leiſer* Jus Ge. L. II. c. 14. n. 20. ſeqq.

9) Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 17.

10) Wirt. Fleiſch- u. Mezgerord. S. 11. 12.

1141.

Preußiſche Aufhebung der vermengten Hüthungen.

Nach der neuſten Preußiſchen Feldpolizeygeſezgebung ſollen alle gemeinſchaftliche und vermengte Hüthungen und die Gemeindsweiden aufgehoben und auseinander geſezt 1), die überflüſſigen Waideplätze, Brücher und Anger vertheilt, und in Kaveln verwandelt werden 2).

1) Preuß. Reſcript vom 21. Oct. 1769. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6217.

2) C. C. March. Nov. Tom. III. p. 253. 971. T. IV. p. 6787. Oecon. for. T. I. Hſt. 1. S. 18. T. II. Hſt. 3. S. 17. 78. 114. 118. 141.

1142.

Oberteutſche Verpachtung der Gemeindswaiden.

Im Reiche hängt es von der Willkühr des Gerichts und Raths ab, ob ſie ihre Gemeindswaiden mit eigener Waare beſchlagen, oder verpachten wollen. Doch muß das leztere in Wirtemberg in Gegenwart des Viehzahlmeiſters bey ſeiner jährlichen Beſichtigung, und durch eine öffentliche Verſteigerung bey brennendem Lichte auf mehrere Jahre geſchehen 1). Der Pächter kan bey der herannahenden Viehſeuche wieder vom Kontrakte abtreten, oder wenigſtens die Antretung des Pachts aufſchieben 2).

1) Wirtemb. Generalreſcr. v. 17. Merz 1740. und 1 Oct. 1746. Wirt. Kommunord. C. 3. Abſch. 6. §. 1. 2. 3. *Beſold.* ad Jus Prov. Wirt. Diſſ. I. th. 176. *Lindenſpür* in Comment. ad Ord. Prov. Wirtemb. p. 268. n. 6.

2) Wilh. Beurhaus rechtl. Erörterung der Frage, ob ein Waidepächter wegen Furcht für dem ſich herannahenden Viehſterben von dem vorhin geſchloſſenen Pachtkontrakte abzugehen befugt ſey. Dortmund 1752.

1143.

Erforderniſſe des Pächters.

Ein ſolcher Pächter darf kein Ausländer ſeyn 1), die Waide nicht einem Andern abtreten oder veraſterpachten, oder damit wuchern und handeln 2). Er muß bey einer Schäferlade eingeſchrieben ſeyn, das Meiſterrecht gewonnen haben, und einige Morgen eigener Wieſen beſizen, von denen er eine Anzahl Schafe er=

erhalten und überwintern kan 3). Wenn ein Ausländer zur Huthpachtung landesherrliche Diſpenſation erhalten, und den Pacht wirklich angetreten hat, als wobey den Landskindern das Auslöſungsrecht zuſtehet 4), ſo muß er bey ſeinem Abzuge die Helfte des mitgebrachten Viehes im Lande zurücklaſſen und verkaufen 5).

1) *Weſel* de remiſſ. merced. C. XIII. p. 88.

2) Wirt. L. O. tit. 82. §. 11. Wirt. Gen. Reſcr. vom 22 Aug. 1708.

3) Wirt. Generalreſcr. vom 19 May 1725. u. 8. Merz 1740 22 Aug. 1708. Wirt. L. O. tit. 82. §. 11. Kommunord. a. a. O. §. 4. 5.

4) Wirt. Gen. Reſcr. vom 1 Oct. 1746.

5) Wirt. L. O. tit. 82. §. 13. S. 171.

IX. Kapitel.
Rechte der Viehzucht.

1144.
Literatur.

Leonh. Schwendendoerffer Diſſ. de jure circa pecudes, Lipſ. 1679.

Mart. Pegius Jur. Ergözlichkeiten vom Hunderecht und denen dabey vorkommenden Fällen; welchen als ein Anhang das Recht der Tauben und Hühner beygefügt worden. Frf. u. Leipz. 1725.

Salanders (J. C. Schaden) Hühner- Bienen- und Taubenrecht. 1723.

Chr. Gottl. Buder Diſſ. de vitiis pecorum venalium. Ien. 1740.

Io. Wilh. Rövenſtrunk Meditationes ædilitiæ. Gieſſ. 16 23.

Wolfg. Ad. Schoepff Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa luem pecorum Tub. 1747.

Gerh. Feltmann tract. de incluſione animalium, aliisque rei agrariæ argumentis. Lipſ. 1678.

1145.

Befugnis Waidvieh zu halten.

Das Recht Waidvieh zu halten, beſizt bald jeder Einwohner eines Orts, bald nur der Bürger und Gemeindsmann, bald gar nur der Güterbeſizer, und oft wird, wenn die Waide nicht zureichen will, auch bey dieſem keine willkührliche Anzahl zugelaſſen, ſondern deswegen jährlich eine Umlage gemacht, und darüber Beſichtigung angeſtellt 1). Im Preußiſchen darf jeder Landmann ſein erkauftes Vieh auf der Weide fett machen 2).

1) Heß. Kaß. Grebenord. §. 4. S. 96. Erl. des Huthedikts von 1735. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 21. Königl. Preuß. Flecken- Dorf- und Ackerord. vom 16 Dez. 1702. §. 43. C. C. March. T. IV. Abth III. p. 240. *Schepliz* conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 20. n. 5. Wirtemb. Fleiſch- und Mezgerord. S 7. Gen. Reſcr. vom 7. Nov. 1733. 8 Merz 1740. Baier. L. O. L. III. tit. 14. art.

art. 2. Wirtemb. Kommunord. K. 3. Abſch. 5. §. 1. L. O. S. 164. Klingner Samml. zum Dorf- und Baurenrecht, Th. II. c. 3. §. 1. ff.

2) C. C. March. Cont. III. p. 284. 285.

1146.
Einſchränkung.

An einigen Orten begrenzt ſich das Viehrecht auf eine ſolche Anzahl, die man mit ſelbſt gewonnenem Futter zu unterhalten oder zu überwintern vermag 1), und ich ſehe aus Polizeygründen gar keine Urſache, warum man einem Landmanne durch die Stallfütterung ſo viel Vieh zu halten, als ihm beliebt, verwehren will. Indeß giebt es viele Feldpolizeyverordnungen 2), die den armen Leuten nur ein paar Ziegen im Stalle zu erhalten erlauben, und den Hinterſaſſen, Treſchern und Gärtnern die Haltung der Schafe, des Zugviehes und der Pferde verbieten 3).

1) Herzogl. Wirtemb. Fleiſch- und Mezgerord. von 1567. S. 7. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 21. Heß. Kaß. Grebenord. §. 4. S. 96. Renovat. und Erläut. des Huthedikts von 1735.

2) Kurbraunſchw. Kammerausſchreiben vom 27 Sept. 1667. Sachſ. Goth. Forſtord. von 1644. c. V. §. 4.

3) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 39. 52. Klingner c. 3. § 23. *Mevius* P. V. deciſ. 251. *Fritſch* de jur. compaſcui §. 14.

1147.
Viehheerde.

Eine Herde iſt eine Anzahl zahmer Hausthiere, die miteinander zur Waide getrieben werden. Sie wird unter die Allgemeinheiten gezehlt, welches die Wirkung hat, daß die Neuen die Stellen der abgegangenen erſezen, und folglich bey dem Vermächtniſſe einer Heerde alle nachher hinzugekommenen Stücke verſtanden ſind, und eine Schaafheerde zugleich die Widder und Lämmer begreift 1). Ob aber, wenn dieſe auf eine gewiſſe Anzahl beſtimmt iſt, die Lämmer ungezehlt bleiben, ſcheint mir nicht ganz ausgemacht zu ſeyn 2).

1) L. 1. 19. D. ſi quadrupes pauperiem. Sächſ. Lr. B. II. Art. 40. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 4. §. 2. *Ch. Go. Gmelin* Diſſ. de diuerſis partus ancillæ et fetus pecoris juribus. Tub. 1778.

2) Eſtor kl. Schriften, Th. III. S. 760.

1148.
Schadenserſezung für die Thiere.

Wenn ein zahmes Thier eine Beſchädigung zugefügt hat, ſo iſt der Eigenthümer verbunden, entweder das Thier zu überlaſſen, oder den Schaden zu erſezen. Ausnahmen ſind, wenn es von einem andern Thiere iſt aufgereizt worden, und dieſes beſchädiget hat, oder wenn jenes von einer andern Perſon geſchehen, die alsdann den Schaden zu vertreten hat 1).

1) *Thomæ* de noxa animalium c. 1.

1149.

1149.
Damit verknüpfte Beſtrafung.

Wer ein unbändiges und böſes Thier nach erhaltener Wiſſenſchaft ſeiner Unart nicht von ſich geſchafft hat, wird für den erfolgten Schaden beſtraft 1).

1) Sächſ. Lr. B. II. Art. 40. Peinl. Halsger. Ord. Art. 136.

1150.
Verhütung des durch Thiere geſchehenen Feldſchadens.

Der Schaden, der durch die Abfrezung des Viehes auf Gärten, Wieſen und Fruchtfeldern geſchehen, wird ebenfalls durch Geld oder durch die Uebergabe des Thieres vergütet 1).

1) Von Rohr a. a. O. §. 5. 6. 7.

1151.
Viehmängel.

Beym Viehkaufe kömmt häufig in Frage, wegen welcher Mängel und Fehler ein Stück Vieh heimgeſchlagen werden kan? oder welches, einerlei iſt, wegen welcher der Verkäufer die Gewährſchaft zu leiſten ſchuldig iſt? Darüber waren die Meinungen 1) ehemals ſehr verſchieden. Es iſt aber jezo in den meiſten Ländern 2) dahin entſchieden, daß 1. bey Pferden a. diejenigen, ſo rozig ſind, es ſeye hernach ſolches Hirn- oder Lungenroz; b. alle Arten von Koldern; c. was kräzig, fiſtlicht, wurmicht, hauptmörtig iſt, als worunter überhaupt alle unheilbare Unſäuberkeiten, z. E. Krebslöcher in den Ohren, Kinnbacken ꝛc. verſtanden werden; d. herz-

herzſchlächtig; e. wahnthätig und f. mondblind iſt, als mit würklichen Hauptmängeln behaftet angeſehen 3), und alſo für die 5. erſten Gebrechen 4. Wochen 3. Tage, für die Mondblindſucht aber 8. Wochen Gewährſchaft geleiſtet werden ſoll. 2. Bei dem Hornvieh a. hirſchicht, kränicht, zäpficht oder pferlich; b. wertḧätig; c. eypplicht oder umläufig, und d. lungenfaul, lungenhart, harzweichich oder übergalliſch, als Hauptmängel angeſehen werden, wobei der Verkäufer bald 30 Tage, bald 2. Monathe und bald 4. Wochen 3. Tage Gewährſchaft zu leiſten haben ſoll. 3 Bei den Schafen ſollen die naſſe und trockene Raude, oder der ſogenannte Anbruch, als ein Hauptmangel angeſehen, und deßfalls von dem Verkäufer 2. Wochen und einen Tag Gewährſchaft geleiſtet werden. 4. Bei den Schweinen ſoll a die Lungenfäule und b. die Finnen als Hauptmängel angeſehen, und deßfalls von dem Verkäufer 4. Wochen 3. Tage Gewährſchaft geleiſtet werden. Endlich 5. bey den Ziegen und Geißen ſoll der Verkäufer dem Käufer überhaupt friſche und geſunde Waare liefern, widrigenfalls aber allen Schaden auf ſich nehmen 4).

1) *Stryk* in Vſu mod. Dig. L. XXI. tit. 1. *Leiſer* Jus Georg. L. II. tit. 12. §. 67. *Mev.* ad Jus Lub. P. III. tit. 6 §. 17. *Pufendorf* T. I. obſ. 237. *Richter* Vol. II. Conſ. 2 5. *Berger* P. I. Reſp. 115.

2) Wirtemb. Generalreſcr. vom 17 Febr. 1767. Frankfurt. Stadtreform. P. II. tit. 9. §. 6. Nürnb. Reform. L. II. tit. 16. §. 4. Mühlhäuſ. Statuten B. III. art. 29.

29. §. 4. S. 292. Regenſpurg. Dekrete P. I. p. 643. C. C. Culmb. T. II. Vol. I. p. 198. 715. Schaumb Sächſ. Recht P. II. p. 251. Braunſchw. Lüneb. L. O. P. II. p. 626. Heß. Darmſt. Verord. von 1706. Hohenloh. Lr. P. III. tit. 4. § 2. S. 66. Lüb. Recht L. III. tit. 6. art. 17. Böhm. Mähr. Str. Hſt. 13.

3) *Io. Lud. Gutbier* Diſſ. de tribus vitiis equorum capitalibus Saxonicis Vit. 1694.

Chr. Gottl. Buder Diſſ. de vitiis pecorum venalium. Ien. 1740

4) Moſers Index über die Wirt. Hofgerichts-Ord. W. Viehmängel.

1152.

Zeitpunkt der Gewährleiſtung.

Wenn ſich nun ſolche Fehler innerhalb der beſtimmten Zeit zeigen, ſo kan der Käufer die Waare dem Verkäufer heimſchlagen, ohne Unterſchied, ob der Verkäufer den Fehler gewußt habe oder nicht; jedoch muß der Verkäufer, wenn bewieſen werden kann, daß er den Fehler gewußt hat, noch über das alles das Intereſſe und andern Nachtheil, z. B. wenn durch ſolches Vieh anderes angeſteckt worden iſt, erſezen.

1153.

Beſchauung des krepirten Viehes.

Wenn das Thier an einem Hauptmangel krepirt iſt, ſo haben die geſchwohrnen Viehſchauer oder Roßärzte und Hufſchmiede es zu beſichtigen, und darüber ein förmliches Zeugnis auszufertigen 1). Wenn es aber nicht gefallen, und auch kein Hauptmangel, ſondern

dern nur ein anderer geheimer und beträchtlicher Fehler ſich an ihm zeigt, ſo geſchieht oft bloß ein Nachlaß am Kaufpreiſe 2).

1) Von Rohr §. 2. S. 878. §. 7. S. 882.

2) a. a. O. §. 3. 4. 5. 6.

1154.

Wandlungsverfahren.

Dafern ſich in Wandlungsfällen der Verkäufer weigert, das Thier wieder anzunehmen, ſo wird es auf deſſen Unkoſten in das Wirthshaus geſtellt, und nach 8. oder 14. Tagen von der Obrigkeit verkauft.

1155.

Fälle, wo keine Gewährleiſtung gilt.

Anderer Mängel wegen, beſonders wenn ſie äuſserlich in die Augen fallend waren 1), oder wenn dem Käufer die Mangelhaftigkeit des Stücks bekannt geweſen war, oder er auf alle Gewährleiſtung Verzicht gethan hatte 2), darf kein Rückkauf oder Wandelung 3) geſchehen, die alsdann nur zugelaſſen iſt, wenn der Verkäufer eine ganz untadelhafte Waare zugeſichert hat, und der Mangel ſchon zur Zeit des geſchloſſenen Kontrakts vorhanden geweſen.

1) Sprüchw. Die Augen auf, oder den Beutel auf. Pfälz. Lr. P. II. tit. 7. §. 22. Eiſenharth Sprüchwörter S. 338. *Piſtorius* Cent. I. Par. 5.

2) Von Rohr §. 8. S. 882.

3)

3) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. II. p. 626.

Io. Henr. Stelz, Diſſ. de redhibitione. Baſil. 1646.

Gottofr. Maſcov Prol. de redhibitione equorum. Goett. 1738.

Io. Wilh. Roevenſtrunk Medit. ædil. de judicio equeſtri, tum redhibitorio, tum æſtimatorio ad tit. Dig. de Aedilitio Edicto. Gieſſ. 1653.

1156.

Beſondere Förmlichkeit der Vieh- und Pferdehändel.

Weil nun mit dem Viehhandel und vorzüglich mit dem Roßtauſch 1) ſo viele Gefahr verknüpft iſt, man leicht überliſtet werden kan, oder doch weitläufige Prozeſſe daraus entſtehen können 2), ſo erfordert das Polizeyrecht eigene Viehmäklerordnungen 3), und befiehlt, daß die Pferdehändel in Gegenwart etlicher Zeugen geſchloſſen werden. Das Preußiſche Recht 4) verordnet, daß auf den Fall der Handel nicht Zug um Zug vor ſich gehet, er vor der Obrigkeit geſchloſſen werden muß, widrigenfalls der Verkäufer keine Forderung zu machen hat.

1) Joh Ferd. Behamb Roßtauſcherrecht. Frankf. 1707.

2) Von Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 6. §. 1. 10. 11. 12.

3) Dergl. für Breslau vom 29 Febr. 1768. in der Korn. Samml. B. X. S. 139.

4) Reſcript vom 8. Jun. 1780. in C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 1822.

1157.

Eiſernvieh.

Von der Verſtellung oder dem Beſtandvieh, Stammvieh, Eiſernvieh. Wenn einer eine ganze Heerde entweder ganz allein, oder als eine Zugehörde eines Guts in Beſtand oder Pacht nimmt, ſo hat es damit dieſe Beſchaffenheit, daß der Beſtänder allen Nuzen der Heerde, mithin auch die junge Zucht bezieht, und Eigenthümer davon wird, aber in die Stelle der von der Heerde abgegangenen Stücke andere aus der Zucht dergeſtalt unterſchieben muß 1), daß nach Endigung der Pachtzeit die gleiche Anzahl wieder hergeſtellt wird. Dieſer Kontrakt heißt Contractus ſocidae 2). Einzele Stücke Vieh werden in Beſtand gegeben, ſo daß der Beſtänder den Nuzen davon bezieht 3), und dagegen einen Zins entweder in Geld oder Natur, d. i. einen Theil des Nuzens entrichtet. Es iſt nun vornehmlich dafür zu ſorgen, daß der Pächter und Beſtänder nicht durch Wucher vervortheilt werde 4), und daß man dieſen Kontrakt mit keinem Ausländer eingehe 5). In dem erſten Fall, wenn das Vieh um einen Geldzins in Beſtand gegeben wird, iſt die Vervortheilung nicht ſo leicht, als in dem leztern. Im Reiche und beſonders in Wirtemberg 6) darf von einer Kuh nach Beſchaffenheit derſelben bis auf 2. Gulden Beſtandgeld gegeben werden. Dieſer Art des Zinſes kommt am nächſten, wenn Vieh, wie dieſes vornemlich bey dem Zugvieh geſchieht, um eine gewiſſe Quantität

Getreide oder für die Beſtellung einer gewiſſen Anzahl Güter verſtellt wird 7). Wegen einem ſolchen Kontrakt iſt verordnet, daß von einem Paar Ochſen der beſten 8. Scheffel Frucht auf das höchſte, auch darunter nach gerichtlicher Erkenntnis, aus einem mittelmäßigen Paar Ochſen aber 6. Scheffel oder weniger, und dann aus ein Paar Stieren 5. Scheffel paſſirt werden, allezeit 2. Theile an Dinkel, und den dritten Theil an Haſer. Die Gefahr und die Unfälle des Viehes (außer muthwilliger Verwahrloſung) ſollen beide Kontrahenten zu gleichen Theilen tragen, der Hagel und andere Unglücksſchaden aber wie bey dem Zehenden abgeſchäzt werden 8). Wenn Zugvieh verſtellt oder verliehen wird, dafür eine gewiſſe Anzahl Güter zu bauen, ſo wird den Beamten und Gerichten überlaſſen, nach Beſchaffenheit des Felds oder anderer Umſtände unpartheyiſch zu erkennen, wie viel von einem Paar Ochſen oder Stiere, ſo auf ein Jahr lang beſtandweiſe empfangen worden, mit Billigkeit möge zugemuthet werden, von welchen alſo die Kontrahenten den Ausſpruch zu gewarten, die Gefahr und Unfälle des Viehes aber, wie im vorigen Fall, gemeinſchaftlich zu tragen haben 9).

1) Sprüchw. Eiſern Vieh ſtirbt nicht. ap. *Piſtorium* Cent. III. Par. 78. *Haltaus* in Gloſſ. Germ. col. 310. 415.

2) *Burck. Henr. Tilemann* Diſſ. de contractu Socidæ. Ien. 1671.

And. Homborg de contractu Socidæ. Helmſt. 1685.

Io. Otto Tabor de contractu et jure Socidæ.

3) *Klock* de Aeratio L. II. c. 19. n. 81. T. IV. Conſ. 70. n. 20.

4) Von Rohr C. VII. §. 4. Eſtor Th. III. §. 1329.

5) Wirt. Fleiſch = und Mezgerord. v. 1567. S. 8.

6) Generalreſcr. v. 1620. Wirt. L. O. S. 332.

7) Wirt. Generalreſcr. vom 4 May 1642. im Extr. der G. R. Th. I. S. 194. Mecklenb. L. O. tit. von Gew. u. Handthier. der Bauren.

8) *Stryk* Caut. Contr. Sect. II. c. 9. §. 36. *Tabor* de contr. Socidæ c. 7. §. 17. *Berger* Oecon. Jur. L. III. tit. 5. §. 22. not. 8. Eſtor Th. I. §. 1333. Th. III. §. 1329.

9) Gerſtlacher Samml. Wirtemb. Geſeze und andrer Normalien Th. I. S. 188. 189.

1158.
Fortſezung

Was die zweite Art des Beſtandzinſes, welcher in einem Theile des Nuzens beſteht 1), und hauptſächlich bey dem Melkvieh vorkömmt, wovon aber im Preußiſchen die Juden ausgeſchloſſen ſind 2), ſo iſt deswegen verordnet, daß zwar erlaubt ſeyn ſoll, Kühe um das Kalb in Beſtand zu geben, nemlich um das 3. oder 4. wöchige Milchkalb, jedoch dem Beſtänder die Gefahr nicht ganz, ſondern nur zum halben Theil einbedungen werden dürfe, und wenn die Kuh unglücklich vertragen, oder ſonſt dem Verleiher das verhoffte Kalb abgehen ſollte, ſich die Kontrahenten ſelbigen Jahres Nuzung halber entweder ſelbſt nach billigen Dingen

zu

zu vergleichen, oder deshalb gerichtliche Erkenntnis zu erwarten hätten 3). Ferner iſt auch folgender Kontrakt zugelaſſen, daß der Viehpächter das Vieh in ſeinem Futter und Koſten erhalte, bis es ſelb dritt ſteht, alsdenn die Kuh gleichwohl dem Verleiher verbleiben, die 2 Kälber aber unter beide Kontrahenten getheilt werden ſollen, oder da der Verleiher das gefallene Kalb nicht angenommen, ſondern gleichermaßen den Beſtänder ſo lange im Stall gelaſſen, bis es ſich entweder ſelbander oder ſelbdritt befunden, alsdenn die Theilung erſt zwiſchen den Kontrahenten ſolcher Kälber halb vorgenommen werden ſolle. Doch muß in dieſen beiden Fällen, wenn die Abtheilung zu treffen iſt, das Beſtandvieh nicht durch den Verleiher oder Beſtänder, ſondern durch verſtändige, unpartheyiſche u. unintereſſirte Perſonen rechtem und billigem Preiſe nach angeſchlagen, und demjenigen, ſo die Kälber nicht begehrt, ſein Angebührnis an Gelde hinausgegeben werden. Ferner iſt auch erlaubt, bey ſolchen Viehverſtellungen einzubedingen, daß dem Beſtänder die Kuh ſo lange mit dem Nuzen gelaſſen werden ſolle, als er ſelbige ohne den Nuzen gehabt habe 4). In Anſehung der Zeit des Beſtands und Pachts können die Kontrahenten in allen Fällen anfangs auf 1, 2, 3. oder mehrere Jahre kontrahiren. Wenn aber nichts abgeredt worden, ſo kann der Verleiher die Kuh vor Ablauf eines Jahrs, auſſer im Falle einer Seuche, nicht abfordern; dem Beſtänder hingegen ſtehet jederzeit frey, die Kuh nach ſeinem Gefallen, wenn er will, dem Verleiher wieder heimzugeben 5). Aus dieſen

Urſachen iſt auch verordnet, daß alle Kontrakte über Verſtellung des Zug- und Melkviehes innerhalb 8. Tagen gerichtlich vorgebracht, und darüber erkannt werden ſolle. Im Unterlaſſungsfall iſt nicht nur der Kontrakt nichtig, ſondern die Kontrahenten ſind ſtraffällig 6).

1) *Stryk* in Vſu mod. Dig. L. XIX. tit. 2. §. 10.

2) C C. March. Nov. T. III. p. 505.

3) Wirtemb. L. O. Seite 334. n. 6. Generalreſcr. vom 14 Merz 1642.

4) Wirtemb. L. O. S. 334. n. 7. 8. *Beſold* ad Jus Prov. Wirt § 44. p. 8.

5) Wirt. L. O. S. 335. n. 9. 10.

6) angef. Gen. Reſcr. vom 14. Merz 1642 im Hochſtetter. Extrakt Th. I. S. 194. Meckl. Pol. Ord. tit. von Gew. u. Handtl. der Bauern.

1159.
Fortſezung.

Aus dem Gegenſaz des bisherigen iſt nun leicht zu erſehen, welche Kontrakte unerlaubt ſind und für wucherlich gehalten werden, nemlich, wenn theils der Beſtänder am Pachtzins übernommen, theils der Unfall oder die Gefahr des in Beſtand gegebenen Viehes auf ihn allein gewälzt wird. Das erſtere geſchieht auch, wenn dem Beſtänder eingedingt wird, das Kalb, das er als Zins geben muß, länger in der Fütterung zu halten und wol, wenn es ſtirbt, zu bezahlen. Das andere geſchieht auf zweierlei Art; denn entweder leiht der Verleiher dem Beſtänder auf deſſen eigenes Vieh

Geld

Geld und den Kalbzins, oder der Verleiher kauft dem Beſtänder ſein Vieh um ein geringes Geld ab, überläßt es ihm alsdenn Beſtandsweiſe, um den Kalbzins, bedingt ſich aber zugleich, daß der Beſtänder die Gefahr des Viehes allein leiden ſolle 1).

1) L. O. tit. 56. § 8. p. 119. u. p. 333. n. 1. 4. G. R. vom 5. Dez. 1692. Extr. I. Th. p. 197.

1160.

Uebergang.

Nun wollen wir die einzelnen Arten der Viehzucht anführen. Voraus iſt zu bemerken, daß man die Viehzucht entweder um der Arbeit, oder um der Nahrung, oder um eines andern Nuzens wegen begünſtiget und zu befördern ſucht 1). Einige Arten des Viehes entſprechen mehreren Abſichten zugleich, andere aber nur einer einzigen. Zuerſt wollen wir von der Pferdezucht reden 2).

1) Preuß. Reglement wegen Verbeſſerung der Viehzucht in C. C. March. Nov. T. III. p. 717.

2) *Io. Volckm. Bechmann* Diſſ. de eo quod circa equos publice priuatimque juſtum eſt. Ien. 1676.

1161.

Pferdezucht.

Weil dieſe Art des Viehes bei uns ehemals nur in der einzigen Abſicht, um der Güter willen, ſolche damit zu bauen, oder Laſten damit fortzubringen, betrieben wurde, und dieſe Abſicht auch an den meiſten Orten durch Zugochſen erreicht werden kann, dieſe aber überdies auch

den Nuzen der Nahrung gewähren, ſo iſt verordnet geweſen 1), dahin zu ſehen, daß ſtatt der Pferde, auſſer ſo viel die Herrſchaft zu den Frohnen unentbehrlich nöthig hat, Zugochſen gehalten werden, damit man deſto mehr Fleiſch haben, und die armen Bauren noch den Werth ihres Viehes erhalten mögen. Nachdem wir aber zur gegenwärtigen Zeit keinen Mangel an Rindfleiſch verſpüren, und durch eine beſſer eingerichtete Pferdezucht manches Geld zu gewinnen iſt, ſo ruhet auch gegenwärtig die Nothwendigkeit dieſer Vorſicht, und die Pferdezucht wird vielmehr auf alle Weiſe befördert 2).

1) Wirtemb. L. O. tit. 83.

2) C. C. March. T. VI. Abth. II. p. 135.

1162.

Landesherrliche Pferdezucht.

Die wird nach freiem Gefallen im Großen auf den eigenthümlichen und Kammergütern, Stuttereyen und Fohlenhöfen getrieben 1). Zum Beſten derſelben iſt in den Beſchehlordnungen einiges verfügt. 1. Darf kein Unterthan bey einer großen Frevelſtrafe und Konfiskation der verkauften Waare ſeine von herrſchaftlichen oder auch von den Hengſten der privilegirten Beſchehlhalter erzeugte Hengſt- oder Stuttenfohlen eher verkaufen, vertauſchen, oder in andere Wege hinweggeben, ſie ſeyen denn zuvor dem Oberſtallmeiſter vorgeführt worden; wenn aber dieſes Vorführen vor Ende des Septembers jeden Jahrs nicht verlangt würde, ſo

ſoll alsdenn, nemlich vom 1. Oktober an, jedem Unterthanen frey ſtehen, ſeine Saugfohlen, aber im Lande zu verkaufen, hingegen darf 2. kein Unterthan bey Strafe der Konfiskation unter irgend einem Vorwande ein Pferd, das 3. Jahre noch nicht zurükgelegt hat, an Ausländer hingeben 2).

1) Die Geſchichte der Wirtemb. Stuttereyen in Ge. Hartmanns vorl. Abhandl. zu ſeiner Pferde = und Maulthierzucht.

2) Mecklenb. Erbvergl. §. 255. Wirtemb. Erbvergl. C. IV. §. 16. S. 75. Heß. Kaß. Stuttereyord. §. 3. 5. Baier. L. O L. II. tit. 4.

1063.

Verbothene Pferdeausfuhre.

In Teutſchland und im Preußiſchen darf ihre Ausführung gar nicht geſchehen 1). Auſſerdem aber muß in Wirtemberg von jedem in oder auſſer Lands verkauften oder vertauſchten Pferde ein gewiſſes Konzeſſionsgeld gegeben werden 2), und der Herzog übt, wenn ihm bey der jährlichen Vorweiſung und Beſichtigung der Milch= und Saugfohlen eins oder das andere zu dem Herzoglichen Geſtütte anſtändig iſt, ein Vorkaufsrecht aus, und bezahlt dem Eigenthümer vor ein Hengſtfohlen 20. Fl. und vor ein Stuttenfohlen 16. Fl. 3).

1) C. C. March. T. III. Abth. II. p. 85. 91. 95. 99. 146. 186. T. V. Abth. II. p. 81. Cont. II. p. 9. C. C. Magd. P. III. p. 378. 397. Samml. der N. A. Th. IV. S. 160. 209. 401. 405. Heß. Kaß. Verord. wegen Durchführ.

führ: und Liefer. der Pferde v. 1704. Braunſchw. Küneb. L. O. P. II. p. 626. Baier. L. O. L. II. tit. 6.

2) Wirt. Erbvergl. a. a. O.

3) Wirt. Beſchehl ſ Ord. 16. Merz 1763. Art. 10. 11. 12.

1164.

Beförderung der Pferdezucht.

In Anſehung der Pferdezucht der Unterthanen gehet die landesherrliche Abſicht dahin, daß eine gute Race gezogen werde. Zu dieſem Ende iſt das Landbeſchehlweſen eingeführt 1). Es darf daher kein Unterthan ſeine Stutte nach ſeinem Gefallen belegen laſſen, ſondern er iſt ſchuldig, daſſelbe entweder von den herrſchaftlichen Beſchehlhengſten, die jährlich aus dem Marſtall in gewiſſe Orte ausgeſchickt werden, oder aber, wo dergleichen nicht hinkommen, von den Hengſten der angenommenen Beſchehlhalter oder in Oſtfriesland der von den Köhrmeiſtern beurkundeten Springhengſte thun zu laſſen 2). In Rückſicht auf die erſtere Art iſt verordnet, daß die Beamte des Orts auf den von dem Obriſtſtallmeiſter beſtimmten Tag an Ort und Stelle, wohin es verlangt wird, alle und jede Mutterſtutten, ingleichen ſämtliche Hengſte, Wallachen und Fohlen zuſammen beſchreiben, und gehörig vorweiſen laſſen, wobei denen Unterthanen bei einer großen Frevelſtrafe zu erſcheinen befohlen iſt. Hierauf wird eines jeden Stutte ein den Umſtänden nach convenabler Hengſt zugeſchrieben, und dieſe ſoll alsdenn von dem Eigenthümer zu rechter Zeit zum Beſchehlen vor=

vorgeführt, und damit ſo oft fortgefahren werden, bis die Stutte abſchlägt. Unterläßt einer dieſes, ſo iſt er mit einer kleinen Frevelſtrafe zu belegen, und doch noch zur Gebühr anzuhalten. Vor jede Stutte, welche belegt wird, ſie mag trächtig werden oder nicht, bezahlen die Unterthanen 1. Fl. oder wie es auf dem Hauptgeſtütte Marbach Herkommens iſt, ſtatt des baaren Gelds 6. Simmri Haber. In Anſehung der zweiten Art iſt dem Oberſtallmeiſter überlaſſen, in diejenigen Oerter im Lande, welche mit herrſchaftlichen Hengſten nicht verſehen werden, einen oder mehr Beſchehlhalter anzunehmen, und ihn auf 1. 2. oder mehrere Oerter mit beſondern Patenten zu legitimiren. Dieſe müſſen nun 1. ihre Hengſte zur Beſichtigung vorführen, 2. jeder zwei, einen alten, und einen jungen tüchtigen Hengſt ſich anſchaffen, der zweite aber, welcher nur auf den Nothfall aufgeſpart wird, ohne beſondere Einwilligung bey Verluſt deſſelben nicht gebraucht werden. 3. Darf ein ſolcher Beſchehlhalter auch in dem angewieſenen Bezirk keine Stutte belegen laſſen, welche einem herrſchaftlichen Hengſt zugeſchrieben worden. 4. Darf in der Beſchehlzeit mit den Hengſten keine andere Arbeit verrichtet, noch der Hengſt ohne erhebliche Urſache verkauft werden, nach geendigtem Beſchehlen aber mag man die Hengſte weggeben, oder nach Belieben behalten, und zu andern Geſchäften wieder gebrauchen. 5. Iſt ein privilegirter Beſchehlhalter von allen Frohndienſten befreyt. 6. Bekommt er vor ſeine Belohnung von dem Inhaber je-

der Stutte, deren er mit ſeinem Hengſt zugelaſſen, ſo ſie trächtig wird, 1. Fl. und 2. Simmri Haber, von einer aber, die galt bleibt, 30. Kreuzer und 1. Simmri Haber, und von einer, die krepirt, 15. Kreuzer, jedoch kann er auch ſich mit den Leuten um ein Gewiſſes und Billiges an Haber durchaus ſtatt des Geldes vergleichen. 7. Hat er das Recht, wenn eine oder die andere Stutte in ſeinem Bezirk von fremden Hengſten auf der Reiſe, Waide oder ſonſt belegt würde, nichts deſtoweniger, als wenn es mit ſeinem Hengſte geſchehen wäre, das Beſchehlgeld einzuziehen, und 8. wenn jemand eine belegte Stutte vor der Zeit, da man noch nicht weiß oder ſpüren kan, ob ſolche trächtig oder nicht, verkaufen oder verhandeln würde, ſoll dem Beſchehlhalter ſoviel als von einer galken Stutte entrichtet werden. 9. Muß ein Beſchehlhalter jährlich, wenn er ein neues Patent ſucht, durch ein Atteſtat ſeines Stabsbeamten zeigen, wie ſein vorjähriges Beſchehlweſen von ſtatten gegangen, und ob die Unterthanen damit zufrieden geweſen ſeyn. Damit nun alles dieſes deſto leichter erreicht werde, ſo iſt 10. verordnet, keinen Hengſtfohlen, der zwei Jahr alt iſt, unter den Stutten mehr auf der Waide zu leiden, ſondern dieſelbe beſonders zu hüten. 11. Daß in dem jedem Beſchehlhalter vermöge ſeines Patents angewieſenen Diſtrikt kein ausländiſcher noch ſonſt fremder Hengſt gelitten, ſondern ſo jemand, der Ausländer oder nicht angenommener Beſchehlhalter iſt, mit dergleichen beſchehlen laſſen würde, ſogleich mit der Konſiſkation des Beſchehlers

und

und der Stutte, welche der Eigenthümer wiſſentlich von einem ſolchen belegen läßt, verfahren, dem Beſchehlhalter aber nichtsdeſtoweniger der Lohn entrichtet werden. Endlich ſoll 12. kein Beſchehlhalter in eines andern angewieſenen Diſtrikt kommen, und dort aufſaſſen, bei Strafe 2 großer Frevel von jedem belegten Stück. Dem Stabsbeamten iſt überhaupt die Aufſicht hierüber, ſo wie auch über die herrſchaftlichen Beſchehlknechte, damit dieſe ihrer Vorſchrift gemäß handeln, und hauptſächlich die Leute, welche ihre Stutten vorführen, nicht etwa um Geſchenks willen einen eher als den andern abfertigen, auch ſonſt keine Schleiche ſpielen, anbefohlen, wofür ſie auch eine beſondere Belohnung zu genießen haben.

1) Schleſ. Umlauf wegen Verbeſſerung der Pferdezucht, vom 24 Jenner u. 1. Febr. 1769. in der Korn. Saml. B. XI. S. 9. 11. v. 14. Merz 1764. wegen Wiederherſtellung des Pferdeſtands und Abſchaffung der Ochſenzüge B. VIII. S. 101. v. 10. May 1764. wegen Anſchaffung der Stutten S. 109. 126.

2) Oſtfrieſ. Beſchehl-Ordnung vom 3. Merz 1755. in C. C. March. Nov. T. I. p. 782. Wirt. Beſchehl-Ord. vom 16. Merz 1763. Art. 10. Heß. Kaß. Stuttereyord. von 1753. §. 2. 7. S. 2. 4. Schleſ. Umlauf von Anſchaffung tüchtiger Beſchehler vom 13 Nov. 1764. in der Korn. Samml. B. VIII. S. 313.

1165.

Oſtfrieſiſche Pferdezucht.

In Oſtfriesland müſſen die Unterthanen ihre Springhengſte alle Jahre den Köhrmeiſtern vorweiſen, die

die nach einer gewiſſen Vorſchrift ihre Tüchtigkeit beurkunden müſſen. Es darf keine Stutte von irgend einem andern, als ſolchen approbirten Hengſten beſchehlt werden, bey Strafe von 10. Thalern und Konfiſkation des Hengſts 1).

1) Oſtfrieſ. Beſchellord. §. 4. 5. 6. a. a. O. p. 783.

1166.

Andere Pferdepolizeyrechte.

In Wirtemberg dürfen die Unterthanen weder zur Pferdelieferung zu den Luſtlagern, noch zur Erkaufung der ausgeſchäzten Herrſchaftspferde angehalten werden 1). Im Preußiſchen müſſen die Roßkämme mit Haus und Hof angeſeſſen ſeyn 2), und dürfen außer den Jahrmärkten kein Vieh aufkaufen 3).

1) Wirtemb. Erbvergl. Cl. 3. §. 24.

2) C. C. March. T. V. Abth. II. p. 104. 107.

3) ibid. T. IV. Abth. I. p. 97.

1167.

Verbothenes Abſchlachten allzujunger Kälber.

Weil das Fleiſch, wenn es beym Genuſſe dem Menſchen nicht ſchädlich ſeyn ſoll, eine gewiſſe Reife und Feſtigkeit haben muß, ſo iſt in vielen Landesgeſezen 1) verordnet, daß nur dreiwöchige Kälber, oder ſolche, die 20. Pfund wägen, zum Aushauen, welches auch nicht hälftig, oder viertelsweiſe geſchehen darf, ſondern pfundweiſe auszugeben iſt, verkauft werden dürfen, und die Uebertreter mit harten Strafen an=

geſehen werden ſollen. Ein weiſes Polizeyrecht, deſſen Grund diejenigen, welche die Stallfütterung ſo eifrig empfehlen, ganz überſehen haben.

1) Wirt. Fleiſch- und Mezgerord. S. 26. ff. Fleiſcherord. für Berlin und Köln §. 8. in C. C. March. T. V. Abth. II. p. 583.

1168.

Polizeyaufſicht über die Rindvieh- und Schweinezucht.

Ueberhaupt iſt die Polizey ſehr aufmerkſam, daß nur geſundes Vieh zur Schlachtbank gebracht wird. Daher zu dem Ende eigene Fleiſchſchauer angeordnet ſind 1). Man befördert übrigens die Schweine- und Rindviehzucht auf alle Weiſe 2), und iſt für ihre gehörige Wartung und geſunde Fütterung ſehr beſorgt, läßt ſogar jährlich ihre Anzahl nachzählen 3), und giebt bey ihrem Handel keinerlei Vorkäuferey zu 4).

1) Heß. Kaß. Verord. vom 18. Oct. 1757. Cod. Aug. T. I. p. 372. 390. Baier. L. O. L. II. tit. 7. Wirt. Fleiſch- und Mezgerord. S. 14. ff. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 7. §. 3. S. 893. ff. c. 10. S. 93. ff.

2) Vergl. wegen Verbeſſerung der Schweinzucht in Cleve und Mark vom 16 Aug. 1765. in C. C. March. Nov. T. III. p. 1006. Schleſ. Samml. B. VI. S 237. B. X. S. 324. B. VIII. S. 729. Regl. wegen Verbeſſerung der Viehzucht an Ochſen und Kühen v. 4. May 1765. in C. C. March. Nov. T. III. col. 717. T. IV. col. 6251. T. V. Jahrg. 3. col. 239. Wirtemb. L. O. tit. 83.

3) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 166. Schleſ. Samml. B. VII. S. 265.

4)

4) Samml. Schleſ. Ord. B. I. S. 142. B. II. S. 383. B. V. S. 70. 177. B. VI. S. 688. 819. 810. 814. B. VII. S. 5.

1169.

Verfügungen wegen der Viehſeuche.

Das Polizeyrecht läßt ſich beſonders die Abwendung der Viehſeuchen angelegen ſeyn 1). Zu dem Ende müſſen bey der Durchtreibung des fremden, vorzüglich des pohlniſchen Viehes 2) und bey Ausbrechung dieſes Uebels in der Nachbarſchaft gewiſſe Vorſichtsregeln beobachtet 3), und eigene Viehzeugniſſe beygebracht werden 4). Wenn man am Orte ſelbſt dieſes Uebel beſorgt, ſo hat man alle Heerden ſogleich in den Stall zu ſperren, und da 4. Wochen und 3. Tage inne zu halten, um zu ſehen, ob nicht ein oder das andere Stück Vieh umfällt 5), und ſich bey deſſen Aufhauung die Kennzeichen dieſes Unglücks wirklich äußern 6), und auf den Fall nun die Seuche wirklich zum Ausbruch kommt, ſchleunig darüber an die Sanitätskollegien und Deputationen, oder an die Kammern zu berichten 7), und die Verfügungen über den Gebrauch der Arzneymittel 8) und Behandlung des kranken Viehes abzuwarten 9). Bey der Ablederung des verreckten Viehes ſind verſchiedene Dinge zu beobachten 10), gleichwie auch nachher, wenn die Viehſeuche aufgehört hat 11). Im Preußiſchen müſſen die deswegen ergangene Verordnungen 12) jährlich bekannt gemacht 13), und die Viehſeuchen oder ihr Nachtheil auf alle Weiſe verhüthet werden 14), als zu welchem Ende die Kreisphy-

phyſiker und Landprediger beſondere Obliegenheiten haben 15), und Aſſekuranzen angelegt ſind 16).

1) *Wolfg. Ad. Schoepff* Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa luem pecorum. Tub. 1747.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 111. T. IV. p. 5637. Schleſ. Samml. B. VII. S. 132.

3) C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 446. C. C. March. Nov. T. II. p. 271. T. III. p. 561. 1317. T. IV. 5646. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 426.

4) cit. l. T. IV. p. 5673. C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 477. Cont. III. p. 132. 133. Schleſ. Samml. B. III. S. 876. B. VII. S. 116.

5) Wirtemb. Fleiſch- und Mezgerord. S. 36. 37.

6) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5684.

7) Wirt. Fleiſch- und Mezgerord. a. a. O.

8) C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 442. 474. Schleſ. Samml. B. II. S. 522. B. IV. S. 167. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5037. 5039.

9) Schleſ Samml. B. V. S. 267. B. II. S. 67. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5673. 5680. 5685. Kurbraunſchweig. L. O. P. III. p. 868. 871.

10) Schleſ. Samml. B. V. S. 236. C. C. M. Nov. T. III. p. 527. 1107. T. IV. p. 5689. Eſtor Th. I. §. 1162.

11) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5670.

12) Heß. Kaß. Verord. wegen der Viehſeuche vom 13 April 1745. Preuß. Edikte, Patente und Inſtruktionen in T. IV. C. Nov. p. 5635. 5637. Cont. III. p. 133.

13) C. C. March. Nov. T. IV. p. 6211.

14) C. C. March. Nov. T. I. p. 227. 229. 231. T. IV. p. 6209.

15) cit. l. T. I. p. 607. T. III. p. 561. 1317. T. VI. p. 3316. 3317. Schleſ. Samml. B. IV. S. 202.

16) Reſcr. vom 24. Nov. 1765. in der Schleſ. Samml. B. VIII. S. 822.

1170.

Viehſeuche, ein Grund des Pachterlaſſes.

Nicht nur hat ein Pächter das ihm nicht eigenthümliche Hofvieh, wenn es an der Viehſeuche krepirt, nicht zu erſezen, ſondern es muß ihm daſſelbe, dafern es zur Hofwehre gehört, ſogar wieder angeſchafft, und der verurſachte Schaden vergütet 1), oder ihm ein Erlaß wegen abgegangener Nuzungen zugeſtanden werden 2).

1) *Balthaſar* de remiſſ. merced. ex lue pecor. §. 11. 12. *Boehmer* Sel. Cap. de Locat. Cond. c. 1. §. 9. c. 3. §. 6. *Rauchbar* P. II. qu. 29. *Manzel* Jus Mecklenb. ill. Cent. III. jud. 75. p. 168.

2) Cod. Frid. P. III. tit. 8. §. 33. p. 97. *Balthaſar* cit. l. §. 12. *Weſel* de remiſſ. merced. c. 6. n. 3. p. 32.

1171.

Hunderecht.

Die Hunde ſind ebenfalls eine Gattung zahmer Hausthiere, deren Rechte hier zu bemerken ſind 1). Man darf damit über keinen fremden Grund und Boden gehen 2), noch ſie in die Kirche mitnehmen 3), ſie in Städten und auf Dörfern nicht frey herumlaufen

laſſen. Die großen und beym Viehſterben 4) alle Hunde müſſen an Ketten angeſchloſſen 5), die Jagd- Hühner- und Windhunde, die nur Jagdherren halten dürfen 6), in Zwängern gehalten, und die Hirten- und Schäferhunde geknüttelt werden. Die Mezger, Fleiſcher und Reiſende haben ſie an Stricken zu führen, oder an dem Wagen anzumachen 7). Auf die Nichtbeobachtung ſtehen außer der Todtſchießung des Hunds Strafen von 1. oder 2. Thalern, und für die Obrigkeit 10. oder 20. Thaler 8).

1) *Henr. Klüver* Electa de jure canum. Stad. 1711. Mart. Pegius Ergözlichkeiten vom Hunderecht ꝛc. Frankf. und Leipz. 1725.

2) G. C. March. T. IV. Abth. I. p 226.

3) *Vrb. Gottl. Sieber* Diſſ. de Cane e templis exterminando. Lipſ. 1712.

4) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 5653.

5) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. I. p. 788.

6) Heß. Kaß. Jagdord. §. 10. 11. 12.

7) Preuß. Kabinetsordre vom 29 April 1755. und Umlauf vom 2 April 1761. in C. C. March. Nov. T. II. p. 87. T. III. p. 8. 10.

8) Von Rohr B. VI. c. 11. S. 941 ff.

1172.

Fortſezung.

Jedem Hunde muß halbjährig oder nach 3. Monaten ſeiner Erwerbung der Tollwurm geſchnitten werden, als zu welchem Ende eigene Perſonen beſtellt

ſind, die Verzeichniſſe und halbjährige Umfrage hal-ten, und förmliche Zeugniſſe ausſtellen. Auf die Un-terlaſſung folgt eine Strafe von 50. Thalern, die Todtſchlagung des Hunds und 2. Thaler Schießgeld. Man zahlt in Städten für den Schnitt 2. Groſchen und auf dem Lande 1. Groſchen, nebſt einem Groſchen für den Zettel 1).

1) Preuß. Reſcript vom 20. Febr. 1767. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 693. 697. Braunſchw. Füneb. L. O. P. III. p. 1040.

1173.

Taubenrecht.

Nur wer eine gewiſſe Anzahl Feldäcker beſizt, kan Feldtauben auf dem Lande halten 1). Die Ablockung fremder Tauben in ſeinen Schlag 2) iſt eine Diebe-rey 3). Iſt es vom Täuber geſchehen, ſo muß die Taube zurückgegeben werden. Sonſt zehlt man die verſchollenen Tauben unter die gemeinen Sachen 4). In den drei Saatzeiten müſſen ſie bey Strafe 2. oder 3. Wochen eingeſperrt werden 5), und man kan ſie er-ſchießen oder wegfangen 6). Wildtauben können vom Jagdherrn zu aller Zeit geſchoſſen werden 7). Von den Tauben muß man oft, gleichwie von dem andern Federviehe, Zehenden geben, und faſt in allen Län-dern Taubenſchlaggeld 8). Mehr will ich nicht vom Taubenrechte anführen 9).

1) C. C. Magdeb. P. III. p. 87. 195. K. Leopold Saz- u. Ord. von Oeſtr. unter der Ens tit. 9. §. 11. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 29. Heß. Darmſtädt. Verord. von 1749. *Fin-*

Finſterwalder Obſervat. Pract. L. III. obſ. 156. n. 28. p. 554. *Lindenſpür.* ad Ord. Prov. Wirtemb. p. 433. Von Rohr Haushaltungsrecht B. IV. C. 12. S. 963. Klingner Samml. Th. I. S. 495. 637. Repert. Jur. Priv. T. III. p. 2458. Eſtor Th. III. §. 1279.

2) Sachſ. Goth. L. O. P. II. tit. 24. c. 3. tit. 23. S. 184. Braunſchw. Lüneb. L. O. P. II. p. 675. n. 95. Niederöſt. L. O. tit. 9. §. 3. 11. Wormſ. Stadtreform. B. V. P. IV. tit. 22.

3) *Ge. And. Müller* Diſſ. de Columbariis. Gieſſ. 1751.

Ge. Ad. Jenichen Progr. de Columbariis. Gieſſ. 1751.

4) Sächſ. Weichbild Art. 119. §. 15. Inſtit. de rer. diuiſ.

5) Altenburg. L. O. tit. 18. Gothaiſche L. O. P. II. tit. 24. Weimar. L. O. tit. 81. Wirtemb. L. O. S. 218. Magdeb. Pol. Ord. c. 20. 29. *Feltmann* de incluſ. animal. c. 21.

6) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. II. p. 675. 699. Wolfenb. L. O. §. 46.

7) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 761.

8) Heß. Darmſt. Verord. von 1749. C. C. Magdeb. P. III. p. 87. Wirtemb. Index der Forſtord. S. 406. Generalreſcr. vom 29 April 1741. in Hochſtetters Extrakt Th. I. S. 262.

9) Mart. Pegius Anhang zu ſ. jur. Ergözlichkeiten vom Recht der Tauben und Hühner. Frankf. u. Leipz. 1723.

Salander oder Jo. Chr. Schade Hühner= Bienen= und Taubenrecht. Erfurt 1723.

Pet. Müller Diſſ. de jure columbarum. Ien. 1685.

Von Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 12. S. 959. ff.

1174.

Bienenrecht.

Die Bienenzucht wird in den Geſezen befördert 1), und im Preußiſchen müſſen die Bauern eine gewiſſe Anzahl Bienenſtöcke halten 2). Ihre Beſchädigung 3) und Vergiftung wird ſehr hart beſtraft 4), und der Bienendiebſtahl nach der Größe des Werths 5). An einigen Orten iſt von den Bienen oder Immen der Zehende 6) oder eine Steuer zu entrichten 7), nicht aber, wenn ſie nahe an den blumenreichen Heiden und Wäldern geſezt werden, von den Forſtämtern ein Bienengeld zu nehmen 8). Die Waldbienen gehören dem Forſt- oder Waldherrn 9), worunter aber nicht die dahin geſchwärmten zahmen Bienen zu rechnen ſind 10), als welche ſowol hier als überhaupt auf einem andern Grunde verfolgt werden dürfen 11). Bienenſchaden und Fütterung bewirkt keinen Pachtnachlaß 12). Das Uebrige bey den Schriftſtellern vom Bienenrechte 13).

1) Schleſ. Samml. B. VIII. S. 420. 652. Braunſchw. Lüneb. Verord. vom 10. Oct. 1765. Heß. Kaß. Verord. vom 14. Merz 1765. bey Eſtor Th. III. S. 683.

2) Flecken- Dorf- und Ackerord. von 1702. §. 35. in C. C. March. T. V. Abth. III. p. 238.

3) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 44.

4) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 81. C. C. March. T. V. Abth. V. p. 190. Eſtor Th. III. §. 1298. *Müller* de jur. ap. §. 3. p. 29. *Carpzov* P. III. Conſt. 35. def. 3.

5)

5) *Abr. Kæſtner* Progr. de apibus eorumque furibus capitaliter puniendis. Lipſ. 1747.

6) Braunſchw. Lün. L. O. P. III. c. 4. p. 1009. Baier. L. O. B. III. tit. 15. Klingner Th. II. S. 365. 388.

7) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5528. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 26. S. 188. Eſtor Th. I. §. 1292.

8) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 238.

9) Brandenb. Waldord. aufm Geb. tit. 60. Gotha. Jagd- und Forſtord. N. IV. §. 7. Koburg. Jagd- und Forſtord. tit. 6. §. 7. Wirtemb. Jagd- und Forſtord. tit. von Immen p. 164. Wirtemb. Realindex der Forſtord. S. 282. Heß. Darmſtädt. Forſtord. §. 77. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 23. §. 12. S. 52.

10) Wirtemb. Forſtord. S. 107.

11) Eſtor Th. I. §. 1297.

12) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. II. c. 2. p. 660. P. IV. c. 5. p. 59.

13) *Pet. Müller* Diſſ. de jure apum. Ien. 1685.
Chr. Gottl. Biener de jure apum ex Legibus Romanis ac Patriis. Lipſ. 1773.
Von Rohr B. VI. c. 13. S. 968. ff.

I. Abſaz.

Schäfereygerechtigkeit.

1175.

Literatur.

Ge. Ad. Struve Diſſ. de jure ouium. Ien. 1680.

Tract. ſel. de jure paſcendi et jure ouium. Cell. 1670.

Io. Wilh. Engelbrecht Diſſ. de eo quod memorabile ac juſtum eſt circa agnos. Helmſt. 1728.

Io. Frid. Rhetius Diſſ. de aſtutiis opilionum. Francof. 1673.

Nicol. Kaſpelherr de verſutiis opilionum. Francof. 1673.

Joh. Ge. Eſtor Abh. wie bald die Lämmer bey einer auf eine gewiſſe Anzahl Schafe eingeſchrenkten Weidgerechtigkeit mitzuzehlen ſind, in den kleinen Schriften Th. III. S. 760.

1176.

Schäfereyrecht.

Die Schafzucht gehört bald zu der kleinern und bald zur größern Viehzucht. Die Leztere wird auf eigenen Schafhöfen und Schäfereyen getrieben, und erfordert, wie alle Gattungen der größern Viehzucht, beſondere landesherrliche Vergünſtigung 1), in deren Ermanglung ſie abgeſchaft werden muß 2).

1) *Schepliz* ad Conſuet. March. Brandenb. P. III. tit. 20. §. 1. Wirt. L. O. tit. 82. §. 20. Kurbaier. Forſtord. art. 35. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 32. §. 3.

2) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 87. 190. Vergl. Sächſ. Lr. B. I. Art. 54.

1177.

Vorzüglicher Gegenſtand der Polizey.

Weil dieſe Thiere außer ihrer Fruchtbarkeit und allgemeinen Nuzen insbeſondere eines der nothwendig-

ſten

ſten Produkte zur Kleidung liefern 1), ſo haben ſie von jeher einen vorzüglichen Gegenſtand der Polizeygeſezgebung ausgemacht 2).

1) *Harpprecht* Vol. VII. Conſ. 65. n. 186. Oecon. for. Tom. I. Hſt. 1. §. 13. 100.

2) Oberpfälz. L. O. tit. 30. Baier. L. O. L. III. tit 14. C. J. Luſat. Sup. tit. 2. p. 298. Pommer. Schäferord. von 1684. Königl. Preuß. Schäferordnung, Berlin 1705. Eine ganze Reihe Märkiſcher Schäferordnungen in Repertorio C. C. March. de 1755. col. 491. 492. C. C. March. Nov. T. IV. p. 7433.

1178.
Beſtimmung der Anzahl Schafe.

Nach einigen Landesordnungen iſt die Anzahl Schafe, die ein jeder halten darf, nach der Hufenzahl 1), oder nach ſeiner Eigenſchaft als Vollbauer, Halbſpänner und Köther beſtimmt 2). Sie müſſen häufig davon gewiſſe Abgaben leiſten 3), die theils Zehenden, Steuern oder Waidzinſe ſind, theils in einer gewiſſen Anzahl Schafe und Lämmer, Waide- Schnitt- und Trifthämmel genannt, beſtehen 4).

1) *Schepliz* ad Conſuetud. March. Brand. P. IV. tit. 20. §. 1. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 38. 39. 51. 52. Schleſ. Recht bey Schickfuß B. III. S. 496. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 32. §. 3. Sachſ. Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 21. Altenburg. L. O. P. II. tit. 3. c. 20. Baier. Lr. P. III. tit. 14. Art. 4. Forſtord. Art. 35. Wirt. Weid- und Schaford. §. 2. *Mevius* P. I. dec. 28. Oecon. for. T. I. Hſt. 1. §. 103.

2) Braunſchw. Lün. L. O. bey Eſtor Th. I. §. 1183. Grupe Obſervat. pag. 975. Struben rechtl. Bedenken n. 122. S. 286.

3) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 37. 50. 52.

4) Eſtor Th. I. §. 1179. 1180. 1181. Repert. Corp. March. de 1755. col. 138.

1179.
In Pommern.

In Pommern darf ein jeder Landmann, der 4. Hufen ſätigen Ackers beſizt, eine eigene Schäferey anlegen, und ſo viele Schafe auf den vermengten Feldern weiden laſſen, als er mit ſeinem eingeheimſten Heu und Futter überwintern kan, wobey ihm zugleich der Hordenſchlag gebührt 1).

1) Hinterpommer. Schäferord. tit. 4. *Stryk* de feud. Pomer. C. V. n. 47. *Mevius* P. I. deciſ. 128. Von Rohr B. VI. c. 8. §. 30.

1180.
Beförderung der feinen Schaafzucht.

In Ländern, wie in Wirtemberg, wo gute und viele Schafwaiden vorhanden ſind, iſt man nicht ſowol um die Anzahl als um die gute Gattung der Schafe bemüht. Die Zaupelſchafe müſſen des Nachts im Stalle ſeyn, werden zweimal geſchoren, und vermehren ſich zweymal des Jahrs, ſind kleiner, weichlicher und der Räude leichter unterworfen als die reinen, die mit den Flämiſchen Schafen von einerlei Gattung, lange und ſtärkere Wolle geben. Auſſer auf dem Alpgebirge und

an rauhen Orten, wo die Dorfsobrigkeiten erkennen, daß ſie mit Nuzen fortkommen, darf man bey Strafe von 20. Gulden keine Zaupelſchafe halten 1), und die Zahlmeiſter ſollen dieſelben ſo gleich aus dem Lande ſchaffen. Eben daher iſt auch befohlen keine Böcke ſtatt der Störe, und überhaupt keine andere Störe, als welche gute und zarte Wolle haben, zu dulden, ferner die braune, graue, grieſe und ſchwarze Schafe abzuſchaffen 2).

1) Wirtemb. L. O. tit. 82. §. 36. Wirt. Generalreſcr. vom 27 Merz 1688. u. 13. Febr. 1725. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 163. 256. Abth. I. p. 99.

2) Wirt. Gen. Reſcr. vom 15 Dez. 1654. C. C. March. T. V. Abth. II. p. 334. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5333. Heß. Kaß. Verord. vom 10 Jun. 1721.

1181.

Verordnung wegen den Schmierſchafen.

An einigen Orten, wie in Schleſien, Mecklenburg und in der Lauſiz, iſt die Haltung der Schmierſchafe verboten, und an andern müſſen ſie bloß beſonders gehütet werden 1).

1) Mecklenb. Pol. Ord. S. 153. Schwed. Pommer. Schäferord. v. 1616. Cod. Aug. T. I. p. 1677. Gabke Baurenrecht, Abſch. XV. §. 515. Eſtor Th. I. §. 1171. 1169. Oecon. for. T. I Hſt. 1. §. 114. S. 108. 109.

1182.

Schäfer.

Der Regel nach können auch keine andere Perſonen, als gelernte Schäfer, Schäfereyen halten, und Waiden beſtehen. Wenn alſo eine andere Perſon eigene Waiden hat, und zu einer Schäferey berechtiget iſt, ſo ſoll ſie dieſelbe durch gelernte Schäfer hüthen laſſen; diejenige aber, welche zwar von eigenem Futter Schafe überwintern können, aber keine eigene Waiden haben, und daher ſolche beſtehen wollen, können dazu Erlaubnis erhalten, wofür ſie auf 100. Stück alte Waare 10. Fl. und auf 100. Stück Lämmer 5. Fl. bezahlen müſſen 1). Hievon aber ſind die geiſtlichen und weltlichen Beamte gänzlich ausgeſchloſſen. Einem Schäfer, der von einer Kommun, die ihre Waide mit eigener Waare beſchlägt, angenommen wird, darf nicht weiter, als einem Meiſter 50. und einem Knechte 25. eigene Stücke für ihre Beſoldung zu halten geſtattet werden, wenn nicht wichtige Urſachen vorhanden ſind 2). Hingegen darf er ſtatt dieſes keine fremde Schafe, unter dem Schein, dadurch zu eigenem Saamen zu kommen, um ein Waidgeld in Beſtand nehmen, und auf die Waide ſchlagen, bey 5. Fl. Strafe, die auch der Verleiher bezahlen muß 3). Die Aufbringung der Schaafzucht ſelbſt erfordert ferner, daß der Schaafe wohl gewartet, die Krankheiten derſelben, beſonders die Anſteckung verhütet und geheilt werde 4). Zu dieſem Ende liegt alles daran, tüchtige Schäfer zu haben; es ſoll

daher

daher keinem eine Heerde anvertraut werden, der nicht von den Ober= und Kerzenmeiſtern der Schäferzunft tüchtig erfunden 5) und zuweilen dem Forſtamte vorgeſtellt worden 6).

1) Wirt. Gen. Reſcr. vom 22. Aug. 1708. 19 May 1725. u. 17. Aug. 1764. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VI. c. 9. S. 927. ff.

2) Wirt. L. O. tit. 81. §. 19. Repertor. C. C. March. de 1755. col. 494. 495.

3) Wirt. L. O. a. a. O. §. 32. Von Rohr a. a. O. §. 10.

4) Heß. Kaß. Wollenord. von 1721. C. C. March. Cont. III. p. 40.

5) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 44. 63. 85. 118. 16. 29. 43. 61. 83. 117. 135. 158. 181. 237. 284. 317. T. IV. Abth. I. p. 788. 791. C. C. March. Nov. T. I. p. 363. Wirt. Gen. Reſcr. v. 27. May 1688. n. 9. vom 27. Aug. 1708. und 27. Aug. 1764.

6) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 227.

1183.

Schäferknechte.

Die Schäfer und Knechte werden auf Schaaf= und Waideordnungen beeidigt 1). Beſonders aber iſt auf ihre Betrügereyen Acht zu haben, und damit man allenfalls des Schadens verſichert ſeyn möge, ihnen bei der Annahme Kaution abzufordern 2). Dieſes verſteht ſich theils auf das Kommerciren und Auswechſeln mit ihren eigenen Schaafen, theils mit fremden, weswegen

alle

Schafe, wie auch die Lämmer an den Ohren gezeichnet, und die ungezeichnete, und ganz öhrichte confiſcirt werden ſollen 3). Die Lämmer ſollen gleich im Frühjahr, und die ſpäter fallen, in der Schur oder längſtens bis Jakobi gezeichnet werden 4). Wenn die Schäfer unter ihrer Heerde anbrüchige Schafe wahrnehmen, ſollen ſie ſolches ſowol der Obrigkeit als dem Eigenthümer ſogleich anzeigen, widrigenfalls nicht nur zum Erſaz des Schadens angehalten, ſondern auch geſtraft werden 5). Sie ſollen aber auch nicht betrüglicher Weiſe eine Heerde unzeitig verſchreien, oder verdächtigen Perſonen, welche die Heerde an fremde Orte zu verkaufen ſuchen, geſtatten, einige Stücke aus einem beſondern Haufen heraus zu fangen, und anzugreifen, ſondern dergleichen Leute ſogleich den Beamten anzeigen und arretiren 6). Zu Verhütung der Krankheit und der Anſteckung iſt verordnet, daß ohne Noth keine ausländiſche Schafe in Pacht genommen 7), Gänſe und Schweine nicht auf die Schaafwaiden und an die Oerter, wo die Schaafe pferchen, getrieben werden, die Schaafſtälle von den Schwein- und Federviehſtällen abgeſondert ſeyn, und durch die Deputirten von jedem Ort viſitirt, und vor dem Winter wohl gereinigt werden 8).

1) Wirt. Gen. Reſcr. vom 27. May 1688. n. 1. L. O. tit. 82. Von Rohr §. 6. 7. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 181. 247. 284. 318. 218.

2) angef. Gen. Reſcr. n. 3. C. C. March. T. V. Abth. III. p. 248. 285. 318.

3) Wirt. Gen. Reſcript vom 13. Febr. 1725. und 18. May 1754.

4)

4) Kurbraunſchw. L. O. P. III. c. 4. p. 988. ff. jedoch nicht mit Theer und Wagenſchmiere, C. C. March. T. V. Abth. II. p. 364. C. C. March. Nov. T. II. p. 287.

5) Wirt. L. O. S. 177. Gen. Reſcr. vom 27. May 1688. n. 8.

6) Wirt. G. R. a. a. O. n. 8. 10. 11.

7) Wirt. L. O. tit. 82. §. 8. 10.

8) Wirt. Gen. Reſcr. vom 27 Merz 1688. n. 14. 19. u. 30. Merz. 1723. 7. Nov. 1733. 2. Oct. 1747.

1184.

Vorſicht gegen die Schaafräude.

Es ſollen die Schaafe ſowol, wenn ſie auf die Waide geſchlagen, als wenn ſie auf die Winterfutterung gebracht werden, zuvor beſichtiget 1), keine fremde unſaubere Waare durchs Land zu treiben geſtattet, bei Ausfuhr angeſteckter Waare aber, um Wegweiſer gebeten werden. Selbſt von ſolcher Waare kommende Felle und Wolle ſollen an den Gränzen zurückgewieſen werden 2). Die Pferchmeiſter haben fleißige Obſicht zu tragen, und wo ſich etwas verdächtiges findet, ſolche aus dem Haufen zu fangen, zu beſchauen, und wenn ſich Zeichen der Räude äuſſern, todtſchlagen und tief zu vergraben. Doch verſteht ſich dieſes nur auf den Fall, wenn nur einige wenige angeſteckt ſind; wären es aber mehrere, ſo ſollen dieſelbe ſogleich von den andern abgeſondert und außer Land verkauft, bis aber dieſes geſchehen kann, in der Markung gebannt, und in einen beſondern Pferch geſchlagen werden 3).

1) Wirt. G. R. a. a. O. n. 13. L. O. §. 34. 35.

2) Wirt. Reſcr. vom 15 Febr. 1686.

3) Wirt. Gen. Reſcr. v. 27. May 1688. n. 15. 44. vom 10 Oct. 1605.

1185.
Schaafbeſichtigung.

Die Beſichtigung der Schaafe iſt nicht nur den Pferchmeiſtern und Viehbeſchauern jedes Orts, ſondern auch in Wirtemberg den aufgeſtellten 4. Zahlmeiſtern, jedem in ſeinem Diſtrikte, aufgetragen. Es muß jährlich 2. mal, im Früh- und Spätjahr geſchehen. Sie haben von jedem 100. Stück Schaafe 15. Kreuzer Zahlgeld, und den 4ten Theil von allen deferirenden Schaafen. Jngleichen von Extra-Verrichtungen, wenn er über Nacht bleibt, 2 Fl.; wo nicht, 1. Fl. 30. Kreuzer 1).

1) Wirt. Gen. Reſcr. vom 13. Febr. 1725. 8. May 1740. und 1. Oct. 1746.

1186.
Vorſorge wegen der Abſchlachtung.

Da die Abſicht der Schaafzucht zuförderſt dahingeht, daß man genug Fleiſch zur Konſumtion im Lande haben möge, ſo nehmen die Geſeze darauf zuerſt Bedacht. Es iſt daher verordnet, daß die Unterthanen, welche mit eigenen Schaafen die Sommer- und Herbſtwaide im Lande beſchlagen, oder Winterfütterung brauchen, in der Schaar und dem Auswurf nicht auf andere Heerſchaften treiben, um daſelbſt die Schaar und

und Auswurf auszuhalten, und mithin die Wolle und den Auswurf allein den Unterthanen zu verkaufen ſchuldig ſeyn ſollen. Wenn auch Ausländern erlaubt wird, eine Sommerwaide zu beſchlagen, ſo ſoll ihnen einbedingt werden, den Auswurf im Lande vorzunehmen, und den halben Theil im Herzogthum zu verkaufen 1). Die Mezger und Fleiſcher dürfen aber auch von dem Auswurf Hämmel und Schafe einzeln und in ziemlicher Anzahl einkaufen, und vereinzeln, aber nicht in andere Wege verhandiren. Von dem Auswurf ſelbſt darf vor St. Gallen (16. October) nichts, nach St. Gallentag bis auf Nikolai (6. December) zu ihrer Nothdurft, und nicht zum Vorkauf an dieſelbe verkauft werden 2).

1) Wirt. L. O. tit. 82. §. 16.

2) a. a. O. §. 17. 18. Wirt. Gen. Reſcr. vom 31. Merz 1750. 13. Aug. 1776.

1187.

Vorſorge für die Wolle.

In Anſehung der Wolle, welches die zweite Abſicht der Schaafszucht iſt, gehen die Geſeze auf die Güte derſelben, und verordnen zu dem Ende, daß die Schafe vor der Schur ſauber gewaſchen, und nichts unreines in die Schäper eingebunden werden ſoll 1). Ferner ſoll die Lämmerwolle beſonders geſackt 2), keine Wolle von krepirten Schafen unter gute gemiſcht, noch die ſchlechte Wolle vor gute verkauft werden 3). In Anſehung des Verkaufs der Wolle an Ausländer

ge=

gebührt überhaupt den Unterthanen der Vorkauf, und wer daher Wolle zu verkaufen hat, muß dieſelbe entweder auf den Markt bringen, oder doch den Tuchmachern anbieten; auf dem Markt ſelbſt darf vor 12. Uhr niemand Wolle kaufen, als wer dieſelbe zum Hausbrauch oder Handwerk nöthig hat. Und den Ausländern darf die Helfte der von ihnen erkauften Wolle 5) ausgelößt werden. Ferner ſind die Fremden, die ihre Schafe im Lande weiden, verbunden, die Wolle darin zu verkaufen, gleich den Unterthanen. Ferner dürfen Fremde gar nicht, wol aber die Unterthanen auf Wolle nach der Rechnung leihen. Der Preis der Wolle wird durch eine Zuſammenkunft der vier Zahlmeiſter und zwei Tuchmeiſter über und zwei unter der Steig beſtimmt. Es iſt aber jezo ſowol dort 6), als in den Preußiſchen Staaten 7) zum Beſten der Wollmanufakturen aller Wollenverkauf außer Lands bey Konfiſkationsſtrafe verboten, und das gilt auch in Anſehung der bewollten Schaffelle 8), und der bewollten Schafe und Hämmel 9).

1) C. C. March. T. V. Abth. II. p. 230. Wirt. L. O. tit. 64. §. 9. Kurbraunſchw. L. O. P. III. c. 4. p. 988.

2) C. C. March. Nov. T. II. p. 473.

3) Wirt. L. O. a. a. O. §. 10. 11.

4) Wirt. L. O. tit. 64. §. 11.

5) Wirt. Gen. Reſcr. vom 3. May 1740. in Hochſtetters Extrakt S. 90. Vergl. *Erbe* de jure retrah. res mob. ſpeciatim Wirt. §. 11. p. 29.

6)

6) Wirt. Generalreſcr. vom 31. May 1773. Heß. Kaß. Verord. vom 21. Dez. 1750.

7) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5711. T. V. Jahrg. 4. p. 271. C. C. M. T. V. Abth. I. p. 119. 120. 123. 126.

8) C. C. March. Cont. II. p. 187.

9) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 169. 229.

1188.

Pferchrecht.

Den Pferch oder Hordenſchlag, welcher der dritte Nuzen der Schafzucht iſt 1), hat derjenige, ſo eine Schäferey hat, der Regel nach, und gebraucht ihn entweder für ſich allein, oder für ſich und für andere 2). Nur darf keiner ſeinen Pferch außer und ab der Markung ſezen, noch brauchen bey Strafe 3 Pfund Heller. Desgleichen darf auch kein herrſchaftlicher Schäfer außerhalb den herrſchaftlichen Höfen, einem andern noch ihm ſelbſt auf eigene Güter, ohne Erlaubnis des Zahlmeiſters oder des Beamten, den Pferch ſtellen 3). Die Kommunen haben von ihren eigenen Schäfereyen den Pferch beſonders zu genießen, und theilen denſelben entweder aus, oder ſie verleihen ihn an die Bürgerſchaft 4). Im erſten Fall ſoll Gleichheit gehalten, und um den Pferch geloßt werden, oder derſelbe der Ordnung nach umgehen. Die Landgefährte der Schäfer ſollen des Nachts in keiner andern Markung pferchen, als wo ſie des Tags über geweidet haben 5). Wenn die Waiden verliehen, und der Pferch dem Schäfer nicht überlaſſen wird, ſo pfercht dieſer als-

denn entweder ums Geld, oder um den dritten Theil des Ertrags, welches folglich bald ein Verkauf, bald eine Pachtung.

1) *Klock* de Aerar. c. 4. n. 32. *Bilderbeck* Reſolut. 3. p. 224.

Io. Sam. Stryk Diſſ. de jure cratium. Hal. 1700.

2) Wirt. L. O. tit. 82. §. 30, 31. Von Rohr B. VI. c. 8. §. 25. S. 921. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XXIII. n. 3. 4. Th. LXXVIII. n. 5. Strube rechtl. Bed. Th. I. n. 122. Th. II. n. 75. Th. IV. n. 117.

3) *Struv* de jure ovium c. 6. p. 76.

4) Hinterpommmer. Schäferord. tit. 4. Wirt. L. O. tit. 82. §. 29. Generalreſcr. vom 7. Nov. 1733. Kommunord. K. III. Abſch. 7. §. 9. 11. Von Rohr a. a. O. §. 26.

5) Wirt. Kommunord. a. a. O. §. 21. Gen. Reſcr. vom 30 Merz 1723.

1189.

Fortſezung.

Wer die Waidgerechtigkeit beſizt, darf ſich aber nicht immer des Pferchrechts anmaßen, ſondern muß ſich oft mit der bloßen Lagerung begnügen 1), indeß wird er im Zweifelsfalle in jenes Beſize geſchüzt 2).

1) *Berger* Oecon. jur. p. 307. Klingner Samml. zum Dorf- und Bauenr. Th. II. S. 109. 616. 732. 734. 742. Von Rohr §. 31. S. 927.

2) Von Rohr §. 25. S. 920.

1190.
Fortſezung.

Die adelichen Hinterſaſſen müſſen oft ihre Schafe dem gutsherrlichen Schäfer untergeben, der dann hernach bloß die Herrſchaftsäcker damit pfercht 1).

1) Urthel in Sachen J. P. von der Oſten wider die Dorfſchaft Natelſiz in Pommern von 1685. Urthel in Sachen Joh. Ge. von Dewiz wider die Bauern zu Großen Bonz von 1688. und bey Rohr S. 926. Eſtor Th. III. §. 20.

1191.
Landgefärthe im Reiche.

In Anſehung der Waide hat die Wirtembergiſche Renthkammer das Regal des Landgefährts. Es beſtehet ſolches in dem Recht, die Winterſchafwaiden der Unterthanen zu benuzen, und ſie entweder mit herrſchaftlichen Schafen zu befahren, oder das Waidrecht andern Perſonen zu ertheilen. Es giebt Mayer- und Erblehenhöfe, (deren einige zum Kirchengut gehören) die zum Landgefährte berechtiget ſind. In Anſehung der Ausübung dieſes Rechts iſt in den Landtagsabſchieden verglichen, daß jeder, dem daſſelbe geſtattet wird, jährlich einen neuen Waid- und Landbrief mit einer beſtimmten Anzahl Schafe ſuche und erlange, und daſſelbe nicht länger als von Martini bis Petri Stuhlfeyer (12. Febr. alt. St.) gebrauche. Denjenigen, welche darüber auf das Landgefährt treiben, ſollen ihre Briefe abgenommen, und ſie mit ihrer Heerde nach Hauſe gewieſen werden. Es iſt aber

dieſer Termin bey Privatperſonen auf Wieſen und unbeſäeten Feldern bis auf den 14. Merz, und bey herrſchaftlichen Schäfereybeſtändern bis auf Georgi ausgedehnet worden 1).

1) Wirt. Landtagsabſchied von 1618. General-Reſcr. vom 14 Jul. 1618. 2 Merz 1747. und 27. Febr. 1748.

1192.
Fortſezung.

Es iſt dabey zu bemerken, daß es niemand erlaubt ſey, Schafe auf das Landgefährt zu geben und anzunehmen. Auf die Uebertretung iſt die Konfiſkation der Schafe, und der Verluſt der Schäfereygerechtigkeit geſezt 1), ſondern die Schäfer dürfen nur ihre eigenen, und diejenige Schafe, ſo ſie überwintert haben, auf das Landgefährte treiben 2). Es wird ihnen auch eine gewiſſe Marſchroute vorgeſchrieben, und ſie ſollen auf keiner Waide länger, als über Nacht bleiben, wenn es nicht die Witterung unvermeidlich macht 3). Desgleichen ſoll ſich jeder Landgefährtsſchäfer bey ſeiner Abfarth aus ſeiner Markung ein obrigkeitliches Atteſtat geben laſſen, daß er nicht über die beſtimmte Zeit mit ſeinem Haufen geblieben ſey, auch nirgends keinen Schaden gethan habe 4). Es darf auch kein Landbrief bey 20. Thaler Strafe an jemand anders verhandelt werden, und, wenn es geſchehen, ſoll der Brief weggenommen, und die Sache berichtet werden 5). Mayer und Erblehenhofinnhaber, welche ſich eine ſolche Kontravention zu Schulden

kom-

kommen laſſen, werden mit 20 Thaler Strafe belegt. Wenn endlich 2. Haufen auf einer Markung zuſammen kommen, muß der Leztankommende gleich weiter fahren, und ſich nach ſeinem Striche richten.

1) Wirt. Fleiſch- und Mezgerord. S. 9. 10 Gen. Reſcr. vom 14. Jul. 1618.

2) Wirt. Kommunord. C. I. §. 21.

3) Wirt. Gen. Reſcr. vom 30 May 1723. Index der Wirt. Forſtord. S. 346.

4) Wirt. Kommunord. §. 21. Index der Forſtord. S. 346.

5) Wirt. G. R. vom 27. Merz 1688. und vom 3. Merz 1723.

X. Kapitel.
Brandteweinbrennerey.

1193.
Landwirthſchaftliche Befugnis.

Jeder eingerichteten Landwirthſchaft iſt das Brandtweinbrennen zum Hausbrauche und zum Verkaufe 1), aber nicht zur Verſellung erlaubt, und erſtreckt ſich darüber weder der Städtiſche Meilenzwang 2), noch iſt es für bürgerliche Nahrung zu achten 3).

1) *Chr. Lud. Scheidt* Singularia quæd. de eo quod juſtum eſt circa vinum aduſtum, præcipue ad vſum terrarum Brunſw. Lun. Goett. 1739.

Ferd. Aug. Hommel Diſſ. de jure vini aduſti. Lipſ. 1753.

2) *Cramer* T. III obſ. 359. *Pufendorf* T. III. obſ. 89. *Mencken.* Syſt. Jur. Civ. p. 291. *Hommel* cit. Diſſ. §. 8. 11.

8. II. p. 14. 15. 20. *Scheidt* cit. l. §. 8. Von Rohr c. 5. §. 5. Ausnahmen bey Fürſtenwalde. C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 125. und in Schleſien Oecon. for. T. I. p. 43.

3) Ausnahme in der Neumark C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 156.

1194.

Ausnahme der Schenkgerechtigkeit.

Da aber ſehr oft und in den Städten beſtändig die Schenkgerechtigkeit damit verknüpft wird, die nur vermög des Polizeyrechts von der Landesherrſchaft ertheilt werden kan, ſo folgt, daß ohne Erlaubnis der Kammer weder in Städten, noch auf dem Lande keine Verſellung des Brandteweins geſchehen darf 1).

1) Pommer. Grundgeſ. S. 30. 335. Mecklenb. Erbvergl. §. 250. Goth. L. O. S. 170. Heß. Kaß. Landtagsabſch. von 1731. §. 10. Grebenord. tit. 37. §. 6. S. 89.

1195.

Selbſt bey Gaſt- und Bierwirthen.

Selbſt wer Gaſt- oder Bierſchanksgerechtigkeit erlangt hat, iſt zur Brandteweinbrennerey in der Rückſicht nicht berechtiget 1).

1) C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 120.

1196.

Kammerregal.

Die Kammer empfängt für das Privilegium das Konzeſſions- Recognitions- und Proviſionsgeld, und ür den jährlichen Genuß den Blaſenzins, und das Keſ-

Keſſelgeld 1), zu deſſen Erhebung keine Gerichtsherrſchaft oder Stadtobrigkeit befugt iſt 2), obſchon hiebey manchmal eine Ausnahme 3) gefunden wird.

1) Rechtsbegründete Abhandl. vom Brandteweinbrennen und jährlicher Bezahlung des Keſſelgelds. Roſtock 1754.

2) Von Rohr Haushaltungsrecht B. IX. c. 5. §. 4. Eſtor Th. I. §. 1527. C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 156.

3) *Horn* Cl. II. Reſp. 20. p. 111. *Hommel* Rhapſod. quæſt. Coll. IV. n. 97. *Müller* in Pract. rer. for. March. Reſp. 3.

1197.

Polizeyeinſchränkung.

Die Landesherrſchaft kan den Gebrauch des Getreides beym Brennen einſchränken, oder gar verbieten, über die ächte Zubereitung Aufſicht haben 1), dabey die Feuersgefahr verhüthen 2).

1) Repert. C. C. March. de 1755. col. 147. C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 58. Verord. der Stadt Wittenberg vom 4. Febr. 1628. bey Rohr S. 1400.

2) Frankf. Pol. Ord. P. VIII. tit. 5. n. 6.

1198.

Zwangsbrandtewein.

Oft ſind die Gutsherrſchaften und die Erbkrüger, wenn dieſe das Recht durch dreyßigjährigen Beſitz erlangt haben 1), das ganze Dorf mit Brandtewein zu verlegen berechtiget 2), welches dann eine Art von Zwangsrecht macht.

1)

1) C. C. March. Cont. I. p. 119.

2) C. C. March. T. IV. Abth. IV p. 154. 164. Abth. III. p. 100. 114. Cont. I. p. 25. Tom. V. Abth. I. p. 101. 114.

1199.

Perſonen, die des Brandteweinbrennens unfähig.

Im Preußiſchen dürfen die Landprieſter und Dorfküſter nicht einmal zum Hausbrauche und für ihre Arbeiter Brandtewein brennen 1), noch die Edeleute 2), Beamte, Schulzen, denſelben verkaufen 3). Weder Müller 4) noch Bauersmann darf für ſich welchen brennen 5).

1) C. C. March. Cont. I. p. 59.

2) T. VI. Abth. I p. 483. T. IV. Abth. IV. p. 89.

3) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 100. 114. T. IV. Abth. IV. p. 107.

4) ibid. T. IV. Abth. IV. p. 157. Cont. I. p. 46.

5) T. IV. Abth. IV. p. 89. 164. Cont. I. p. 47.

1200.

Acciſe und Blaſenzins.

In einigen Ländern empfangen die Kammern vom Brandteweinſchank den Krugzins, das Halbthalergeld, Umgeld, oder die Acciſe 1), und vom Brennen ſtatt des abgeſchaften Blaſenzins eine gewiſſe Abgabe vom Brandteweinſchroot 2).

1) C. C. March. T IV. Abth. III. p. 148. 462. 467. Wirt. Tax-ord. S. 43. Extrakt Th. I. S. 217. Th. II. S. 7. Erbvergl. Cl. IV. S. 13. S. 104. Von Rohr c. 5. §. 2.

2) C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 156. T. IV. c. 5. p. 393. 5829. 5989. 578. n. 10. 14.

1201.

Beſondere Verfaſſungen.

An andern Orten und zwar in Städten ſtehen die Brandteweinbrenner miteinander in einer Zunftverfaſſung. In der Neumark ſtehet, wenn dabey keine Feuersgefahr zu beſorgen, das Brandteweinbrennen jedem Bürger zu 1). Oft iſt es den Einwohnern des platten Landes verboten 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 156.

2) C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 89. 164. Cont. I. p. 47.

III. Abſchnitt.

Forſtrecht.

1202.

Literatur.

Ge. Conr. Kreyſig Bibliotheca ſcriptorum venaticorum, continens ſimul auctores, qui de venatione, aucupio, piſcatura &c. ſcripſerunt. Altenb. 1750.

Ab. Fritſch Corpus Juris venatorio-foreſtalis Roman. Germ. cum praefat. *Sam. Strykii* Lipſ. 1702.

Fried. Ulr. Stiſſer Forſt- und Jagdhiſtorie der Teutſchen, vermehrt von Heinr. Gottl. Franke. Leipzig 1754.

Noe Meurer Jagd- und Forſtrecht. Marb. 1602.

Seb. Krayſer Jus foreſti Rom. Bavaricum. Neob. 1650.

Io. Iac. Reinhard de jure foreſtali Germanorum, nec non de jure in Germania celeberrimo Märckerrecht dicto. Francof. ad Moen. 1759.

Io. Dav. Koehler Diſſ. de caſtro Imp. foreſtali Brunn. Alt. 1728.

Io. And. Hoffmann de jure foreſtali.

Fr. Karl Buri behauptete Vorrechte der alten königlichen Bannforſte, insbeſondere des Reichslehenbaren Wildbanns zu der Dreyeichen. Frankf. am Main 1744.

Joh. Ad. Kopp gründl. Bericht von dem uralten Reichs- und Königsforſt zur Dreyeichen, auch damit verknüpften Reichsvogtey zu Münzenberg und beſonders dem Wildbann im Heuſenſtammer- und teutſchen Herrenwald. Offenbach 1736.

Joh. Jod. Beck de jurisdictione foreſtali, ſiue von der forſtl. Obrigkeit, Forſtgerechtigkeit und Wildbann, nach der Ausgabe von **J. G. Klingner.** Frankf. u. Leipz. 1748.

Joh. Gottl. Pietſch Verſuch eines Entwurfs der Grundſäze des Forſt- und Jagdrechts. Leipzig 1779. Dieſes Buch iſt ſehr ſeicht, ohne Kenntnis der geſezlichen Quellen und Literatur, und meiſt nur aus trivialen Büchern nachgeſchrieben.

1203.

Rechtsquellen.

Man hat in Teutſchland eine Reihe Forſtordnungen, die zum Theil von Fritſch 1) geſammelt worden, zum Theil aber noch ſtark zu vermehren ſind 2). Ich will hier bloß die Preußiſchen anführen, die zu meiner Wiſſenſchaft gekommen ſind. Neumärkiſche Holzordnung von 1590. 3), Kurfürſt Joh. Georgs Holzordnung vom 23. May 1593. 4), Märkiſche Holzordnung vom 1. Febr. 1622. 5), Renovirte und verbeſſerte Holz- Maſt- und Jagdordnung, vom 20. May 1620. 6); Kurfürſt Joachims Holzordnung von 1547. 7); Holzordnung von 1556. 8); von 1563. 9); Neumärkiſche Holzordnung von 1551. 1563. 10); Holzordnung vom 4. Jenner 1571. 11); Holzordnung für die Unterförſter der Neumärkiſchen Städte vom 25. April 1751. 12); Allgemeines Forſtreglement vom 3. Oct. 1754. 13); deſſen Erweiterung vom 26. Nov. 1754. 14); Reſcript an die Magdeburgiſche, Neumärkiſche und Preußiſche Kammern, wegen beſſerer Forſtwirthſchaft, vom 29. Nov. 1754. 15); Forſtordnung für Oſtfriesland, vom 14. May 1770. 16); Forſtordnung für Oſtpreußen und Lithauen, vom 3. Dez. 1775. 17); Forſtordnung für Pommern, vom 24. Dez. 1777. 18); renovirte und verbeſſerte Holz- Maſt- und Jagdordnung für Pommern, von 1719.; Hinterpommeriſche Jagd- und Holzordnung von 1681.; Inſtruktion für die Kurmärkiſchen Stadtforſtmeiſter vom 17. Febr. 1778. 19); Königl. Umlauf wegen beſſerer Be-

Bewirthſchaftung der Privatforſten, vom 17. Jul. 1782. 20); Kurfürſt Johann Siegmunds Holzordnung von 1610. 21); Renovirte und verbeſſerte Holz = Maſt- und Jagdordnung in der Mittel-Alt-Neu- und Uckermark vom 20. May 1720. 22); Holz = Maſt = und Jagd- ordnung für Schleſien und Glaz, vom 2. Dezember 1750. 23); dergleichen neu revidirt vom 19. April 1756. 24). Inſtruktion für die Königlichen Förſter und Unterförſter in Schleſien, vom 25. November 1769. 25). Inſtruktion an die Schleſiſchen Forſtämter über einige Verbeſſerungen beym Forſtweſen, vom 20. Jun. 1768. 26); Forſtordnung für die Schleſiſchen Gebirgsforſten 27); Magdeburgiſche und Halberſtädtiſche Holz = und Jagdordnung 28).

1) P. III. Corp. Jur. Venat. foreſt.

2) als aus Moſers Grundſäzen der Forſtwiß. Th. II. Schaumburgs Einl. in die Sächſ. Rechte Th. II. Ferner gehört hieher: Holz = und Jagdordnung für Schleswig und Holſtein, vom 24. April 1737. in C. C. Holſat. T. II. P. IV. Abth. 4. n. 1. p. 1245. Kurmainz. Wald = Forſt = Jagd = und Fiſchereyordnung vom 5. Nov. 1744. bey Scopp in der Einleitung zur Amtsverwalt. und Berechnungen S. 280. Kurmainz. Bußord. ebendaſ. S. 362. Mecklenburg. verneuerte und vermehrte Forſt- und Holz- auch Jagd- und Wildordnung, Schwerin 1706. Sachſ. Weimariſche Jagd = und Weidwerksordnung vom 27. Jenner 1704. in Fellers Zuſäzen zu Spatens Sekretariatkunſt Th. II. Vorſt. 4. S. 918. Oeſterreichiſche Jäger = und Reißgejaidsordnung von 1743. beym Scopp S. 226. Heſſen-Kaſſeliſche Jagdordnung von 1722.

3) C. C. March. Abth. I. Tom. IV. C. I. n. 3. p. 495.

4) cit. l. n. 4. p. 506. 5) ibid. n. 9. p. 527.

6) n. 104. S. 683. 7) Anh. I. n. 1. p. 771.

8) n. 2. p. 775.

9) n. 3. p. 778. 10) n. 4. p. 782.

11) n. 5. p. 790.

12) C. C. March. Nov. T. I. p. 74.

13) ibid. n. 62. p. 691. 14) n. 80. p. 707.

15) n. 83. p. 710. 16) T. IV. n. 37. p. 6783.

17) Tom. V. Jahrg. 5. p. 271. 18) Tom. VI. p. 1057.

19) ibid. n. 7. p. 2206.

20) Tom. VII. n. 34. p. 1486.

21) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 191.

22) ibid. T. IV. Abth. I. p. 683. n. 104.

23) in der Korn. Samml. Schleſ. Ord. B. III. S. 902.

24) ebendaſ. B. VI. S. 387. n. 80.

25) a. a. O. B. XI. S. 272. n. 58.

26) B. X. S. 214. 27) Glogau 1778.

28) Magdeburg 1743.

1204.

Erklärung eines Forſts.

Ein Forſt iſt ein ſolcher Landesdiſtrikt, worauf einem die Forſtgerechtigkeit zuſtehet, und die zuweilen durch einen eigenen Bedienten ausgeübt wird. Sonſt wird das Wort Forſt noch in mancherlei Bedeutung genommen 1).

1) Eſtor Th. I. §. 1753. 2441. Th. III. §. 1752. 1754. 2441.

1205.

Forſtgerechtigkeit.

Die Forſtgerechtigkeit enthält die Befugnis, auf einem gewiſſen Bezirke von Gehölze, Buſchwerk, Heide, Feldern, Waſſer, das Waldrecht, Jagdrecht, die Forſtpolizey, und Forſtgerichtsbarkeit auszuüben.

1206.

Eintheilung des Forſtrechts.

Daher ſich das Forſtrecht im weitläufigern Sinne in eigentliches Forſtrecht, oder Forſtpolizeyrecht, Waldrecht, und Jagdrecht abtheilt 1) und einem Edelmanne, der das Forſtrecht zu Lehen erhalten hat, gebührt das Jagdrecht 2).

1) Von Cramer Abhandl. von rechtl. Vereinbarung des Waldeigenthums, Beholzungsrechts und der herrſchaftl. Wildbahn, wie auch der forſtl. Herrlichkeit, in den Wezlar. Nebenſt. Th. V. S. 37.

2) gegen *Hellfeld* in Elem. Jur. feud. c. V. §. 96.

1207.

Verſchiedene Bedeutung des Worts Forſt.

Ein anderes iſt ein Forſt, eine Waldung, ein Buſch, eine Heide, ein Hain, eine Huth, ein Jagdbezirk, ein alter Königsbannforſt, eine Holzmarke, ein Vorholz, ein Hochwald, ein Laubholz, ein fähriger Wald, ein junger Hau, ein Wildbann, eine Wildbahn und Wildfuhre 1).

1)

1) Eſtor Th. I. §. 1753. 1754. 2444. 1769. Th. III. §. 2441. *Oetinger* l. I. c. 10 n. 19. ſeqq.

1208.

Gebannter Forſt.

Ein gebannter oder gehegter Forſt oder Wald iſt ein ſolches Gehölze, worinn jedermann auſſer dem Eigenthümer und demjenigen, der darinn eine Dienſtbarkeit erworben hat, zu jagen, zu fiſchen, zu holzen, zu waiden und zu graſen verboten iſt 1). Ehemals bezog ſich der Bann hauptſächlich auf den ausſchließenden Gebrauch und die Hegung des Wildpretts, und ward mit beſondern Feyerlichkeiten angelegt 2).

1) *Hert.* de ſuper. territ. §. 48. *Reinhard* de jurisd. foreſt. c. I. §. 4.

2) *Hontheim* in Hiſt. Trevir. dipl. T. I. p. 232.

1209.

Falſche Lehenrechtsmeinung.

Es iſt unrecht, wenn die Rechtsgelehrten behaupten, ein Vaſall, der mit dem Forſtrechte belehnt worden wäre, könnte ſich des Jagdrechts nicht bedienen 1).

1) *Hellfeld* El. Jur. feud. C. V. §. 96.

I. Kapitel.

Forſthoheitsrecht.

1210.

Synonymiſche Benennungen.

Dieſes Recht hat vielerlei Benennungen, Forſtrecht, Forſtbann, Forſtregal, Forſthoheit, Forſtobrigkeit, Forſtherrlichkeit, Superioritas foreſtalis 1).

1) *Krebs* de ligno et lap. P. I. Cl. IV. Sect. XVI. §. 15. Sect. XVII. §. 2. *Reinhard* de jur. foreſt. Sect II. §. 2. p. 84. *Biener* L. II. c. 2. p. 141. 142. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. 106. S. 292. Th. 115. S. 41. Dan. Nettelblatt Abh. von der Forſthoheit und der daraus entſpringenden Einſchränkung des Eigenthums der Wälder und Felder, in dem Hall. Intell. Blatt 1773. n. 20.

1211.

Urſprung.

Es beſteht in der Befugnis in Forſt- und Waldſachen obrigkeitliche und Polizeygewalt auszuüben 1), und entſpringt theils aus der Landeshoheit und theils aus der Beſchaffenheit des Gutseigenthums im Mittelalter 2).

1) *Biener* de nat. et ind. Dom. L. II. c. 2. p. 141. *Pufendorf* T. I. obſ. 124. T. II. obſ. 60. T. III. obſ. 105. 106. T. IV. obſ. 38. 227. 228. *De Cramer* T. I. p. 424. T. III. obſ. 820. 971. T. IV. obſ. 1002.

2) Stiſſer Forſt- und Jagdhiſt. der Teutſchen C. VI. §. 22. ff.

1212.

Regal.

Heutzutage beſizt es jeder Landesherr ſowol über die eigenen als über die Forſten der Landſaſſen und Unterthanen, und vermög kaiſerlicher Privilegien auch die unmittelbare Reichsritterſchaft 1).

1) *Diet. Herm. Kemmerich* Progr. de jure foreſti Nobilibus Imp. immediatis quoque competente. Ien. 1736.

1213.

Abtheilung.

Es theilt ſich in Forſtpolizeyrecht und in Forſtgerichtsbarkeit, und obſchon es zuweilen aus dem Forſteigenthume nach der ältern teutſchen Verfaſſung entſpringt, ſo iſt es heutzutage doch nicht immer damit verknüpft 1).

1) Struben rechtl. Bed. Th. I. n. 51. S. 126. n. 25. 106. 155. 176. Th. II. n. 102. Th. III. n. 116. Th. IV. n. 27. 48. 74.

I. Abſaz.

Forſtpolizeyrecht.

1214.

Erklärung.

Das Forſtpolizeyrecht iſt die Befugnis über die Wälder und Forſten eine landwirthſchaftliche Aufſicht zu tragen 1), ihre Behandlung und Benuzung in eigenen Ordnungen und Verfügungen zu beſtimmen, deshalb forſtwirthſchaftliche Anſtalten zu treffen, die Forſt-

verbrechen und Vergehungen zu unterſuchen und zu beſtrafen 2).

1) *Ern. Io. Fr. Manzel* Diſſ. de prouidentia publica circa ſyluas et vrbes. Von Cramer Wezl. Nebenſtunden Th. XV. S. 360. Strube rechtl. Bedenken Th I. n. 106. S. 250. Eſtor Th. I. § 2449.

2) Eſtor Th. I. §. 1771. 1778. 2449. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VII. c. 1. S. 975. ff. *Engau* in El. Jur. Germ. L. II. tit. 12. §. 215. Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. V. n. 2. Th. XXVI. n. 1. 8. Th. XXXII. n. 4. Th. XXXIV. n. 11. Th. XXXV. n. 2. Th. LXVI. n. 1. Th. CVI. n. 3. 4. Th. CXX. n. 2. Th. CXXV. n. 1.

1215.

Abtheilung.

Sie theilt ſich in das höhere und niedere Forſtpolizeyrecht. Erſteres beſizt bloß der Landesherr, und Lezteres ſowol er als die Unterthanen, und es bleibt jenem untergeordnet 1).

1) Eſtor Th. I. §. 2441.

1216.

Gegenſtände.

Zum höhern Forſtpolizeyrechte gehört die Befugnis den Holzverkauf auſſer Lands einzuſchränken, oder gar zu verbieten, und ihn an eine gewiſſe Holztaxe zu binden, die hernach ſelbſt von den landſäßigen Forſt- und Waldherren nicht überſchritten werden darf 1).

1) Heß. Kaß. Forſt- und Holzord. S. 27. Index der Wirtemb. Forſtord. Holzkommerz. Wirt. Landtagsabſch.

abſch. von 1739 Generalreſcr. vom 17. April 1739. n. 6. §. 5. Erbvergl. Cl. V §. 4. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 721. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5803. Von Rohr B VII. c. 1. §. 6. 7. Eſtor Th. I. §. 1778.

1217.

Forſtordnungen.

Der Landesherr iſt berechtiget, allen in ſeinem Lande befindlichen Forſten ſowol allgemeine als beſondere Ordnungen vorzuſchreiben, und einzele Geſeze deswegen zu machen. Dieſe Forſtgeſezgebung haben zwar auch die Forſtinnhaber, aber nur unter landesherrlicher Beſtätigung.

1218.

Aehnliche Verordnungen.

Nicht allein eigentliche Forſtordnungen kan der Landesherr machen und beſtätigen, ſondern auch die Jagd = Weidwerks = Huth = Wald = Holz = und Fiſchereyordnungen.

1219

Landſäſſige Beobachtung.

Die Landſaßen ſind ſchuldig ihre Forſtbedienten darauf zu beeidigen, und in vorkommenden Rechtsfällen ihre Erbgerichte darnach ſprechen zu laſſen.

1220.

Eingeſchränkte Forſtgeſezgebung der Landſaſſen.

Kein landſäſſiger Edelmann kan über die Waldungen ſeiner Hinterſaſſen Forſt- und Waldordnungen machen, und ſeine eigenen muß er von Hofe beſtätigen laſſen 1).

1) *Fritſch* iu Corp. Ven. Foreſt. Conſ. 42. p. 934. Theatr. ſervit. tit. 11. obſ. 5. 6. §. ult.

1221.

Forſt- und Jagdſtaat.

Jede Landesherrſchaft iſt befugt, den Forſt- und Jagdſtaat ſowol bey ſich ſelbſt als bey ihren Landſaſſen willkührlich anzuordnen, und unter ihrer Aufſicht zu haben 1). Sogar deswegen in den unterthanſchaftlichen Forſten beſondere Forſtbediente zu beſtellen, und die neuangenommene examiniren zu laſſen 2).

1) Baier. Jagd- und Forſtord. C. 11. ap. *Fritſch* p. 75. Anſp. Waldord. v. 1531. ibid. p. 338. Kurſächſ. Jagdmand. von 1572. p. 13. Hohenl. Wildb. Forſt- und Holzord. von 1579. tit. 30. p. 218. 219. Wirtemb. Ord. wegen der Wildpretſchüz. von 1588. art. 1. Halberſtädt. Forſt- und Holzord. von 1590. §. 19. p. 127. Kurſächſ. L. O. von 1603. p. 8. Heß. Darmſt. Forſtord. tit. 1. 2. 3. Kurmainz. Wald- und Forſtord. C. 16. §. 3. 4. Anſp. Waldord. auf dem Gebirge §. 2. p. 347. Wirt. Forſtord. von 1614. P. I. tit. 1. p. 137. Henneb. Wald- Forſt- und Holzord. p. 55. und mehrere bey *Pfeffinger* in Vitr. ill. T. III. p. 1394. 1395. Von Rohr Vorrath von Kontr. S. 384. 390. 401. ff. 403. ff.

2) Eſtor Th. III. §. 2472.

1222.

Befugnis zu deſſen Haltung.

Das Recht, Jagd- und Forſtbediente zu halten, beruht bald auf der Landeshoheit und bald auf dem Forſteigenthumsrechte. Daher die geiſt- und welt-

lich-

liche Landſaſſen, beſonders die Stadt- und Dorfgemeinden oft ihre eigenen Forſtmeiſter 1), Forſtverwalter 2), Waldmeiſter und Waldſchüzen haben 3).

1) C. C. March. Nov. T. VI. p. 2206.

2) Index der Wirtemb. Forſtord. S. 164.

3) Wirtemb. Kommunord. C. III. Abſch. 7.

1223.
Unterſchied.

Gleichwie unter dem Forſtweſen überhaupt das Wald- und Jagdweſen begriffen iſt, ebendaher geſchieht es, daß häufig der Forſt- und Jagdſtaat mit einander vereiniget ſind. Genau betrachtet kan man beide und die Jagdkanzley von einander abſondern 1). Wir wollen ſie ſo viel möglich nach ihren Dienſtverrichtungen, nach ihrem Range und ihrer Subordination aufführen.

1) Tract. varii de jur. Sileſ. T. II. c. 22. §. 1. 9. Seckensdorf im Fürſtenſtaat Th. III. c. 3. Abth. 3. §. 7. 8. 9. Wabſts Nachricht von der Kurſächſ. Juſtizverfaſſung S. 196. Eſtor Th. I. §. 2534. ff. Von Rohr. Haushaltungsrecht B. VII. c. 13. S. 1133. ff.

1224.
Preußiſche Forſt- und Jagddirektion.

Im Preußiſchen haben die Direktion in Forſt- und Jagdſachen ein Staatsminiſter des Generaldirektoriums und der zeitige Landjägermeiſter und zwar mit Abſonderung der innern Forſtwirthſchaftſachen von den

Forſtſachen, welche die Erfüllung des Etats und des Kaſſenweſens betreffen 1).

1) Preuß. Umlauf vom 19 Jenner 1775. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 14.

1225.

Jagdſtab.

Obriſtjägermeiſter, Landoberjägermeiſter, Oberjägermeiſter, Obriſtforſtmeiſter, Oberforſtmeiſter, Forſtmeiſter, Jagdjunker, Jagdedelknaben.

1226.

Jagdkanzley.

Grenz- und Forſträthe, Jagdräthe 1), Jagdſekretarius, Wildſchreiber, Jagdfiſkal, Jagdboten 2).

1) C. C. M. Cont. IV. p. 166.

2) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 254. 264.

1227.

Forſtamt.

Forſt- oder Oberforſtmeiſter, Forſtſekretarius, Forſtverwalter, Förſter oder Forſtknechte mit einigen erbetenen Gerichtsperſonen.

1228.

Forſtbediente.

Oberförſter, Förſter, Unterförſter, Wildmeiſter, Holzmeiſter, Obermärker, Waldvögte, Waldmeiſter, Pirſchmeiſter, Phaſanenmeiſter, Büchſenſpanner, Pikeurs,

keurs, Hofjäger, Leibjäger, Meiſterjäger, Holzförſter, Waldreuter, Gehägereuter, Rüdemeiſter, Zeugmeiſter.

1229.

Fortſezung.

Forſtknechte, Holzknechte, Wildhüther, Huthknechte, Waldſchüzen, Jägerpurſche, Holzwärter, Rüdeknechte, Forſtläufer, Stock- und Krickenförſter, Jagd- und Hundejungen, Schänder und Waſenmeiſter.

1230.

Forſtamtliche Pflichten.

Die Forſtbedienten haben Forſttabellen 1) und Forſtbücher anzufertigen 2), auf die Forſtwirthſchaft 3) gehörige Aufſicht zu tragen, ſie durch mehrere Anpflanzung und durch die Holzſaat zu befördern 4), alle Holz- und Wilddiebereyen zu verhüthen 5), zu dem Ende den Waldhammer und die Mahlaxt zu führen 6), die Holzhauer, Holzträger und Holzfuhrleute genau zu beobachten 7), die Waldvergehungen gleich anzugeben, und die Delinquenten auszupfänden, oder in Verhaft zu nehmen, oder bey ihnen Hausſuchung anzuſtellen 8), ſich keinerlei Vortheils an Windbrüchen, Abholz, an kleinem Weidwerke u. ſ. w. anzumaßen 9), ſondern mit dem beſtimmten oder herkommlichen Waldſpane 10), Anweisgebühr, Schreib- Stamm- und Meßgelde 11), Jägerrechte und Schießgelde zu begnügen, übrigens im Preußiſchen bey einem vorgegangenen Straßenraube zu Pferde den Streif und die Nacheile zu beſorgen 12).

1) Samml. Schleſ. Ord. B. VII. S. 336.

2) Kurmainz. Wald- und Forſtord. C. 1. S. 280. Wirtemb. Forſtord. tit. v. Saalb. tit. v. Markungen. Eſtor Th. I. §. 2474.

3) Stiſſer a. a. O. C. VI. §. 39. 82. C. VII. §. 1. Eſtor §. 2473. 2475. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 273. 281. tit. 1. 2. T. II. p. 305.

4) *Weſtenholz* de jurisd. for. C. V. §. 32.

5) *Krebs* P. I. Cl. VI. Sect. 17. §. 16. n. 17.

6) C. C. March. Nov. T. I. p. 76.

7) Eſtor §. 2476.

8) *Pufendorf* T. III. obſ. 106.

9) Heß. Darmſt. Forſtord. §. 9. Eſtor Th. I. §. 2484.

10) Reineccius vom Waldſpahn.

11) *Krebs* P. I. cl. IV. Sect. 17. §. 6. n. 16. 18. 19.

12) C. C. March. Nov. T. II. p. 339.

1231.

Eingeſchränktes Waldeigenthum.

Ohne landesherrliche Erlaubnis darf kein Forſtinnhaber irgend ein Stück des Waldes, der Heide oder der wüſten Pläze ausroden, und urbar machen 1). Nicht einmal darf jeder Waldeigenthümer für ſich allein willkührlich Holz ſchlagen, noch ein Walddienſtherr das ihm zuſtehende Beholzungsrecht und Maſtrecht uneingeſchränkt ausüben 2), indem das Oberforſtpolizeyrecht hierbey verſchiedene Befugniſſe äußert, wovon §. 1214.

1)

1) *Oetinger* de jure et contr. limit. L. I. c. 10, n. 21. 22. 23. 25. *Beſold* in Conſil. ap. *Fritſch* in Corp. Venat. Foreſt. P. II. p. 761.

2) *Oetinger* cit. l. l. n. 24. 30. 28. 29. Von Rohr B. VII. c. 1. §. 6. 7. Eſtor Th. I. §. 1778.

1232.
Forſtpolizeyrechte.

Vermög des Forſtpolizeyrechts kan die Landesherrſchaft in den Privatwäldern die Anlegung der Köhlereyen, Sägemühlen, Glashütten, Weidaſche- und Kalkbrennereyen 1), Vogelheerde und Pechſcharren verbieten 2), desgleichen daß keine Schweine, Ziegen und Schafe entweder überhaupt oder zu gewiſſen Zeiten in die Wälder getrieben 3), dieſe nicht mit geſpizten Pfählen und Zaunſtecken umzäunet 4), die Jagdzeuge und Neze zur Verhinderung des Durchzugs der Friſchlinge nicht zu enge gemacht, das Gewild zur Prunft- und Sazzeit nicht geſtört 5), noch das Zweigrecht zu ſtark ausgedehnt werde 6). Sie beſtimmt ferner die Holztaxe, welche die Landſaſſen nicht überſchreiten dürfen 7).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 7. Kurſächſ. Reſol. wegen des Forſtmisbr. von 1698. §. 13. Weimar. Jagd- und Forſtord. n. VI. Wirtemb. Jagd- und Forſtord. P. II. S. 158. Schwarzburg. Rudolſt. Jagd- und Forſtord. §. 15. Heß. Kaß. Forſt- und Holzord. S. 9. 28. Kurmainz. Wald- und Forſtord. C. 3. ff. S. 296. Reuß. Jagd- und Forſtord. von 1638. art. 11. Sachſ. Goth. Jagd- und Forſtord. n. 8. §. 12. Anſp. Waldord. auf dem Geb. S. 364. 365. *Krebs* P. I.

Cl. VI. Sect. 6. §. 14. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XII. S. 128. Von Rohr B. VII. c. 1. §. 4. 5. 13.

2) Eine Reihe Forſtgeſeze von Wirtemberg, Baiern, Sachſen, Altenburg, Koburg, Gotha, Weimar, Eiſenach, Jena, Vogtland, Schwarzburg bey *Pfeffinger* Vitr. ill. P. III. p. 1403.

3) *Beck* C. VIII. §. 2. p. 138. C. XIV. §. 6. p. 226. *Finſterwalder* L. III. obſ. 151. *Krebs* P. I. Cl. IV. Sect. 7. 17. Cl. VI. Sect. 7. §. 16.

4) Kurmainz. Wald- und Forſtord. bey Scopp S. 351.

5) Hohenloh. Jagd- und Forſtord. tit. 11. Schwarzburg-Sondershauſ. Jagd- und Forſtord. §. 14. Wirtemberg. Jagd- und Forſtord. tit. von Verhüth. der Früchte p. 1621. Magdeb. Pol. Ord. c. 9. §. 14. Baier. Jagd- und Forſtordn. C. 3. art. 20. 21.

6) *Krebs* P. I. cl. IV. Sect. 7. p. 170.

7) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 727.

1233.

Fortſezung.

Weder Hirthen, Schäfer, Holzarbeiter, noch ſonſt jemand darf in Wäldern und nahe an den Bäumen oder beym Walde Feuer anmachen, die Heide und das Gras abbrennen, und Brandſtätte halten 1).

1) Kurſächſ. Reſol. von 1698. §. 24. Kurbraunſchw. Verord. vom 29 Jun. 1713. Reuß. Plau. Jagd- und Forſtord. art 38. Calenb. Forſtord. von 1678. c. II. §. 1. Heß. Kaß. Forſt- und Holzord. S. 10. 11. Sachſ. Kob. Jagd- und Forſtord. von 1653. art. 13. §. 7. Sachſ. Jenaiſche Forſt- Jagd- und Weidw. O. n. 8. §. 6. 9. Kurmärk. Forſt-

Forſtord. von 1620. tit. 22. Magdeb. Holz- und Jagd-ordn. von 1687. Abſch. 2. §. 14. 12. Hinterpomm. Jagd- und Holzord. von 1685. tit. 15. Anſpach. Waldord. aufm Geb. tit. 10. Wirtemb. Gen. Reſcr. von 1748. Index der Forſtord. S. 81. Wirtemb. Jagd- und Forſtord. bey Fritſch S. 158. Baier. Jagd- und Forſtord. art. 32. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 184. Oſtpreuß. Forſtord. tit. 4. ibid. p. 293. T. I. p. 78. Stiſſer C. IV. Abth. III. §. 2. 3. 12.

1234.

Fortſezung.

Zu beſſerer Aufſicht über die Wälder und Forſten kan die Landesherrſchaft die Anlegung der Holzhöfe, Holzmärkte, Jagdſchirme, Waldhäuſer, der Forſt- und Jagdhäuſer befehlen, zu Bewahrung der Grenzen und Verhüthung aller Streitigkeiten Forſt- und Jagdſeulen und Steine ſezen laſſen 1), die Hägezeit der jungen Haue beſtimmen, die Hunde zu bengeln und zu knippeln gebieten 2), welches jedoch im Preußiſchen dem begüterten Landadel nicht aufgedrungen werden darf 3).

1) Magdeb. Holz- und Jagdord. tit. von Forſtſ. Abſch. I. §. 2. Brandenb. Waldord. aufm Gebirge §. 5. Wirtemb. Jagd- und Forſtord. tit. von Mark- und Beſtein S. 140. Hohenloh. Jagd- und Forſtord. tit. 38. Henneberg. Wald- Holz- und Forſtord. §. U. weil. Eiſenach. Jagd- und Forſtord. N. 1. §. 4. Koburg. Jagd- und Forſtord. tit. 1. §. 3. 4. 5. Schwarzb. Frankenhauſ. Holz- und Forſtord. tit. 8. §. 7. 8. Braunſchw. Kalenb. Forſtord. c. 1.

2) Siehe eine Reihe Forſtgeſeze bey *Pfeffinger* in Vitr. ill. T. III. p. 1410.

3) *Beck* de juriſd. foreſt. C. V. §. 2. p. 86. c. XII. §. 1. 2. p. 180. *Engau* El. Jur. Germ. L. II. tit. 12. §. 215.

1235.

Bußſaz.

Weil die Forſtpolizeyherrſchaft berechtiget iſt, in Forſtſachen allerlei Gebothe und Verbothe zu erlaſſen 1), und die Uebertreter zu beſtrafen, oder überhaupt den Bußſaz auszuüben, ſo iſt nöthig einige Forſtverbrechen und Waldfreveln und die Art ihrer Beſtrafung bekannt zu machen.

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 417. 455.

1236.

Erklärung der Forſtverbrechen.

Die Forſtverbrechen und Waldfreveln ſind ſolche Miſſethaten, da man ſich entweder an dem Forſteigenthume vergreift, oder ihm Schaden zufügt, oder die landesherrlichen Vorſchriften in Forſtſachen ſonſt außer Augen ſezt.

1237.

Wildbann.

Das Recht in Jagdſachen eine Gerichtsbarkeit und eine Strafgewalt auszuüben 1), hieß im Mittelalter der Wildbann, und mußte von der Staatshoheit oder Landeshoheit beſonders empfangen werden.

1) dipl. ap. *Schaten* in Anal. Paderborn. T. I. p. 921. Orig. Guelf. T. III. p. 757.

Io. Helv. Schutz Diſſ. de Banno ferino. Gieſſ. 1651.

Ern.

Ern. Fr. Schroeter de Banno ferino eiusque jure. Ien. 1670.

Ge. Henr. Mylius Progr. Differentiæ Juris venandi et Banni ferini. Lipſ. 1745.

1238.

Wilddieberey.

Unter den Forſtverbrechen iſt Eines der vornehmſten die Wilddieberey 1). Sie beſteht theils im Wildprettſchießen, in deſſen Fahung durch Neze, Schleifen, Dohnen und Fallen 2), Aufgrabung der Marder = Fuchs = und Dachsgruben 3), im Jagen und Hezen mit Hunden, Aufgreiſung des jungen Wilds 4), in Ausnehmung der Jungen und Eyer von großen und edlen Vögeln 5), Ablöſung der gefangenen Vögel vom Vogelheerde 6), Auffahung des angeſchoſſenen Wildes 7), Stöhrung des Wilds zur Hegezeit 8). Dieſes ſind auch dann noch Forſtvergehungen, wenns ſchon vom Forſt= oder Waldherrn ſelbſt geſchieht 9).

1) *Io. Pet. de Ludewig* Diſſ. de ferarum furto.

Chr. Gottl. Frank Diſqu. prooem. de poenis in ferarum fures et vniuerſi apparatus venatorii per Vet. Germ. Legibus ſtatutis. Helmſt. 1740.

Io. G. Fichtner de feripetis.

Ant. Seidenſticker Diſſ. de furibus ferarum, von Wilddieben. Helmſt. 1675.

2) Siehe die Forſt= und Jagdgeſeze von Hohenlohe, Oeſtereich, Baireuth und Anſpach, Wirtemberg, Henneberg, Schwarzburg, Baiern, Kurſachſen, Gotha, Weimar, Jena, Eiſenach, Koburg, Lauenburg, Heſſen=Kaſſel, Braun,

Braunſchweig-Lüneburg, Stollberg, Vogtland, Brandenburg, Pommern, Magdeburg, bey Pfeffinger in Vitr. ill. T. III. p. 1400. n. 6.

3) Heß Kaß. Jagdord. §. 9. Oeſter. Jäger- und Reißgejaydsord. §. 15. 16. Baier. Jagdord. c. 22.

4) Wirtemberg, Hohenlohe, Baiern, Schwarzburg, Stollberg, Koburg, Anſpach und Baireuth, Magdeburg, cit. l. p. 1405. n. 10.

5) Forſtgeſ. von Wirtemberg, Baiern, Gotha, Koburg, Weimar, Eiſenach, Altenburg, Jena, Schwarzburg, Vogtland, ibid. p. 1403. n. 7.

6) Von Hohenlohe, Baiern, Schwarzburg, Brandenburg, Magdeburg, p. 1406. n. 12.

7) von Sachſ. Koburg, Magdeburg, p. 1407. n. 13.

8) Siehe darüber eine Reihe Forſtgeſeze von Hohenlohe, Wirtemberg, Kurſachſen, Braunſchweig-Lüneburg, Koburg, Hinterpommern, Magdeburg, bey Pfeffinger a. a. O. p. 1436. 1437. 1438. Wirtemb. Wildverord. vom 26. Sept. 1718. Realindex der Forſtord. S. 427. ff. Generalreſcr. vom 18 Merz 1718. und 6. Jul. 1770.

9) Von Rohr c. 11. S. 1107. ff. Hohenloh. Jagd- und Forſtord. tit. 6. Heß. Jagd- und Forſtord. P. I. p. 181. Sachſ. Lauenb. Jagdedikt von 1681. p. 386. Braunſchweig. Lüneb. Edikt, vom 6 Jun. 1711. ap. *Pfeffinger* T. III. p. 1438. Kurſächſ. Jagdmandat vom 10 Merz 1626. p. 10. vom 8. April 1629. und 12. Dez. 1630. p. 5. 6. von 1670. p. 11. L. O. p. 9. Koburg Mandat vom 20. Sept. 1635. p. 477. Jagd- und Forſtord. §. 5. p. 448. Goth. Jagd- und Weidw. Mandat von 1642. p. 50. Eiſenach. dergl. von 1645. und 9 Jun. 1646. p. 287.

p. 287. 32. Jenaiſche Jagd- und Weidwerksord. N. II. §. 4. Magdeb. Holz- und Jagdord. v. 1687. Abſch. XI. §. 1. Wirtemb. Mandat vom 24 Jun. 1551 p. 166. Ordonnance des Forets de Montbeillard de 1595. P. II. p. 213.

1239.

Deren Beſtrafung.

Ein Wildprettſchüz kan, weil er ſich des Eigenthums eines Andern wider deſſen Willen bemächtiget, unſtreitig als ein Dieb, und deſto härter beſtraft werden, da es zugleich ein ſolcher Felddiebſtahl iſt, durch deſſen Ueberhandnehmung dem ganzen Staate ſehr viel Nachtheil geſchieht, und der durch Verwahrung nicht leicht verhüthet werden kan, obſchon in der Abſicht verordnet iſt, daß ein jeder, der ſich mit der Büchſe oder Flinte auf dem Wildbanne und Jagdgehege betreten läßt, ſtraffällig ſeyn ſoll.

1240.

Heutige Grundſäze.

Gleichwie aber das heutige Kriminalrecht 1) überhaupt in der Beſtrafung des Diebſtahls gelinder verfährt, ſo geſchieht dieſes beſonders bey der Wilddieberey 2), woran jedoch nicht eine chimäriſche Anwendung der römiſchen Rechtsgrundſäze von der natürlichen Freyheit des Wildpretts Urſache iſt 3).

1) Malblanc Geſchichte der Peinl. Gerichtsord. Karls V. S. 251. *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. T. III. p. 1438.

2)

2) H. Auguſt von Braunſchw. Lüneb. Edikt wider die Wilddiebe vom 6. Jun. 1645. bey Fritſch S. 135. Kurbaier. Verord. von 1735. bey Scopp S. 202.

3) Pietſch Entwurf des Jagd- und Forſtr. S. 37. 38. Eſtor Th. I. §. 2532. *Pfeffinger* Vitr. ill. T. III. p. 1435.

1241.

Preußiſche Geſezgebung.

In den Preußiſchen Geſezen 1) iſt längſt die Strafe des Strangs auf die Wilddieberey eingeführt geweſen, und dieſe Strafe auch auf diejenigen, die in den königlichen Gehegen mit Wildprett und Flinten angetroffen werden 2), auf die Hehler 3) und auf das Hezen und Jagen auf fremden Grenzen und Feldmarken 4) ausgedehnt worden. Eine Kabinetsordre vom 17. October 1753. 5) ſtellt zwar hierüber gelindere Grundſäze auf, aber ein königliches Reſcript vom 1. Dezember 1779. 6) ſcheint die alten Geſeze wiederum zu beſtätigen.

1) Edikt von 1574. in C. C. March. T. II. Abth. III. n. 2. vom 6. May 1582. ibid. n. 4. vom 28. Jul. 1642. ap. *Grube* in C. C. Pruten. P. III. n. 46. vom 14. Merz 1669. in C. C. March. T. IV. Abth. I. C. II. n. 14. vom 15. Nov. 1672. cit. l. n. 17. vom 28. May 1678. ibid. n. 23. vom 22. Nov. 1686. ap. *Grube* in C. C. Pruten. P. III. n. 50. vom 9. Jun. 1719. in C. C. March. T. II. Abth. III. n. 57. vom 18. Merz 1727. bey Sahme in der Einl. zur Preuß. Rechtsgel. S. 828. vom 28. Dez. 1730. C. C. M. T. II. Abth. III. n. 63.

2) Edikt v. 9. Jan. 1728. C. C. March. T. II. Abth. III. n. 57.

3) Patent vom 28. Merz 1727. bey Sahme a. a. O. S. 828. Deklarat. v. 2. Merz 1728. in C. C. March. T. II. Abth. III. n. 58.

4) Patent vom 6. Sept. 1686. in C. C. March. T. IV. Abth. I. C. II. n. 41.

5) in den Beytr. zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, B. IV. S. 191.

6) in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1627.

1242.

Verhütung des Wildprettdiebſtahls.

Wer im Preußiſchen einen Wilddieb angiebt, bekömmt eine Belohnung von 10. Thaler 1), und zur Verhütung des Wilddiebſtahls ſoll unter den Stadtthoren kein Wildprett ohne ein ſchriftliches Zeugnis eingelaſſen, ſondern daſſelbe weggenommen und konfiſzirt werden 2).

1) Edikt vom 2. Merz 1728. in C. C. March. T. II. Abth. III. n. 58. Anſchlag vom 1. Dez. 1779. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1627.

2) Edikt vom 19. Oct. 1724. Publ. v. 1. Dez. 1779.

1243.

Holzdieberey.

Die Holzdiebereyen ſind zwar auch eine Gattung von Felddiebſtählen, werden aber bloß polizeymäßig beſtraft 1). Dahingegen die Wilddiebſtähle und andere große Jagdverbrechen oft peinlich behandelt werden.

1) Kurpfälz. Maleſizord. tit. 53. S. 562. Schaumb. Pol. Ord. c. 23. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 339. tit. 14. T. I. p. 513. c. 2. Von Rohr B. V. c. 3. §. 4. ſſ.

1244.

Forſtſtrafen.

Gewöhnlich beſtehen die Forſt= und Jagdſtrafen im Gelde 1) und im Gefängniſſe. Manchmal auch in der Anſchließung an das Halseiſen 2). Von den Geldſtrafen bekömmt der Forſtbediente ein Drittel, und die übrigen zwei Drittel der Waldeigenthümer, wenn Stammholz= und Jagddieberenen oder Beſchädigungen gerügt worden ſind; wenn aber geſchlagene Holzdiebſtähle und andere Wald= und Jagdverbrechen beſtraft werden, ſo gehören dieſe der Landesherrſchaft 3).

1) Siehe Verzeichniſſe der Geldſtrafen in der Kurmärkiſchen Forſtord. von 1620. p. 511. Hinterpommer. Jagd= und Holzord. von 1681. tit. 17. Magdeb. Holz= und Jagdord. von 1687. Abſch. XI. §. 20.

2) Seckendorf Fürſtenſtaat Th. III. c. 3. Abſch. V. §. 6. S. 409.

3) Wirtemb. Kommunord. K. VI. Abſch. 2. §. 1. 2. S. 134.

1245.

Nachbarliche Erſtattung der Holzdiebſtähle.

Es iſt ſowol dem ältern teutſchen Rechtsſyſteme 1), als weiſen Polizeygrundſäzen 2) vollkommen angemeſſen, daß ein nicht auszuforſchender Holzdiebſtahl

ſtahl von der nächſten Dorfgemeinde erſtattet werden muß 3).

1) Joh. K. Henr. Dreyer Abhandl. ob die Partikularobſervanz, nach welcher eine ganze Dorfſchaft für den in den benachbarten Holzungen begangenen Holzdiebſtahl haften muß, bis ſie den Thäter ausfündig gemacht, eine Aehnlichkeit des teutſchen Rechts vor ſich habe; in den Miſcellaneen oder kleinen Schriften, Lübeck 1784. n. 4. S. 87.

2) J. C. von Finkh bewährtes Mittel wider die Holzdieberey. Stade 1765.

3) Holſtein. Holzord. von 1741. §. 9. Pinneberg. Holz- und Jagdord. vom 2 Aug. 1737. §. 2. Verord. H. Friedr. Karl von Holſt. Ploen vom 2 Aug. 1741. dergl. vom 7. May 1740. in Brunners Samml. Holſt. Ploen. Verord. S. 14. 263. Mecklenburg. Holzord. von 1702. §. 87. Forſt- und Waldord. vom 29. April 1706. §. 28. Erbl. Vergl. §. 308. Oldenburg. Forſtord. art. 12. in C. C. Oldenburg. P. III. p. 197. Lübeck. und Hamb. Verord. in den Bergedorfer Pflingſtrezeſſen von 1749. 1782. bey Klefecker Berged. Landesverf. S. 768. Brem. und Schleswig. Rechtsgewohnh. bey Dreyer a. a. O. S. 88. 89.

II. Abſaz.

Forſtgerichtsbarkeit.

1246.

Literatur.

Phil. Volck Diſſert. de Jurisdictione foreſtali. Argent. 1635.

Ern. Cregel de jurisdictione foreſtali. Alt. 1661.

B. H. Tilemann de jurisdictione foreſtali. Ien. 1667.

M. L. Weſtenholz de jurisdictione foreſtali. Helmſt. 1674.

Felix Spitz de jurisdictione foreſtali. Alt. 1696.

Io. Sig. Schreiber de judicio Caeſ. foreſtali norico, vom kaiſerl. befreyten Nürnberg. Forſtgerichte an Seiten des Reichswalds Sebaldi. Alt. 1709.

1247.
Urſprung.

Nach teutſchem Rechte entſpringt die Forſtgerichtsbarkeit aus dem Forſteigenthume 1), kan alſo von den Unterthanen auch ohne landesherrliche Verleihung beſeſſen werden. Nur bleibt ſie in dieſem Falle der Landeshoheit auf eben die Art, wie das Forſtrecht ſelbſt, unterworfen, und dieſe beſizt darüber das Devolutionsrecht. Selchow 2), der gewöhnlich keine Prinzipien vom teutſchen Rechte kennt, hat dieſe landesherrliche Oberforſtgerichtsbarkeit mit der ordentlichen Forſtgerichtsbarkeit vermiſcht, und die leztere zugleich als einen Theil der Erbgerichtsbarkeit betrachtet.

1) Sachſ. Altenb. Verord. vom 3 Febr. 1749. Struben Rechtl. Bedenken Th. I. n. 155. S. 374. *Pufendorf* de jurisdict. Germ. P. III. Sect. I. c. 2. §. 5. p. 638. et in Obſervat. Jur. Vniv. T. II. obſ. 60. T. III. obſ. 106.

2) Elem. Jur. Germ. §. 537.

1248.
Einſchränkung.

Die Forſtgerichte ſind eine Gattung von Polizeygerichten 1). Sie erſtrecken ſich daher nicht über die Rechtsſtreitigkeiten, die über die Forſte, Jagden, Wälder, über die Forſtbedienten und ihre Rechte und Gerechtigkeiten entſtehen 2).

1) Struben rechtl. Bedenken Th. II. S. 385. 522.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 513. c. 2. Eſtor Th. I. §. 2569. 2570.

1249.
Forſtſachen.

Der Gerichtszwang dieſer Gerichte geht bloß auf Forſtſachen, worunter alle Angelegenheiten, die das Forſt- und Jagdweſen ſelbſt betreffen, die Forſt- und Jagdverbrechen und Vergehungen, den Dienſt und Amtsobliegenheiten der Forſtbedienten und Jäger 1).

1) *Ab. Fritſch* tract. de peccatis venatorum Rudolſt. 1685.

1250.
Benennungen.

Sie heißen Forſtgerichte, Holzgerichte, Forſtämter, Jagdkanzleyen 1), Forſtrügegerichte, Forſt- und Zeidelgerichte. Beyſizer ſind der Oberjägermeiſter, Oberforſtmeiſter, Forſt- und Jagdräthe, Förſter und einige Schöppen und Aſſeſſoren.

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 522.

1251.

Generalholzungsgericht zu Lingen.

In der Preußiſchen Grafſchaft Lingen befindet ſich ein Generalholzungsgericht, das ſeine eigene Holzungsordnung 1) beſizt.

1) vom 21. Jun. 1753. in C. C. March. Nov. T. I. p. 509.

1252.

Ausnahme von der Forſtgerichtsbarkeit.

Obſchon gewiſſe Forſt- und Jagdverbrechen zuweilen peinlich behandelt werden, ſo gehören ſie in ſolchem Falle nicht mehr für die Forſtgerichte, ſondern für die ordentlichen Halsgerichte 1), gleichwie auch die Streitigkeiten zwiſchen den Forſtämtern und Privatperſonen über das Beholzungsrecht für die ordentlichen Gerichte gehören 2).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 526. Cont. IV. p. 169. Wabſt Hiſt. des Kurfürſt. Sachſen C. VII. Abth. II. S. 196.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 145.

1253.

Ihre Subordination.

In einigen Ländern ſtehen die Forſtgerichte unter den Regierungen und in andern unter den Kammern 1), und dieſe haben oft mit den ordentlichen Gerichten in Dienſtſachen der Forſtbedienten eine mitlaufende Gerichtsbarkeit 2). Im Preußiſchen gehört die

die Bevormundung der Kinder der Forſtbedienten für die Aemter 3).

1) C. C. March. Cont. I. p. 23. 24. 49.

2) C. C March. T. VI. Abth. I. p. 413. 454. 447. 475. T. II. Abth. I. p. 253.

3) C. C. M. Nov. T. I. p. 599.

1254.
Forſtverfahren.

Das forſtgerichtliche Verfahren iſt ſummariſch, und leidet in der Regel nicht die Einwendung eines Rechtsmittels 1). Wo dieſes aber anſchlägt, da kan von den Forſtgerichten der Landſaſſen an die landesherrlichen Obergerichte appellirt werden.

1) Lingiſche Holzungsinſtrukt. c. 3. in C. C. March. Nov. T. I. p. 526. Tom. V. Jahrg. 5. p. 351. tit. 15. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 718.

1255.
Gemeinſchaftlicher Gerichtszwang.

In einigen Sachen müſſen ſie gemeinſchaftlich mit den Stabsbeamten oder mit dem Civilrichter verfahren, und durch ihn gewiſſe Exekutionen beſorgen laſſen 1).

1) Realindex der Wirtemb. Forſtord. S. 164. 407. 463.

1256.
Forſtamt.

Gemeiniglich iſt den Forſtgerichten, wenn kein beſonderes Forſtamt vorhanden iſt, zugleich die Ausübung

übung der niedern Forſtpolizey übertragen. Daher ſie in Forſtwirthſchaftsſachen Verfügungen machen, die geringern Forſtbedienten anſezen oder beeidigen.

1257.
Märkergedinge.

Es gehören auf gewiſſe Art die Märkerdinge, Holtdinge, Holzgerichte, Schlichtholtdinge in Weſtphalen, in der Wetterau und in Franken hieher 1). Sie haben nicht bloß Holz- und Waldſachen unter ihrem Gerichtszwange, ſondern alle Privatrechtsmaterien ihrer Markgenoſſen und Erbexen. Die Obermärker, oberſte Waldbothen, Holzgrafen, die ſich oft in Ober- und Unterholzgrafen abtheilen, und ihr dingliches Amt umwechſelnd verwalten, und manchmal gewiſſe landesherrliche Beamten haben den Vorſiz. Die Mahlmänner ſind die ordentlichen Gerichtsbeyſizer und Dorfſchöppen. Außer ihnen hat noch jeder Markgenoß auf dem Markgedinge ein Stimmrecht. Die Markherrſchaft hat das Polizeyrecht und das Devolutionsrecht bey dieſen Gerichten 2).

1) *Io. Wilh. Wiederholt* de judiciis et ordinationibus, quæ veniunt ſub nomine der Mærckergedinge und Ordnungen. Arg. 1728.

Phil. Dav. Schazmann de jure et judiciis communitatum quæ veniunt ſub nomine Marcarum in Wetterauia. Goett. 1746.

2) *Weſtphalen* Præfat. ad T. IV. Monum. ined. p. 109. *Pufendorf* T. II. obſ. 60. T. III. obſ. 105. 106. Deciſ. Trib.

Trib. Caſell. T. I. Dec. 85. Eſtor Th. III. §. 2444. *Lodtmann* de jure Holzgr. p. 4.

1258.

Obliegenheit der Förſter beym Rügegericht.

Bey dem Forſtrügegerichte oder bey der Abhaltung des Bußſazes über die Waldfrevler haben der Förſter, die Forſt- und Huthknechte das Forſtregiſter über die Waldvergehungen einzureichen, wogegen nicht leicht eine Einrede zugelaſſen wird 1).

1) Struben rechtl. Bed. Th. II. n. 102. S. 372. Moſers Forſt-Oek. Th. II. B. XI. c. 4. S. 886. Eſtor Th. III. §. 2442.

II. Kapitel.
Waldrecht.

1259.

Literatur.

Ge. Ad. Struve Diſſ. de jure ſiluarum et arborum. Ien. 1656.

Tob. Iac. Reinharth de jure priuatorum circa ſiluas inprimis caeduas admodum reſtricto. Erf. 1732.

Ab. Fritſch de jure boſcandi, int. opuſc. T. II. n. 10. p. 161.

Dan. Ephr. Rhod. de jure priuato circa ſiluas maxime caeduas.

1260.

Erklärung.

Das Waldrecht begreiſt alle die Rechte und Verbindlichkeiten in ſich, die aus dem Waldeigenthume entſpringen.

1261.

Rechtswirkungen.

Jeder Waldherr iſt berechtiget, über das Eigenthum ſeines Waldes zu gebahren, ihn zu verkaufen, zu verſchenken, zu vertauſchen, zu verpfänden.

1262.

Einſchränkungen.

Aber ohne landesherrliche Erlaubnis nicht auszuhauen, auszuſtocken, und zu Feldgütern umzubrechen 1). In einigen Forſtordnungen wird ſogar das pläzige Hauen verboten.

1) Inder der Württ. Forſtord. S. 20. 298. L. O. tit. 44. Würtemb. Jagd- und Forſtord. tit Neugereuth §. Nachdem uns. Kurbaier. Jagd- und Forſtord. art. 32. Magdeb. Holz- und Jagdord. von 1687. Abſch. II. §. 9. Henneberg. Jagd- und Forſtord. §. Nachdem auch. Koburg. Jagd- und Forſtord. tit. 3. c. 1. §. 5. tit. 13. §. 1. Jenaiſche Jagd- und Forſt- und Weidw. Ord. N. VIII. §. 1. Heß. Kaß. Forſt- und Holzord. S. 22. 28. Grebenord. §. 14. S. 52. 207. Darmſtädt. Forſt- und Waldord. P. II. §. 18. S. 16. Braunſchw. Lüneb. L. O. §. 76. 77. 78. C. C. March. Nov. T. III. p. 767. 769. 777. 883. 885. T. IV. p. 75. 77. 643. 645. 5755. *Beſold.* in Conſil. ap. *Fritſch.* P. II. p. 761.

1263.

Gattungen von Wäldern.

Ueberhaupt macht es in der Ausübnng der Eigenthumsrechte einen großen Unterſcheid, ob das Gehölze ein Herrſchaft- oder Privat- ein gemeinſchaftlicher- oder Gemeindswald oder eine Holzerbſchaft iſt 1).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 325. Von Cramer Erleut. der teutſchen Rechtslehre vom Condominio, worinn Märkerſchaften beſtehen, und deſſen Wirkungen, Wezl. Nebenſt. Th. III. S. 113. *Schoepff* in Conſil. Tub. Vol. VIII. conſ. 33.

1264.

Beſondere Rechtswirkungen.

Denn nur die einzelen Privat 1)- und die gemeinſchaftlichen Waldungen können getheilt werden 2), und mitnichten die Gemeindswälder 3) und Holzerbſchaften oder Holzmarken und Oberheimgereide 4).

1) Strube Th. I. n. 176. S. 430.

2) Strube rechtl. Bed. Th. I. n. 176. Marb. Beytr. St. 5.

3) *Krebs* P. I. Cl. IV. Sect. 17. §. 4. *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 33. n. 83. p. 249.

4) Strube rechtl. Bed. Th. I. n. 128. 155. S. 303. 364. Eſtor Th. I. §. 2444. 2521. 2522. Th. III. S. 939. *Ludolff* Symphor. Jur. Cam. T. II. P. I. Conſ. 8. p. 406.

1265.
Beſchaffenheit der Holzmarken.

An dieſen haben die Oberheimgereids- und Markgenoſſen theils den gemeinſchaftlichen Genuß, theils ein abgeſondertes Eigenthum. Erſteres beſteht in einem idealiſchen Antheile an dem Beholzungsrechte, der Hüthung, dem Plaggenmachen und Torfſtechen, wie auch in der gemeinſchaftlichen Jagd, und heiſt die Waare, Erdwaare, Holzwaare. Die Beſizer oder Theilhaber der Mark heißen Erbexen; was ſie an der gemeinen Mark weiter zum ausſchließenden Beſize erhalten, wird der Zuſchlag genennt, wovon ſie dem Holzgrafen, weil er ſeine Rechte daran verliert, ein Drittel des Werths vergüten müſſen. Nicht alle Einwohner der Mark haben Markenrecht, ſondern einige haben bloß auf der Märker ihrem Boden ein Winn- und Markkoth und geben dafür der Markgenoſſenſchaft den Markzins 1).

1) *Fr. Chr. Schattenmann* Diſſ. de Oberheimgeraids. Argent. 1753.

Lodtmann de jure Holzgrav. p. 4. Id. poſit. de jur. Marcar. *Gulich* de jure ſcind. Ceſp. ad lætif. agros.

1266.
Rechtsvermuthung.

Da die Bauren urſprünglich kein Eigenthum hatten, und in der ſpätern Zeit nur einige Güter von der Herrſchaft zum Nuzeigenthume und pachtweiſe, oder aus Vergünſtigung erhalten haben 1), ſo wird heutzutage eine Bauergemeinde, die in einem Walde

das

das Hüthungs = Maſt = und Beholzungsrecht beſizt, in einem zweifelhaften Zuſammenſtoße mit ihrer Gutsherrſchaft nicht als Eigenthümerin vermuthet 2), ſondern der Wald dieſer zugeſprochen 3), wenn jene mit der erforderlichen Beweisführung nicht aufkommen kan 4). Indeß geſchieht es doch oft, daß die Landesherrſchaft nur Miteigenthümerinn der Waldungen von einer Bauergemeinde iſt 5).

1) *Hert.* de Superiorit. terr. §. 48. *Reinhartb* de jur. foreſt. C. 1. §. 4. *Biener* de nat. et ind. Domin. L. II. c. 2. p. 135.

2) *Koeppen* Enucl. Jur. Dec. 2. concl. 9. n. 33. p. 63. *Wernher* T. III. P. I. obſ. 73. n. 5. p. 64.

3) *Mevius* P. I. deciſ. 163. n. 2. *Boehmer* T. III. P. II. conſ. 160. n. 7. p. 275.

4) Eſtor Th. III. §. 6448.

5) Strube rechtl. Bed. n. 51. S. 126.

1267.

Umfang des Waldeigenthumsrechts.

Jeder Waldherr hat als Eigenthümer ſeines Forſts oder Walds das Recht ihn vollſtändig zu benuzen, mithin allen Gebrauch davon zu machen, alle Arten von Nuzungen daraus zu ziehen, die ohne Zerſtörung und Veränderung der Subſtanz zu nehmen, oder ſonſt unbeſchadet des landesherrlichen Obereigenthumsrechts 1) zuläßig ſind, und den Regeln der Forſtwirthſchaft entſprechen 2).

1) Strube rechtl. Bedenken n. 51. S. 126.

2)

2) C. C. March. T. II. Abth. V. p. 85. 93. T. IV. Abth. I. p. 633. T. V. Abth. II. p. 74. C. C. Magd. P. III. p. 37. *Engelbrecht* Del. ſtat. Pommer. p. 154 u. 159. C. C. Oldenburg. P. II. n. 83. p. 191. 209. Weſtphäl. P. O. tit. 34. §. 1. S. 140. Schaumb. P. O. C. 23. S. 234. Heß. Schaumb. Forſtord. S. 15. Darmſt Forſtord. P. II. tit. 24. 26. Heß. Kaß. Verord. vom 26. Apr. 1695. Heß. Kaß. Forſtord. §. 4. S. 119. Henneb. Forſtord. Naßau. P. O. S. 98. Schwarzb. Forſtord. art. 3. Weimar. Forſtord. art. 27. Anhalt. L. O. tit. 21. Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 307. und im Anh. S. 92. Schaumburg Sächſ. Recht Th. II. tit. 5. §. 14. Baier. Forſtord. art. 27. Pfälz. L. O. tit. 13. S. 128. Jülich. P. O. S. 58. Hohenzoll. L. O. tit. 32. Wirtemb. Forſtord. Vorr. und P. II. tit. von gutem Haue. Wirt. Landtagsabſch. und Generalreſcr. v. 18. Apr. 1739. n. 5. Erbvergl. Cl. V. §. 2. 5. Kurmainz. Bußord. bey Scopp S. 362. Preuß. Umlauf vom 17. Jul. 1782. in C. C. March. Nov. T. VII. p. 1486.

1268.

Deſſen Zertheilung.

Nicht allein aber der Eigenthümer eines Walds oder Forſts kan ſich dieſe Rechte zueignen, ſondern auch andere Perſonen können einige davon als Privat- oder Staatsdienſtbarkeiten beſizen und erworben haben.

1269.

Rechtswirkung.

Auf den Fall Forſtdienſtbarkeiten, als Jagdrecht, Beholzungsrecht vorhanden ſind, ſo darf der Waldherr zu deren Nachtheile nichts vornehmen 1), und findet der von einigen Praktikern 2) angegebene Unterſcheid nicht

nicht ſtatt; die Dienſtherrſchaft muß vielmehr bey ihren Gerechtſamen geſchüzt werden 3).

1) Baier. Lr. tit. 26. art. 8. Magd. Pol. Ord. c. 31. Kurf. Joach. Ge. von Brand. Erklär. der Landeskonſt. von 1594. P. I. tit. 9. in C. C. March. T. VI. p. 61. *Knipſchild* de Civit. Imp. L. II. c. 7. n. 96. *Ertel* in I. obſ. 11. *Gail.* obſ. 67. n. 10. Meurer Jagd- und Forſtrecht P. II. p. 24. Von Schmidt Auslegung des Kurbaier. Landr. Th. II. S. 266.

2) *Schweſer* Theatr. Servit. tit. 11. §. 7. *Finſterwalder* L. III. obſ. 154. *Gremp* ap. *Beſold.* P. I. conſ. 15.

3) *Schoepff.* T. VIII. Conſ. 81. n. 33. p. 520. *Suendendoerffer* in Summar. act. for. art. 515. p. 573. 600.

1270.
Eintheilung.

Die Hauptnuzungen eines Waldes beſtehen im Holzſchlage, Eckerich und Maſtrecht, Laub- Gras- und Waidrecht.

1271.
Holzungsrecht.

Der Waldherr darf ſich alles Holzwerk, es mag hochſtämmig oder Buſchwerk, Hecken und Stauden ſeyn, zueignen. Er kan alſo zu eignem Gebrauche oder zum Verkaufe an Brenn- oder Bauholz eine Quantität aushauen und wegführen laſſen 1).

1) Von Rohr B. VII. c. 2. S. 987. ff.

1272.

Polizeyrechtliche Einſchränkung.

Jedoch muß er dabey den Wald pfleglich behandeln 1); darf alſo nicht den ganzen Wald aushauen 2), die jungen Haue und den friſchen Anflug angreifen 3), die bährenden Bäume umhauen 4), noch zur Unzeit, während die Bäume im Safte ſtehen, Holz ſchlagen 5), ſondern muß ſich das dienliche Holz durch den landesherrlichen Forſtbedienten auszeichnen laſſen, und ſich deswegen bey ihm melden 6). Welches noch mehr auch derjenige zu beobachten hat, der das Beholzungsrecht nur als Servitut beſizt. Selbſt die Gemeinden dürfen nicht überall ein Waldzeichen führen 7), ſind aber ſamt den andern Privatwaldeigenthümern in Wirtemberg von der Landesherrſchaft in Ausübung ihres Waldeigenthumsrechts auf keinerlei Art zu beſchränken, zu behindern und zu beläſtigen 8).

1) *Ludolff.* P. II. obſ. 104. p. 271. Eſtor Th. III. §. 1745. *Schrader* de feud. P. III. c. 4. n. 27. *Engelbrecht* Obſ. 83. p. 471. *Schoepff* Vol. VIII. conſ. 33. n. 69. p. 248. Conſ. 34. n. 16. p. 253. Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. XIV. Abh. 8. S. 159.

2) Dipl. Henr. VII. Imp. de 1309. ap. *Ludewig* in Reliqu. MSS. T. X. p. 165. Heß Kaß. Forſt- und Holzordn. S. 22. 28. Grebenord. §. 14. S. 57. 207. Lüneburg. L. O. §. 76. 77. 78. Heß Darmſt. Forſt- und Waldord. P. II. §. 18. S. 16.

3) Heß. Schaumb. Forſt- und Holzord. S. 14.

4) Braunſchw. Lüneb. Jagd = u. Forſtord. C. III. §. 13. Kalenberg. Forſtord. c. 2. Baier. Jagd = u. Forſtord. Art. 22. Sachſ. Goth. Jagd = u. Forſtord. tit. 4. §. 8. Koburg. Jagd = u. Forſtord. tit. 6. §. 8. Jenaiſche Forſt= Jagd = u. Weidw. Ord. C. 4. n. 4. §. 6. Schwarzb. Frankenhäuſ. Holz = u. Forſtord. §. 5. Wirtemb. Jagd= u. Forſtord. tit. von Pflanz. § 4. Brand. Waldord. aufm Gebirge tit. 58. Kurbrandenb. Forſtord. §. von 1620. §. Jrgl. Magdeb. Holz= und Jagdord. von 1687. Abſch. II. §. 2. 3. Halberſtädt. Forſt= und Holzord. von 1590. §. 15. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 136. 709.

5) Wirt. Forſtord. P. II. tit. 2. S. 30. Realinder darüber W. Holzber. Brennh. Holzausg. *Ludolff* P. I. obſ. 104. p. 271. *Oetinger* L. I. c. 10. n. 27. Eſtor Th. III. §. 2450. Wenn man über dieſe Materie viel elendes und nichtstaugendes Geſchwäze ohne Kenntnis der Sache ſehen will, ſo leſe man den Pietſch, Grundſäze des Forſt= und Jagdrechts, Abſch. I. §. 36. bis 42. §. 47. bis 49.

6) Heß. Kaß. Forſt= und Holzord. S. 6. 7. 15. Grebenord. tit. 46. §. 1. 3. 5. S. 50. 51. Naß. Dillenb. Jagd= und Forſtord. §. 38. Henneb. Forſtord. Magdeb. Pol. Ord. C. 9. 3. §. 12. Sachſ. Goth. Forſtord. C. II. tit. v Holzger. §. 4. Magdeb. Holz= u. Jagdord. Abſch. 2. §. 11. Pol. Ord. C. 31. §. 3. Kurbaier. Jagd = u. Forſtord. tit. 27. 76. Heß. Schaumb. Forſt= u. Holzord. S. 14. Wirtemb. Jagd= u. Forſtord. P. I. tit. 13. p. 146. P. II. tit. 1. 6. 3. 4. 5. 7. 20. 21. 22. 39. Kommunord. K. III. Abſch. 7. §. 20. 21. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 119. Jahrg. 5. p. 297. T. I. p. 73.

7) *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 33. n. 69. Heß. Kaß. Verord. v. 2. May 1751. v. 28. Jul. 1733. v. 17. Sept. 1740.

8) Wirt. Erbvergl. Cl. V. §. 9. 10.

1273.

Beholzungsrecht.

Das Beholzungs = oder Abholzungsrecht iſt ein Lehen, eine Gerechtigkeit, eine Vergünſtigung, oder eine Forſtdienſtbarkeit in den Wäldern 1), da jemand, der entweder nicht allein oder gar nicht Eigenthümer iſt, in einem Wald Holz fällen darf 2). Die Gerechtigkeit wird eher als die Vergünſtigung vermuthet 3).

1) *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 33. n. 61. p. 247. Pütters Rechtsfälle, Ded. I. II. n. 19. 20. p. 231. ſſ. Eſtor Th. III. §. 2446.

2) *Fritſch* de jur. boſc. tr. 10. §. 2. p. 161. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VII. C. 2. §. 1. S. 890.

3) *Stryk* de jure familiar. c. 3. n. 25. *Schoepff* Vol. VIII. Conſ. 33. n. 67. p. 248.

1274.

Einſchränkung.

Es wird dieſe Forſtdienſtbarkeit, wie jede Servitut, in der eingeſchränkteſten Bedeutung genommen 1), und nicht nach der Größe der Güter, ſondern nach Anzahl der Gebäude ausgeübt 2). Daher wer zu Brennholz berechtiget iſt, kein Bauholz nehmen darf 3), und wenn es zum Hausbrauche zugeſtanden worden, es nicht

nicht zum Verkaufe oder zum Nuzen anderer, oder zu unnöthigem Bauweſen anwenden darf 4).

1) *Mevius* P. III. deciſ. 36. n. 3. *Puſendorf* T. I obſ. 124. *Krebs* P. I. Cl. IV. Sect. 17. §. 4. p. 223. *Schoepff* Conſ. 87. n. 40. p. 684. *Brunnemann* Cent. IV. deciſ. 71. p. 258.

2) *Fritſch* Memb. 3. §. 9. 38. p. 165. *Harpprecht* Vol. VII. Conſ. 4. n. 75. p. 37.

3) Brand. Landt. Rezeß v. 26. Jul. 1653. in C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 450. Magd. Pol. Ord. C. 31. §. 1. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 311. Wirtemb. Forſtord. S. 16. Realind. S. 215. 217. 241. 257.

4) Beck von der Forſtl. Obrigkeit C. VII. §. 4. *Puſendorf* T. I. obſ. 124. pag. 328. *Oetinger* c. 10. n. 30. *Fritſch* de jure boſcandi, membr. 4. §. 1. *Krebs* cit. l. §. 2. n. 6. p. 158. Eſtor Th. III. §. 2447.

1275.
Fortſezung.

Gleichwie der Waldeigenthümer ſich ſeines Eigenthumsrechts nur forſtwirthſchaftlich bedienen darf 1), ſo iſt dieſes noch mehr der Fall bey einem Waldnieſer und Forſtdienſtherrn 2). Wenn daher jemand das Recht beſizt, jährlich eine ſolche Quantität Holz zu ſchlagen, die gegenwärtig die Beſchaffenheit des Walds ohne ſeinen äußerſten Nachtheil nicht erträgt, ſo muß er geſchehen laſſen, daß ihm die beſtimmte Anzahl Stämme oder Klafter ſolange vermindert wird, bis ſich der Wald wiederum in einem beſſern Zuſtande befindet 3). Ebendas geſchieht auf Erkentnis der Forſt-

meiſter in Anſehung der bürgerlichen Holzabgaben aus den Gemeindswäldern 4).

1) Kurſächſ. L. O. tit. 31. Erl. der L. Gebr. v. 1601. tit. Konſiſtorialſachen, §. 20. Sächſ. Lr. Anh. Art. von Leibged. Kurmainz. Wald- u. Forſtord. C. 3. 4. ff.

2) Form. Regim. et Proceſſ. Curl. P. II. §. 86. Wirtemb. Generalreſcr. vom 3. May 1770.

3) Realindex der Wirtemb. Forſtord. S. 259. Eſtor Th. I. §. 1783. Th. III. §. 2446. Seckendorf Fürſtenſtaat Th. III. c. 3. S. 325. *Fritſch* de jur. boſc., membr. 6. §. 4. *Krebs* §. 3. n. 3. p. 156. *Lynker* T. I. Reſp. 113. n. 83. p. 607.

4) Wirtemb. Kommunord. K. III. Abſch. 7. §. 15.

1276.

Beſchränkung des Holzungsrechts durch die Jagdherrſchaft.

Der Jagdherr kan öfters den Waldherrn bey der Ausübung ſeines Holzungsrechts einſchränken, z. B. daß er nicht zur Prunft- und Sazzeit auf der Wildbahn Holz fällen, oder gewiſſe Gegenden des Waldes allzulichte aushauen laſſe 1).

1) Baier. Lr. tit. 26. art. 8. *Oetinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 10. n. 26. p. 161. 179. *Krebs* de lign. et lap. P. I. Cl. IV. Sect. 63. p. 197. Beck a. a. O. S. 139.

1277.

Grenzen des landesherrlichen Holzungsrechts.

In einigen Ländern, wie in Wirtemberg 1), iſt ſelbſt die Landesherrſchaft bey der Ausübung ihres

Waldeigenthumsrechts eingeſchränkt, und werden keine ſchädliche Aushauungen und andere Waldverwüſtungen zugegeben.

1) Wirt. Erbvergl. Cl. V. §. 1. 2. 3. S. 80. 81.

1278.

Beförderung des Waldbaus.

Nicht allein aber verhindert die Forſtpolizeyobrigkeit alle Waldverwüſtung, ſondern befiehlt ſogar deren Anpflanzung, beſonders die Holzausſaat und die Anlegung ganzer Eichelkämpe 1), oder der Remiſen, Aufſammlung des Holzſaamens 2). Ferner iſt ſie bemüht, den Holzverbrauch im Lande zu verringern; befiehlt daher die dreiſchuige Untermaurung der Hauptſchwellen an den Gebäuden, und den häufigern Gebrauch der Steine beym Bauen 3), u. ſ. w.

1) Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. S. 24. Wirt. Forſtord. P. II. tit. 32. S. 76. C. C. March. T. III. p. 341. Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 566. 718. C. C. March. Nov. T. I. p. 75.

2) Schleſ. Umlauf vom 9. Jenner 1767. in der Korn. Samml. B. IX. S. 302.

3) Wirtemb. Forſtord. Th. I. tit. 13. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. S. 27. Schleſ. Samml. B. VIII. S. 446. Eſtor Th. I. §. 1778. ff. Von Rohr c. 1. §. 10.

1279.

Verboth der Baumbeſchädigungen.

Nirgend iſt das Forſtpolizeyrecht ſo ſtrenge als beym Verbothe der ſchädlichen Abſchneidung der Wei-

den und der eigenmächtigen Abſchälung, Schändung und Beſchädigung der Bäume. Nicht nur die älteſten Geſeze der Teutſchen 1) und die Rechtsbücher des Mittelalters 2), ſondern auch faſt alle neuere Statuten und Forſtordnungen geben hierüber Verordnung, die ich nach den Reichskreiſen anführen will. In Schwaben: Wirtemberg 3) ſamt Mömpelgard 4); in Baiern: Kurbaiern 5), Oberpfalz 6). In Franken: Anſpach und Bayreuth 7), Hohenlohe 8). Am Oberrheinſtrom: Heſſen Kaſſel 9), Darmſtadt 10). In Niederſachſen: Kurbraunſchweig Lüneburg 11), Kalenberg 12), Hamburg 13); in Oberſachſen: Kurſachſen 14), Altenburg 15), Koburg 16), Eiſenach 17), Jena 18), Gotha 19), Weimar 20), Voigtland 21), Schwarzburg 22), Erfurt 23).

1) Theod. R. Oſtrogoth. Ed. c. 41. LL. Burgund. c. 28. §. 2. LL. Bajuvar. tit. 21. LL. Langob. L. I. tit. 19. c. 8. LL. Wiſigoth. L. VIII. tit. 3. c. 1. Frid. II. Imp. Conſtit. Sicul. L. I. tit. 26.

2) Alem. Lr. c. 202. Sächſ. Lr. B. II. art. 28.

3) Forſt- u. Jagdord. von 1614. tit. v. Baſt- u. Zarchenmachen, tit. 14. von Weide, tit. von Baumſchulen p. 158. Index der Forſtord. S. 423. 295. L. O. S. 166.

4) Ordonnances des Foreſts de 1595. tit. du Cernement p. 208.

5) Lr. tit. 23. art. 3. Jagd- u. Forſtord. art. 26.

6) L. O. tit. 15.

7) Waldordn. unterhalb Gebirgs v. 1531. p. 339. Dergl. aufm Gebirge tit. 41. p. 359.

8) Jagd ≠ u. Forſtord. tit. 30.

9) Baumpflanzord. §. 20. 21. Forſt ≠ u. Holzord. S. 26.

10) Forſt = Wald ≠ Weidw. u. Fiſchereyord. P. II. §. 63. S. 27.

11) L. O. P. IV. p. 254. 256. 279. Jagd ≠ u. Forſtord. c. 3. §. 9.

12) Forſtord. von 1678. C. II. §. 1.

13) Str. P. IV. art. 21.

14) Conſtit. P. IV. n. 37. p. 11.

15) Mandat vom 25. Nov. 1716.

16) Jagd ≠ u. Forſtord. v. 1653. art. 13. §. 3.

17) Jagd ≠ u. Forſtord. v. 1645. C. 8. n. 5.

18) Forſt ≠ Jagd ≠ u. Weidwerksord. v. 1674. n. 8. §. 4. 5.

19) L. O. P. II. c. 3. tit. 47. 20) L. O. tit. 42.

21) Jagd ≠ u. Forſtord. v. 1638. tit. 13.

22) Frankenhäuſ. Holz ≠ u. Forſtord. v. 1700. §. 5.

23) Patent v. 23. Merz 1734. in den Mainz. Ord. n. 85. Bl. 293.

1280.

Im Preußiſchen.

Ebenſo reichhaltig zeigt ſich auch die Preußiſche Feld = und Forſtpolizeygeſezgebung, und wir haben über dieſen Gegenſtand nicht nur allgemeine 1), ſondern auch viele beſondere Geſeze und Verordnungen von Magdeburg 2), Pommern 3), Mark Brandenburg.

1) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 118. 119. Cont. I. n. 19. C. C. March. Nov. T. I. p. 405. T. III. p. 1261.

T. IV. p. 53. 613. T. V. Jahrg. 3. p. 129. Jahrg. 5. p. 189.

2) Pol. Ord. C. 72. §. 1. 2. Holz- und Jagdord. v. 1687. Abſch. II. §. 6. 21.

3) Hinterpomm. Jagd- u. Forſtord. v. 1681. tit. 16.

1281.

Anlegung des Forſtbanns.

Damit der Holzwachs nicht geſtört oder gehindert wird, ſo muß der Forſtbann oder das Gehäge angelegt werden, bis die Bäume ſo hoch ſtehen, daß das Rindvieh mit ſeinen Hörnern unter den Zweigen durchgehen kan, welches oft 5. 7. 8. 9. Jahre dauert, wobey aber oft die Schafe etwas früher im 4. und 5. Jahre zugelaſſen werden. In einem gebannten Haue iſt nicht nur kein Vieh, ſondern auch kein Graßſchneider, Moßrecher, Laubſtreifler zu dulden 1).

1) Wirtemb. Forſtord. Th. II. tit. 30. S. 73. Sachſ. Gotha. Jagd- u. Forſtord. n. 4. §. 4. Weimar. Jagd- u. Forſtord. n. 4. §. 4. Koburg. Jagd- u. Forſtord. C. III. tit. 6. §. 4. 5. tit. 9. §. 3. Jenaiſche Forſt- Jagd- und Weidw. Ord. n. 4. §. 3. n. 5. 4. §. 5. Schwarzb. Frankenh. Holz- u. Forſtord. tit. 23. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. v. 1683. S. 21. 27. bey Fritſch p. 295. Naßau- Kazenelnbog. P. O. c. 9. §. 14. 8. Magdeb. Holz- Jagdord. v. 1684. Abſch. 4. §. 2. 4. Abſch. 6. Anſp. und Bayreuth. Waldord. unterm Gebirge S. 341. aufm Gebirge §. 50. Estor Th. I. §. 1769. Th. III. §. 1769. Strube rechtl. Bed. Th. I. n. 106. S. 250. Von Rohr c. 1. §. 8.

1282.
Ausſchaffung des Holzes.

Theils aus dem nemlichen Grunde und theils damit die Holzdiebereyen verhütet werden 1), muß das geſchlagene Holz binnen und zu einer gewiſſen Zeit aus dem Walde geſchaft, und das Zimmerholz darf darinn nicht zugehauen werden 2).

1) Schleſ. Umlauf vom 1. May 1768. in der Korn. Saml. B. X. S. 170.

2) Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. S. 9. 7. Kurmainz. Forſt- u. Waldordn. c. 13. Wirtemb. Forſtord. S. 29. 81. 36. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 119. Jahrg. 5. p. 297. T. I. p. 73.

1283.
Aufleſung des Abholzes.

Vermög Herkommens genießen die armen Unterthanen in der Herrſchaft- Gemeinds- und andern Holzungen die Vergünſtigung, das dürre und abgängige Holz aufſammeln zu dürfen 1), welches ſie aber nicht zu allen Zeiten, noch ohne Vorbewuſt der Forſtbedienten thun, noch ſich dabey einer Axt oder eines Beiles bedienen dürfen 2).

1) *Fritſch* de jur. boſc., membr. 4. n. 5. Kluger Beamter Th. I. tit. 34. §. 14. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XII. Abh. 9. S. 115. *Schoepff* Vol. VIII. Conſ 87. n. 39. 43. p. 684. Eſtor Th. III. §. 1774.

2) Wirtemb. Forſtord. S. 78. Holzord. tit. von Holzſchneiden in Rep. p. 587. Henneb. Forſtord. §. Es ſoll.

 Braun-

Braunſchw. Kalenb. Forſtord. C. II. §. 13. Heß. Kaß. Grebenord. tit. 23. §. 1. S. 50. Forſt; u. Holzord. S. 7. Sachſ. Goth. Forſtord. tit. v. der Holzger. §. 1. L. O. C. I. §. 11. Baier. Forſtord. tit. 31. Hohenloh. Jagd: u. Forſtord. tit. 34. Sachſ. Kob. Mandat v. 1. Aug. 1604. p. 474. Stollberg. Forſtord. tit. 12.

1284.

Forſteinkünfte.

Für das Beholzungs, Waid- Maſt- und Graſungsrecht in andern und beſonders in Herrſchaftwaldungen, müſſen oft gewiſſe Abgaben, Zinſe, Waldhaber, Holzhafer, Graſe- und Holzhühner, Hunds- und Forſthaber, Dehmengeld, Forſtmiethe, Mede entrichtet werden 1).

1) Sachſ. Goth. Jagd; u. Forſtord. n. 4. §. 4. Weimar. n. 4. §. 4. Koburg. C. III. tit. 6. §. 4. tit. 9. §. 5. Jenaiſche Forſt: Jagd- u. Weidw. Ord. n. 4. §. 3. n. 5. §. 5. Wirtemb. Jagd; u. Forſtord. tit. Hundhaber p. 163. Kurmärk. Forſtord. von 1620. tit. 18. Magdeb. Holz; u. Jagdord. v. 1687. Abſch. 4. §. 4. Abſch. 6. Beck von der Forſtobrigkeit, C. XI. §. 3. pag. 178. *Reinhart* de jure for. p. 84. Eſtor Th. I. §. 2566. 2567. Th. III. §. 1752. *Oetinger* c. 11. n. 41. In Wirtemberg wird der Hundhaber für die Hirtenhunde gegeben.

1285.

Hauberge, Waldrechtsgüter.

Obſchon die Ausrottung eines beträchtlichen Theils des Walds heutzutage aus Polizeygründen ohne landesherrliche Erlaubnis nicht zugegeben wird, ſo hindert dieſes

dieſes doch die in einigen Gegenden übliche Verleihung zu Haubergen 1), oder zu Waldrecht 2) nicht. Ja es bleiben bey jedem Forſte die dazu gehörigen Güter, Gefälle, Zehenden und Forſtdienſte 3).

1) Naß. Kazenelnb. Pol. Ord. Th. II. c. 9. n. 1. S. 99.

2) Eſtor Th. III. §. 1785.

3) Wirtemb. Forſtord. S. 11. 12. Realindex darüber S. 176. Generalreſer. vom 3. May 1770.

1286.
Laßreißer.

Wenn auch der Verkauf des ganzen Holzes auf dem Stiehle erlaubt wird, ſo muß der Käufer doch die nöthigen Laſtreißer auf den Morgen zum wenigſten 16. Stück 1) ſtehen laſſen, wovon in Wirtemberg 2) Ausnahme gemacht wird.

1) Wirtemb. Forſtord. S. 67.

2) Erbvergl. Cl. V. §. 14. S. 85.

1287.
Berechnung der Windbrüche.

Sowenig dürfen ſich die Forſtbedienten die Windbrüche, Duft- und Schneebrüche, Windfälle, Afterſchläge, Würfe, und wandelbare Bäume zueignen, daß ſie dieſelben ohne waldherrſchaftliche Bewilligung nicht einmal für ſich verkaufen können 1).

1) Ordonnances des forets de Montbeillard tit. du Mortbois p. 207. Wirtemb. Jagd- u. Forſtord. tit. von Windfällen, p. 154. tit. von Afterſchlägen p. 155. Eiſenach.

ſenach. Jagd- u. Forſtord. v. 1645. n. 6 §. 3. Koburg. Jagd- u. Forſtord. v. 1653. tit. 6. Jenaiſche F. Jagd- u. Weidw. Ord. v. 1674. C. II. §. 2. n. 6. §. 3. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. v. 1682. p. 292. Schwarzb. Rudolſt. Jagd- u. Forſtord. v. 1626. §. 22. Reuß. Jagd- u. Forſtord. tit. 6. Stollberg. Jagd- u. Forſtord. tit. 6. Von Rohr c. 1. §. 3.

1288.
Genuß der Waldfrüchte.

Nicht allein gebührt dem Waldherrn alles Holzwerk, ſondern auch die von den bärenden Bäumen und Stauden abfallende Früchte und Nuzungen 1), an Eicheln, Bücheln, Wildobſt, Tannzapfen, Laub, Harz und Baumrinde 2), wovon nur ſelten zu Gunſten des Jagdherrn Ausnahme ſtatt findet 3).

1) *Ertel* P. I obſ. 12. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. V. S. 37. *Oetinger* de jur. et contr. lim. L. I. c. 11. n. 41. p. 190. 204. Pietſch Grundſäze des Forſt- und Jagdrechts, Abſch. 3. §. 54. 55. 56. 57. Von Rohr c. 14. S. 1142. ff.

2) Riccius von der Jagdgerechtigkeit C. III. §. 6.

3) *Oetinger* c. 11. n. 43. 44. Eſtor Th. I. §. 1785.

1289.
Ihr Verzeichnis.

Die Eicheln und Bücheln zuſammen heißen das Eckerig, und unter dem Wildobſte ſind alle übrige wilde Baumfrüchte, Aepfel, Birnen, Kaſtanien, Haſelnüße, Waldkirſchen, Beere und Blüthen begriffen

ſen. Wer das Recht hat, das Laub zu ſtreifeln, der kan ſich auch die Tannzapfen zueignen. Nicht aber darf es ſich derjenige anmaßen, dem bloß vergönnt iſt, das dürre Laub aufzuleſen, oder zu rechen 1).

1) Realindex der Wirt. Forſtord. S. 292. Kommunord. §. 9.

1290.
Rechte des Jagdherrn in Anſehung der Waldnuzungen.

Alle dieſe Waldnuzungen dienen vorderſamſt zur Unterhaltung des Gewildes 1). Folglich darf ſich davon der Waldherr nur ſoviel zueignen 2), als zu jenem Endzwecke nicht erforderlich iſt 3), und der Jagdherr kan ihm dabey ſtarke Einſchränkungen machen, wiewol hierüber zu Vorbeugung aller Streitigkeiten in der landesherrlichen Forſtgeſezgebung bereits die nöthige Verfügung getreffen iſt.

1) *Sueſer* theatr. ſervit. tit. 12. §. 11. 12. *Stryk* in vſu Mod. Dig. tit. de gland. leg. §. 4.

2) *Herold* obſ. 13. *Müller* in Prax. Civ. March. Reſol. 102 n. 13. *Lauterbach* in Coll. theor. Pract. Dig. tit. de A. R. D. §. 26.

3) *Gail.* L. II. Obſ. 68. n. 3. *Harpprecht* Vol. IV. Reſp. 69. n. 35. ſqq. *Wernher* En. 333. Riccius von der Jagdgerechtigkeit C. III. §. 6. Stiſſer Forſt- u. Jagdhiſt. C. VI. §. 32. S. 184.

1291.
Fortſezung.

In vielen Ländern wird das Geäcker und Wildobſt dem Jagdherrn ganz zugeſprochen, und der Waldherr

herr hat gar keinen Genuß davon, ausgenommen er hätte ihn insbeſondere hergebracht 1). Sonſt wird dorten den Unterthanen die Eichelleſe und das Wildobſtklauben nur auf denen Feldern zugeſtanden, die außerhalb dem Wildzaune und der Jagdverſteinung gelegen ſind 2).

1) Realindex der Wirt. Forſtord. S. 9. 13. 10. Generalreſcr. vom 18. April 1739. in Hochſtetters Extrakt Th. II. S. 253.

2) Wirt. Forſtord. S. 105. Realindex darüber S. 10. Kommunord. C. III. Abſch. 7. §. 10. Erbvergl. Cl. V. §. 9. S. 83.

1292.

Benuzungsart der Waldfrüchte.

Der Waldherr als Eigenthümer des Eckerig und des Wildobſtes kan daſſelbe auf jede ihm gefällige Art benuzen und gebrauchen, oder es andern überlaſſen 1). Er kan es alſo auch durch ſeine oder andere zahme Hausthiere auffreſſen laſſen 2), welches man das Maſtrecht 3) nennt, und bald eine Gerechtigkeit, bald eine Dienſtbarkeit, bald aber eine bloße Vergünſtigung iſt.

1) Heß. Kaß. Forſt: u. Holzord. S. 31.

2) Meurer vom Jagd= u. Forſtrecht, S. 26. Beck C. VIII. §. 5. Eſtor Th. I. §. 1785. 1786.

3) *Iuſt. Ge. Heuſer* de eo quod juſtum eſt circa jus glandis legendae. Ien. 1736.

Sixt. Iac. Kapff de eo quod circa glandes juſtum eſt. Tub. 1775.

1293.

1293.

Gattungen der Maſtgerechtigkeit.

Man unterſcheidet trockene Maſt, volle Maſt, Sprengmaſt und Nachmaſt 1). Zu ihrem Behufe darf von Bartholomäi an kein Vieh mehr in den Wald getrieben werden 2). Sie dauert von Michaelis bis Nikolai 3), und dann fängt die Nachmaſtzeit an 4), die ſich die Forſtbedienten nicht zueignen dürfen 5). An andern Orten aber iſt die Zeit nicht ſo genau beſtimmt, ſondern nach ausgetriebenen fetten Schweinen wird die Maſt mit den Faſeln beſchlagen. Im Preußiſchen gilt keine Viertelsmaſt 6). Sonſt wird der Betrag der Maſtung überhaupt jährlich von dem Forſtamte und einigen Gemeindsvorſtehern beurtheilt und geſchäzt 7).

1) Eſtor Th. I. §. 1788.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 694.

3) Magd. Holz- u. Jagdord. v. 1687. Abſch. VIII. Pommer. Jagd- u. Holzord. v. 1681. tit. 10. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 539. T. VI. Abth. I. p. 203. Hohenloh. Jagd- u. Forſtord. tit. 13. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. tit. Wald- u. Schweinm. Sachſ. Goth. Jagd- u. Forſtord. n. 5. Braunſchw. Kalenb. Forſtord. c. 5. Braunſchw. Lüneb. L. O. P. IV. c. 6. §. 8. p. 252.

4) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 522. 696.

5) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. IV. c. 6. §. 8. S. 252.

6) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 696.

7) Kurmärk. Forſtord. von 1620. tit. 16. Hinterpommer. Jagd- u. Forſtord. von 1681. tit. 10. Magd. Holz- u. Jagdord. v. 1687. Abſch. 8. Sachſ. Goth. Jagd- und

Forſt-

Forſtord. n. 5. Braunſchweig. Kalenb. Forſtord. v. 1678. c. 5. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. tit. Wald- u. Schweinmaſt. Hohenloh. Jagd- u. Forſt-ord. tit. 13.

1294.

Pachtung der Waldnuzungen.

Die Vergünſtigung, welche die Preußiſchen Edeleute in den Märkiſchen Wäldern frey genießen 1), iſt zuweilen gleichſam ein herkommlicher Pacht, und es wird ſo wie beym ordentlichen Pacht, der in den Königlichen Forſten überall ſtatt hat 2), ein gewiſſer Maſtzins, Maſtgeld ſamt Schreibgebühre gegeben 3).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 695.

2) Oſtpreuß. Forſtord. tit. 7. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 321. T. I. p. 76. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 567. 697. Vergl. Wirt. Generalreſcr. v. 18. Apr. 1739. in Hochſtetters Extrakt Th. II. S. 253.

3) Wirtemb. Forſtord. Realindex S. 9. 13. Repertor. C. C. March. de 1755. col. 227. Die übrigen Geſeze ſtehen §. 1284.

1295.

Eingeſchränktes Maſtrecht.

Wenn ein Anderer das Jagdrecht beſizt, oder wenn das Maſtrecht eine Dienſtbarkeit iſt, ſo wird ſie im Zweifelsfalle nur bey der vollen Maſt zugeſtanden 1), oder nur halbe und Sprengmaſt erlaubt. Jedoch darf auch der Waldherr in dem andern Falle, wenn gleich die Maſt ſehr ergiebig, keine fremde Schweine darauf ſchicken.

1)

1) Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. v. 1688. S. 28. Realindex der Wirtemb. Forſtord. S. 13. *Heuſer* in cit. Diſſ. §. 37. p. 40.

1296.
Polizeyverfügung.

Sowol die Maſtſchweine als die Faſeln müſſen zu dem Ende gebrandt und eingepſennet werden. Alle ungebrandte ſind verfallen.

1297.
Fortſezung.

Zum Nachtheile des Jagdrechts oder waldherrlichen Maſtrechts dürfen die Obſtbäume, Eichen, Birken und Buchen nicht gepoſſet, geſchlagen und geſchüttelt, das Geäcker und Wildobſt nicht aufgeleſen und nach Hauſe getragen werden 1).

1) Wirtemb. Jagd- u. Forſtord. tit. von Eicheln und Wildobſt klauben, bey Fritſch P. III. p. 163. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. tit. Wald- u. Schweinemaſt p. 298. Baier. Jagd- u. Forſtord. art. 8. Sachſ. Kob. Jagd- u. Forſtord. tit. 2. §. 16. Schwarzb. Frankenh. Holz- u. Forſtord. art. 43. Stollberg. Jagd- und Forſtord. tit. 18.

1298.
Waldherrliches Graſungsrecht.

Dem Waldherrn gebühren die Nuzungen, die von der Oberfläche des Bodens des Waldes erhalten werden, mithin alles Graß, abgefallene Laub und die Beere. Er kan das Graß entweder ſchneiden und einheimſen, oder mit ſeinem oder anderm

Viehe behüthen laſſen. Die Waldhüthung heiſt im Gegenſaz vom Maſtrechte die Blumenhuth.

1299.
Einſchränkung der Waldhüthung.

Gewiſſe Hausthiere, als Ziegen und Schafe, ſind theils ganz und theils nur in gewiſſer Maße von der Waldhüthung ausgeſchloſſen 1). In jungen Häuen und in Hainen darf binnen einer gewiſſen Anzahl Jahre und zwar mit Unterſcheidung des Hornviehs von den Schaafheerden nicht geweidet werden 2) §. 1281. und die Gemeinden müſſen wegen ihren eigenen Waldungen deswegen beym Forſtamte um Erlaubnis anſuchen 3).

1) Kurbrand. Forſtord. v. 1620. tit. 16. §. 1. 2. Magd. Pol. Ord. C. 9. Abſch. 4. §. 2. 4. Jagd= u. Forſtord. v. 1659. tit. 6. §. 4. Dergl. von 1687. Abſch. 4. 11. §. 10. Halberſtädt. Forſt= u. Holzord. von 1590. §. 7. Anſp. u. Bayr. Waldord. unterhalb Gebirgs S. 341. aufm Gebirge art. 50. Wirt. Jagd= u. Forſtord. p. 136. and. Ausg. S. 75. Realindex S. 342. Sachſ. Eiſenach. Jagd= u. Forſtord. N. V. Koburg. Jagd= u. Forſtord. tit. 6. §. 5. tit. 9. Jenaiſche Forſt= Jagd= u. Weidw. Ord. N. IV. §. 4. N. V. §. 4. Wirt. Generalreſcr. v. 4. May 1747.

2) *Schoepff* T. IX. Conſ. 4. n. 86. p. 43. *Schuz* de jur. paſc. c. 8. §. 6. p. 165. Eſtor Th. III. §. 1769. Klingner in den Zugab. zu Beck S. 668.

3) Wirtemb. Forſtord. P. II. tit. 30. S. 73. Kommunord. a. a. O. §. 4. 5.

1300.

Ihre Erhaltung.

Da aber die Waldhüthung zuweilen eine Forſtdienſtbarkeit, die dem Dienſtherrn ohne Noth nicht entzogen werden darf, ſo muß der Wald in gewiſſe Schläge abgetheilt werden 1), und wenn Einer wegen des neuen Anflugs ins Gehege gelegt wird, zu gleicher Zeit ein Anderer zur Abhüthung wiederum geöffnet werden 2).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 357. Jahrg. 4. p. 93. Samml. Schleſ. Ord. B. VII. S. 211.

2) Sachſ. Koburg. Jagd- u. Forſtord. C. III. tit. 9. §. 2. Jenaiſche Forſt- Jagd- u. Weidwerksord. N. V. §. 2. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 93. Eſtor Th. III. S. 761.

1301.

Abwechſelnder Gebrauch.

Wenn die Waldhüthung eine bloße landesherrliche Vergünſtigung iſt, ſo wird ſie nicht jährlich, ſondern nur manchmal nach der Beſchaffenheit des Walds zugeſtanden 1).

1) Kurbrand. Forſtord. v. 1620. tit. 17. Oſtpreuß. Forſtord. tit. 3. in C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. 5. p. 289.

1302.

Vorzug der Gemeinden beym Pacht.

Im Falle ſie verpachtet werden kan, ſo muß ſie vorzüglich den eigenen Dorfgemeinden überlaſſen werden 1).

1) Wirtemb. Forſtord. Th. I. S. 14. 15.

1303.

Art der Verwilligung in Herrſchaftwaldungen.

Die Graßung in den Herrſchaftwaldungen wird nur auf erhaltenen Graßzettel vom Forſtamte erlaubt 1), und dafür Graßzins entrichtet. Es muß in jungen Häuen oft 23. und mehrere Jahre unterbleiben 2).

1) Realindex der Wirt. Forſtord. S. 220. Kommunord. §. 8. Heß. Kaß. Forſt- u. Holzord. v. 1682. pag. 295. Sachſ. Goth. Jagd- u. Forſtord. N. IV. §. 4. Weimar. Jagd- u. Forſtord. N. IV. §. 4. Koburg. J. u. F. O. tit. 6. §. 4. tit. 9. §. 5. Jenaiſche Forſt- Jagd- u. Weidw. Ord. N. IV. §. 3. Magdeb. Holz- u. Jagdord. von 1687. Abſch. IV. §. 4. Abſch. VI.

2) Magd. Pol. Ord. c. 9. Abſch. 4. §. 2. 4. Pietſch §. 60. S. 79.

III. Kapitel.

Jagdrecht.

1304.

Literatur.

Conr. Heresbach de venatione, piſcatione et aucupio. Col. 1570.

Ge. Mohr de venatione. Spiræ 1605.

Seb. Khrayſer Ius venandi, aucupandi et piſcandi Rom. Bav. Neob. 1651.

Franc. Zoannetti de duplici venatione cum generali tum ſpeciali Germanica.

Sam.

Sam. Stryk Præfat. de Germanorum circa venationem libertate jam reſtricta.

Ern. Theoph. Majer Diſſ. de jure venandi Rom. Germ. Tub. 1727.

Franc. de Launay de jure venationum, du Droit de Chaſſe. Paris 1685.

Ier. Eb. Linck de jure venandi regalibus juſte adſcripto. Arg. 1722.

Io. Pet. de Ludewig Differentiæ Iur. Rom. et Germ. in venatu eiusque regali Hal. 1730.

F. A. Hallenborſt de eo quod juſtum eſt circa venationes in genere et in ſpecie circa venationes precarias. Erf. 1713.

Lud. Ott. Mencken de jure Majeſtatis circa venationem. Lipſ. 1674.

Io. Guil. de Goebel Diatriba de jure venandi. Helmſt. 1717.

And. Fl. Rivinus de jure venandi in alieno fundo. Lipſ. 1745.

Dav. Ge. Struben Vindiciæ juris venandi nobilitatis Germ. Hild. et Brunſw. 1739.

Io. Vlr. Cramer Vindiciæ regalis juris venandi. Marp. 1740.

Jac. Wern. Kyllinger Diſſ. de jure venandi. Gieſſ. 1617.

Chr. Feſch de re venatoria ejusque jure. Baſ. 1638.

Godofr. Beringer Diſſ. de jure venandi. Helmſt. 1641.

Remig. Feſch Diſſ. de jure venandi. Baſil. 1652.

Huld. ab Eyben Diſſ. de jure venandi. Gieſſ. 1663.

P. B. Gloxin Diſſ. de juribus venandi principum Imperii. Argent. 1666.

Chr. Gottl. Riccius Entwurf von der in Teutſchland üblichen Jagdgerechtigkeit. Nürnb. 1736.

Joh. Ernſt von Beuſt von der Jagd- und Wildbahnsgerechtigkeit. Jen. 1744.

Joh. Ad. von Ickſtadt Abhandlungen von den Jagdrechten. Nürnb. 1749.

1305.

Erklärung.

Das Jagdrecht beſteht in der Befugnis auf einem gewiſſen Bezirke das hohe, kleine und Federwildpret ſich zuzueignen, daſſelbe aufzuſpüren, zu verfolgen, zu fangen, und zu tödten 1).

1) Von Rohr B. VII. c. 3. S. 998. ff.

1306.

Verſchiedene Beſitzer.

Es beſizt dieſes Recht entweder der Forſt- und Waldeigenthümer, oder vermög Verleihung, Verjährung 1), Vergünſtigung oder als Dienſtbarkeit ein Dritter 2).

1) *Traug. Thomaſius* Diſſ. de jure venandi, num tempore alias conſueto contra aequalem praeſcribere poſſit. Lipſ. 1735.

2)

2) *Bonhoeffer* de jure venandi per modum ſervitutis juris Publici in territorio alieno.

1307.
Vermiſchung des Jagdhoheitsrechts mit dem Jagdeigenthumsrecht.

Nicht aber gebührt es der Forſthoheit in denen ihr unterworfenen Wäldern der Landſaſſen, ſondern ſie beſizt allein die Jagdhoheit oder das Jagdoberpolizeyrecht auf den Jagdbezirken ihres Landes. Dieſes Hoheitsrecht mit dem Jagdrecht als Eigenthumsrecht betrachtet haben die ältern Rechtsgelehrten miteinander vermiſcht, und daher entſtanden die unendlichen Streitigkeiten von der Regalität der Jagden 1).

1) *Fleiſcher* Inſtit. Jur. feud. C. IX. §. 47. ſeqq. Chriſt. Schöttgen Geſchichte Konrads des Großen Markgr. von Meiſſen, S. 307. Eſtor Th. I. §. 2507. Th. III §. 2507.

1308.
Entwickelung der daraus entſtandenen Irrthümer.

Die Jagd war vor Zeiten bloß dem alten Adel oder dem Herrenſtande, als eine Wirkung ihres Landeigenthumsrechts zuſtändig 1), wie man es an ihren Siegeln und andern Monumenten wahrnimmt, wo ſie zum Zeichen ihrer Jagdgerechtigkeit und ihres Adelſtandes einen Raubvogel auf dem Finger halten. Den übrigen Freygebohrnen erlaubte man bey dem ehemaligen Ueberfluſſe an Waldungen, Gehölze und an Wildprett die kleine Jagd als eine Vergünſtigung auszuüben.

Dieſe Verfaſſung veränderte ſich, da auf der einen Seite der Herrenſtand zum Beſize der groſsen Königsbannforſte kam, und ſich bey ihm die Landeshoheit ausbildete, auf der andern Seite aber ſeine Güter und Herrſchaften zum Theil in die Hände des Klerus, des niedern Miniſterialadels und manchmal gar der Städte geriethen. Dadurch gelangten alſo dieſe ebenfalls zur Ausübung des ganzen Jagdrechts, und nun kamen die römiſirenden Doktoren, unbekannt mit dem Urſprung der Sache, und aus der beſondern Verfaſſung der einzelen Länder, wo die eine oder die andere Lage vorſchlug, allgemeine Grundſäze abſtrahirend, mit einander in Streit, und ein Theil behauptete die Regalität der Jagden, und der andere läugnete ſie. Nachdem ſie vollends gar im XVI. Jahrhundert Jagdhoheit und Jagdrecht miteinander vermiſchten, ſo erhielt die erſte Gattung die Oberhand. Indeſs gab es doch noch einige, die wahrnahmen, daſs der gröſste Theil der Landſaſſen im Beſiz des Jagdrechts war, daher ſie aus der Jägerey den Unterſcheid zwiſchen hoher Jagd und niederer Jagd adoptirten 2), und dem Landesherrn im Zweifelsfalle die Erſtere, und dem Adel die Leztere zuſprachen, und ihre Meinung nicht nur an den Gerichtshöfen, ſondern auch in der landesherrlichen Geſezgebung 3) durchzuſezen wuſsten.

1) *Biener* de nat. et ind. Dominii, L. II. c. 2. p. 135.

2) *Petr. Heigius* ICtus Saxon. Quaeſt. Jur. Civ. et Saxon. P. I. quaeſt. 15. §. 62.

3)

3) Man ſehe den Auszug aus den Forſtordnungen bey *Pfeffinger* Vitr. Illuſtr. Tom. III. p. 1428. 1429. Ferner Kurbrandenburgiſches Reſcript vom 9. May 1549. in C. C. March. T. IV. Abth. I. n. 47. p. 692.

1309.
Heutige Entſcheidungsgründe.

Heutzutage kömmt es in praktiſchen Rechtsfällen darauf an, ob ſich der Adel in Anſehung ſeiner Jagdgerechtigkeit in den Landesverträgen und Privilegien vorgeſehen hat, oder ob eines der altjuriſtiſchen Vorurtheile die Oberhand behalten hat, als z. B. in Sachſen wird alle Jagd und in Hannover 1) und vielen Preußiſchen Staaten 2) die hohe Jagd für Regal gehalten 3). Hier kan alſo der Landſaß die Jagd, oder wenigſtens die hohe Jagdgerechtigkeit ohne den Beweis der landesherrlichen Verleihung oder Vergünſtigung, oder des unerdenklichen Beſizes [im Preußiſchen bloß des Beſizſtandes von 1740. 4)]. nicht behaupten 5).

1) H. Ge. Wilh. Reſol. auf die Grav. der Lün. Landſch. in Rep. Jur. Priv. p. 1906. C. C. Cell. C. VIII. p. 150. Receſſ. Prov. Salzdal. de 1597.

2) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 417. Kurfürſt Friedr. Wilh. des Großen Reſolution vom 18. Jenner 1681. auf die von der Kurmärk. Ritterſchaft 1680. eingereichte Jagdbeſchwerden.

3) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 602. 604.

4) oben §. 494.

5) Pütter auserleſene Rechtsfälle, Th. I. S. 416. ff. *Biener* cit., l. pag. 137.

Io. Ad. L. B. ab Ickſtatt Diſſ. de poſſeſſione vel quaſi regalium et in ſpecie regalis venandi juris ſubditum ſeu landſaſſium aduerſus territorii dominum parum aut nihil releuante. Wirceb. 1736.

1310.
Fortſezung.

Dahingegen in den Ländern, wo weder eines jener rechtlichen Vorurtheile vorgedrungen und ſich feſtgeſezt hat, noch die Sache in der Landesverfaſſung beſtimmt iſt, da muß jedesmal unterſucht werden, ob der Jagdbezirk zu einem altadelichen Gute gehört, oder nicht. In jenem Falle gebührt dem Landſaſſen alles Jagdrecht 1), in dieſem aber gar keines, wenn er den Erwerbungstitel oder den verjährten Beſiz nicht erweiſen kan 2).

1) Strube Nebenſt. Th. II. Abh. 11. Riccius von der Jagdgerecht. C. I. §. 25.

2) Heß. Kaß. Jagdord. §. 4. S. 6. Darmſtädt. Forſtord. §. 13.

1311.
Länderverzeichniß.

Es iſt nöthig, die Länder hier anzuzeigen, wo die Jagdrechte des Adels in der Landesgeſezgebung beſtimmt ſind. Sie heißen: Schwediſchpommern 1), Lauenburg 2), Mecklenburg 3), Holſtein 4), Oldenburg 5), Engern und Weſtphalen 6), Osnabrück 7), Hildesheim 8), Kurſachſen 9), Altenburg 10), Oberlauſiz 11), Weimar 12), Anhalt 13), Oeſtereich 14), Baiern,

Baiern 15), Neuburg 16), Jülich und Bergen 17). Heſſen Kaſſel 18), Darmſtadt 19), Braunſchweig Lüneburg 20), Elſaß 21), Liefland 22).

1) *Hartmann* Diff. Jur. Pomer. et Rug. Sect. 2. §. 20.

2) Lünig Coll. von der Landſäß. Ritterſchaft, Th. I. §. 22. S. 1310.

3) Reverſalen von 1621. §. 19. Erbvergl. §. 293. ff. Pol. Ord. tit. v. Jag. S. 54.

4) Lünig Collekt. von landſäß. Privil. Th. II. S. 957. *Eberfeld* de Holſ. huiusque ſtatu et ord. Cl. 3. §. 3.

5) C. C. Oldenb. T. II. p. 227.

6) Weſtphäl. Pol. Ord. tit. 37. §. 1. S. 165.

7) Lünig a. a. O. Th. I. S. 1530.

8) Edikt von 1657. bey Nebenſt. Th. I. S. 277.

9) Schaumburg Th. II. ex. 5. §. 2.

10) Lünig Th. II. S. 24.

11) C. C. Luſat. ſuper. p. 294. 318. 320.

12) Lünig Th. II. S. 33. 13) L. O. tit. 22.

14) Stiſſer Forſt- u. Jagdhiſt. C. 1. §. 35.

15) Edikt vom 16. May 1733. *Ertel* de jurisd. infer. L. I. c. 7. obſ. 3.

16) Lünig Th. I. S. 1146.

17) Pol. Ord. S. 52. 18) Jagdord. §. 2. 3. 4.

19) Forſtord. §. 13.

20) *Selchow* El. Jur. Brunſw. §. 134. Stiſſer §. 32.

21) Ritterord. S. 32. 38. 22) L. O. S. 31.

1312.

Der Preußiſchen Staaten.

Von den Preußiſchen Staaten müſſen genennt werden: Die Brandenburgiſche Marken 1), Pommern 2), Magdeburg 3), Halberſtadt 4), Minden 5), Cleve 6), Grafſchaft Mark, Oſtfriesland 7).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 553. 587. 671. 709. 766. 795. Tom. VI. Abth. I. p. 417. 454.

2) *Engelbrecht* Delin. Pom. Suec, p. 117.

3) C. C. Magdeb. P. III. pag. 52. ſeqq.

4) Lünig a. a. O. Th. I. S. 1109.

5) Landesvertr. S. 236.

6) Landtagsrezeß von 1649. § 54. Lünig Th. I. S. 1044.

7) Lünig Th. II. S. 1482. 1966.

1313.

Ueberbleibſel der Jagdverfaſſung des Mittelalters im Preußiſchen.

Es iſt im Preußiſchen ein Ueberbleibſel der altteutſchen Jagdverfaſſung, daß der Adel überhaupt auf ſeinen Gütern, wenn er nemlich wirklich Antheil an einem Dorfe hat, und nicht bloß Pächte daraus erhebt 1), Wildprett ſchießen darf 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 417.

2) ibid. T. V. Abth. I. p. 25.

1314.
Erläuterung.

Die angeführten Geſeze ſprechen aber nicht allein vom Adel, ſondern auch von den übrigen Landſaſſen, Stiftern, Klöſtern, Hoſpitälern, Univerſitäten 1), Stadt 2) = und Dorfgemeinden 3).

1) *Pufendorf* T. III. obſ. 191. Stiſſer Forſt = u. Jagdhiſt. C. I. §. 37.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 588. 628. 649. 660. 707. C. C. Magd. P. III. p. 55. 635. 604. 661. Mind. Landesvertr. S. 72. 180. C. C. Culmbac. T. II. P. II. p. 561.

3) *Strube* de jur. Vill. C. III. §. 3. p. 68.

1315.
Nähere Beſtimmung der hohen und niedern Jagd.

Es hat ſich demnach der Rechtsgelehrte um den Unterſcheid der Jagdverſtändigen zwiſchen hoher 1) und niederer Jagd zu bekümmern 2), und die Geſeze haben in vielen Ländern eigene Verzeichniſſe 3) geliefert, was zu jeder Gattung gehört, und in Sachſen und im Preußiſchen nimmt man noch eine Mitteljagd an, die in Rehen, Wölfen, Hauer, Bachen, Friſchlingen, Keuler, Birkhühnern, Brachvögeln beſteht 4). Zuweilen unterſcheidet man auch die Raubthiere, Wölfe, Füchſe, Lüchſe, Fiſchottern, Marder, Geier, Adler, Habichte 5), deren Fahung bald jedermann erlaubt 6), bald gerade der Landesherrſchaft vorbehalten iſt 7). Genau betrachtet, dürfen ſie von jedermann nur auſſerhalb dem Wild-

zaune

zaune und unter Ablieferung an die Förſter getödtet werden 8).

1) *Io. Ioach. Schoepffer* Diſſ. de venatione ſuperiori. Roſt. 1702.

2) Stiſſer C. VII. §. 21. S. 285. Eſtor Th. I. §. 2496. 2498. 2503. Th. III. §. 2491. 2496. *Pfeffinger* T. III. p. 1427.

3) Kurſächſ. Verord. v. 8. Nov. 1717. in Repert. Jur. Priv. p. 1905. und bey Spaate Vorſt. I. Th. II. S. 257.

4) Vergl. Pfeffinger a. a. O. p. 1403.

5) Hohenloh. Wildb. Holz- u. Forſtord. p. 228. Schwarzb. Rudolſt. Jagdmandat v. 1626. p. 194. Baier. Jagd- u. Forſtord. c. 12. 13. 16. Sondershauſ. Jagd- u. Forſtord. §. 10. 13. Frankenhäuſ. Holz- u. Forſtord. §. 41.

6) Sachſ. Goth. L. O. P. III. tit. 11. Kurbaier. Jagdedikt vom 16. May 1733. bey Scopp S. 223. §. 40. Heß. Darmſt. Forſtord. §. 13. 14. S. 15. Kurbrand. Mandat v. 8. Merz 1687. ap. *Fritſch* p. 320. Kurmärk. Forſtord. v. 1620. tit. 23. Magdeb. Holz- u. Jagdord. Abſch. XI. §. 32. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 717.

7) *Rob. Io. Huf a Steinach* Diſſ. de ardearum venatione. Alt. 1738.

Pet. Müller Diſſ. de perſecutione luporum. Ien. 1678.

8) Von Rohr c. 6. S. 1039.

1316.

Unächte Rechtsmeinung.

Die Rechtsgelehrten behaupten, wenn einem die Jagdgerechtigkeit zu Lehen gegeben worden iſt 1), im Zweifelsfalle nur die niedere Jagd darunter zu verſte-

hen

hen ſeye 2). Allein ich glaube, der angegebene Entſcheidungsgrund iſt nicht überall hinreichend 3), und es muß auf die übrige Beſchaffenheit der Umſtände, und auf die im Lande geltende Prinzipien Achtung gegeben werden 4).

1) *Io. Gabr. Vlrich* Diſſ. de feudo Venationis.

2) *Knipſchild* de Obligat. Dom. et Vaſalli P. II. qu. 1. n. 101. *Herold* in Select. obſervat. foreſt. obſ. 14. n. 113. *Boehmer* Inſt. Jur. feud. §. 68. *Pfeffinger* T. III. p. 1431.

3) *Selchow* El. Jur. Germ. §. 285.

4) C. C. March. T. II. Abth. V. p. 85. 93.

1317.

Nähere Beſtimmung.

Eher gebe ich zu, daß bey verliehener hohen Jagd nicht die kleine Jagd begriffen iſt, noch bey der ertheilten Jagdgerechtigkeit überhaupt, alle Fiſcherey 1). Dahingegen hat die Sache in Anſehung des Vogelfangs oder kleinen Weidwerks gar keinen Zweifel 2).

1) *Knipſchild* cit. l. n. 113. 118.

2) Von Rohr B. VII. c. 12. S. 1121. ff.

1318.

Präſumtive Verleihung des Jagdrechts.

Bey der Veräuſſerung eines adelichen Guts mit allen Rechten und Zubehörungen, iſt das Jagdrecht eingeſchloſſen 1).

1) Pietſch Grundſ. des Forſt- u. Jagdrechts, §. 76. S. 102. 103.

1319.
Verleihung ohne Vorbehalt.

Wenn einmal die Jagdgerechtigkeit gehörig verliehen iſt, ſo gebührt dem Lehenherrn, wenn er auch zugleich Landesherr ſeyn ſolte, weder dabey eine Vorjagd 1) noch eine Mitjagd, als welche theils Vergünſtigungen theils vorbehaltene Jagddienſtbarkeiten und keineswegs eine Wirkung der Forſthoheit ſind 2). Man findet ſie bloß in Pommern 3), Mecklenburg 4), Hildesheim 5), Thüringen 6), Schwarzburg 7), Neuburg 8).

1) *Io. Frid. Schneider* Diſſ. de jure praeuentionis circa venationem. Hal. 1715.
Von Rohr B. VII. c. 9. S. 1074. ff.

2) *Io. Vlr. L. B. de Cramer* de jure prae- et conuenandi ſuperioritati territoriali non adnexo in op. Tom. III. p. 11.

3) *Engelbrecht* delin. Stat. Pomer. p. 117. 119.

4) Entſagt im Erbvergl. §. 304.

5) Strube von Regier. u. Juſtizſ. S. 115.

6) *Leiſer* Jus Georg. L. III. c. 12.

7) *Fritſch* de jur. conuen., membr. 2. §. 2.

8) Lünig Coll. Ritterſchaft. Privil. Th. I. S. 1164.

1320.
Gnadenjagd.

Bey der ehemaligen Menge der Forſten und Waldungen geſchah es, daß die Kaiſer und Landesherren ihren Landſaſſen und Unterthanen häufig die Jagden vergönnten 1), woraus die heutige Gnadenjagd, Venatio precaria 2) entſprungen iſt 3). Wenn dafür gewiſſe Gelder oder andere Abgaben entrichtet werden, ſo heißt ſie eine Beſtandjagd.

1) *F. F. Willenberg* de venatione priuatis permiſſa.

2) *Per. Fr. Romanus* Diſſ. de venatione precaria. Lipſ. 1668.

Pet. Müller Diſſ. de venatione precaria, von Gnadenjagden. Ien. 1686.

F. N. Hallenborſt de eo quod juſtum eſt circa venationes precarias. Erf. 1713.

Ah. Fritſch de venationibus precariis, vulgo von den Beſtand- und Gnadenjagden, P. I. opuſc. p. 220.

Ferd. Chr. Harpprecht de venationibus precariis, von Revers- oder Gnadenjagden, T. II. Diſſ. p. 732.

Io. Ph. Streit Diſſ. de venatione precaria.

Io. Alb. Hubner de venatione precaria, vulgo Revers- oder Gnadenjagd. Lipſ. 1778.

3) Von Rohr c. 5. S. 1028 ff.

1321.
Unwiederruflichkeit.

Ich glaube nicht, daß dieſe Gattungen heutzutage einſeitig wiederrufen und aufgehoben werden können 1).

1) Vergl. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 710.

1322.
Stille und Klapperjagd.

Die Jagd theilt ſich ferner nach der Beſchaffenheit der Ausübung in ſtille und Klapperjagd 1).

1) *Gebh. Chr. Baſtineller* Diſſ. de modo venandi dicto die Klapperjagd.

1323.
Kuppeljagd.

Die Koppeljagd 1), wo zwei oder mehrere Jagdherren die Jagd auf einem gewiſſen Jagdreviere beſizen 2), iſt, aus der Vertheilung und Zerſtückung der alten Standesherrſchaften und Rittergüter entſtanden 3), und kan aufgehoben werden 4).

1) *Ab. Fritſch* tract. de jure conuenandi. Ien. 1670.
And. Homborg de jure conuenandi, germ. Koppeljagden. Helmſt. 1710.

2) Von Rohr B. VII. c. 4. S. 1017. ff.

3) *Mettingh* de Statu Milit. Germ., Sect. II. not. 4. pag. 212.

4) *Io. Treiber* Diſſ. de conuenationis reuocatione. Erf. 1723.

1324.
Freye Pürſch.

Man nennt eine freye Pürſch 1), wenn jedem von einer oder mehreren Gemeinden das Jagdrecht auf einem gewiſſen Diſtrikte erlaubt iſt. Jeder muß ſich aber jährlich mit einem Pürſchpaſſe verſehen und nach der Pürſchordnung richten 2).

1) Jak. Otto Freye Pürſch Beſchreibung mit Anmerk. v. C. C. W. Ulm 1725.

Steph. Chr. Harpprecht Sciagraphia liberae venationis Germ. inprimis vero Suevicae. Tub. 1702.

Goth. Dan. Hoffmann Diſſ. de libera venatione, præſertim Sueuo-Memmingenſi. Tub. 1753.

2) Wirtemb. Pürſchord. im Realinder der Forſtord. S. 191. ff. Erbvergl. Cl. V. §. 13. Von Rohr c. 8. S. 1060. ff.

1325.
Die Jagd ein Eigenthumsrecht.

Die Jagd überhaupt, oder wenigſtens die niedere Jagd, iſt entweder eine Wirkung des Waldeigenthums, oder ein beſonder erlangtes Eigenthumsrecht, mitnichten aber ein Regal 1), obſchon ſie aus beſondern Urſachen im Zweifelsfalle dem Landesherrn zuzuſprechen iſt 2).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 160. *Pufendorf* T. I. obſ. 228. *Engau* El. Jur. Germ. L. 2. tit. 12. §. 223.

2) Sprüchw. Wohin der Dieb mit dem Strange
Dahin gehört der Hirſch mit dem Fange.

ap. *Hert.* L. II par. 16. p. 403. *Piſtorius* Cent. II. par. 51. p. 192. unrecht verſtanden von Eſtor Th. I. §. 2518.

1326.
Landesherrliche Privatſervitut.

Daher, wenn ſie ganz einzig von einem Landesherrn auf fremdem Territorium beſeſſen wird, ſie auch niemals eine Staatsſervitut wird, ſondern das iſt bloß beym Wildbannsrechte möglich 1). Ebenſowenig kan der jährliche Ueberzug des Landesherrn für einen Mitbe-

ſiz an der landſäſſigen Jagdgerechtigkeit gehalten werden 2).

1) *Io. Henr. Wolfart* Diſſ. de eo quod in Germania juſtum eſt circa Bannum ferinum in alieno territorio adquiſitum. Marp. 1730.

2) *Boehmer* T, III. P. III. Deciſ. 746. n. 5. p. 682.

1327.

Wildbann.

Der Wildbann iſt in einer gewiſſen Bedeutung das Recht auf einem gewiſſen Bezirke Wildprett zu hegen, und von ihrem Gebrauche und ihrer Benuzung jedermann auszuſchließen 1). Manchmal bedeutet der Ausdruck ſoviel als das Jagdgehege über einen gewiſſen Theil des Waldes oder Forſts anlegen, um zu verhüten, daß das Gewilde auf keine Weiſe beunruhiget wird.

1) Pietſch Abth. IV. §. 64. S. 86.

1328.

Jagdherrliche Befugnis.

Jeder Jagdherr hat auch ohne beſondere Verleihung in dieſem Verſtande das Wildbannsrecht 1). Er kan daher das Gehege anlegen 2), den Wald umzäumen 3), einen Thiergarten machen 4), und die Phaſanerien in den Bann thun 5). Ich ſehe aber keinen Grund, warum die leztern überall dem Landesherrn vorbehalten bleiben ſolten 6).

1) *Io. Helv. Schulz* Diſſ. de Banno ferino. Gieſſ. 1551. *Ern. Frid. Schroeter* de Banno ferino eiusque jure. Ien. 1670.

2) Sprüchw. Wer darf jagen, darf hagen. ap. *Hert.* L. II. par. 17. p. 404. *Zaſius* Conſil. 6. Vol. II §. 1. *Gail* L. II. obſ. 68. §. 7. p. 420. *Pfeffinger* in Vitr. ill. T. III. p. 1433.

3) *Chr. Lud.* *Crell* Progr. de jure viuariorum ex LL. Germ. inprimis Saxonum, in ſpecie de jure Hagarum apud Germanos. Vit. 1740.

Wie der Waldzaun zu machen, lehrt die Hohenloh. Jagd- u. Forſtord. von 1579. tit. 17.

4) *Chr. Lud. Crell* Diſſ. de jure Vivariorum. Vit. 1740.

5) *Ern. Mart. Chladenius* de jure Phaſianorum eorumque Banno. Vit. 1752.

6) Oeſter. Jäger- u. Reißjaidsord. §. 7. Magdeb. Edikt v. 24. Nov. 1697. bey Fritſch p. 526. et C. C. Magdeb. P. III. p. 469. Eſtor Th. I. §. 2515.

1329.

Unſchädliche Wildprettshegung.

Die Hegung des Wildpretts darf kraft des Landpolizeyrechts 1) nie zum Schaden der Landwirthſchaft gereichen 2). Daher keine allzugroße Menge, noch dieſelbe in den Vorhölzern und in dem Feldgeſträuche gehegt werden dürfen 3). Das zu Schaden gehende Wild muß gegen Bezahlung des Werths und Schußgelds auf Verlangen der Gemeinden weggepürſcht werden 4).

1) Heß. Kaß. Jagdord. §. 8. S. 10. Von Rohr Haushaltungsrecht, B. VII. c. 7. S. 1049. ff.

2) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de conſeruatione ferarum nociua. Alt. 1709.

3) Heß. Kaß. Jagdord. von 1722. §. 8. S. 10.

4) Wirtemb. Kommunord. S. 71. Erbvergl. von 1771. Cl. V. §. 6. Generalreſcr. vom 8. Jun. 1776.

1330.

Haltung der Schonzeit.

Vermög des landesherrlichen Jagdhoheitsrechts oder Oberjagdpolizeyrechts 1), muß der Jagdherr die beſtimmte Schon = und Jagdzeit beobachten 2), und darf, ausgenommen bey außerordentlichen Feyerlichkeiten und bey Verfolgung der Raubthiere 3), nicht zu jeder Zeit und am wenigſten zur Sezzeit 4) und des Sonntags jagen. Die Zeit wird von Mitternacht zu Mitternacht gerechnet 5).

1) *Spangenberg* de vſu et abuſu venationum §. 3. Eſtor Th. I. §. 4545.

2) Heß. Kaß. Jagdord. §. 3. Magdeb. Edikt vom 11. Merz 1713. in Rep. Jur. Priv. p. 1906. Magdeb. Holz- u. Jagdord. v. 1687 Abſch. 11. §. 6. 9. 11. Anh. c. 11. Edikt wegen den Phaſ. in Magd. v. 24 Nov. 1697. Anhalt. L. O. tit. 26. Baier. Jagd- u. Forſtord. c. 2. 3. 11. 13. 22. Hinterpommer. Jagd- u. Holzord. v. 1681. tit. 12. Br. Lüneb. Mandat v. 8. Jan. 1638. p. 1. 33. Wolfenbütt. Edikt das Jagen u. Kühren betr. v. 1645. p. 136. Kurſächſ. L. O. t. v. Jagen. Jagdmandat v. 9. Jun. 1613. p. 2. Dergl. v. 24 Febr. 1626. p. 7. v. 1643. p. 10. Oberlauſitz. L. O. p. 15. Henneb. Wald- Holz- u. Forſtord. p. 55. Altenb. Jagd- u. Weidw. O. §. 1. 11. 13. Sachſ. Koburg. Jagdmand. v. 1636. p. 480. W. F.

Jagd-

Jagd- und Weidw. O. tit. v. Jagden §. 2. 7. Mandat v. 1. Jun. 1674. p. 336. Jenaiſche W. F. J. u. Weidw. O. tit. v. Jagd §. 2. 5. Weimar. Jagd- u. F. O. tit. v. J. §. 2. Gotha. Jagd- u. Weidw. Mand. v. 4. May 1642. p. 49. Forſt- u. Jagdord. v. 1644. tit. v. Jagden §. 6. Eiſenach. F. J. u. Ww. O. tit. v. Jagd. §. 2. 6. Mandat von 1645. p. 287. Sondersh. Jagdord. §. 1. Rudolſt. Jagdmand. v. 1626. p. 193. Reuß. Waldord. tit. 15.

3) Kurmainz. Wald- u. Forſtord. C. 2. §. 6. Oeſter. Jäger- u. Reißgejaydsord. §. 7. 8. 9. Aeltere von Kaiſ. Rud. II. von 1581. §. 3. bey Fritſch p. 69. Sachſ. Lauenb. Jagded. v. 1681. p. 386. Wirtemb. Forſtord. P. III. tit. v. Federwildprett p. 160. Heß. Kaß. Jagd- u. Forſtord. p. 181. Wirtemb. Pirſchord. im Realinder der Forſtord. S. 191. C. C. March. T. IV. Abth. I. c. 2. n. 70. 76. 83. 91. 92. 93. 120.

4) *Reinh. Frid. a Sahme* Diſſ. de venatione tempore foeturae ferarum prohibita.

5) *Cocceji* Jus Controv. tit. de fer. et dil. qu. 1.

1331.

Einſchränkung der Jagd.

Damit die Privatjagdherren aus eigennüzigen Abſichten das Wildprett ganzer Gegenden nicht zur Wegpürſchung in ihre Forſten locken, und dadurch ihre Anzahl allzuſehr vermindern, ſo wird ihnen die Anlegung der Salzlocken nicht zugegeben, noch bey Koppeljagden mehr als einem von der Familie zu jagen erlaubt 1).

1) Heß. Kaß. Jagdord. §. 2. Oeſter. Jäger ꝛ u. Reißgejaydsord. §. 43. Kurmainz. Wald ꝛ u. Forſtord. a. a. O. Magdeb. Jagdmandat v. 9. Febr. 1659. p. 67. Holz ꝛ u. Jagdord. Abſch. IV. §. 3.

1332.

Oeffnung des Vogelheerds.

Damit die Vogelweiden nicht verderbt werden, ſo darf ſich vor der in den Forſtgeſezen beſtimmten Zeit Niemand auf dem Vogelheerde betreten laſſen, noch dergleichen auf ſeinen Gütern anlegen, ſondern ſie werden oft ſamt anderm kleinen Weidwerke zu gehöriger Zeit von den Forſtämtern verpachtet 1). Insbeſondere ſoll ſich Niemand ohne forſtherrliche Bewilligung und vor beſtimmter Zeit des Lerchenſtrichs und Fangs anmaßen 2).

1) Wirtemb. Jagd ꝛ u. Forſtord. P. III. p. 160. Baier. Jagd ꝛ und Forſtord. p. 80. Sachſ. Kob. W. F. J. u. Weidw. O. §. 11. Jenaiſche dergl. N. II. §. 8. Goth. Forſt ꝛ und Jagdord. N. II. §. 8. Eiſenach. Forſt ꝛ Jagd ꝛ und Weidw. O. N. II. §. 8. Altenburg. Jagd ꝛ und Weidw. Ord. §. 13. Reuß. Waldord. tit. 15. Schwarzb. Sondersh. Jagdord. §. 7. Heß. Kaß. Forſtord. §. 6. Oeſter. Jäger ꝛ und Reißzejaydsord. von 1743. §. 15. 16.

2) Hohenloh. Wildbahns ꝛ Forſt ꝛ und Holzord. v. 1579. tit. 8. Baier. Jagd ꝛ und Forſtord. c. 22. Magdeb. Edikt v. 10. Nov. 1653. p. 525. Holz ꝛ und Jagdord. Abſch. XI. §. 12. Wirtemb. Forſtord. P. III. p. 140.

1333.
Schonung gewiſſer Vögel.

Die Nachtigallen und Faſanen hat man zu ſchonen 1), und bey der erlaubten Verfolgung der Raubvögel darf man ſich an den Reigern, Habichten, Blaufüßen, Sperbern und Stoßfalken nicht vergreifen 2), noch ohne den Beſiz der hohen Jagd Trappen und Schwäne ſchießen 3).

1) Edikte vom 8. Febr. 1678. 31. Oct. 1703. 8. Nov. 1721. 11. Apr. 1722. in C. C. March. T. IV. Abth. I. c. 2. n. 22. 66. 105. 107. Kurbrandenb. Edikte vom 25. Auguſt 1686. u. 28. Merz 1693. ap. *Fritſch* P. III. p. 527. in C. C. March. T. IV. Abth. I. C. 2 n. 40. 52. et ap. *Grube* in C. Jur. Prut. P. III. n. 55.

2) Hohenloh. Wildbahn- F. u. Holzo. tit. 8. Schwarzb. Rudolſt. Jagdmand. v. 1626. p. 193. Baier. Jagd- u. Forſtord. c. 23. 24. Stollberg. Jagd- und Forſtord. tit. 19. Schwarzb. Sondersh. Jagdord. p. 196. Koburg. Jagd- und Weidw. O. §. 11. Wirtemb. Forſtord. P. III. p. 161. Brandenb. Waldord. aufm Gebirge, tit. 85.

3) Edikte vom 12. May 1668. u. 5. Nov. 1683. in C. C. March. T. IV. Abth. I. C. 2. n. 13. 33.

1334.
Desgleichen gewiſſer Thiere.

Sonſt müſſen im Preußiſchen noch beſonders geſchont werden: die Elendsthiere und Auren 1), das Rehewildprett 2), die Bieber und Bieberhäuſer 3).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. c. 2. n. 27. 46.

2) ibid. n. 54. 65. 85.

3) *Grube* in C. Jur. Prut. P. III. n. 58. C. C. March. T. IV. Abth. I. c. 2. n. 73. 87. 123.

1335.

Jagdfolge.

Jeder Jagdherr darf ſich nur das Wildprett zueignen, das in ſeinem Jagdbezirke gefallen und geblieben iſt. Jede Verfolgung 1) außer dem eigenen Jagdbezirke 2) wird unter die Wilddieberey gezehlt und ſcharf beſtraft 3). Daher man die Jagdfolge, die in der Verfolgung des angeſchoſſenen Wildpretts 4) auf einem andern Wildbanne beſteht, nur durch Verträge, Vergünſtigung und Verjährung erhalten kan 5), und iſt eine Staats- oder Privatſervitut, in Kurſachſen aber ganz unerlaubt 6).

1) Edikt von 1610. 1653. C. C. March. T. VI. Abth. I. C. II. n. 6. 9. 10. Holzord. v. 1. Febr. 1622. tit. 30. Dergl. Ed. v. 1653. T. IV. Abth. I. C. 2. n. 10. Ed. v. 6. Sept. 1686. n. 41. v. 12. Febr. 1695. n. 58. wenns auch nur durch Löſung der Hunde an der Jagdgrenze geſchähe, C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 709. Preuß. Landr. B. III. tit. 1. §. 1. art. 2.

2) *Iuſt. Ph. Hombergk a Schencklensfeld* Diſſ. de ferarum perſequutione in territorio alieno. Gieſſ. 1750.

And. Fl. Rivinus de jure venandi in alieno fundo.

Io. Hartm. Rays Diſſ. de ferarum perſequutione in territorio alieno. Gieſſ. 1738.

3) *Io. Tob. Richter* Diſſ. de venatione turbata. Lipſ. 1746. *Ad. Beier* de occupatione et venatione ferarum illicita.

4) *Mich. Henr. Gribner* Diſſ. de eo quod juſtum circa feras ex cuſtodia elapſas, int. opuſcul. V. V. T. III. p. 42. Von Rohr c. 10. S. 1095. ff.

5) Heß. Kaß. Jagdord. §. 7. Kurmainz. Wald- und Forſt-ord. c. 1. §. 10. Oeſter. Jäger- u. Reißgejaidsord. §. 2. Sachſ. Kob. Jagd- und Weidw. Ord. tit. v. Grenzen §. 10. Magdeb. Holz- und Jagdord. Abſch. XI. §. 8. und im Anh. p. 318. C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 676. 710. 743. T. V. Abth. I. p. 169. T. VI. Abth. I. p. 225. 243. Cont. II. p. 7. 8.

6) *Wernher* P. VII. obſ. 67. Eſtor Th. I. §. 2527. Th. III. §. 2496.

1336.

Jagdfrohnen.

Eine andere Gattung von Jagdfolge ſind die Jagdfrohnen 1), die von gedoppelter Art, entweder landesherrliche oder gutsherrliche Bauerdienſte. Die erſtere entſpringen aus den ehmaligen großen Jagden, die zur Vertreibung und Austilgung der reißenden und ſchädlichen Thiere, wobey im Preußiſchen auch der Landadel behilflich ſeyn muß 2), angeſtellt worden ſind, und müſſen heutzutage noch bey landesherrlichem Treibjagen, nicht aber beym Luſtjagen von allen Unterthanen und Bauren in herkommlicher Form geleiſtet werden 3). Die leztere leiten ſich aus der leibeigenſchaftlichen Verbindung, und ſind bald in Verträgen beſtimmt und bald nicht.

1)

1) *Io. Aug. Reichardt* Diſſ. de operis venaticis. Ien. 1770.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 717. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 5. p. 335.

3) Heß. Kaß. Verord. vom 27. Nov. 1685. Ordonnances des Forets de Montbeillard de 1595. p 215. Kurmainz. Wald- und Forſtord. c. 16. Koburg. F. W. J. und Ww. O. p. 469. Goth. Ord. v. 21. Nov. 1656. p. 52. Schwarzburg. Holz- und Forſtord. v. 1700. §. 36. Magdeb. Mandat v. 15. Dec. 1680. p. 521. Holz- und Jagdord. Abſch. XI. §. 26. 27. Anh. p. 319. Mind. Verord. v. 14. Nov. 1688. Hinterpommer. Jagd- u. Holzord. tit. 13. Wirtemb. Erbvergl. Cl. V. §. 7. Cl. IV. §. 17. Kommunord. K. IX. Abſch. 1. Realind. der Forſtord. S. 65. Extr. der Gen. Reſcr. Th. II. S. 122. Von Rohr Haushaltungsrecht B. VII. c. 6. S. 938. Eſtor Th. I. §. 2550. ff.

1337.

Aufſtockung der Jagdhunde.

Mit jener Obliegenheit iſt oft die Erhaltung und Aufſtockung der Jagdhunde, die das Jahr über auf den landſäßigen Stifts- und Kloſtergütern 1) und auf den Dörfern von den Gemeindsleuten nach der Reihe gefüttert werden, und die Jägerazung verknüpft 2). Manchmal iſt es bloß eine Obliegenheit der Müller, Schenkwirthe, Abdecker u. ſ. w. 3).

1) Die Wirtembergiſchen Klöſter bezahlen dafür jährlich an den Herzog 12000. Gulden.

2) Kurbaier. Verord. vom 16. Jun. 1688. beym Scopp S. 224. Wirtemb. Jagd- und Forſtord. P. III. tit. 10. p. 163. Ordonnances des forets de Montbeillard de

1595.

1595. p. 215. Wirtemb. Erbvergl. Cl. V. §. 12. Pietſch §. 115. S. 149. 150.

3) *De Chlingenſperg* de jur. Hoffmarch. p. 162.

1338.

Weidmänniſche Wildprettsfahung.

Bey der Ausübung des Jagdrechts darf nicht unweidmänniſch zu Werke gegangen, das Wild nicht in gewiſſen Schlingen und Fallen gefangen, die junge Bruth beſonders beym edlen Federwildprette nicht aufgeſtört, ausgenommen und weggepürſcht werden 1), wobey vorzüglich die Preußiſche Forſtpolizeygeſezgebung 2) ſehr reichhaltig iſt.

1) Wirt. Pürſchord. im Realind. der Forſtord. S. 191. Wirtemb. Forſtord. von 1614. p. 160. Heſ. Kaß. Jagdord. §. 9. Hohenloh. Wildbahn-, Forſt- und Holzord. v. 1579. tit. 8. Oeſter. Jäger- und Reißgejaydsord. von 1743. §. 15. 16. K. Rudolfs II. Reißgejaydsord. von 1581. p. 70. Henneb. Wald-, Holz- u. Forſtord. p. 55. Schwarzb. Rudolſt. Jagdmandat v. 1626. p. 193. Kurbaier. Jagd- u. Forſtord. c. 13. 22. Koburg. Jagdmand. v. 1636. p. 48. Jagd- und Weidw. Ord. §. 10. 14. Schwarzb. Sondersh. Jagdord. §. 4. 5. 7. Reuß. vern. Waldord. tit. 15. Goth. Jagd- und Weidw. Mand. von 1642. p. 50. 52. Stollb. Jagd- und Forſtord. tit. 19. Kurſächſ. Jagdmandat v. 1643. p. 10. Goth. Forſt- und Jagdord. N. II. §. 7. 9. Braunſchw. Lün. Edikt v. 14. Aug. 1645. p. 136. Eiſenach. Forſt- oder Wald- Jagd- u. Weidwerksord. N. II. §. 7. 9. 10. Weimar. Forſt- oder Wild- oder Jagd- u. Weidw. Ord. N. II. §. 7. Jenaiſche F. oder W. J. u. Ww. O. N. II.

II. §. 7. 9. 10. Lauenb. Jagdedikt v. 1681. p. 381. Heſſ. Kaſſ. Forſt- u. Holzord. v. 1683. p. 299. Kurſächſ. Jagdmand. v. 1692. p. 483. v. 1697. p. 485. von 1698. p. 487. Schwarzb. Holz- u. Forſtord. v. 1700. §. 40. Brandenb. Waldord. aufm Gebirge, tit. 83. 84. Kurmärk. Holz- und Forſtord. v. 1620. tit. 26. 27. Hinterpommer. Jagd- u. Holzord. von 1681. tit. 22. Magdeb. Holz- u. Jagdord. v. 1687. Abſch. 11. §. 6. 7.

2) außer den angeführten, Edikt v. 6. May 1582. in C. C. March. T. II. Abth. III. C. I. n. 4. v. 28. Merz 1615. 21. Merz 1670. 9. Jun. 1677. 18. Merz 1680. 5. April 1698. 10. April 1704. a. a. O. n. 7. 15. 21. 25. 61. 67.

1339.

Jagdnuzungen.

Zum Nachtheile der Jagdnuzungen iſt niemand erlaubt Geweihe, Hirſchſtangen und das Rehgehörne aufzuleſen 1), und zu Verhüthung des Unterſchleifs muß ſich zu deren Verkaufe der jagdherrliche Landadel einen Schein ertheilen laſſen 2).

1) Ordonn. de Montbeillard de 1595. p. 214. Stollberg. Jagd- u. Forſtord. tit. 21. Schwarzb. Sondersh. Jagd- u. Forſtord. §. 16. Frankenhäuſ. Holz- u. Forſtord. §. 38. Kurmärk. Forſtord. v. 1620. tit. 25. Verbot vom 1. May 1685. p. 527. Magd. Holz- u. Jagdord. v. 1687. Abſch. XI. §. 15.

2) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 417. 455. n. 23. C. C. Magdeb. P. III. p. 349.

1340.
Jagdpolizeyrecht wegen der Hunde.

Aus gleicher Urſache dürfen die Hunde nicht in Heiden und fremde Gehege laufen 1), noch ſelbſt von den Jagdherren auf der Jagdgrenze gelöſet 2), noch von dem Waſenmeiſter mitgenommen werden 3). Auf den Poſten ſoll man ſie nicht dulden 4), noch zur Saz- und Winterszeit ungeknittelt auf den Feldern laufen laſſen 5), wovon nicht einmal die Hirten- und Schäferhunde ausgenommen ſind 6). Die Forſtbedienten ſind dergleichen herumſchweifende Hunde wegzuſchießen berechtiget 7), und empfangen dafür eine Belohnung 8).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 711. T. VI. Abth. I. p. 206. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5379.

2) C. C. M. T. IV. Abth. I. p. 709.

3) ibid. pag. 745.

4) pag. 977. 5) p. 709. 773. 777. 780. 739.

6) p. 749. T. V. Abth. I. p. 45. 58. T. VI. Abth. I. p. 206.

7) T. IV. Abth. I. p. 677.

8) ibid. p. 711. T. VI. Abth. I. p. 206.

1341.
Stadtjagden.

Es dürfen in Schleſien die Städtiſchen Jagden nicht an Bürger und Bauern verpachtet werden 1). Sonſt aber muß man im Preußiſchen den Städten ihr Weidwerk ungeſchmälert laſſen 2).

1) Samml. Schleſ. Ord. B. VIII. S. 766.

2) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 81.

IV. Abſchnitt.

Bergrecht.

1342.

Literatur.

Io. Eiſenharth Liber ſingularis de regali metallifodinarum jure et partibus metallicis. Helmſt. 1681.

Gottl. Gerh. Titius Diſſ. de jure metallorum, vom Bergwercksrecht. Lipſ. 1695.

Caſp. Henr. Horn Diſſ. de regali metallifodinarum jure. Vit. 1703.

Io. Caſp. Barthel Diſſ. de jure fodiendi metalla. Herb. 1731.

Io. Iac. Saur Diſſ. de jure metallorum regalibus recte adſcripto. Arg. 1736.

Io. Dav. Saur Diſſ. de jure ſummorum Imperantium circa metallifodinas, quas vocant, maiorales. Arg. 1745.

Nicol. Chr. de Lynker Diſſ. de juribus Minerarum. Ien. 1695.

Io. Deucer Corp. Iur. Metallici. Lipſ. 1624. in alia Edit. Corp. Juris et Syſtema rerum metallicarum. Francof. 1698. cum Contin. Vien. 1703.

Sigfr.

Sigfr. Happel Diſſ. de fodinis et earum jure. Marp. 1658.

Godofr. Strauſſ. Diſſ. de jure principis circa fodinas metallicas. Vit. 1668.

Henr. Link Diſſ. de metallis eorumque fodinis. Ien. 1617.

Car. Lund Diſſ. de juribus et priuilegiis ad rem in Sueonia metallicam pertinentibus. Vpſal. 1704.

Ab. Fritſch de regali Salinarum jure, et de ciuitatum quarundam Germaniæ ſtatutis ſalinariis. Ien. 1670.

Seb. Span Speculum Juris Metallici. Dresd. 1698.

Ebendeſſ. Bergurthel. Zeiz 1636.

Abr. von Schönberg ausführliche Berginformation. Leipzig 1693.

Chriſt. Herttwig neues Bergbuch, beſtehend in Berghändeln und Bergwerksgebräuchen, auch noch nicht edirten Bergurtheln und Abſchieden. Dresd. und Leipz. 1710.

Joh. Ge. Bauſe Einleitung zu den in Teutſchland üblichen Bergrechten und Bergprozeſſen. Leipzig 1740. 1741. 1742. III. Theile.

Joh. Friedr. Gmelin Beyträge zur Geſchichte des Bergbaus in Teutſchland. Halle 1783.

F. G. A. Lobethan Einleitung zum Bergwerksrechte zum Behuf akadem. Vorleſungen. Halle 1777. Eine des Verfaſſers ſehr unwürdige Arbeit! Man hat

weder alle Bergordnungen gekannt, noch ſich der Neuſten bedient. Die meiſten Preußiſchen, die darinn angeführt worden, ſind ſchon längſt abrogirt.

Anhang vom Bergwerksrechte in den Preuß. Staaten nach den Conſtit. March. und folgenden Verordnungen bis 1775. von M. E. C. Der V. heiſt: **Carl Ehregott Mangelsdorf** und iſt Profeſſor zu Königsberg. Obſchon er ſich in ſeinem ganzen Leben nur mit Geſchichte, Philologie und Philoſophie beſchäftiget, und nie um das Rechtsſtudium und die Kameralwiſſenſchaften bekümmert hat, ſo hatte die Halliſche Waiſenhausbuchhandlung doch den klugen Einfall, ihm dieſe Arbeit aufzutragen.

1343.

Geſezliche Quellen.

Man hat eine ganze Reihe Berg- Hütten- Hammer- Haals- Thal- Salz- und Pfännerordnungen, von den einzelen Ländern Teutſchlands 1). Ich begnüge mich aber mit der Anführung derer von den Preußiſchen Provinzen: als Magdeburgiſche, Mansfeldiſche und Altmärkiſche Interimsordonnance von 1691. 2) Patent wegen der Magdeburgiſchen Bergwerke vom 12 Dezember 1691. 3) Patent über die Regalität des Salpeters von 1583. 4). Verneuerte Bergordnung der Grafſchaft Hohenſtein, Mansfeldiſche Bergordnung, von 1674. 5). Revidirte Bergordnung für Magdeburg, Halberſtadt, Mansfeld und Hohenſtein vom 7. Dezember 1772. 6). Revidirte Bergordnung

von

von Cleve, Mark und Ravenſtein vom 29. April 1766. 7). Revidirte Bergordnung für Schleſien und Glaz vom 5. Jun. 1769. 8) Scheſiſche Hütten- und Hammerordnung vom 27. April 1769. 9). Inſtruktion für die Salzfaktoren in Schleſien von 1742. 10). Erneuerte Pfännerordnung der Stadt Halle von 1644. 11) Allgemeines Reglement und Inſtruktion für die Preußiſche Salzinſpektoren vom 17. Dezember 1765. 12) Reglement und Inſtruktion für die Salzinſpektoren in Magdeburg, Halberſtadt, Mansfeld und Hohenſtein vom 8. April 1774. 13). Publikandum und Privilegium für die Schleſiſche Bergleute nebſt Inſtruktion für die Knapſchaftskaſſe, vom 20. Nov. 3. u. 9 Dez. 1769. 14).

1) Z. B. Bergwerksordnung Herzog Friedrichs von Wirtemberg vom 1. Jan. 1591.

2) in C. C. March. T. IV. Abth. II. Anh. p. 15.

3) in C. C. Magdeb. P. III. p. 252.

4) ap. *Schepliz* in Conſuet. Brandenb. p. 370. et in C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 53. Vergl. Edikt von 1716. ibid. n. 42. p. 122.

5) bey Kiesling Nachricht vom Bergbau in Mansfeld S. 24.

6) in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 621.

7) ibid. Tom. IV. p. 317.

8) pag. 5827. und in der Schleſ. Samml. B. XI. S. 89.

9) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5717.

10) Nachrichten und Dokum. von Schleſien, B. IV. S. 246.

11) bey Bauſe Einl. zu den Bergrechten, Th. III. S. 60.

12) in C. C. March. Nov. T. III. p. 1127.

13) ibid. T. V. Jahrg. 4. p. 277.

14) in der Schleſ. Samml. B. XI. S. 280. 288.

1344.

Subſidiariſches Bergrecht im Preußiſchen.

Im Preußiſchen haben die Kurſächſiſchen Bergrechte und Ordnungen einen ſubſidiariſchen Gerichtsbrauch und in deren Ermangelung die übrigen teutſchen Bergrechte, und ihre Rechtsanalogie. Giebt aber auch dieſe nichts an die Hand, ſo muß beym Berg- und Hüttendepartement des Generaldirektoriums angefragt werden 1).

1) Clev. Bergord. c. 87. §. 3. Schleſ. Bergord. c. 87.

1345.

Wirtembergiſche Bergfreyheiten.

Gewiſſermaſſen gehören auch die von den Landesherrn ſowol den Bergwerken als den Bergleuten ertheilte Bergfreyheiten hieher. Man hat dergleichen in Wirtemberg von den Herzogen Ulrich von 1536. Chriſtoph von 1558. Eberhard III. vom 21. May 1663. Eberhard Ludewig vom 28. Merz 1708. und 9. May 1710. 1).

1) Sattlers Geſchichte der Herzoge von Wirtemberg, Th. V. S. 7.

1346.

Plan.

Wir wollen zuerſt vom Bergregal, dann von Bergleuten und Eigenthümern, endlich von Bergrechten, Privilegien und Berggerichten und zulezt von den Bergſtrafen handeln.

I. Kapitel.

Bergregal.

1347.

Rechtsgrund.

Da ſich das Staatseigenthum auf alles erſtreckt, was ſich nicht im Eigenthume der Unterthanen, ſondern im Schoße der Erde befindet 1), §. 547. 552. indem das Privatgrundeigenthum mit der Oberfläche begrenzt iſt, ſo folgt, daß alle Erze, Steine 2), Mineralien und Foſſilien 3) der Landesherrſchaft und ihrer Kammer angehören.

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de jure principis ſubterraneo. Francof. ad Viadr. 1685.

2) *Io. Iac. Saur* Diſſ. de jure metallorum regalibus recte adſcripto. Argent. 1736.

Caſp. Henr. Horn Diſſert. de regali metallifodinarum jure. Vit. 1703.

3) *Nicol. Chr. de Lynker* Diſſ. de juribus minerarum. Ien. 1695.

1348.

Beſchreibung.

Es gehören alſo hieher alle Arten von Marmor- und Steinbrüchen 1), Steinkohlengruben 2), das Sal-

Salpetergraben 3), Porcelaineerde, Torf 4), Thongruben, Salzſieden 5).

1) *Io. Henr. Staudacher* Diſſ. de regali mineralium mediorum et infimorum jure, der Salpeter- und Steinkohlengruben, ſodann Marmorbrüche. Gieſſ. 1705.

God. Dan. Hoffmann Diſſ. de regali marmoris jure, Tub. 1751.

Ej. Florum ſparſio in jus marmoris regale. Tub. 1758.

2) *Io. Iac. Dornfeld* Diſſ. de juribus circa lithanthraces, von den Rechten der Steinkohlen. Lipſ. 1742.

Bartholdi vom Recht der Steinkohlen. 1742.

3) *Henr. Lud. Goekel* Diſſ. de regali fodiendi nitrum. Alt. 1740.

4) *Mart. Schoock* de Turffis ſiue ceſpitibus bituminoſis.

Joh. Ge. Krüger von Steinkohlen und Torf. Halle 1740.

Sixt. Jak. Kapf rechtl. Unterſuchung der Frage, ob der Torf zu den Regalien gehöre? Tüb. 1769.

5) *Ab. Fritſch* tract. de regali Salinarum jure &c. Ien. 1670.

Buſch de regali Salinarum jure.

H. A. Fiſcher Gedanken über das dem Hauſe Sachſen zuſtehende Regale Jus Salinarum. Dresd. 1755.

1349.
Ausnahme.

Es gibt jedoch einige Länder, wo ein Unterſcheid zwiſchen den edlen und unedlen Metallen gemacht, und dieſe den Vaſallen und Landſaſſen überlaſſen, von den Erſten aber der Bergzehende genommen wird 1).

1) *Carpzov* de Regalibus c. 3. Reg. 23. aph. 4. p. 126. Jurisprud. for. P. II. Conſt. 53. def. 2. §. 8. pag. 876. *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. T. III. L. 3. tit. 18. p. 1460. 1461.

1350.
Ziegeleyen. Kalköfen.

Ziegeleyen 1) und Kalköfen zehlen die Rechtsgelehrten nicht unter das Bergwerksregal, ſondern unter die Guts- und Gemeindsrechte, welches dann die Urſache iſt, warum die Landesherrſchaft oder Stadtobrigkeit dieſelbe zuweilen mit Abgaben belegt, oder um einen gewiſſen Zins austhut 2). Sie ſind manchmal Privatdienſtbarkeiten und Zwangsrechte 3).

1) *Frid. Vlr. Peſtel* Diſſ. de jure circa literaria, von den Ziegelbrennereyen. Rint. 1746.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 795. C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 167.

3) Von Rohr Haushaltungsrecht B. IV. c. 3. §. 2. 3. 4.

1351.
Anwendung des Regalitätsgrunds auf einige Erdprodukte.

Der Grund, warum das Eigenthum und die Nuzung dieſer Dinge ein Kammerregal iſt, weil ſie ſich im Schoße der Erde oder auf öffentlichem Grund und Boden befinden. Wenn ſich alſo Torf, Thon, Salpeter, Porcelainerde auf der Oberfläche des Privateigenthums zeigt, ſo gehört es bis auf eine gewiſſe Tiefe den Privatperſonen 1), wovon im Preußiſchen der

an Leim- oder Wellerwänden befindliche Salpeter Ausnahme macht 2).

1) Wirt Erbvergl. S. 56. 46.

2) Magdeb. Int. Ord. v. 1696. §. 3. Preuß. Anhang zum Bergrecht, Abſch. I. §. 1.

1352.

Beförderung des Bergbaus.

Aus dem Bergbaue zieht der Staat den größten Nuzen. Er wird daher auf alle Weiſe befördert 1) und man erlaubt jedem Unterthanen überall nach Erz zu ſchürfen und zu Tage einzuſchlagen 2). Im Preußiſchen müſſen zu dem Ende vom Bergamte Schürfſcheine ausgelöſet werden 3).

1) Bauſe Einl. zu den Bergr., Th. I. tit. 2. c. 5. S. 93. Schaumburg Sächſ. Recht, Th. II. S. 359. ff. *Io. Caſp. Barthel* Diſſ. de jure fodiendi metalla. Herbip. 1731.

2) Schleſ. Bergord. c. 73. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 5905. Salpeteredikt von 1621. C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 60. Preuß. Anhang zum Bergrecht, Abſch. I. §. 2.

1353.

Polizeyeinſchränkung.

Nur aber darf es aus Polizeygründen nicht auf Kirchhöfen, Glockenthürmen, unter Scheundielen, Dreſchtennen, ferner auf beſaamten Aeckern, unter dem Tiſche, Bette, Füllmunde, Schwellen und Feuerheerde eines Andern geſchehen 1), und die Grube muß hernach wieder geebnet werden 2).

1) Klev. Bergord. von 1766. c. 1. §. 1. 2.

2) ebendaſ. §. 5.

1354.

Bergzehenden.

Aus obigem Staatseigenthumsrechte in Anſehung der Bergprodukte, entſpringt der landesherrliche Bergzehend von den Privatbergwerken, ſamt dem Vorkaufsrechte 1).

1) *Bernh. Lud. Mollenbecius* Diſſ. de regali protimiſeos metallicae jure. Gieſſ. 1691.

1355.

Fortſezung.

Es verſteht ſich, daß der Bergzehende nur von dem wirklich erhaltenen Erze gereicht wird 1). Manchmal aber wird er bis zur Vertheilung der Ausbeute, oder auch auf ein Jahr hernach noch nachgelaſſen 2).

1) Magdeb. Int. Ord. §. 4. p. 26 Wirt. Bergfreyh. von 1710. art. 23. ff.

2) Bergord. für Kleve, Mörs und Mark von 1766. C. 1. §. 5.

1356.

Heutige Vorbehaltung des Salzregals.

Salzquellen und Steinſalz wird an die Unterthanen von den Kammern gar nicht mehr verliehen, und man darf ſich beym Schürfen nicht der Wünſchelruthe 1) bedienen 2).

1) Joh. Ge. Zeidler von der Wünſchelruthe. Halle 1700. Theoph. Albini Entlarvtes Indolum der Wünſchelruthe. Dresd. 1714.
Poſner de viriunculis metallicis.

2) *Leiſer* Jus Georg. L. III. c. 25. n. 48. Von Rohr B. X. c. 4. §. 10.

1357.

Vorkaufsrecht der Kammern.

Die Kammern pflegen gewöhnlich bey der Verleihung eines Bergwerks 1) ſich das Vorkaufsrecht auszubedingen, und zu dem Ende den Preis vorher zu beſtimmen. Wenn es aber auch nicht geſchehen iſt, ſo gebührt es der Landesherrſchaft doch bey den edlen Metallen, Gold und Silber 2), die überhaupt nicht zum Verſchmelzen außer Lands geſchickt werden dürfen 3).

1) Lehenbrief Graf Ulr. von Wirtemberg über das Bergwerk zu Nagold von 1456. in Sattlers Geſchichte von Wirtemberg unter der Regier. der Grafen, Th. III. Beyl. n. 102.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 368. 5890.

3) ibid. Eſtor Th. I. §. 2753. Wirtemb. Bergwerksfreyh. von 1710. n. 15. Bergwerksord. Th. I. art. 26. 27.

1358.

Eingeſchränktes Privateigenthum beym Salzweſen.

Wenn auch das Salzwerk Privatperſonen überlaſſen iſt, ſo dürfen ſie doch darüber nicht willkührlich diſponiren, ſondern müſſen das erzeugte Salz in öffentlichen Magazinen aufſchütten, in einem gewiſſen Preiſe verkaufen, davon Abgaben entrichten und damit keinen freyen Handel treiben. Es ſind entweder eigene landesherrliche Salzinſpektoren beſtellt, oder der Stadtmagiſtrat hat darüber die Aufſicht 1), und ſchafft vermög

mög ſeines Salzkaufs und ſtädtiſchen Salzhandels die nöthigen Vorräthe an 2), wo alsdann keinem Einwohner und am wenigſten den Marktflecken und Dörfern erlaubt iſt, ſich anderswoher Salz kommen zu laſſen, ſondern er muß ſich hiebey einem Zwangsrechte unterwerfen und gewiſſe Auflagen dafür bezahlen 3), welches aber bey dem begüterten Landadel ſich anders verhält 4), ausgenommen er beſitzt Schulzen= und Bauergüter 5).

1) *Bernh. Goth. Hezel* Diſſ. de Salinis earumque inſpectione magiſtratui ciuitatum Imp. competente. Alt. 1750.

2) Braunſchw. Lüneb. L. O. P. III. c. 4. p. 296. 303. 318. 329. 332. Kaßel. Grebenord. tit. 21. Goth. L. O. P. II. tit. 28. c. 3. *Jung* in Adp. Docum. p. 48. C. C. Calenb. C. IV. p. 296. Frankenhäuſ. Salzord. von 1600. S. 72. Stat. des Salzw. zu Salzungen S. 140. C. C. Culmbac. T. II. Vol. 2. p. 550. C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 18. 22. 23. T. VI. Abth. I. p. 452. Cont. III. p. 119. C. C. Magd. P. V. p. 130. Preuß. Anh. zum Bergrecht, Abſch. I. §. 3.

3) Wirtemb. L. O. S. 131. ff. Kommunord. S. 135. Generalreſcr. vom 6. Febr. 1656. u. 10. April 1770. Erbvergl. Cl. IV. §. 10. S. 72. 73. *Marquard* de jur. Mercat. L. IV. c. 7. p. 520. n. 24.

4) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 10. 22. 31. Cont. III. p. 119.

5) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 35.

1359.

Beförderung des Salpeterweſens.

Weil der Salpeter ein ſo nothwendiges Bedürfnis des Staats iſt, und in großer Quantität verbraucht wird,

wird, ſo muß deſſen Erzeugung von den Unterthanen auf alle Weiſe befördert werden, ſie dürfen daher den Erdboden nicht zu häufig mit Waſſer begießen, ihn ausgraben, oder bepflaſtern, welches am wenigſten in den Ställen geſchehen ſolle 1). Im Preußiſchen darf ſich Niemand unterſtehen, die alten Wellerwände einzureiſſen, ſie zu untermauren, oder Knochen darein zu thun. Um die Grudepfähle und Grudehäuſer muß die Wellerwand von 8. Fuß hoch gemacht werden 2).

1) Wirtemb. Salpeterord. von 1665. art. 7. Ern. Salpeterordn. vom 20. Jul. 1747. Wirt. Erbvergl. Cl. IV. §. 14. S. 74.

2) Preuß. Anh. zum Bergrecht, Abſch. I. §. 1. 2.

II. Kapitel.

Bergwerksrecht.

1360.

Findung und Muthung.

Zur Beförderung des Bergbaus genießt der Finder eines Erzgangs, wenn es kein Jude iſt, das Vorrecht bey der Muthung 1), und erlangt das Alter im Felde 2). Die Muthung iſt eine Anſuchung um die Erlaubnis, das entdeckte Erz anbauen, ſich der Hüttenſtätte bedienen, oder aus dem Borne zum Kochen Sohle ſchöpfen zu dürfen 3).

1) Klev. Bergord. von 1766. c. 1. §. 4. Schleſ. Bergord. von 1769. c. 1. §. 4. Wirt. Bergord. P. II. art. 1. Eiſenharth vom Recht der Sprüchwörter, S. 203.

2)

2) *Dav. Ge. Diez* Diſſ. de jure ſenioratus metallici et metallicolis infractu ad metalla effodienda conceſſo concurrentibus. Erf. 1727.

3) *Engelbrecht* de jur. Sal. Sect. II. §. 6. p. 19. Sect. III. §. 1. Preuß. Anhang zum Bergrecht, Abſch. 2. §. 8. 15. Eſtor Th. I. §. 2769.

1361.

Muthungsarten.

Man kan entweder ſelbſt eine Zeche muthen, oder dieſes durch einen andern beſorgen laſſen, der hernach Lehenträger oder Schichtmeiſter heiſt 1). In beiden Fällen wird ein Muthzettel ertheilt, wofür das Rezeßgeld zu entrichten 2).

1) Wirt. Bergord. P. III. art. 18. 19. 30.

2) Wirt. Bergwerksfreyh. art. 15. Bergw. Ord. P. II. art. 2. P. III. art. 29. Bauſe Th. I. S. 94. Preuß. Anhang zum Bergr. Abſch. 2. §. 10.

1362.

Eigenlehner, Geſellenbau.

Auf den Fall nur Einer allein den Bau unternimt, ſo heiſt er Eigenlehner; wenn es aber deren Mehrere auf gleiche Koſten thun, ein Geſellenbau, eine Lehenſchaft, und, dafern die Theilnehmung ungleich iſt 1), eine Gewerkſchaft 2).

1) Eſtor Th. III. §. 2740.

2) *Ge. Frid. Schmidt* de origine et juribus ſocietatis metallicae, Gewerkſchaft. Lipſ. 1778.

1363.

Zeche, Kukſen.

Das leztere geſchieht meiſtentheils, da der Bergbau ſtarke Zubuße erfordert. Es wird, wie bey den Aktien, die Zeche in 4. Schichten, dieſe in 8. Theile, dieſe in 4. Kuchſe, oder zuſammen in 124. 128. oder 130. Kuchſen eingetheilt 1), und nach der Anzahl des Beſizes davon ſowol der Koſtenbeytrag geliefert, als an der Ausbeute 2) theilgenommen.

1) Schaumburg Sächſ. Recht, Th. II. S. 366. 372. Anhang zum Preuß. Bergrecht, Abſch. 2. §. 16. 19. Wirt. Bergord. P. III. art. 1.

2) *Dav. Ge. Diez* Diſſ. de prouentibus partium metallicarum. Erf. 1629.

Abr. Keſtner Progr. de vſufructu partium metallicarum. Lipſ. 1742.

1364.

Frey- und Erbkukſen.

Manchmal werden dem Muthherren eine größere Anzahl, und der Landesherrſchaft, einer Kirche oder Stiftung, oder dem Gutsbeſizer, wenn dieſe im Preußiſchen nicht ſelbſt muthen will 1), freye Erbkuchſen 2) ausbedungen und überlaſſen 3). Bergbeamten und Schichtmeiſter dürfen nicht über 8. Kukſen beſizen 4).

1) Wirtemb. Bergw. Freyh. art. 22. Bergord. P. III. art. 3. Schleſ. Bergord. von 1769. C. 1. §. 3. Joachimsthal. Bergord. Th. II. art. 1. Braunſchw. Bergord. P. II. art. 1. Hohenſtein. Bergord. art. 154.

2)

2) Bergrechtl. Gedanken von der Erbkuks. Freyb. 1753.

3) Bauſe Einl. zum Bergr. Th. I. tit. 2. c. 6. §. 5. S. 103. *Pfeffinger* T. III. p. 1461. Magdeb. Bergord. von 1772. Culmbach. Bergord. von 1715. art. 22. Heß. Kaßel. Bergord. von 1616. P. II. art. 6. S. 92.

4) Klev. Bergord. c. 31.

1365.

Gewehrſchein, Retardathalten.

Man erhält das Eigenthum einer Kuchſe durch den Gewehrſchein 1), und beglaubiget im Verfolge den Beſiz durch die richtige vierteljährige Abführung der Zubuße und des Rezeßgelds, den man durch das Retardathalten 2) von ſeinem Quartale und 6. Wochen, oder von 4. Quartalen ſogleich verliert 3).

1) Klev. Bergord. c. 39. 40. 41.

2) Klev. Bergord. c. 7. §. 3. c. 35. §. 1. c. 75. §. 1. 2. 3. c. 37. Eſtor Th. I. §. 2774.

3) *Dav. Ge. Diez* Progr. de probatione deſertionis metallifodinarum. Lipſ. 1727.

1366.

Vorläufige Befahrung vom Bergmeiſter.

Gleich nach geſchehener Muthung müſſen die Gänge, Flöze und Bänke entblößt, und vor dem Verkaufe der Ausbeute das Werk vom Bergmeiſter befahren werden. Vernachläßigt man jenes ohne bergamtliche Friſtgeſtattung, ſo verfällt das Werk ins Freye 1).

1) Klev. Bergord. c. 3. §. 2. c. 7. §. 1. 2. Wirt. Bergwerks⸗Ord. P. II. art. 9.

1367.

Vermeſſung und Verlochſteinung.

Jede Zeche muß durch das Bergamt vermeſſen werden; bevor der Bergmeiſter mit den Geſchwohrnen zur Arbeit ſchreitet, muß der Lehenträger oder Vorſteher der Zeche einen leiblichen Eid ſchwören, und darauf geſchieht die Verlochſteinung 1).

1) Preuß. Anh. zum Bergr. Abſch. 2. §. 13. *Oetinger* de jur. lim. L. I. c. 17. n. 43. 44.

1368.

Hüttenweſen.

Von den Hüttenſtätten muß Hüttenpacht und Hüttenzins gegeben werden. Man darf kein Hüttenwerk einem alten zu nahe anlegen, und die Gewerkſchaften müſſen hier ihre Erze und Schlieche verarbeiten laſſen 1).

1) Preuß. Anh. Abſch. 2. §. 15.

1369.

Anderweitige Belohnung der Grundeigenthümer.

Statt des Erbkuks empfangen oft die Privateigenthümer des Berggrundes einen Theil der Ausbeute, wovon bey unkultivirten Pläzen, und beſonders bey Kohlengruben im Preußiſchen nur die Helfte gegeben wird 1).

1) Reſcript vom 13. Sept. 1777. in C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 908.

1370.
Landesherrliche Unterſtüzung des Privatbergbaus.

Für die freye Erbkukſe, die der Landesherrſchaft von jedem Privatbergwerke überlaſſen wird, gibt ſie in einigen Ländern auf eine gewiſſe Anzahl Jahre das erforderliche Holz zu den Schächten und Stollen umſonſt her, und auch das übrige Roſt- Kohl- Bau- und Brennholz in einem leidlichen Preiſe 1).

1) Wirt. Bergfreyh. von 1710. n. 15. 18. 19. ff.

1371.
Salzweſen.

Faſt auf ähnliche Art wird das Salzweſen 1) behandelt, das bald zum Bergamt gehört, bald einzeln adminiſtrirt wird 2). Der eingebildete Antheil an der Sohle oder Sülze, an dem Borne oder der Salzquelle heiſt Thalgut, Sohlengut 3), und iſt eine landesherrliche Erbleihe, ein Lehen, Zinslehen 4), deſſen Wirkungen aber im Preußiſchen in Rückſicht der Landesherrſchaft aufgehoben ſind. Der Ort, wo ſich das Pfannenwerk zum Ausſieden befindet, heiſt ein Salzkoth, und die jährliche Quantität Sohle, die zur Ausſiedung und Vertheilung beſtimmt wird, die Beſazung, und wenn ſie wirklich ausgehoben iſt, das Werk 5). Was bey den Bergwerken die Gewerkſchaft genennt wird, bekommt hier den Namen der Pfännerſchaft 6).

1) *Ge. Engelbrecht* Diſſ. de jure Salinarum. Helmſt. 1667. *Io. Henr. Iung* de jure Salinarum tam veteri quam hodierno. Goett. 1740.

2) Eſtor Th. I. §. 2775. 2779. 2796.

3) Eſtor Th. I. § 2784. 2788.

4) *Chr. Gottl. Hoffmann* Collatio Jur. Nat. Rom. et Germ. circa doctrinam de emphyteuſi inprimis quoad bona ſalinaria Lib. S. R. I. Ciuit. Sueuo Hall. Lipſ. 1720.

Iac. Dav. Moegling Collatio Jur. Civ. Rom. cum ſtatutario Sueuo Hallenſi circa materiam emphyteuſeos in Salinis et ſucceſſ. conj. Tub. 1716.

Ge. Frid. Jæger de Emphyteuſi ſalinaria præſertim Halae Sueuor. obtinente. Erl. 1760.

Henr. Bodinus Quaeſt. Pract. circa Jus Salinarum Hallenſe. Hal. 1706.

Ge. Ad. Struve de Salinarum Hallenſium conceſſione. Ien. 1665.

5) *Hoffmann* de emphyt. Sal. c. 4. §. 9. 10. *Engelbrecht* de jure Sal. Sect. III. §. 1. p. 34. Von Rohr B. X. c. 5. §. 17. ff.

6) Erklärung der vornehmſten Wörter und anderer Sachen, ſo bey dem Salzſieden gebraucht werden. Magdeb. 1720.

1372.
Beſondere Rechte.

Nur ein einheimiſcher Bürger kan Pfänner und Eigenſieder werden 1). Daher zu Halle bey der Beſazung jeder an Eidesſtatt angeloben muß, daß er Koth und Thalgut für ſein eigen Geld erkauft habe, und ihm der Gewinſt zukomme 2).

1) Hall. Haalord. art. 13. Frankenhäuſ. Salzord. art. 1.

2) Hoffmann Beſchreibung des Salzwerks zu Halle c. 12. S. 47. Von Rohr B. X. C. 5. §. 16. 17. S. 1361.

1373.
Eiſenwerker.

Bey Eiſenhämmern ſtehen die Hammerſchmiede miteinander in einer Brüderſchaft 1), und haben ihren eigenen Kurbrief oder Hammerordnung 2).

1) *Phil. Sperl* Comment. de ſacris fabricis metallicis ſpeciatim ferrariis, vulgo Eiſenhæmmer. Vlmae 1744.

2) Eſtor Th. I. §. 2622. ff.

1374.
Beſondere Bergrechte.

Obſchon eine Kuchſe, ein Pfannen- und Thalgut 1) nur ein eingebildeter Antheil an einem Berg- oder Salzwerk iſt, ſo betrachtet man es in Rechten doch als ein unbewegliches Gut, daß nicht nur mit ebenden, ſondern noch mit mehreren Feyerlichkeiten 2), wie Grundſtücke, veräußert und verpfändet werden muß 3). Man kan auch daran den Nießbrauch beſizen 4), erhält aber alsdenn bloß den Gewinſt der Ausbeute, und nicht dieſe ſelbſt 5).

1) Eſtor Th. II. §. 4334. ff.

2) *Barthel* de jur. fod. met. n 11. p. 38. *Zobel* P. III. diſſ. 10. Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. XX. Abhandl. 7. S. 101.

3) *Caſp. Henr. Horn* Diſſ. de hypotheca legali in fodinis et partibus metallicis. Vit. 1699.

4) *Abr. Kaſtner* Progr. de vſufructu partium metallicarum. Lipſ. 1742.

Io. Ad. Hellbach Diſſ. de vſufructu legali ex vxoris metallifodinis ad maritum pertinente. Ien. 1754.

5) L 7. §. 14. D. de vſufr. Cod. Aug. P. III. conſt. 25. *Eiſenbarth* de jur. metallif. C. IV. §. 17.

1375.

Fortſezung.

Wenn zwey und Mehrere in der Nachbarſchaft entweder alte Zechen gewältigen, oder neue Gänge ſuchen wollen, ſo kan dieſes nicht näher, als auf $3\frac{1}{2}$ Lachter geſchehen. Wer zuerſt eine Erzader erreicht, und bey der Muthung und Vermeſſung in ſeine Vierung genommen hat, dem müſſen die andern weichen 1). Oben §.

1) Wirtemb. Bergord. P. II. art. 5. 2. Preuß. Anh. zum Bergrecht, Abſch. II. §. 7. 8. 12. 15. 27. Eſtor Th. I. §. 2746. 2761. Th. III. §. 2761. Nachricht vom Erbbereiten. Dresden 1750.

1376.

Landesherrliches Miteigenthum der Bergwerke.

Manchmal ſtehen mehrere Landesherren miteinander in der Gemeinſchaft der Bergwerke. Wenn es nun geſchieht, daß in des Einen Lande alle Erzgänge aufhören, dahingegen ſie in des andern Lande, wo ſie herüberſtreichen, noch fortdauren, ſo bleibt die Gemeinſchaft beſtehen 1).

1) *Fridr. Vlr. Peſtel* Diſſ. de communione metallifodinarum inter conſtatus Imperii durante, quantumuis

venae

venae omnes in alterius territorium receſſerint. Kint. 1737.

1377.

Vertheilung der Ausbeute.

Die Ausbeute wird nicht eher vertheilt, bis außer dem Vorrath auf der Halde, in Pochwerk und in der Hütte ſich noch ſo viel befindet, daß davon die nöthigen Koſten auf ein Quartal beſtritten werden können 1).

1) Klev. Bergord. c. 34.

1378.

Begünſtigung des Fortgangs des Bergbaus.

Damit der Bergbau nicht ſtill ſtehet, ſo kan der Schichtmeiſter auf eine Quartaleinnahme Schulden aufnehmen; läuft die Zubuße nicht ein, ſo hilft ihm das Bergamt zur Zeche, und gibt ihm ein Quartal Zeit, ſich um eine neue Gewerkſchaft zu bemühen; verſtreicht dieſer Termin, ſo wird die Zeche frey, und kan aufs neue ohne alle Schuldenlaſt verliehen werden 1).

1) Klev. Bergord. c. 36. §. 1. 2.

III. Kapitel.

Bergperſonenrecht.

1379.

Berg- und Hüttendepartement.

Nicht allein zur Finanzverwaltung und Polizeyaufſicht, ſondern auch zur Gerechtigkeitspflege haben

die Berg-Hütten- und Salzſachen ihre eigenen Kollegien und privilegirten Gerichtsbarkeiten, die Bergkollegien, Bergämter, Hüttendepartemente, Berggerichte 1), Thalgerichte, Hammergerichte, Bergdeputationen, Zehendämter, Hüttenämter, Salpeterkommiſſionen heißen 2).

1) *Ge. Engelbrecht* Diſſ. de judiciis metallicis. Helmſt. 1705.

2) Preuß Anh. zum Bergr. Abſch. I. §. 4. Abſch. III. §. 1. Kurſächſ. Bergord. von 1573. art. 3. Joach. Bergord. Vorr. S. 30. Heß. Kaß. Bergord. von 1616. P. I. art. 1. 2. 3. 4. 5. 6. S. 22. 114. 159. Niederöſt. Bergord. art. 1. 3. Hohenſtein. Bergord. art. 3. Zellerfeld. Bergord. P. I. p. 202. Kurſächſ. Bergord. art. 1. 2. 8. Braunſchw. Lün. Bergord. von 1593. in der Samml. Th. IV. S. 77. 44. 119. Wirtemberg. Bergfreyheiten vom 9. May 1710. n. 15. H. Friedr. von Wirt. Bergwerksord. vom 1. Jenner 1591. Th. I.

1380.

Oberbergbediente.

Die Oberbedienten ſind die Berghauptleute, Salzgrafen, Bergrichter, Bergmeiſter, Hüttenmeiſter 1), Salzinſpektoren, Oberbornmeiſter und Faktoren. Die Bergaſſeſſoren und Berggeſchwohrne, die theils von der Feder und theils vom Leder ſind 2), der Berg- Rezeß- und Berggegenſchreiber, der Hüttenſchreiber, Hüttenverwalter, Bergſyndikus, Thalſchreiber 3).

1) Von Rohr B. X. c. 6. S. 1523. ff. Eſtor Th. I. §. 545.

2) Preuß. Anh. zum Bergr. Abſch. II. §. 2. 3. 4.

3) *Pfeffinger* in Vitr. ill. T. III. p. 1463. Bauſe Th. I. S. 69. Eſtor Th. I. §. 2733. ff. Schaumburg Einl. zum Sächſ. Rechte, Th. I. S. 318. Lobethan Bergrecht, Th. II. §. 17. 18.

1381.

Berggerichtszwang.

Die Berggerichtsbarkeit 1) erſtreckt ſich bloß auf die Bergleute und auf die Bergwerkſachen 2), und ihr Gerichtszwang iſt genau beſtimmt 3). Das Verfahren iſt, wie bey allen Polizeyſachen, auch hier ſummariſch 4), jedoch von beſonderer Beſchaffenheit 5).

1) *Io. Gotil. Siegel* Diſſ. de jurisdictione metallica. Lipſ. 1754.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 352. 5872. 872. 6301. Heß. Kaß. Bergord. S. 197. Braunſchw. Lüneb. Bergord. S. 35. 106. Schönberg Entwurf einer Kurſächſ. Bergprozeßord. art. 2.

3) C. C. M. Nov. pag. 386. 5913. Preuß. Anhang zum Bergrecht, Abſch. I. §. 4. Abſch. III. §. 3. 4. 6.

4) Braunſchw. Lün. Edikt von 1686. S. 143. Heß. Kaß. Bergord. S. 205. P. II. art. 22. P. IV. art. 7. *Krauſe* Tract. ſynopt. proceſſ. Jud. p. 348. Löhneis Ber. von Bergw. P. V. art. 14.

5) Lobethans Bergrecht, Th. IV. §. 72. ff. Von Rohr a. a. O. §. 10. ff. *Aug. a Leyſer* de Citatione Symbolica per teſſeram fiſſam. Eſtor Th. II. §. 5063. ff.

1382

1382.

Bergſchreiberey.

Bey den Bergämtern findet ſich ein Berggegenbuch 1), das ſich auf die andern Bücher 2), das Schürfe-Rezeß-Handelsbuch oder Bergprotokoll, Vertrags-Muth- und Friſtbuch 3) beziehet, und alle Gewerkſchaften ſamt den Namen der Zechen enthält. Es werden von der Bergſchreiberey die vorkommenden Akten in Bergſachen ausgefertigt 4).

1) *Caſp. Henr. Horn* Diſſ. de libro metallico antigrapho, vom Gegenbuch. Vit. 1706.

2) *Schoenberg* Inform. metall. p. 46.

3) Clev. Bergord. c. 5. in C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 326. Schleſ. Bergord. c. 6. a. a. O. p 5840. Eſtor Th. I. §. 2772. 2773.

4) wovon die Formeln in Spaate Sekretariatkunſt, Th. II. S. 862. ff.

1383.

Salz- und Bergunterbediente.

Sind der Zehendner, Zehendgegenſchreiber, Schichtmeiſter 1), Thalvögte, Haalmeiſter, Haalpfleger, Salzwirker, Hüttenreuter, Probierer, Steiger, Erbhauer 2), Born- und Thalknechte, Hütten- und Bergknappſchaft, Salpeterſieder 3), die größtentheils von den Gewerkſchaften unter bergamtlicher Beſtätigung ſelbſt angenommen werden 4).

1) *I. Chr. Hedler* Diſſ. de curatore fodinarum, vom Schichtmeiſter. 1750.

2)

2) Eſtor Th I. §. 2710. ff. §. 542. ff. 554. Pr. Anh. zum Bergr. Abſch. II. §. 5. 6. Wirt. Bergord. P. III. art. 16. 18. 19. 30.

3) Preuß. Anh. zum Bergrecht, Abſch. II. §. 1.

4) Eſtor Th. I. §. 541.

1384.
Bergfreyheiten.

Weil die Bergleute in ſteter Lebensgefahr ſind, ſo genießen ſie beſondere Privilegien 1). Sie ſind frey von der Werbung, von Quartierslaſt und allen öffentlichen perſönlichen Beſchwerden. Bergwerke ſind befriedet 2), und ſie genießen auf der Zeche beym Konkurſe die Priorität, und können ſich wegen des rückſtändigen Lohns an die Vorräthe halten 3). Die Fremden Berg- und Hüttenbediente genießen Acciſe- und Abzugsfreyheit 4).

1) C. C. March. T. IV. Abth. II. Anhang p. 18. 25. Generalprivilegium für die Bergleute in Cleve, Meurs und Mark, vom 16. May 1767. in C. C. March Nov. T. IV. p. 870. Privilegium für die Bergleute in Schleſien, vom 3. Dez. 1769. a. a. O. S. 6300. Bergord. von Schleſien c. 73. ibid. p. 5905. *Io. Iac. Stoer.* Diſſ. de priuilegio metallicorum Erf. 1741.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 389. 5912.

3) Eſtor Th. I. §. 2739.

4) Preuß. Anhang zum Bergrecht, Abſch. 2. §. 30. 31.

IV. Kapitel.

Bergſtrafrecht.

1385.
Beſtrafung des nachläßigen Bergſchreibers und Schichtmeiſters.

Kein Gegenſchreiber darf bey Kaſſation eine Kukſe aus dem Retardat nehmen, ſich oder den Seinigen zuſchreiben, oder unter der Gewerkſchaft austheilen. Eben die Strafe bekömmt der Schichtmeiſter, der Zubuße nimmt, und die Kukſe im Retardat läßt 1).

1) Böhm. Bergr. B. II. c. 3. B. III. c. 1. Joach. Bergord. Th. I. art. 1.

1386.
Beſtrafung der pflichtloſen Geſchwohrnen und Knappſchaftsälteſten.

Die Geſchwohrne dürfen ohne Beſichtigung keine Zettel ausgeben, noch die Knappſchaftsälteſten ſich bey Meutereyen und Aufſtänden einfinden 1). Hier wiederfährt Leibesſtrafe, und in jenem Falle Dienſtsentſezung 2).

1) a. a. O. 2) Braunſchw. Lün. Bergord. art. 86.

1387.
Andere Bergfrevel.

Jede Veränderung der Lochſteine am Tage, oder der Markſcheide ohne Vorbewuſt des Bergamts iſt ſtrafbar 1). Ebenſo der Verkauf des Erzes an Juden und an Goldſchmidte 2).

1) Joachimsthal. Bergord. Th. I. art. 28.

2) Kurſächſ. Bergord. art. 75. 76.

1388.

Fortſetzung.

Straffällig bleibt ferner die Verfertigung des Hüttenſilbers, die Verkaufung mehrerer Kukſen, als man beſizt, ihre Verhandlung 1) durch unverpflichtete Kukskränzler 2), oder unter erdichtetem Namen 3).

1) Joach. Bergord. Th. III. art. 1. Th. II. art. 92. Böhm. Bergr. B. II. c. 1. Eſtor Th. III. §. 2754.

2) *Hier. Frid. Schorch* Diſſ. de proxenetis. Erf. 1766. §. 11. p. 26.

3) Kurſächſ. Bergord. art. 40. 41.

1389.

Verbotene Steigerung der Arbeit.

Alle Steigerung der Berg- und Schmiedearbeit, der Berg- und Pochwerke, des Eiſengrubenlohns, des Holzpreiſes und Fuhrlohns, iſt verboten, und jede geringe Betrügerey und Uebervortheilung wird in Bergſachen ſehr nachdrücklich geahndet 1).

1) *Ge. Mich. Heber* Diſſ. de defraudationibus Metallicorum circa rem metallicam. Vit. 1691.

r) Joachimsthal. Bergordn. Th. I. art. 48.

s) Kurſächſ. Bergordn. art. 75. 76.

1358.

Verſtümmelung.

Straffällig findet ferner die [illegible] des Hüttenpflichts, die [illegible] man beſitzt, ihre [illegible] oder unter einem fremden Namen [illegible].

t) Jenig. [illegible] Bergw. [illegible]

u) [illegible] Diſſ. [illegible] p. 26.

x) Kurſächſ. Bergordn. art. 40. 41.

1359.

Verbotene [illegible] der [illegible].

Alle [illegible] der [illegible] und [illegible], der Berg- und Hüttenwerke, des [illegible], des [illegible] und [illegible], iſt [illegible], daß [illegible] geringe [illegible] und [illegible] ſehr [illegible] 1).

1) C. Mich. [illegible] Diſſ. de [illegible] Metallicorum circa rem metallicam. Vit. 1691.

Fischer, Friedrich Christoph Jonathan, 1750-1797

D. Friedr. Christoph Jonathan Fischer Professor des Staats- und Lehnrechts und Assessor der Juristen-Fakultät zu Halle Lehrbegrif sämtlicher Kameral- und Polizeyrechte Sowol von Teutschland überhaupt als insbesondere von den Preußischen Staaten
Bd.: Zweeter Band.

Frankfurt an der Oder 1785

J.germ. 58 a-2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551096-8
VD18 80344798-001